

Im Braunkohlerevier Hambacher Forst protestieren Naturschützer seit Jahren gegen die Rodung des Waldes, der dem Tagebau Hambach zum Opfer fallen soll. Nachdem die Polizei die Baumhäuser geräumt hatte, verhängte das Oberverwaltungsgericht Münster am 5. Oktober in einem Eilentscheid einen vorläufigen Rodungsstopp für den Wald.



- Das OVG Münster hat am 5. Oktober einen vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst verfügt.
- Am 6. Oktober demonstrierten bis zu 50.000 Menschen für einen schnellen Kohleausstieg.
- RWE hat angekündigt, die Kohleförderung zurückfahren zu wollen. Mitarbeiter bangen um ihre Jobs.
- Am 24. Oktober war die Kohlekommission vor Ort. Zehntausende Bergbauarbeiter und Umweltaktivisten demonstrierten.

Mittwoch, 5. September

08:03 Uhr Polizei schützt RWE-Arbeiter

Die Polizei ist am Mittwochmorgen mit einem großen Aufgebot in Teile des Hambacher Forstes am Rheinischen Braunkohleabbau vorgerückt. Nach Angaben eines Polizeisprechers wollten Mitarbeiter des Energieunternehmens RWE damit beginnen, Hindernisse am Waldboden wegzuräumen. Die Polizei schütze die Arbeiter dabei, sagte Polizeisprecher Paul Kemen. Dabei seien mehrere Hundert Polizisten im Einsatz, berichtete ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur.

10:45 Uhr Polizei entdeckt verdächtigen Gegenstand

Bei ihrem Großeinsatz im Hambacher Forst hat die Polizei am Mittwochmorgen einen verdächtigen Gegenstand entdeckt. Er könnte Sprengstoff enthalten und werde von Experten untersucht, sagte ein Sprecherin am Vormittag. Etwa 200 RWE-Mitarbeiter räumten bei dem Einsatz unter Polizeischutz Holzbarrikaden von Rodungsgegnern weg. Teils seien Äste am Boden zersägt worden, um sie leichter abtransportieren zu können, berichtete ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur.

Dies seien aber keine Rodungen. „Außerdem müssen mögliche Gräben und Erdlöcher zugeschüttet werden“, sagte ein RWE-Sprecher. Der Einsatz blieb laut Polizei am Morgen weitgehend friedlich. Die Zahl der Rodungsgegner wurde auf 60 bis 100 geschätzt, die Polizei war mit mehreren 100 Kräften im Einsatz.

13:34 Uhr Klimaaktivisten verurteilen Räumungsaktion im Hambacher Forst

Klimaaktivisten haben die Räumungsaktion vom Mittwoch im Hambacher Forst verurteilt. „Es darf nicht gerodet werden, und deshalb darf es auch diese Räumung nicht geben“, sagte Jan Pütz von der „Aktion Unterholz“. Arbeiter des Energiekonzerns RWE hatten unter dem Schutz der Polizei Barrikaden,

Möbelstücke, eine Hütte und vieles mehr aus dem besetzten Wald abtransportiert.

Pütz warf der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine „Diffamierungskampagne“ gegen die Waldbesetzer vor. Wenn NRW-Innenminister Herbert Reul sage, es drohe ein „zweites Hamburg“ wie beim G20-Gipfel, dann sei das eine „Fantasie“. Reul betreibe eine „gezielte Irreführung der Öffentlichkeit“ und schrecke dabei vor nichts zurück.

20:45 Uhr Arbeiten am Mittwoch „weitgehend ohne gewalttätige Störungen“

Wenige Wochen vor einer möglichen Rodung im Hambacher Forst hat der Energiekonzern RWE - unterstützt von einem großen Polizei-Aufgebot - Barrikaden in dem Wald weggeräumt. „Die Arbeiten verliefen weitgehend ohne gewalttätige Störungen“, hieß es in einer Mitteilung von RWE am Mittwochabend.

Die Polizei berichtete von insgesamt fünf Ingewahrmaßnahmen zur Gefahrenabwehr: Bei zwei Frauen seien Teile zum Bau von Zwillen und Schussmaterial gefunden worden. Außerdem seien drei Männer vorläufig festgenommen worden, die bei dem Lösen von Hindernissen erheblichen Widerstand geleistet hätten. Zwei von ihnen hätten sich an Holzkonstruktion festgehalten. Ein Mann sei in einem Loch befestigt gewesen. Bei diesem Lösen von Personen seien zwei Beamte leicht verletzt worden. Eine Person habe sich bei ihrem Widerstand verletzt, sie sei in ein Krankenhaus gebracht worden.

Sechs Polizeifahrzeuge wurden laut der Einsatzbilanz durch im Boden versteckte Metallkrampen und sogenannte Krähenfüße beschädigt. Bei dem Einsatz stieß die Polizei nach eigenen Angaben auch auf mehrere Gegenstände, die an Sprengstoff erinnerten. Alle hätten sich aber bei der Untersuchung als At-

trappen herausgestellt. Weiterhin habe man auf dem Waldboden eine Weltkriegsgranate gefunden, die ein Experte als nicht mehr gefährlich eingestuft habe und die entsorgt worden sei.

Donnerstag, 06. September

09:17 Uhr Räumung von Barrikaden geht weiter

Der Polizeieinsatz im Hambacher Forst ist am Donnerstag fortgesetzt worden. „Der Einsatz geht weiter. Wir sind wieder mit ähnlich starken Kräften im Wald“, sagte ein Aachener Polizeisprecher. Die Polizei schützt Mitarbeiter des Energiekonzerns RWE, die Barrikaden und Müll aus dem Wald räumen. Probleme habe es am Donnerstag zunächst nicht gegeben.

Umweltschützer Jan Pütz von der „Aktion Unter-holz“ kündigte weitere Gegenaktionen an. „Wir werden mit Hunderten Menschen durch bunte kreative Aktionen des zivilen Ungehorsams alles daransetzen, diesen Wald zu schützen“, sagte er.

Umweltverbände kündigten unter dem Motto „Hände weg vom Hambacher Forst“ für den 13. September eine Mahnwache vor der Staatskanzlei an. Der Katholikenrat der Region Düren plant am 23. September eine Prozession durch den Wald. Damit solle ein „friedliches Zeichen für den Fortbestand unserer Erde“ gesetzt werden, hatte der Katholikenrat vor kurzem angekündigt.

13:15 Uhr RWE will OVG-Beschluss abwarten

Im Streit um den Braunkohleabbau ist RWE unter bestimmten Bedingungen bereit, nicht vor Mitte Oktober mit Rodungen zu beginnen. Der Energiekonzern hat nach Angaben des Oberverwaltungsgerichts Münster (OVG) eine sogenannte Stillhaltezusage abgegeben. Darin sei erklärt worden, die Entscheidung der Richter über die Rechtmäßigkeit der Rodungen abzuwarten. Längstens wolle RWE demnach aber bis zum 14. Oktober warten, sagte eine Gerichtssprecherin am Donnerstag.

Die Richter in Münster müssen in dem Eilverfahren entscheiden, ob RWE für den Braunkohleabbau mehr als 100 von den bisher verbliebenen 200 Hektar des Waldes abholzen darf. Der Umweltverband BUND will das per vorläufigem Rechtsschutz verhindern. Die Richter in der Vorinstanz hatten sich der Sichtweise des BUND nicht angeschlossen. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts Köln verstößt die geplante Rodung nicht gegen europäisches Naturschutzrecht.

13:47 Uhr Polizei beendet Einsatz im Hambacher Forst

Der seit Mittwoch laufende Polizeieinsatz im Hambacher Forst ist beendet. Der Energiekonzern RWE habe die am Tag zuvor begonnenen Räumungsaktionen abgeschlossen, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag. «Deswegen ist auch für uns der Einsatz beendet.» RWE-Arbeiter hatten unter dem Schutz der Polizei Barrikaden, Möbelstücke und vieles mehr aus dem besetzten Wald abtransportiert.

Freitag, 7. September

10:23 Uhr Lage nach Polizeieinsatz im Hambacher Forst ruhig – Polizei bleibt präsent

Vor dem von Aktivisten angekündigten „Wochenende des Widerstands“ im Hambacher Forst ist die Lage in der Nacht zum Freitag ruhig geblieben. Die Polizei ist in dem von Umwelt- und Klimaschützern besetzten Wald weiterhin präsent. „Wir sind vor Ort und gerüstet“, sagte eine Polizeisprecherin. Am Vormittag wollten sich Rodungsgegner in NRW-Bahnhöfen treffen und von dort aus in den Wald fahren.

12.54 Uhr Demonstranten auf dem Weg gestoppt

Auf dem Weg zum Hambacher Forst sind am Freitagmorgen Demonstranten am Bahnhof Buir von der Polizei für Stunden gestoppt worden. Eine Polizeisprecherin sprach von unter 100

Demonstranten, ein Sprecher der Rodungsgegner von 150 bis 200.

Da der Hambacher Forst von der Polizei als „gefährlicher Ort“ eingestuft wurde, mussten die Demonstranten ihre Personalien angeben und sich durchsuchen lassen, sagte die Polizeisprecherin. Das hätten die meisten verweigert und sich am Bahnhof auf den Boden gesetzt. Polizisten standen um sie herum.

17:02 Uhr Aktionen gegen Rodungen verstärkt

Im heftigen Streit um die geplanten Rodungen im Hambacher Forst für den Braunkohleabbau haben Umwelt- und Klimaaktivisten am Freitag den Druck verstärkt. Demonstranten trafen sich zu einer Mahnwache im Waldgebiet.

Sie brachten Lebensmittel für die Bewohner der etwa 50 Baumhäuser im Forst mit. Ein Sprecher der Organisation „Aktion Unterholz“ hatte zuvor „Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams“ angekündigt.

Bis zum Nachmittag blieb im Wald alles friedlich. Es gab keine Festnahmen, wie eine Polizeisprecherin sagte. Sie sprach von unter 100 Demonstranten, ein Sprecher der Rodungsgegner von 150 bis 200.

Samstag, 8. September

09:50 Uhr Grüne verlegen Parteitag in den Hambacher Forst

Die Grünen in NRW verlegen ihren Landesparteitag am 7. Oktober in den Hambacher Forst. „Wir werden mit diesem Parteitag direkt am Hambacher Wald ein deutliches Signal an RWE, Landes- und Bundesregierung für einen Rodungsstopp senden“, sagte die Landesvorsitzende der NRW-Grünen, Mona Neubaur, dem Kölner Stadt-Anzeiger. Die Beratungen mit rund 200 Delegierten sollen nach Auskunft der NRW-Grünen in

einem Zelt auf einem Grundstück des BUND an der Abbaukante des Tagebaus stattfinden. Ursprünglich sollte der Parteitag in der Bochumer Jahrhunderthalle abgehalten werden.

14:22 Uhr Polizei soll Tunnelsystem im Forst entdeckt haben

Im Hambacher Forst hat die Polizei einem Medienbericht zufolge ein ausgeklügeltes Tunnelsystem entdeckt. Die "Rheinische Post" berichtete am Samstag unter Berufung auf Polizeiakten, die Tunnel seien von Aktivisten angelegt worden und wären über gut ausgebaute Einstiegslöcher zu erreichen.

Die vier Meter tiefen Schächte dienten den Aktivisten „als Rückzugsort, Schlafstätte, Versteck und vermutlich auch Schmuggelroute, um Waffen und Krawallmacher in den Forst zu bringen“, soll ein leitender Polizist der Zeitung gesagt haben. Wie viele es davon gebe, wisse man nicht. Vermutet werde eine höhere Anzahl, da die Besetzer sechs Jahre Zeit gehabt hätten, diese anzulegen.

Am 28. August sei beispielsweise ein 60 mal 60 Zentimeter großes Erdloch entdeckt worden. Am selben Tag seien ganze Tunnelsysteme und Zugänge mit Beton gefüllt worden, nachdem man sich vergewissert habe, dass keine Menschen darin waren, meldet die Zeitung.

Auf Twitter fragen einige User nach weiteren Belegen für die Meldung. Ein Nutzer schreibt, ein Polizeisprecher habe ihm gesagt, dass von Tunnelsystemen nie die Rede gewesen sei, sondern von einzelnen Löchern und unterirdischen Depots. Ausdrücklich dementiert habe der Polizist den Bericht aber auch nicht, heißt es dort.

18:27 Uhr Polizei Aachen widerspricht auf Twitter Gerüchten

Der einsatzführenden Behörde lägen bislang „keine Erkenntnisse über solche Tunnelsysteme“ im Hambacher Forst vor. Die Angaben aus dem Bericht der „Rheinischen Post“ stammten „nicht aus unserem Hause“, erklärten die Aachener Polizei im Kurzbotschaftendienst Twitter.

In der Vergangenheit hatte die Polizei stets davon gesprochen, dass es im Forstgebiet Erdlöcher und Depots gebe, nicht aber Tunnelsysteme. Bei Protesten gegen Rodungen im Hambacher Forst hatte 2012 ein Umweltschützer in einem Schacht die Einsatzkräfte tagelang in Atem gehalten. Nach aufwändigen Rettungsarbeiten hatte er sich zunächst noch tiefer in einen selbstgegrabenen einsturzgefährdeten Erdbunker zurückgezogen, schließlich wurde er festgenommen.

Sonntag, 9. September

Das Dementi kam am Samstagnachmittag prompt per Twitter: „Der Polizei Aachen als einsatzführender Behörde liegen bislang keine Erkenntnisse über solche Tunnelsystem im Hambacher Forst vor.“

Die Polizei korrigierte damit Medienberichte, die auf Aussagen hoher Polizeifunktionäre fußen sollen: Demnach gebe es in dem vom Braunkohleabbau bedrohten Waldgebiet zwischen Kerpen und Düren ein von Aktivisten errichtetes Tunnelsystem, welches „an unterirdische Anlagen während des Vietnamkrieges“ erinnere. Dies diene „Krawallmachern“ dazu, Waffen in den Wald zu schmuggeln und aus „dem Nichts“ heraus Polizisten angreifen zu können.



Polizei NRW AC ✓ @Polizei-NRW-AC

Die Angaben in dem Bericht der [@rp online](#) kommentieren wir nicht. Sie stammen nicht aus unserem Hause. Der als einsatzführende Behörde liegen bislang keine Erkenntnisse über solche Tunnelsysteme im [#Hambacher Forst](#) vor.

Die Polizei legte noch Wert drauf, dass die Informationen über das angebliche Tunnelsystem „nicht aus unserem Hause“ kommen. Antje Grothus von der Initiative „Buirer für Buir“, Mitglied der Kohlekommission in Berlin, vermutet, dass sie bewusst gestreut worden sind, um den überwiegend friedlichen Widerstand gegen die Abholzung des Waldes zu diskreditieren: „Diese Kriegsrhetorik ist völlig unangebracht.“ So hatten sich alleine am Sonntag wieder rund 1000 Menschen, darunter auch viele Familien, im Hambacher Forst zu einem Waldspaziergang getroffen.

Kein Eingang zu einem Tunnelsystem

Selbst die Aachener Polizei scheint für verbale Abrüstung zu sein. Ein Pressesprecher sagt: „Unser Sprachgebrauch ist, dass es sich um Erdlöcher und Depots handelt.“ Diese habe es sowohl auf dem von Kohlegegnern bewohnten Wiesencamp am Waldrand wie auch im Wald selber gegeben. Bei den Räumungsaktionen in den vergangenen Tagen seien dort Leute herausgeholt worden. Auch seien Erdlöcher mit Beton verfüllt worden. „Ob es weitere Löcher gibt, wissen wir nicht.“

Im Wiesencamp selber sind es zwei Erdlöcher, die bei einer Razzia vor rund zwei Wochen zubetoniert wurden. Warum ein weiterer Keller im Camp bei der Razzia vor zwei Wochen unangetastet blieb und weiterhin etwa für die Lagerung von Kartoffelsäcken genutzt werden kann, wisse man auch nicht, hieß es im Camp.

Der Keller befindet sich ungefähr fünf Meter vom Waldrand entfernt und soll kein Eingang zu einem Tunnelsystem sein. Auch bei der Räumung von Waldwegen in der vergangenen Woche war die Polizei zumindest auf ein rund 2,50 Meter tiefes Erdloch gestoßen, in dem sich ein Mann angekettet hatte und auf einer Trommel spielte. So sollte die Polizei behindert werden.

Dienstag, 11. September

13:34 Uhr Greenpeace unterstützt Aktivisten

Die Umweltorganisation Greenpeace unterstützt die Klimaaktivisten im Hambacher Forst. Man habe zwei Container an einem Feldweg in der Nähe des Waldes aufgestellt, sagte Greenpeace-Sprecher Gregor Kessler.

Dort könnten die Aktivisten etwa Computer benutzen und sich mit Proviant versorgen. Die Umweltschutzorganisation ist ebenfalls gegen die Räumung und Rodung des Waldes, zumindest solange wie die Kohlekommission in Berlin tagt. Über die Hilfe von Greenpeace hatte zuvor der WDR berichtet.

14:36 Uhr Umweltschutzverbände treffen RWE-Chef

Wie der „Spiegel“ berichtet, haben sich die Umweltschutzverbände BUND, Deutscher Naturschutzring und Greenpeace mit RWE-Chef Rolf Martin Schmitz getroffen. Ziel sei eine Deeskalation im Streit mit den Aktivisten. Der Energiekonzern dem angefragten Treffen sofort zugestimmt, heißt es.

17:42 Uhr Treffen zwischen RWE und Umweltschützern ergebnislos

Ein Verständigungsgespräch über den Hambacher Forst zwischen dem Energiekonzern RWE und Umweltschutzverbänden ist ergebnislos zu Ende gegangen.

Man habe sich nicht angenähert, teilten RWE und Greenpeace am Dienstag mit. Greenpeace, der BUND und der Deutsche Naturschutz Ring (DNR) hatten gefordert, die geplanten Rodungen auszusetzen, bis die derzeit tagende Kohlekommission ihre Arbeit abgeschlossen hat.

Rodung nicht akzeptiert – Starttermin im Oktober bleibt

RWE bot bei dem Gespräch am Montag in Essen an, erst ab dem letzten geplanten Sitzungstag der Kohlekommission am 15. Dezember mit dem Fällen der Bäume zu beginnen.

Dafür sollten die Verbände im Gegenzug aber die Rodung des Waldes akzeptieren. „Dazu waren die Umweltverbände nicht bereit“, teilte RWE mit. „Damit bleibt es bei dem derzeit geplanten Rodungsbeginn ab Mitte Oktober.“

Einig seien sich RWE und die Umweltverbände lediglich in der strikten Ablehnung von Gewalt. „Einen gemeinsamen Appell gegen Gewalt als Zeichen der Deeskalation lehnten die Umweltverbände aber ebenfalls ab“, teilte RWE mit.

Konzernchef Rolf Martin Schmitz mahnte, auch die Zivilgesellschaft müsse die Spielregeln des Rechtsstaats einhalten: „In ihren Grenzen ist kein Raum für Hetze und Gewalt.“

Grüne und Linke kritisieren CDU

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Anton Hofreiter, kritisierte, dass NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) nicht vermitteln wolle. „Herr Laschet will hier offenbar den harten Hund raushängen lassen, weil er unter Druck des rechten Flügels der CDU steht“, sagte Hofreiter der Deutschen Presse-Agentur.

„Er fällt damit natürlich der Bundeskanzlerin in den Rücken, weil das die Arbeit in der Kohlekommission nur erschwert.“ Hofreiter besuchte am Dienstag erneut den Hambacher Forst und rief dort zur Gewaltlosigkeit auf.

Der energiepolitische Sprecher der Linken im Bundestag, Lorenz Gösta Beutin, forderte, Kanzlerin Merkel müsse „endlich aus ihrem Schneckenhaus aus Berlin in den Hambacher Forst und ihr Amt und Ansehen in die Waagschale werfen“.

Mittwoch, 12. September

11:08 Uhr Stoppt das Oberverwaltungsgericht Münster Rodungen mit Eilentscheidung?

Das Oberverwaltungsgericht Münster könnte die Rodungen noch mit einer Eilentscheidung vorerst stoppen. Damit soll verhindert werden, dass vor einer weiteren gerichtlichen Entscheidung Fakten mit der Kettensäge geschaffen werden.

Die zuständige Bezirksregierung Arnberg hatte im Frühjahr den sogenannten Hauptbetriebsplan für den Braunkohletagebau Hambach bis 2020 genehmigt - und damit auch die umstrittenen Rodungen. Aus Naturschutzgründen darf aber erst ab dem 1. Oktober gefällt werden.

Eine zentrale Frage in der rechtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Umweltverband BUND und Land Nordrhein-Westfalen ist, ob der Wald mit seinem Bechsteinfledermaus-Vorkommen die Qualitäten eines europäischen FFH-Schutzgebietes hat. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hatte in einem vorherigen Rechtsstreit Anhaltspunkte dafür gesehen, dass der Hambacher Wald möglicherweise ein potenzielles Schutzgebiet ist. In dem Fall dürfe es nicht zerstört werden.

13:32 Uhr Polizei gibt Warnschuss ab

Ein Polizist hat am Hambacher Forst einen Warnschuss abgegeben. Mehrere Vermummte hätten am Mittwoch Beamte mit Steinen beworfen, teilte die Aachener Polizei mit. Ein Polizist habe daraufhin seine Schusswaffe gezogen und einen Warnschuss abgegeben. Verletzt wurde demnach niemand - die Vermummten hätten sich danach in den Wald zurückgezogen.

21:28 Uhr Baumhäuser soll kurzfristig geräumt werden

Die jahrelang geduldeten Baumhäuser der Aktivisten im Braunkohlerevier Hambacher Forst sollen nun kurzfristig geräumt werden. Eine entsprechende Weisung sei den zuständigen Baubehörden vor Ort am Mittwochabend übermittelt worden, bestätigte ein Sprecher des NRW-Bauministeriums dieser Zeitung.

In der Weisung argumentiert das Ministerium unter anderem mit dem fehlenden Brandschutz in den Baumhäusern. Deshalb dürfe es aus Sicherheitsgründen keinen zeitlichen Aufschub bei der Räumung geben.

Einsatz am Donnerstagmorgen

Am frühen Donnerstagmorgen sollen mehrere Hundertschaften im Hambacher Forst zum Einsatz kommen, wie diese Zeitung aus Polizeikreisen erfuhr. Die Polizei geht davon aus, dass die Räumung bis zu einer Woche dauern kann. Im Anschluss müssen die Beamten das Gebiet bis zum möglichen Rodungsbeginn am 14. Oktober absichern. Die Aktivisten haben in den ältesten und größten Bäumen etwa 30 bis 60 Häuser errichtet.

Donnerstag, 13. September

07:25 Uhr Räumungen im Hambacher Forst sollen beginnen

Im Braunkohlerevier Hambacher Forst wollen die Behörden mit der Räumung der Baumhäuser von Aktivisten am

Donnerstagsmorgen beginnen. Das bestätigte eine Sprecherin der zuständigen Stadt Kerpen auf Anfrage. Das nordrhein-westfälische Bauministerium hatte die Stadt am Mittwochabend angewiesen, die Baumhäuser unverzüglich zu räumen. „Die Weisung wird jetzt umgesetzt“, sagte die Stadtsprecherin.

08:05 Uhr Polizei formiert sich - Fehlender Brandschutz als Grund für Räumung

In der Nähe des Waldgebietes, das zu einem Symbol des Widerstands gegen die Braunkohle geworden ist, formiert die Polizei am Donnerstagsmorgen massive Kräfte. In wenigen Kilometern Entfernung haben sich zudem zahlreiche Einsatzkräfte der Feuerwehr gesammelt. Noch kann der Forst jedoch problemlos betreten werden.

Bei der nun geplanten Räumung geht es juristisch gesehen gar nicht um RWE und die Braunkohle. Vielmehr argumentiert das Ministerium nach Angaben der Stadt Kerpen und des ebenfalls betroffenen Kreises Düren unter anderem mit dem fehlenden Brandschutz in den Baumhäusern. Nach einem Vor-Ort-Termin sei das Ministerium zu der Überzeugung gelangt, dass es sich bei den Hütten um bauliche Anlagen im Sinne der NRW-Bauordnung handele.

Rettungstreppen und Geländer fehlen

Nach der Bauordnung müssten die Baumhäuser etwa über Rettungstreppen und über Geländer verfügen. Außerdem müssten Rettungswege für Feuerwehr und Krankenwagen verfügbar sein. Weil das nicht gegeben ist, ergäben sich „konkrete Gefahren“ für die Bewohner. Daher müssten die Bauämter der Stadt Kerpen und des Kreises Düren die Baumhäuser ohne zeitlichen Aufschub räumen, argumentiert das Ministerium.



Nordrhein-Westfalen, Kerpen: In einer Lehmhütte im Aktivistencamp im Hambacher Forst wurde von der Polizei ein Keller mit Beton zugeschüttet. Foto: dpa

Umsetzen müssen das die Bauämter der Stadt Kerpen und des Kreises Düren, auf deren Gebiet der Hambacher Forst liegt. Sie haben bei der Aachener Polizei dafür um Vollzugshilfe gebeten, um die Häuser räumen und beseitigen zu können.

08:40 Uhr Polizei stellt Aktivisten Ultimatum

Die Polizei hat das besetzte Waldgebiet mit einem Großaufgebot betreten. Die Aktivisten werden über Megafone aufgefordert, die Baumhäuser zu räumen. Dafür haben sie ca. eine halbe Stunde Zeit. Falls sie dem nicht Folge leisten, werden die Baumhäuser geräumt. Anschließend sollen diese unbrauchbar gemacht, oder beseitigt werden, wie ein Stadtsprecher mitteilte.

„Es besteht Gefahr für Leib und Leben. Es liegen schwerwiegende Verstöße gegen geltendes Bauordnungsrecht vor. Die Baumhäuser verfügen nicht über erforderliche Rettungswege, sie wurden entgegen der einschlägigen brandschutzrechtlichen

Vorschriften errichtet, die erforderliche Erschließung ist nicht sichergestellt, die Verkehrssicherheit ist nicht gegeben und die Standsicherheit der Baumhäuser ist nicht gewährleistet“, erklärte ein Sprecher der Stadt Kerpen per Megafon.

09:00 Uhr Polizei-Kletterer sind vor Ort

Der Einsatz gegen die Baumbesetzer im Braunkohlerevier Hambacher Forst gilt bei der Polizei als einer der größten in der jüngeren nordrhein-westfälischen Geschichte. Aus dem gesamten Bundesgebiet wurden Einsatzkräfte zur Verstärkung in den Hambacher Forst geholt. Wasserwerfer und schweres Räumgerät sind im Einsatz. Eine konkrete Zahl der Einsatzkräfte nennt die Polizei bisher nicht.

Inzwischen sind auch Polizei-Kletterer vor Ort, die sich ein Bild darüber machen, wie sie die Aktivisten von den Holzbauten holen können, ohne dabei sich oder die Kohlegegner in Gefahr zu bringen

Die Aktivisten selbst fordern die Polizisten auf, den Forst zu verlassen und sich zurückzuziehen. Es sei eine einstweilige Verfügung gegen die Räumung auf dem Weg.

09:30 Uhr Polizei beginnt mit Räumungen

Die Polizei hat mit schwerem Gerät begonnen, die Barrikaden im Hambacher Forst wegzuräumen.

Zudem umstellen die Beamten auch die Baumhäuser der Aktivisten. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur stehen für die Räumung der Baumhütten sogenannte Höheninterventionsteams bereit, die für derartige Einsätze ausgebildet sind.

09:50 Uhr Kein Antrag gegen Räumung



Die Polizei räumt die dreibeinigen Tripods, die die Aktivisten aufgestellt haben. Foto: Wilfried Meisen

Beim Verwaltungsgericht Köln ist am Donnerstag zunächst kein Antrag der Baumbesetzer eingegangen, die Räumung im Hambacher Forst noch juristisch zu stoppen. „Bis jetzt liegt kein Antrag gegen die Räumung vor“, sagte eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts in Köln auf Anfrage.

09:58 Uhr Bürgerinitiative kritisiert NRW-Heimatministerin

Mitglieder der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ sind ebenfalls vor Ort und kritisieren die NRW-Heimatministerin Ina Scharrenbach, die die Räumung des Waldes angeordnet hatte.

„Wer den Weg frei macht für eine Zerstörung von Heimat und Natur, die für uns Bürger sehr wichtig ist, der verdient den Namen Heimatministerin nicht“, sagte die Sprecherin der Initiative, Antje Grothus, dieser Zeitung. Zwar stünden die Bäume noch. „Aber ich finde es traurig, welch massiver Schaden dem Wald durch den Einsatz von schwerem Gerät zugefügt wird.“

10:10 Uhr Scharrenbach verteidigt Einsatz

Die nordrhein-westfälische Heimat- und Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) verteidigt das Vorgehen der Polizei im Hambacher Forst. Sie komme lediglich der Bitte um Vollzugs-hilfe bei der Beseitigung von ohne Genehmigung errichteten Baumhäusern nach. Dass bei der Räumung der Häuser einzelne Bäume gefällt werden müssten, sei „vermutlich nicht vollständig zu verhindern“ heißt es in einem von Scharrenbach und Innenminister Herbert Reul (CDU) unterzeichneten Papier. Scharrenbach und Reul betonen darin zugleich das Recht von „friedlichen Umweltschützern“, im Hambacher Forst für ihr Anliegen (zu) demonstrieren".

10:20 Uhr Polizei sperrt Baumhäuser ab

Die Polizei hat in einem Umkreis von 100 Metern Podeste und Baumhäuser in der „Dangerzone“ (Gefahrenzone) abgesperrt. Das ist ein kleiner Vorposten am Eingang des Waldes. Niemand kommt hinein oder hinaus. An der alten L276 in der Nähe des Forsts stehen Räumpanzer, Wasserwerfer und Hundestaffel der Polizei bereit. Vor der „Dangerzone“ fährt ein kleiner Kran mit Hebebühne auf.

10:36 Uhr Zivilen Ungehorsam angekündigt



Zahlreiche Baumbesetzer im Hambacher Forst haben ein Ultimatum der Behörden zur Räumung der Baumhäuser verstreichen lassen. Foto: Eric Lamparter

„Die Zerstörung des Hambacher Forsts ist untragbar. Wir werden deshalb ab diesem Wochenende mit Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams die Räumungen und Rodungen von Polizei und RWE verhindern. Durch diese Aktionsform nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand.“ -Aktivist Jan Pütz von der „Aktion Unterholz“

Unterdessen haben im Hambacher Forst die Höhenretter mit der Arbeit an den ersten Podesten begonnen. Eine Arbeitsbühne wurde in Stellung gebracht und ein großes Luftkissen auf dem Boden aufgeblasen, wie dpa-Reporter vor Ort beobachteten.

10:54 Uhr Pfarrer richten Sitzblockade ein

Die ersten Aktivisten sind von der Polizei von den Podesten geholt worden. Mindestens einer ist in die Bäume geklettert und befindet sich rund 20 Meter über dem Boden. Eine Aktivistin, die sich an einem Baumstamm festgehalten hatte, wurde von Polizisten festgenommen. Zudem hat es eine Sitzblockade von drei Pfarrern aus der Region Düren gegeben, sie sind von der Polizei weggetragen worden. Die Pfarrer und Jugendliche der evangelischen Kirchengemeinde Düren hatten sich heute Morgen aus Solidarität mit den Waldbesetzern auf den Weg in den Hambacher Forst gemacht.

Ein Polizeisprecher sagte gegenüber unserer Zeitung, dass die Räumung des Forstes vermutlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen kann. Ein Grund dafür sei, dass man auch Sicherheitsaspekten nur bei Tageslicht räumen könne. Am Donnerstag versuche man erst einmal, die Vorposten am Waldeingang aus dem Weg zu schaffen. Abends werden die Beamten von privaten Sicherheitsfirmen bei der Sicherung des Geländes unterstützt.

11:22 Uhr Räumungsaktion nur der Auftakt

Aus Polizeikreisen verlautet, dass die Aktion heute nur den Auftakt bildet. Mit der Räumung der Baumhäuser im tieferen Teil des Waldes rechne man heute nicht. Ziel sei vielmehr, die Vorposten der Aktivisten in Gestalt von Podesten, so genannten Monopods und Tripods, und einige wenige Baumhäuser zu räumen.

11:32 Uhr Grüne kritisieren Räumung

Die Grünen im Bundestag haben den Polizeieinsatz im Hambacher Forst verurteilt und neue Verhandlungen gefordert. „Für uns ist klar: Reden statt Räumen und Roden. Das muss die Devise sein“, sagte Fraktionschef Anton Hofreiter am Donnerstag in Berlin. Die Räumung der Baumhäuser von Umweltaktivisten in dem Wald, den RWE in den kommenden Monaten für den Braunkohle-Abbau fällen lassen will, sei eine „völlig unverantwortliche Eskalation“ und das Argument des Brandschutzes „an den Haaren herbeigezogen“.

Hofreiter sieht auch Versäumnisse bei der Bundesregierung: Indem Kanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (beide CDU) schwiegen, riskierten sie den Erfolg der Kommission, die bis Ende des Jahres über den Ausstieg aus der Kohlestrom-Erzeugung verhandelt. „Das Abholzen des Hambacher Waldes hat keine gesellschaftlichen Mehrheiten“, sagte Grünen-Parteichefin Annalena Baerbock dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Der Räumung darf auf keinen Fall die Rodung folgen.“

11:45 Uhr Erstes Bauwerk abgebaut



Einsatz- und Rettungskräfte im Hambacher Forst. Foto: Eric Lamparter

Die Polizei hat im Braunkohlerevier Hambacher Forst ein erstes Bauwerk der Baumbesetzer abgebaut. Die Polizei hat mit Hilfe eines Hubwagens einen Aktivist, der sich hoch oben an einem Baum angeseilt hat, heruntergeholt. Der Mann leistete keinen Widerstand. Auf einem Podest befindet sich noch eine Frau, die durch wildes Umherklettern versucht, den Polizisten zu entkommen.

11:55 Uhr Eilanträge gegen Rodung

Mit zwei Eilanträgen wollen Privatpersonen die Räumung im Hambacher Forst in letzter Minute juristisch stoppen. „Es liegen mittlerweile zwei Anträge vor, die Kammer berät nun darüber“, sagte eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts in Köln auf Anfrage. Eine Entscheidung solle so schnell wie möglich getroffen werden. Unklar sei, ob dies noch im Laufe des Donnerstags möglich sei. Die Sprecherin wollte sich nicht dazu äußern, wer die Anträge gestellt hat.

12:30 Uhr Umweltverbände kritisieren Räumung als Provokation

Die in der Kommission für den Kohleausstieg vertretenen Umweltverbände haben die Räumung des Protestcamps im Hambacher Forst als überflüssige Provokation kritisiert. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens mache sich zum „Brandstifter“ und heize den Konflikt um die Kohle an, sagte der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Dirk Niebert, der mit Wirtschaft und Politik über einen Zeitplan für den Kohleausstieg verhandelt.

12:34 Uhr Vermummte bedrohen Journalisten

Vermummte Aktivisten haben im Hambacher Forst einen Journalisten mit Knüppeln bedroht und flohen zurück in den Wald, als die Polizei daraufhin ausschärmte. Umstehende friedliche Umweltschützer bedachten den Angriff der Vermummten mit Buh-Rufen und Pfiffen.

Derweil wäre eines der Podeste gerade fast umgestürzt, Polizisten mussten sich im Laufschrift in Sicherheit bringen.

12:51 Uhr Lauter Knall zu hören

Im tieferen Teil des Hambacher Forstes hat es aus Richtung eines Baumhaus-Camps einen lauten Knall gegeben. Woher dieser genau kam und was ihn ausgelöst hat, ist bislang unklar. Ein großer Trupp Bundespolizisten ist auf dem Weg zum vermuteten Ursprungsortes des Knalls.

13:10 Uhr Räumung auch auf der anderen Seite des Waldes

Die Verantwortlichen des Kreises Düren haben auf der anderen Seite des Waldes im Westen über Megafon die Aktivisten der rund ein Dutzend Baumhäuser aufgefordert, die Bauwerke zu verlassen. Auch hier gelte eine Frist von 30 Minuten, bevor die Polizei eingreife.

13:45 Uhr Die Frist ist abgelaufen

Die Einsatzkräfte haben nun auch auf der anderen Seite des Waldes, von Westen her, damit begonnen, Barrikaden zu entfernen. Die Frist für das freiwillige Verlassen der Holzkonstruktionen ist abgelaufen. Das letzte Podest in der so genannten „Dangerzone“ im Waldeingang auf Kerpener Stadtgebiet ist inzwischen geräumt und wird abgebaut. Der Hambacher Forst liegt genau auf der Grenze zwischen der Stadt Kerpen und dem Kreis Düren.

13:50 Uhr Mehr Eilanträge bei Gericht

Mit sieben Eilanträgen wollen Privatpersonen die Räumung im Hambacher Forst in letzter Minute juristisch stoppen. „Es liegen mittlerweile sieben Anträge vor, die Kammer berät nun darüber“, sagte eine Sprecherin des Verwaltungsgerichts in Köln auf Anfrage. Eine Entscheidung solle so schnell wie möglich getroffen werden. Unklar sei, ob dies noch im Laufe des Donnerstags möglich sei. Die Sprecherin wollte sich nicht dazu äußern, wer die Anträge gestellt hat. Der Umweltverband BUND versucht mit Eilanträgen, Baumfällungen im Zusammenhang mit der Räumung der Baumhäuser zu verhindern. Das bestätigten die Sprecher der Verwaltungsgerichte Köln und Aachen.

14:30 Uhr Polizei räumt Baumhaus

Die Polizei rückt im Waldeingang nun in Richtung zweier Baumhäuser vor, in dem sich mehrere Aktivisten aufhalten. Um das Bauwerk besser räumen zu können, werden von einem Hubwagen aus Äste rund um das Bauhaus abgesägt.



Polizisten versuchen mit einem Hubwagen an einen Umweltaktivisten im Baum zu kommen. Foto: dpa

14:57 Uhr Aktivist hat sich an Baum festgemacht

Einer der Kohlegegner hat sich auf noch nicht ganz ersichtliche Art und Weise an einem Baum festgemacht. Die Polizei versucht, den Mann von dem Baumstamm zu lösen, was sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt als recht schwierig erweist.

15:05 Uhr Polizei mit Zwillen beschossen

Laut der Polizei Aachen wurden Beamte von Aktivisten aus dem Schutz des Walds heraus mit Stahlkugeln aus Zwillen beschossen sowie mit Steinen beworfen. Die Polizei appelliert an die Anwesenden, friedlich zu bleiben.

15:23 Uhr Nur kleine Fortschritte

Die Demontage des ersten Baumhauses geht weiter, allerdings ungeheuer langsam. Aus dem zweiten Baumhaus sind die Geräusche eines Winkelschleifers zu hören.

15:50 Uhr Personen werden weggetragen



Die Polizei ist im Hambacher Forst im Einsatz Foto: Dennis Vlamincck

Inzwischen hat die Polizei eine erste Person aus dem Baumhaus abseilen können, zudem wurde ein weiterer Aktivist von den Beamten aus dem Wald getragen.

16:10 Uhr Einsatz soll in der Dämmerung beendet werden

Inzwischen wurden drei Personen aus den Baumhäusern geholt. Die Polizei kündigt an, in der Dämmerung den Einsatz beenden zu wollen.

Es befinden sich keine Aktivisten mehr in der so genannten Dangerzone. Das Baumhaus-Camp „Oaktown“ ist umzingelt, aber es gibt keine Anstalten zur Räumung.

16:42 Uhr Polizist leicht verletzt

Die Polizei hat den Baumschützern im Hambacher Forst vorgeworfen, mindestens einen Polizisten leicht verletzt zu haben. Beamte und Autos der Einsatzkräfte seien bei der begonnenen Räumung mit Steinen und Molotow-Cocktails beworfen worden, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Beamte seien zudem mit Zwillen beschossen worden, hieß es. Zahlen der Baumbesetzer und Braunkohle-Gegner oder eine Stellungnahme zu den Vorwürfen lagen zunächst nicht vor.

17:35 Uhr Räumung ist rechtmäßig

Das Verwaltungsgericht Köln hat den Antrag eines Aktivisten gegen die Räumung seines Baumhauses abgelehnt. Der Mann hatte beim Verwaltungsgericht vorläufigen Rechtsschutz beantragt und argumentiert, dass er bereits seit sechs Monaten in dem Baumhaus wohne und dass es sein Lebensmittelpunkt sei. Durch die Räumung werde er obdachlos. Der Aktivist kritisierte, dass die gesetzte Räumungsfrist von 30 Minuten zu kurz bemessen sei.

Das Verwaltungsgericht folgte der Argumentation allerdings nicht: Damit ist die Räumung der Baumhäuser rechtmäßig. Das Gericht argumentierte, dass ein Einschreiten „zur Gefahrenabwehr für den Bewohner selbst und wegen Waldbrandgefahr“ gerechtfertigt sei.

18:15 Uhr Aktivisten halten Argumentation des Gerichts für fadenscheinig

Für Umweltaktivisten ist der Beginn der Räumung im Hambacher Wald aus Brandschutzgründen ein politischer Skandal. Die Landesregierung schiebt „auf einmal Brandschutzmaßnahmen vor, um ihre Räumung und Rodung zu legitimieren. Das ist nicht nur lächerlich, das ist unverschämt und ein politischer Skandal“, sagte Jan Pütz von der Aktion Unterholz am Donnerstag bei Kerpen.



Polizisten tragen eine Aktivistin weg Foto: Dennis Vlaminc



Demonstranten in Kerpen-Buir Foto: Eric Lamparter

Das Aktionsbündnis Ende Gelände sprach von einem faden-scheinigen Argument.

19:26 Uhr Berufsvertretung der Kriminalpolizisten kritisiert Einsatz

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter NRW sieht in der Räumung der Baumhäuser eine krasse politische Fehlentscheidung. „Das ist eindeutig ein politischer Startschuss für die heiße Phase eines der größten und teuersten Polizeieinsätze in der Geschichte NRWs“, sagte der Landesvorsitzende des Bund Deutscher Kriminalbeamter in NRW, Sebastian Fiedler, in einer Pressemitteilung.

Sein Stellvertreter Helmut Adam, zugleich BDK-Bezirksvorsitzender in Köln, erklärt, die Kollegen würden „regelrecht verheizt“. Und sie würden in den Innenstädten fehlen, die Einsatzzahlen würden bereits ansteigen: „Die Polizeibeamten fehlen bei der Bewältigung ihrer Alltagsaufgaben. Der Einsatz im Hambacher Forst hat insofern unmittelbare negative Auswirkungen auf die Sicherheit in den Städten und Gemeinden. Im Ergebnis schützen wir nun den Braunkohleabbau von RWE statt unsere Bevölkerung.“

20:10 Uhr 1600 Menschen demonstrieren

Am Donnerstagabend haben sich nach Veranstalterangaben knapp 1600 Menschen in der Nähe des Hambacher Forstes eingefunden und demonstrieren friedlich gegen die Rodung. Die Polizei lässt die Demonstranten allerdings nicht zum Wald durch.

Mehrere Dutzend Braunkohlegegner haben es allerdings geschafft auszuscheren und sind zu den in Baumhäusern lebenden Aktivisten gerannt. Die Polizei schätzte ihre Zahl auf 40 bis 50. An der genehmigten Demonstration gegen die Räumung und für den Erhalt des Hambacher Forstes hätten mehr als 1000 Menschen teilgenommen, darunter Familien mit Kindern. Die

in den Wald gestürmten Braunkohlegegner wurden lautstark von den in Baumhäusern lebenden Aktivisten begrüßt, wie eine dpa-Reporterin berichtete. Die Räumung von Hindernissen und Baumhäusern werde an diesem Freitag fortgesetzt, sagte eine Polizeisprecherin.

22:30 Uhr So lief der Tag am Hambacher Forst

Mit einem massiven Polizeiaufgebot haben Behörden begonnen, den jahrelang von Umweltschützern und Braunkohlegegnern besetzt gehaltenen Hambacher Forst zu räumen. Am Donnerstag holten Spezialkräfte die ersten Aktivisten aus den Baumhäusern und zerstörten einige der jahrelang geduldeten Bauten. Der Energiekonzern RWE will im Herbst weite Teile des Waldes abholzen, um weiter Braunkohle abbauen zu können. Die Baumhäuser der Besetzer gelten längst als Symbol des Widerstands gegen die Braunkohle.

Aktivisten kündigten als Reaktion auf die Räumung „zivilen Ungehorsam“ und eine „bundesweite Massenmobilisierung“ an. Das Verwaltungsgericht Köln gab den Behörden allerdings Recht und lehnte am Abend einen Eilantrag gegen die Räumung eines Baumhauses ab. Es sei davon auszugehen, dass bei den noch ausstehenden Eilanträgen ähnlich entschieden werde, sagte eine Gerichtssprecherin.

Drei Personen in Gewahrsam genommen

Bei dem Einsatz kam es zwischen Polizei und Aktivisten zu Auseinandersetzungen. Beamte seien mit Zwillen beschossen und mit Molotow-Cocktails beworfen worden, berichtete die Polizei. Ein Beamter sei dabei leicht verletzt und ein Dienstwagen beschädigt worden. An mehreren Stellen hätten sich friedliche Demonstranten auf Zufahrtswege gesetzt und diese blockiert. Nach Angaben der Polizei wurden drei Personen in

Gewahrsam genommen. Eine Sprecherin des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ machte hingegen die Polizei dafür verantwortlich: „Die Polizei eskaliert, die Polizei greift an, die Menschen setzen sich zur Wehr“, sagte Karolina Drzewo.

Als Begründung für die Räumung führten die Behörden nicht den geplanten Braunkohleabbau an. Vielmehr argumentiert das NRW-Bauministerium mit dem fehlenden Brandschutz in den Baumhäusern - unter anderem fehlten Rettungsleitern. Deshalb seien die Baumhäuser zu räumen und anschließend „zu beseitigen“, heißt es in der Weisung des Ministeriums.

Die Umweltaktivisten, etwa von der Organisation „Ende Gelände“, halten das für eine vorgeschobene Argumentation. „Wir kämpfen für eine klimagerechte Zukunft und fordern von der Landesregierung, sofort die Polizeikräfte aus dem Hambacher Forst abzuziehen“, sagte Waldbesetzer Momo bei einer Pressekonferenz mehrerer Initiativen.

Der Einsatz begann am Donnerstagmorgen, nachdem Mitarbeiter der zuständigen Stadt Kerpen und des Kreises Düren die Baumbesetzer per Lautsprecher über den Räumungsbeschluss informiert und sie aufgefordert hatten, die Baumhäuser innerhalb von 30 Minuten freiwillig zu verlassen. Als die Aktivisten die Frist verstreichen ließen, rückte das Höheninterventions-team der Polizei mit einer Arbeitsbühne und einem großen Luftkissen auf dem Boden vor.

Die Polizei teilte am späten Abend mit, vier Baumhäuser seien inzwischen entfernt worden. Mindestens eine Frau wurde dabei heruntergeholt. Wie viele Menschen festgenommen oder in Gewahrsam genommen wurden, blieb zunächst unklar.

Aktivisten kündigen massenhaft zivilen Ungehorsam an

In den sozialen Netzwerken riefen die Baumbesetzer dazu auf, den Protest im Hambacher Forst zu verstärken und in den Wald zu kommen. „Wir werden deshalb ab diesem Wochenende mit Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams die Räumungen und Rodungen von Polizei und RWE verhindern. Durch diese Aktionsform nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand“, sagte Jan Pütz von der Aktion Unterholz. Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ kündigte an, vom 25. bis zum 29. Oktober würden Tausende Menschen die Kohle-Infrastruktur, Schienen und Bagger blockieren.

Mehrere Dutzend Braunkohlegegner scherten am Donnerstagabend aus einer Demonstration am Hambacher Forst aus und rannten zu den in Baumhäusern lebenden Aktivisten. Die Polizei schätzte ihre Zahl auf 40 bis 50. An der genehmigten Demonstration gegen die Räumung und für den Erhalt des Hambacher Forstes hätten mehr als 1000 Menschen teilgenommen, darunter Familien mit Kindern.

Die in den Wald gestürmten Braunkohlegegner wurden lautstark von den in Baumhäusern lebenden Aktivisten begrüßt, wie eine dpa-Reporterin berichtete. Für den Polizeieinsatz habe dies keine Relevanz, sagte ein Sprecher der Aachener Polizei. Die Räumung von Hindernissen und Baumhäusern werde an diesem Freitag fortgesetzt. Auch nach Einbruch der Dunkelheit waren am Donnerstagabend viele Polizisten im Wald.

Vor Beginn der Kohleförderung war der Wald 4100 Hektar groß; nach Angaben des Tagebau-Betreibers RWE Power wurden bislang 3900 Hektar für den Kohleabbau gerodet. Der Wald hat nach Angaben des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) eine 12 000 Jahre lange Geschichte. Es gibt dort Vorkommen streng geschützter Arten wie die Bechsteinfledermaus, den Springfrosch und die Haselmaus. Der Protest vor Ort richtet sich auch gegen den Abbau von Braunkohle allgemein.

Rodung aus Sicht von RWE unvermeidbar

Aus Sicht von RWE ist die weitere Rodung unvermeidbar, um die Stromproduktion in den Braunkohlekraftwerken zu sichern. Ein RWE-Sprecher betonte am Donnerstag, der Konzern sei nicht „unmittelbarer Veranlasser“ des Einsatzes. „Die Rodungsarbeiten auf unserem widerrechtlich besetzten Grundstück sollen wie geplant erst im Oktober beginnen.“

Die in der Kohleausstiegskommission vertretenen Umweltverbände DNR, BUND und Greenpeace sprachen von einer überflüssigen und gefährlichen Eskalation. Der Konflikt um den Forst könnte die Verhandlungen über den Kohleausstieg stören, da die Umweltverbände einen Rodungsaufschub fordern, bis ein Ergebnis vorliegt. Denkbar ist, dass ein oder mehr Umweltvertreter die Kommission verlassen. Auch Grüne und Linke verurteilten die Räumung als Machtdemonstration und Provokation.

Die Polizei stellt sich im Hambacher Forst noch auf einen langen und schwierigen Einsatz ein. Die 50 bis 60 Baumhäuser liegen in bis zu 25 Metern Höhe - entsprechend kompliziert ist es, sie zu räumen.

Freitag, 14. September

05:43 Uhr Räumung wird fortgesetzt

Die Polizei will im Hambacher Forst die umstrittene Räumung der Baumhäuser von Umweltschützern und Braunkohlegegnern an diesem Freitag fortsetzen. Mit einem massiven Aufgebot, für Höheneinsätze geschulten Beamten und umfangreicher Technik räumte die Polizei am Donnerstag bis Einbruch der Dunkelheit vier Baumhäuser sowie Hindernisse aus dem Weg. Auch danach waren weiterhin zahlreiche Polizisten in der Gegend

präsent, wie eine dpa-Reporterin berichtete. Die Räumungsaktion gehe an diesem Freitag weiter, sagte ein Sprecher der Aachener Polizei. Bis zum frühen Morgen blieb die Lage ruhig.

Allerdings war es am Donnerstagabend mehreren Dutzend Braunkohlegegnern gelungen, trotz des massiven Polizeiaufgebots in den Wald zu kommen. Schätzungsweise 40 bis 50 Braunkohlegegner scherten nach Polizeiangaben aus einer Demonstration aus und rannten los. Sie wurden lautstark von den in Baumhäusern lebenden Aktivisten begrüßt, wie eine dpa-Reporterin berichtete. An der genehmigten Demonstration gegen die Räumung und für den Erhalt des Hambacher Forstes hätten mehr als 1000 Menschen teilgenommen, darunter Familien mit Kindern.

06:00 Uhr Streit um Rodung spaltet Kohlekommission

Der Streit um das Braunkohlerevier Hambacher Forst entzweit die von der Bundesregierung eingesetzte sogenannte Kohlekommission. „Der Tagebau Hambach ist genehmigt und bisher in allen Instanzen bei gerichtlichen Überprüfungen bestätigt worden“, sagte Kommissionsmitglied Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), dem „Handelsblatt“ (Freitag). „Deshalb ist es in einem Rechtsstaat nur konsequent, dass RWE dann auch den Tagebau weiterführen kann.“

Die Polizei hat am Donnerstag im Hambacher Forst mit der umstrittenen Räumung der Baumhäuser von Umweltschützern und Braunkohlegegnern begonnen. Der Einsatz soll an diesem Freitag fortgesetzt werden. Der Energiekonzern RWE will im Herbst weite Teile des Waldes abholzen, um weiter Braunkohle baggern zu können. Die Baumhäuser der Besetzer gelten als Symbol des Widerstands gegen die Braunkohle.

Michael Vassiliadis, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Mitglied der Kohlekommission, kritisierte die Proteste gegen die geplante Rodung: „Der Hambacher Forst steht schon länger nicht mehr nur für friedlichen Protest und eine offene Streitkultur.“

Dagegen sagte Kommissionsmitglied Martin Kaiser, der zugleich Geschäftsführer von Greenpeace ist, die „unverantwortliche Räumung unter vorgeschobenen Gründen“ belaste „die bislang vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit in der Kohlekommission massiv“. Auch der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) und der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, beide ebenfalls in der Kohlekommission vertreten, bewerteten die Räumung als kontraproduktiv.

Die Kohlekommission soll bis Ende des Jahres eine Strategie zum Ausstieg aus der Kohleverstromung ausarbeiten und Vorschläge für die Finanzierung und Gestaltung des Strukturwandels in Tagebau-Regionen wie dem Rheinischen Revier vorlegen.

08:20 Uhr Polizei umzingeln Waldbesetzer

Der Polizei hat die Räumung des Hambacher Forstes am frühen Freitagmorgen nach Sonnenaufgang fortgesetzt. Die Beamten räumen zurzeit das „Camp Gallien“ und umzingeln die Waldbesetzer, die Lieder singen und trommeln.

Nachdem die Einsatzkräfte gegen 20 Uhr am Donnerstagabend die Aktion vorläufig beendet hatten, sind Beamte in der Nacht vor Ort geblieben, um das Waldgebiet abzusichern. Unter anderem kamen Lichtmasten am Eingangsbereich zum Einsatz.

08:52 Uhr „Oaktown“ soll zeitnah geräumt werden

Die Polizei bereitet aktuell die Räumung des Camps „Oak-town“ vor. Mehrere Menschen, die unter den Baumhäusern mit einer Sitzblockade demonstrierten, wurden weggetragen. Aktivistinnen auf den Baumhäusern rufen Parolen. Die Stimmung ist bislang jedoch weitgehend friedlich, berichtet unser Reporter vor Ort. Es werden Schneisen geschlagen, um besser an das Camp heranzukommen. Am Donnerstagabend sind Beamte nach Angaben eines Pressesprechers auf dem Weg aus dem Hambacher Forst mit Molotowcocktails angegriffen worden, es wurde jedoch niemand verletzt.

10:14 Uhr: Herbert Reul verteidigt das Vorgehen der Polizisten
NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die umstrittene Räumung der Baumhäuser von Umweltschützern und Braunkohlegegnern im Hambacher Forst verteidigt. „Jetzt sind da Menschen, die haben auf fremdem Gelände schwarz gebaut, beachten keine Bauvorschrift, keine Brandvorschrift, wehren sich auch noch, sind kriminell, greifen noch Polizisten an, also werden straffällig, und da soll ich nicht eingreifen?“, sagte Reul am Freitag im Deutschlandfunk. Er betonte, er habe nicht den Auftrag, über die Nutzung von Braunkohle zu entscheiden, sondern den Rechtsstaat durchzusetzen.

„Mir geht es ja gar nicht um diejenigen, die da als Aktivistinnen sich um ein Anliegen kümmern, sondern mir geht es um die Kriminellen, die im Wald sind, die die Gewalttäter sind, die Straftäter, die andere Menschen angreifen, die Unsicherheit verbreiten“, sagte Reul weiter. Die Behörden hätten „gemerkt, dass immer mehr kriminelles Personal auch vom Ausland übrigens in diesen Wald einsickert“, sagte er weiter. „Und dann haben wir gesagt, jetzt ist Gefahr im Verzuge, und das ist der Hintergrund.“

11:00 Uhr: Beschwerde beim OVG Münster zum Eilentscheid eingegangen

Beim Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen liegt eine Beschwerde gegen die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zur Räumung von Baumhäusern im Hambacher Forst vor. „Die Beschwerde ist am Donnerstagabend bei uns eingegangen“, sagte eine OVG-Sprecherin am Freitag in Münster. Das Gericht in Köln hatte die Räumung der Baumhäuser durch die Stadt Kerpen als rechtmäßig bezeichnet. Der zuständige Senat prüfe jetzt, sagte die Sprecherin. Mit einer Entscheidung sei im Laufe des Tages zu rechnen.

Die Stadt Kerpen begründet die Räumung mit der Gefahrenabwehr für die Bewohner der Baumhäuser und mit Mängeln beim Brandschutz.

11:10 Uhr Braunkohlegegner in Berlin blockieren NRW-Vertretung

Braunkohlegegner haben aus Protest gegen die Räumung des Hambacher Forsts am Freitagmorgen die Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen in Berlin blockiert. Es seien Polizisten von der Vertretung angefordert worden, sagte ein Sprecher der Berliner Polizei. Eine kleine Personengruppe ist demnach in dem Gebäude und habe die Besetzung erklärt. Laut Mitteilung von der Organisation Ende Gelände soll die Landesvertretung so lange besetzt bleiben, bis die Landesregierung den Polizeieinsatz im Wald beendet.

„Wir müssen die Klimakatastrophe verhindern, und dafür brauchen wir den sofortigen Kohleausstieg. Die Rodung des Hambacher Waldes für weiteren Braunkohle-Abbau ist sinnlos und unverantwortlich“, erklärte die Ende-Gelände-Sprecherin Karolina Drzewo laut Mitteilung.

11:37 Uhr Opposition wirft Landesregierung Eskalation vor

Die Opposition aus SPD und Grünen im NRW-Landtag hat der Landesregierung vorgeworfen, mit der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst den Konflikt um den Braunkohleabbau zu eskalieren. Diese gesellschaftliche Auseinandersetzung über das Baurecht zu führen, sei „politisch mangelhaft“, sagte SPD-Fraktionsvize Jochen Ott am Freitag im Bauausschuss. Auf diese Art werde die CDU/FDP-Regierung keine Befriedung und Lösung für den Hambacher Forst erreichen, die von den Menschen akzeptiert werde.

Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) begründete die am Donnerstag angeordnete Räumung der rund 50 Baumhäuser erneut mit dem Brandschutz und fehlenden Baugenehmigungen. Sie warf der rot-grünen Vorgängerregierung politisches Unterlassen vor. Die oberen Bauaufsichtsbehörden hätten „viel früher“ gegen die kontinuierlich seit 2012 illegal errichteten Behausungen vorgehen müssen. „Das sind Schwarzbauten.“ Es sei zu klären, ob es „politisches Unterlassen in der Vergangenheit gegeben hat und dieser ungesetzliche Zustand politisch geduldet wurde“. Dass die Landesregierung selbst erst mehr als ein Jahr nach Amtsantritt einschreitet, begründet das Ministerium damit, dass der Zustand der Baumhäuser erst bei einer Inspektion Ende August festgestellt worden sei.

Grünen-Fraktionschef Arndt Klocke warf der Regierung vor, mit der Räumungsaktion eine Verständigung in der Kohle-Kommission in Berlin zu erschweren „und möglicherweise zu verhindern“. Die Kommission soll bis Ende des Jahres einen Weg zum Ausstieg aus der Kohleverstromung festlegen.

Seit Beginn der Räumung im Hambacher Forst am Donnerstagmorgen durch ein Großaufgebot von mindestens 2000 Einsatzkräften wurden laut Scharrenbach zwei Polizisten leicht

verletzt. Der Einsatz gehe seit Freitagmorgen weiter „und schreitet entsprechend voran“.

12:51 Uhr Berliner Polizei räumt Blockade an NRW-Landesvertretung

Die Polizei in Berlin hat mit der Räumung einer Blockade von Braunkohlegegnern an der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen begonnen. Einsatzkräfte trugen Demonstranten am Freitag vom Eingang des Gebäudes weg. Zuvor wurden am Freitagmittag die Personalien der Aktivisten aufgenommen, die gegen die umstrittene Räumung des Hambacher Forstes in NRW protestiert hatten. Die Landesvertretung hatte Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt.

Rund 20 Braunkohlegegner waren an dem Protest vor der NRW-Landesvertretung beteiligt. Die Initiative „Ende Gelände“ hatte zuvor erklärt, sie wolle die Landesvertretung so lange besetzt halten, bis die Landesregierung den Polizeieinsatz im Wald beendet. In dem Waldgebiet in Nordrhein-Westfalen werden derzeit Baumhäuser von Umweltschützern abgerissen. Der Energiekonzern RWE will im Herbst weite Teile des Waldes abholzen, um weiter Braunkohle abbaggern zu können.

13:13 Uhr Einsatzkräfte im Dialog mit Waldbesetzern, Verdacht auf Stinkbomben-Pläne

Einsatzkräfte der Stadt Kerpen nähern sich weiter der Siedlung „Oaktown“. Mit zwei Mobilkränen mit Hebebühne versuchen sich die Einsatzkräfte einen Weg zu bahnen. Aktuell ist die Lage im Forst friedlich, die Einsatzkräfte sind im Dialog mit den Besetzern. Die Polizei ist mit 1500 bis 1800 Einsatzkräften gleichzeitig vor Ort. Es bestehe der Verdacht, dass die Waldbesetzer versuchen, Stinkbomben mithilfe von Buttersäure zu bauen, so ein Sprecher der Aachener Polizei.



Die Polizei räumt die Baumhäuser am Freitag. Foto: Dennis Vlaminc

Die Waldbesetzer versuchen die Arbeiter fernzuhalten, indem sie per Megaphon angeben, dass es unter dem Wald ein Tunnelsystem gebe und jedes Vordringen der Einsatzkräfte die sich darin befindlichen Menschen gefährde. Die Polizei geht allerdings davon aus, dass diese Angaben nicht stimmen.

13:48 Uhr Erste Aktivisten vom Baum geholt

Die Einsatzkräfte erreichen in „Oaktown“ immer mehr Baumhäuser und räumen sie leer. Die Aktivisten haben sich unterdessen zurückgezogen. Sie hängen an Seilen in den Bäumen. Insgesamt sind drei Mobilkräne mit Hebebühnen gleichzeitig im Einsatz. Die Polizei holt in diesen Minuten die ersten Aktivisten herunter.

13:52 Uhr Polizei schützt sich mit Spezialanzügen gegen Angriff mit Fäkalien

Die Einsatzkräfte schützen sich mit Spezialanzügen vor dem Einsatz von Fäkalien. Mehrere Aktivisten hatten in zwei Camps Eimer mit Fäkalien von den Bäumen geworfen.



Die Kollegen der [#Polizei](#) [#Aachen](#) müssen sich mit solchen Anzügen vor Fäkalienbewurf schützen. Diverse Eimer wurden bereits aus den Baumhäusern entleert und verbreiten einen heftigen Gestank. [#HambacherForst](#)

14:15 Uhr OVG Münster lehnt Stopp der Räumung ab



Zwei Aktivisten beobachten von Bäumen aus die Räumungsarbeiten in der „Oaktown“ genannten Siedlung aus Baumhäusern im Hambacher Forst. Foto: Oliver Tripp

Das Oberverwaltungsgericht in Münster lehnt einen Stopp der Räumung von Baumhäusern im Hambacher Forst ab. Das OVG schloss sich damit der Meinung des Verwaltungsgerichts Köln an, das am Donnerstag in einem Eilverfahren eine Beschwerde gegen die Räumung durch die Stadt Kerpen zurückgewiesen hatte. Der Beschluss des OVG ist nicht anfechtbar, wie das Gericht am Freitag mitteilte. Ob die Räumungsanordnung rechtmäßig sei, müsse ein späteres Klageverfahren klären, teilte das OVG mit.

Auf das Versammlungsrecht könne sich der Baumhausbesitzer nicht berufen. Die zahlreichen Baumhäuser im Hambacher Forst seien Rückzugs- und Aufenthaltsorte für gewaltbereite „Waldbesetzer“, die für die Polizei nur unter erheblicher Gefahr zugänglich seien. „Schon deshalb überwiegt das öffentliche Interesse an ihrer Räumung das private Interesse des Antragstellers, in dem Baumhaus verbleiben zu können“, heißt

in einer Mitteilung des OVG.

Auch das Verwaltungsgericht Aachen hat in der Zwischenzeit den Eilantrag eines Baumhausbesitzers abgelehnt, die Räumung zu stoppen. Das Gericht beklagt in der Begründung eine fehlende Baugenehmigung und mangelnden Brandschutz.



Protestplakate zwischen den Bäumen Foto: Dennis Vlaminck

15.20 Uhr Landtag beruft Sondersitzung ein

Am Dienstag will der Bauausschuss des Landtags in einer Sondersitzung über den Konflikt um den Hambacher Forst debattieren.

Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) begründete die am Donnerstag angeordnete Räumung der rund 50 Baumhäuser erneut mit dem Brandschutz und fehlenden Baugenehmigungen.

Sie warf der rot-grünen Vorgängerregierung politisches Unterlassen vor. Die oberen Bauaufsichtsbehörden hätten „viel früher“ gegen die kontinuierlich seit 2012 illegal errichteten Behausungen vorgehen müssen. „Das sind Schwarzbauten.“

19:00 Uhr Proteste sollen am Wochenende weiter gehen

Für das Wochenende haben Kohlegegner rund um den Hambacher Forst wieder zu Aktionen aufgerufen: So soll es unter

anderem am Sonntag um 11.30 Uhr einen „Waldspaziergang“ mit Naturführer Michael Zobel geben, der dazu „Tausende“ erwartet. Offen ist noch die Route. Wie die Polizei mitteilte, könne es sein, dass bestimmte Waldbereiche aufgrund von Räumungsarbeiten nicht betreten werden dürfen.

19:05 Uhr BUND NRW scheitert mit Klage

Der BUND in Nordrhein-Westfalen ist mit dem Versuch gescheitert, die mit der Räumung der Baumhäuser verbundene Fällung von Bäumen mit Hilfe einer „Zwischenregelung“ gerichtlich untersagen zu lassen.



Aktivisten im Hambacher Forst. Foto: Eric Lamparter

Das Verwaltungsgericht Aachen lehnte den Antrag der Naturschutzorganisation am Freitagabend ab. Zur Begründung führte das Gericht an, derzeit „würden keine großflächigen Rodungen durchgeführt, sondern allenfalls einzelne Bäume (nach derzeitigem Kenntnisstand 4) gefällt“. Es sei dem BUND daher zuzumuten die endgültige Entscheidung im Eilverfahren abzuwarten.

21:00 Uhr Wagenknecht kritisiert Seehofer

Am Wochenende wollen Aktivisten weiter protestieren, so ist für Sonntag das Anpflanzen Hunderter junger Bäume geplant. Auch Linke-Fraktionschefin Sarah Wagenknecht unterstützt die Aktionen. „Ich rufe alle, die das jetzt sehen, auf, sich auf den Weg zu machen um den Hambacher Forst für uns alle zu bewahren“, sagte sie in Berlin. Die Menschen müssten das Schicksal des Waldes selbst in die Hand nehmen. Gleichzeitig kritisierte sie Horst Seehofer (CSU): „Aber wo ist denn unser Heimatminister, wenn ein 12 000 Jahre alter Wald fallen soll? Was sind das für Konservative, denen die Rodung des letzten Altwaldes auf deutschem Boden gleichgültig ist?“



Ein Polizist steht im Hambacher Forst vor einem von Aktivisten gebauten Haus. Eine Nebelgranate ist vorher von Aktivisten geschmissen worden. Foto: dpa

22:00 Uhr 17 Menschen in Gewahrsam genommen

Im Hambacher Forst hat die Polizei am Freitag insgesamt 17 Menschen in Gewahrsam genommen. Wie die Polizei Aachen am Abend mitteilte, wurden von den bereits am Donnerstag

festgenommen sechs Personen fünf wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am Abend demonstrierten nach Polizeiangaben ungefähr 200 Menschen am Hambacher Forst für dessen Erhalt. Am Wochenende wollen Aktivisten weiter protestieren, so ist für Sonntag das Anpflanzen Hunderter junger Bäume geplant.

Samstag, 15. September

04:40 Uhr Einsatz wird um 07:00 Uhr fortgesetzt

Die Polizei setzt ihren Einsatz gegen Braunkohlegegner im Hambacher Forst voraussichtlich am Samstagmorgen gegen 7.00 Uhr fort. Das sagte ein Sprecher der Aachener Polizei der Deutschen Presse-Agentur. Einige Einsatzkräfte seien über die Nacht mit Aufräumarbeiten im Wald beschäftigt und würden Informationen über die verbliebenen Aktivisten sammeln. Bereits seit Donnerstag entfernt die Polizei Baumhäuser, die Aktivisten gegen die Rodung des dortigen Waldes errichtet hatten. Der Energiekonzern RWE plant im Herbst den Wald für den Braunkohleabbau abzuholzen.

10:15 Uhr Aktivisten besetzen Kraftwerksbagger

Die Polizei hat am Samstag den dritten Tag in Folge die Räumung von Baumhäusern der Braunkohlegegner im Hambacher Forst fortgesetzt. Seit dem Morgen werde die Räumung einer weiteren „Siedlung“ mit dem Namen „Gallien“ vorbereitet, sagte ein Polizeisprecher auf Anfrage. Mitarbeiter des Bauordnungsamtes hätten die Aktivisten mit Lautsprechern aufgefordert, die Baumhäuser binnen 30 Minuten zu verlassen.

Unterdessen besetzten nach Angaben der Polizei Aachen neun Aktivisten drei Bagger im Braunkohlekraftwerk Niederaußem in der Nähe des Hambacher Forstes. Die Polizei zog dort Einsatzkräfte zusammen. Die Braunkohlegegner sprachen von 20

Aktivisten in Niederaußem. Der Energiekonzern RWE plant im Herbst den Wald für den Braunkohleabbau abzuholzen.



Aktivisten hängen an einer Anlage auf dem Gelände des Braunkohlekraftwerks Niederaußem. Foto: dpa

Am Freitag hatte die Polizei begonnen, die Baumhaussiedlung „Oaktown“ im Hambacher Forst zu räumen. Zwei Häuser seien inzwischen leer, sagte der Polizeisprecher. Die Räumung von „Oaktown“ zieht sich allerdings hin, da es Hinweise gebe, dass sich Aktivisten in Erdlöchern verschanzt hätten, hieß es.

11:32 Uhr Feuerwehr prüft unterirdische Gänge

Bei der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst bereiten unterirdische Gänge der Braunkohlegegner den Einsatzkräften Probleme. Mit Teleskopkameras prüfe die Feuerwehr, ob sich in den Gängen Umweltaktivisten verschanzt hätten, sagte ein Sprecher der Feuerwehr Kerpen am Samstag auf Anfrage. Auch die Grubenwehr ehemaliger Zechen wurde zurate gezogen. Die Experten hätten die „Stollen“ geprüft und für einsturzgefährdet erklärt, sagte der Sprecher. Solange unklar sei,

ob es weitere Gänge gebe und dort Aktivisten versteckt seien, könne auch kein schweres Räumgerät eingesetzt werden, sagte der Sprecher der für die Räumung zuständigen Stadt Kerpen, Erhard Nimtz.

Die Polizei hat am Samstag den dritten Tag in Folge die Räumung von Baumhäusern der Braunkohlengegner im Hambacher Forst fortgesetzt. Mitarbeiter des Bauordnungsamtes forderten Aktivisten in einer weiteren Siedlung am Morgen mit Lautsprechern auf, die Behausungen binnen 30 Minuten zu verlassen.

12:20 Uhr Aktivisten in Grube verschanzt - Sorge um gesundheitlichen Zustand

Zwei der Aktivisten sind am Freitag während der Räumung in eine Grube geklettert und befinden sich schätzungsweise seit mehr als 24 Stunden unter der Erde. Sowohl die bürgerlichen Unterstützer, als auch die Polizei sorgen sich mittlerweile um den gesundheitlichen Zustand der Personen, da dieser sich mutmaßlich verschlechtert haben soll. Einer der bürgerlichen Unterstützer ist zu den Aktivisten in die Grube geklettert und hat sich über deren Zustand erkundigt.

Die Grube befindet sich unter dem Baumhaus „Simona“ in der Baumhaussiedlung „Oaktown“. In welcher Tiefe sich die Aktivisten befinden, ist derzeit noch nicht klar. Die Polizei prüft derzeit Möglichkeiten, wie sie die Personen aus der Grube holen können. Auch in den umliegenden Baumhäusern befinden sich noch Aktivisten. Die Polizei schließt außerdem nicht aus, dass sich noch weitere Personen in anderen Erdlöchern und Tunneln verschanzt haben könnten.



Innerhalb des abgesperrten Bereichs liegt eine Grube, in der sich mindestens zwei Aktivisten verschanzt haben.
Foto: Meisen

14:17 Uhr Demonstranten kommen mit der Bahn

Am Bahnhof in Buir kommen Züge mit Demonstranten derzeit in unregelmäßigen Abständen an. Eine mit Demonstranten besetzte Bahn aus Richtung Köln fuhr soeben den Bahnhof an. Es stiegen jedoch kaum Personen in Buir aus – vermutlich, weil sie dort ein Polizei-Großaufgebot in Empfang genommen hätte. Einige Beamte stiegen in die Bahn ein. Es wird vermutet, dass die Demonstranten nun in Merzenich aussteigen und sich von dort auf den Weg zum Hambacher Forst machen.

14:50 Uhr Feuerwehr pumpt Sauerstoff in Grube

Die Kerpener Feuerwehr hat CO₂-Messungen durchgeführt, und daraufhin als Vorsorgemaßnahme damit begonnen, mit einer Sauerstoffpumpe Luft in die Grube zu leiten, um zu gewährleisten, dass die Aktivisten unter der Erde genug Atemluft erhalten. Die Behörden vor Ort sind in großer Sorge um den Gesundheitszustand der Personen, die sich in dem Stollen verschanzt haben.

15:50 Uhr: Straße zwischen Morschenich und Buir blockiert



Demonstranten blockieren die Straße zwischen Morschenich und Buir. Foto: Meisen

Demonstranten blockieren derzeit die Landstraße zwischen Morschenich und Buir, als Gegenreaktion darauf, dass die Polizeibeamten die mit der Bahn angereisten Aktivisten nicht in Richtung des Hambacher Forsts haben ziehen lassen. Für Fahrzeuge auch von der Polizei gibt es auf der Straße momentan kein Weiterkommen.

16:10 Uhr Feuerwehr bestätigt zwei verschanzte Aktivisten

Inzwischen hat die örtliche Feuerwehr bestätigt, dass sich zwei Aktivisten in einer Tiefe von fünf Meter unter der Erde verschanzt haben. In einem Quergang unter einem Baumhaus haben sie sich in einem Stollen mit Stacheldraht verbarrikadiert.

Trotzdem wollen die Einsatzkräfte das darüber liegende Baumhaus abbauen.

Man wolle es „erschütterungsfrei“ abmontieren.

16:30 Uhr Demonstranten versuchen Polizeikette zu durchbrechen



Polizisten verhindern das Eindringen der Demonstranten. Foto: dpa

Immer wieder versuchen Demonstranten die Polizeikette zu durchbrechen. Allein am Wiesencamp haben 200 Aktivisten in einer gemeinsamen Aktion einen Versuch unternommen. Bisher hält die Polizeikette aber stand.

18:00 Uhr 13 von rund 50 Baumhäuser beseitigt

Seit Beginn der Räumung am Donnerstag wurden bis Samstagnachmittag nach Angaben der Polizei 13 von rund 50 Baumhäusern geräumt und beseitigt. Mehrere Hebebühnen waren im Einsatz. An einem Baumhaus betonierte Aktivisten laut Polizei ihre Hände in einem Betonquader ein. Die Behörden begründen die Beseitigung der Behausungen offiziell damit, dass es weder ausreichenden Brandschutz und noch Baugenehmigungen gebe.

19:15 Uhr Aktivisten pflanzen neue Bäume

Umweltaktivisten wollen Hunderte von Jungbäumen in bereits gerodetem Gebiet pflanzen. Die kleinen Bäume sollen zwischen die Waldgrenze und die Tagebaukante gesetzt werden. Die Veranstalter erwarten zahlreiche Teilnehmer aus Köln und anderen umliegenden Städten.

Polizisten und Aktivisten auf dem Gelände





Aktivisten demonstrieren unter anderem mit Sitzblockaden gegen die Rodung des Hambacher Forstes.
Fotos: Wilfried Meisen

20:00 Uhr Mikrofonleitung gelegt

Zu den unter der Erde verschanzten Aktivisten in der Siedlung „Oaktown“ sei eine Mikrofonleitung gelegt worden, sagte der Feuerwehrsprecher. Experten der Grubenwehr ehemaliger Zechen hätten die „Stollen“ geprüft und für einsturzgefährdet erklärt. Während der Bergungsvorbereitungen wurde eine über dem Tunnel liegende ebenerdige Behausung der Aktivisten geräumt.

21:00 Uhr Polizei will neuen Bauten verhindern

Bis zum Einbruch der Dunkelheit wollen die Einsatzkräfte weiter räumen, sagte ein Polizeisprecher. Der Wald werde auch in der Nacht so weit wie möglich gesichert und beleuchtet. „Wir werden mit allen Mitteln verhindern, dass neue Bauten errichtet werden.“ Die Räumung werde auch am Sonntag „ohne Pause“ weitergehen.

Sonntag, 16. September

08:20 Uhr Im Tunnel verschanzte Aktivisten geben auf

Bei der Räumungsaktion im Hambacher Forst hat die Polizei 34 Braunkohlegegner festgenommen. Dabei seien am Samstag neun von ihnen leicht verletzt worden, teilte die Polizei Aachen in der Nacht zum Sonntag mit. Darüber hinaus seien 62 Platzverweise erteilt worden. Einsatzkräfte der Grubenwehr konnten am frühen Sonntagmorgen zu zwei in unterirdischen Gängen verschanzten Aktivisten vordringen. Diese seien überzeugt worden, freiwillig die sehr gefährlichen Gänge zu verlassen, teilte die Feuerwehr Kerpen am Sonntagmorgen mit. Beide Aktivisten seien gesund.



Einsatzkräfte demontieren ein Baumhaus im Hambacher Forst. Foto: dpa

Zuvor mussten die Retter die Gänge wegen Einsturzgefahr sichern. Außerdem blockierten noch einige von den Aktivisten angelegte Sperren den Weg. In den frühen Morgenstunden hatten die Einsatzkräfte dann Sichtkontakt mit den Braunkohlegegnern.

10:30 Uhr Räumung im Hambacher Forst geht weiter - Dutzende Festnahmen

Im Hambacher Forst hat die Polizei am Sonntagmorgen den vierten Tag in Folge die Räumung der Baumhäuser von Braunkohlegegnern fortgesetzt. Seit Beginn des Einsatzes am Donnerstag seien etwa 18 Behausungen geräumt und teilweise beseitigt worden, sagte eine Sprecherin der Polizei Aachen auf Anfrage.

In der Aktivisten-Siedlung „Oaktown sollten im Laufe des

Tages weitere Baumhäuser geräumt werden, sagte ein Sprecher der Stadt Kerpen.



Eine Aktivistin, die im Hambacher Forst auf einem Baumhaus war, wird von der Polizei in Gewahrsam genommen. Foto: dpa

11:19 Uhr 5 000 Menschen könnten am Waldspaziergang teilnehmen

Am Bahnhof Buir versammeln sich immer mehr Menschen, um an der Führung „Waldspaziergang“ teilzunehmen. Um die 5 000 Menschen könnten es werden. Viele haben junge Bäume dabei, um sie im Rahmen der Aktion "Aufbäumen" am Hambacher Forst zu pflanzen. Um 11.30 Uhr geht es dann in Richtung Hambacher Forst.

Die Polizei erwartet, dass einige Teilnehmer versuchen könnten, in den besetzten Waldabschnitt zu gelangen. Dieser ist aber komplett umstellt und abgesperrt.

12:09 Uhr NRW kritisiert Vorschlag zu Kohle-Ausstieg

Nach einem Medienbericht über einen Zeitplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung kommt aus der nordrhein-westfälischen Landesregierung scharfe Kritik. Die Kohlekommission habe noch viel Arbeit vor sich und wichtige energiewirtschaftliche Grundlagen seien ungeklärt, sagte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP), der auch Mitglied der Kommission ist, am Sonntag der Deutschen Presse-Agentur. „Umso unverständlicher ist es, dass zu so einem frühen Zeitpunkt Ausstiegsdaten genannt werden.“

Nach einem „Spiegel“-Bericht hat Bahn-Vorstand Ronald Pofalla, einer der vier Vorsitzenden der Kommission, ein Konzept vorgelegt, wonach die letzten Kohlekraftwerke zwischen 2035 und 2038 geschlossen werden könnten.

12:12 Uhr Waldspaziergang verzögert sich



Teilnehmer des Waldspaziergangs. Foto: Dennis Vlaminck

Der „Waldspaziergang“ verzögert sich um etwa 45 Minuten. Weitere 1000 Menschen werden mit der Bahn aus Köln erwartet, die Stimmung ist bislang friedlich. „Alle können mitgehen, auch Kinder sind willkommen, es gibt keine gefährlichen Situationen“, sagte Waldpädagoge Michael Zobel. Zobel teilt unter dem Protest von tausenden Menschen mit, dass die Menge nicht

in den Wald gelassen wird. Nach Angaben der Polizei befinden sich schon jetzt 3500 Menschen am Bahnhof Buir.

13:14 Uhr Waldspaziergang in Bewegung



Teilnehmer des Demonstrationzugs am Hambacher Forst Foto: Dennis Vlaminck

Der Waldspaziergang hat begonnen. Den ersten Waldspaziergang gab es übrigens an Muttertag 2014. Damals mit 50 Teilnehmern. Jahrelang wurde er daraufhin einmal im Monat durchgeführt, seit diesem Monat wöchentlich.

Naturführer Zobel spricht von 7 000 Teilnehmern an diesem schönen Sonntag. Die große Menschenmenge ist nun auf dem Weg zum Wald. Der Zugang wird von der Polizei weiterhin nicht erlaubt. Aus der Menge ist zu hören: „Alle in den Hambi!“

15:15 Uhr Demonstrationzug fordert Zugang zum Wald

Bei Morschenich stoppt der Demonstrationzug. „Wir wollen einen Waldspaziergang!“, fordert die Menge. Die Polizei erwägt, die genehmigte Strecke spontan zu ändern und die Demonstranten zumindest näher am Wald vorbeiziehen zu lassen.

16:00 Uhr Polizei versperrt Weg zur Abschlusskundgebung

Die Demonstranten wollen nun noch zum Ort der

Abschlusskundgebung. Doch Polizeifahrzeuge versperren ihnen den Weg. Der Demonstrationzug steckt daher in einer Sackgasse fest.



Die Polizei versperrt den Demonstranten am Hambacher Forst den Weg. Foto: Vlaminc

16:30 Uhr Demonstranten laufen Richtung Wald und Camp

Offiziell ist die Demonstration nun beendet. Doch viele Teilnehmer gehen zur Polizeikette am Wiesencamp. Unter Applaus durchbrechen einige von ihnen immer wieder die Kette und rennen Richtung Wald und Camp.

18:00 Uhr Demonstranten verstecken sich im Wald

Die Demonstranten, die zuvor die Polizeiabspernung durchbrochen haben, verstecken sich teils immer noch im Wald. Die Polizisten sind weiterhin im Einsatz und suchen sie. Der Wald ist nun komplett abgeriegelt und von Polizisten umstellt. Aufgestellte Flutlichter sollen ein erneutes Eindringen auch bei Dunkelheit verhindern. Andere Demonstranten sitzen friedlich am Wiesencamp und singen Lieder.

Montag, 17. September

05:30 Uhr Polizeibilanz: 14 Demonstranten am Sonntag festgenommen

Bei den Protesten gegen die Räumung und geplante Rodung des uralten Waldes im Hambacher Forst hat die Polizei am Sonntag 14 Demonstranten festgenommen. Außerdem seien acht Menschen verletzt worden, darunter drei Polizisten, teilte die Polizei Aachen in der Nacht zu Montag mit.

Seit Donnerstag wurden den Angaben zufolge 28 von rund 50 Baumhäusern der Braunkohlegegner geräumt und 19 davon abgebaut.

Nach Demo am Sonntag: Räumung des Hambacher Forst geht weiter







Bilder: Ralph Jansen 1 dpa 4 Christophe Gateau/dpa 6

06:00 Uhr Ruhige Nacht im Forst

Am Montag ab 07:00 Uhr will die Polizei die Räumung der Baumhäuser von Braunkohlegegnern fortsetzen. „Wir haben noch Arbeit vor uns“, sagte eine Polizeisprecherin am frühen Morgen. Nach den Auseinandersetzungen am Sonntag sei es in der Nacht ruhig geblieben.

08:20 Uhr Polizei setzt Räumung fort

Im Hambacher Forst ist die Räumung der Baumhäuser von Braunkohlegegnern am Montagmorgen fortgesetzt worden. Die Polizei sei seit etwa 07:00 Uhr wieder im Einsatz, sagte eine Sprecherin.



Zwei Einsatzwagen der Polizei sichern Abbrucharbeiten im Hambacher Forst. Foto: dpa

10:30 Uhr Über die Hälfte der Baumhäuser geräumt

Bislang sind 28 der 51 Baumhäuser in dem Wald im rheinischen Braunkohlerevier geräumt, teilt die Polizei mit.

11:00 Uhr „Oaktown“ fast vollständig geräumt

Das Baumhaus-Camp, das von den Aktivisten „Oaktown“ genannt wurde, ist inzwischen fast vollständig geräumt. Dort befindet sich lediglich noch ein Besetzer, der sich vom letzten Baumhaus in die Baumkronen gerettet hat. Für die Polizei gestaltet es sich derzeit noch schwierig, den Mann aus den Bäumen zu holen.

Wie es heißt, könnte es heute zu der Räumung eines der größten Bauwerke kommen, die sich im Wald befinden: Der „Tower“ (Turm) im Baumhaus-Camp „Gallien“ erstreckt sich über drei Stockwerke. Grundsätzlich ist die Lage im Forst weitestgehend ruhig.

12:25 Uhr Beim Kletterer soll es sich um US-Bürger handeln

Der Aktivist, der in eine Baumkrone geflohen ist, soll aus den USA kommen und sich „Jus“ nennen.



Dieser Aktivist ist bei der Räumung von „Oaktown“ in eine Baumkrone geflüchtet. Foto: Ralph Jansen

13:25 Uhr Polizei löst Sitzblockade auf

Vor dem dreistöckigen „Tower“ in „Gallien“ und anderen Baumhäusern harren immer noch Demonstranten in einer Sitzblockade aus. Sie werden zu Mannschaftsbussen der Polizei fortgetragen.

13:40 Uhr Landtags debattiert erneut über Hambacher Forst

Die Räumung des Hambacher Forstes beschäftigt erneut den nordrhein-westfälischen Landtag. Am Dienstag will der Bauausschuss über die umstrittene offizielle Begründung der CDU/FDP-Landesregierung debattieren. Das Bauministerium hatte fehlenden Brandschutz und fehlende Baugenehmigungen angeführt und eine entsprechende Weisung an die zuständigen

Bauaufsichtsbehörden erteilt.

Schon am Freitag hatte es einen hitzigen Schlagabtausch gegeben. SPD und Grünen warfen der Landesregierung vor, mit der Räumungsaktion den Konflikt um den Braunkohleabbau weiter anzuheizen. Die Grünen fordern einen Aufschub der Rodung, bis die Kohlekommission ihre Arbeit beendet hat. SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty hatte dagegen betont, dass RWE einen Rechtsanspruch habe, den Hambacher Forst zu roden. Die Regierungsbegründung der Räumung mit dem Brandschutz sei zwar „juristisch kreativ“, aber rechtlich vertretbar.

13:55 Uhr Polizei kommt gut voran

Aus Polizeikreisen ist zu erfahren, dass die Aktion schneller als erwartet vorankommt. Möglicherweise werden die Räumung und der Abbau der Baumhäuser bereits Ende der Woche abgeschlossen sein.

15:40 Uhr Der „Tower“ wird abgebaut

Geschäftsmäßig setzt die Polizei die Räumung der Baumhäuser fort. Im Camp „Gallien“ wird das größte Baumhaus abgebaut: ein dreistöckiger Bau, „Tower“ genannt. Immer wieder bringen Polizisten mit Hebebühnen Aktivisten auf den Waldboden, wo sie abgeführt werden. Laut Polizei lassen sich die Baubesetzer widerstandslos in Gewahrsam nehmen. Tunnel oder Schächte werden nicht entdeckt.

20:00 Uhr Hambacher Forst beschäftigt erneut den Landtag

Die Räumung der Baumhäuser der Braunkohlegegner im Hambacher Forst wird erneut zum Streitthema im Landtag. Am Dienstag (14.00 Uhr) will der Bauausschuss über die umstrittene offizielle Begründung der CDU/FDP-Landesregierung für den großen Polizeieinsatz in dem Wald westlich von Köln debattieren. Das Bauministerium hatte fehlenden Brandschutz

und fehlende Baugenehmigungen als Grund für die Räumung und Beseitigung der Baumhäuser angeführt und eine entsprechende Weisung an die zuständigen Bauaufsichtsbehörden erteilt.

Seit vergangenem Donnerstag wird der uralte Wald geräumt - der Polizeieinsatz ist einer der größten der nordrhein-westfälischen Geschichte. Der Energiekonzern RWE will im Herbst weite Teile des Hambacher Forstes abholzen, um weiter Braunkohle baggern zu können.

Schon am vergangenen Freitag hatte es einen hitzigen Schlagabtausch im Bauausschuss gegeben. Die Grünen fordern einen Aufschub der Rodung, bis die in Berlin tagende Kohlekommission ihre Arbeit beendet hat. Das Gremium soll einen Pfad für den Ausstieg aus der Kohleverstromung festlegen. SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty hatte dagegen betont, dass RWE einen Rechtsanspruch habe, den Hambacher Forst zu roden.

Dienstag, 18. September

10:30 Uhr Großdemonstration wird auf 6. Oktober vorgezogen
Wegen der schnell voranschreitenden Räumung von Baumhäusern und der drohenden Rodung im Hambacher Forst ziehen Umweltschützer ihre Proteste vor. Die ursprünglich für den 14. Oktober geplante Demonstration der Braunkohlegegner werde nun am 6. Oktober (12:00 Uhr) stattfinden, teilten verschiedene Umweltorganisationen am Dienstag mit.

Der Energiekonzern RWE will ab Mitte Oktober weite Teile des Forstes abholzen, um weiter Braunkohle baggern zu können. Vor der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster über die Rechtmäßigkeit der Abholzung Fakten zu schaffen, sei eine Provokation von RWE, erklärten die Umweltorganisationen.

„Mit der Demonstration „Wald retten! Kohle stoppen!“ wollen wir ein Zeichen für den Erhalt dieses einzigartigen Waldes und für einen schnellen Kohleausstieg setzen“, hieß es in der Mitteilung. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, Greenpeace und die Natur Freunde Deutschlands haben gemeinsam zu dem Protest aufgerufen.

12:12 Uhr Räumung des Forstes kostet laut Polizeigewerkschaft Millionen

Die Räumung und Beseitigung der Baumhäuser der Braunkohlegegner im Hambacher Forst wird nach Schätzungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kosten in zweistelliger Millionenhöhe verursachen. Die genaue Höhe sei noch nicht abzusehen, weil sie von der Dauer des Einsatzes abhängen, sagte der stellvertretende Landeschef Heiko Müller am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur. Bis zu 2000 Polizeikräfte auch aus anderen Bundesländern sollen in dem Wald bei Köln im Einsatz sein. Allein eine Hundertschaft mit rund 130 Polizisten kostet pro Tag nach Gewerkschaftsangaben rund 100 000 Euro.

Seit vergangenem Donnerstag wurden laut Polizei 34 von rund 50 Baumhäusern der Umweltaktivisten geräumt und größtenteils abgebaut. Der Energiekonzern RWE will im Herbst weite Teile des Hambacher Forstes abholzen, um weiter Braunkohle baggern zu können. Die Rodungssaison beginnt am 1. Oktober.

Angespannte Situation der Polizei

Nach der Räumung müsse der frei zugängliche Wald aber weiter bewacht werden, und dafür sei RWE als Eigentümer zuständig, sagte Müller. Der Wald sei Betriebsgelände von RWE, sagte Müller. Die Bewachung des Waldes nach der Räumung sei „in der Größenordnung sehr schwierig.“



Angebot der [#Polizei](#) [#Aachen](#) an alle Personen im [#HambacherForst](#): Solltet Ihr ein Baumhaus verlassen wollen und benötigt dabei Unterstützung, könnt ihr euch an unseren Kontaktbeamten wenden > 0172/6360968. Wir sind Ansprechpartner vor Ort und da um euch zu helfen.

Müller kritisierte, dass RWE die Baumhäuser „jahrelang geduldet“ und nicht schon früher geräumt habe. Für die Polizei ist die Räumungsaktion im Hambacher Forst einer der größten Einsätze in der Geschichte des Landes. Bis zum 23. Dezember wird den Polizisten kein zusätzlicher Urlaub gewährt. „Die Polzeisituation ist angespannt“, sagte Müller.

Mittwoch, 19. September

09:45 Uhr Wasserwerfer löscht Brand

Im Hambacher Forst haben Demonstranten am Mittwoch eine Sitzblockade mit etwa 40 bis 50 Leuten gebildet. Dies teilte die Polizei am Morgen mit. Im Laufe des Tages soll die Räumung des Waldes weitergehen. Zwischenfälle habe es in der Nacht nicht gegeben. Zwischenzeitlich hatte die Polizei einen für die Räumung bereitstehenden Wasserwerfer eingesetzt. Allerdings richtete sich der Einsatz nicht gegen die Demonstranten, sondern gegen ein Feuer.

Im sogenannten Wiesencamp in der Nähe des Waldes war am Dienstag ein Stoppelfeld in Brand geraten. Das Feuer habe schnell gelöscht werden können, weil der Wasserwerfer die Löscharbeiten übernommen habe, sagte ein Sprecher der Polizei am Mittwoch. Die Feuerwehr machte nur noch Nachlöscharbeiten. Die Ursache für das Feuer ist unklar.



Bereits am Montag gab es Sitzblockaden wie diese im Hambacher Forst. Foto: dpa

Mit dem umstrittenen Einsatz gegen die Baumhäuser von Umweltschützern und Braunkohlegegnern hatte die Polizei am vergangenen Donnerstag begonnen. 39 von 50 Baumhäusern waren nach Angaben der Polizei von Dienstag geräumt und mehr als 30 abgebaut worden. Der Einsatz sei friedlich verlaufen, hieß es.

Demonstranten protestieren im Hambacher Forst gegen das Vorhaben des Energiekonzerns RWE. Dieser will im Herbst weite Teile des Forstes abholzen, um weiter Braunkohle baggern zu können. Der Wald gilt als Symbol des Widerstands gegen die Kohle und die damit verbundene Klimabelastung.

10:06 Uhr Abriss geht weiter

Nachdem die Sitzblockade vor Beech-Town aufgelöst worden ist, geht der Abriss der Baumhäuser weiter. Noch ist kein schweres Gerät in Beech-Town und Cosy-Town angekommen.

Die Polizei sperrt die Einsatzstellen aber bereits mit Absperrband ab.

13:57 Uhr Unterschriften für Petition gesammelt

Mit mehr als 500.000 Unterschriften wollen Umweltschützer die NRW-Landesregierung dazu bringen, die geplante Rodung im Braunkohlerevier Hambacher Forst zu stoppen. BUND, Campact und Greenpeace wollen die im Internet gesammelten Unterschriften am Donnerstag (9.45 Uhr) an Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) übergeben. Man werde den Protest unter dem Motto „Armin lasset“ für die Erhaltung des Waldes und ein Ende des Kohleabbaus vor den Landtag tragen, teilten die Umweltorganisationen am Mittwoch mit. Die Staatskanzlei erklärte, Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) werde den Termin wahrnehmen. Um an die Pflanzenvielfalt im Wald zu erinnern, wollen die Demonstranten bis zu 15 Bäume aus Karton aufbauen.

16:00 Uhr Person abgestürzt

Bei den Räumungsarbeiten im Hambacher Forst ist am Mittwochnachmittag eine Person aus großer Höhe von einem Baum gestürzt. Sie erlitt dabei ersten Erkenntnissen zufolge schwerste Verletzungen. Der Bereich um die Absturzstelle wurde weiträumig abgesperrt.

Nach Informationen dieser Zeitung ist das Unfallopfer männlich und Pressemitarbeiter. Laut Augenzeugen hatte er versucht in einer Höhe von mehreren Metern von einem Baumhaus zu einem anderen zu gelangen, als eine Holzplanke durchbrach und er in die Tiefe stürzte. Das Aktionsbündnis „Hambi bleibt“ meldete ebenfalls, es handele sich um einen Journalisten.



Notärzte versorgen einen Mann, der von einem Baumhaus im Hambacher Forst gefallen ist. Foto: dpa

Nach Beobachtungen dieser Zeitung wurde der verletzte Mann auf einer Trage aus dem Wald gebracht. Die Räumungsarbeiten ruhen derzeit.

16:15 Uhr Absturzopfer ist Journalist

Der Mann, der am Mittwochnachmittag aus großer Höhe im Hambacher Forst gestürzt ist, ist nach übereinstimmenden Angaben von Polizei und Aktivisten Journalist.

Der Mann hat bei dem Sturz lebensgefährliche Verletzungen erlitten und muss derzeit reanimiert werden. Ein Rettungshubschrauber ist im Einsatz.

Der Journalist sei nach ersten Erkenntnissen über eine Hängebrücke zwischen zwei Baumhäusern gelaufen und dabei durch die Brücke gebrochen, sagte ein Polizeisprecher.



Rettungskräfte bringen den Journalisten aus dem Wald heraus. Foto: picture alliance/dpa



Mit einem Rettungshubschrauber war der Journalist in eine Klinik transportiert worden. Foto: picture alliance/dpa

17:50 Uhr Abgestürzter Mann erliegt Verletzungen
Der im Hambacher Forst abgestürzte Journalist ist tot. Das

sagte am Mittwoch ein Polizeisprecher im Wald. „Wir bedauern den tragischen Unfall“, teilte die Polizei mit. Der Mann war nach Angaben der Polizei um 15.50 Uhr durch eine Hängebrücke gebrochen und etwa 15 Meter in die Tiefe gestürzt.

18:10 Uhr Widersprüchliche Angaben zum Absturz

Über die Situation im Hambacher Forst zum Zeitpunkt des Absturzes gibt es widersprüchliche Angaben. Von Seiten der Polizei heißt es, der Unfall habe sich nicht bei einem polizeilichen Zugriff ereignet. Nach Angaben der Braunkohlegegner im Hambacher Forst lief dagegen zum Zeitpunkt des Absturzes ein Einsatz eines Sondereinsatzkommandos, das einen Aktivisten in der Nähe der Hängebrücke festnehmen wollte. Die Aktivisten vermuten, dass der Journalist abstürzte, als er auf dem Weg zum Ort der Festnahme war.

19:00 Uhr Grüne fordern umfassende Aufklärung

Die Grünen in NRW wollen wissen, inwiefern der Todessturz eines Mannes im Hambacher Forst möglicherweise mit einem laufenden Polizeieinsatz in Zusammenhang steht. Der Todesfall im Hambacher Wald mache sie „zutiefst betroffen“, sagte Mona Neubaur, die Vorsitzende der NRW-Grünen, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Es sei richtig, „dass alle polizeilichen Maßnahmen auf die Aufklärung des Vorfalls konzentriert“ würden, so Neubaur. „Wichtig ist jetzt eine umfassende Ermittlung der Umstände, die zum Tod des Mannes geführt haben“, fügte sie hinzu. Eine Bewertung des dramatischen Vorfalls verbiete sich derzeit.

19:05 Uhr Aktivisten verlangen Stopp der Räumung

Nach dem tödlichen Sturz eines Journalisten im Hambacher Forst verlangt das Aktionsbündnis „Hambi bleibt“ einen sofortigen Stopp der Räumung. „Wir fordern die Polizei und RWE auf, den Wald sofort zu verlassen und diesen gefährlichen

Einsatz zu stoppen. Es dürfen keine weiteren Menschenleben gefährdet werden“, schrieb die Initiative am Mittwoch in ihrem Blog.

19:44 Uhr Landesregierung setzt Räumung vorerst aus

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Räumungsarbeiten im Braunkohlerevier Hambacher Forst nach dem Tod eines Journalisten „bis auf weiteres“ ausgesetzt. „Wir können jetzt nicht einfach so weitermachen – zumindest ich kann das nicht“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Mittwoch in Düsseldorf.

20:22 Uhr Journalist wollte vor dem Absturz Speicherkarten austauschen

„Ich möchte - ich muss - betonen, dass dieser Unglücksfall in keinem Zusammenhang steht mit polizeilichen Arbeiten hinsichtlich der Räumung der Baumhäuser“, sagte der Aachener Polizeisprecher Paul Kemen. Es habe zum Unglückszeitpunkt keine Polizeimaßnahmen in der Nähe der Unglücksstelle und am Baumhaus gegeben. Der Journalist habe nach Angaben der Polizei Aachen gerade per Seilzug eine Speicherkarte austauschen wollen, als er abstürzte.

20:43 Uhr Grüne ziehen Antrag zurück

Wegen des Todesfalls im Hambacher Forst hat die Grüne Landtagsfraktion entschieden, auf eine Debatte zu dem für Donnerstag angesetzten Tageordnungspunkt „Den gesellschaftlichen Konsens zum Kohleausstieg nicht gefährden - Die Landesregierung muss sich für ein Rodungsmoratorium im Hamacher Wald einsetzen“ zu verzichten. Morgen sei nicht der Tag des politischen Schlagabtausches sondern zum Innehalten.

22:00 Uhr Gerüstverleiher legt Geräte im Hambacher Forst still

Der Arbeitsbühnen-Verleiher Gerken zieht nach eigenen Angaben vorerst seine Geräte aus dem Hambacher Forst ab. Das Unternehmen sei von dem betreffenden Kunden, bei dem es sich nicht um die Polizei handle, zuvor in keinsten Weise über den geplanten Einsatzzweck informiert gewesen.

„Da auch wir mit der Vorgehensweise im Hambacher Forst absolut nicht einverstanden waren und sind und wir auch den Einsatz unserer Bühnen dort nicht weiter rechtfertigen können, haben wir heute beschlossen, dass wir unsere Geräte dort stilllegen“, schreibt die Gerken-Geschäftsleitung in einer Mitteilung vom Mittwoch auf der Homepage des Unternehmens. „Wir machen das, obwohl wir es rein rechtlich nicht dürfen, und setzen uns damit hohen Regressansprüchen unseres Kunden aus“, hieß es weiter.

Technik mit der Firmenaufschrift „Gerken vermietet Arbeitsbühnen“ war auf Fotos zu sehen, die die Räumung von Baumhäusern durch die Polizei zeigen. Eine Sprecherin der Polizei Aachen bestätigte am Abend, dass die Firma Gerken ihre Zusagen am Mittwoch zurückgezogen habe.

Donnerstag, 20. September
03:57 Uhr Angebot der Polizei



Angebot der [#Polizei](#) [#Aachen](#) an alle Personen im [#HambacherForst](#): Solltet Ihr ein Baumhaus verlassen wollen und benötigt dabei Unterstützung, könnt ihr euch an unseren Kontaktbeamten wenden 0172/6360968. Wir sind Ansprechpartner vor Ort und da um euch zu helfen.

06:17 Uhr Polizei will Gefahrenquellen absichern

Nach dem tödlichen Sturz eines Journalisten im Hambacher Forst ist es in der Nacht zum Donnerstag in dem Braunkohlerevier ruhig geblieben. Am Donnerstag wollen Beamte Gefahrenquellen in dem Areal absichern. Die Räumung der Baumhäuser bleibt den Angaben zufolge vorerst ausgesetzt.

08:19 Uhr Appell von Herbert Reul

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul hat an die Waldbesetzer appelliert, die Baumhäuser freiwillig zu verlassen - „damit nichts passiert“. Die Baumhäuser müssten geräumt werden, weil sie gefährlich seien, sagte der CDU-Politiker am Donnerstag dem Radiosender WDR 2.



NRW-Innenminister Herbert Reul appelliert an die Aktivisten, ihre Baumhäuser freiwillig zu verlassen. Foto: picture alliance/dpa

Wann die Räumung weitergehe, wisse er zum jetzigen Zeitpunkt nicht. „Das wollen wir in aller Ruhe überlegen“, sagte Reul.

09:39 Uhr Kripo ermittelt

Nach dem Tod eines Journalisten ermittelt die Kriminalpolizei zur Unglücksursache. Beamte seien am Donnerstag im Wald vor Ort, sagte ein Polizeisprecher am Morgen. Einen Anfangsverdacht für eine Straftat gibt es nach Angaben der Aachener Staatsanwaltschaft nicht. „Es sieht nach einem Unglücksfall aus“, sagte Oberstaatsanwältin Katja Schlenker-mann-Pitts der Deutschen Presse-Agentur.



Geschockte Aktivisten trösten sich gegenseitig nach dem Tod eines Journalisten. Foto: Oliver Tripp

11:00 Uhr Unterschriften übergeben

Mehr als eine halbe Million Unterschriften haben Umweltschützer zum Erhalt des Hambacher Forstes an die Landesregierung übergeben. Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) nahm die online von BUND, Campact und Greenpeace gesammelten Unterschriften am Donnerstagmorgen vor dem Landtag entgegen. Die 539.671 Unterschriften seien ein „sehr beeindruckendes Zeichen, was bei uns gehört wird. Wir nehmen das sehr, sehr ernst“, sagte die Ministerin.

14:07 Uhr Journalist kam aus Leverkusen

Nach Informationen der Polizei handelt es sich bei dem verstorbenen Journalisten um Steffen M. Der Journalist und Blogger aus Leverkusen studierte in Köln und gehörte dem Hochschulsenat der Kunsthochschule für Medien in Köln an.

14:51 Uhr Keine Anhaltspunkte für Fremdverschulden



Latten fehlen in einer Brücke zu einem Baumhaus. Ein Mann ist von dem Steg am Baumhaus heruntergefallen.
Foto: dpa

Der Absturz des Journalisten war nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft ein Unfall. „Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen liegen keine Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden Dritter vor“, teilte die Staatsanwaltschaft Aachen am Donnerstag mit. Mehrere Zeugen hätten übereinstimmend angegeben, dass sich der 27 Jahre alte Mann aus Leverkusen zum Zeitpunkt des Sturzes allein und ungesichert auf der Brücke aufgehalten habe. „Zudem gab sich der Verstorbene gegenüber den Aktivisten als erfahrener Kletterer aus und führte einen eigenen Klettergurt mit. Die Auswertung der Head-Kamera des

Verstorbenen bestätigte, dass sich in seiner Nähe keine Personen aufhielten, die für den Sturz verantwortlich gewesen sein könnten.“

Der Mann habe als freier Journalist für einen YouTube-Kanal gearbeitet und Filmaufnahmen von den Aktivisten im Hambacher Forst gemacht. Die Hängebrücke, die zwei Baumhäuser miteinander verband, sei bereits vorgeschädigt gewesen. Er habe von dort die Räumung eines weiter entfernten Baumhauses besser filmen wollen und sie deshalb betreten. „Plötzlich – noch bevor der Verstorbene die Seilsicherung einhängen konnte – gab das Trittholz der Hängebrücke unter ihm nach, wodurch er ungesichert zu Boden fiel.“ Eine Obduktion zur Feststellung der konkreten Todesursache steht noch aus.

15:10 Uhr Aktivisten bauen neue Baumhäuser

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) wirft einigen Baumbesetzern im Braunkohlerevier Hambacher Forst vor, den vorübergehenden Räumungsstopp zu missbrauchen. „Einige Aktivisten oder Gewalttäter benutzen dieses Moratorium, um neue Häuser zu bauen und – was ich noch schlimmer finde – Rettungswege mit Barrikaden wieder zuzusperren. Und da fehlt mir jedes Verständnis“, sagte Reul am Donnerstag der Deutschen Presse-Agentur in Düsseldorf. Die Polizei vor Ort konnte auf Nachfrage allerdings nicht sagen, wo im Hambacher Forst neue Baumhäuser oder Barrikaden errichtet würden.

18:41 Uhr Tödlicher Unfall vom Mittwoch nicht der erste Absturz im Hambacher Forst

Der tödliche Unfall im Hambacher Forst, bei dem am Mittwoch ein 27-jähriger Blogger aus Leverkusen-Opladen ums Leben kam, ist nicht der erste Absturz in den Baumhaussiedlungen der Klimaaktivisten gewesen.



Eine sichtbar mitgenommene Aktivistin sitzt auf dem Waldboden. Ein Mann ist am Mittwoch im Hambacher Forst gestorben. Foto: Oliver Tripp

Nach Informationen der in Bielefeld erscheinenden „Neuen Westfälischen“ (Freitagausgabe) ist es bereits 2014 und 2017 zu schweren Unfällen im besetzten Wald gekommen. Am 9. September 2017 stürzte eine 18-jährige Waldbesetzerin aus mehreren Metern Höhe von einem Baumhaus und verletzte sich schwer. Sie überlebte den Absturz. Am 13. Oktober 2014 stürzte ebenfalls eine Waldbesetzerin aus acht Metern Höhe vom Baum. Sie musste vom Rettungshubschrauber ins Krankenhaus gebracht werden und überlebte das Unglück ebenfalls. In beiden Fällen handelte es sich wie bei dem tödlichen Sturz vom Mittwoch um Unfälle ohne Fremdverschulden.

20:25 Uhr Bild bewegt Tausende via Facebook

Demonstranten werfen mit Steinen und Fäkalien, Polizisten gehen auf der anderen Seite mit Pfefferspray und harter Hand vor. Die Lage im Hambacher Forst ist angespannt, auch nach dem Tod des Journalisten Steffen M. Doch einige Meter weiter knien zwei junge Frauen zusammen mit einem Polizisten an einem kleinen Bäumchen, direkt vor einem Polizeiwagen. Sie buddeln in der Erde herum und pflanzen es zusammen ein.



Aktivisten stellen im Hambacher Forst vor einer Polizeikette Kerzen auf – für den Journalisten, der hier ums Leben kam. Foto: dpa

„Vielen Dank für dieses wunderbare Bild! Ich hab es gebraucht nach all dem Mist der vergangenen Tage“, schreibt ein Nutzer. „Wenn es nur immer so friedlich wäre“, schreibt ein anderer.

22:15 Uhr Maybrit Illner



Maybrit Illner und ihre Runde am Donnerstag Foto: ZDF

Frankfurt - Es fängt ja immer mit der Sprache an. In Nordrhein-Westfalen versuchen gerade ein paar Leute, den Rest eines Waldes zu retten. Im medialen Sprachgebrauch werden sie „Aktivisten“ genannt. Warum eigentlich nicht „Umwelt-

schützer“? Das sind sie nämlich, weil sie nicht nur 150 Jahre alte Bäume erhalten, sondern auch die weitere Nutzung der umweltschädlichen Braunkohle verhindern wollen. Hilft nichts. Die Polizei räumt.

Begründung: Die Baumhäuser (zum Teil seit Jahren gebaut) hätten keinen Brandschutz. Ernsthaft. So macht sich der Staat lächerlich, aber das kann ihm egal sein. Er beruft sich auf Recht, Ordnung und Gesetz. Maybrit Illner nahm den aktuellen Konflikt zum Anlass für eine Runde zum Thema „Teurer Strom, billige Ausreden – scheitert die Energiewende?“ Die Antworten ihrer Gäste waren so vielfältig wie das Thema vielschichtig.

Rolf Martin Schmitz, Vorstandsvorsitzender der RWE, die den Braunkohle-Tagebau betreibt, argumentierte vor allem mit Zeit und Geld. Man brauche einen Vorlauf für die Sicherung der Versorgung, deshalb könne man nicht warten, bis die – aktuell ja tagende – Kohlekommission zu einem Ergebnis komme. Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) hatte noch im August RWE aufgefordert, auf die Rodungen im Hambacher Forst vorerst zu verzichten; es dürften jetzt keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Das kümmerte den RWE-Chef wenig. Ein Verzicht auf die Abholzung käme vier bis fünf Milliarden teuer, sagte er jetzt: „Dieses Stück Wald ist nicht zu retten.“

Man kennt die Argumente von Energie-Konzernen, seit der ehemalige Baden-Württembergische Ministerpräsident Hans-Georg Filbinger Mitte der siebziger Jahre behauptet hatte, ohne das Atomkraftwerk Wyhl gingen in Südbaden bald die Lichter aus.

„Machtdemonstration“ von RWE und Schwarz-Gelb?

Antje Grothus, Gründungsmitglied der Bürgerinitiative „Bürger für Buir“, die sich seit 2007 für den Schutz der Umwelt im rheinischen Braunkohlerevier einsetzt, und Mitglied der Kohlekommission der Bundesregierung, sieht im Vorgehen von Landesregierung und RWE eine „Machtdemonstration“. Auf Schmitz' Hinweis, man habe elf Millionen Bäume gepflanzt, antwortete sie, der Bestand im Hambacher Forst sei nicht zu ersetzen.

Peter Altmaier, CDU, Bundeswirtschaftsminister, zuvor das Umweltressort leitend, verwies darauf, dass eine rot-grüne Landesregierung von NRW einst die Rodung des Hambacher Forsts erlaubt hatte. Er malte ebenfalls das Schreckensgemälde des Stromausfalls an die Wand und führte zudem das Argument der Arbeitsplätze an. Man müsse dann „den Kumpels erzählen, wo sie arbeiten“.

Hofreiter: „Mensch, Peter“

Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, brachte zunächst einen anderen Ton in die Debatte, indem er mit der Ansprache „Mensch, Peter“ den Kollegen Altmaier daran erinnerte, dass man in den Verhandlungen zur Jamaika-Koalition schon weiter gewesen sei mit dem Umweltschutz.

Und fragte ein ums andere Mal, wenn wieder die Rede auf die Versäumnisse der vergangenen Jahre – etwa beim Ausbau des Leitungsnetzes – kam, wer denn eigentlich die Regierung gestellt habe. Mit einer Antwort darauf hielt sich der CDU-Minister vornehm zurück.

Müller gibt praktische Ratschläge

Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentralen Bundesverband und ehemals grüner Umweltminister in Schleswig-Holstein, komplettierte das für eine deutsche Talkshow überraschende Übergewicht von Vertretern fortschrittlichen Denkens.

Auch er merkte an, dass RWE kein Moratorium beim Hambacher Forst zugelassen habe. Er kritisierte, dass die Stromwirtschaft sich das Pausieren von Kraftwerken teuer bezahlen lasse. Im Übrigen verlegte er sich auf praktische Ratschläge. Man könne auch Energie sparen, indem man sich einen neuen Kühlschrank anschaffe.

Maybrit Illners Redaktion hatte zuvor in einem Einspieler dargelegt, dass die Energiewende eine soziale Schieflage aufweise. Denn die großen Stromfresser der Industrie sind von der EEG-Umlage befreit. Das sichere Arbeitsplätze, beteuerte Schmitz. In diesem Bereich schon die Regierung die Konzerne stärker als in Europa, während die normalen Bürger mehr als anderswo für den Strom zahlten, hielt Hofreiter fest. Illner konstatierte: Die Verbraucher zahlten 1,4 Milliarden Euro jährlich für den Stau bei den Leitungen, denn von den geplanten 7500 Kilometern seien erst 1000 Kilometer gelegt, räumte Altmaier ein. Wer denn eigentlich die ganze Zeit regiert habe, rätselte da Hofreiter und forderte: „Macht’s doch endlich mal!“ Stattdessen lädt Landwirtschaftsministerin Klöckner (CDU) die Bevölkerung zu „Aktionstagen“ in den Wald ein, anderswo natürlich, und verrät so ihre Abgehobenheit.

Christine Herntier, parteilose Bürgermeisterin von Spremberg und Sprecherin für die Brandenburger Kommunen der Lausitzrunde in der Kohlekommission, sagte, dass in der Lausitz der Kohleausstieg stattfinde, und zwar „auf die harte Tour“. Von einst 90 000 Arbeitsplätzen seien noch 8000 übrig. „Die Lausitz hat eine ganze Generation verloren.“ Jetzt aber wolle die

Lausitz zur europäischen Modellregion für den Strukturwandel werden.

Der Ausstieg sei nicht so einfach, es müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, etwa ein anderes Genehmigungsrecht. Illners Frage nach den politischen Implikationen beantwortete Christine Herntier eindeutig: Die Menschen in der Lausitz hätten nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient haben. Und da fragte Anton Hofreiter noch einmal den Kollegen Altmaier: „Wer hat in den vergangenen Jahren denn eigentlich regiert?“

Quelle: „Maybrit Illner“, ZDF, von Donnerstag, 20. September, 22.15 Uhr.

Freitag, 21. September

09:10 Uhr Räumarbeiten weiter ausgesetzt



Mit Kerzen gedenken die Menschen Steffen M. Foto: Wilfried Meisen

Nach dem tödlichen Sturz eines Journalisten ist die Räumung der Baumhäuser weiterhin unterbrochen. Nach einer Nacht ohne Zwischenfälle blieben die Räumarbeiten am Freitag nach Anweisung der Landesregierung noch bis auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, sagte eine Polizeisprecherin am Morgen.

Eine Demonstration in Aachen gegen die Rodung des Hambacher Forstes mit über 1000 Teilnehmern war am Donnerstagabend friedlich verlaufen.

09:30 Uhr Verzicht auf die Rodung würde vier bis fünf Milliarden Euro kosten



Rolf Martin Schmitz, Vorstandsvorsitzender von RWE, hat sich in der ZDF-Sendung Maybritt Illner zum Tod von Steffen M. geäußert. Foto: dpa

Der Essener Energiekonzern RWE hält trotz des tragischen Todesfalls am Hambacher Forst an der geplanten Rodung fest. Ein kurzfristiger Verzicht auf die Rodung des Waldes würde das Unternehmen vier bis fünf Milliarden Euro kosten, sagte RWE-Chef Rolf Martin Schmitz am Donnerstagabend in der ZDF-Sendung Maybrit Illner.

„Die Annahme, dass der Forst gerettet werden kann, das ist Illusion“, sagte Schmitz. Er sei tief betroffen, dass für eine solche Illusion, für ein solches Symbol, ein Mensch gestorben sei.

11:30 Uhr Erneute Angriffe auf Polizeibeamte

Die schmeißen nicht wirklich wie die Affen ihre eigene Scheiße oder???

O doch, das machen die Asis.... die sogenannten Umweltschützer....



Polizeibeamte werden aktuell im#HambacherForst mit Fäkalien beworfen. Unterlassen Sie dieses ekelhafte Verhalten! #Polizei #Aachen



Bilder: Polizei Aachen Ohne Worte



13:54 Uhr Barrikaden werden beseitigt

Ungeachtet der ausgesetzten Räumung im Hambacher Forst will der Energiekonzern RWE am Freitag Barrikaden auf den Waldwegen beseitigen. Die Räumung der besetzten Baumhäuser sei nach dem Unfalltod eines Journalisten zwar weiterhin unterbrochen, in diesem Fall gehe es aber um die Rettungswege, teilte die Polizei mit. „Die Notwendigkeit von Rettungswege hat sich gezeigt. RWE ist rechtlich dazu verpflichtet, diese Wege im Wald freizuhalten“, twitterte die Behörde.

Die Polizei werde die Arbeiten schützen und auch Menschen von sogenannten Tri- und Monopods „holen müssen“.

Aktivisten haben nach dieser Ankündigung einen Abzug aller Polizeikräfte aus dem Waldgebiet im Braunkohlerevier gefordert. „Wir fordern, dass Polizeipräsident Weinspach und

Innenminister Reul alle laufenden Maßnahmen abbrechen“, teilten die Aktivisten am Freitag mit.



Polizisten stehen hinter einer Barrikade auf einem Weg im Hambacher Forst. Foto: dpa



17:12 Uhr Personalengpass durch Dauereinsatz

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat wegen des Dauereinsatzes von Polizisten im Hambacher Forst eine Absage von Bundesliga-Partien ins Spiel gebracht. Die Grenze der

Belastbarkeit sei erreicht, teilte der Landesbezirk der GdP in NRW am Freitag mit. Für weitere Einsätze stünden keine ausgeruhten Kräfte mehr zur Verfügung – und hinzu käme der Besuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in der kommenden Woche. „Wir müssen trotz Hambacher Forst und Erdogan-Besuch noch Reservekräfte zur Verfügung haben, falls es zu einem unvorhersehbaren dramatischen Ereignis kommen sollte“, erklärte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller. „Notfalls müssen auch Fußballspiele abgesagt werden.“

Im Hambacher Forst sind seit Tagen Polizisten im Einsatz.

Die Räumung der dort besetzten Baumhäuser ist zwar seit Mittwoch ausgesetzt, dennoch sind weiterhin viele Beamte vor Ort.



Die Polizei ist im Hambacher Forst im Einsatz Foto: Dennis Vlaminck

20:00 Uhr Aktionen am Wochenende angekündigt

Am Wochenende soll es zu einer größeren Aktion von Kohlegegnern kommen. So ist dort für Sonntag, 11.30 Uhr, ein Waldspaziergang geplant. Zudem soll ein großes Kreuz am Grubenrand aufgestellt werden.

Samstag 22.09.2018

15:00 Uhr Waldspaziergang untersagt

Die Polizei hat den von Michael Zobel angekündigten Waldspaziergang teilweise untersagt. Da Zobel bestimmte Bereiche wie das geräumte „Oaktown“ nicht betreten darf und er damit nicht einverstanden war, „kann die Kundgebung nicht in der Art und Weise stattfinden wie er sich das vorstellt“, sagte eine Sprecherin der Polizei. Derzeit ist nur eine fünfstündige Kundgebung am Kieswerk erlaubt – Zobel will rechtlich dagegen vorgehen.

Die meiste Zeit bleibt es währenddessen ruhig im Hambacher Forst. Hin und wieder laufen Aktivisten an den Kontrollstellen der Polizei vorbei in den Wald. Die Polizei beschlagnahmte unter anderem Kletterausrüstung. Um 14 Uhr fand außerdem eine private Trauerfeier von Freunden, Verwandten und Familie des verunglückten Journalisten an der Unfallstelle statt.

15:30 Uhr Kommentar Manfred Maresch (IG BCE Bezirk Alsdorf)

Das ist die Bewegung, die da im Hambacher Forst unterwegs ist, Polizisten werden mit Fäkalien beworfen, fortwährend beleidigt, und dann tun sie auf ihren Pressekonferenzen noch so, als würde ihnen ihr zuhause genommen. Mir kommen die Tränen. Das würde sie emotional unter Stress setzen. Mensch nur gut, dass die Kollegen der Papierindustrie dafür entsprechende Produkte haben.

Der Innenminister hat völlig recht, der einzig richtige Weg ist, den Hambacher Forst friedlich zu verlassen.

Ich bin ganz klar für die schnellstmögliche Wiederaufnahme der Räumung.

Ein Tipp an die vielen Robin Hood Privat-Berichterstatter, geht mal da hin wo die Terroristen Gewalt ausüben, wo sie Menschen auf das übelste beleidigen. Wo sie mit Zwillen schießen.

Nein ihr lauft den Linksextremisten noch hinterher und stellt alle anderen als die "Bösewichte" da. Ihr glaubt jeden Müll den man euch erzählt. dass der Wald 12.000 Jahre alt ist, das er der letzte seiner Art ist. Habt ihr schon mal was von gut recherchierter Pressearbeit gehört? Na dann macht euch mal kundig und plappert nicht nur alles nach, was man euch in die Mikrophone und Kameras plärrt.

Ja ich weiß es ist so viel leichter die Polizisten, den Werkschutz und die RWE Mitarbeiter zu diffamieren und verantwortlich zu machen.

17:00 Uhr Regierung traf RWE-Chef Schmitz fünf Mal

Zum Streit um die Rodung des Hambacher Forsts haben sich fünf Mitglieder der Bundesregierung im Juli und August mit RWE-Chef Rolf Martin Schmitz getroffen. Der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns hatte je ein Gespräch mit Kanzleramtschef Helge Braun (CDU), Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) sowie Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth und Arbeits-Staatssekretärin Leonie Gebers. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

„Die Antwort zeigt die ganze Schwäche der großen Koalition“, sagte Grünen-Chefin Annalena Baerbock der dpa. Union und SPD hätten nichts erreicht, obwohl sich die Bundesregierung fünf Mal mit RWE getroffen habe, um über die Frage eines Moratoriums für Rodungen im Hambacher Wald während der Arbeit der Kohlekommission zu sprechen. Dabei sei das Abholzen

eine „gezielte Provokation“ für die Arbeit der Kohlekommission. „Es darf nicht sein, dass am Ende ein Wald gerodet wurde, der energiepolitisch durch die Entscheidungen der Kohlekommission gar nicht mehr gebraucht wird.“

18:00 Uhr Einige Hundert friedliche Besucher im Laufe des Tages

Einzelnen sowie in kleineren und größeren Gruppen haben im Laufe des Samstages einige Hundert friedliche Menschen den Hambacher Wald besucht. Die Polizei kontrollierte an mehreren Zugängen die Taschen nach Kletterutensilien und gefährlichen Gegenständen, ließ aber fast alle Besucherinnen und Besucher passieren. Einige hatten Wasser und Lebensmittel für die Besetzer dabei.

Viele suchten die Unglücksstelle im „Beechtown“-Camp auf, wo am Mittwoch ein junger Journalist von einer Hängebrücke zwischen zwei Baumhäusern in den Tod gestürzt war. Die Menschen legten in stillem Gedenken Blumen nieder und zündeten Kerzen an. Enge Angehörige des Verunglückten kamen dort am Nachmittag zu einer privaten Trauerfeier zusammen.

Auch der Aachener Waldpädagoge Michael Zobel war mit einer vorangemeldeten 50-köpfigen Gruppe aus Münster, der sich spontan noch einmal ebenso viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer anschlossen, in den von der Polizei freigegebenen Waldbereichen unterwegs.

Einige in den vergangenen Tagen geräumte Gebiete durften nicht betreten werden. Zobels Rechtsbeistand versuchte derweil, doch noch ein Betretungsrecht für den großen Waldspaziergang am Sonntagmittag zu erlangen. Hierzu werden mehrere Tausend Teilnehmer erwartet. Genehmigt ist bislang nur eine Standkundgebung in der Nähe des Kieswerks.



Gedenkstelle im Hambacher Forst. Foto: Jo Röhring

Die Polizei sprach am frühen Samstagabend von einer insgesamt ruhigen und entspannten Atmosphäre. Zu einer Konfrontation kam es nach Polizeiangaben allerdings am Baumhausdorf „Lorien“, in dessen Nähe versucht worden sei, neue Barrikaden auf den gerade freigeräumten Rettungswegen aufzubauen. Eine Person, die von einem Baum aus gedroht hatte, die Beamten mit Fäkalien zu bewerfen, habe später am Boden innerhalb einer größeren Gruppe identifiziert werden können. Sie sei nach Weigerung, ihre Personalien anzugeben, in Gewahrsam genommen worden.

Sonntag, 23. September

08:00 Uhr Waldspaziergang nur unter Auflagen

Aus Protest gegen die Räumung und die geplante Rodung des Hambacher Forstes werden am Sonntag wieder viele Menschen an dem Wald im Braunkohlerevier erwartet. Geplant ist ein sogenannter Waldspaziergang (11.30 Uhr). Die braunkohlekritische Bürgerinitiative Buirer für Buir erwartet dazu nach

eigenen Angaben noch mehr Teilnehmer als zuletzt. Unter anderem hat auch Grünen-Chefin Annalena Baerbock ihr Kommen angekündigt.



Am Sonntag soll eine friedliche Demo im Hambacher Forst stattfinden. Foto: dpa

Nach Angaben der Polizei in Aachen darf der „Waldspaziergang“, zu dem der Veranstalter rund 5000 Menschen erwartet, aber nicht wie geplant über die Bühne gehen. Die Polizei hat nur eine Veranstaltung an einem festen Ort ohne Spaziergang durch den Wald genehmigt. Das Verwaltungsgericht Aachen bestätigte am Samstagabend in einem Eilbeschluss die Auflagen der Polizei.

12:30 Uhr Kundgebung verzögert sich

Auch diesen Sonntag reisen Menschen aus weiten Teilen Deutschlands in den Hambacher Forst, um für den Erhalt des Waldes zu demonstrieren. Der Beginn der Kundgebung, die als Waldspaziergang geplant ist, verzögert sich. Eine Kette von Polizeibeamten lässt die Demonstranten nur in Fünfergruppen in den Wald. Der Protest ist bunt und bürgerlich, eine Brass-Band aus Berlin begleitet die Teilnehmer musikalisch.

Die Initiative Buirer für Buir beklagt, dass zwei Züge – einer aus Richtung Aachen und einer aus Richtung Köln –

ausgefallen sind, mit denen Protestler zur Kundgebung hätten gelangen können.

15:00 Uhr Mehrere Tausend Demonstranten vor Ort

Mehrere Tausend Demonstranten haben gegen die geplante Räumung demonstriert. Wie viele Demonstranten genau bei schmuddeligem Regenwetter in das Braunkohlerevier kamen, blieb offen. Die Polizei wollte sich am Vormittag auf keine Zahl festlegen. Der Veranstalter meldete rund 7000 Teilnehmer.



Trotz Dauerregen kamen Tausende Demonstranten an den Waldrand. Foto: Ralph Jansen

Bereits im Juli und August trafen sich fünf Mitglieder der Bundesregierung mit RWE-Chef Rolf Martin Schmitz, um über den Streit um den Hambacher Forst zu reden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Dabei sei es darum gegangen, wie oft die Regierung mit RWE darüber gesprochen habe, vorbereitende Maßnahmen für den Braunkohle-Tagebau und Kraftwerkserweiterungen aufzuschieben, bis die derzeit tagende Kohlekommission einen Plan für den Kohleausstieg vorlegt. Gesprächsteilnehmer waren unter anderem Kanzleramtschef Helge Braun (CDU),

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD).

Grünen-Chefin Annalena Baerbock sagte der dpa, Union und SPD hätten nichts erreicht, obwohl sich die Bundesregierung fünf Mal mit RWE getroffen habe, um über die Frage eines Moratoriums für Rodungen während der Arbeit der Kohlekommission zu sprechen. Dabei sei das Abholzen eine „gezielte Provokation“ für die Arbeit der Kohlekommission. „Es darf nicht sein, dass am Ende ein Wald gerodet wurde, der energiepolitisch durch die Entscheidungen der Kohlekommission gar nicht mehr gebraucht wird.“



Nachdem es zu [#Straftaten](#) im [#HambacherForst](#) kam, entfernt die [#Polizei #Aachen](#) jetzt Barrikaden auf Wegen. Baumhausräumungen finden nicht statt. Bleiben Sie ruhig. Verzichten Sie auf gewalttätige Aktionen.



Demo trotz Dauerregen. Eine Band aus Berlin hat den Protest am Sonntag begleitet.
Foto: Ralph Jansen

20:39 Uhr Ein Polizist berichtet: Mein Einsatz im Hambi und wie ich ihn sehe

Man mag über die Abholzung denken was man möchte, ob es nun Recht oder Unrecht ist. Für mich ... zumindest muss ich ganz ehrlich sagen, gibt es weitaus größere Probleme, denen wir uns mit voller Inbrunst widmen müssen.

Natürlich ist unsere Umwelt wichtig, dies möchte ich auch nicht bestreiten. Aber mal ehrlich, 100 Hektar Wald, um die es jetzt noch geht, werden unser Klima nicht beeinflussen. Ich möchte auch nicht für einen Konzern sprechen, aber was hier im Gegenzug geschaffen wurde, darf man nicht vergessen

Nun ja, nun aber zum eigentlichen Thema...

Seit einigen Tagen bin ich nun im Hambi eingesetzt und ich muss sagen, dass man hier eigentlich alles erlebt... Von Verständnis für uns, aber eben auch tiefste Ablehnung und Hass. Es gibt hier die, die protestieren und friedlich dabei sind. Die hören, wenn wir Ansagen machen und diesen auch Folge leisten.

Doch dann gibt es auch diejenigen, die mit Fäkalien auf uns werfen, die uns Mord an dem Verunfallten jungen Mann vorwerfen, die uns beschimpfen, beleidigen. Steine und Flaschen fliegen. Stahlkugeln werden mit Zwillen auf uns geschossen. Wir kennen dies ja schon, naja bis auf die Fäkalien, und können damit umgehen.

Kot und Urin werden in Eimern gesammelt und auf uns gekippt. Dies ist schon seit Tagen immer wieder so. Mal mehr, mal weniger. Man muss auch dazu sagen, dass diese sogenannten Aktivisten genau wissen was sie zu sich nehmen müssen, dass der Kot eher flüssig ist und ehrlich gesagt auch erbärmlich stinkt. Pfefferminzöl und Desinfektionsmittel sind derzeit meine

ständigen Begleiter. Vielleicht sind dies gerade Informationen die ihr nicht lesen wollt, aber ihr solltet es wissen.

Weiterhin habe ich gesehen wie der Wald teilweise zugemüllt wurde. Sorry, aber auf der einen Seite sich für die Umwelt einsetzen wollen und dann den Müll liegen lassen, passt nicht zusammen.



An dem Tag, als der junge Mann abgestürzt ist, war ich zwar nicht in der Nähe, aber auch nicht so weit entfernt um die Parolen, die gerufen wurden, zu überhören. Es war blanker Hass der gegenüber uns aus dem Gerufenen heraus zu hören war. Es war ein bedauerlicher und sehr tragischer Unfall, der auch uns zutiefst geschockt hat. Auch an uns geht dies nicht spurlos vorbei.

Außerdem werden wir kritisiert, dass wir Spaziergänger nicht in den Wald lassen. Man muss dabei aber sehen, dass der Hambacher Forst als gefährlicher Ort eingestuft wurde, wegen oben genannter Angriffe. Kollegen wurden hier verletzt, Angriffe auf RWE Mitarbeiter gestartet.



Polizeigewalt wird gerufen, wenn wir unmittelbaren Zwang anwenden müssen, weil Personen sich unseren Anweisungen widersetzen. Die Besetzung ist illegal und das ist Fakt. Gerichte haben für die Räumung entschieden und es ist Aufgabe von uns, der Exekutive, dies auch um- und durchzusetzen. Es wurden immer wieder Ansagen gemacht, dass, wenn unseren Anweisungen nicht Folge geleistet wird, Aktionen von uns gestartet werden. Wer sich dann sperrt, meint eine Polizeikette durchbrechen zu müssen oder uns angreift, muss mit den Folgen leben. Ich denke, Kollegen die hier länger eingesetzt sind können noch weitaus mehr erzählen als ich. Vielleicht gehen sie ja auch diesen Weg und erzählen ihre ekligen oder auch schönen Geschichten aus dem Hambi.



Dieser Einsatz wird uns noch Wochen beschäftigen, sei es hier vor Ort oder wenn wir wieder zuhause sind. Neue Kollegen werden nachrücken für die, die nach Hause zu ihren Familien dürfen.

Wir hoffen hier alle, dass die Lage nicht weiter eskaliert. Es ist genug passiert...

Ich weiß, ich werde für meinen Text nicht nur positive Kommentare ernten, aber es ist wie im Dienst. Ich kann sehr gut damit leben."

Montag, 24. September

09:30 Uhr Ruhige Lage am Morgen

Nach den Demonstrationen am Wochenende ist die Lage am Hambacher Forst nach Angaben der Polizei am Montagmorgen bislang ruhig. Im Verlauf des Sonntags hatten nach Angaben der Beamten Besucher des Waldes neue Barrikaden gebaut. Diese seien entfernt worden. Baumhausräumungen seien nicht durchgeführt worden.

10.45 Uhr: Greenpeace bezeichnet geplante Rodung als unzulässig

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat die von Energiekonzern RWE geplante Rodung im Hambacher Forst als rechtlich unzulässig bezeichnet. Die Erlaubnis sei an „konkrete Auflagen“ gebunden, die derzeit nicht gegeben seien, erklärte die Organisation am Montag in Berlin unter Berufung auf ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten einer Rechtsanwältin. Laut Hauptbetriebsplan und Braunkohleplan sei die Rodung erlaubt, wenn dies für den Betrieb des Braunkohletagebaus „erforderlich“ beziehungsweise „unerlässlich“ sei, teilte Greenpeace mit. RWE selbst habe eingeräumt, dass eine „betriebliche Notwendigkeit“ dazu erst ab dem 15. Dezember bestehe.

Greenpeace verwies am Montag zudem auf eine Stellungnahme eines Beratungsunternehmens. Dieses habe Satellitenbilder ausgewertet und Maßnahmen identifiziert, mit denen der Tagebau weiterbetrieben werden könne, ohne dafür schon in diesem Jahr Bäume fällen zu müssen.

11:30 Uhr Räumung der Baumhäuser geht weiter

Im Braunkohlerevier Hambacher Forst setzen die Behörden die Räumung von Baumhäusern der Aktivisten fort. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums wurden am Montag die ersten Räumungsverfügungen nach dem mehrtägigen Moratorium

ausgesprochen. Nach dem Unfalltod eines Journalisten am vergangenen Mittwoch war die Räumung vorerst unterbrochen worden.

Durch die jüngsten starken Regenfälle ist der Waldboden aufgeweicht und die Arbeiten sind dadurch erschwert. Die Räumungskräfte haben begonnen, an einigen Stellen Sand aufzuschütten, um den Untergrund für schweres Gerät und Einsatzfahrzeuge zu stabilisieren.



Die Polizei und RWE bauen die über das Wochenende errichteten Barrikaden im Hambacher Forst wieder ab. Währenddessen zweifelt Greenpeace die Rechtmäßigkeit der Rodung an. Foto: FAZ

12:00 Uhr Aktivisten blockieren Kohlebahn im Tagebau Hambach

Aktivisten haben am Montag eine Kohlebahn im Tagebau Hambach blockiert und so die Kohle-Zufuhr in die Kraftwerke Neurath und Niederaußem unterbrochen. Acht Aktivisten hätten sich in beide Richtungen unterhalb der Gleise im Braunkohlerevier verkettet, teilte ein RWE-Sprecher mit. Ein Lokführer habe Handzeichen bemerkt und rechtzeitig bremsen können. Die Polizei sei vor Ort. Die Initiative Zucker im Tank twitterte, die Aktivisten hätten vier dicke Betonklötze und ein Betonfass genutzt. Das werde wohl dauern, bis die Gleise wieder geräumt seien.

13:45 Uhr Türkische Umweltaktivisten zeigen Solidarität

Umweltaktivisten haben vor dem deutschen Konsulat in Istanbul einen Stopp der Räumung im Hambacher Forst gefordert. Zugleich bekundete die Gruppe am Montag ihre Solidarität mit den Aktivisten in Deutschland. „Nehmt die Hände weg vom Hambacher Forst“, hieß es in der vor dem Konsulat verlesenen Presseerklärung der Organisation „Verteidigung des Nordwaldes“.

In der Türkei setzt sich die Gruppe vor allem für den Erhalt eines nördlich von Istanbul gelegenen Waldes ein, der teilweise für den Bau eines neuen Flughafens gerodet wurde. Zerrin Bayrakdar, die die Presseerklärung verlas, sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Wir erleben dasselbe am dritten Flughafen.“ Auch dort werde der Wald für ein Großprojekt gerodet. „Deshalb wollten wir unsere Solidarität zeigen.“ Aktivist Mustafa Tepret sagte, er sei geschockt gewesen, als er von dem Vorgehen im Hambacher Forst gehört habe.

Dienstag, 25. September

08:15 Uhr Räumung im Hambacher Forst geht weiter

Nach einer ruhigen Nacht soll im Laufe des Dienstags die Räumung im Hambacher Forst weitergehen. Das sagte ein Polizeisprecher am Morgen. Bislang seien etwa 50 Baumhäuser von Aktivisten geräumt worden.

Umweltschützer protestieren im Hambacher Forst seit Jahren dagegen, dass der Energiekonzerns RWE im Herbst weite Teile des Forstes abholzen und die Braunkohleförderung fortsetzen will. Nach dem Unfalltod eines 27 Jahre alten Journalisten hatte die Landesregierung die Räumung der Baumhütten am vergangenen Mittwoch vorerst gestoppt.

Die am Montag von Aktivisten blockierte Hambach-Bahn ist seit gestern Abend wieder frei und der Schienenverkehr wird nicht mehr behindert.

08:30 Uhr Website von RWE gehacked

Laut übereinstimmenden Medienberichten wurde die Website des Energiekonzerns RWE von Unbekannten gehacked. Die Website war am Montag für mehrere Stunden gar nicht oder nur schwer zu erreichen. Bei der Attacke habe es sich laut Berichten um einen Denial-of-Service-Angriff gehandelt, bei dem der Server, auf dem die Website-Daten liegen, durch massenhafte Anfragen bis hin zur Überstrapazierung zum Zusammenbruch gebracht wird.

Die "Bild" hat in ihrer Berichterstattung auf ein Youtube-Video hingewiesen, in dem RWE eine ebensolche Attacke angedroht wird, sollte die Rodung des Hambacher Forstes nicht eingestellt werden. Das Video wurde im Youtube-Kanal „Anonymous Deutsch“ veröffentlicht.

09:00 Uhr Gedenkstätte muss weichen

Die Behörden haben angeordnet, die Gedenkstätte für den abgestürzten 27-jährigen Journalisten zu entfernen. Im Umfeld des Gedenkortes müssten Arbeiten ausgeführt werden, teilte die Polizei am Dienstag mit. Die Aktivisten sollten die Gedenkstelle für den toten 27-Jährigen deshalb selbst abbauen - sonst würden dies die Einsatzkräfte übernehmen. „Nach Abschluss der Maßnahmen kann sie am Ursprungsort wiedererrichtet werden“, schrieb die Polizei bei Twitter.

Der 27-Jährige war am vergangenen Mittwoch in dem von Aktivisten besetzt gehaltenen Waldgebiet zwischen Köln und Aachen durch die Bretter einer mindestens 15 Meter hohen Hängebrücke gebrochen, die zwischen zwei Baumhäusern

gespannt war. Er starb noch am Unglücksort. Die Landesregierung stoppte daraufhin die bis dahinlaufende Räumung der Baumhütten im Wald, Aktivisten errichteten die Gedenkstätte.

09:30 Uhr Offenbar neue Baumhäuser im Forst errichtet

Bisher wurde die Anzahl der insgesamt im Hambacher Forst über die Jahre errichteten Baumhäuser mit 51 beziffert. Laut Aussage der Polizei haben die Aktivisten jedoch in den vergangenen Tagen seit Beginn der Räumung erfolgreich weitere Baumhäuser errichtet, sodass nun von geschätzt über 70 Objekten ausgegangen wird.

Die trotz der Räumung weiteren erfolgreich aufgebauten Baumhäuser gibt die Polizei als Begründung für die weiterhin notwendige starke Präsenz der Einsatzkräfte im Hambacher Forst an, um weitere Bauversuche zu verhindern.

12:00 Uhr Nächste Baumhaus-Siedlung wird geräumt

Die Baumhaus-Siedlung, in der der 27-jährige Journalist einen tödlichen Unfall erlitten hat, wird derzeit von den Einsatzkräften geräumt. Die Gedenkstätte für den Verstorbenen ist entfernt worden, kann aber nach den abgeschlossenen Räumungsarbeiten wiederaufgebaut werden.

In den betroffenen Baumhäusern befanden sich noch ein Mann und eine Frau, die sich jedoch über eine Seilkonstruktion abgeseilt haben und sich so dem Zugriff durch die Behörden entzogen haben.

Die Einsatzkräfte haben vier Hubwagen mit ausfahrbaren Plattformen gleichzeitig eingesetzt, um die hochgelegenen Baumhäuser zu erreichen und mit dem Entfernen der Baumhäuser beginnen zu können.

13:00 Uhr Aktivisten besetzen neue Bäume mit schnell gebauten Konstruktionen

Die Baumhaus-Siedlung bei der vergangene Woche ein Journalist tödlich verunglückt ist, wurde nun komplett geräumt. Die beiden Aktivisten, die mit dem Journalist im Baumhaus waren, haben sich freiwillig abgeseilt und durchsuchen lassen.



Diese Tripods sind schnell gebaut. Die Aktivisten besetzen auf diese Art weitere Bäume im Hambacher Forst. Foto: dpa

Aktivisten räumten die Gedenkstätte für den verstorbenen Journalisten. Die Räumung war angeordnet, damit weitergearbeitet werden kann.

Die Räumung der Baumhäuser ging schnell voran, da die Polizei mit Hubwagen von allen Seiten an die Baumhäuser heranrückte. nach derzeitigem Stand sind 47 Baumhäuser geräumt. Doch immer wieder bauen die Aktivisten neue kleine Konstruktionen auf und verschanzen sich, was die Arbeit der Polizisten erschwert.

Die Situation im Hambacher Forst ist derzeit friedlich. An der Polizeigrenze haben sich junge Leute zusammengetan und singen lautstark Protestlieder. Auch Mona Neubaur, Landesvor-

sitzende der Grünen NRW, war vor Ort und hat sich ein Bild der Lage gemacht. Der parlamentarische Beobachter Stefan Engstfeld schätzt die Lage vor Ort ebenfalls friedlich ein, es bleibe aber abzuwarten, ob es so bleibe.



Auf solchen schnell gebauten Tripods verschanzen sich die Aktivisten. Foto: dpa

Mittwoch, 26. September

Urlaubssperre wegen Hambach: Polizeipräsenz wegen Einsatz in den Städten geringer

Der Großeinsatz der Polizei im Hambacher Forst hat massive Auswirkungen auf die Polizeipräsenz in NRW. Ein neuer Erlass des NRW-Innenministeriums, der dem „Kölner Stad-Anzeiger“ in Kopie vorliegt, legt jetzt fest, dass die Einsätze der Bereitschaftspolizei in den Schwerpunktbehörden Köln, Düsseldorf, Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Duisburg, Aachen, Bochum bis zum 2. Januar 2019 nur durchgeführt werden können, sofern die Lage in Hambach dies erlaubt.

Die Präsenz im Rodungsgebiet habe „grundsätzlich Vorrang“, heißt es in dem Erlass. Urlaub soll den Bereitschaftspolizisten nur noch unter Anlegung von strengen Maßstäben in begründeten Ausnahmefällen gewährt werden. Sämtliche Fortbildungen der Bereitschaftspolizei sollen bis Anfang Januar ausgesetzt werden.



Auch am Dienstag räumte die Polizei Lager in Hambach. Foto: dpa

„Kampfstimmung“ im Forst

Die Polizeichefin von NRW, Daniela Lesmeister, begründet die Maßnahme mit der „finalen Widerstands- und Kampfstimmung“ militanter Rodungsgegner im Hambacher Forst. Daher sei „über einen längeren Zeitraum von einem Einsatz aller verfügbaren Einheiten der Bereitschaftspolizei“ auszugehen. Bis zum Ende des Jahres werde es deshalb nun unter anderem keine Schwerpunktaktionen gegen Raser oder Einbrecher geben. Monika Düker, Fraktionschefin der Grünen im Landtag, erklärte: „Es ist schlicht unverhältnismäßig, dass über drei Monate eine erhebliche Anzahl von Polizeikräften im Hambacher Wald gebunden werden, die woanders fehlen. Die Landesregierung nimmt mit diesem unnötigen Einsatz Sicherheitslücken in Kauf.“

Im Hambacher Forst räumte die Polizei am Mittwoch unter anderem die Gedenkstätte für den 27-Jährigen, der in der vergangenen Woche bei einem Sturz von einer Hängebrücke ums Leben gekommen ist. Die Landesregierung hatte den Polizeieinsatz daraufhin vorübergehend gestoppt. Die Beseitigung der Blumen, Kerzen und Erinnerungsfotos verlief friedlich. Eine kleine Gruppe von Rodungsgegnern packte die Gegenstände gemeinsam mit der Polizei in Kisten ein. Die Beamten hatten zugesichert, dass die Gedenkstätte nach der Räumung an der Unfallstelle wiederaufgebaut werden könne. Bislang seien etwa 50 Baumhäuser geräumt worden, hieß es. Etwa 20 Bauwerke werden noch von Rodungsgegnern bewohnt.

Hackerangriff auf RWE

Der Energiekonzern RWE will nach der vollständigen Räumung des Areals Mitte Oktober mit den Rodungsarbeiten beginnen. Am Montagabend wurde das Unternehmen nach eigenen Angaben Opfer einer Cyber-Attacke. Eine Flut gesteuerter Mail-Anfragen habe die Leistungsfähigkeit des Servers erheblich reduziert, erklärte eine Unternehmenssprecherin. Die Webseite sei daher teilweise nicht erreichbar gewesen. Mittlerweile haben IT-Spezialisten des Unternehmens das Problem behoben. Ob der Hacker-Angriff im Zusammenhang mit den Protesten um den Hambacher Forst steht, konnte die RWE-Sprecherin nicht bestätigen.

Unterdessen wies das Innenministerium Berichte über angebliche Tunnelsysteme im Hambacher Forst, die an die Bauwerke von Partisanen im Vietnamkrieg erinnern würden, zurück. Analogien zu Kriegsszenarien entsprächen der Sicherheitslage „in keinster Weise“ und spiegelten nicht die Realität, heißt es in einem Bericht für den Innenausschuss.

06:00 Uhr Räumung wird fortgesetzt - 53 Baumhäuser bislang abgebaut

Im Braunkohlegebiet Hambacher Forst haben die Behörden die Räumung des uralten Waldes fortgesetzt. Bislang seien 53 Baumhäuser von Rodungsgegnern abgebaut worden, wie die Polizei Aachen am späten Dienstagabend mitteilte. Für die Arbeiten habe die Gedenkstätte für den in der vergangenen Woche ums Leben gekommenen Journalisten am Dienstag vorübergehend verlegt werden müssen.



Ein Polizist räumt ein Baumhaus im Hambacher Forst. Foto: dpa

Seit Beginn der Einsatzmaßnahmen im Hambacher Forst vor knapp zwei Wochen wurden laut Polizei 113 Menschen vorläufig festgenommen. Außerdem habe es 222 vorläufige Inhaftierungen und knapp 670 Platzverweise gegeben. Den Angaben zufolge wurden 30 Polizisten verletzt und 43 Beamte mit Fäkalien beworfen.

Umweltschützer protestieren im Hambacher Forst dagegen, dass der Energiekonzern RWE weite Teile des Forstes roden

und die Braunkohleförderung fortsetzen will. Bei den Protesten war am vergangenen Mittwoch ein 27-jähriger Journalist von einer mindestens 15 Meter hohen Hängebrücke gestürzt und gestorben. Die Landesregierung hatte daraufhin die Räumung der Baumhütten im Wald vorübergehend gestoppt.

09:00 Uhr Rund 750.000 Unterschriften für den Erhalt des Hambacher Forstes

Rund 750 000 Menschen haben inzwischen eine Online-Petition für den Erhalt des Hambacher Forstes unterschrieben. Allein in den vergangenen 14 Tagen seien etwa 300 000 Unterstützer hinzugekommen, wie eine Sprecherin der Organisation Campact am späten Dienstagabend mitteilte. Neben Campact gehören auch die Naturschutzverbände BUND und Greenpeace zu den Initiatoren.

Umweltschützer protestieren seit Jahren dagegen, dass der Energiekonzern RWE weite Teile des uralten Waldes roden will, um Braunkohle zu baggern. RWE hält die Rodung für unerlässlich, um die Stromproduktion in den Braunkohlekraftwerken zu sichern. Die Aktivisten fordern einen Aufschub, bis die Kohlekommission einen langfristigen Plan für den Kohleausstieg in Deutschland vorlegt.

In der vergangenen Woche hatten die Umweltschützer bereits mehr als eine halbe Million Unterschriften an die Landesregierung übergeben. Die Petition richtet sich unter anderem an Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Für den 6. Oktober haben Campact, BUND und Greenpeace außerdem zu einer Demonstration am Hambacher Forst aufgerufen.

09:40 Uhr Aktivistin bei Sturz leicht verletzt - Gedenkstätte verlegt



Die Gedenkstätte für den abgestürzten Journalisten wurde verlegt. Foto: dpa

Eine Demonstrantin ist am Dienstag gegen 10:45 Uhr von einer Plattform im Dorf „Lorien“ abgestürzt, meldete die Polizei am Mittwochmorgen. Zuvor hatte sie diese mithilfe einer Leiter bestiegen. Die Frau wurde ersten Erkenntnissen zufolge leicht verletzt. Polizeiliche Arbeiten an dieser Stelle fanden zu diesem Zeitpunkt nicht statt. Die Verletzte lehnte eine polizeiliche und notärztliche Versorgung ab, berichtet die Polizei Aachen. Weitere Informationen über Örtlichkeit und Unfallgeschehen gibt es bislang nicht, da die Frau eine Kontaktaufnahme laut Polizei ebenfalls ablehnte. Zeugen vor Ort berichteten aber, dass sie von der Leiter aus etwa zwei Metern Höhe gestürzt sei.

Zudem musste die Gedenkstätte für den gestorbenen Journalisten in „Beechtown“ aufgrund der vorangehenden Räum- und Abrissarbeiten vorübergehend an einen sicheren Ort verlegt werden. Demonstranten nahmen das Angebot der Polizei an, die Gedenkstätte temporär zu verlegen und anschließend wieder an der Absturzstelle aufzubauen. Die Aktion verlief friedlich und störungsfrei.

16:00 Uhr Aktivisten mit Hebebühnen von Bäumen geholt



Polizisten und Aktivisten standen sich in Lorien gegenüber. Foto: Marco Fuehrer

Am Vormittag gab die Polizei bekannt, dass 54 Baumhäuser geräumt seien, 53 davon bereits abgebaut. Die Räumungen verliefen weitgehend friedlich. Zwar ließen sich die Demonstranten freiwillig von den Bäumen holen, die Polizei musste sie aber mit Hebebühnen einzeln herunterholen. Die Räumung eines weiteren Baumhauses im westlichen Teil des Waldes verlief ebenfalls friedlich.

An mehreren Stellen im Wald gab es Sitzblockaden, die von der Polizei aufgelöst wurden. Die Demonstranten wurden zur Kontrolle der Personalien kurz in Gewahrsam genommen.

In Lorien trafen Demonstranten und Polizei aufeinander. Bis auf kurze Rangeleien blieb es bis zum frühen Nachmittag aber weitgehend ruhig. Die Demonstranten bildeten Menschenketten und stellten sich schützend vor die Bäume.



Aktivisten mit Merkel-Banner in Lorien. Foto Marco Fuehrer

Unter einem Baumhaus auf einer Drei-Bein-Konstruktion versammelten sich Demonstranten für eine Sitzblockade. Währenddessen rodeten Arbeiter einen kleinen Birkenwald mit Ketensägen und Baumaschinen, um mit Hebebühnen die Baumhäuser erreichen zu können. Drei Demonstranten hielten einen Banner mit der Aufschrift "Frau Merkel is this ok?" hoch.

Donnerstag, 27. September

10:45 Uhr Greenpeace-Aktivisten besetzen Düsseldorf Staatskanzlei

40 Aktivisten und Kletterer der Umweltorganisation Greenpeace sind am Donnerstagmorgen in die Staatskanzlei in Düsseldorf eingedrungen. Sie protestieren gegen eine weitere Eskalation im Hambacher Forst und fordern von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet ein sofortiges Streitgespräch darüber, wie sich der Streit um die von RWE geplante Rodung deeskalieren lässt.

Bislang tue der Minister nichts dafür, um die Auseinandersetzung politisch zu lösen, sondern heize die Situation gemeinsam mit dem Energiekonzern RWE immer weiter an, so

Greenpeace. Die Aktivisten würden Zelte in der Staatskanzlei aufschlagen, um auf Laschet zu warten.



750.000 Bürgerinnen und Bürger fordern, dass #HambiBleibt 🌱🌱🌳🌳.. Was macht Armin Laschet?

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident lässt den Hambacher Wald räumen, statt den Konflikt zu deeskalieren. In der Düsseldorfer Staatskanzlei sind Greenpeace-Aktivisten ihm deshalb aufs Dach gestiegen und haben Zelte in der Kanzlei aufgeschlagen. Sie wollen bleiben, bis sich Laschet auf ein Gespräch einlässt!

11:10 Uhr Aktivistin stürzt von Leiter und verletzt sich

Im Braunkohlegebiet Hambacher Forst bei Köln ist eine Umweltaktivistin von einer Leiter gestürzt und verletzt worden. Die Frau war von einem Baumhaus auf die Leiter getreten, um Kranarbeiten im Zusammenhang mit den Räumungen in dem Wald zu beobachten, wie ein dpa-Reporter berichtete.

Dabei stürzte sie aus etwa sechs Metern Höhe ab. Notärzte kümmerten sich direkt um die Frau. Die Feuerwehr Kerpen

erklärte, eine Person sei im Baumhausdorf „Miketown“ aus ungewisser Höhe gefallen und verletzt ins Krankenhaus gebracht worden.

Umweltschützer protestieren im Hambacher Forst dagegen, dass der Energiekonzern RWE weite Teile des Waldes roden und die Braunkohleförderung fortsetzen will. Bei den Protesten war in der vergangenen Woche ein 27-jähriger Journalist von einer mindestens 15 Meter hohen Hängebrücke gestürzt und gestorben. Die Landesregierung hatte daraufhin die Räumung der Baumhäuser vorübergehend gestoppt.

16:09 Uhr Polizei räumt Baumhäuser mit Hubwagen und Kran
Bis zum Mittag hatte die Polizei das Camp am Boden in Lorien geräumt. Dabei lösten die Beamten mehrere Menschenketten und Sitzblockaden auf, die sich unter den Baumhäusern bilden. Einzelne Demonstranten kletterten auf Bäume und harrten dort aus, um die Räumungsarbeiten der Polizei zu verzögern.

Am Nachmittag rückte die Polizei mit schweren Baumaschinen an, um die Demonstranten aus den Baumhäusern zu holen und die provisorischen Gebäude zu entfernen. Weil manche Baumhäuser mit den Hubwagen schwer zugänglich waren, mussten Einsatzkräfte mit einem Kran abgeseilt werden.

16:49 Uhr Herbert Reul macht Demonstranten für Todesfall verantwortlich

Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) hat eine Mitschuld der Polizei an dem tödlichen Unfall im Hambacher Forst ausgeschlossen.

Bei den Protesten gegen die Rodungen war in der vergangenen Woche ein 27-jähriger Journalist von einer mindestens 15 Meter hohen Hängebrücke gestürzt und gestorben.

„Den Sturz verantwortet, wer die Brücke gebaut hat“, sagte Reul am Donnerstag im Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags. Zu dem Zeitpunkt, als der Leverkusener stürzte, habe es keinen Polizei-Einsatz direkt an der Unglücksstelle gegeben.

Aktivisten hatten Reul Pietätlosigkeit vorgeworfen, weil die Räumungen der Baumhäuser nach nur wenigen Tagen Trauer-Pause fortgesetzt worden waren. Reul hielt wiederum der Gegenseite vor, noch während des Moratoriums neue Häuser und Barrikaden errichtet zu haben - auch auf Rettungswegen.

Seinen Schilderungen zufolge sollen Baumbewohner sogar noch während der Reanimierung des abgestürzten Journalisten mehrfach gerufen haben: „Scheiß 'drauf, Räumung ist nur einmal im Jahr!“ Die Polizisten hätten diese Leute daraufhin auf ihr „unfassbares Verhalten“ angesprochen - ohne Reaktion. Im Kurznachrichtendienst Twitter widersprachen allerdings mehrere Aktivisten und eine Journalistin dieser Darstellung.

Freitag, 28. September

12:17 Uhr Gewalteskalation ausgeblieben

Bei der Baumhausräumung im Hambacher Forst im Rheinischen Tagebaurevier ist eine Gewalteskalation nach Angaben der Polizei bisher ausgeblieben.

„Bei den Räumungen selbst sind die Kolleginnen und Kollegen überwiegend auf passiven und technischen Widerstand gestoßen“, sagte der Aachener Polizeipräsident der Deutschen Presse-Agentur zum Ende der Räumungen in den Baumhaus-Dörfern. Aktivisten hätten sich gesperrt, Anweisungen nachzukommen und sich wegtragen lassen oder hätten sich angekettet.

Die Polizei setzte am Freitag die Räumung des letzten bekannten Baumhausdorfes fort. Ob sie am Ende des Tages damit

fertig sein wird, ließ ein Polizeisprecher offen: „Wir wissen nicht, was uns erwartet.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Volker Huß, sagte: „Was jetzt hier stattfindet, ist ja erst einmal das Vorspiel für die eigentliche Rodung. Das Fanal ist die Rodung.“ In den Baumhäusern gebe es einen harten Kern von Extremisten. Der Beginn der Rodung könne möglicherweise das Signal sein, dass weitere Kräfte aus der Szene anreisen.

„Ich glaube auch, dass die militante Linke dazu aufrufen wird im Netz. Das wird die Linke nach meiner Einschätzung genau wie in Hamburg nutzen, die Leute zu mobilisieren“, sagte Huß.

13:15 Uhr Bundesregierung auf RWE einzuwirken, dass es nicht zu einer Rodung des Hambacher Waldes kommt

Olaf Bandt, Geschäftsführer Politik und Kommunikation des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) über den Hambacher Wald, die BUND-Klagen in dem Zusammenhang und die geplante Groß-Demonstration.

Die Waldspaziergänge für den Erhalt des Hambacher Waldes sind inzwischen so etwas wie eine Institution geworden. Jeden Sonntag treffen sich tausende Menschen und demonstrieren vor Ort für den Erhalt des Hambacher Waldes. Vergangene Woche waren es fast 10.000 Menschen und auch diese Woche werden wieder viele Demonstranten erwartet. Für den 6. Oktober rufen Umweltverbände außerdem zu einer Großdemonstration auf. Wir sprechen mit Olaf Bandt, dem Geschäftsführer des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) - einem der Organisatoren der Demo.

Erste Frage: Wie haben Sie den Waldspaziergang am vergangenen Sonntag erlebt?

Antwort: Es waren fast 10.000 Menschen, die sich bei strömenden Regen aufgemacht hatten für diesen Waldspaziergang, und man merkte Ihnen eine große Trauer und Betroffenheit an, weil wenige Tage davor war es ja dazu gekommen, durch diesen Unglücksfall, dass einer, ein Journalist und ein Aktivist gleichzeitig, auf tragische Weise ums Leben gekommen war. Und allen war klar: Man kann jetzt nicht so weitermachen. Es war ein Waldspaziergang ohne Fahnen, ohne Transparente, eben in dieser Trauer und Betroffenheit. Dann war es aber auch so, es gab einen großen Mut und Entschlossenheit: Wir verhindern diese Rodung des Waldes. Wir schaffen das irgendwie, wir haben schon so viel geschafft, und das war bei allen zu spüren. Und drittens war es klar, die Menschen wollten in den Wald, wo die Polizei sie erst nur mit Widerständen reinlassen wollte, es gab Körperkontrollen, Durchsuchungen, Personalausweise sollten gezeigt werden, um in den Wald zu kommen. Und auch das haben wir dann geschafft, weil alle Menschen sehen wollten, wie ist es denn bisher gelungen, wie leben die Baumschützer in ihren Baumhäusern, wie ist es da gelungen diesen Wald so lange bisher zu schützen vor der Rodung.

Zweite Frage: Was treibt die Menschen an, auch bei Regen für den Hambacher Wald zu demonstrieren?

Antwort: Wir hatten 2018 einen absoluten trockenen Hitzesommer. Es zeigt sich also tatsächlich: Der Klimawandel findet statt. Und in einer solchen Situation kann man überhaupt nicht verstehen - und das war deutlich auf diesem Waldspaziergang - dass man dann plötzlich noch wieder einen Wald roden will, mit Polizeieinsatz, während an anderer Stelle ja Waldbrände gelöscht werden und man versucht, absolut Wälder zu retten. Und das war sehr deutlich zu

spüren, dass RWE überhaupt keine Akzeptanz mehr hat für das, was sie da aus wirtschaftlichen Gründen durchsetzen wollen.

Dritte Frage: Was ist der ökologische Wert des Waldes?

Antwort: Der Hambacher Wald besteht in seiner Grundstruktur seit jetzt 12.000 Jahren. Wir haben dort noch Bäume stehen, die 300 Jahre alt sind, viele Vogelarten - 142 Vogelarten, zwölf Fledermausarten. Insbesondere die Bechstein-Fledermaus hat nur noch ganz, ganz wenige Brutgebiete in Europa in den Wäldern und deswegen ist sie streng geschützt nach Europäischem Recht. Diese Wohnhöhlen dürfen nicht zerstört werden, die Tiere dürfen nicht getötet werden. Und was man dort im Wald sieht ist: Die werden nummeriert die Bäume, wo diese Höhlen drin sind, und zum Teil wurden sie schon verschlossen, damit die da nicht mehr drin nisten, weil sich RWE vorstellt, dass man sie dadurch vertreibt in andere Wälder, und dann hinterher leichter zu roden ist. Das ist ein sehr bedrückender Zustand und deshalb kämpfen wir mit aller Kraft vor Gesetz und mit unseren Demonstrationen dafür, dass es zu dieser Rodung nicht kommt.

Vierte Frage: Warum setzt sich auch der BUND-Bundesverband so stark für den Wald ein?

Antwort: Die Pariser Klimaziele sagen, dass wir bis 2050 komplett aus der Verbrennung von Kohle und anderen fossilen Brennstoffen ausgestiegen sein müssen. Wenn wir das aber erreichen wollen bis dahin, müssen wir jetzt sehr schnell die Verbrennung von Braunkohle insbesondere zurückfahren. Und da ist Hambach ein zentraler Punkt. Das ist Europas größter Braunkohle-Tagebau und es ist sehr gut möglich sehr schnell die Verbrennung und den Abbau von Kohle dort zu reduzieren, weil es sind zum Teil alte, sehr

alte Kohlekraftwerke, die man relativ schnell stilllegen kann. Und deswegen konzentrieren wir uns im Moment sehr stark auf den Hambacher Wald, weil dieser Wald ist zum absoluten Symbol gegen die verfehlte Klimapolitik der Bundesregierung geworden.

Fünfte Frage: Über die Zulässigkeit der Rodung wird aktuell wegen einer Klage des BUND vor dem Oberverwaltungsgericht Münster verhandelt. Auf Druck des Gerichtes hat RWE erklärt, nicht vor dem 14. Oktober mit den Rodungen zu beginnen. Gleichzeitig laufen noch andere Klagen. Wie ist der Stand?

Antwort: Der BUND hat Klage gegen die Rodung des Waldes eingereicht und grundsätzlich gegen die Ausweitung des Tagebaus. Weil das, was da jetzt im Wald da ist, das sind so dermaßen einzigartige Naturschutzgebiete und Habitate für Vögel und Fledermäuse, dass die nach Europäischem Naturschutzrecht definitiv nicht zerstört werden dürfen. Das machen wir in einem Grundsatzverfahren, was 2019 wahrscheinlich verhandelt wird, und in einem Eilverfahren, wo wir jetzt wollen, vor Gericht erzielen wollen, dass dieser Wald nicht vorher gerodet wird. Weil es kann sein, dass die Grundsatzentscheidung erst 2019 fällt und dann schon der Wald gerodet wäre. Und das versuchen wir jetzt zu verhindern und ich vermute, dass diese Sache im Eilverfahren gegen die Rodung jetzt in diesem Jahr noch im Oktober entschieden wird. Wir klagen zusätzlich auch gegen die Enteignung eines BUND-Grundstückes, weil wir dort am Rande des Waldes vor vielen Jahren schon ein eigenes BUND-Schutzgrundstück gekauft haben, weil wir gesagt haben, wir wollen sicher sein, dass es nicht zu dieser Rodung kommt. Und da sagt jetzt die Landesregierung, die will uns enteignen als BUND, weil sozusagen öffentliche Interessen dem widerstehen, unserem Grundbesitzrecht,

und da sagen wir: Es gibt im Moment keine öffentlichen Interessen an dieser Stelle weiter den Tagebau zu erweitern, weil wir sicher sind, dass nach der Kohle-Kommission deutlich wird, dass man diesen Tagebau nicht weiter erweitern müsste.

Sechste Frage: Wie geht es jetzt weiter?

Antwort: Wir rufen für Samstag, den 6. Oktober, zu einer Großdemonstration am Hambacher Wald auf, weil es braucht jetzt ein starkes Zeichen der Zivilgesellschaft, dass es keinesfalls zu einer Räumung und Rodung des Waldes kommen darf. RWE muss sofort aufhören mit der weiteren Räumung des Waldes und auch die Landesregierung NRW muss sich dafür einsetzen, dass alle Maßnahmen am Wald in Hambach gestoppt werden, so dass die Kohle-Kommission der Bundesregierung in Ruhe verhandeln kann.

Siebte Frage: Was passiert, wenn RWE nach dem 14. Oktober rodet?

Antwort: In Berlin tagt ja zeitgleich die Kohle-Kommission. Die soll einen gesellschaftlichen Kompromiss für das Auslaufen der Kohleverstromung in Deutschland erzielen und verhandeln. Wir Verbände, die in der Kohle-Kommission sitzen - BUND, Greenpeace, der Deutsche Naturschutzring - können uns nicht vorstellen, in einem Szenario weiter zu verhandeln, wenn gleichzeitig sozusagen in Hambach die Bäume gerodet werden würden. Weil in solch einer Kampfsituation kann man keine gesellschaftlichen Kompromisse schließen. Und deswegen darf es dazu gar nicht kommen, wir appellieren dringend an die Bundesregierung, auf RWE einzuwirken, dass es nicht zu dieser Rodung kommt und dass jetzt auch die jetzige Räumung schnell eingestellt wird.

14:41 Uhr Aktivisten haben Aktionen für Zeit nach der Räumung geplant

Am Morgen hatten Vertreter der Initiative Buirer für Buir, von Ende Gelände und der Aktion Unterholz sowie Vertreter der Waldbesetzer zu einer Pressekonferenz in das Protestcamp auf der BUND-Wiese geladen. Die Aktivisten kündigten Aktionen für die Zeit nach der Räumung im Oktober an.

Währenddessen haben Einsatzkräfte der Polizei ein Baumhaus in "Miketown" geräumt. Großen Protest der Waldbewohner gab es dabei nicht. Die Räumung in "Lorien" dauert derweil noch an.

Während der Räumungsarbeiten in der Nähe einer Barrikade nahe "Miketown" wiesen RWE-Mitarbeiter mit einem Metallsuchgerät einen metallischen Gegenstand in einem Erd- und Laubhaufen nach. Die Polizei verständigte den Kampfmittelräumdienst. Bisher ist noch nicht bekannt, um was es sich handelt.



Foto: Marco Fuehrer

Samstag, 29. September

11:30 Uhr RWE-Chef im Interview: „Es gibt keine Chance, den Hambacher Forst stehen zu lassen“

Herr Schmitz, macht Ihnen der Zustand der großen Koalition Sorge?

Dazu kann ich nichts sagen. Mir macht es aber Sorge, wenn Sacharbeit nicht immer im Vordergrund steht. Das gilt übrigens auch in Unternehmen.

Zerbricht die Regierung, wäre auch die Kohle-kommission am Ende.

Das ist hypothetisch. Aber am Ende entscheidet über Gesetze ohnehin das Parlament. Das finde ich auch richtig, bei Themen mit dieser Tragweite.

Respektieren Sie die Entscheidung der Kohlekommission?

Die Entscheidungen der Kommission sind nicht bindend. Sie sind wichtig, aber sie sind nur Empfehlungen für die Bundesregierung. Man muss berücksichtigen, wie sich ein Enddatum auf bestehende Genehmigungen von Tagebauen und Kraftwerken auswirkt. Die Verantwortung hat die Bundesregierung.



Der Hambacher Forst rechts der Kante des Braunkohletagebaus Garzweiler ist zum Symbol im Kampf um die zukünftige Energiepolitik in Deutschland geworden. Foto: dpa

Warum warten Sie nicht mit den Rodungen, bis die Kommission einen Vorschlag vorgelegt hat?

Wir warten jetzt das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster ab. Wenn wir roden dürfen, fangen wir an. RWE hat schon im vergangenen Jahr auf die Rodungen verzichtet. Jetzt ist der Puffer aufgebraucht. Ich kann nicht verantworten, die Entscheidung der Kommission abzuwarten. Wir hatten in den sechs Jahren 700 Straftaten gegen unsere Mitarbeiter und Anlagen. Mitte Dezember wird wahrscheinlich nicht mehr genug Polizei da sein, um unsere Mitarbeiter in dem verbleibenden Zeitraum ausreichend zu schützen. Denn dann gibt es zunächst die Weihnachtsmärkte, dann Silvester und vieles mehr, dass die Polizeikräfte bindet. Man darf aber nur bis Ende Februar roden.



Seit Jahren kampieren Braunkohlegegner im Hambacher Forst und protestieren auch mit Barrikaden gegen die geplante Rodung. Foto: dpa

Beeindruckt Sie der Protest?

Ich liebe die Natur und gehe auch gerne im Wald spazieren. Für den Kohleausstieg zu demonstrieren, ist völlig in Ordnung. Wir müssen mittelfristig auf fossile Energieträger verzichten. Der Weg aus der Braunkohle ist aber längst beschlossen und unser Ausstieg hat längst begonnen. Wir haben das Ziel, die CO₂-Emissionen in der Energiewirtschaft bis 2030 um 61 Prozent zu reduzieren, längst akzeptiert. Das geht aber nur dann, wenn wir bis dahin 65 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien haben.

Haben Sie mit dem Widerstand gerechnet?

Das große Polizeiaufgebot wäre nicht erforderlich, wenn es bei den Protesten im Hambacher Forst nur um den Klimaschutz gehen würde. Wir haben es hier aber leider auch mit Straftätern aus der Linksautonomen Szene zu tun. Da wird nicht die Energiepolitik, sondern unsere demokratische Grundordnung in Frage gestellt.

Hat Sie der der tödliche Absturz im Forst berührt?

Das hat mich sehr betroffen gemacht. Ich hatte immer Angst, dass etwas passieren kann. Ich bin im Urlaub viel in den Bergen unterwegs und weiß, wie wichtig Eigensicherung ist.

Warum fällt es Ihnen so schwer, auf die Kohlegegner zuzugehen?

Das sehe ich anders. Wir haben ja ein Moratorium angeboten – unter der Bedingung, dass es danach keinen Protest gegen die Rodungen gibt. Das haben die Umweltverbände abgelehnt. Der Hambacher Forst ist nicht zu retten, egal was die Kommission entscheidet. Ein „rheinischer Kompromiss“ ist technisch nicht möglich.



Der RWE-Vorstandsvorsitzende Rolf Martin Schmitz. Foto: Max Grönert

RWE hat aber Flüsse und Autobahnen wie Spielzeug verschoben...

Ohne die Kohle aus Hambach steht der Betrieb still. Es gibt keine Chance, den Wald stehen zu lassen. Wir brauchen die Erdmassen unter dem Restwald, um die Böschungen stabil zu halten. Wir holen die Kohle aus 400 Meter Tiefe. Man kann nicht einfach steile Böschungen stehen lassen.

Sie haben also ein Kommunikationsproblem...

Ja, das muss ich aushalten. Im Kampf um die Rettung des Waldes ist jede Rationalität abhanden gekommen. Wir reden über 43.000 Bäume beziehungsweise 200 Hektar Wald. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es 900.000 Hektar Wald, und wir

selbst haben mehr als zehn Millionen Bäume auf der Sophienhöhe gepflanzt. Man darf auch nicht vergessen: die Kohle aus Hambach versorgt unsere modernsten Kraftwerke, mit der geringsten Luftbelastung.



Ein vom RWE Energiekonzern vor Helgoland betriebener Offshore-Windpark. Foto dpa

RWE behauptet, ein Abbaustopp in Hambach würde vier bis fünf Milliarden Euro kosten. Treiben Sie die Preise hoch, um möglichst hohe Ausgleichszahlungen zu bekommen?

Nein – wenn es nach uns geht, müssten solche Ausgleichszahlungen gar nicht erfolgen. Die Summe bezieht sich auf theoretische Kosten, die durch eine frühere Beendigung der Stromproduktion entstehen, die Kosten für den Umbau noch laufender Kraftwerke, die Renaturierung und das Personal.

War der Deal mit Eon ein willkommener Weg, diese belastete Sparte abzuspalten?

Nein, überhaupt nicht. Für uns war immer klar, dass unser Geschäft aus der Produktion von Strom besteht – und zwar aus

allem, was es nur gibt. Es war immer unser Ziel, auch ins Geschäft mit erneuerbaren Energien einzusteigen. Jetzt kümmern wir uns um die Energiewende und produzieren in den kommenden Jahrzehnten Strom möglichst CO₂-frei aus Wind, Sonne und Photovoltaik. Zudem sichern wir die Versorgungssicherheit in der Zukunft mit einfachen Gasturbinen, möglicherweise kommt der Strom dann auch aus Biomasse. Wir sind Vorreiter in der Transformation. Dass das im Moment nicht so wahrgenommen wird, ist schade. Man denkt bei RWE immer an Braunkohle, das muss sich ändern.

Stecken Sie tatsächlich genug Ressourcen in die Entwicklung der erneuerbaren Energien?

RWE hat bereits mehr als 13 Milliarden Euro investiert und wird künftig jedes Jahr 1,5 Milliarden für Erneuerbare in die Hand nehmen können. Aber wichtig ist auch der Netzausbau. Da kann ich den Wirtschaftsminister nur unterstützen. Wir hätten eine Kommission für den Netzausbau und die erneuerbaren Energien gebraucht, in der sich auch die Nicht-Regierungsorganisationen einbringen. Der Kohleausstieg kommt dann von selbst. Er ist zudem durch das Aus für die Kernenergie aufgehalten worden. Man hat durch die erneuerbaren Energien den CO₂-freien Strom aus Kernenergie ersetzt. Und wenn die Kernenergie 2022 komplett rausgeht, wird der CO₂-Ausstoß in Deutschland vermutlich sogar zunächst wieder steigen und erst bis zum Jahr 2030 deutlich runtergehen.

In welcher Position befindet sich RWE, wenn der verabredete Deal mit Eon und Innogy durch ist?

Wir werden auf einen Schlag Europas drittgrößter Ökostromproduzent. Wir brauchen diese Größe und dieses Investitionsvolumen auch, um die besten Einkaufsbedingungen zu

bekommen. Es ist gut, wenn ein deutsches Unternehmen sich in diesem Markt mit Spaniern und Italienern messen kann.

Wie fühlen Sie sich als Buhmann der Nation?

Ich fühle mich als jemand, der verantwortlich handelt und mit den Tatsachen berichtet. Es mag sein, dass viele jetzt gerne auf RWE draufhauen. Das hält mich aber nicht davon ab, meinen Überzeugungen treuzubleiben. Und ich hoffe weiter darauf, dass eine Versachlichung der Diskussion irgendwann fruchtet. Als beim Ausstieg aus der Kernenergie ein Konsens gefunden worden war, kehrte an der Protestfront gegen die Kernenergie Ruhe ein. Ich hoffe, dass eine Entscheidung der Kommission die gleiche Wirkung zeigt.

11:45 Uhr Polizei sieht sich bei der Räumung im „Endspurt“



In „Lorien“ gehen die Räumungsarbeiten weiter. Foto: Führer

Im Hambacher Forst steht die Polizei nach eigener Einschätzung vor einem baldigen Abschluss ihrer Räumungsarbeiten. „Wir sind im Endspurt“, sagte eine Sprecherin am Samstag in Aachen. Die Beamten kämen voran, die Lage sei ruhig.



Polizisten führen im Hambacher Forst einige der letzten verbliebenen Aktivisten ab. Foto dpa

Wann genau die letzten Bauten in den Bäumen beseitigt sind, könne aber noch nicht gesagt werden. „Wir wissen nicht, wie lange der Endspurt noch geht.“ Die Beamten hatten vor gut zwei Wochen mit einem massiven Aufgebot mit der Räumung begonnen. In dem Wald leben seit Jahren Umweltaktivisten, die gegen die geplante Abholzung durch den Energiekonzern RWE protestieren.

22.55 Uhr: RWE zeigt sich unbeeindruckt

RWE zeigte sich weiter unbeeindruckt von den Protesten. „Es gibt keine Chance, den Wald stehen zu lassen“, sagte RWE-Vorstandschef Rolf Martin Schmitz am Samstag. Eine Lösung, bei der ein Teil des Forsts stehen bleibe, sei technisch unmöglich. „Wir brauchen die Erdmassen unter dem Restwald, um die Böschungen stabil zu halten“, sagte Schmitz. „Der Hambacher Forst ist nicht zu retten, egal was die Kohlekommission entscheidet.“ Das Gremium soll bis Ende 2018 eine Strategie zum Ausstieg aus der Kohleverstromung entwickeln und Wege für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen aufzeigen.

Diese Äußerung wiederum rief Kopfschütteln bei Greenpeace hervor. RWE-Chef Schmitz sei „jedes Gespür für die Brisanz des Konflikts um den Hambacher Wald abhandengekommen“, monierte Greenpeace-Geschäftsführer und Kohlekommission-Mitglied Martin Kaiser. „Wenn Woche für Woche weniger Menschen akzeptieren, dass ein wertvoller Wald für klimaschädliche Braunkohle zerstört werden soll, dann muss RWE bereit sein, über Alternativen zu reden.“

Sonntag, 30. September

08:33 Uhr CDU-Innenminister will Grünen-Parteitag verlegen
NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die Grünen im Land dazu aufgerufen, ihren Parteitag nicht am Hambacher Forst abzuhalten. „Ich hoffe, dass sie diese Entscheidung noch einmal überdenken“, sagte Reul der „Rheinischen Post“ (Samstag).

Gleichzeitig kritisierte der Minister die Grünen scharf: „Das ist unverantwortlich. Sie gießen damit Öl ins Feuer. Die Grünen verlangen immer von der Polizei, zu deeskalieren. Und dann legen sie den Parteitag dorthin.“ Dafür fehle ihm jedes Verständnis. Außerdem stärke der Parteitag auch denjenigen den Rücken, die im Wald kriminell handelten.

Die Grünen in Nordrhein-Westfalen hatten ihren Landesparteitag mit zahlreichen Delegierten am 7. Oktober an den Hambacher Forst verlegt. Die Beratungen sollen demnach auf einem Grundstück des Umweltverbands BUND an der Abbaukante des benachbarten Tagebaus stattfinden.

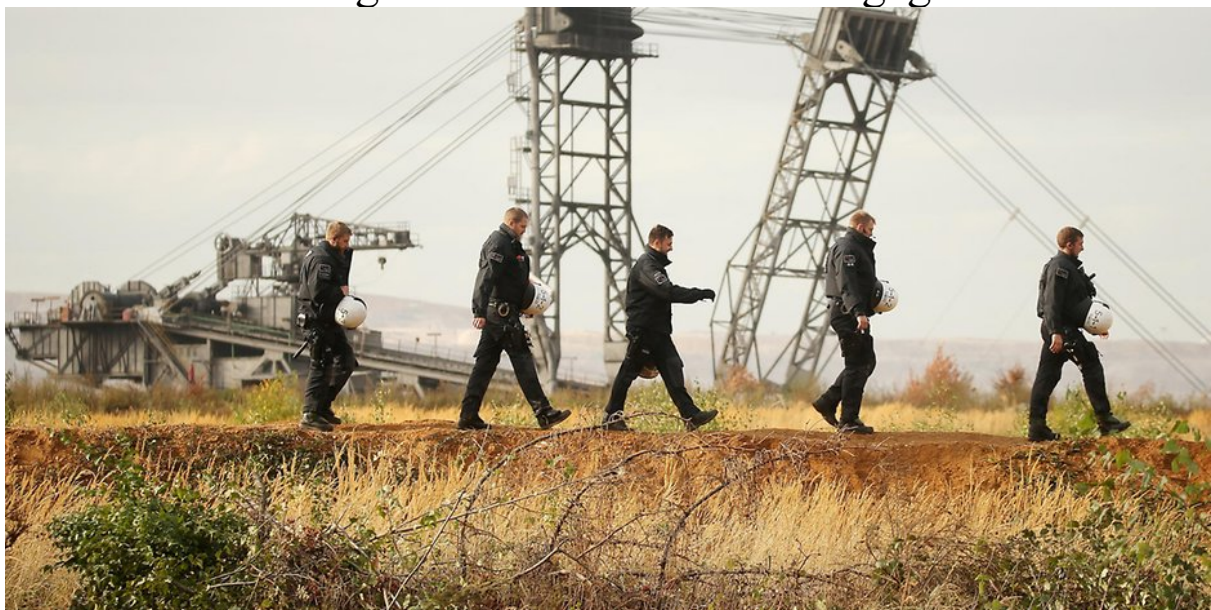
„Wir Grüne wollen ein Zeichen setzen und den friedlichen Protest unterstützen“, heißt es in der Einladung zum Parteitag.

11:22 Uhr 5000 Menschen werden zum Protestspaziergang erwartet

Etwa 5000 Menschen werden am Sonntag zum Protestspaziergang (11.30 Uhr) gegen die Rodung des Hambacher Forstes im Rheinischen Tagebaurevier erwartet. Sie protestieren gegen die geplante Abholzung eines großen Teil des restlichen uralten Waldes für den Braunkohletagebau Hambach.

Zu der Aktion eines Waldführers, die von Greenpeace unterstützt wird, kamen zuletzt nach Angaben des Veranstalters über 7000 Menschen. Erwartet wird der Autor und Förster Peter Wohlleben, der in seinem Bestseller „Das geheime Leben der Bäume“ den Wald erklärt. Angesagt hat sich auch Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter.

Die Räumung der Baumhütten im Hambacher Forst geht dem Ende entgegen. RWE will mehr die Hälfte des verblieben Waldes in diesem Herbst roden. Eigentlich könnte RWE schon ab dem 1. Oktober mit dem Abholzen beginnen. Aber wegen einer noch ausstehenden Entscheidung des Obergerichtes Münster zur Rechtmäßigkeit der Rodungen hatte der Konzern eine Stillhaltezusage bis zum 14. Oktober abgegeben.



Polizisten gehen am Hambacher Forst vor einem Braunkohlebagger des Tagebaus Hambach vorbei. Foto: dpa

13:30 Uhr Mehr als 10.000 Teilnehmer bei Waldspaziergang

Nach Angaben der Veranstalter nehmen am Sonntag mehr als 10.000 Demonstranten am Protestspaziergang durch den Hambacher Forst teil, unter ihnen auch viele Kinder. Damit ist die Aktion die bis jetzt größte Demo, die gegen die geplante Abholzung stattfindet. Die Polizei lässt die Menschen auf genehmigten Wegen passieren, alles läuft bis jetzt friedlich ab.

Der Umweltexperte und Buchautor Peter Wohlleben hat eindringlich vor der Abholzung des Hambacher Forsts zur Braunkohle-Förderung gewarnt. „Das ist einer der letzten wirklich alten deutschen Laubwälder, also letztlich unser Regenwald, der mit Volldampf abgeholzt werden soll“, sagte Wohlleben am Sonntag im Hambacher Forst der Deutschen Presse-Agentur. „Das wäre ein katastrophales Signal gegen den Klimaschutz.“ Nur noch 0,3 Prozent der deutschen Wälder seien wirklich intakte alte Laubwälder. Der 54-Jährige nahm an einer Demonstration von Umweltschützern und Aktivisten durch den Wald teil.



Mehr als 10.000 Menschen demonstrierten friedlich gegen die Abholzung des Hambacher Forst.
Foto Eric Lamparter

Von der Polizei gab es zunächst keine Teilnehmerzahlen. Da die Beamten mit der Protestveranstaltung beschäftigt waren, fuhren sie ihre Räumungsarbeiten am Sonntag vorerst runter.

14:45 Uhr Feuerwehr baut Stützpunkt nahe dem Hambacher Forst auf



Eine Interimswache wurde in den ehemaligen Räumen des Ford-Händlers „Auto Irnich“ eingerichtet. Foto Eva Müller

Vor knapp zwei Wochen begann die Polizei mit der Räumung des Hambacher Forstes, damit RWE die planmäßigen Rodungsarbeiten fortsetzen kann. Damit Feuerwehr und Rettungsdienst schnellstmöglich vor Ort sein können, wurde gleichzeitig eine Interimswache im nahegelegenen Manheim-Alt eingerichtet.

„Wenn wir gebraucht werden, sind wir innerhalb von zwei Minuten da“, erklärt Patrick Harzheim, Wehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Merzenich, bei einer Begehung der mobilen Wache. Sie befindet sich in den ehemaligen Räumlichkeiten des Ford-Händlers „Auto Irnich“, der mittlerweile nach Manheim Neu umgezogen ist. Wo einst Michael Schumacher an seinen ersten Karts schraubte, halten sich heute täglich rund 40 Einsatzkräfte bereit, falls es im Wald – im übertragenen Sinn – mal wieder brennt. „Ruckzuck“ sei die Interimswache auf die Beine

gestellt worden, so Stefan Peters, Pressesprecher der Feuerwehr Kerpen. Die Wache übernimmt die „nicht-polizeilichen“ Einsätze, dient der Gefahrenabwehr und beherbergt den Rettungsdienst inklusive Notarzt.

Eines macht die Feuerwehrleute besonders stolz: „Die interkommunal übergreifende Arbeit funktioniert reibungslos“, sagte Peters. Die Feuerwehren aus Kerpen und Merzenich, Bergheim, Bedburg, Brühl, Erftstadt, Elsdorf, Frechen, Hürth, Pulheim und Wesseling, Feuerwehren des Kreises Düren, die Feuerwehren Aachen und Köln sowie die Einsatzkräfte des Rettungsdienstes und der Grubenwehr aus Herne arbeiten Hand in Hand, um schnell eingreifen zu können. Wenn etwa Menschen aus Erdlöchern befreit werden müssten oder von einem Baum stürzten. Auch müsste mancher Arm- oder Beinbruch versorgt werden.

Pressesprecher Peters betont dabei: „Wir sind für jeden da, der in Not gerät. Dabei machen wir keine Unterschiede.“ Gleichgültig, ob RWE-Mitarbeiter, Aktivist oder Polizist. Die eigenen Kameraden seien bisher zum Glück unversehrt geblieben. Auch von den Aktivisten würden die Hilfskräfte nicht attackiert. Die Leute seien eher dankbar für die Anwesenheit der Feuerwehrmänner und des Rettungsdienstes. Auf ihrer Facebook-Seite appelliert die Feuerwehr Kerpen, eine „friedliche und ungefährliche Form der Meinungskundgebung zu wählen“.

Die meiste Zeit können wir nur warten und hoffen, dass nichts passiert

In der Interimswache halten sich die Rettungskräfte täglich von 8 bis 20 Uhr bereit. In den oberen Räumen stehen Feldbetten, damit sie sich zwischen ihren Einsätzen ausruhen können. Es gibt einen Besprechungsraum für die technische Einsatzleitung,

eine mobile Funkstation, einen Aufenthaltsraum mit Couch-ecke aus zweiter Hand. Warme Mahlzeiten werden dreimal täglich angeboten. An einer Tischtennisplatte können sich die Helfer die Wartezeit bis zum nächsten Einsatz vertreiben. „Die meiste Zeit können wir nur warten und hoffen, dass nichts passiert“, sagt Harzheim, der von einer gewissen Anspannung trotz guter Grundstimmung berichtet. Sein besonderer Dank gelte den vielen Ehrenamtlern, aber auch deren Arbeitgebern für die Freistellung.

Einen Blick in die Zukunft wollen die Feuerwehrmänner nicht wagen. „Da werden noch viele Entscheidungen fallen. Wir leben von Tag zu Tag. Wir sind nur die Helfer“, sagt Peters. „Wenn nur keinem mehr etwas passiert, dann ist alles gut“, betont Harzheim abschließend.

16:56 Uhr „Bäume sind keine Diener für uns“

Unglaublich viel Zulauf bekam der Waldspaziergang am Hambacher Forst. Waldführer Michael Zobel sagte: "Wir sind über 10.000 Menschen." Riesenjubiläum brach los. Polizeipressesprecher Andreas Müller wollte Zahlen am späten Nachmittag noch nicht bestätigen.

Fünf Meter hohe "Ents", das sind Waldführer aus Tolkiens Klassiker "Herr der Ringe", wurden von einem Stelzenläufer und zwei Puppenspielern bedient. Davor wiegte sich eine Waldelfe verführerisch mit ihrem Tambourin zu den Klängen eines Querflötenspielers. Die Bahn habe Sonderzüge eingesetzt, freute sich Andreas Büttgen von den Buirern für Buir, deshalb waren die vielen Tausend friedlichen Demonstranten pünktlich gegen Mittag am Kieswerk vor dem Wald.

Es wurde gesungen, eine phantastische Brassband unterhielt die Besucherströme aus Morschenich und Buir am Zusammen-

schluss vor dem Wald mit Blechbläsermusik. Ein Dudelsackpfeifer bahnte sich den Weg.

Förster und Bestsellerautor Peter Wohlleben aus Bonn sprach zu den Tausenden: "Bäume sind keine Diener für uns, sondern eigenständige Lebewesen - und zwar die größten Landlebewesen, die jemals gelebt haben. Es gibt viel zu wenige Waldhüter wie die Ents aus Herr der Ringe. Wir müssen die Bäume beschützen, denn wer den Hambacher Forst beschützt, der beschützt auch die Menschen.

Während des Spazierganges sagte Wohlleben zu dieser Zeitung auf die Frage, ob der Wald eigentlich nicht mehr zu retten sei, wie RWE behauptet: "Unter dem Wald wurde das Grundwasser einen halben Kilometer tief abgesenkt, dazu hatten wir einen trockenen Jahrhundertssommer und trotzdem sieht der Hambacher Wald gut aus. Er hält das aus. Die Böschung kann man ja wieder aufkippen, dann rutscht sie nicht ab. Wir sollten in Ruhe abwarten. Diese Hast von RWE ist verräterisch."

Der Grüne Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Anton Hofreiter, diskutierte mit Familien. Eine Vater aus Belgien war dabei und schüttelte Antje Grothus von den Buirern für Buir herzlich die Hand: "Es ist wichtig, was Sie in der Kohlekommission machen, auch für uns Menschen im Grenzgebiet." Ordnerbinden mussten auf die Schnelle noch hergestellt werden, damit der Waldspaziergang auch den Gesetzen entsprach. Es fanden sich genug, doch viel aufzupassen hatten sie nicht, denn der kilometerlange Zug der Familien, Musikanten, Verkleideten und zivilen Bürger setzte sich langsam in Gang und machte sich auf den Weg Richtung alte Autobahnauffahrt und anschließend durch den Wald ins ehemalige Oaktown. Auch der inzwischen "geräumte" österreichische Baumhausbewohner Clumsy, der seit über sechs Jahren im Wald lebt, nahm an dem Spaziergang teil.

Am Wegesrand wurde Geld gesammelt für ein neues Bündnis-
mobil, das Vorgängermodell war ein Opfer einer Brandstiftung
geworden vor einigen Wochen.

Polizeihubschrauber kreiste über den Spaziergängern

Ein Polizeihubschrauber kreiste über den Spaziergängern. Weil die Polizei den Wald zuletzt doch für zugänglich erklärt hatte, nahmen viele Besucher, die schon an zahlreichen Waldführungen teilgenommen hatte, direkten Kurs auf das Waldesinnere und schauten sich nach einer Kontrolle durch die Polizei die Orte der ehemaligen Baumhaussiedlungen zwischen den Baumriesen an. Die anderen bemühten sich, trotz der Menge auf den vorgeschriebenen Wegen zu bleiben.

"Klima-Anlage Wald" stand auf einem der zahlreichen Transparente und Plakatschilder. Zobel kritisierte die Rodungen und den Kohleabbau: "Wir müssen diesem Irrweg ein Ende machen." BUND-Landesgeschäftsführer Dirk Jansen freute sich: "Oma, Opa, Kind und Kegel sind hier. Das zeigt doch, dass der Klimaschutz, das Retten unserer natürlichen Lebensgrundlagen mittlerweile eine Bürgerbewegung geworden ist und nicht nur von "linken Spinnern" betrieben wird." Antje Grothus, Mitglied der Kohlekommission, lobte alle friedlichen Protestanten: "Wir wurden verunsichert, dass G-20-Chaoten unsere Dörfer verwüsten, nichts davon ist geschehen. Ich danke allen, die besonnen geblieben sind." Polizeisprecher Müller lobte auch: "Alles friedlich, völlig problemlos, keine Vorfälle."

Montag, 1. Oktober

06:00 Uhr 134 Festnahmen im Hambacher Forst seit Beginn der Räumung

Die Polizei hat am Wochenende die Untere Baubehörde im Rahmen der Vollzugshilfe weiter bei den Räumungsarbeiten im

Hambacher Forst unterstützt. Die Anzahl der geräumten und abgebauten Baumhäuser lag am Samstag bei 77.

Das seien aber noch nicht alle, sagte ein Pressesprecher, es würden auch wieder neue gebaut. Deshalb sei eine genaue Zahl nicht zu nennen.

Seit Beginn der Räumung hat die Polizei 763 Platzverweise und 41 Betretungsverbote ausgesprochen. In 437 Fällen musste die Polizei freiheitsentziehende Maßnahmen ergreifen. 134 Menschen wurden vorläufig festgenommen, 303 kamen kurzfristig in Polizeigewahrsam.

Nicht dienstfähig

Die bislang bekanntgegebene Anzahl verletzter Polizistinnen und Polizisten ist korrigiert worden.

Insgesamt sind während der Einsatzmaßnahmen 24 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verletzt worden. Worin der Fehler bei der Erfassung lag, wird derzeit noch geprüft.



Nico lebt erst seit einer Woche im Baumhaus. Er hofft, dass in den nächsten Tagen niemand verletzt wird. Foto Rupprecht

Die Anzahl der durch Fäkalienbewurf verletzten und teilweise dienstunfähigen Polizeibeamten hat sich nicht verändert. 51 Einsatzkräfte der Polizei waren betroffen, davon sind zwölf derzeit noch nicht wieder dienstfähig.

07:45 Uhr Räumung geht weiter

Im Braunkohlegebiet Hambacher Forst soll am Montag die Räumung des uralten Waldes fortgesetzt werden. Die Arbeiten waren am Sonntag wegen einer Demonstration auf dem Gelände zurückgefahren worden. Die Anti-Rodungs-Kundgebung sei ohne Probleme verlaufen, sagte eine Sprecherin der Polizei am Montagmorgen. Mehrere Tausend Menschen hätten friedlich gegen die Abholzung des Waldes demonstriert. Die Polizei werde nun mit der Räumung des Waldes fortfahren.

„Wir machen ganz normal weiter“, sagte die Sprecherin. Wann genau die letzten Bauten von Rodungsgegnern beseitigt seien, könne aber noch nicht gesagt werden. Nach Polizeiangaben vom Wochenende wurden bisher 77 Baumhäuser geräumt und entfernt. Es sei durchaus möglich, dass noch unentdeckte Hütten gefunden werden.

13:30 Uhr Mehr als 20.000 Teilnehmer bei Großdemonstration erwartet – Revolverheld tritt auf

Zu einer Protestaktion gegen die Rodungspläne des Energiekonzerns RWE am Hambacher Forst erwarten die Organisatoren am Wochenende mehr als 20.000 Menschen. Der Zuspruch sei immens, sagte Anmelder Uwe Hicksch von der Umweltorganisation Naturfreunde Deutschland am Montag in Köln. Er sprach von der wahrscheinlich größten Demonstrationen, die die Region je gesehen habe. „Wir hoffen, dass das Kleinkind im Kinderwagen genauso mit uns demonstriert wie beispielsweise die Oma mit dem Rollator“, sagte er.

Die Protestkundgebung soll am Samstag auf Feldern nahe der Waldgrenze stattfinden. Unter anderem soll auch die Band Revolverheld auftreten. Mehrere Organisationen, darunter Greenpeace und der Umweltverband BUND, wollen damit Druck auf RWE ausüben, auf die geplante weitere Rodung des Hambacher Forsts zu verzichten. Der Energiekonzern will unter dem Wald nach Braunkohle baggern. RWE sieht allerdings keine Spielräume mehr für einen Kompromiss mit Umweltschützern und Braunkohlegegnern.

Die Organisatoren der Protestaktion erwarten, dass auch viele der Teilnehmer durch den Wald gehen wollen – auch wenn es sich nicht um einen Demozug handelt. Man hoffe, dass die Polizei das ermöglichen werde, sagte Anmelder Hiks. Man gehe allein von 1000 bis 1500 Autos aus, die in die Region am Wald fahren werden. Hinzu kämen etliche Busse. „Was Gorleben für die Anti-Atom-Bewegung gewesen ist, das wird der Hambacher Wald immer mehr für die Anti-Kohle-Bewegung“, sagte Christoph Bautz vom Kampagnennetzwerk Campact.

19:46 Uhr Immer neue Baumhäuser entstehen

Im Hambacher Forst entstehen offensichtlich immer neue Baumhäuser von Rodungsgegnern. Die Polizei hat deshalb am Montag ein Camp von Rodungsgegnern am Rand des Forstes auf Baumaterial durchsucht. „Wir wollen überprüfen, wie der Materialfluss in den Wald kommt“, sagte ein Polizeisprecher. Bei Beginn der Räumarbeiten vor gut zwei Wochen war die Polizei von rund 60 Baumhäusern ausgegangen - bis zum späten Sonntagmittag wurden nach Polizeiangaben aber schon 77 geräumt und entfernt. Es entstünden offenbar immer neue. „Der Einsatz wird heute nicht beendet werden. Der wird sicher in den nächsten Tagen noch so weiterlaufen“, sagte ein Sprecher. Ein Aktivist wurde festgenommen, weil ein Haftbefehl vorlag. Nähere Angaben machte die Polizei dazu zunächst nicht.

Dienstag, 2. Oktober

10:26 Uhr Der Ausstieg darf nicht überhastet werden

Dass die Braunkohle ein Auslaufmodell ist, ist unstrittig. Die Frage ist nur, wie ein vernünftiger Ausstieg gelingen kann, ohne großen Schaden anzurichten. Fest steht: Die Schaufelradbagger im Revier dürfen nicht überhastet abgestellt werden. Das wäre für die Region und konkret für die Menschen sowie die Wirtschaft im Rhein-Erft-Kreis ein Desaster.

Neben den sicherlich begründeten Umwelt- und Klimaschutzgedanken darf der Blick auf die zehn Kommunen im Kreis nicht verloren gehen. Ein Strukturwandel kann nur gelingen, wenn drei Kriterien erfüllt sind: Man braucht Zeit, Geld und kluge Köpfe.

Unternehmen müssen in den Rhein-Erft-Kreis gelockt werde

Der Kreis und seine Bürger bringen gute Voraussetzungen zum Gelingen eines solchen Vorhabens mit. Die geografische Lage mit dem vorhandenen Straßen-, Autobahn-, Schienen- und Wasserwegenetz ist mit Ausnahme der derzeitigen Brückenproblematik gut.

Freiflächen für Gewerbe- und Industriegebiete in dem ländlich geprägten Kreis sind vorhanden oder könnten noch erschlossen werden. Jetzt muss es gelingen, Unternehmen den Rhein-Erft-Kreis schmackhaft zu machen und Firmen hierher zu locken.

Es sind Millionen nötig

Dafür sind Kontakte der gut vernetzten Politiker ebenso gefragt wie Fachleute, die Erfahrung mit strukturellen Veränderungen in anderen Regionen bereits gesammelt haben. Ein solcher

Umbruch gelingt nur, wenn genügend Zeit, und das heißt weit über 2030 hinaus, vorhanden ist. So lange müssen die Bagger zum einen für die gesicherte Stromversorgung und zum anderen für den Erhalt der Arbeitsplätze laufen.



Aus neun Blöcken besteht das Kraftwerk in Niederaußem, gestern wurden zwei davon stillgelegt. Foto: Fratz

Die Bundesregierung muss zig Millionen Euro an Steuergeld bereitstellen, um eine erfolgreiche Umsetzung zu ermöglichen. Der Zeitpunkt ist gut, denn die Kassen des Bundesfinanzministers sind voll.

Rhein-Erft-Kreis darf sich Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen nicht anschließen

Sollte ein Strukturwandel nicht gelingen, so stiegen die Arbeitslosigkeit und Kriminalität, Grund und Boden verlören immens an Wert sowie alle zehn Städte im Kreis an Attraktivität, die kaum noch zurückzuholen sein würde.

Die Arbeitslosenquote im Rhein-Erft-Kreis liegt derzeit bei 5,9 Prozent. Städte im Ruhrgebiet, in denen der Strukturwandel nicht optimal gelungen ist, haben heute Quoten die bei zehn (Dortmund), elf (Duisburg) oder 14 Prozent (Gelsenkirchen)

liegen. Eine solche Situation muss an Rhein und Erft verhindert werden.

Und eines sollte nicht vergessen werden: Wenn am Ende des Tages all diejenigen, die heute mit Sonderzügen anreisen, um für ein vergleichsweise kleines, wenn auch wertvolles Stück Wald kämpfen, wieder abgereist sind, werden all die Probleme, die sich bei einem übereilten Kohleausstieg auftäten, in der Region zurückbleiben.

12:00 Uhr Polizei wahrscheinlich auch nach Räumung im Hambacher Forst



Ein Aktivist wird abgeführt. Foto Wilfried Meisen

Die Polizei wird wohl auch nach dem Abschluss der Baumhaus-Räumungen im Hambacher Forst weiter vor Ort sein. „Dass es dann weiter eine Polizeipräsenz geben wird, diese Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch“, sagte eine Polizeisprecherin am Dienstag. Man könne nicht davon ausgehen, dass mit Abschluss der

Räumung absolute Ruhe herrsche. Die Zahl der Einsatzkräfte werde dann aber so weit wie möglich reduziert.

Wann die am 13. September begonnene Räumung von Hütten und Plattformen in den Bäumen für beendet erklärt werde, hänge nicht von der Polizei, sondern von den Baubehörden ab. Sie verwies darauf, dass die Polizei Vollzugshilfe leiste. Am Dienstagmorgen stand zunächst nur die Räumung einer Plattform an.

Eigentlich hätte RWE schon ab dem 1. Oktober mit dem Abholzen beginnen können. Aber wegen einer noch ausstehenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Rechtmäßigkeit der Rodungen hatte der Konzern eine Stillhaltezusage bis längstens 14. Oktober abgegeben.

12:30 Uhr Bahn verstärkt Zugverkehr wegen Großdemonstration

Laut WDR-Journalist Jürgen Döschner verstärkt die Bahn am Samstag wegen der Großdemonstration im Hambacher Forst ihren Takt. Der Zugverkehr der S-Bahn zum Bahnhof „Buir“ soll dann von 8 bis 19 Uhr im 20-Minuten-Takt laufen.

Bis zu 20.000 Demonstranten werden bei der Protestaktion erwartet, die auf Feldern nahe der Waldgrenze stattfinden soll. Unter anderem soll auch die Band Revolverheld auftreten.

12:50 Uhr Weiteres Unternehmen zieht Maschinen zurück

Nach der Firma Gerken zieht nun auch Boels Rental seine Maschinen aus dem Hambacher Forst zurück. Wie das Unternehmen in einer Pressemitteilung erklärt, hat es sich „aus Gründen der Sicherheit seiner Mitarbeiter“ für diesen Schritt entschieden. Boels werde seit einigen Tagen konfrontiert mit der „Bedrohung seines Personals, Beschmierungen von Gebäuden und

Beschädigungen von Firmeneigentum und Maschinen“. Zusätzlich hatte ein Brand in der Lagerhalle des Maschinen-Verleihers in Willich in der Nacht zu Montag den Staatsschutz auf den Plan gerufen. Ein politischer Hintergrund könne nicht ausgeschlossen werden, hieß es bei der Polizei.

Das niederländische Unternehmen lieferte nach eigenen Angaben einige Beleuchtungstürme und zwei kleine Geländefahrzeuge in den Hambacher Forst – allerdings keine Hebebühnen, betont Boels.

13:08 Uhr Polizei will Räumung beenden

Die Aachener Polizei geht davon aus, dass die Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst im Laufe des Dienstags beenden werden kann. Das bestätigte die Polizei unserer Zeitung. Die Beamten werden wohl aber auch nach dem Abschluss der Räumungen vor Ort bleiben.

14:22 Uhr RWE will Graben um Wald ziehen



Polizisten vor dem Tagebau Hambach. RWE will einen Graben um den Forst ziehen, sobald das letzte Baumhaus geräumt ist. Foto picture alliance/dpa

Nach der Räumung des letzten Baumhauses zieht der Energiekonzern RWE einen Draht und einen Graben um den Hambacher Forst. Die Arbeiten dazu hätten bereits begonnen, sagte RWE-Sprecher Guido Steffen am Dienstag. „Wir werden es nicht dulden, dass Leute – nachdem die Räumung ja offenbar heute abgeschlossen wird – da eindringen und den Wald wieder besetzen.“ RWE werde das mit Hilfe der Polizei durchsetzen. Das Unternehmen sei mitten in den Vorbereitungen zu den Rodungen. „Aber wir sagen nicht, wann wir beginnen“, sagte Steffen. Die Umfriedung ist nach einem früheren Gerichtsurteil Voraussetzung dafür, dass ein widerrechtliches Eindringen als Hausfriedensbruch geahndet werden kann.

14:36 Uhr Drohungen gegen Kran-Verleiher am Hambacher Forst: „Ihr werdet dafür büßen“

Im Kampf um den Hambacher Forst werden auch Unternehmen, die Kräne bereitstellen, zum Ziel. So seien Mitarbeiter massiv bedroht und eingeschüchtert worden. Eine Firma engagierte einen Sicherheitsdienst. Die Polizei ermittelt.

Die Unternehmer Terhoven (Namen geändert) aus dem Rheinland werden bedroht, weil ein Kran ihres Unternehmens im Hambacher Forst zur Räumung der Baumhäuser eingesetzt wird. „Die Polizei fährt aus Sicherheitsgründen an unseren Häusern und unserem Firmensitz Streife“, sagt Terhoven. „Zudem haben wir einen Sicherheitsdienst engagiert und die Türen zusätzlich geschützt, damit wir von keinem sogenannten Aktivisten überrascht werden können.“

Mit Beginn der Räumung habe alles angefangen. Zunächst seien die Mails und Anrufe noch freundlich, aber bestimmt gewesen. Aber nach dem tödlichen Unfall des 27-jährigen Journalisten habe sich das geändert. „Unsere Mitarbeiter und wir werden per Mail und am Telefon bedroht“, sagt Terhoven.

„Eine Drohung lautete zum Beispiel: Wenn ihr euren Kran nicht abzieht, werdet ihr dafür büßen.“

Seit Wochen werden Zulieferfirmen des Energiekonzerns RWE, die Kräne und Hebebühnen stellen, mutmaßlich von Linksextremisten bedroht und eingeschüchtert. Das Unternehmen Boels zog Maschinen aus dem Hambacher Forst ab, nachdem Unbekannte auf dem Firmengelände in Willich ein Feuer gelegt hatten. „Das geht für mich zu weit, sobald die Sicherheit meiner Mitarbeiter gefährdet wird, ziehe ich eine Linie“, sagte Geschäftsleiter Pierre Boels. Die Kriminalpolizei Mönchengladbach ermittelt.

Konkrete Hinweise, dass das Feuer von Linksextremisten gelegt worden sein könnte, hat die Polizei aber nicht. Wie die Firma Terhoven wurde auch Boels vor dem Brand massiv bedroht. Zudem seien Gebäude beschmiert und Firmeneigentum beschädigt worden. „Wir hoffen, dass die Situation nicht noch weiter eskaliert“, so Boels.

Als erstes hatte die Düsseldorfer Firma Gerken ihre Maschinen aus dem Hambacher Forst abgezogen – allerdings mit einer anderen Begründung. Der Arbeitsbühnen-Verleiher hatte erklärt, dass man mit der Vorgehensweise im Hambacher Forst absolut nicht einverstanden gewesen sei und man den Einsatz der Bühnen nicht rechtfertigen könne. Nach Informationen unserer Redaktion soll auch dieses Unternehmen bedroht worden sein. Dazu äußern will es sich nicht.

Die Firma Terhoven will ihren Kran dennoch nicht abziehen. „Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir bleiben standhaft und zeigen Flagge“, sagen die Unternehmer. „In einer Demokratie kann jeder seine Meinung haben. Das ist gut. Aber es kann nicht

sein, dass gegen uns und andere eine Hetzkampagne betrieben wird.“

Auch die Mitarbeiter von RWE werden massiv bedroht. In einer Drohmail heißt es etwa: „Ich habe eine Vision. Nachts fahre ich auf einer Straße und sehe im Straßengraben ein verunglücktes Auto. Sofort steige ich aus, um zu helfen. Da sehe ich, dass es sich um einen RWE-Dienstwagen handelt. Ich denke an die geplante Sauerei im Hambacher Forst und steige wieder in mein Auto und fahre weiter.“

Marcel Kaiser (Name geändert) ist Bergbauingenieur und RWE-Einsatzleiter im Hambacher Forst. Wie viele andere ist auch er schon mit Fäkalien übergossen worden. „Wir waren zu fünft und hatten uns mit Regenschirmen geschützt. Die ersten drei Eimer mit Fäkalien konnten wir abwehren, der vierte hat voll getroffen. Einer meiner Kollegen hat alles in den Kragen bekommen“, sagt Kaiser, der anonym bleiben möchte, weil er fürchte, abermals angegriffen zu werden. „Kollegen von mir wurden schon in ihrer Freizeit attackiert.“

RWE bestätigt die Vorfälle. „Partnerfirmen, die bei der Räumung im Einsatz waren, wurden teilweise massiv bedroht und beleidigt. Auch unsere Mitarbeiter erhalten Drohmails und werden mit übelsten Beleidigungen konfrontiert. Das alles hat mit friedlichen Protesten nichts zu tun. Das sind Straftaten, die wir nicht hinnehmen können“, sagt ein Konzernsprecher.

Wer hinter den Einschüchterungsversuchen steckt, ist nicht bekannt. Das Aktionsbündnis „Hambi bleibt“ hat nach eigenen Angaben nichts damit zu tun.

Die Polizei hat am Dienstag das letzte Baumhaus geräumt. Sie wird weiter Präsenz zeigen. Die Zahl der Einsatzkräfte werde

aber bis zum Beginn der Rodungen heruntergefahren. Flutlichter und Sicherheitszäune sollen verhindern, dass Gegenstände in den Wald gebracht und neue Baumhäuser gebaut werden.

Auf der Internetplattform Indymedia schreiben Unbekannte Sätze wie diese: „Hass und Gewalt gegen die Drecksbullen, gegen RWE und jeden anderen Großkonzern (...) Unsere Herzen brennen und unsere Mollis auch.“ RWE-Mitarbeiter haben nun auch wieder Flaschen gefunden, deren Inhalt nach Benzin gerochen haben soll.

16:05 Uhr Grüne sehen noch Chancen für Rettung

Die nordrhein-westfälischen Grünen sehen noch Chancen, den Hambacher Wald zu retten und auf weitere Umsiedlungen für den Tagebau Garzweiler II zu verzichten.

Zwar habe der Energiekonzern RWE die Rechtsgrundlage für die Rodungen und für den Kohleabbau, sagte Grünen-Landtagsfraktionschefin Monika Düker am Dienstag in Düsseldorf. „Es ist aber kein Zwang, das durchzusetzen.“ Die laufenden Beratungen der Bundes-Kommission für das Ende der Kohleverstromung in Deutschland machten neue Leitentscheidungen notwendig, sagte die Grünen-Politikerin.

In einem Antrag für die Landtagssitzungen in der kommenden Woche fordert die Fraktion die Landesregierung auf, Einfluss auf RWE zu nehmen, mindestens bis zum Abschluss der Kohlekommission auf eine Rodung des Hambacher Walds zu verzichten.

Gleichzeitig sei eine neue Leitentscheidung mit einer drastischen Reduzierung der Kohleförderung zur Einhaltung der Klimaziele vorzubereiten. RWE hat einen Verzicht allerdings schon ausgeschlossen und bereitet die Rodungen vor.

Wissenschaftlichen Studien zufolge könnte sich Deutschland ab 2030 sicher und kohlefrei mit Energie versorgen, argumentierte Düker. „Für die Tagebaue Garzweiler und Hambach würden diese Ausstiegsszenarien bedeuten, dass weniger als 20 Prozent der verfügbaren Fördermenge benötigt würde“, heißt es im Beschluss der Grünen-Fraktion.

„In der Folge müssten weder weitere Ortschaften umgesiedelt noch müsste der Hambacher Wald gerodet werden.“ Es gebe aber auch Studien, die zu anderen Ergebnissen kommen.

17:32 Uhr Letztes Baumhaus geräumt – RWE will Wald verbarrikadieren



Polizisten stehen vor einem Baumhaus im Hambacher Forst. Foto: dpa

Die Polizei hat das letzte Baumhaus von Kohlegegnern im Hambacher Forst geräumt. Das teilte am Dienstag eine Sprecherin der Polizei mit. Das NRW-Bauministerium hatte dem Kreis Düren und der Stadt Kerpen die Weisung erteilt, die Baumhäuser am Tagebau aus Sicherheitsgründen zu entfernen.

Mittwoch, 3. Oktober

12:45 Uhr Polizei reduziert Einsatzkräfte – RWE zieht Graben um Wald

Nach der Räumung des letzten Baumhauses im Hambacher Forst hat die Polizei die Einsatzkräfte in dem Waldstück am Braunkohletagebau stark zurückgefahren. Die Kräfte seien „drastisch reduziert“ worden, sagte ein Sprecher der Aachener Polizei am Mittwoch auf Anfrage. Die verbliebenen Polizisten würden zum Schutz des Personals des Energiekonzerns RWE eingesetzt. Die Lage im Wald sei ruhig, sagte ein RWE-Sprecher am Mittwoch.



Am Rand des Hambacher Forstes wurde als Abgrenzung ein Graben gegraben und ein Wall aufgeschüttet. Foto dpa

Nach knapp drei Wochen Großeinsatz mit mehreren Hundertschaften hatte die Polizei nach eigenen Angaben am Dienstag das letzte von 86 Baumhäusern der Umweltaktivisten geräumt und abgebaut. Der Wald-Eigentümer RWE bereitet jetzt die heftig umstrittene Rodung des gut 100 Hektar großen Gebietes vor. Der Forst wird laut RWE mit einem Graben sowie Seil und Flatterband umfriedet.

Die Rodungsarbeiten werden laut RWE nicht vor dem 14. Oktober beginnen. Den genauen Zeitplan teilte das Unternehmen allerdings nicht mit. RWE hatte wegen einer noch ausstehenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster eine Stillhalteusage bis Mitte Oktober abgegeben.

Donnerstag, 4. Oktober

12:32 Uhr Geplante Großdemonstration bisher ohne Kundgebungsort

Zwei Tage vor der geplanten Großdemonstration gegen die Rodungen im Hambacher Forst suchen die Organisatoren noch einen Kundgebungsort.

Weder der Energiekonzern RWE, der Eigentümer der Waldflächen ist, noch lokale Landwirte wollten Flächen zur Verfügung stellen, sagte ein BUND-Sprecher. Zu dem Protest an diesem Samstag werden über 20.000 Menschen erwartet.

Die Umweltverbände hätten einen ursprünglich geplanten Demo-Zug nach Gesprächen mit der Polizei bereits durch eine Standkundgebung ersetzt. Dafür habe die Polizei einen Acker von RWE empfohlen, den der Konzern aber nicht zur Verfügung stellen wollte. Nachdem auch Landwirte keine Äcker bereitstellen wollten, hätten die Verbände die Trasse der alten A 4 direkt am Hambacher Forst vorgeschlagen. Dies sei öffentliches Gelände.

RWE nahm zunächst keine Stellung, wollte sich aber später dazu äußern. „So oder so wird sich eine ziemlich große Karawane von Menschen am Samstag Richtung Hambacher Wald bewegen. Da ist es doch besser, wir bieten denen eine zentrale Kundgebung an als wenn die die ganze Gegend fluten“, sagte BUND-Sprecher Dirk Jansen.

16:00 Uhr Staatsschutz prüft nach Anschlag auf Kran-Firma Verbindung zu Rodungen

Nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Kranfirma prüft der Staatsschutz eine mögliche Verbindung zum Streit um den Hambacher Forst. Die Firma hatte nach eigenen Angaben in den vergangenen Tagen für die heftig umstrittenen Räumarbeiten im Hambacher Forst Maschinen bereitgestellt. Dort will der Energiekonzern Bäume fällen, um Braunkohle abzubauen. Die „Bild“ hatte zuvor berichtet.

Der Brand entstand an einem Autokran. Die Polizei fand am Tatort nach eigenen Angaben mehrere selbstgebaute Brandvorrichtungen. Sie geht von vorsätzlicher Brandstiftung aus. Laut Polizei wird die Echtheit eines Bekennerschreibens im Internet geprüft, in dem sich Unbekannte zu der Tat bekennen und einen Zusammenhang mit den geplanten Rodungen herstellen.

„Richtig ist, dass wir ein langjähriger Partner von RWE sind und zu dieser Partnerschaft stehen. Unsere Unterstützungsleistung bei den Räumungsarbeiten hatten wir schon vor einigen Tagen vereinbarungsgemäß beendet“, schreibt das Unternehmen auf seiner Internet-Seite. Das Unternehmen appellierte an alle Beteiligten, auf Gewalt zu verzichten und sich von Straftätern eindeutig zu distanzieren.

In einem anderen Fall hatte bereits ein Maschinen-Verleiher, der etwa Beleuchtungstürme für den Hambacher Forst geliefert hatte, nach einem Brand in seiner Niederlassung in Willich seine Maschinen zurückgezogen. Das Unternehmen berichtete in einer Erklärung auf der Internetseite auch von Bedrohung seines Personals, Beschmierungen von Gebäuden und Beschädigung von Firmeneigentum. „Die Sicherheit der Mitarbeiter wird ernsthaft gefährdet“, hatte das Unternehmen festgestellt.

22:30 Uhr Keine Genehmigung für Demo am Samstag – BUND will Rechtsmittel einlegen

Nach dem Verbot der für Samstag geplanten Demonstration von Umweltschützern am Hambacher Forst will der BUND Rechtsmittel dagegen einlegen. „Wir werden uns gegen diese empörende Einschränkung unseres Demonstrationsrechtes wehren“, sagte der Sprecher der Umweltschutzorganisation, Dirk Jansen, am Donnerstagabend auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. „Hier geht es darum, den friedlichen und gewaltlosen Protest auszubremsen.“ Es werde ein Eilantrag am Verwaltungsgericht Aachen und am Bundesverfassungsgericht gestellt.

„Wir sind sicher, dass am Samstag viele Tausende Menschen friedlich demonstrieren werden. Es macht sich schon eine ganze Karawane auf in Richtung Hambacher Wald“, sagte Jansen.

Die Aachener Polizei hatte am Donnerstagabend mitgeteilt, sie habe die Demonstration verboten. Zur Begründung hieß es, die Versammlungsfläche habe sich in den vergangenen Tagen immer wieder geändert, weil sich keiner der privaten Grundstückseigentümer bereit erklärt habe, eine Fläche zur Verfügung zu stellen. „Damit konnte auch die erforderliche Sicherheitskonzeption nicht zeitgerecht erstellt werden“, erklärte die Polizei. Der BUND wirft in einer Pressemitteilung den Behörden der Stadt Kerpen vor, die Demo verhindern zu wollen. Die Demo war auf der alten A4 angekündigt worden, schreibt der BUND auf seiner Webseite. Am Freitag um 11 Uhr will die Naturschutzorganisation Details zu dem geplanten Eilantrag veröffentlichen.

Freitag, 5. Oktober

08:00 Uhr Grüne und Linken kritisieren Demoabsage

Nachdem die Polizei aufgrund Sicherheitsbedenken die geplante Großdemo am Samstag verboten hatte, griffen die Grünen RWE an. „Rund um den Hambacher Wald gibt es riesige Flächen, auf denen jede noch so große Demonstration stattfinden kann. Doch alle diese Flächen gehören RWE“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Oliver Krischer. „Es ist ein Hohn, wenn RWE-Chef Rolf-Martin Schmitz friedlichen Protest gegen die Braunkohle ausdrücklich gutheißt, diesen dann aber im konkreten verhindert.“

Auch die Linke im Bundestag kritisierte die Entscheidung der Aachener Polizei. „Das Demonstrationsverbot ist eine undemokratische Schikane der Polizei Aachen, die Gründe sind vorgeschoben und werden einer richterlichen Prüfung nicht standhalten“, sagte Lorenz Gösta Beutin, Energie- und Klimapolitiker der Linken im Bundestag.

08:15 Uhr Kerpen-Buir richtet sich trotz Demo-Absage auf Proteste ein

Obwohl die Polizei der geplanten Großdemo am Hambacher Forst eine Absage erteilt hat, werden am Samstag (06.10.) in Kerpen-Buir Proteste erwartet. Die ansässigen Bewohner stellen sich auf ein turbulentes Wochenende ein.

Wolfgang Hartwig ist gewissermaßen der letzte Außenposten. Sein Haus ist das vorletzte an der Straße, dann beginnt das Feld. Und hinter dem Feld der Hambacher Forst. Sein Nachbar ist längst weggezogen, das Haus verrottet und vernagelt wie so viele im sterbenden Ort Morschenich, der – wie der Wald – dem Braunkohletagebau weichen soll.

Von Totenstille kann aber keine Rede sein, jedenfalls nicht in den vergangenen Wochen. Hartwig erzählt von nächtlichen Brüllereien, von Menschenmassen, die sich durch die sonst

stille Dorfstraße wälzen. Am Wochenende dürfte es besonders lebhaft werden, dann werden an die tausende Menschen erwartet, die für den Erhalt des Hambacher Forstes demonstrieren wollen – trotz Großdemo-Absage der Polizei.

Der Morschenicher bereitet sich – und vor allem seinen Vorgarten – auf den Ansturm vor. Er hat das kleine Stück Grün mit Flatterband eingezäunt, Schilder verbieten, den Rasen zu betreten. Einige Demonstranten hätten die Blumenzwiebeln, die seine Mutter gesetzt habe, plattgetreten. „Und das wollen Umweltschützer sein!“



Wolfgang Hartwig sperrt seinen Vorgarten mit Flatterband ab. Foto: Ulla Jürgensonn

Nicht spannungsfrei

Noch mehr Gedränge als vor Hartwigs Haustür dürfte am Samstag am Buirer Bahnhof herrschen. Der liegt an diesem

Donnerstagnachmittag ziemlich verlassen da, die Uhren stehen hartnäckig auf zwölf.

An einer Treppe hat jemand „Hambi“ und einen Pfeil nach links auf ein Schild gesprüht. Die Vorstellung, dass Tausende Menschen durch die engen Abgänge müssen, ist beklemmend. Aber es gibt noch mehr Wege vom Bahnhof in Richtung Forst.

Die Stimmung unter den Buirern scheint geteilt und durchaus nicht spannungsfrei. Viele möchten sich gar nicht äußern zum Thema Hambach, manch einer, der seine Meinung sagt, möchte dann doch lieber seinen Namen nicht nennen. „Ich will ja keinen Ärger hier im Dorf“, sagt eine Frau.

Elke Kaufmann hat damit kein Problem. Sie finde es gut, dass mittlerweile so viele, „ganz normale“ Menschen für den Erhalt des Waldes einträten, sagt sie. Der Chef der Tankstelle im Ort möchte seinen Namen nicht nennen. Für ihn dürfte der Ansturm am Wochenende ein gutes Geschäft werden, er hat vorsichtshalber schon mal reichlich Bier eingekauft und auch das Personal aufgestockt.

Mit Aktivisten und Demonstranten gebe es in der Regel keine Probleme, erzählt er, allenfalls machten sie mal ein paar „blöde Sprüche“, wenn Polizisten da seien. Allerdings müsse er schon mal länger lüften, wenn mehrere Waldbesetzer im Verkaufsraum gewesen seien. Ärger macht ihm nur der Müll: Viele der Menschen, die vorbeigingen, würfen Abfall in seinen Tonnen, und er müsse den auf eigenen Kosten entsorgen.

Mehr Brötchen über die Theke

Die Frau an der Kasse meldete schon Bedenken gegen die geplante Großdemo an. Ihr Mann müsse am Samstag nach Köln

zur Arbeit, aber vom Buirer Bahnhof komme er wohl nicht weg. „Dann muss ich ihn nach Horrem fahren – und wer ersetzt mir die Kosten?“



Vom Bahnhof führt nicht nur dieser eine Weg in Richtung Hambacher Forst. Foto: Ulla Jürgensonn

Das Café Schneider hat sich darauf eingestellt, dass am Samstag mehr Brötchen als sonst über die Theke gehen. Die beiden Verkäuferinnen halten sich mit einer Beurteilung der Lage zurück. Einen Kritikpunkt haben sie aber: Aktivistinnen hätten die Tür der Damentoilette mit Parolen beschmiert.

Michael Falkenberg, der gerade seine Einkäufe ins Auto räumt, denkt weniger an den Wald als an die Arbeitsplätze im Tagebau.

Sein Sohn arbeite da, erzählt er, und müsse sich mit Steinen bewerfen lassen. Ja, er habe Verständnis für die Protestierer: „Aber man muss doch anständig miteinander umgehen.“



Am Samstag werden sich hier Tausende drängeln. Michael Falkenberg ist nicht gut auf die Aktivisten zu sprechen. Sein Sohn arbeitet im Tagebau. Foto: Ulla Jürgensonn

10:43 Uhr Vorläufiger Rodungsstopp

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat einen vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst verfügt. Es dürfen auch keine Maßnahmen ergriffen werden, die darauf hinarbeiten. Die Richter entsprachen damit am Freitag in einem Eilverfahren dem Antrag des Umweltverbandes BUND.

Geschäftsführer Dirk Jansen vom BUND zeigt sich sehr zufrieden: „Das ist ein großer Erfolg unserer Bemühungen und eine Zäsur für NRW.“

Der BUND wollte mit der Klage erreichen, dass die Rodung komplett gestoppt wird. Er hatte argumentiert, dass der Wald mit seinem Bechsteinfledermaus-Vorkommen die Qualitäten eines europäischen FFH-Schutzgebietes habe und deshalb geschützt werden müsse. Das Gericht erklärte, die Unterlagen dazu umfassten mehrere Kisten, die Rechtsfragen seien so

komplex, dass man sie nicht in einem Eilverfahren beantworten könne. Die Rodung müsse vorerst gestoppt werden, damit keine „vollendete, nicht rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen“ würden, teilte das Gericht mit.

Unklar ist bislang, ob die Großdemo am Samstag stattfinden kann. Der BUND hatte nach dem Verbot am Donnerstagabend einen Eilantrag vor dem Aachener Verwaltungsgericht eingereicht, bis zum Mittag wird mit einer Entscheidung gerechnet.

Uwe Hixsch von den Naturfreunden Deutschlands zeigt sich zuversichtlich, dass die Demo stattfinden wird: „Wir gehen davon aus, dass wir vor Gericht Recht bekommen werden. Unsere Konzeption ist wasserdicht.“ Im Notfall würde man vor das Verfassungsgericht ziehen, kündigt Hixsch an.

11:24 Uhr Greenpeace spricht von „Meilenstein“

„Das ist eine Meilenstein für die Anti-Kohle-Bewegung und eine verdiente Atempause für den Hambacher Forst“, erklärt Martin Kaiser von Greenpeace zu dem vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst.

11:38 Uhr Wald soll nicht wiederbesetzt werden

Mit dem vorläufigen Rodungsstopp hofft BUND-Geschäftsführer Dirk Jansen, dass Ruhe einkehrt im Hambacher Forst. Dazu gehöre auch, dass er nicht wiederbesetzt werde, sondern sich erholen könne, sagte Jansen.



Habseligkeiten hängen von einem besetzten Baum im Hambacher Forst. Dirk Jansen vom BUND hofft, dass nach dem vorläufigen Rodungsstopp der Wald auch nicht mehr besetzt werde und er sich erholen könne. Foto picture alliance/dpa

11:42 Uhr Gericht erklärt Entscheidung

RWE hat nach Einschätzung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster die Notwendigkeit für die Versorgungssicherheit nicht belegt. Der Konzern und die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Behörde hätten nicht durch Tatsachen oder Unterlagen belegt, dass bei einem Rodungsstopp die Energieversorgung bundes- oder landesweit gefährdet sei, hieß es am Freitag in der Begründung der OVG-Entscheidung. RWE hatte die Rodungen zuvor stets als notwendig bezeichnet, um den Braunkohle-Tagebau fortzusetzen und die Energieversorgung sicherzustellen.

Daher sei es nicht gerechtfertigt, durch die Rodung vollendete Tatsachen zu schaffen, die zudem Belange des Gebiets- und Artenschutzes unwiderruflich beeinträchtigen könnten, stellte das Gericht fest.



Der Hambacher Forst hat einen Aufschub erhalten. Foto: picture alliance/dpa

12:05 Uhr Trotz Demo-Verbot viele Rodungsgegner erwartet

Die Polizei rechnet trotz des Demonstrations-Verbots am Samstag mit vielen Menschen am Hambacher Forst bei Kerpen. „Es hat eine so große Mobilisierung stattgefunden. Man muss ja auch nicht davon ausgehen, dass alle mitbekommen haben, dass die Polizei diese Demo verboten hat“, sagte Polizeisprecher Andreas Müller am Freitag. Die Polizei werde sich so aufstellen, dass sie mit einer größeren Lage und einer größeren Menschenmenge umgehen könne.

Braunkohlegegner machten deutlich, dass ein Verbot den Protest am Samstag nicht stoppen werde. „Die Herde ist schon losgelaufen: Ihr könnt uns nicht mehr stoppen. Wir kommen alle in den Hambacher Forst: Für Grundrechte, Kohleausstieg und damit der Hambis bleibt!“, twitterte beispielsweise das Aktionsbündnis „Ende Gelände“.

12:34 Uhr Politiker äußern sich

NRW-Innenminister Herbert Reul erklärte am Freitag: „Das ist eine überraschende Entscheidung für alle. Die Polizei hat die Häuser geräumt und den Wald gesichert. Wenn jetzt nicht gerodet wird, weiß ich nicht, ob die Polizei überhaupt noch und in welchem Maße zur Verfügung stehen muss.“

SPD-Landtagsabgeordneter Guido van den Berg betonte, dass sich „materiell“ durch die Entscheidung des OVG Münster nichts geändert habe: „Sie entspricht der Selbstverpflichtung des RWE-Konzerns, bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts Köln nicht zu roden. Das Hauptverfahren bleibt abzuwarten.“ Es sei das gute Recht des BUND, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, erklärte van den Berg.



Protest im Hambacher Forst. Am Freitag hat das OVG Münster die Rodung gestoppt – allerdings nur vorläufig.
Foto: picture alliance/dpa

Die NRW-Fraktionsvorsitzende der Grünen Monika Düker spricht von einer „schallenden Ohrfeige“: „Ohne die Gerichtsentscheidung abzuwarten, hat die Landesregierung in vorauseilendem Gehorsam und mit einer fadenscheinigen Begründung

die Rodung vorbereitet. Der Beschluss aus Münster ist somit auch eine schallende Ohrfeige für den Ministerpräsidenten. Spätestens ab heute kann sich Armin Laschet nicht weiter wegducken. Er muss jetzt dem Landtag und der Öffentlichkeit erklären, welche Konsequenzen er aus dem absehbaren Kohleausstieg für das Rheinische Revier zieht.“ Die Grünen hätten eine Aktuelle Stunde im Landtag zu dem Thema beantragt.

12:40 Uhr Gespanntes Warten auf Urteil zur Samstags-Demo

Im Aachener Polizeipräsidium warteten die Mitarbeiter am Freitagmittag gespannt auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Aachen, das über den Einspruch gegen die Absage der geplanten Großdemo entscheiden musste. „Alle wissen, dass wir eine demonstrationsfreundliche Behörde sind“, sagte eine Polizeisprecherin dieser Zeitung. Auch die Polizei wolle den Raum für friedlichen Protest bieten: „Wenn wir nicht diesem friedlichen Protest Raum geben, welchem denn sonst?“, sagte die Sprecherin am Mittag. Zuvor hatte der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach bereits erklärt: „Angesichts der hohen Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit bedauere ich, dass die gravierenden Sicherheitsbedenken der örtlichen Feuerwehren und Ordnungsbehörden uns keine andere Wahl gelassen haben, als die Versammlung zu verbieten.“

13:51 Uhr Wald bekommt Aufschub für Monate, wenn nicht sogar Jahre

Durch den vorläufigen Rodungsstopp ist der Hambacher Forst nach Einschätzung von Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser zumindest bis 2019 gerettet. „Die Gerichtsentscheidung von heute macht klar, dass in dieser Rodungssaison kein Baum im Hambacher Wald mehr fallen wird“, sagte Kaiser am Freitag der Deutschen Presse-Agentur. Die Rodungssaison dauert bis Frühjahr 2019.



Dirk Jansen (BUND NRW, l-r), Uwe Hixsch (NaturFreunde), Martin Kaiser (Greenpeace), und Christoph Bautz (Campact) bei der Pressekonferenz am Freitagvormittag. Foto picture alliance/dpa

Kaiser ist auch Mitglied der Kohlekommission. Es bestehe jetzt die Möglichkeit, den Hambacher Forst auch dauerhaft zu sichern als Teil des Kohleausstiegs.

Der Rechtsstreit um die Rodung des Hambacher Forsts könnte sich voraussichtlich über Monate oder Jahre hinziehen. „Wir können nicht davon ausgehen, dass wir in wenigen Wochen eine Entscheidung in diesem Verfahren bekommen werden“, sagte eine Sprecherin des Gerichts am Freitag. Selbst ein mehrjähriger Rechtsstreit lasse sich nicht ausschließen.

15:07 Uhr Laschet verteidigt Räumung

Nach dem gerichtlich verfügten Rodungsstopp im Hambacher Forst hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) die Akteure zu Gesprächen aufgefordert. „Rodungen wird es in absehbarer Zeit nicht geben, es ist jetzt der Raum

für Gespräche, und den sollten alle Beteiligten nutzen“, sagte Laschet am Freitag beim Luftfahrtgipfel in Hamburg. Es müsse ein Weg gefunden werden, die unterschiedlichen Interessen miteinander zu versöhnen.

Laschet bestritt, dass die Gerichtsentscheidung auch eine Niederlage für ihn persönlich sei. „Ich habe gar nichts unterstützt, sondern die Entscheidung, dass der Hambacher Forst fallen soll, ist eine Entscheidung aus 2016 der Vorgängerregierung aus SPD und Grünen. Wir haben immer gesagt, entscheidend ist, was das Gericht sagt.“ Der Regierungschef verteidigte auch die wochenlange kostspielige Räumung des Forstes und die Zerstörung der Baumhäuser von Aktivisten: „Die Räumung war richtig, weil rechtswidrige Zustände nicht geduldet werden“, sagte er. „Die Räumung hatte nichts mit der Rodung zu tun.“

15:25 Uhr RWE geht von Rodungsstopp bis 2020 aus – Gewinnwarnung ausgegeben



Der Hambacher Forst: Ihn wird es wohl noch eine Zeit lang geben. Foto picture alliance/dpa

RWE geht davon aus, dass „möglicherweise nicht vor Ende 2020“ eine Entscheidung gefällt werde. Das erklärt das Unternehmen in einer Pressemitteilung. Den wirtschaftlichen Schaden beziffert das Unternehmen „nach einer ersten Bewertung auf einen niedrigen dreistelligen Millionen Euro Betrag jährlich ab 2019“. RWE habe hierüber auch im Rahmen der Ad hoc-Publizitätspflicht den Kapitalmarkt in Kenntnis gesetzt.

15:30 Uhr Gericht kippt Demo-Verbot

Die für diesen Samstag geplante Großdemonstration von Braunkohlegegnern am Hambacher Forst darf trotz Sicherheitsbedenken der Polizei stattfinden. Das Verwaltungsgericht Aachen hat ein von der Polizei erlassenes Verbot am Freitag gekippt. Die Polizei kündigte an, die Entscheidung zu akzeptieren und nicht vor das Obergericht in Münster zu ziehen. Die Demo soll auf einer Ackerfläche in der Nähe des Waldes stattfinden. Zu der Demonstration werden am Samstag mehr als 20.000 Teilnehmer erwartet.

17:55 Uhr SPD-Politiker sieht nun doch „materielle Qualität“ bei Rodungsstopp-Entscheidung

Nachdem der SPD-Landtagsabgeordneter Guido van den Berg am Mittag erklärte, dass sich „materiell“ durch die Entscheidung des OVG Münster, die Rodungen vorerst zu stoppen, nichts geändert habe, erklärt er nun: „Nach genauer Analyse der OVG-Entscheidung muss ich meine erste Einschätzung revidieren: Die Entscheidung hat sehr wohl eine neue materielle Qualität und wird voraussichtlich zum Stillstand des Tagebaus Hambach führen. Die Folgen für die Mitarbeiter von RWE Power sind unabsehbar. Es steht zu befürchten, dass sich die Entscheidung auf alle bestehenden Tagebaue auswirken wird.“

Samstag, 6. Oktober

10:40 Uhr CDU-Politiker: „Haben Verantwortung“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Kippels aus Be-
dburg spricht am Samstagmorgen davon, dass man gewillt sei,
nun zu einem Dialog zu finden, was die Entwicklung am Ham-
bacher Forst angeht. „Rechtsstaatliche Verfahren muss man
respektieren, auch wenn einem das Ergebnis beim besten Wil-
len nicht gefällt“, sagt Kippels: „Wir haben Verantwortung für
die Unternehmen und die Menschen in der Region und müssen
deshalb zu einem Dialog finden, damit es nicht länger Sache
der Gerichte ist.“ Kippels warnt: „Die Entscheidung des Ge-
richts zum Rodungsstopp kann erhebliche wirtschaftliche Aus-
wirkungen haben.“ Man müsse jetzt mal voranschreiten.

FDP-Landtagsabgeordneter Ralph Bombis hat die Entschei-
dung vom Obergerverwaltungsgericht überrascht. „Bei allem Res-
pekt vor den Richtern, ich halte sie nicht für sachgerecht, weil
sie nicht die Belange des Reviers, des RWE-Konzerns und der
Mitarbeiter berücksichtigt“, sagt Bombis: „Die Folgen für die
Beschäftigten und die Versorgungssicherheit sind heute noch
nicht in Gänze abzuschätzen, werden aber gravierend sein. Der
Druck auf die Politik steigert sich enorm.“

10:50 Uhr Unterhalb der Gürtellinie



11:20 Uhr RWE steht nach dem Rodungsstopp vor einem Scherbenhaufen

Der Tag dürfte bei RWE als Schwarzer Freitag in die Historie eingehen. Wähte sich der Konzern in der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst nach dem Abschluss der wochenlangen Räumung zu Wochenbeginn noch als Sieger, stehen die Verantwortlichen nun vor einem Scherbenhaufen.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster, für den Forst einen vorläufigen Rodungsstopp zu verfügen, bedeutet für das Unternehmen einen finanziellen Tiefschlag. RWE reagierte geschockt, die Anleger schickten den Aktienkurs weiter auf Talfahrt.

Nachweise für Notwendigkeit der sofortigen Rodung fehlen

Insbesondere die Begründung des Gerichts lässt dabei aufhorchen: Weder RWE noch der Bezirksregierung Arnberg als zuständiger Bergbaubehörde sei es gelungen, den Nachweis zu führen, dass die sofortige Rodung im Interesse des Gemeinwohls notwendig sei, weil andernfalls die Energieversorgung nicht mehr gewährleistet wäre.

Dabei hatte der Konzern genau dieses Argument immer wieder angeführt: Werde die Kohle unter dem Wald nicht heraus gebaggert, könnten in Teilen des Landes die Lichter ausgehen, lautete das Mantra. Umso erstaunlicher, dass das Unternehmen allem Anschein nach die Beweise dafür schuldig blieb.

Nun ist RWE jedoch nicht der einzige Protagonist, dem Versäumnisse vorgeworfen werden können. Auch die Politik in Bund und Land hat es jahrelang versäumt, für klare Verhältnisse in der Energiepolitik zu sorgen. Und genau das hätten am Ende alle verdient: Sowohl die, die den Forst aus Sorge um das

Klima retten wollen; als auch die, die sich wegen des Gerichtsentscheids nun Sorgen um ihre Jobs machen.

12:35 Uhr Zugstrecke bei Horrem gesperrt – Großdemo läuft an

Weil sich offenbar Personen auf den Gleisen befinden, wurde die Zugstrecke bei Horrem gesperrt. Eine Augenzeugin berichtet, dass viele Menschen gestrandet sind und aktuell nicht wissen, wie es weitergeht. Laut Durchsage der Deutschen Bahn gibt es polizeiliche Ermittlungen. Daher verkehren zwischen Horrem und Buir aktuell keine Bahnen. Außerdem staut sich der Verkehr auf der Autobahn 4 rund um Düren.



Demo am Hambacher Forst. Foto AFP

Wir brauchen mehr Busse in Horrem für #Hambi. @DB_Bahn
pic.twitter.com/BdudnlCpbu

— Ben Utzer (@utzer) October 6, 2018

Die für Samstag angekündigte Großdemo am Hambacher Forst ist derweil gestartet. Sie war Donnerstagabend untersagt worden, ein Gericht kippte gestern diese Entscheidung.

13:53 Uhr 20.000 Menschen bei Demo – Polizei sperrt Kreuz Kerpen

Die Polizei hat auf den Andrang zur Demonstration im Hambacher Forst reagiert und das Kreuz Kerpen auf der Autobahn 4 gesperrt. Unser Reporter Manfred Funken ist vor Ort und beschreibt die Lage: „Nach Angaben des Veranstalters feiern am Hambacher Forst mehr als 20.000 Menschen. Immer noch kommen weitere Demonstranten an, die aufgrund einer weiträumigen Absperrung durch die Polizei einen mindestens 5 Kilometer langen Fußmarsch auf sich nehmen müssen. Die Veranstaltung verläuft bisher ohne Zwischenfälle.“

Die Aktivisten von "Ende Gelände" haben außerdem angekündigt, wieder neue Baumhäuser zu bauen und mit Baggerbesetzungen den Tagebau stilllegen zu wollen.

14:17 Uhr Veranstalter spricht von 50.000 Teilnehmern

Der Veranstalter hat die Zahl der Demonstranten nach oben korrigiert und spricht inzwischen von rund 50.000 Teilnehmern. Nach Einschätzungen unseres Reporters vor Ort etwas viel. Aber es kommen quasi minütlich neue Demonstranten dazu.

14:23 Uhr 50.000 demonstrieren am Hambacher Wald für schnellen Kohleausstieg - Gemeinsame Pressemitteilung von Initiative Buirer für Buir, BUND, Campact, Greenpeace, Natur-Freunde- Deutschlands

50.000 Menschen demonstrieren heute am Hambacher Wald friedlich für einen schnellen Kohleausstieg und gegen die Zerstörung des Waldes. Es ist die bislang größte Anti-Kohle-Demonstration im Rheinischen Revier. Wegen Staus und Überlastung der Bahn kam es zu Verzögerungen bei der Anreise. Noch bis zum späten Nachmittag werden tausende Menschen am Wald ankommen.

Die Veranstalter der Großdemonstration, die Initiative Buirer für Buir, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, Greenpeace und die Natur Freunde Deutschlands, forderten gemeinsam mit den Teilnehmern von der Bundesregierung einen zügigen Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle und von dem Energiekonzern RWE einen Komplettverzicht auf die geplante Rodung des Hambacher Waldes. Noch gestern musste das Demo-Bündnis die Genehmigung für die Kundgebung mit einem Eilantrag gerichtlich einklagen.

Die Demonstration verlief wie die überwiegende Mehrheit der Proteste rund um den Hambacher Wald friedlich, viele Familien mit Kindern waren gekommen. Bekannte Künstler wie die Band Revolverheld unterstützten die Großdemonstration.

Auch online sprechen sich immer mehr Menschen für entschlossenen Klimaschutz und gegen die Abholzung des Waldes aus. Mehr als 800.000 Menschen unterstützen bereits den Online-Appell "Hambacher Wald: Retten statt roden".

ZITATE der Redner/innen:

Buirer für Buir:

Antje Grothus, Initiative Buirer für Buir: "Gerichte müssen durchsetzen, was eigentlich Aufgabe der Politik ist, nämlich wertvolle Natur zu schützen vor den rücksichtslosen und rechtswidrigen Plänen eines Energiekonzerns. Die Sturheit von RWEs Kohlepolitik und der Beistand der Landesregierung haben Deutschland international blamiert. Jetzt muss die Bundesregierung die letzten Reste des deutschen Klimarufs retten und den Kohleausstieg sehr ambitioniert angehen."

BUND-Vorsitzender Hubert Weiger:

"Wir haben heute ein starkes Signal der Zivilgesellschaft für einen schnellen Kohleausstieg gesendet. Trotz aller Versuche von RWE und der NRW-Landesregierung den Protest unmöglich zu machen, haben sich Tausende für mehr Klimaschutz stark gemacht. Jetzt gibt es ein Zeitfenster in der Kohlekommission, einen großen gesellschaftlichen Kompromiss für den schnellen Kohleausstieg und für zukunftsfähige Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu verhandeln."

Geschäftsführender Vorstand Campact:

Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand von Campact: "RWE und die Regierung Laschet haben mit ihrer Ignoranz und Arroganz im Hambacher Wald eine krachende Niederlage erlitten - ein riesiger Erfolg für die Klimaschutz-Bewegung. Doch das war erst der Auftakt: Noch nie haben so viele Menschen für den Ausstieg aus dem Klimakiller Braunkohle demonstriert. Jetzt lassen wir nicht mehr locker, bis die Bagger endlich stillstehen und die Schloten nicht mehr rauchen."

Greenpeace Geschäftsführer:

Martin Kaiser, Greenpeace-Geschäftsführer: "Dieser Tag zeigt, wie stark die Klimabewegung inzwischen geworden ist. Sie hat RWEs rücksichtslose Kohlepläne gestoppt und sendet damit ein klares Signal Richtung Berlin: Hunderttausende Menschen wollen, dass der Ausstieg aus der Kohle schon heute beginnt. Kein Wald, kein Dorf, keine Kirche dürfen mehr für klimaschädliche Kohle geopfert werden. Nun kann die Kohlekommission endlich ohne RWEs Störfeuer an ihrem Auftrag arbeiten. Sie muss bis Ende des Jahres einen Plan vorlegen, wie Deutschland seine Energieversorgung schnell genug modernisiert, um die Pariser

Klimaziele zu erreichen und den Menschen in den Revieren dabei eine Zukunftsperspektive zu bieten."

Natur Freunde Deutschland:

Michael Müller, Bundesvorsitzender der Natur Freunde Deutschlands: "Es geht hier um viel mehr als allein den Hambacher Wald. Wir brauchen den schnellen Kohleausstieg und insgesamt das Ende des fossilen Zeitalters, denn die Menschheit ist auf dem Weg in die ökologische Selbstvernichtung. Niemand kann die Gesetze der Natur ignorieren. In der Kohlekommission darf es bei den Ausstiegsfristen nicht um irgendeinen Deal gehen. Im Klimaschutz muss das Notwendige und nicht nur das scheinbar Mögliche getan werden."

15:20 Uhr A4 zwischen Kerpen und Düren komplett gesperrt

Aufgrund der Demonstration am Hambacher Forst hat die Polizei die A4 zwischen Kerpen und Düren komplett gesperrt. Es kommt zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Wenn möglich, sollten Autofahrer den Bereich weitgehend umfahren.

15:45 Uhr Immer mehr Teilnehmer strömen auf das Feld

Auch am späten Nachmittag kommen noch immer neue Demonstranten dazu. Unser Reporter vor Ort ist sich inzwischen sicher: Die Zahl von 50.000 Teilnehmern stimmt. Ein älterer Demonstrant habe ihm gerade gesagt: „Dagegen ist Woodstock ein Zeltlager.“

Die Menschen würden teilweise zehn Kilometer weit laufen, um zur Demonstration zu gelangen. Durch Autobahn- und Bahnabschnittssperrungen können viele nicht näher ran und gehen zu Fuß.



Die Band Revolverheld spielt während der Demonstration am Hambacher Forst.
Foto: Ralph Jansen

16:07 Uhr Zehntausende demonstrieren friedlich gegen Rodung
Von der größten Demonstration, die das Rheinische Braunkohlerevier je gesehen hat, sprechen die Veranstalter. Die Polizei hielt sich zurück und ließ die Protestler auch in den Wald.

An der Demonstration am Hambacher Forst haben nach Angaben der Veranstalter am Samstag 50.000 Menschen teilgenommen. „Es ist die mit Abstand größte Demo, die das Rheinische Braunkohlerevier je gesehen hat“, sagte Dirk Jansen, Geschäftsführer des BUND Nordrhein-Westfalen. Die Polizei wollte keine Angaben zur Teilnehmerzahl machen. Die Kundgebung sei friedlich verlaufen, sagte eine Polizeisprecherin.

Viele tausend Demonstranten liefen am Nachmittag auch in den Wald, was nach dem Ende der Räumungsarbeiten der Polizei nicht länger verboten ist. Allerdings dürften keine neuen Baumhäuser gebaut werden, sagte die Polizeisprecherin. Eine Sprecherin von „Ende Gelände“ bestritt, dass ihre Aktivistengruppe neue Baumhäuser bauen wolle.



50.000 Teilnehmer sollen zur Demo gekommen sein. Foto: dpa

Unter wolkenlosem Himmel herrschte entspannte Festivalatmosphäre, die Polizei zeigte anders als in den vergangenen Wochen nur zurückhaltend Präsenz. „Hier sind wirklich Tausende unterwegs, die noch einmal ein deutliches Zeichen setzen wollen“, sagte Greenpeace-Chef Martin Kaiser der Deutschen Presse-Agentur.

Die Demonstration war von der Polizei zunächst wegen Sicherheitsbedenken verboten worden. Das Verwaltungsgericht Aachen hob das Verbot jedoch auf. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte am Freitag einen vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst verfügt. Der Energiekonzern RWE wollte in den kommenden Monaten mehr als die Hälfte des verbliebenen alten Waldes fällen, um dort Braunkohle abbauen zu können.

Bei der Demonstration gehe es aber um viel mehr, sagte Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands. „Es geht um die Frage, ob wir die ökologische Selbstvernichtung der Menschheit verhindern können oder nicht. Wir wollen nicht nur den Kohleausstieg, sondern auch raus aus Öl und Gas.“ Es dürfe nicht sein, dass in ein paar Jahrzehnten gesagt werde: „Wir wussten, dass der Mensch den Klimawandel verursacht, aber wir haben nicht gehandelt.“

Die Gerichtsentscheidung vom Freitag sei „Rückenwind für die Arbeit in der Kohlekommission“, sagte Greenpeace-Chef Kaiser, der selbst Mitglied der Kohlekommission ist. „Wir haben in den letzten Wochen und Monaten einen friedlichen und bürgerlichen Protest gesehen, der immer, immer größer wurde.“ Dies habe einerseits an den Provokationen von RWE gelegen, aber auch am Verhalten der Politik. Die NRW-Landesregierung habe den Konflikt „eigentlich noch geschürt, anstatt ihn zu moderieren und eine tragfähige Lösung zu finden“.

An der Demonstration am Saum des Hambacher Forstes beteiligten sich am Samstag auch Bauern aus dem Rheinischen Tagebaurevier. Sie fuhren mit ihren Traktoren laut hupend und unter Beifall von Demonstranten an dem Protest-Gelände vorbei. „Energiewende! Stoppt Braunkohle“ stand auf Plakaten oder „Bauern gegen Kohle“.

Trotz des Rodungsstopps im Hambacher Forst wollen die NRW-Grünen dort am Sonntag ihren Landesparteitag abhalten. „Selbstverständlich, unser Parteitag morgen wird stattfinden“, sagte die Landesvorsitzende Mona Neubaur am Samstag in der WDR-Sendung „Morgenecho“. „Die Luft ist für uns als Grüne noch nicht raus, weil wir von Anfang an gesagt haben: Wir wollen genau auf diesem Parteitag darüber diskutieren: Was eigentlich müssen wir in NRW organisieren an Energiepolitik für die

Zeit nach der Braunkohle? Insofern passt es besser denn je, dass wir da morgen vor Ort debattieren.“ Dabei würden die Delegierten auch besprechen, wie es für die Menschen in der Region künftig weitergehen solle und welche neuen Arbeitsplätze dort geschaffen werden könnten. „Man muss jetzt den Übergang gestalten“, sagte Neubaur.

Die Richter ordneten am Freitag einen vorläufigen Rodungsstopp an, bis über eine Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz gegen die Rodungen entschieden ist. Bis dahin dürfe RWE keine vollendeten Tatsachen schaffen. Nach Einschätzung von RWE könnte das möglicherweise bis Ende 2020 dauern. Das Unternehmen rechnet deshalb jährlich mit hohen Millionenverlusten.

RWE und die zuständige Bezirksregierung hätten nicht belegt, dass die sofortige Abholzung im Interesse des Gemeinwohls notwendig sei, weil anderenfalls die Energieversorgung bundes- oder landesweit nicht mehr gewährleistet wäre, hatten die Richter festgestellt. Außerdem seien die Rechtsfragen so komplex, dass man sie nicht in einem Eilverfahren beantworten könne. Der BUND hatte argumentiert, dass der Wald mit seinem Bechsteinfledermaus-Vorkommen die Qualitäten eines europäischen FFH-Schutzgebietes habe und deshalb geschützt werden müsse.

17:30 Uhr Gigantischer Andrang am Hambacher Forst

Der Andrang, der heute bei der Demonstration zur Erhaltung des Hambacher Forstes geherrscht hat, war wirklich außergewöhnlich. Mehrere hundert Reisebusse aus ganz Deutschland, darunter aus Bayern, Hessen, dem Saarland, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin und mehr, aber auch aus Polen, Holland und sogar einer aus Griechenland sind rund um den Forst geparkt.

18:10 Uhr A4 wieder freigegeben - Kilometerlanger Stau

Die Autobahn 4 zwischen Kerpen und Düren ist mittlerweile wieder freigegeben. Der Verkehr staut sich allerdings noch mehrere Kilometer lang in beide Richtungen.

18:35 Uhr Demo löst sich zügig auf

Laut Auskunft der Pressestelle des Polizeipräsidiums Aachen löst sich die Demonstration jetzt zügig auf. Die Veranstaltung ist bisher ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Polizei nennt das Verhalten der Teilnehmer "vorbildlich".

20:30 Uhr Grünen-Parteitag am Hambacher Forst am Sonntag

Die nordrhein-westfälischen Grünen treffen sich am Sonntag (12.00 Uhr) zu einem kleinen Parteitag am Hambacher Forst in Kerpen. Etwa 80 Delegierte beraten nach Parteiangaben einen Antrag des Landesvorstands für eine neue Energiepolitik in NRW. Die Teilnehmer tagen auf einem Grundstück des Bundes für Umwelt und Naturschutz an der Abbaukante des Braunkohle Tagebaus. Das Gelände bietet Platz für ein Veranstaltungszelt. Heizung und Strom gibt es demnach nicht. Etwa zwei Stunden sind für Debatte und Abstimmung eingeplant.

Insgesamt erwarten die NRW-Grünen 200 Teilnehmer. Außer den Delegierten kommen auch Gäste sowie Abgeordnete des Bundes- und Landtags. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte die Grünen für die Wahl des Veranstaltungsortes kritisiert. Er hatte der Partei vorgeworfen, im Streit um die Abholzung des Hambacher Forsts für die Braunkohle „Öl ins Feuer zu gießen“. Am Freitag hatte das Oberverwaltungsgericht in Münster einen vorläufigen Rodungsstopp in dem Wald verfügt.

Sonntag, 7. Oktober

12:00 Uhr Grünen Parteitag am Hambacher Forst

Heute findet ein kleiner Parteitag der nordrhein-westfälischen Grünen am Hambacher Forst statt.

Gleich beginnt unser kleiner Parteitag am [#HambacherWald](#). Mit einer klaren Message: Es gibt keinen Planeten B!

12:45 Uhr Aktivisten bauen neue Baumhäuser



Aktivisten bauen neue Baumhäuser. Foto dpa

Klimaaktivisten haben am Sonntag im Hambacher Forst mit dem Bau neuer Baumhäuser begonnen. Gut 100 Braunkohle-Gegner hätten dort in Zelten übernachtet und seien jetzt mit Bauen und Sägen beschäftigt, berichtete eine dpa-Reporterin. Auch schleppten sie Baumstämme. Auf einem Transparent stand: „Climate Justice Now! #Hambibleibt“.

Die Aktivistengruppe „Ende Gelände“ hatte am Samstag zum Bau neuer Baumhäuser aufgerufen. Bis Dienstag hatte die Polizei mit Millionenaufwand 86 Baumhäuser abgebaut. Neue Barrikaden aus Ästen wurden schon am Samstag wiedererrichtet, an Bäumen hingen Seile und Hängematten.

13:30 Uhr Rund 1.300 Menschen beim Waldspaziergang

Aktuell sind 1.400 Menschen zum Waldspaziergang mit Michael Zobel und Eva Töller gekommen. Darunter sind viele Familien mit Kindern und Hunden. Einige Teilnehmende bringen Bäume, Fahnen und Plakate mit. Drei Stelzenläufer sind als Waldfeen und Waldelfen verkleidet.



Liedermacher Bodo Wartke gab an der ehemaligen Autobahnabfahrt Buir ein Konzert, er war eigens aus Berlin angereist. Foto Ralph Jansen

In den Waldspaziergang wird heute ein Konzert von Bodo Wartke integriert. Auf der alten Landstraße, die durch den Rest des Waldes führt, ist eine Open-Air-Bühne aufgebaut, um die Freigabe dieser Straße zu feiern.

Alle freuen sich über das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes. Doch Michael Zobel betont bei seiner Ansprache, dass man wachsam bleiben müsse und noch nicht gewonnen habe.

15:45 Uhr Innenminister kündigt Abzug der Polizei an

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) hat für Montagmorgen den Abzug der Polizei aus dem Hambacher Forst angekündigt. „Mit der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster ist die Rodung des Hambacher Forstes mindestens für die kommenden zwei Jahre vom Tisch“, teilte er am Sonntag in Düsseldorf mit. „Ich finde, es ist jetzt an der Zeit, dass im Wald Ruhe, Ordnung und Frieden einkehren. Die Polizei wird ihren Teil dazu beitragen und die Hundertschaften bereits morgen früh aus dem Hambacher Forst abziehen.“

Er hoffe sehr, dass die Umweltschützer dies nicht dazu nutzen, erneut Baumhäuser und Barrikaden zu errichten. Das wäre widerrechtlich. „Wenn das passiert, wird dieser Wald nie zu Ruhe kommen“, sagte Reul. Er hoffe, dass bürgerliche Umweltschützer hier mäßigend auf diejenigen einwirkten, die gewaltbereit seien.

16:15 Uhr Verschiedene Aktionen beim Waldspaziergang

Die 1400 am Waldspaziergang des Aachener Pädagogen Michael Zobel teilnehmenden Menschen wurden teil verschiedener Aktionen. Der Chor Lebenslaute sang begleitet von Polizei auf den Schienen der Hambach-Bahn und später im Hambacher Forst. Der Pianist Peter Weiss gab eigens für die Polizisten auf seinem weißen Piano ein kleines Wunschkonzert vor dem Hambacher Wald. Und auch Zobel richtete freundliche Worte an die Beamten: „Die Lage zwischen uns und der Polizei ist entspannt, aber die Polizei ist hier im Wald seit Wochen missbraucht worden von der Politik.“

Im Mittelpunkt des Spazierganges stand aber der Auftritt des Berliner Liedermachers Bodo Wartke, der dem Hambacher Wald ein eigenes Lied gewidmet hat und eigens aus Berlin angereist war. Waldführer Zobel warnte jedoch bei aller Freude

über den Rodungsstopp vor zu viel Optimismus: „Wir dürfen uns nicht einlullen lassen durch die jüngsten Gerichtsurteile. Ich habe gehört, dass die Wiese am Hambacher Forst bald geräumt werden soll. Auch in Morschenich sollen Bäume gefällt werden.“



Stelzenläufer führten die Teilnehmer am Waldspaziergang um und in den Wald. Foto Ralph Jansen

Dennoch überwog die Freude bei den angereisten Teilnehmern. Etwas mehr als die Hälfte der 1400 Menschen war zum ersten Mal in Hambach dabei. Drei spektakulär kostümierte Waldelfen auf Stelzen führte die Menge in Richtung Wald. Dort sind inzwischen wieder Äste auf die mit Kies für die vielen Spezialfahrzeuge verbreiterten und planierten Wege gelegt worden. Zobels Kommentar dazu: „die Wege sind nicht mehr frei und nicht mehr befahrbar, und das ist gut so. Seid auch Ihr bitte vorsichtig, damit wir dem Wald nicht noch mehr Schaden zufügen.“

22:45 Uhr Anne Will: "Wald oder Kohle? Streit um den Hambacher Forst!"

Der Streit um den Hambacher Forst sorgt aktuell für hitzige Debatten zwischen Umweltschützern und Braunkohle-Unterstützern. Auch bei Anne Will zofften sich die Gäste emotional. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) platzte nach Vorwürfen einer Aktivistin fast der Kragen.

Seit Wochen ist die Polizei im Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen im Dauereinsatz. Kohlegegner wollen die Abholzung der letzten 100 Hektar des Waldstücks unbedingt verhindern, die Polizei hat schon 86 Baumhäuser abgebaut.

Eine Großdemonstration von Kohlegegnern besuchten am Wochenende nach Angaben der Veranstalter bis zu 50.000 Menschen. Den vorläufigen Rodungsstopp des Oberverwaltungsgerichts Münster, der am Freitag verfügt wurde, begrüßten sie enthusiastisch.

Was ist das Thema?

Die Proteste im Hambacher Forst haben den Fokus auf das Ende des Braunkohleabbaus geworfen. Ist die Rodung des Waldstücks, das im Besitz des Energiekonzerns RWE ist, wirklich noch notwendig? Oder wird hier eine sowieso sterbende Form der Energiegewinnung auf Kosten der Natur nur künstlich am Leben erhalten?

Anne Will diskutierte mit ihren Gästen über die möglichen Folgen des Kohleausstiegs und die Probleme der Energiewende.



Bei Anne Will "Wald oder Kohle? Streit um den Hambacher Forst" sind unter anderem Antje Grothus und Armin Laschet zu Gast.

Wer sind die Gäste?

Armin Laschet (CDU):



Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hatte einen

schweren Stand. Obwohl er erst seit 2017 regiert, musste er sich für die NRW-Kohlepolitik der letzten Jahrzehnte verteidigen. Von den mehr als 4000 Hektar des Hambacher Forstes sein 3900 abgeholzt worden, "als SPD und Grüne regiert haben", stellte er fest.

"Natürlich würde ich gern diesen Wald erhalten", sagt Laschet später. "Aber wo kriege ich verlässlichen Strom her?" Aus seiner Sicht macht es keinen Sinn die deutsche Produktion auf Biegen und Brechen zu drosseln, um später "schmutzigen Strom aus belgischen Atomkraftwerken" zu importieren.

Svenja Schulze (SPD):



Aus Sicht der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit wäre bis zum baldigen Ende der Arbeit der Kohlekommission ein freiwilliger Rodungsstopp von RWE wünschenswert gewesen. Schulze musste wegen der kohlefreundlichen SPD-Politik in NRW, wo sie einst als Landesministerin tätig war, und ihrer jetzigen Sympathie für die Proteste Kritik einstecken.

Sie bekannte sie sich zum Ziel, bis 2030 65 Prozent der Stromproduktion durch erneuerbare Energien zu gewinnen. "Dann können wir auch beruhigt aus Kohle und Atom aussteigen."

Christian Lindner:



Der FDP-Parteivorsitzende plädierte für mehr direkte Demokratie, etwa bei der Frage des Kohleausstiegs. Zudem relativierte Lindner die deutschen Klimaschutzbemühungen. "Wir haben europäische Klimaziele. Jede Tonne Kohle, die wir in Deutschland sparen wird in Polen an anderer Stelle wieder ausgestoßen", behauptete er. Jeder könne das googeln.

Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen):

Der Fraktionsvorsitzende im Bundestag präsentierte sich angriffslustig. Den Politikern in der Runde warf er vor, nur schöne Reden zu halten, aber dann im Bundestag zu wenig für den Klimaschutz zu tun.

Den RWE-Konzern nahm er direkt ins Visier. RWE habe früher gesagt, es sei nicht möglich, mehr als vier Prozent erneuerbare Energien zu produzieren. "Heute sind es 40 Prozent."



Antje Grothus:



Die Aktivistin von der Initiative "Buirer für Buir" griff immer wieder NRW-Ministerpräsident Laschet an. "Sie winken alles durch, was RWE einfach beantragt", beklagte sie.

Laschet solle sich zum Anwalt der Betroffenen des Kohleabbaus machen und nicht zum Sprecher der großen Industrien. Schließlich warf sie ihm eine verantwortungslose Politik vor,

weil er keinen Schaden "vom Land, von der Natur, von den Menschen" abwende.

Michael Vassiliadis:



Der Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie warb um Verständnis für die Sorgen der betroffene Bergarbeiter. "4600 Leute würden ihre Arbeit verlieren, wenn der Tagebau stillsteht."

An Hofreiter appellierte er, die Schicksale hinter den Zahlen zu sehen. "Die Leichtigkeit wie hier manchmal über Zahlen diskutiert wird, Herr Hofreiter, das trifft die Leute ins Herz." Veröhnliche Worte fand er zu den Demonstranten, die ihn "auch beeindruckt" hätten, insbesondere die vielen jungen Leute.

Was war das Rede-Duell des Abends?

Anton Hofreiter schlug NRW-Ministerpräsident Laschet lautstark eine Zusammenarbeit der Parteien beim schnellen Ausstieg aus der Braunkohle vor. "Handeln Sie, Herr Laschet!"

Schlagen wir gleich ein. Wir steigen aus der Braunkohle aus. Wir lassen den Wald stehen."

Schließlich schlug er das Jahr 2030 als Ausstiegsjahr vor. "Das heißt, Sie wollen noch 12 Jahre Braunkohle abbauen. Dann sind sie auch eine Braunkohlepartei", antwortete Laschet dem Grünen. Hofreiter wurde immer lauter. "Es geht technisch auch noch schneller. Ich schlage vor 2025."

Da konnte Laschet ihn nicht mehr ernst nehmen. "Das ist kein Thema zum Scherzen", sagt er mit Verweis auf Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und weiteren von der Kohle abhängigen Branchen in NRW.

Was war der Moment des Abends?

Als Armin Laschet fast aus der Haut fuhr. Grothus fragte den CDU-Politiker ganz direkt, ob er die Praxis von Zwangsumsiedlungen im Rahmen der Braunkohleförderung – 40.000 Menschen waren in NRW bisher betroffen – so weiter machen wolle.

Dem Angesprochenen ging das zu weit. "Jetzt hören Sie mal: In den letzten 50 Jahren habe ich fünf Jahre regiert. Sie brauchen mich nicht immer anschauen, nur weil sie das parteipolitisch machen müssen. Das ist doch aberwitzig."

Laschet amtierte vor seiner Zeit als Ministerpräsident schon als Landesminister.

Wie hat sich Anne Will geschlagen?

Ein schlagfertiger Auftritt der Moderatorin. "Wir wissen auch, Herr Hofreiter, dass nächste Woche Landtagswahlen sind",

sagte sie zu dem bayerischen Grünen-Politiker und zwinkerte ihm dabei zu.

Hofreiter hatte Seehofer als großen Widerständler gegen den Neubau von Stromtrassen bezeichnet. Umweltministerin Schulze fragte Will kritisch "Haben Sie das Geschäft von RWE nicht viel zu lange mit bedient, als dass Sie hier die große Klimaschützerin geben könnten?".

Was ist das Ergebnis?

Die Debatte deckte auf, dass die Positionen zur Energieende und zum Kohleausstieg nicht eindeutig nach Parteizugehörigkeit zu unterscheiden sind. Ein CDU-Ministerpräsident, der sich klar zur Energiewende bekannte und keinen schmutzigen Atomstrom aus Belgien importieren will.

Eine SPD-Ministerin mit kohlefreundlicher Vergangenheit, die nun ihr Herz für die Proteste im Hambacher Forst entdeckt. Ein Grünen-Politiker, der sich fragen lassen musste, warum mancher seiner Wähler sauberen Strom haben will, aber keine neuen Stromleitungen, um die Energie effizient von Nord nach Süd zu transportieren.

"Jede Energieform bringt Belastungen mit sich", stellte Laschet zusammenfassend fest. Soll heißen: Windräder machen zwar "guten" Strom, direkt vor der Nase will sie dann doch keiner haben. Christian Lindner sagte den schönen Satz, das Ziel sei es, die "Interessen einer Industrienation zu versöhnen mit ökologischem Bewusstsein."

Für Gewerkschafter Vassiliadis taugt die Energiewende nicht zur billigen Wahlkampf-Rhetorik. "Das ist kein Wahlkampfthema. Da werden die Grundlagen der Gesellschaft für

die nächsten Jahre gelegt. Das ist doch nicht trivial." Dafür gab es großen Applaus.

Und die Runde bei Anne Will, die weitgehend ohne ideologische Scheuklappen diskutierte, hätte ebenfalls ein paar Klat-scher für diese Leistung verdient gehabt. Ein Vertreter von RWE wollte sich der Debatte übrigens nicht stellen.

Montag, 8. Oktober

07:45 Uhr „Jetzt muss der friedliche und konstruktive Dialog angegangen werden“

Mehrere Zehntausend Menschen haben am Samstag am Ham-bacher Forst den vom Obergericht (OVG) Münster verhängten Rodungsstopp gefeiert. Die Veranstaltung verursachte zwar einige Verkehrsprobleme, verlief aber weitgehend ohne Zwischenfälle. Der Veranstalter berichtete von 50 000 Teilnehmern, die Polizei hingegen geht von 25 000 bis 30 000 Menschen aus.

Während die Kohlegegner feiern, wird im Revier weiter über die Folgen des Gerichtsentscheids für das rheinische Revier diskutiert. FDP-Landtagsabgeordneter Ralph Bombis sagte auf Anfrage: „Die OVG-Entscheidung hat mich sehr überrascht. Bei allem Respekt vor den Richtern, ich halte sie nicht für sachgerecht, weil sie die Belange des Reviers, des RWE-Konzerns und der Mitarbeiter nicht berücksichtigt.“ Die Folgen für die Beschäftigten und die Versorgungssicherheit seien heute noch nicht in Gänze abzuschätzen, würden aber gravierend sein. Der Druck auf die Politik steigere sich enorm, so Bombis.

Es gelte, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Arbeitsplätze und Klimaschutz in Einklang zu bringen, betonen die Christdemokraten. „Der Spruch bedeutet für viele Beschäftigte und ihre Familien im rheinischen Revier – und das nicht nur bei den

RWE-Mitarbeitern, sondern auch bei Zulieferern – weitere Jahre der Ungewissheit, der Verunsicherung, der Sorge um ihre Zukunft. Wir werden weiter für die Menschen und die Arbeitsplätze in unserer Heimat kämpfen.“



Bei der Kundgebung am Samstag zog es viele Demonstranten auch an die Abbaukante des Tagebaus Hambach.
Foto Tripp

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Georg Kippels sowie die Landtagsabgeordneten Gregor Golland, Romina Plonsker und Frank Rock schreiben in einer gemeinsamen Erklärung: „Das Urteil hat gravierende Folgen für den Industriestandort und die Arbeitsplätze in unserer Heimat. Wir müssen uns an Recht und Gesetz halten. Das gilt für Politik, RWE aber auch für Braunkohlegegner. Jetzt muss der friedliche und konstruktive Dialog aller Beteiligten für eine vernünftige Lösung angegangen werden.“

Es gelte, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Arbeitsplätze und Klimaschutz in Einklang zu bringen, betonen die Christdemokraten. „Der Spruch bedeutet für viele Beschäftigte und ihre

Familien im rheinischen Revier – und das nicht nur bei den RWE-Mitarbeitern, sondern auch bei Zulieferern – weitere Jahre der Ungewissheit, der Verunsicherung, der Sorge um ihre Zukunft. Wir werden weiter für die Menschen und die Arbeitsplätze in unserer Heimat kämpfen.“

08:30 Uhr Polizei zieht sich komplett aus Hambacher Forst zurück

Nach wochenlangem Einsatz hat sich die Polizei am Hambacher Forst zurückgezogen. „Wir sind komplett weg“, sagte der Sprecher der Aachener Polizei, Paul Kemen, am Montagmorgen der Deutschen Presse-Agentur. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte den Abzug der Einsatzkräfte am Sonntag angekündigt: „Ich finde, es ist jetzt an der Zeit, dass im Wald Ruhe, Ordnung und Frieden einkehren“, sagte Reul. Er hoffe sehr, dass die Umweltschützer dies nicht dazu nutzten, neue Baumhäuser und Barrikaden zu errichten.



Aktivisten bauen im Hambacher Forst neue Häuser in den Bäumen. Foto dpa

Dies geschieht allerdings schon. Bereits am Sonntag entstanden in dem Wald bei Köln wieder neue Baumhäuser. Noch bis Dienstag hatte die Polizei mit Millionenaufwand 86 Baumhäuser geräumt und abgebaut.

Am Freitag verfügte das Oberverwaltungsgericht Münster aber einen vorläufigen Rodungsstopp. Damit seien Rodungen mindestens für die kommenden zwei Jahre vom Tisch, sagte Reul. Der Energiekonzern RWE hatte einen großen Teil des noch bestehenden Waldes abholzen wollen, um dort Braunkohle abzubauen.

14:14 Uhr Polizeigewerkschaft fordert bei Rechtsbrüchen nicht wegzusehen

Nach dem vorläufigen Ende des Polizei-Einsatzes am Hambacher Forst fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) konsequentes Einschreiten gegen neue Rechtsbrüche. „Man kann jetzt nicht wieder zwei Jahre lang weggucken“, sagte der Landesvorsitzende Michael Mertens am Montag der Deutschen Presse-Agentur in Düsseldorf. „Das Bauministerium und die Ordnungsbehörden müssen nun gemeinsam mit RWE regelmäßig die Rechtslage überprüfen.“



Knapp eine Million Überstunden hätten Polizeibeamte durch den Einsatz im Hambacher Forst angesammelt, so die Gewerkschaft. Foto picture alliance/dpa

Viele Polizeibeamte stellten nach dem wochenlangen Dauereinsatz die Sinnfrage, räumte Mertens ein. „Wir sind da ein Spiegel der Gesellschaft.“ Immerhin seien laut einer aktuellen Umfrage des WDR sogar gut 70 Prozent der CDU-Mitglieder gegen die Abholzung.

Es stelle sich schon die Frage, warum die Baubesetzer-Szene im Hambacher Wald sechs Jahre lang toleriert worden sei, bemängelte Mertens. Solche Zustände dürften nicht wieder einreißen.

Für die Polizei sind nach Berechnungen der GdP, angefangen mit ersten Bereitschaftsdiensten zu Jahresbeginn, fast eine Million Überstunden durch den Hambach-Einsatz entstanden. Ständige Zwölf-Stunden-Dienste während des dreieinhalb Wochen dauernden Kerneinsatzes habe es in NRW in dieser ausufernden Form noch nie zuvor gegeben, sagte Mertens.

18:23 Uhr Tagebau-Mitarbeiter bangen um Jobs

Der Rodungsstopp im Hambacher Forst sorgt bei den Beschäftigten im Tagebau Hambach sowie in den Kraftwerken Neurath und Niederaußem für tiefe Verunsicherung. 4600 Arbeitsplätze seien gefährdet, wenn der Tagebau Hambach zum Stillstand käme, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von RWE Power, Harald Louis. „Die Mannschaft hat Existenzängste“, sagt Harald Louis. Vorstand und Betriebsrat brauchten jetzt erst einmal Zeit, die Gedanken zu sortieren und sich auf die neue Situation einzustellen. „Damit hat niemand gerechnet, und ich weiß zurzeit nicht, wie es weitergehen soll“, sagt Louis. Es könne eine gefährliche Kettenreaktion im Unternehmen ausgelöst werden, befürchtet er. „Wir müssen uns neu orientieren und sehen, wo wir langfahren.“

Zur aktuellen Situation im Hambacher Forst sagt Harald Louis, Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei RWE Power: „Dass dort nach Wochen der Räumung jetzt wieder Baumhäuser errichtet werden, ist ein Schlag ins Gesicht der RWE-Beschäftigten. Wir stehen der Situation ohnmächtig gegenüber.“

19:13 Uhr Grüne Fraktionsvorsitzende entschuldigt sich für Tweet

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Düsseldorfer Landtag, Monika Düker, hat sich für die Verbreitung eines Fotos über den Nachrichtendienst Twitter entschuldigt. Auf dem Bild war ein Transparent mit der Aufschrift „Nazis oder Kohle – Braun ist immer Scheiße“ zu sehen. CDU und FDP kritisierten den Tweet mit Nachdruck. Düker habe RWE-Mitarbeiter mit Nazis gleichgesetzt, erklärte FDP-Chef Christian Lindner. Nach einer Welle von Protesten räumte die Grüne ein, die Verbreitung sei nicht richtig gewesen. Die Botschaft des Transparents sei geeignet gewesen, die Mitarbeiter in der Braunkohleförderung zu diffamieren und in ihren Gefühlen zu verletzen.

21:35 Uhr Warum müssen sich unsere Kohle-Kumpel mit Nazis vergleichen lassen?

Erst gestern kam eine Entschuldigung der Grünen

An dieser Entgleisung ist alles peinlich. Sogar der Weg zur späten Entschuldigung. Grünen-Eklat um einen Nazi-Tweet!

Am Samstag versammelten sich Zehntausende zu triumphierendem Protest an der Abbruchkante des Tagebaus Hambach: Tags zuvor hatte das Oberverwaltungsgericht in Münster dem Tagebau-Betreiber RWE die geplante Rodung von 100 Hektar Fläche des Hambacher Forsts vorerst untersagt. Aus Sorge um eventuell vorkommende Bechsteinfledermäuse. Geklagt hatte die Umweltorganisation BUND.

„Ob Nazis oder Kohle – BRAUN ist immer Scheiße!“, stand auf einem Plakat. Die unbekanntenen Verfasser setzten damit den Abbau von Kohle und das Dritte Reich auf eine Stufe.

„Die Aussage ist in ihrer Maßlosigkeit so weit außerhalb jedes politischen Anstandes, dass es sich verbittet, diese zu wiederholen“, schimpft der Chef der Bergbau Gewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis (54), gegenüber BILD.

Doch die Fraktionschefin der Grünen im NRW-Landtag, Monika Düker (55) fotografierte das Plakat und veröffentlichte es auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. Kommentar: „Bunt und kreativ wird es heute.“

Sofort ertete ihr Eintrag heftige Kritik. Düker reagierte am Sonntag noch halbherzig: Wer ihr etwas unterstelle, kenne sie nicht oder wolle sie missverstehen, paddelte sie zurück. Erst am Abend muss ihr die Dimension ihres Fehlgriffs gedämmert haben.

Im ARD-Talk „Anne Will“ kochte Ministerpräsident Armin Laschet (57, CDU) Sonntagabend dann vor Wut. „So kann man nicht mit den Menschen, die da arbeiten, umgehen.“ Diese seien täglich mit Kohle beschäftigt und hätten es nicht verdient, so angegangen zu werden.

22:10 Uhr Meinungsäußerung von Monika Düker

Gestern Vormittag distanzierte sich bei BILD auch Bayerns grüne Spitzenkandidatin Katharina Schulze (33): „Ich hätte diesen Tweet so nicht gemacht.“ Düker reagierte. Gestern Mittag kam plötzlich eine Entschuldigung „bei allen Beschäftigten im Rheinischen Revier und in der Lausitz“, verbreitet auf Twitter. „Es war ein großer Fehler, diesen Tweet so abzusetzen“, erklärte sie.

Was sie nicht sagte: In der Zwischenzeit hatte die CDU beim Landtagspräsidium eine Aktuelle Stunde zur „Meinungsäußerung von Monika Düker“ beantragt. Klare Ansage: Du entschuldigst dich, oder du wirst eine Stunde lang im Parlament gegrillt.

Eingeknickt unter Druck – für die Beschäftigten ist das ein schwacher Trost. „Meine Kollegen und ich sind total sauer: Wir werden in einem Atemzug mit den Nazis genannt, und die Grünen-Abgeordnete freut sich noch drüber, unsäglich!“, sagt der Hambacher RWE-Betriebsrat Joachim Helten zu BILD.

Und auch RWE-Chef Rolf Martin Schmitz findet deutliche Worte. „Wer Nazis und die Mitarbeiter der Braunkohle in einen Topf wirft, der hat jedes Maß verloren“, sagte er zu BILD.

Dienstag, 09. Oktober

06:00 Uhr Grüne Suchmaschine Ecosia will Hambacher Forst für eine Million Euro kaufen

Der Suchmaschinenbetreiber Ecosia hat angekündigt, RWE ein öffentliches Kaufangebot über eine Million Euro zu unterbreiten, um den Hambacher Forst zu kaufen.

Wie das Berliner Unternehmen am Montag in einer Pressemitteilung erklärte, soll das Angebot postalisch und per Fax an den RWE-Vorstandsvorsitzenden Rolf Martin Schmitz verschickt werden. „Unser Kaufangebot ist absolut ernst gemeint“, betont Christian Kroll, Geschäftsführer und Gründer von Ecosia. „Wir möchten helfen, einen Kompromiss zwischen RWE und der Bevölkerung zu finden. Der Hambacher Forst ist noch nicht gerettet. Dieser Kampf kann sich noch Jahre hinziehen. Wir wollen RWE mit dem Angebot die Möglichkeit bieten, diese Situation jetzt zu beenden und wir rufen andere Unternehmen und Institutionen auf, mitzuziehen.“

Wie die gebotene Summe von einer Million Euro zustande kommt, erklärt Ecosia folgendermaßen: Umgerechnet 500.000 Euro habe RWE vor der Inbetriebnahme des Tagebaus 1978 für die 200 Hektar an die Gemeinden gezahlt. Ecosia rechnet eine jährliche Verzinsung in Höhe der entsprechenden Lohnsteigerungen der untersten Lohngruppe bei RWE (1,6 Prozent) hinzu und rundet die Summe auf. Das Angebot soll bis zum 31. Oktober aufrechterhalten werden.

Die Suchmaschine finanziert sich nach eigenen Angaben über Werbung und nutzt die Gewinne, um neue Bäume zu pflanzen. „Bisher haben wir uns vor allem für die Aufforstung des globalen Südens eingesetzt“, erklärt Finanzchef Wolfgang Oels in der Pressemitteilung. „Es ist das erste Mal, dass wir unsere finanziellen Ressourcen in so großem Stil dafür einsetzen, um einen bestehenden Wald in Deutschland zu erhalten.“ Das Geld stamme aus den Rücklagen und sei nicht für die reguläre Aufforstungsarbeit bestimmt gewesen, sagt Oels.



Christian Kroll, CEO von Ecosia (Archivbild) Foto picture alliance / dpa

11:50 Uhr RWE will nach Rodungsstopp Förderung in Hambach zurückfahren

Nach dem vorläufigen Rodungsstopp am Braunkohletagebau Hambach will der Energiekonzern RWE die Förderung zwar zurückfahren, vorerst aber nicht komplett einstellen. In einer ersten Bewertung gehe RWE von einer Reduzierung der Förderung um jeweils etwa 10 bis 15 Millionen Tonnen in den Jahren 2019 bis 2021 aus, sagte ein Unternehmenssprecher am Dienstag. Das wäre ein Rückgang um bis zu 38 Prozent. Pläne, den Tagebau komplett einzustellen, gebe es derzeit nicht, sagte der Sprecher weiter. Bislang wurden im Tagebau Hambach 40 Millionen Tonnen Braunkohle im Jahr gefördert. Zuvor hatte „Spiegel Online“ berichtet.

Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte RWE am vergangenen Freitag vorläufig untersagt, Bäume in dem an den Tagebau grenzenden Hambacher Forst zu fällen. Der Rodungsstopp gilt bis zu einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln in der Hauptsache. RWE rechnet damit, dass dies möglicherweise nicht vor Ende 2020 der Fall sein wird.

Die Reduzierung der Förderung werde sich auch auf die Stromproduktion in den Kraftwerken Neurath und Niederaußen auswirken, sagte der RWE-Sprecher. Dort könnte die Stromerzeugung 9 bis 13 Terawatt-Stunden im Jahr sinken. Im vergangenen Jahr hat RWE insgesamt 202 Terawatt-Stunden Strom produziert, davon gut 74 aus Braunkohle.

12:53 Uhr RWE will Angebot von Ecosia nicht kommentieren

Der Energiekonzern will nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur nicht auf den Vorstoß der Suchmaschine Ecosia eingehen, die den Hambacher Wald für eine Million Euro kaufen möchte. „Dieses Angebot kommentieren wir nicht und werden darauf auch nicht reagieren – das Angebot spricht für sich

selbst“, sagte ein Unternehmenssprecher. RWE geht es nicht um den Wald, sondern um die Braunkohle, die darunter liegt.

19:28 Uhr Berufung zugelassen – BUND hat einen Monat Zeit für Begründung

Nach Angaben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat der BUND in seinem Kampf um den Hambacher Forst einen weiteren Zwischenerfolg errungen. Wie die FAZ berichtet, hat das Obergerverwaltungsgericht Münster die Berufung des BUND gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln von November 2017 zugelassen.

Das Gericht in Köln hatte damals die Klage des BUND gegen den RWE-Rahmenbetriebsplan zurückgewiesen. Die Naturschutzorganisation hatte vorgebracht, dass der Hambacher Forst „potentielles“ Flora-Fauna-Habitat sei und die Rodung des Waldes gegen europäisches Umweltrecht verstoßen würde. Die Kölner Richter hatten damals die Argumentation vom BUND als „insgesamt nicht begründet“ zurückgewiesen. Mit der damaligen Entscheidung wurde der Weg frei gemacht für die weitere Rodung des Forsts.

Jetzt hat das OVG Münster argumentiert, die Berufung gebe „Gelegenheit“, „das angefochtene Urteil ... zu überprüfen“, wie die FAZ aus der Begründung zitiert. Der BUND hat nun einen Monat Zeit, seine Berufung zu begründen.

Mittwoch, 10. Oktober

13:15 Uhr Schwarz-gelbe Landesregierung unter Druck – Kritik an Laschet

Nach dem vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst wird heftig über einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle in Nordrhein-Westfalen gestritten. NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) warnte am Mittwoch im Landtag vor

einem übereilten Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die heimische Wirtschaft und Industrie in NRW seien auf eine sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen, sagte Pinkwart in einer Unterrichtung der schwarz-gelben Landesregierung zu ihren energiepolitischen Zielen. Noch könnten die erneuerbaren Energien nicht die beständige Versorgungssicherheit gewährleisten.

SPD und Grüne kritisierten, dass Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in der aufgeheizten Hambach-Debatte nicht selber eine Regierungserklärung abgebe, stattdessen aber in einer Talkshow aufgetreten sei.



Hinter einem Braunkohlebagger, der am Rande des Hambacher Forstes steht, steigt Dampf aus dem RWE Kraftwerk Weisweiler. Foto: dpa

Donnerstag, 11. Oktober

08:05 Uhr An die 400.000 Einsatzstunden für Polizisten

Die Polizei-Hundertschaften haben bei der mehrwöchigen Räumung des Hambacher Forstes genau 378.857 Einsatzstunden geleistet. Insgesamt seien zwischen dem 13. September und 8. Oktober etwa 31.000 Menschen in Schichten in dem Wald am Rande des Braunkohletagebaus im Einsatz gewesen, sagte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU) am Mittwoch im Landtag. Zu den Kosten des Großeinsatzes im

Hambacher Forst wollte sich Reul nicht äußern. „Wir dürfen Polizeieinsätze nicht mit Preisschildern versehen. Sonst wird demnächst überlegt, ob zum Beispiel der Schutz des Sankt-Martins-Zugs betriebswirtschaftlich sinnvoll ist“, betonte der Unions-Politiker. Eine solche Debatte wolle er nicht. Die Polizei habe Recht und Gesetz unabhängig von den Kosten durchzusetzen.

09:00 Uhr Brief an Frau Merkel

Sehr geehrte Frau Merkel,
ich möchte mich hiermit im Namen aller Bürger im Rheinischen Revier dafür bedanken, dass Sie uns solche Probleme beschert haben. Es werden Millionen Steuergelder verschwendet wegen Aktivisten die weder aus diesem Revier stammen noch überhaupt wissen wollen wie ein Strukturwandel aussehen könnte bzw. sollte. Es sind Dutzende kriminelle Personen die sich Aktivist nennen die Polizisten mit Fäkalien überschütten, mit Steinen bewerfen und sogar mit chemischen Mitteln die Gesundheit der Einsatzkräfte gefährden. Und sowas lassen Sie zu?!

Eine Person die für das Wohlergehen Deutschlands zu sorgen hat. Schließlich kommt der Tag wie wir es alle mitbekommen haben, dass ein Gericht in Münster das alles, was jahrelange Planung beinhaltet, erstmal stilllegt. Wissen Sie eigentlich was für ein Signal somit an die Bevölkerung gegeben wurde? Dadurch wurde ein rechtsfreier Raum geschaffen. Das Signal an die Bevölkerung ist eindeutig, wem etwas nicht gefällt der muss einfach sich gegen die Staatsgewalt stellen, hochgradig kriminell sein jegliche Art von Sachschäden und Körperverletzung ausüben und dann wird er erhört und hat sogar das Recht bei der Politik mit zu entscheiden!

Als Kanzler oder Kanzlerin sollte man ein Rückgrat besitzen und nicht die Meinung so ändern wie es in den Medien propagiert wird. Wir wissen alle wer die Medien beherrscht, der beherrscht Deutschland. Doch hier geht es nicht nur um Umfrage Werte. Hier geht es darum das kriminelle nicht verurteilt werden, dass Millionen Steuergelder verbrannt werden, dass man mit der Versorgungssicherheit Deutschland umgeht als ob es ein Spiel wäre. Wieso sitzen Personen in so einer Kommission die überhaupt keine Ahnung der technischen Möglichkeiten haben? Die nur da sitzen um der Bevölkerung wieder das Signal zu geben, wenn man genug kriminelle Energie aufbringt wird man mitentscheiden dürfen?

Es wird Zeit das Sie mal ganz klar Stellung beziehen und auch mal dafür einstehen das Deutschland nicht in eine Katastrophe gerät. Die Bundesnetzagentur hält von den Plänen der massenhaften Abschaltung überhaupt nichts. Doch die werden nicht erhört. Müssen diese Leute auch erst in einem Forst sitzen und kriminell werden? Tausende Menschen können ihre Arbeit verlieren. Nicht nur die die bei RWE arbeiten, sondern auch Partnerfirmen, Hotels, Motels bis hin zu kleinen Bäckerei die ihren Umsatz an die Mitarbeiter zu verdanken haben die bei RWE arbeiten oder für RWE tätig sind. Ich habe es persönlich in Biblis erlebt. Ich habe damals selbst dort gearbeitet als Fukushima passiert ist. Auch da hätten Sie genau wie der Präsident in Frankreich agieren müssen. Unsere Anlagen sind sicher: Punkt. Aber Sie wollten lieber die Medien auf Ihrer Seite haben und ließen zu Unrecht abschalten. Die kleine Ortschaft Biblis war am Expandieren. Unzählige Bäckereien, Monteurwohnungen, Restaurants, Pizzerien. Und jetzt? Fahren Sie jetzt mal dahin. Da sind genug die durch so eine unüberlegte Handlung ihren Job aufgeben mussten. Und jetzt lassen Sie so einen wie Herr Hofreiter ins Fernsehen, der dann bewusst mit einem sehr schönen Fachbegriff um sich schlägt um so die Aufmerksamkeit zu

erlangen und diese Fachbegriffe auch noch für seine Zwecke zu nutzen und wieder die Bevölkerung durch Verdummung auf seine Seite zu ziehen. Es geht hierbei um den Begriff "Redispatch". Das wurde über einen Paragraphen von der Regierung her für den Netzbetreiber erstellt, damit er eine gewisse macht gegenüber den Erzeugern hat. Prinzip ist ganz einfach. Wir haben in Deutschland wie Sie wissen sollten ein Nord-Süd-Gefälle. Der Strom fließt vom Norden nach Süden. Wenn wir dann im Norden durch zu viel Wind und Sonne sehr viel Strom versuchen in den Süden zu transportieren kommt es öfter vor, dass die Knotenpunkte, meist Mitte Deutschlands, überlastet werden, daher ruft der Netzbetreiber das Redispatch aus und die Erzeuger im Norden müssen ihre Leistung reduzieren und im Süden werden dann Erzeuger (aktuell noch ohne Bezahlung für die Sicherheit des Netzes) angefordert. Bedeutet das nicht das die Kraftwerke dieses Problem geschaffen haben, sondern die unüberlegte Errichtung von den ganzen Windparks. Dieses Redispatch gab es vor 10 Jahren nicht mal. Jedenfalls wurde es nie ausgerufen, weil unser Netz sehr gut ausgeglichen war. Und Sie lassen dann zu das Herr Hofreiter das im TV so verkauft das ja die Braunkohle Kraftwerke nur Strich laufen und das Netz verstopfen. Auch da sollte Ihrer Seite mehr kommen. Sie lassen zu das so eine negative Stimmung gemacht wird. Sie wissen selbst das die Erzeuger nicht beliebig produzieren, sondern sich an die Merit Order, die vom Staat ins Leben gerufen wurde, halten müssen. Dort wird klar festgelegt wer einspeisen darf und wer nicht. Herr Hofreiter erzählt das wir noch nie so viel Strom exportiert haben. Auch da sollten Sie die Bevölkerung klar aufklären. Ja wir exportieren aber wie? Durch zu viel Wind und Sonnenenergie müssten die Kraftwerke abschalten, aber dann wäre das Netz zu instabil und daher dürfen die Kraftwerke nicht abschalten und es entsteht eine Überkapazität im Netz. Wir betteln dann das die Nachbarländer unseren Strom abnehmen und die lassen sich das bezahlen um den Strom abzunehmen, weil

die ihre Anlagen ja dann runterfahren müssten. In Wirklichkeit pumpen die dann mit unserer Überkapazität Ihre Pumpspeicher auf und verkaufen es dann als Ökostrom an uns zurück. So entstehen die negativen Strompreise aber nur für die Erzeuger die nur am Netz bleiben, weil sie das Netz stabil halten müssen. Es wird Zeit das Sie der Bevölkerung erklären was richtig und was falsch ist. Und vor allem sollten Sie daran denken, dass Millionen Menschen mit dieser Energieerzeugung groß geworden sind. Immer Strom zu verfügen hatten für ihre Heizungen oder zum Kochen, damit Sie es warm und gemütlich und sicher hatten. Und sowas sollte man dankend verabschieden und nicht mit Füßen treten.

Ich würde mich sogar sehr über ein persönliches Gespräch mit Ihnen freuen.

Mit freundlichem Gruß

Hakan Sahin

Elektrotechniker und Familienvater

10:00 Uhr Reul will keine neuen Baumhäuser dulden

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) will eine erneute Besetzung des Hambacher Forstes nicht dulden. Der Politiker aus Leichlingen sagte unserer Zeitung, die Landesregierung lasse keine rechtsfreien Räume zu, „weder in Hambach noch anderswo. Die Polizei wird den Wald nicht den Besetzern überlassen“, so Reul. Nach dem vorläufigen Rodungstopp hatte Reul die Polizei aus dem Hambacher Forst abgezogen. Rodungsgegner hatten sogleich damit begonnen, neue Baumhäuser zu errichten. „Eine systematische Besetzung, wie es sie vor der Räumung gab, werden wir nicht hinnehmen. Es wäre ja merkwürdig, wenn wir jetzt nach dem Rodungstopp andere Maßstäbe anlegen würden als vorher. Die Baumhäuser sind gefährlich, wir können sie nicht dulden.“ Allerdings würden auch

beim Kampf gegen die Clan-Kriminalität nicht jeden Tag Razzien durchgeführt.

13:00 Uhr Landesregierung schlägt flexiblen Kohleausstieg vor

In der Debatte um das Ende der Kohleverstromung hat die nordrhein-westfälische Landesregierung vorgeschlagen, auf ein festes Ausstiegsdatum zu verzichten. Stattdessen könnten Restmengen für Kohlestrom festgesetzt werden, sagte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Donnerstag). „Die Festsetzung von Restmengen für Kohlestrom könnte helfen, den Ausstieg flexibler zu gestalten, damit er sozial- und landschaftsverträglich vonstattengeht“, sagte Pinkwart der Zeitung. Pinkwart ist Mitglied der Berliner Kohlekommission, die bis Ende des Jahres einen Ausstiegspfad aus der Kohle festlegen soll.

Der Vorstoß kommt überraschend. Erst am Mittwoch hatte Pinkwart im Landtag eine Regierungserklärung zur Energie- und Kohlepolitik der schwarz-gelben Landesregierung abgegeben. Dabei erwähnte er die neuen Überlegungen mit keinem Wort. Stattdessen warnte er vor einem übereilten Ausstieg. Pinkwart verwies dabei auf die Leitentscheidung der rot-grünen Vorgängerregierung, nach der noch bis 2045 Braunkohle gebaggert werden darf. Ein früheres Ende sei nur denkbar, wenn eine bezahlbare und sichere Energieversorgung gewährleistet und ein sozialverträglicher Strukturwandel gewährleistet seien, hatte Pinkwart gesagt. Nach dem gerichtlich verfügten vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst wird inzwischen heftig über einen früheren Ausstieg aus der Braunkohle gestritten.

Pinkwart sprach sich dafür aus, den Braunkohletagebau auch nach Abschaltung der letzten Kraftwerke teilweise offenzuhalten. „Wir sollten den Zugang zu diesem Rohstoff bewahren“, sagte er der „FAZ“. „Braunkohle ist eine potenziell wichtige

Ressource auch für stoffliche Nutzungen, in Zukunft vielleicht sogar für die Herstellung synthetischer Treibstoffe.“

Freitag, 12. Oktober

Minister Reul gewährt im Hambacher Forst eingesetzten Polizisten zwei Tage Urlaub

„Dieser Einsatz bedeutete besondere Belastungen, deshalb verdient er auch besondere Wertschätzung“

Alle Polizistinnen und Polizisten, die in den vergangenen Wochen bei der Räumung des Hambacher Forstes eingesetzt waren, erhalten zwei Tage Sonderurlaub. Das hat Innenminister Herbert Reul heute bei einem Treffen mit Angehörigen der 12., 14. und 15. Bereitschaftspolizeihundertschaft sowie der 3. Technischen Einsatzeinheit verkündet. Der Minister war zu den Einheiten nach Brühl gefahren, um sich von den Beamtinnen und Beamten aus erster Hand über den Einsatz im rheinischen Braunkohlerevier berichten zu lassen. „Dieser Einsatz bedeutete für Sie Alle ganz besondere Belastungen, deshalb verdient er auch ganz besondere Wertschätzung. Viele von ihnen waren für den Einsatz tagelang von Ihren Familien getrennt, deshalb will ich ihnen mit den zwei zusätzlichen Urlaubstagen wenigstens einen Teil dieser verloren gegangenen Familien-Zeit zurückgeben“, sagte Reul an die Adresse der Beamtinnen und Beamten. Reul dankte den Mitarbeitern in Brühl stellvertretend für alle anderen an dem Einsatz beteiligten Mitarbeitern im Land.

Der Minister betonte, dass der Einsatz für die Mitarbeiter sowohl körperlich als auch mental eine außergewöhnliche Herausforderung gewesen sei. Er erinnerte daran, dass die Beamten zum Teil mit Zwillen beschossen, mit Steinen beworfen und mit Fäkalien übergossen worden seien. „Trotzdem haben Sie hoch-

professionell Ihre Arbeit geleistet. Das ist keine Selbstverständlichkeit“, so Reul.

Von dem Sonderurlaub profitieren neben den Polizeivollzugsbeamten auch alle weiteren Regierungsmitarbeiter, die in der sogenannten Besonderen Aufbauorganisation für den Einsatz am Hambacher Forst Dienst getan haben. Dazu zählen zum Beispiel Polizeiärzte, Fahrer und Versorgungshelfer. Die zwei Urlaubstage können ab sofort bis zum Ende des kommenden Jahres genommen werden.

Die nordrhein-westfälische Polizei hat in den vergangenen Wochen die Räumung der illegalen Baumhäuser im Hambacher Forst durchgeführt. Die Polizistinnen und Polizisten wurden im Rahmen einer von den Bauämtern der Stadt Kerpen und des Kreises Düren beantragten Vollzugshilfe tätig.

22:56 Uhr Ich habe lange überlegt, ob ich meine persönliche Meinung zum Thema Hambacher Forst/RWE hier kundtun soll. Aber nachdem, was ich hier teilweise so lese ist es mir ein Bedürfnis. Das was sich zurzeit abspielt ist beschämend und beängstigend zugleich. Vor 30 Jahren durfte ich bei der ehemaligen Rheinbraun eine Ausbildung zur Industriekauffrau machen. Insgesamt habe ich 12 Jahre für das Unternehmen gearbeitet. Nach der Geburt meiner Kinder haben sich unsere beruflichen Wege getrennt.

Mein Opa, mein Vater, mein Onkel und viele meiner Freunde haben für das RWE gearbeitet und tun es zum großen Teil immer noch. Ich bin in Inden-Alt aufgewachsen und wurde umgesiedelt. Die Kohle und der Bergbau waren und sind bis heute Teil meines Lebens. Ich habe Heimat verloren und neu gewonnen. Mir wurde eine gute Zukunft ermöglicht und durch das RWE durfte ich finanziell sorgenfrei aufwachsen und ins

Berufsleben starten. Ich war immer ein Vereinsmensch, auch dort ist RWE engagiert. Es gibt keinen Verein im Revier, der von RWE nicht dankbar Sponsorengelder angenommen hat oder in anderer Art profitiert. Natürlich habe ich um meine Heimat geweint, aber in den neuen Ortschaften ist das Leben lebenswert und es gibt viele neu geschaffene Orte auf die ich stolz bin. Die Sophienhöhe hat mein Vater mitgestaltet.

Der "Indemann" ist etwas das ich Besuchern voll Stolz präsentiere.

Ich bin von meinen Eltern respektvoll erzogen und ich respektiere andere Meinungen. Ich respektiere auch, wenn jemand für den Erhalt von Natur demonstriert.

Was ich nicht respektiere ist, dass dabei jedes Mittel recht ist. Straftaten begangen werde. Rechtsstaat lächerlich gemacht wird und ehrliche und hart arbeitende Bergleute und deren Familien, Polizisten und jeder der eine pro RWE Meinung hat angegriffen, beschimpft und bedroht wird.

Das hat nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun. Das ist kriminell.

Und ich empfinde es als Umsiedlerin und als Mensch, der im Revier lebt und arbeitet als Schlag ins Gesicht, dass Menschen aus ganz Deutschland hier her, in meine Heimat kommen und Hambi bleibt Parolen brüllen, weil es gerade "in" ist und damit auch noch Erfolg haben.

Danach fahren sie glücklich nach Hause, dort wo der Strom aus der Steckdose kommt und lassen eine Region zurück, die um ihre Existenz fürchten muss. Jeder hier weiß, dass Braunkohle endlich ist. Die Pläne existieren seit Jahrzehnten. Wenn RWE aber nicht wie geplant unternehmerisch handeln kann,

dann wird es auch weniger Geld geben, das in erneuerbare Energien investiert werden kann.

Lange Rede kurzer Sinn.

Auch wenn ich nicht mehr beim RWE arbeite, ich stehe zum RWE und werde auch an Demos und Mahnwachen teilnehmen. Friedlich und Seite an Seite mit den alten Kolleginnen und Kollegen.

Kämpft für eure Arbeitsplätze, für eure Familie und für unsere Heimat und Zukunft.

Glückauf!

Yvonne Doderer

Samstag, 13. Oktober

13:31 Uhr Mitarbeiter fühlen sich bedroht

Der Rückgang der Braunkohleförderung wird nicht ohne Auswirkung auf die Beschäftigung bleiben, sagt RWE-Chef Rolf Martin Schmitz im Interview unserer Zeitung. Die Fragen stellten Michael Bröcker und Antje Höning.



Rolf Martin Schmitz, Vorstandsvorsitzender der RWE AG.

Vor einer Woche hat das Oberverwaltungsgericht einen vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst erlassen. Seitdem ist bei RWE nichts mehr, wie es war. Hat Sie das Urteil überrascht?

Ja, das hat uns sehr überrascht. Die rot-grüne Landesregierung hatte mit der Leitentscheidung erst 2016 sorgsam begründet, dass der Braunkohleabbau in Hambach energiewirtschaftlich notwendig ist. Jetzt haben die Richter verfügt, dass der Sofortvollzug, also die Rodungen, bis zum kompletten Ende des Verfahrens ausgesetzt werden muss. Das heißt: selbst wenn wir am Ende vor dem Bundesverwaltungsgericht gewinnen, gibt es erhebliche Verzögerungen.

Was bedeutet das für das rheinische Revier?

Für das rheinische Revier ist das ein Schlag. Nun müssen wir sehen, wie wir den Betrieb so anpassen, dass wir die Auswirkungen auf das Unternehmen und die Beschäftigten so weit wie möglich mindern. Das heißt, wir strecken den Betrieb. Wir senken die Förderung um 10 bis 15 Millionen Tonnen im Jahr und müssen die Auslastung der Kraftwerke und Veredlung zurückfahren.

Ist eine vorzeitige Stilllegung eines der Kraftwerksblöcke denkbar, die Hambach beliefert?

Denkbar ist alles, aber dazu müssen wir zunächst die Entscheidungen der Kohlekommission abwarten.

Was bedeutet der Streckbetrieb für die Arbeitsplätze im rheinischen Revier? Wie viele sind bedroht?

Der Rückgang der Braunkohleförderung wird nicht ohne Auswirkung auf die Beschäftigung bleiben. Bedenken Sie: Am Tagebau Hambach hängen 4600 Arbeitsplätze, davon 1300 allein im Tagebau und 1500 in der Veredlung der Braunkohle. Wie viele Arbeitsplätze wir am Ende tatsächlich streichen müssen, ist noch offen. Sobald wir einen Überblick haben, werden wir mit Gewerkschaften und unseren Betriebsräten sprechen.

Können Sie denn betriebsbedingte Kündigungen ausschließen?

Ausschließen kann ich zu diesem Zeitpunkt nichts. Doch bislang ist es RWE noch immer gelungen, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden und sozialverträgliche Lösungen zu finden. Das ist gute Tradition bei RWE.

Hatte RWE nicht gesagt, dass die Lichter ausgehen, wenn Hambach nicht zu Ende ausgekohlt wird?

Das hatten wir nicht gesagt. Unser Argument ist: 15 Prozent der Stromversorgung von NRW kommen aus der Hambach-Braunkohle. Wenn dieser Strom wegfällt, steigen die Strompreise. Dabei ist die energieintensive Industrie in NRW, an der über 250.000 Arbeitsplätze hängen, auf günstigen Strom zwingend angewiesen.

Dennoch hat das Gericht anders entschieden. Glauben Sie, dass die Proteste der vergangenen Wochen das Gericht beeinflusst haben?

Ich fände es erschreckend, wenn in Deutschland Gerichte durch solche Dinge beeinflusst würden.

Warum hat RWE mit der Rodung nicht gewartet, bis die Kohlekommission mit ihrer Arbeit fertig ist?

Wir hatten den Umweltverbänden angeboten, die Rodung bis zum 15. Dezember auszusetzen. Sie sollten aber im Gegenzug anerkennen, dass wir dann roden. Das haben Greenpeace und BUND abgelehnt. Ebenso lehnten sie es ab, einen gemeinsamen Appell gegen Gewalt zu formulieren. Das hat mich persönlich sehr getroffen.

Wie fanden Sie, dass die Grünen-Fraktionschefin Monika Dücker ein Transparent twitterte „Ob Nazis oder Kohle – braun ist immer scheiße“?

Wer Nazis und die Mitarbeiter der Braunkohle in einen Topf wirft, der hat jedes Maß verloren. Inzwischen hat sich Frau Dücker entschuldigt. Vielleicht sollte man vor dem Twittern mehr nachdenken. Unsere Mitarbeiter sind zutiefst getroffen. Die Unsicherheit ist extrem hoch. Sogar unsere Azubis werden in sozialen Netzwerken angegangen: Wie kann man da nur bei RWE arbeiten? Viele Mitarbeiter fühlen sich bedroht.

Jetzt ist der Kampf in Hambach doch erst einmal vorbei, bis ein endgültiges Urteil fällt.

Nichts ist vorbei, der Kampf um Hambach geht weiter. Die Aktivisten haben angekündigt, dass sie wieder Baumhäuser besetzen und Barrikaden errichten wollen. Das ist schon in vollem Gange. Und NRW-Innenminister Reul hat klar erklärt, dass er keine rechtsfreien Räume im Hambacher Forst mehr zulassen wird.

Aber der Wald bleibt frei betretbar?

Ja natürlich. Durch das Urteil ist der Wald weiter kein Betriebsgelände, daher wäre es unzulässig, ihn zu sperren. Zugleich

haben wir als Eigentümer eine Verkehrssicherungspflicht. RWE wird daher weiter die Rettungswege in den Wald freihalten.

Fühlen Sie sich vom Land ausreichend unterstützt?

Ja. Sechs Jahre lang hat die alte Landesregierung rechtsfreie Räume im Hambacher Forst zugelassen. Diesen Zustand hat die Regierung Laschet beendet. Und sie hat wie die SPD bekräftigt, dass sie an der Leitentscheidung festhält. Was nach der Kommission kommt, das werden wir sehen.

Und die Grünen?

Deren Verhalten kann ich nicht verstehen. Man kann nicht in der Regierung Entscheidungen fällen, um dann zwei Jahre später in der Opposition nicht mehr zu ihnen stehen. So kann man in einem Industrieland keine Politik machen.

Nach Fukushima hat Deutschland auch den Atomausstieg beschlossen.

Das ist nicht vergleichbar. Der Kohleausstieg ist längst beschlossene Sache, nun geht es nur noch darum, den richtigen Ausstiegspfad zu finden.

Sind Sie enttäuscht von der Bundespolitik?

Lange hat die Bundespolitik Leitlinien und ein Zielbild für die Energiewirtschaft vorgegeben. Davon ist im Moment nichts zu sehen. Es ist auch nicht hilfreich, wenn es keinen Energie-Staatssekretär gibt.

Wie sieht denn Ihr Zielbild für die Zeit in 30 Jahren aus?

Ich kann mir vorstellen, dass wir bis dahin 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien haben und es darüber hinaus Kraftwerkskapazitäten gibt, die die Versorgung sichern. Aber wir brauchen dafür ein klares Konzept und klare Vereinbarungen.

Herr Pofalla hat als ein Vorsitzender der Kohlekommission vorgeschlagen, zwischen 2035 und 2038 aus der Kohle auszustiegen. Wie sehen Sie das?

Die Grundlogik des Gesamtvorschlages halte ich für überzeugend. Wir definieren ein Ziel für 2030 und überprüfen in 2027, ob die Rahmenbedingungen noch zutreffen. Das Enddatum für den Ausstieg sollten wir aber jetzt noch nicht festlegen. Das hängt vom Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze ab. Daher sollten wir in 2033 erst mal schauen, wie weit wir gekommen sind, und dann das finale Ausstiegsdatum festlegen. Vielleicht geht es danach schneller als gedacht.

Ist RWE bereit, vor Mitte des Jahrhunderts aus der Braunkohle auszusteigen?

Unsere Genehmigungen gelten bis etwa 2045. Wenn sich daran etwas ändern soll, weil die Gesellschaft dies verlangt, dann sollte man sich mit uns zusammensetzen. Dann können wir gemeinsam schauen, wie man diesen Weg ebnen kann und was das kostet. Das Primat bei der Energiepolitik liegt bei der Politik.

17:35 Uhr Aktivisten hängen Plakate an Häusern in Mannheim auf



Die Aktivisten hängen an dem Haus Plakate auf. Foto: dpa

Am Rande des Braunkohletagebaus Hambach sind Aktivisten in drei leerstehende Häuser eingedrungen. Nach Angaben der Polizei in Aachen vom Samstag handelt es sich um Häuser im Kerpener Stadtteil Manheim, die dem Energiekonzern RWE gehören. Das Dorf Manheim liegt unmittelbar in der Nähe des Hambacher Forstes und soll dem Abbau weichen. Die Protestgruppe hängte ein beschriftetes Stofftuch an das Garagentor eines leerstehenden, gelb getünchten Hauses. „Manheim lebt. Hambi bleibt“, stand darauf. Etwa 20 bis 30 Menschen versammelten sich.

Sonntag, 14. Oktober

08:59 Uhr BUND verlangt Öffnung der Fledermaus-Höhlen

Umweltschützer sehen auch nach dem vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst die streng geschützte Bechsteinfledermaus in Gefahr. Über eine Woche nach der Entscheidung des OVG Münster seien Fledermausquartiere immer noch mit

Folien verschlossen, teilte der Umweltverband BUND mit. Das verstoße gegen den Artenschutz. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen forderte die zuständigen Behörden auf, den Energiekonzern RWE zur Öffnung der Höhlen bis zum 15. Oktober zu verpflichten.

Der Kreis Düren kündigte an, den Sachverhalt mit RWE zu klären. Das Umweltamt gehe davon aus, dass RWE verschlossene Baumhöhlen öffnen werde, teilte ein Behördensprecher mit. Der Rhein-Erft-Kreis ist nach eigenen Angaben in der Klärung, in welchen Teilbereichen die Bruthöhlen verschlossen sind und wann Bruthöhlen gegebenenfalls wieder freigegeben werden müssen.

RWE hatte die Quartiere verschließen lassen, damit Fledermäuse beim Abholzen nicht getötet werden und umsiedeln können. Das wissenschaftlich begleitete Artenschutzkonzept des Tagebaus Hambach sieht nach früheren RWE-Angaben den Erhalt und die Umsiedlung der Fledermäuse in andere Lebensräume vor.



Klebefolien sollen verhindern, dass Fledermäuse im Hambacher Forst vor der Rodung nicht in den Bäumen nisten. Foto dpa

14:04 Uhr 1.000 Teilnehmer beim Waldspaziergang

Gut und gerne 1.000 Spaziergänger im Hambacher Forst: Familien mit Kindern auf Rädchen und im Kinderwagen - der oder die jüngste gerade mal 5 Monate alt, aktive und ehemalige Mitarbeiter, Buirer Bürger und auch ein paar Aktivisten, die sich uns schon am Bahnhof angeschlossen haben - gut so, sie können ja was lernen.

Der Forst hat mit einem Wald nicht mehr viel zu tun. Das Totholz haben die Wieder-den-Forst-Besetzer auf den Wegen zu Barrikaden formiert. Muss nur noch abgeholt werden. Müll findet man auch überall. Tiere, Vögel oder Wildtiere - wie andere Kollegen auch schon beschrieben haben - hört und sieht man nicht. Dafür einige Pöbler, die uns - in sicherem Abstand - mal wieder als Nazis beschimpft haben. Düker sei Dank. Und Gähmmere vom Wiederaufbau der Baumhäuser. Oder gar vom Roden der dafür benötigten Bäume? Schöner Spaziergang bei schönem Wetter mit vielen netten Leuten

16:25 Uhr Aktivisten dringen in Hambacher Tagebau ein und legen Abbau lahm



Die Aktivisten am Hambacher Forst lassen weiter von sich hören. Foto dpa

Braunkohle-Gegner haben am Sonntag kurzzeitig den Abbau im Hambacher Tagebau gestoppt. Nach Angaben der Polizei in Aachen waren am Morgen mehr als 30 Menschen in das

Tagebauloch eingedrungen. Aus Sicherheitsgründen sei der Betrieb etwa eine Stunde lang eingestellt worden, sagte ein Polizeisprecher.

Etwa ein Drittel der Aktivisten habe das Gelände dann von sich aus verlassen. Die übrigen seien von der Polizei herausgeführt worden und hätten eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs bekommen.

Montag, 15. Oktober

10:00 Uhr RWE-Mitarbeiter blockieren Tagebau-Zufahrten

Tausende Mitarbeiter des Energiekonzerns RWE haben am Montagmorgen Zufahrten zu den Tagebauen und Kraftwerken im Rheinischen Revier blockiert. An verschiedenen Mahnwachen beteiligten sich nach Angaben der Energiegewerkschaft IG BCE etwa 4000 Beschäftigte. „Die Kollegen haben Angst um ihre Zukunft und Arbeitsplätze“, sagte Gewerkschafts-sprecher Manuel Rendla. Die Mahnwachen seien bis Montagmittag geplant.



Ein RWE-Bergarbeiter demonstriert neben dem Landtag für den Erhalt seines Arbeitsplatzes und gegen eine Verunglimpfung seiner Branche und trägt dabei eine Weste mit einer Karikatur zur Politik der Grünen. Foto dpa

Nach dem Rodungsstopp im Hambacher Forst droht bei RWE möglicherweise ein Stellenabbau. Am Braunkohletagebau

Hambach hängen nach Unternehmensangaben 4600 Arbeitsplätze. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hatte Anfang Oktober die Rodung des Hambacher Forsts bis zu einem endgültigen Urteil untersagt. RWE kündigte danach an, die Förderung im Tagebau zu drosseln.

Etwa ein Drittel der Aktivisten habe das Gelände dann von sich aus verlassen. Die übrigen seien von der Polizei herausgeführt worden und hätten eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs bekommen.

Etwa ein Drittel der Aktivisten habe das Gelände dann von sich aus verlassen. Die übrigen seien von der Polizei herausgeführt worden und hätten eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs bekommen.



Nach dem gerichtlich verfügten Rodungsstopp im Hambacher Forst erwägt RWE einen Stellenabbau. Foto Oliver Berg/dpa

Die Aktionen am Montagmorgen hatten nach Unternehmensangaben keine Auswirkungen auf die Stromproduktion. Diese sei durch eine Notbesetzung gesichert, sagte ein RWE-Sprecher.

11:00 Uhr Brandanschlag auf RWE-Niederlassung

*„Wir haben gestern Nacht im Eingangsbereich der Gaußstraße 11 in Berlin-Charlottenburg mehrere Brandsätze gezündet. Dieses Feuer der Solidarität gilt der dort ansässigen RWE-Innogy-GmbH und ist Ausdruck unserer Verbundenheit, die wir mit den Besetzer*Innen im Hambacher Forst verspüren. Trotz vorläufigem Rodungsstopp ist uns nicht nach feiern. Die zerstörerischen Machenschaften von RWE und sonstigen Energiekonzernen gehen an anderen Stelle ungestört weiter. Sie liefern den Treibstoff der den globalen Kapitalismus am Laufen hält, dessen Existenz auf der Ausbeutung, Kontrolle und Vernichtung von Mensch und Natur beruht.*

*Neben dem Konzern und seinen Bütteln, die sowohl im staatlichen wie auch privaten Auftrag zuschlagen, sind die verlogene Politik und die Lakaien in den Richterroben genauso Teil dieser Misere. Sie alle handeln im Dienste des Kapitals, wie uns die Ereignisse der letzten Wochen lehren. Deshalb sollten wir uns nicht von Versprechen und Gerichtsentscheiden in die Irre führen lassen, denn dieselbe Rechtsprechung ist es, die unter dem Vorwand des Brandschutzes zur Räumung pfeift oder unsere Freund*Innen in den Knast sperrt.*

*Für Freiheit und Revolte
Liebe und Kraft den Gefangenen
Feuer und Flamme für RWE
(A)“*



**KOMMT AM 24. OKTOBER
UM 9 UHR NACH BERGHEIM
ZUR AACHENER STRASSE
AM KREISHAUS!**



Fachbereich
Ver- und Entsorgung



14:05 Uhr Gemeinsam. Kämpfen!

Von 05:00 bis circa 14:00 Uhr gingen die RWE-Mitarbeiter an den Tagebauen Hambach, Inden und Garzweiler, an den Kraftwerken Weisweiler, Neurath und Niederaußem sowie an der Hauptwerkstatt Grefrath, der Zentrale Köln, bei der Bohr- und Wasserwirtschaft und der RV/Veredlung/RBB Frechen auf die Straßen.

Am Kraftwerk Weisweiler hat ein Reporter von WDR 5 Stimmen und Stimmung der Mitarbeiter aufgenommen, die friedlich für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze protestierten. "Wir sind im

Moment die Buhmänner, die Buhmänner der ganzen Nation", heißt es in einem Statement. Einer von vielen Kommentaren, der die Verärgerung und den Frust einer vielfach unsachlich geführten Diskussion über die Zukunft der Braunkohle zusammenfasst.



Nachfolgend ein kurzer Blick zu einigen Standorten, an denen Mahnwachen stattfanden:

Tagebau Hambach: Rund 600 RWE-Mitarbeiter sind frühmorgens auf der Straße: „Nach den nervenaufreibenden Ereignissen in den letzten Wochen war die Mahnwache eine gute Möglichkeit, um gemeinsam für unsere Arbeitsplätze zu kämpfen und unseren Ängsten und Sorgen friedlich Ausdruck zu verleihen“, sagt Bernd Pfenning, Betriebsrat in Hambach und Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen.

Veredlung: Auch in Frechen, wohin ein Teil der Braunkohle aus Hambach geht, setzen die Mitarbeiter ein starkes Zeichen. „Bei unserer Mahnwache waren wir 350 Kolleginnen und Kollegen. Das zeigt den Zusammenhalt in der Veredlung. Für unsere Arbeitsplätze stehen wir zusammen. Dass unsere beiden Vorstände Lars Kulik und Ralf Giesen wie auch unser Spartenleiter Karl-Heinz Stauten dabei waren, hat uns den Rücken gestärkt“, erklärt Patrick Maier, Betriebsratsvorsitzender Veredlung.

Frimmersdorf-Neurath: Die RWE-Mitarbeiter setzen hier ebenfalls ein sichtbares Zeichen. Ein Zeichen, das auch die Medien aufgreifen. Tilman Bechthold, Kraftwerksleiter, nimmt die Gelegenheit wahr und positioniert RWE in der Rheinischen Post: „Ich finde es klasse, dass wir hier deutlich Stellung beziehen.“

Für die kommenden Tage sind weitere Aktionen geplant: Am Mittwoch, 17. Oktober, ist eine weitere Mahnwache in Buir geplant. Den Abschluss macht nächste Woche Mittwoch, 24. Oktober, die gemeinsame Demonstration der Gewerkschaften IG BCE und ver.di um 09:00 Uhr in Bergheim (Aachener Straße am Kreishaus) unter dem Motto „Wir stehen alle zusammen!“

Mittwoch, 17. Oktober

14:10 Uhr Kohlekommissions-Mitglied fühlt sich bedroht

Ein Mitglied der Kohlekommission hat sich durch einen Aufmarsch von Mitgliedern der IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) vor ihrem Privathaus bedroht gefühlt. Die Gruppe mit rund 100 Leuten sei am Mittwoch lautstark aufmarschiert und habe mehr als zehn Minuten lang mit Trillerpfeifen und mit Plastikflaschen schlagend Lärm gemacht, sagte Antje Grothus der Deutschen Presse-Agentur.

Außerdem hätten sie skandiert „Hambi weg und Grothus raus“. Antje Grothus, die auch die Initiative „Buirer für Buir“ gegründet hat, vertritt in der Kohlekommission die Interessen von Tagelohnern, setzt sich aber auch für den Erhalt des Hambacher Forsts ein. Das Verhalten der Gruppe habe sehr aggressiv auf sie gewirkt. „Das war sehr bedrohlich“, sagte Grothus.



Aktionsbündnis ZstB @stattbraunkohle
Psychoterror vor dem Haus von Kohlekommissionsmitglied und Tagebau-
betroffener Antje Grothus. #EndCoal #RWE

IG BCE ✓ @igbce

Zur heutigen Mahnwache in #Buir: Demonstration vor Privathäusern war weder angemeldet noch geplant. Die #IGBCE hält diese Form der Auseinandersetzung für falsch und distanziert sich von persönlichen Anfeindungen. Protest muss aller Jobsorgen zum Trotz angemessen bleiben.

Die Polizei habe sie kurz vor dem Aufmarsch darüber informiert, dass sie diese Demo auf der Straße vor ihrem Haus zulasse. Die Aachener Polizei wollte sich später zu dem Vorgang äußern. Die Vorsitzende der NRW-Grünen, Mona Neubaur, sagte dazu: „Diese Methoden grenzen an Psychoterror.“

Donnerstag 18.10.

10:27 Uhr Stimmung wird weiter aufgeheizt

Da gibt es nichts zu beschönigen: Die machtvolle Demonstration von Braunkohle-Befürwortern und Gewerkschaftsmitgliedern vor dem Privathaus von Antje Grothus war ein Unding.

Die Aktion hat nichts mit dem Recht auf Demonstration zu tun, vielmehr ist sie geeignet, weiter an der Schraube der Eskalation zu drehen.



Von der Mahnwache aus zogen rund 100 Teilnehmer in einem spontanen Protestzug durch Buir. Foto: Wilfried Meisen

Oftmals haben sich RWE-Mitarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder um einen anderen Stil der Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Teilen der Anti-Braunkohle-Bewegung bemüht. Mit solchen Aktionen, die die Grenzen des politischen Streits klar überschreiten, tun sie sich keinen Gefallen. Sie sorgen eher dafür, die ohnehin aufgeheizte Stimmung zwischen Befürwortern und Gegnern weiter aufzuladen.

Dass die Nerven bei dem ein oder anderen blank liegen, ist nachvollziehbar. Nach den wochenlangen Demonstrationen, der Räumung von Baumhäusern im Hambacher Forst, dem Tod eines Bloggers, dem Einsatz von Tausenden Polizisten und Gewaltaktionen von kriminellen Braunkohlegegnern kocht die Seele bei Befürwortern wie bei Gegnern der Braunkohleverstromung. Provokationen sind deswegen sicherlich kein geeignetes Mittel, Dampf aus dem Kessel zu lassen. Das gilt für beide Seiten.

Nächste Woche kommt die „Kohlekommission“ ins Rheinische Revier und tagt im Bergheimer Kreishaus. Großdemonstrationen sind angesagt. Allen Beteiligten guten Willens sollte klar sein: Die Chance, einen Konsens für die Zukunft von Beschäftigten im Revier, für einen Strukturwandel und einen möglichst friedlichen Pfad eines schnelleren als bislang geplanten Ausstiegs aus der Verstromung der Braunkohle zu finden, darf nicht verspielt werden.

Landesregierung NRW denkt neu nach

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster hat eine Atempause in der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst eingeleitet und Rodungen ausgesetzt. Die Landesregierung NRW denkt neu nach, im Bund ist ebenfalls eine neue Dynamik in Sachen Energiewende spürbar.

Deswegen gilt: Wer sein Demonstrationsrecht wahrnehmen will, soll das tun. Doch bei aller Überzeugung und Leidenschaft muss im Vordergrund stehen, den Bogen nicht wieder bis zum Zerreißen zu spannen.

Freitag, 19. Oktober

14:46 Uhr Vermummte kommen Polizeibeamten bedrohlich nahe

Im Dorf Manheim am Hambacher Forst hat es eine Auseinandersetzung zwischen der Polizei und vermummten Aktivisten gegeben. Wie die zuständige Aachener Polizei mitteilte, hielt der Werkschutz der RWE Power AG am Donnerstagnachmittag mehrere Personen fest, die in leerstehende Häuser eingebrochen waren. Zudem sollen die Personen einen dort abgestellten Container des Unternehmens aufgebrochen haben.



Aktivisten besetzen in Mannheim leerstehende Häuser. Foto: dpa

Noch während die Polizei das Geschehen vor Ort abklärte, kam es laut einer Mitteilung der Behörde zu einem weiteren Diebstahl aus dem Container sowie einen Einbruchsdiebstahl in ein leerstehendes Haus. Während des Polizeieinsatzes kam es zum Aufruf von bis zu 30 Vermummten. Nach einem ausgesprochenen Platzverweis kam eine Gruppe Vermummter den Beamten derart bedrohlich nah, dass die Beamten Pfefferspray einsetzten.

Von fünf Personen wurden vor Ort die Personalien festgestellt. Die RWE Power AG hat laut Polizei einen entsprechenden Strafantrag wegen aller in Frage kommenden Delikte gestellt. Eine Person wurde wegen des Verdachts des illegalen Aufenthaltes vorübergehend festgenommen. Bei dem Einsatz von Pfefferspray wurden zwei Beamtinnen leicht verletzt.

Aktivisten bezeichneten den Polizeieinsatz auf Twitter als unverhältnismäßig und wiesen Vorwürfe der Sachbeschädigung zurück.

18:29 Uhr Mannheimern platzt wegen Aktivisten der Kragen

„Verpisst euch aus Mannheim“, rief einer der rund 200 Besucher den wenigen im Saal anwesenden Vertretern der Aktivistenszene rund um den Hambacher Forst zu. Er bekam dafür viel Beifall. Auch von einer Art „Bürgerwehr“ war bei der Sonder-sitzung die Rede, zu der der Bürgerbeirat Mannheim ins Vereinszentrum nach Mannheim-Neu eingeladen hatte. Wenn die Polizei die Sache nicht in die Hand nehme, „können wir das auch selbst regeln“, hieß es. Einer sprach von einem „Pulverfass, das kurz vor der Explosion“ stehe.

Es ging um die aktuelle Situation in dem Umsiedlungsort am Tagebau Hambach, wo noch rund 80 alteingesessene Bewohner neben Kurzzeitmietern und von der Stadt eingewiesenen Sozialfällen leben.



Ein besetztes Haus in Mannheim-alt. Die neuen Bewohner glauben sich moralisch im Recht und betonen, gute Nachbarschaft pflegen zu wollen. Foto Meisen

Seit mehreren Wochen findet am Rand des Dorfes das legale Hambach-Camp von aktuell rund 400 Kohlegegnern statt. Zudem sind im Ort Häuser besetzt worden, auf der Straße laufen verummte Menschen herum. Gerade am Donnerstag sei wieder versucht worden, weitere Häuser in Mannheim zu besetzen, hieß es auf der Sitzung. Die Akteure seien gleich mit dem Möbelwagen vorgefahren. Die Polizei habe dies noch verhindern

können. Im Polizeibericht ist von 30 verummten Personen die Rede. Man habe Pfefferspray einsetzen müssen.

RWE soll den Abbruch der Häuser beschleunigen

Beiratsvorsitzender Willi Lambertz stellte für sich klar, nichts gegen das Camp der Kohlegegner zu haben: Doch was darum herum stattfindet, sei nicht mehr zumutbar. Der Beirat forderte deshalb einstimmig, dass die Genehmigung für das Camp nicht mehr über den 31. Oktober hinaus verlängert werden dürfe. Zudem solle RWE den Abbruch der Häuser in Mannheim-Alt beschleunigen, was ein Sprecher des Unternehmens auch zusagte.



Aktivisten besetzen in Mannheim leerstehende Häuser. Foto: dpa

Ein Polizist versprach, dass die Wünsche aus der Bevölkerung berücksichtigt würden, falls es Anträge auf eine Verlängerung des Camps oder für weitere Camps gebe. Doch müsse hierbei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit beachtet werden. Anstehende Entscheidungen müssten „gerichtsfest“ sein.

Die Polizei will wegen der besetzten Häuser eingreifen, warnt aber vor überhasteten Aktionen: Für Räumungen brauche es

eine „nachhaltige, tragfähige Konzeption“. Blieben die unbewohnten Häuser danach einfach stehen, könnten sie leicht wiederbesetzt werden. „Dann haben wir eine Dauerlage.“

Nur kurz bekam auch eine Vertreterin des Camps Gelegenheit zur Stellungnahme: Sie betonte, die Kritik aus der Sitzung sei bei ihr angekommen. Allerdings gebe es auch Manheimer, die das Camp schon besucht hätten und diesem wohlgesonnen seien. So gebe es dort gerade ein „schönes Ferienprogramm“ für Kinder. Zu vermummten Personen im Ort könne sie nichts sagen. „Ich persönlich lehne das ab.“ Möglicherweise gehörten viele der Vermummten auch gar nicht zum Camp.

Samstag 20. Oktober

12:10 Uhr Interview mit Michael Kreuzberg:

„Kommunikation ist besser als Sprachlosigkeit“

Herr Kreuzberg, Gegner und Befürworter der Braunkohlenverstromung scheinen sich unversöhnlich gegenüberzustehen. Wie empfinden Sie die Situation?

Ob man sich wirklich unversöhnlich gegenübersteht, glaube ich nicht. Es gibt ja auch taktische Verhaltensweisen, um die vertretene Position auch gegenüber der eigenen Klientel deutlich zu machen und sie zudem als Basis in Verhandlungen einfließen zu lassen.

Ich hoffe mal nicht, dass hier etwas unversöhnlich gegenübersteht. Denn dann würde das Reden und die Kommissionsarbeit ja nichts mehr nutzen. Wir hätten damit jede Chance auf einen Kompromiss vertan. Das wäre schlimm. Das Wichtigste bei politischen Prozessen ist, dass man im Gespräch bleibt und weiterverhandelt.

In dieser Woche gab es eine Protestaktion vor dem Haus der Kohlegegnerin und des Kohlekommissions-Mitglieds Antje Grothus in Buir. Gehört das zum Diskurs dazu oder ist es inakzeptabel?

Nach unserem Grundgesetz sind Protestaktionen und Demonstrationen generell möglich. Und dass engagierte Menschen auch durch Teilnahme an Fernsehdiskussionen bundesweit zu öffentlichen Personen werden, damit müssen sie leben. Da gelten andere Maßstäbe als bei anderen privaten Personen.

Dennoch fand ich diese Aktion einiger IG BCEler auch nicht gut. Eine politische Auseinandersetzung in unserem demokratischen Rechtsstaat muss man nicht an persönliche Grenzen führen und damit Angst hervorrufen. Das geht mir zu weit. Protestieren kann man auch an anderen Stellen im öffentlichen Straßenraum.

Zudem sollte man sich nicht auf die Stufe derer stellen, die zum Teil aus einem Demonstrationzug heraus Gewalt anwenden. Es geht um das Kundtun einer Meinung und nicht um die Bedrohung eines Einzelnen.

Nach dem Urteil zum Rodungsstopp im Hambacher Forst haben RWE-Mitarbeiter akut Angst um ihre Arbeitsplätze...

Ich kann verstehen, dass die Nerven blank liegen. RWE-Mitarbeiter kämpfen um den Arbeitsplatz, die Versorgung ihrer Familie und Kinder. Es darf nicht sein, dass es durch irgendwelche Beschlüsse der Strukturkommission zu Strukturbrüchen kommt, die eine große Arbeitslosigkeit nach sich ziehen könnten.



Für Kommunikation wirbt Landrat Michael Kreuzberg. Foto Udo Beissel

Das Rheinischen Revier, was sicherlich besser dasteht als die Reviere im Osten, hat eine größere Fallhöhe, wenn es zu unbedachten Beschlüssen der Kommission und des Bundestages kommen würde. Wir müssen Versorgungssicherheit gewährleisten, Strompreiserhöhungen können wir uns nicht leisten. Diese Sorgen habe ich immer in meinem Herzen getragen und bringe sie auch mit in die Kommission ein.

In sozialen Netzwerken wird heftig gestritten, oft beschimpft die eine Seite die andere. Das wirkt wie ein Brandbeschleuniger.

Ja, das ist es auch. Ich kann allen Seiten nur raten und sie auch bitten, keine Verhaltensweisen zu zeigen, die das Erzielen von guten Ergebnissen erschweren würden. Das wäre im höchsten Maße kontraproduktiv.

Am Mittwoch bereist die Kohlekommission das Revier und tagt im Kreishaus. Sie haben entschieden, das Haus zu schließen. Haben Sie Sorgen um Ihre Mitarbeiter?

Wir haben Platzprobleme rund um das Kreishaus, hinzu kommt der Aufbau der Hubertuskirmes. Die Polizei braucht Platz für Einsatzfahrzeuge. Und wir wollen auch vermeiden, dass die falschen Leute ins Kreishaus kommen, die nicht wirklich den Service der Kreisverwaltung in Anspruch nehmen wollen.

Stellen sich Mitglieder der Kohlekommission dem Gespräch mit Demonstranten?

Ich weiß, dass einige angefragt sind. Wenn sie das tun, ist das gut. Es gilt, dass Kommunikation immer besser ist als Sprachlosigkeit.

Sind Sie als Mitglied der Kohlekommission zuversichtlich, dass es am Ende zu Ergebnissen mit einer Zweidrittel-Mehrheit kommt?

Ich hoffe sehr, dass es zu Ergebnissen mit einem größtmöglichen gesellschaftlichen Konsens kommt. Ich glaube auch, dass dies möglich ist. Aber wie wir sehen, steckt manchmal der Teufel im Detail. Wenn die Gespräche, über Ziele und Strategien, die jetzt beginnen, vertrauensvoll und nicht öffentlich geführt werden, werden wir dieses Ergebnis erreichen.

Und auch ein Ergebnis mit einem Ausstiegsdatum?

Gut, ob es ein Ergebnis mit einem Ausstiegsdatum gibt, oder Stromkontingente für alte Kraftwerke, wie es NRW-Wirtschaftsminister Professor Andreas Pinkwart vorgeschlagen hat, da bin ich nicht festgelegt. Ich weiß nur, es muss sich was tun. Wir müssen gesamtgesellschaftlich das Auskohlen diskutieren und zu einem Ergebnis kommen, zum Wohle des Klimaschutzes und der Menschen. Allerdings müssen wir schon im Vorfeld

Investitionen tätigen und neue Arbeitsplätze schaffen, um Strukturbruch zu vermeiden.

Was wird aus der Kohlekommission, sollte die große Koalition in Berlin dieses Jahr noch scheitern?

Zunächst mal gehe ich nicht von einem Scheitern der Groko aus. Und dann hinge es davon ab, ob es eine neue Regierung oder Neuwahlen gäbe. Dennoch arbeiten wir in der Kommission ja unabhängig von politischen Mehrheiten im Bund und in den Ländern. Denn die Arbeit ist sach- und zielgerichtet und hat mit einer farblichen Besetzung der Bundesregierung nichts zu tun.

Falls die Kohlekommission zu Ergebnissen kommt, ist Ihre Arbeit dann beendet?

Ich bin der Meinung, dass die Kommission fortlaufend über das Erreichen der selbstgesteckten Ziele informiert werden und sich ab und zu treffen sollte. Sie sollte den Prozess begleiten.

Wie kann man die aufgeregten Gemüter von Gegnern und Befürwortern beruhigen?

Wir müssen in der Kommission die Position der jeweiligen anderen Seite auf Augenhöhe anerkennen. Dann muss man nach gemeinsamen Nennern und Ergebnissen suchen. Die müssen verlässlich sein und Bestand haben. Klar ist, keine Seite kann alle Ziele zu 100 Prozent durchsetzen. Ohne Kompromisse wird es nicht gehen.

Das Interview führte Bernd Rupprecht

Sonntag, 21. Oktober

12:30 Uhr Aktivisten besetzten Bagger im Tagebau Hambach

Mutmaßlich fünf Personen haben am Sonntagmorgen einen Bagger im Tagebau Hambach besetzt. Der Bagger Nummer 260 arbeitete nach Angaben eines RWE-Sprechers auf der ersten Sohle unmittelbar vor dem Wald. Bei der Polizei Aachen ging gegen 06:15 Uhr die Meldung über die Besetzung ein, sagte ein Polizeisprecherin. Die Beamten hätten die Besetzer angesprochen, woraufhin einer der fünf freiwillig vom Bagger heruntergekommen sei. Der Einsatz dauere noch an.



Hambacher Tagebau. Foto Oliver Tripp

16:00 Uhr Aktivisten beenden Bagger-Besetzung

Sieben Kohlegegner haben am Sonntag einen Bagger im Tagebau Hambach besetzt. Der Abraumbagger Nummer 260 arbeitete nach Angaben eines RWE-Sprechers auf der ersten Sohle unmittelbar vor dem Wald.

Um 06:15 Uhr ging bei der Polizei Aachen die Meldung über die Besetzung ein, sagte eine Polizeisprecherin. Möglicherweise seien die Besetzer aber schon im Morgengrauen auf den Bagger gestiegen, heißt es von RWE. Im Internet ließen die Braunkohlegegner verlauten, dass die Besetzung insgesamt acht Stunden gedauert habe. Die Polizei versuchte nach eigenen Angaben, die Aktivisten verbal zum Herunterkommen zu

bewegen. Einer der sieben sei schon am Vormittag heruntergekommen. Die anderen sechs dann nach mehreren Stunden Verhandlungen. Letztendlich blieb alles friedlich, es sei zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen, so die Polizei.

Wie RWE mitteilt, kommt auf die Besetzer nun eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs und Störung öffentlicher Betriebe zu.

Montag, 22. Oktober

13:14 Uhr Kohlekommission besucht am Mittwoch das Rheinische Revier



Laschet spricht im Rheinischen Revier – Demonstrationen angekündigt. Foto picture alliance/dpa

Die Kohlekommission besucht in wenigen Tagen das Rheinische Tagebaurevier – und Tausende werden demonstrieren. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ wird am Mittwoch in Bergheim tagen, nachdem sie rund zwei Wochen vorher in der Lausitz beraten hat. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) wird nach Angaben der Staatskanzlei „die Standpunkte des Industrielandes Nordrhein-Westfalen darlegen“.

Bei einer Demonstration an diesem Tag mit 10.000 erwarteten Teilnehmern wird die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie ein tragfähiges Konzept für einen Strukturwandel mit neuen Arbeitsplätzen fordern: Niemand soll ins Bergfreie fallen, hieß es bei der Gewerkschaft.



Demonstranten bei einer Kundgebung Ende September im Hambacher Forst.
Foto: Ralph Jansen

An den Tagen danach werden Tausende Demonstranten und Aktivisten den sofortigen Kohleausstieg und den Erhalt des Hambacher Forsts fordern. Das Aktionsbündnis Ende Gelände hat für die Zeit vom 25. bis 29. Oktober ein Protestcamp mit 3000 Teilnehmern und Blockaden im Tagebau Hambach angekündigt. Gegen den von der Polizei verfügt Camp-Standort Jülich-Mersch will das Bündnis klagen: Es sei zu weit weg vom Hambacher Forst. Umweltverbände wie Naturfreunde und

Umweltinstitut München erwarten am Samstag zu einer Solidaritäts-Demo am Hambacher Wald bis zu 5000 Teilnehmer.

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ soll Vorschläge für einen Strukturwandel in den betroffenen Kohlerevieren im Rheinland, in der Lausitz und im Südosten Deutschlands vorlegen. Außerdem soll sie ein Datum für das Ende der klimaschädlichen Verstromung der Braunkohle festlegen.

18:13 Uhr Demonstrationen gegen Braunkohle angekündigt
Kohlekommission kommt am Mittwoch ins Rheinische Revier

Der Hambacher Forst im Rheinland steht für den gesellschaftlichen Konflikt um den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Wenn die Kohlekommission an diesem Mittwoch ins Rheinische Revier kommt, werden die Lager den Konflikt noch einmal überdeutlich vor Augen führen.

Bei einer IGBCE-Demonstration sollen 10.000 Teilnehmer einen tragfähigen Strukturwandel fordern, der neue Arbeitsplätze schafft. In den Tagen danach werden Tausende erwartet, die zum Klimaschutz den sofortigen Ausstieg aus der Kohleverstromung fordern, auch mit Blockaden im Tagebau Hambach.

Kohlekommission: Die Mitglieder der Kohlekommission werden sich an diesem Mittwoch (24. Oktober) im Rheinischen Revier treffen, nachdem sie rund zwei Wochen vorher in der Lausitz beraten haben. Das Treffen findet im Kreishaus in Bergheim zwischen dem Tagebau Hambach und Köln statt. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) wird vor der Kohlekommission „die Standpunkte des Industrielandes Nordrhein-Westfalen darlegen“, teilte die Staatskanzlei mit.



Foto dpa/Federico Gambarini

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ soll Vorschläge für einen Strukturwandel in den betroffenen Kohlerevieren im Rheinland, in der Lausitz und im Südosten Deutschlands vorlegen. Zudem soll sie ein Datum für das Ende der klimaschädlichen Verstromung der Braunkohle festlegen.

IGBCE: Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie erwartet an dem Tag 10 000 Teilnehmer zu einer Groß-Demonstration, zu der auch Verdi aufgerufen hat. Unter dem Motto „Ohne gute Arbeit kein gutes Klima“ fordern sie ein tragfähiges Konzept für einen Strukturwandel mit neuen Arbeitsplätzen, bevor über ein Ausstiegsdatum diskutiert wird. Am Morgen soll es einen Demonstrationzug in Bergheim geben. Bei der anschließenden Kundgebung in Elsdorf sprechen Armin Laschet und der Kommissionsvorsitzende Matthias Platzeck (SPD).

Ende Gelände: Das Aktionsbündnis will in der Zeit vom 25. bis 29. Oktober die Kohle-Infrastruktur rund um den Braun-

kohletagebau Hambach blockieren. Für ihr Camp haben die Aktivisten 3000 Teilnehmer angemeldet. Gegen das von der Polizei zugewiesene Gelände in Jülich-Mersch stellten sie am Montag Eilantrag beim Verwaltungsgericht Aachen. Das Bündnis hat nach eigenen Angaben einen Sonderzug gechartert, der am Donnerstag (25.10.) in Prag startet und über Leipzig, Berlin und Hannover fährt und am Freitag im Rheinischen Tagebaurevier ankommen soll. Ende Gelände fordert aus Gründen des Klimaschutzes den sofortigen Kohleausstieg.

Umweltverbände: Rufen für Samstag (27. Oktober) zur Solidaritäts-Demonstration mit Ende Gelände auf. Angemeldet sind nach Angaben des Kampagnennetzwerks Campact 5000 Teilnehmer. Die Schlusskundgebung soll nördlich von dem verlassenen Tagebaudorf Morschenich stattfinden.

Polizei: Die Einsatzkräfte aus Aachen sind erneut auf einen Großeinsatz eingestellt, bei der sie von Kräften aus ganz Nordrhein-Westfalen unterstützt wird. Blockadeaktionen und die Solidaritäts-Demonstration finden in der Nähe des Hambacher Forsts statt, in dem die Polizei wochenlang Baumhäuser von Waldbesetzern geräumt hat.

19:30 Uhr Tagebaugebiet rüstet sich erneut für Menschenansturm

Mit einem Großeinsatz und Verkehrsbehinderungen rechnet die Polizei, wenn am Mittwoch mehr als 10.000 Menschen in Bergheim und Elsdorf für den Erhalt der Arbeitsplätze im Rheinischen Revier demonstrieren wollen, während zeitgleich die Kohlekommission der Bundesregierung im Kreishaus tagt. Die Polizei schließt auch Gegenproteste nicht aus.

Die Gewerkschaft IG BCE hat einen Demonstrationzug in Bergheim von 8 bis 12 Uhr angemeldet. Anschließend soll es

an der Zuckerfabrik Elsdorf bis 16 Uhr eine Kundgebung geben, auf der unter anderem Ministerpräsident Armin Laschet und der ehemalige Brandenburger Ministerpräsident Matthias Platzeck, jetzt Vorsitzender der Kohlekommission, sowie IG BCE-Bundesvorsitzender Michael Vassiliadis reden werden.

Die Reisebusse, mit der die Demonstrationsteilnehmer anreisen, sollen sich entlang der Landstraße 361 aufstellen. Von dort geht es dann über Neusser Straße, Kirchstraße, Knüchelsdamm, Aachener Straße, Krefelder Straße bis zur Spange B 477/Ecke Glescher Straße. Dort endet der Umzug gegen 11 Uhr. Anschließend fahren die Busse zum Versammlungsort nach Elsdorf.



Auch in der Lausitz im Tagebauggebiet hat die Kohlekommission bereits Halt gemacht. Etliche Bergbaumitarbeiter haben dort für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Foto picture alliance/dpa

Für die An- und Abreise der Busse und für die Begleitung des Zugwegs und der Kundgebung sind umfangreiche verkehrslenkende Maßnahmen geplant. So wird die B 477 zwischen der Anschlussstelle Bergheim und der L 361 gesperrt. Verkehrsteilnehmer sollen das Gebiet umfahren. Die Polizei hat ein Bürgertelefon unter 02233-52-3333 eingerichtet, das am Dienstag, 08:00 bis 15:00 Uhr, und am Mittwoch ab 08:00 Uhr besetzt ist.

Dienstag, 23. Oktober

06:48 Uhr „Die Romantisierung der Hambach-Aktivisten ist schräg“

Michael Vassiliadis, Chef der IG Bergbau Chemie Energie, kurz IG BCE, kritisiert im Interview die Gewaltbereitschaft der Aktivisten. Betriebsbedingte Kündigungen durch RWE will er für die Beschäftigten nicht hinnehmen.

100 Ihrer Mitglieder haben vor dem Haus einer Kommissionskollegin lautstark skandiert: „Hambi weg und Grothus raus“. Die Betroffene spricht von Psychoterror.

Michael Vassiliadis Diese Aktion unserer Kollegen war ein Fehler, und ich habe umgehend Frau Grothus angerufen und ihr geschrieben, um mich persönlich bei ihr zu entschuldigen. Sie hat dies auch akzeptiert. Hier ist eine Mahnwache im Frust über reale und rhetorische Gewalt vieler Umweltaktivisten aus dem Ruder gelaufen. Die Beteiligten haben wohl nicht bedacht, wie bedrohlich die Szene für Frau Grothus wirkte. Protest ist das eine, aber in die Privatsphäre einzudringen, das geht zu weit. Wir haben das intern intensiv diskutiert und sind uns einig, dass so etwas nicht wieder vorkommen darf.

Wie wollen Sie das sicherstellen – etwa bei der Großkundgebung am Mittwoch in Bergheim?

Vassiliadis Wir haben wegen des großen Teilnehmerandrangs unser Sicherheitskonzept für die Demo optimiert. Vor allem, weil wir verhindern wollen, dass sich Provokateure aus der Aktivistenszene unter die Zigtausenden mischen. Wir haben beispielsweise unser Ordnerkonzept angepasst. Die Emotionalität im Revier ist derzeit extrem hoch. Das gilt nach den vielen Übergriffen und öffentlichen Ehrverletzungen gegen sie auch für die Bergleute. Und nach dem Urteil zum Rodungsstopp im

Hambacher Forst ist die Angst um die Arbeitsplätze darüber hinaus realer denn je.

Wie stark hat Sie das Urteil überrascht?

Vassiliadis Enorm. Juristen bei mir im Haus sagen, dass das Ergebnis für ein Eilfahren sehr unüblich ist – angesichts der Tragweite der Entscheidung. Der wirtschaftliche Schaden ist gewaltig. Bis zu 17 Millionen Tonnen pro Jahr fallen für den Zeitraum des Rodungsstopps mal eben so aus der Planung heraus, obwohl RWE von der Politik grünes Licht hatte. Die Folgen werden nicht erst in ein paar Jahren spürbar sein. Wir reden da auch über kurzfristige Einschnitte.

RWE-Chef Martin Schmitz hat angekündigt, die Gerichtsentscheidung werde Arbeitsplätze kosten.

Vassiliadis Das werden wir nicht akzeptieren. Wir wollen das über bekannte Instrumente wie Frühverrentung und natürliche Fluktuation hinbekommen. Ich kann nachvollziehen, dass Herr Schmitz sich angesichts der weitgehenden Gerichtsentscheidung alle Optionen offenhalten muss. Zur Wahrheit gehört leider, dass in den vergangenen Jahren bereits massiv Arbeitsplätze in der Branche sozialverträglich abgebaut wurden. Das hat den Spielraum verengt. Daher sage ich ja: Die Politik ist mit im Boot. Schließlich ist sie Mitverursacher. Ich erwarte, dass alle, die nun jubeln oder zumindest die Folgen des Urteils billigend in Kauf nehmen, bereit sind, ihren Teil der Rechnung zu bezahlen.

Erleben wir eine Art Staatsversagen im Hambacher Forst? Immerhin werden jetzt wieder Baumhäuser gebaut.

Vassiliadis Der Staat muss sich die Frage gefallen lassen, ob er solche rechtsfreien Räume zulässt. Selbstverständlich können und müssen wir darüber streiten, wie radikal oder balanciert wir unsere Energieversorgung umbauen. Nur ist das alles leider viel komplexer, als es die Szenerie im Hambacher Forst suggeriert. Dass Aktivisten, die einen Wald mit Baumhäusern zubauen, romantisiert werden, ist schon schräg. Dadurch ist er nicht einmal mehr für die gern bemühten 36 verbliebenen Fledermaus-Paare noch ein adäquater Rückzugsraum. Wenn die Aktivisten nun wieder jahrelang Zeit haben, sich neu einzurichten, dann erleben wir das gleiche Spiel noch einmal. Ich habe nichts gegen Proteste. Aber was sich dort abspielt, hat eine neue Qualität.

Haben Sie Angst vor einer Form von Öko-Terrorismus?

Vassiliadis Nein. Aber die Gewaltbereitschaft, die dort mitunter zu finden ist, ist schon erschreckend. Es gibt da eine Szene, die in ganz Europa hervorragend vernetzt ist und nicht davor zurückschreckt, dass Menschen zu Schaden kommen. Die Aktivisten haben doch jetzt erreicht, was sie wollten. Im Endeffekt könnten sie alle nach Hause gehen. Gerodet werden darf ja erst einmal nicht mehr. Also: Was soll das jetzt?

RWE hatte ein Drohszenario aufgemacht, ein Rodungsstopp werde die Versorgungssicherheit gefährden, produziert jetzt aber fröhlich weiter. Ein Fehler?

Vassiliadis Das wird die Zeit zeigen. Eine Reduktion der Förderung, wie sie derzeit vorgesehen ist, bedeutet ja keinen kompletten Stopp der insgesamt 15 Prozent, die die Hambacher Kraftwerke zur Energieversorgung in NRW beisteuern. Wenn wir die Kohle auf einen Schlag rausnehmen würden, wie gerne PR-wirksam von den Grünen gefordert, hätte das nicht nur Folgen für uns, sondern auch für unsere Nachbarländer. In der

Kohlekommission haben wir Zahlen zum Thema Versorgungssicherheit gesehen. Danach steht Deutschland heute noch relativ gut da – dank vorhandener Kernenergie und Kohleverstromung. In Belgien beispielsweise sieht das schon ganz anders aus.

Sie selbst sind Mitglied der Kohlekommission. Wie beurteilen Sie den Stand der Diskussion bislang?

Vassiliadis Durch die Vielfältigkeit der Teilnehmer ist die Debatte mitunter anstrengend. Jeder hatte zunächst die Möglichkeit, Gutachten zu präsentieren. Natürlich mit unterschiedlicher Tonalität. Allerdings gehört zu den Annahmen aller Gutachter, dass wir unsere Ausbauziele bei Erneuerbaren und Netzen erreichen. Genau das ist aber nach derzeitigem Stand höchst fraglich.

Die Regierung hat doch gerade erst einen Gesetzentwurf für den schnelleren Netzausbau in die Ressortabstimmung gegeben. Da scheint sich doch was zu bewegen.

Vassiliadis Naja, wir reden hier von einem Beschleunigungsgesetz, das das Beschleunigungsgesetz aus 2008 beschleunigen soll. Von den geplanten 7700 Kilometern Netzstrecke sind erst 950 Kilometer realisiert. Im letzten Jahr waren es sage und schreibe 30 Kilometer, die neu hinzugekommen sind. Zum Vergleich: Eine Weinbergschnecke legt in einem Jahr 27 Kilometer zurück. Ich wünsche mir beim Netzausbau gerade auch in der Politik mehr Realitätssinn.

Was muss passieren, um die Ausbauziele noch zu erreichen?

Vassiliadis Wir müssen bei den Menschen mehr Verständnis dafür erzeugen, dass die Energiewende auch zu sichtbaren

Veränderungen in ihrer Umgebung führen wird. Die Bürger sollten sich bewusst darüber sein, dass der Umstieg auf die Erneuerbaren auch Einschnitte in die Natur mit sich bringt – im Übrigen auch zum Abholzen von Wäldern führen kann. Wenn einem Hausbesitzer ein Windrad vor sein Grundstück gestellt wird, bekommt er keine Entschädigung. Kompensationsregelungen, wie es sie etwa bei Umsiedlungen durch Tagebaue gibt, sollten auch für Erneuerbare gelten.

Bis Ende Oktober will die Kommission Vorschläge machen, wie hoch die Fördermittel für die Reviere ausfallen, bis Dezember soll es einen konkreten Fahrplan für den Ausstieg geben. Halten Sie diesen Zeitrahmen für realistisch?

Vassiliadis Da ist gerade enorm Druck auf dem Kessel. Wir haben viel Zeit damit vertan, länglich Positionen auszutauschen. Am Ende ist es ein ambitionierter, aber möglicher Zeitplan.

Für die Strukturförderung steht eine Summe von 1,5 Milliarden Euro noch in dieser Wahlperiode im Raum. Reicht das aus?

Vassiliadis Erst einmal ist es gut, dass die große Koalition anerkannt hat, dass es da Finanzierungsbedarf gibt, und die 1,5 Milliarden Euro in den Haushalt einstellt. Wenn Sie diese Summe aber auf die drei Reviere aufteilen, merken Sie schnell, dass das bei Weitem nicht ausreicht. Allein für die Überführung der Menschen in neue Jobs muss deutlich mehr Geld bereitgestellt werden. In dem Zusammenhang wird viel zu wenig über die Schaffung guter Industriearbeit gesprochen, stattdessen stehen die Infrastrukturinvestitionen im Vordergrund. Eine neue Autobahn, eine Bahntrasse oder Glasfaserkabel – das sind alles Dinge, die man schnell umsetzen kann und die auch helfen.

Damit die Reviere aber nicht abgehängt werden, benötigen wir marktfähige Industrieinvestitionen.

Wie sieht es aus bei der Diskussion um ein Ausstiegsdatum aus?

Vassiliadis Bis 2020 hat die Energiewirtschaft ihren Beitrag – anders als etwa die Autoindustrie oder andere Branchen – schon erreicht. Und spätestens mit dem Gerichtsentscheid zum Hambacher Forst haben wir ja sogar noch mal 17 bis 19 Tonnen Kohle aus der Rechnung herausgenommen. Das will aber von den Kohlegegnern niemand wahrhaben. Ab 2020 werden viele ältere Kraftwerke vom Netz gehen. Wir haben dann nur noch die saubersten Kohlekraftwerke im System. Ab 2030 können wir dann den endgültigen Ausstieg der verbliebenen Kraftwerke planen. Die Betonung liegt auf Planen. Wir sollten in fest definierten Abständen überprüfen, ob die Ausbau-Ziele erreicht sind. Ist das nicht der Fall, muss die Betriebserlaubnis verlängert werden.

Der RWE-Chef hat auch bereits gedroht, bei einem abrupten Ausstieg gegen die Entscheidung zu klagen. Würden Sie ein solches Vorgehen unterstützen?

Vassiliadis Ich würde dafür plädieren, dass wir in der Kohlekommission eine Lösung hinbekommen, die nicht dazu führt, dass am Ende wieder die große Klagewelle losrollt. Wir sollten aus den Fehlern des überhasteten Atomausstiegs lernen.

10:30 Uhr Politischer Kohlenausstieg kostet 100 Milliarden Euro und gefährdet nachhaltige Strukturentwicklung
Klimaschutz muss soziale und regionale Verantwortung berücksichtigen - Schneller Kohlenausstieg kostet mindestens 100 Milliarden Euro

Ein durch den Klimaschutzplan 2050 politisch forcierter Ausstieg aus der Braunkohle mit einem vorzeitigen Abschalten von Kraftwerken schon in den kommenden Jahren vernichtet bis 2025 mindestens 36.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze, bis 2030 werden rund 50.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein übereilter Ausstieg aus der Braunkohle gefährdet damit nach Ansicht von Dr. Helmar Rendez, dem Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), einen erfolgreichen und langfristig angelegten Strukturwandel in den Braunkohlenregionen. Seine Kritik gründet Rendez auf eine jetzt vorgelegte Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat im Auftrag des DEBRIV die Folgen des Ende 2016 von der Bundesregierung verabschiedeten Klimaschutzplans 2050 und eines vorzeitigen Kohlenausstiegs untersucht und dabei insbesondere die Konsequenzen für den Strukturwandel in den Braunkohlenregionen in den Blick genommen.

Die Studie zeigt, dass schon aufgrund der heute geltenden Klimaschutzvorgaben die betroffenen Regionen vor erheblichen Herausforderungen stehen.

"Wer jetzt noch national draufsatteln und das Aus für die Kohle schneller will, nimmt verheerende Strukturbrüche billigend in Kauf", sagte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende anlässlich der Vorstellung der Studie.

Im Vergleich mit der bereits durch den europäischen Emissionshandel vorgegebenen Reduzierung der Stromerzeugung aus Braunkohle würde ein durch nationale Maßnahmen beschleunigter Rückgang der Kohlenverstromung

erhebliche Zusatzkosten verursachen, errechnete das IW in seiner Untersuchung. Im Zeitraum von 2020 bis 2040 verursacht ein schneller Kohlenausstieg Mehrkosten in Höhe von fast 100 Milliarden Euro, so das IW. Diese Abschätzung berücksichtigt aber weder regionale Strukturbrüche, noch Versorgungsengpässe mit Stromausfällen oder Kosten durch verkürzte Laufzeiten von Kraftwerken und anzupassende Genehmigungen für die Tagebaue. Die Konsequenzen für die Arbeitsplätze in der Industrie, die unter steigenden Strompreisen leiden wird, kämen noch hinzu, wurden in dieser Studie aber nicht betrachtet.



Auch in der Lausitz im Tagebauggebiet hat die Kohlekommission bereits Halt gemacht. Etliche Bergbaumitarbeiter haben dort für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Foto: picture alliance/dpa

Die Analyse der Strukturwandelvoraussetzungen in den einzelnen Revieren zeigt, dass es kurzfristig keine Strukturen gibt, die einen schnellen Kohlenausstieg auffangen können. "Daran ändern auch die in Aussicht gestellten finanziellen Zuschüsse des Bundes wenig. Geld allein kauft keine Zukunft. Die bestehenden Strukturen werden weder im Hinblick auf die Beschäftigung noch hinsichtlich der

Wertschöpfung innerhalb der nächsten zehn Jahre einen Beitrag leisten können, der die heutigen Beiträge der Braunkohlen-wirtschaft in den Regionen ersetzen kann", erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende und stellte fest, dass sich auch mit zusätzlichen Finanzmitteln der Strukturwandel nicht beliebig beschleunigen lässt. Mit der aktuellen Studie hat der DEBRIV einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geliefert.

13:00 Uhr Energieexperte der Grünen kritisiert die NRW-Regierung

Der Dürener Bundestagsabgeordnete und Energie-Experte Oliver Krischer warf der schwarz-gelben Landesregierung vor, das Problem der sogenannten Ewigkeitslasten bei der Braunkohle vollkommen auszublenden. „RWE behauptet, alle Kosten seien gedeckt, aber es gibt keine Transparenz.“ Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission besucht an diesem Mittwoch das Rheinische Tagebaurevier. Sie soll Vorschläge für den Strukturwandel in den Kohlerevieren und ein Ausstiegsdatum erarbeiten.

14:00 Uhr „Ende Gelände“ baut Protestcamp

Ohne eine Gerichtsentscheidung zum Standort abzuwarten, hat das Aktionsbündnis Ende Gelände am Dienstag mit dem Aufbau eines Protestcamps gegen den Braunkohleabbau am Hambacher Forst begonnen.

Der Standort ist umstritten: Die Polizei hatte verfügt, dass das Protestcamp etwas weiter entfernt vom Wald in Jülich-Mersch stattfinden solle. Dabei hatte sich die Behörde auf den Naturschutz berufen. Die Aktivisten wollen dagegen mit ihrem Camp näher an das strittige Gebiet. Beim Verwaltungsgericht Aachen lag am Dienstagmittag dazu noch ein Eilantrag der Kohlegegner vor.

Aktionsbündnis errichtet Protestcamp an umstrittenem Standort



Szenen vom Aufbau des Klimacamps in Erkelenz im August. Foto Joachim Röhrig

Grundsätzlich ist das Protestcamp vom 25. bis 29.10. genehmigt. Da eine Woche Zeit für den Aufbau eingeplant sei, habe man jetzt „aus logistischen Gründen“ auch ohne Gerichtsentscheid mit dem Aufbau begonnen, teilte das Bündnis mit. „Wir müssen sicherstellen, dass das Camp strukturiert abläuft und nicht Tausende Menschen irgendwo ihre Zelte aufschlagen“, begründete Sprecherin Karolina Drzewo das Vorgehen. Der Protest gegen die klimaschädliche Kohle müsse in der Nähe des Abbaugebiets stattfinden können.

18:20 Uhr Klimaaktivisten müssen Ersatz-Standort für ihr Camp akzeptieren

Klimaaktivisten müssen nach einer Gerichtsentscheidung für ihr Protestcamp im Rheinischen Braunkohlerevier einen Ersatz-Standort der Polizei akzeptieren. Das zugewiesene Areal im Westen des Tagebaus Hambach sei zumutbar und rechtlich nicht zu beanstanden, stellten die Richter des Aachener Verwaltungsgerichts am Dienstag fest. Die Polizei hatte das von den Aktivisten vorgeschlagene Landschaftsschutzgebiet aus Natur-

schutzgründen abgelehnt. Das Bündnis kündigten Beschwerde am Oberverwaltungsgericht in Münster an.

19:00 Uhr Fotoaktion mit Promis



Promibilder im Hambacher Forst Foto: Dietmar Fratz

Schauspieler Benno Fürmann, Fernseh-Wetterfrosch Karsten Schwanke, Musiker Johannes Strate (Revolverheld), Kabarettist Torsten Sträter, Fernsehköchin Sarah Wiener: Sie alle stellen sich bildlich schützend vor die Bäume des Hambacher Forstes. Die Bagger sind in Sichtweite, der Kohleausstieg in der Diskussion. Mit Blick auf die Tagung der Kohlekommission hat die Klimaallianz Deutschland unterstützt von Organisationen wie Greenpeace, Germanwatch und Nabu, Prominente um Unterstützung gebeten. „Fast alle haben sich positiv zurückgemeldet“, sagt Stefanie Langkamp (Klimaallianz Berlin). Und sie haben Fotos geschickt. 63 Porträts hingen im Wald zwischen dem alten Manheim, den Waldhöfen und der Abbaukante. „Wir wollen an die Kommission die Botschaft senden, dass wir den Kohleausstieg brauchen, damit Wald, Dörfer und Menschen

bleiben können“, sagt Langkamp. Nach dem Pressetermin wurden die Fotos wieder abgehängt. „Der Wald wurde unversehrt wieder verlassen“, betonte Langkamp.

Mittwoch, 24. Oktober

06:00 Uhr „Aber ja, geschockt waren wir alle“

Herr Louis, das Urteil des Obergerichtes zum Rodungsstopp des Hambacher Forstes hat RWE und die Mitarbeiter geschockt. Halten Sie es für falsch?

Gerichte sprechen Recht, es gibt immer einen Unterlegenen. Wir werden uns an den Richterspruch halten. Ob ich das Urteil als falsch empfinde? Diese Frage stellt sich mir nicht, da ich das Urteil nicht beeinflussen kann. Aber ja, geschockt waren wir alle!

Nun droht eine jahrelange Hängepartie, weder RWE noch Mitarbeiter und Umweltschützer wissen, wie es weitergeht. Was raten Sie?

Zu besonnenem und respektvollen Umgehen miteinander, um diese Zeit zu überbrücken.

In sozialen Netzwerken tobt ein teils heftiger Streit zwischen Gegnern und Befürwortern der Kohleverstromung. Oft geht es unter die Gürtellinie. Wie stehen Sie dazu?

Wichtig ist es, mit den Kollegen zu reden. Auf negative und unter die Gürtellinie gehende Posts einzugehen, würde das Feuer neu entfachen. Ich wünsche mir Sachlichkeit und Argumente. Drohungen sind fehl am Platz.

Die Kohlekommission tagt heute in Bergheim. Die Stimmung ist wieder einmal aufgeheizt. Wie sollen sich die RWE-Mitarbeiter verhalten?

Wir werden friedlich, aber laut demonstrieren. Die Verlässlichkeit unserer Kollegen findet sich an ihrem Arbeitsplatz wieder. Diese Verlässlichkeit wollen wir auch mit in den Demonstrationzug bringen.



Harald Louis hofft in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Braunkohle auf Dialog und sachliche Argumente. Foto Funken

Die Kohlekommission tagt heute in Bergheim. Die Stimmung ist wieder einmal aufgeheizt. Wie sollen sich die RWE-Mitarbeiter verhalten?

Wir werden friedlich, aber laut demonstrieren. Die Verlässlichkeit unserer Kollegen findet sich an ihrem Arbeitsplatz wieder. Diese Verlässlichkeit wollen wir auch mit in den Demonstrationzug bringen.

Fürchten Sie, dass die Kommission zu Ergebnissen kommt, die zulasten der Arbeitnehmer gehen?

Zunächst muss die Kommission Perspektiven aufzeigen. Wir werden uns damit beschäftigen, um dann festzustellen, wie wir damit umgehen.

Gibt es schon Entscheidungen oder Signale aus dem RWE-Vorstand, dass Arbeitsplätze abgebaut werden sollen? In welchem Zeitraum und wie viele?

Das Urteil des OVG zwingt natürlich RWE, alle erdenklichen Möglichkeiten zu prüfen, den Betrieb der Tagebaue und der Kraftwerke aufrechtzuerhalten. Konkret ist mit den Betriebsräten über Personalabbau nicht gesprochen worden.

RWE hat Arbeitsplätze immer sozialverträglich abgebaut und betriebsbedingte Kündigungen vermieden. Bleibt es dabei?

Wir Betriebsräte mit den Gewerkschaften werden nicht akzeptieren, ob im Osten oder im Westen der Republik, dass Beschäftigte ins Bergfreie fallen.

Möglich wäre ja auch, dass Milliarden für Investitionen und Ersatzarbeitsplätze bei einem früheren Ausstieg aus der Kohle ins Revier fließen. Wäre das ein Weg für Sie?

Wir wollen den Tag nicht vor dem Abend loben, auch nicht mutmaßen. Gute Ersatzarbeitsplätze durch einen guten Strukturwandel, das wäre ein Weg, der vieles erleichtert. Ein guter Strukturwandel beinhaltet auch Investitionen.

Die CDU/FDP-Landesregierung NRW gerät zunehmend unter Druck, sich in Sachen früherer Kohleausstieg zu bewegen. Können Sie das verstehen?

Nein, das kann ich nicht verstehen, da es hier nicht um einen früheren Kohleausstieg geht, sondern um die Frage, wie mit Industriearbeitsplätzen und Industrieunternehmen in diesem Land umgegangen wird.

Nach dem Höhenflug der Grünen in Bayern könnte die Hessenwahl die Grünen weiter nach vorne bringen. Mit welchen politischen Auswirkungen auf den Bund und NRW rechnen Sie? Was bedeutet das für die Energiewende und die Kohleverstromung?

Wenn die Grünen ihren möglichen Regierungsauftrag in der nächsten Legislaturperiode in Hessen erhalten würden, dann muss auch eine Regierung unter grüner Politik die notwendigen Stromtrassen von Nord nach Süd bauen lassen. Windräder aufbauen reicht nicht! Die Stromleitungen sind vorher zu errichten. Ich baue auch keine Autos, wenn ich keine Straßen habe. Wenn die Grünen in politische Verantwortung kommen, dann wird der Druck auf uns weiter steigen. Aber dieser Verantwortung würden wir uns stellen, da wir gute Argumente zum Gelingen der Energiewende haben. Oppositionsarbeit oder Regierungsarbeit wird auch den Druck auf grüne Politiker erhöhen, da sie dann verantwortlich sind für ihre politischen Entscheidungen.

08:00 Uhr Kohlekommission tagt heute im Rheinischen Revier
Tausende Menschen wollen heute während einer Tagung der Kohlekommission in Bergheim gegen einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle protestieren. Bis zu 10.000 Demonstranten sind angekündigt. Die Polizei rechnet mit einem Großeinsatz und Verkehrsbehinderungen. Die Gewerkschaft IG BCE hat einen Demonstrationzug in Bergheim von 8 bis 12 Uhr angemeldet. Die Polizei erwartet auch Gegenproteste.

Die Kommission tagt am Mittwoch im Kreishaus in Bergheim und soll bis Ende des Jahres ein Konzept erarbeiten, wie Deutschland aus der Braunkohle aussteigen soll. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) will ihr in Bergheim die Standpunkte des Industrielandes Nordrhein-Westfalen darlegen und auch vor den Demonstranten sprechen. Vor dem Protest

appellierten Kohlegegner und -befürworter für Verständnis und verurteilten Hetzkampagnen der jeweils anderen Seite.

08:20 Uhr Vor „Hetzkampagnen“ gewarnt

Vor der Tagung der Kohlekommission hat Kommissionsmitglied Antje Grothus den Energiekonzern RWE davor gewarnt, weiter gegen Tagebaubetroffene aufzuwiegeln. „Solange RWE die Hetzkampagnen duldet, wird die Situation vor Ort weiter eskalieren“, sagte Grothus am Mittwochmorgen dem Radiosender WDR 5. Sie und andere Tagebaubetroffene seien „keine Personen zweiter Klasse“, sagte Grothus. Die Kohlekumpel dürften auch nicht ausblenden, welche Folgen der Kohleabbau habe. Etwa 100 Mitglieder der Gewerkschaft IG BCE waren unter anderem mit Trillerpfeifen vor ihrem Wohnhaus aufmarschiert.

09:15 Uhr Demo-Zug ist am Kreishaus

Tausende Beschäftigte aus Kohle-Branche und Industrie haben sich vor der Tagung der Kohlekommission im rheinischen Revier mit einer Demonstration für ihre Jobs stark gemacht. Der Protestzug, der sich gegen einen schnellen Ausstieg aus der Braunkohle wandte, setzte sich am Mittwochmorgen in Bewegung und hat mittlerweile das Kreishaus, in dem die Kohlekommission tagt, erreicht.

Ein Sprecher der Gewerkschaft IG BCE sprach von „mindestens 10 000“ Menschen, die auf die Straße gegangen seien. Auf Schildern waren unter anderem die Sprüche „Hambi muss weg“ und „Baggi bleibt“ zu lesen.



Der Demozug führte zum Bergheimer Kreishaus. Foto Frank Kreidler



Die Gewerkschaft spricht von 10.000 Demoteilnehmern. Foto picture alliance/dpa



„Hambi muss weg“ und „Baggi bleibt“
ist zu lesen.
Foto: picture alliance/dpa

10:00 Uhr Polizei gibt Schätzung

Die Polizei schätzt die Teilnehmerzahl auf mittlerweile 14.500

10:15 Uhr Laschet eingetroffen



Armin Laschet ist ebenfalls vor Ort. Foto Kreidler

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet ist mittlerweile eingetroffen. Die Kohlekommission tagt jetzt im Bergheimer Kreishaus hinter verschlossenen Türen.

10:53 Uhr Schätzungen nach oben korrigiert

Die Demonstranten sind inzwischen auf dem Weg nach Elsdorf. Es sollen nach Schätzungen der Polizei jetzt knapp 25.000 sein.

12:03 Uhr Bürgermeister von Elsdorf übt Kritik

Elsdorfs Bürgermeister Heller positionierte sich in seiner Rede klar an der Seite der Demonstranten. Man wolle nicht wie „Schmuddelkinder“ der Nation behandelt werden. Im Hinblick auf einen Strukturwandel „mit Sinn und Verstand“ forderte er Hilfen von Bund und Land. NRW-Ministerpräsident Laschet sicherte den Demonstranten in Elsdorf ebenfalls seine Rückendeckung zu. Gewerkschaftsvorsitzender Michael Zissis Vassiliadis bezifferte die Zahl der Anwesenden inzwischen auf 30.000 plus. Er appellierte an das, was diese Gesellschaft stark macht: die Fähigkeit, miteinander zu sprechen.

12:23 Uhr Laschet appelliert an Kommission

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat den Streit um eine mögliche Rodung des Hambacher Forstes als nachrangig für die Entscheidungen der Kohlekommission eingestuft. „Die Frage des Weltklimas und des deutschen Beitrages ist größer als die Frage des Hambacher Forstes“, sagte er am Mittwoch.

Er habe an die Kommission appelliert, einen nachhaltigen Ausstieg aus der Braunkohle zu planen und sich nicht „an Symbolen“ festzuhalten. „Mein Eindruck ist, dass der Hambacher Forst für eine Kommission, die bundesweit über Daten des Ausstiegs aus der Braunkohle nachdenkt, nicht die Relevanz hat, wie manchmal die Symboldebatten unterstreichen sollten.“



Armin Laschet tritt vor die Kameras. Foto Frank Kreidler

13:36 Uhr Kommission legt erste konkrete Pläne vor



Die Kohlekommission tagt am Mittwoch in Bergheim. Foto Kreidler

Die Pläne für neue Jobs in den Kohleregionen werden konkreter: Die Kommission für die Vorbereitung des Kohleausstiegs schlägt in einem Entwurf eine komplette oder teilweise Verlagerung zweier Bundesämter vor. Bund und Länder sollten sich verpflichten, in den kommenden Jahren „Neugründungen, Verlagerungen oder Erweiterungen von Behörden oder Einrichtungen prioritär in den betroffenen Regionen vorzunehmen“, heißt es in dem Entwurf vom Dienstag. Dafür kämen unter anderem das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI) und das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Frage. „Rheinische Post“ und „Handelsblatt“ hatten zuerst über das Papier berichtet.

16:10 Uhr Aktivisten errichten Zeltlager ohne Genehmigung

Nachdem den Aktivisten von „Ende Gelände“ durch das Verwaltungsgericht Aachen untersagt wurde, in Niederzier zu campieren, wehren sich diese nun gegen die Fläche auf der Mercher Höhe in Jülich, die ihnen die Polizei Aachen ersatzweise zugewiesen hatte.



Aktivisten bauen das Zeltlager auf. Foto Wilfried Meisen



Aktivisten von „Ende Gelände“ bauen auf dem Sportplatz in Mannheim (alt) Zelte auf. Foto Wilfried Meisen

Seit dem Nachmittag bauen die Aktivisten ihre Zelte stattdessen auf dem Sportplatz in Mannheim (alt) auf. Für das Camp, das sich nur rund ein bis zwei Kilometer vom Hambacher Forst entfernt befindet, liegt keine Genehmigung vor. Vor Ort befinden sich auch etwa 50 Polizisten, die jedoch nicht einschreiten. „Wir wollen besonnen reagieren“, sagte ein Polizeisprecher. Die Stadt Kerpen will unterdessen bei der Polizei Aachen Protest gegen das Camp einlegen.



Ende Gelände besetzt Sportplatz Mannheim unter den Augen der Polizei und baut dort ein Camp auf. Foto Wilfried Meisen

21:00 Uhr Polizei wird Camp wohl noch am Abend räumen

Feuerwehr und Polizei ist mit einem Großaufgebot vor Ort. Scheinbar bereiten die Einsatzkräfte die Räumung des Camps vor. Den Aktivisten wurde mitgeteilt, dass sie das Camp noch freiwillig verlassen können. Andernfalls werden sie polizeilich erfasst.

22:45 Uhr Polizei setzt Ultimatum

Die Polizei ist mit mehreren Fahrzeugen und zig Beamten vorgefahren und hat ein Räumungsultimatum von fünf Minuten gesetzt.

23:00 Uhr Polizei räumt Protestcamp

Die Polizei hat am späten Mittwochabend damit begonnen, das Protestcamp von Braunkohlegegnern in der Nähe des Hambacher Forstes zu räumen. Etwa ein Drittel der etwa 100 Aktivisten dort hätten das Camp in Kerpen-Manheim zuvor freiwillig verlassen, sagte eine Sprecherin der Polizei Aachen. Die anderen würden teils weggetragen. Größeren Widerstand gegen die Räumung gebe es nicht.



Die Aktivisten blockieren den Eingang des Sportplatzes. Foto Meisen

Zuvor hatte es geheißen, das Zelt-Camp auf einem ehemaligen Sportplatz sei ohne Zustimmung des Energiekonzerns RWE auf RWE-Gelände errichtet worden. Das Unternehmen habe Strafantrag gestellt.

Donnerstag, 25. Oktober

05.51 Uhr „Ende Gelände“- Camp vollständig geräumt

In der Nacht ist das nicht genehmigte Ende-Gelände-Camp auf dem Fußballplatz in Kerpen-Manheim-Alt von der Polizei geräumt wurden. Am Mittwochnachmittag hatten Aktivisten es in einer Blitzaktion aufgebaut. Nachdem am späten Abend ein von der Polizei gesetztes Ultimatum verstrichen war, trugen die Beamten jeden der etwa 80 Aktivisten vom Fußballplatz. Anschließend wurden die Personalien der Demonstranten festgehalten. Es war eine durchweg friedliche Aktion, einige Kohlegegner kamen sogar mit den Beamten ins Gespräch. Um 01.05 Uhr war der letzte Aktivist vom Fußballplatz verschwunden. Vereinzelt Personen, die am Waldrand saßen, wurden später von den Polizisten weggebracht. Gegen 01.30 Uhr wurden zunächst mehrere kleinere Zelte und anschließend etwa 15 Großraum-Zelte abgeschlagen. Verletzt wurde bei der Räumung offenbar niemand.



Gegen 01:00 Uhr morgens war das Gelände komplett geräumt. Foto Udo Beißel

06:40 Uhr Aktivisten droht Verfahren

Im Zuge der Räumung des Protestcamps in Kerpen-Manheim wurden bei 109 Aktivisten die Personalien festgestellt, ihnen droht ein Verfahren wegen Hausfriedensbruches.

08:41 Uhr: Polizei bereitet die Räumung der besetzten Häuser in Manheim-Alt vor

Einsatzkräfte der Polizei sind heute erneut in der Nähe des Hambacher Forstes im Einsatz. Es geht um die leerstehenden Häuser im Umsiedlungsort Manheim-Alt, die seit einiger Zeit von Aktivisten besetzt werden. Die Polizei fordert die Besetzer auf, die Häuser freiwillig zu verlassen – ansonsten werde mit der Räumung begonnen. Die Häuser befinden sich im Privatbesitz von RWE. Am Morgen machte die Polizei Lautsprecherdurchsagen an die Besetzer und erteilte Platzverweise für die Häuser und die Grundstücke. Sollten die Besetzer den Anweisungen nicht folgen, will die Polizei die angekündigten Maßnahmen mit Zwang durchführen – sprich: die Häuser räumen.



Die Räumung ging friedlich vonstatten. Foto Udo Beißel



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Seit den Morgenstunden ist die [#Polizei #Aachen](#) erneut in [#Manheim](#) bei [#Buir](#) im Einsatz. Die Hausbesetzer werden aufgefordert, die im Besitztum von [@RWE_AG](#) befindlichen Gebäude freiwillig zu verlassen. Andernfalls wird die Polizei diese räumen. [#HambacherForst #Manheimlebt](#)

09:16 Uhr Die Besetzer gehen nicht freiwillig – Räumung hat begonnen

Das ist keine große Überraschung: Die Besetzer verlassen die Häuser nicht freiwillig. Die Polizei hat mit der Räumung begonnen. Die Besetzer sind auf die Dächer der Häuser geklettert und machen keine Anstalten selbstständig herunterzukommen. Auch die Feuerwehr und der Rettungsdienst sind vor Ort und in Bereitschaft. Zeugen sprechen von einer Rauchentwicklung, die aber noch nicht bestätigt wurde.

Der Energiekonzern RWE als Eigentümer der besetzten Gebäude hat laut Polizei in der vergangenen Woche Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs bei der Aachener Polizei gestellt.

Aktivisten reisen mit Bussen nach Manheim – Chaos droht

Parallel treffen die ersten Reisebusse ein, die Teilnehmer des geplanten Camps von Ende Gelände, das am Wochenende stattfinden soll, absetzen. Für das Wochenende werden etwa 3000 Camp-Teilnehmer erwartet.

09:59 Uhr Polizei hofft auf Vernunft

Mehrere Besetzer haben sich auf dem Dach eines besetzten Hauses verschanzt. Auf Twitter appelliert die Polizei an die Vernunft der Besetzer und schreibt: "Das Besteigen der Hausdächer birgt aufgrund der Witterung und des unbekanntem Zustands unkalkulierbare Risiken für die Hausbesetzer/innen! Bringen Sie sich und andere nicht in Gefahr! Die Polizei Aachen möchte nicht, dass Personen zu Schaden kommen! Verlassen Sie entweder freiwillig die Dächer oder sprechen Sie uns an!"

10:48 Uhr Mehr als 100 Aktivisten sind in Manheim angekommen



Aktivisten sind bereits am Donnerstag mit Bussen nach Manheim gekommen. Foto Wilfried Meisen

Während die Polizei bei der Räumung der besetzten Häuser die ersten Menschen in Gewahrsam genommen hat, reisen weitere Umweltaktivisten in den Umsiedlungsort. Am Donnerstagmorgen kamen rund 100 Leute mit zwei Reisebussen in Manheim an – sie wollten eigentlich zum nicht genehmigten und am Mittwochabend geräumten "Ende Gelände"-Camp.

Jetzt droht der Ortschaft ein Chaos. Unser Reporter berichtet, dass die angekommenen Aktivisten mit Rucksäcken, Zelten

und Schlafsäcke auf der Suche nach einer Unterkunft sind. Das legale "Hambi-Camp" am Rande von Mannheim gilt schon jetzt als überfüllt.



Die Aktivisten sind auf der Suche nach einer Unterkunft. Foto Wilfried Meisen



Auf dem Fußballplatz graben Bagger den Boden um. Foto Wilfried Meisen

Zurück auf den Fußballplatz, wo am Mittwochabend das illegale "Ende Gelände"- Camp geräumt wurde, können sie auf keinen Fall: Dort haben Firmen im Auftrag von RWE bereits damit begonnen, das Gelände mit Baggern umzupflügen. Für das Wochenende hat "Ende Gelände" eine große Protestaktion geplant, deshalb ist damit zu rechnen, dass weitere Aktivisten nach Mannheim-Alt kommen.

11:50 Uhr „Ende Gelände“ will an seinen geplanten Aktionen festhalten

Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ erwartet am Rande des Hambacher Forstes weitere Aktivisten. Am Freitagmorgen soll ein Sonderzug mit rund 1000 Menschen in Düren ankommen. Weiterhin ist nach der Räumung des „Ende Gelände“-Camps offen, wohin die Teilnehmer gehen sollen. Das Bündnis arbeitet an Lösungen, sagte die Sprecherin Karolina Drzewo am Donnerstag. Sie betonte zudem: „Wir lassen uns nicht aufhalten.“ Die Demonstranten des Aktionsbündnisses wollten von dem Protestcamp am Rande von Mannheim aus, neue Aktionen gegen den Braunkohleabbau starten.

12:48 Uhr Kohlekommission schlägt den Umzug von Behörden ins Rheinische Revier vor

Was passiert nach dem Ausstieg aus der Kohle mit dem Rheinischen Revier? Diese zentrale Frage soll die sogenannte Kohlekommission klären, die sich unter anderem mit der Zukunft der Braunkohlegebiete in Nordrhein-Westfalen und dem Osten Deutschlands beschäftigt. Bei ihrem Besuch in Bergheim machte die Kommission am Mittwoch einen bemerkenswerten Vorschlag: Um den Arbeitsplatzverlust im rheinischen Revier zu mildern, könnten Bundesbehörden aus Köln und Bonn in die Region umziehen. Konkret geht es um das Bundesverwaltungsamt (BVA) mit Hauptsitz in Köln und das Bundesamt für

Sicherheit und Informationstechnik (BSI) aus Bonn und mehrere tausend Arbeitsplätze. Die Stadt Köln zeigte sich von dem Vorschlag überrascht und hält ihn für wenig sinnvoll.



Das Bundesverwaltungsamt in Köln. Foto Thomas Banneyer

13:44 Uhr Einsatz der Polizei läuft bisher friedlich

Die Räumung der besetzten Häuser im Kerpener Ortsteil Mannheim-Alt läuft nach Angaben der Polizei bisher friedlich ab. Ein Teil der Besetzer war der Aufforderung, die Häuser freiwillig zu verlassen, nachgekommen.

Insgesamt geht es um die Räumung von rund zehn leerstehenden Gebäuden in dem fast verlassenen Umsiedlungsort, Aktivisten hatten sie vor einigen Tagen besetzt. Derzeit gehen die Polizeikräfte davon aus, dass nur noch ein Haus übrig ist. Dort haben sich acht Aktivisten auf dem Dach verschanzt – die Polizei ist mit speziell ausgebildeten Höhenrettern vor Ort, wie sie auch bei der Räumung im Hambacher Forst zum Einsatz gekommen waren. Außerdem setzte die Polizei eine Hebebühne ein und die Feuerwehr hat ein Sprungkissen aufgestellt.



Zahlreiche Einsatzkräfte sind vor Ort. Foto Eric Lamparter



Die Aktivisten haben sich auf den Dächern verschanzt. Foto Eric Lamparter

13:55 Uhr Ende Gelände hat neuen Ort für sein Protestcamp gefunden

Nach der Räumung des Zeltlagers auf dem Sportplatz in Mannheim hat das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ damit begonnen, ein neues Protestcamp zu errichten. Laut einer Mitteilung handelt es sich um eine private Fläche in Stepprath zwischen Düren und Kreuzau an der Stockheimer Landstraße, rund 15 Kilometer von Kerpen-Manheim entfernt. Stepprath gehört zum Stadtgebiet von Düren. Das Camp bietet laut den Umweltaktivisten Platz für rund 4 000 Menschen. Am Freitagvormittag soll auf der Freifläche ein Aktionstraining stattfinden. „Ende Gelände“ hat bis zum Sonntag unterschiedliche Proteste rund um den Hambacher Wald und den dortigen Tagebau geplant. Nach Informationen unserer Redaktion reisen derzeit immer mehr Aktivisten an, die an diesem Camp teilnehmen wollen.

14:17 Uhr Der Einsatz soll noch am Donnerstag abgeschlossen werden



Aktivisten auf dem Dach eines Hauses. Foto Eric Lamparter



Die Polizei setzt auch speziell ausgebildete Klettereinheiten ein. Foto Eric Lamparter

Die Polizei rechnet damit, dass die Räumung in Manheim-Alt noch am Donnerstag abgeschlossen sein wird. In den nächsten Stunden sollen die Bewohner des letzten besetzten Hauses vom Dach geholt werden. Derzeit geht die Polizei davon aus, dass es keine weiteren besetzten Gebäude in dem Kerpener Ortsteil gibt. „Anschließend muss der Eigentümer (also RWE) für die Sicherung des Gebäudes sorgen“, so ein Sprecher der Polizei Aachen. Der Energiekonzern hat schon damit angefangen mit Stahltüren und Bretterverschlägen Zugänge zu den Häusern zu verbarrikadieren.

14:31 Uhr Eilantrag vor Verwaltungsgericht Köln: Polizei unterbricht die Räumungen in Manheim

Die Polizei hat die Räumungen der besetzten Häuser in Manheim-Alt am Donnerstagnachmittag gestoppt. Das bestätigte ein Sprecher auf Anfrage unserer Redaktion. Der Grund dafür ist ein Eilantrag, der am Donnerstag beim Verwaltungsgericht in Köln eingegangen ist. Dabei geht es laut dem Polizeisprecher um eins von zwei Häusern, in denen sich noch Aktivisten befinden. Die Einsatzleitung der Polizei hat entschieden, den Einsatz solange zu unterbrechen, bis eine Entscheidung des

Verwaltungsgerichtes vorliegt, ob die Räumung des Hauses rechtmäßig ist oder nicht. Polizeikräfte bleiben in Mannheim aber weiterhin vor Ort.

15:05 Uhr Wie schnell Entscheidung über Eilantrag fällt, ist noch unklar

Nach Angaben des Verwaltungsgerichtes Köln ist der Eilantrag eines Anwalts am Donnerstagmittag bei dem Gericht eingegangen. Daraufhin hat ein Richter mit der Einsatzleitung der Polizei in Mannheim telefoniert und sich mit ihr darauf geeinigt, die Räumungen zu unterbrechen. Bis wann das Gericht eine Entscheidung über den Eilantrag trifft, ist derzeit noch offen, wie eine Sprecherin auf Anfrage mitteilte.

18:15 Uhr Polizei ist auf Großeinsatz vorbereitet



Polizisten räumen die besetzten Häuser in Mannheim. Foto Wilfried Meisen

Die Polizei stellt sich für das Wochenende mit einem Großeinsatz auf die Aktionen der Braunkohlegegner im gesamten Rheinischen Revier ein. Sie rechnet mit langanhaltenden Blockade-

aktionen von Tagebau-Infrastruktur wie Baggern oder Bandanlagen durch kleine Aktivistengruppen. Eingestellt ist sie aber auch auf die für das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ typischen Massen-Aktionen.

Polizeipräsident Dirk Weinspach kündigte an, Straftaten wie Hausfriedensbruch konsequent zu verfolgen. Er rief zu Besonnenheit, Gewaltfreiheit und Respekt auf.

Freitag, 26. Oktober

08:57 Uhr Sonderzug mit Aktivisten auf dem Weg

Tausende Braunkohlegegner wollen am Wochenende mit Blockaden den Tagebaubetrieb im Rheinland stören. „Dieses Mal wollen wir die Blockade für 1,5 Tage halten. Also nehmt für die Nacht dicke Schlafsäcke, Isomatten und lieber noch einen Pulli extra mit!“, hieß es in einem Aufruf der Aktivisten. Für Freitagmorgen wurde ein Sonderzug mit 1000 Aktivisten in Düren erwartet.

09:42 Uhr Sonderzug mit Tausend Aktivisten verspätet sich Polizei kontrolliert

Ein Zug mit rund 1000 Kohle-Gegnern soll am Freitagmorgen um 10 Uhr in Düren ankommen – ein Großaufgebot der Polizei ist vor Ort. Der Zug aus Prag mit Stationen in Dresden, Leipzig, Berlin und Hannover wird wohl zwei Stunden später als geplant ankommen, wie das Aktionsbündnis Ende Gelände auf Twitter schreibt. Grund für die Verzögerung seien Polizeikontrollen. In Düren werden die Demonstranten von Polizisten aus ganz NRW erwartet, wie eine Sprecherin sagte. Währenddessen prüft das Ordnungsamt der Stadt Düren noch, ob das geplante Protestcamp südlich vom Hambacher Forst bei Düren baurechtlichen Vorschriften entspricht.

11:03 Uhr Sonderzug angekommen



Aktivisten schwenken Fahnen aus dem Sonderzug. Foto picture alliance/dpa

Der Sonderzug mit knapp 1000 Braunkohlegegnern ist am Freitagmorgen in Düren angekommen und von einem Großaufgebot der Polizei in Empfang genommen worden.

Der Bahnsteig ist voller Menschen, die Polizei Aachen appelliert an die Aktivisten, den Zug und den Bahnsteig zu verlassen und in Richtung Treppenabgang zu gehen. Die Teilnehmer sammeln sich und werden sich nach Stepprath zum Protestcamp aufmachen.



An die Personen aus dem Sonderzug: Die [#Polizei](#) [#Aachen](#) wird Kontrollmaßnahmen durchführen. Verhalten Sie sich kooperativ & ruhig. Leisten Sie unseren Anweisungen Folge. Die Polizei Aachen wird friedlichen Protest schützen & Straftaten konsequent verfolgen. [#EndeGelaende](#)



Der überfüllte Bahnsteig: Gerade ist ein Sonderzug mit Braunkohlelegnern angekommen. Foto picture alliance/dpa

Es gebe keine Gründe, die ein Verbot rechtfertigten, teilte ein Sprecher der Stadt am Freitag mit. Sie forderte nach eigenen Angaben die Versammlungsleiter auf, einen ordnungsgemäßen und friedlichen Protest sicherzustellen.

11:33 Uhr Düren genehmigt Protestcamp



Aktivisten beziehen das Protestcamp in Stepprath. Foto picture alliance/dpa

Die Stadt Düren hat das Kohle-Protestcamp vom Aktionsbündnis Ende Gelände nach rechtlicher Prüfung genehmigt

14:12 Uhr Dürener Bahnhof blockiert

Am Bahnhof in Düren hat die Polizei eine Kontrollstelle eingerichtet, um die Ausweise aller mit dem Sonderzug eingetroffenen Aktivisten zu kontrollieren. Viele Braunkohlegegner weigern sich, die Organisatoren von „Ende Gelände“ werfen der Polizei via Twitter vor, dass die Kontrollen verfassungswidrig seien. Die Polizei betont, dass die Kontrollen nach dem Polizeigesetz NRW eingerichtet seien. Momentan ist der Platz vor dem Bahnhof blockiert. Die Aktivisten haben inzwischen angefangen Musik zu machen. Unser Reporter vor Ort beschreibt die Stimmung als positiv.

Aktivisten verweigern sich Polizeikontrolle – Bahnhof lahmgelegt



Dichtes Gedränge vor dem Dürener Bahnhof: Viele Aktivisten verweigern sich der polizeilichen Kontrolle. Foto Eric Lamparter



Die Polizei hat eine Kontrollstelle eingerichtet. Foto Eric Lamparter



An die Personen aus dem Sonderzug: Am Bahnhof Düren erwartet Sie eine nach dem Polizeigesetz genehmigte Kontrollstelle. Leisten Sie unseren Anweisungen Folge. Verlassen Sie den Bahnsteig, damit der reguläre Bahnverkehr wieder freigegeben werden kann. [#EndeGelaende](#)

15:24 Uhr Polizei nimmt Fingerabdrücke der Aktivisten

Am Bahnhof Düren haben Polizisten angefangen, von Aktivisten Fingerabdrücke zu nehmen und sie zu fotografieren. Das Bündnis „Ende Gelände“ hatte einen Eilantrag gegen die polizeiliche Kontrolle gestellt.

14:30 Uhr Polizei darf das letzte besetzte Haus in Manheim räumen

Die Polizei darf nach einer Gerichtsentscheidung ein besetztes Haus am Hambacher Forst räumen. Die Räumung sei auf Grundlage des NRW-Polizeigesetzes zulässig, begründete das Verwaltungsgericht Aachen am Freitag seine Entscheidung. Die Polizei habe von einem Hausfriedensbruch und damit von einem Verstoß gegen die Rechtsordnung ausgehen müssen. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit sei nicht berührt.

Die Polizei hatte nach eigenen Angaben am Donnerstag 13 besetzte Häuser in Kerpen-Manheim geräumt und 23 Besetzer herausgeholt. Nach einem Eilantrag gegen die Räumung des bis dahin letzten besetzten Haus unterbrach die Polizei die Maßnahme, um eine Entscheidung abzuwarten. RWE hatte als Eigentümer Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt.

16:15 Uhr Verwaltungsgericht erklärt Kontrollen für zulässig

Das Verwaltungsgericht Aachen hat einen Eilantrag der Aktivistinnen von „Ende Gelände“ abgelehnt. Damit sind die Kontrollen der Polizei am Bahnhof Düren zulässig. Das Gericht begründete die Entscheidung unter anderem damit, dass bei den geplanten Protestaktionen bis zum 29. Oktober wie schon in der Vergangenheit erneut mit Blockadeaktionen gerechnet werden müsse.

Auch Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte oder das Eindringen von Aktivistinnen in das Gelände der Tagebaue seien nicht auszuschließen. Es bestünden demnach „hinreichende Anhaltspunkte, dass bei diesen Aktionen auch Straftaten nach dem Versammlungsgesetz begangen werden“.

Die Polizeikontrollen sind laut Gericht dementsprechend auch nicht unverhältnismäßig, da sie sich über einen längeren

Zeitraum hinziehen. Betroffene Aktivisten „hätten es selbst in der Hand“, durch eigenes Mitwirken den Kontrollbereich schnell wieder verlassen zu können.

17:35 Uhr Demo gegen Extremismus und Gewalt

Rund 300 Personen demonstrierten in Merken bei Düren gegen linksextreme Umweltaktivisten.



Rund 300 Personen demonstrierten in Merken bei Düren gegen Extremismus und Gewalt. Foto Marco Fuehrer

17:50 Uhr Blockade-Aktionen am Wochenende erwartet

Rund 5000 Teilnehmer werden am Samstagmorgen zu der Kundgebung erwartet. Es ist eine Solidaritätsaktion der Bürgerinitiative Buirer für Buir, Naturfreunde und Umweltinstitut mit dem Aktionsbündnis Ende Gelände. Die Auftaktkundgebung findet um 11.00 Uhr an einer Landstraße ganz in der Nähe des Hambacher Forstes statt. Die Abschlusskundgebung ist nördlich des verlassenen Tagebaudorfes Morschenich am Tagebau- rand Hambach geplant.



Tausende Demonstranten werden am Wochenende erwartet, einige wollen in den Tagebau eindringen und den Braunkohleabbau blockieren. Foto Eric Lamparter

Die Aktionsgruppen sollen schon am Samstag sehr früh starten. Ziel dieser Gruppen ist es, Bandanlagen, Schienen oder Bagger zu blockieren und den Betrieb über Nacht bis Sonntag lahmzulegen. Angekündigt sind aber auch Aktionen mit sehr vielen Teilnehmern. Nach Einschätzung der Polizei könnten solche Aktionen aus der Demonstration am Samstag am Tagebau Hambach heraus starten - und zwar mit der bekannten „Fingertaktik“.

Nach einem bestimmten System lösen sich dabei immer mehr Menschen aus dem Demo-Zug Richtung Tagebau. „Personen, die sich entfernen, haben Straftaten angekündigt und sind auf dem Weg, Straftaten zu begehen“, sagte der Einsatzleiter der Aachener Polizei. Die Polizei werde dabei nicht einfach zusehen.

Samstag, 27. Oktober

08:37 Linksextremisten ziehen die Fäden im Hambacher Forst
An den Feuerlöschern waren Drähte befestigt. Die Behälter zur Brandbekämpfung, die im Hambacher Forst standen, wirkten wie selbst gebastelte Sprengkörper. Die Ordnungshüter, die im

September tagelang den Wald von Besetzern räumten, gingen kein Risiko ein. Kampfmittelräumer untersuchten die verdächtigen Gerätschaften, die sich als Attrappen herausstellen sollten.



Braunkohlegegner bereiten sich auf Aktionen am Wochenende vor. Foto dpa

Derweil warfen Vermummte Steine und Molotowcocktails. Die Beamten, getroffen von einigen Steinen, drängten die Störer zurück in den Wald. Die Aktivisten posteten den Einsatz später in den Sozialen Medien als Beispiel für übertriebene Härte der Einsatzhundertschaften gegen die Naturfreunde. Am Wochenende dürfte sich der Konflikt verschärfen. Erneut beharken sich Umweltaktivisten mit der Polizei nahe dem Forst. Weitere Demonstrationen stehen an. Auch kündigten Gruppen Aktionen gegen den Tagebau an.

Besorgt beobachten die Staatsschützer in NRW die Allianz aus naturbewegten Protestlern und der linksradikalen Szene. Den Erkenntnissen zufolge ziehen am Hambacher Forst auch extremistische Gruppen wie die „Interventionistische Linke“ (IL) im Hintergrund die Fäden. Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz (BFV) dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ mitteilte, handelt es sich „um die mobilisierungstärkste Organisation im Linksextremismus. Sie betreibt eine erfolgreiche Radikalisierungs-

strategie, die sie gezielt in ihrer Bündnisarbeit einsetzt“. Ein wesentliches Merkmal der Kampagnen sei „der Verzicht auf die offene Propagierung von Gewalt, um auch Nicht-Extremisten für ihre Positionen zu gewinnen“.

Gewalt gegen RWE-Personal



Braunkohlegegner bereiten sich mit dem Trainieren von Sitzblockaden auf Aktionen am Wochenende vor. Tausende von ihnen wollen dann gemeinsam den Tagebau blockieren. Foto: dpa

Noch Ende Juni warnte das BfV vor einer rasanten Zunahme links-extremistischer Gewalttaten. Zwischen 2012 und 2017 stiegen die Fälle um 88 Prozent auf 1648. Auch das „gewaltorientierte Personenpotenzial“ im linksradikalen Spektrum sei im selben Zeitraum um gut ein Viertel auf 9000 Extremisten angeschwollen.

Seit dem Herbst 2017 eskaliert die Lage in und um den Hambacher Forst. Laut den Staatsschützern hat die Gewalt seither zugenommen – gegen die Polizei, gegen das RWE-Personal

oder Betriebe, die Technik zur Räumung der Baumhäuser bereitstellten. Nicht nur beim bundesweit operierenden Aktionsbündnis „Ende Gelände“ im Kampf gegen den Braunkohleabbau seien Autonome und IL-Aktivist*innen verstärkt aktiv. Auch beim G 20-Gipfel in Hamburg oder bei Operationen gegen Atommüll-Transporte unter dem Motto „Castor schottern“ seien verstärkt militante Aktionen inszeniert worden. Nach Auffassung von Burkhard Freier, Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz NRW, interessiert linksextremistische Gruppierungen wie die IL „nicht der Klimawandel, sondern einzig und allein der Systemwechsel.“

Trainingscamp für radikale Öko-Szene

Bei Straftaten in und um den umkämpften Hambacher Forst registrierten die Staatsschützer bis zu 80 bis 100 kampfbereite Demo-Touristen, von denen ein Teil auch an den Ausschreitungen beim G 20-Gipfel beteiligt waren. Die militanten Kader kamen neben Deutschland aus Österreich, Tschechien, Polen, Frankreich und Italien. Auch im Hambacher Forst versuchen sich die Extremisten hinter der Mehrheit der friedlichen Demonstranten oder den Umweltschützern des BUND zu verstecken. Man habe Verständnis dafür, „wenn sich jetzt Menschen zum zivilen Ungehorsam gegen den Kohleabbau gezwungen sehen“, heißt es beispielsweise in einer vom BUND unterzeichneten Erklärung.

Wie dieser Ungehorsam aussehen kann, belegte 2018 ein Trainingscamp für radikale Öko-Spontis in Hambach. Zwei Stunden ging es um „Schwarzfahren als Aktionsform für eine andere Mobilität“. Gleich mehrfach waren Übungen zum „Stockkampf oder Barrierebau“ angesagt. Man könne Leute kennenlernen, die „sicher sehr gerne mit dir zusammen Straftaten begehen“, heißt es in dem Blog zum Programm. Über ihr Netzwerk

jedenfalls steuere auch die Interventionistische Linke die Proteste in Hambach, betont der Verfassungsschutz. Bundesweit soll die linksradikale Gruppe 800 Mitglieder zählen. Dessen Kölner Ableger hat sich 2008 aus der Autonomen-Szene gegründet.

08:50 Uhr Aktivisten besetzen erste Bagger

Umweltaktivisten haben einen Bagger im Braunkohletagebau Hambach besetzt. Nach ersten Polizeiangaben waren am Samstag etwa 8 Menschen auf dem Bagger und rund 30 weitere davor. „Wir werden uns darum kümmern“, sagte eine Polizeisprecherin.



An einem Bagger soll ein Transparent von „Ende Gelände“ hängen. Foto Wilfried Meisen

09:42 Uhr 150 Leute sind bislang eingetroffen

Der Abmarsch vom Bahnhof findet um 11:00 Uhr statt. Bisher haben sich 150 Personen versammelt. Die Situation ist friedlich.

10:20 Uhr Zug aus Köln mit 50 Personen trifft ein

Mit einem Zug aus Köln sind 50 Leute am Bahnhof eingetroffen. Mit dem Zug aus Düren sind keine 20 Personen eingetroffen.

10:59 Uhr Aktivisten auf dem Weg zum Tagebau Inden

Mehrere Aktivisten sind auf dem Weg zum Tagebau Inden (Düren). Zahlreiche Beamte sind bereits vor Ort. Die Polizei soll eine Kette gebildet haben.

11:16 Uhr Mahnwache startet mit einer Solidaritätsdemonstration

Die erste Mahnwache ist mit einer Solidaritätsdemonstration von Klangorganisationen gestartet.



Die Solidaritätsdemonstration ist mit einer Mahnwache gestartet. Foto Dietmar Fratz

Zeitgleich machen sich, laut der Polizei, mehrere Gruppen aus dem „Ende Gelände“ auf dem Weg nach Morschenich. Die Polizei begleitet die Gruppen und sperrt Straßen ab.

11:20 Uhr Demonstranten versuchen vergeblich die Polizeikette zu durchbrechen

Bislang versuchen die Demonstranten am Tagebau Inden vergeblich die Polizeikette zu durchbrechen.

Es sollen ungefähr 500 Aktivisten in Inden sein. Die Polizei scheint die Situation im Griff zu haben. Es kommt offenbar zu keiner Gewalt.

11:52 Uhr Hubschrauber kreist über Tagebau Inden

Über dem Tagebau Inden kreist ein Hubschrauber. Die Polizei rückt mir Verstärkung an.

12:43 Uhr A4 gesperrt

Die Autobahn 4 zwischen Düren und Kerpen in der Nähe des Hambacher Forstes ist in beide Richtungen gesperrt, weil mehrere Demonstranten sich in Richtung Autobahn bewegen, so die Polizei.



Aktivisten sitzen vor einer Polizeikette in Inden. Foto Eric Lamparter

Die Sprecherin empfiehlt allen Verkehrsteilnehmer den Bereich großräumig zu umfahren. Rund um den Tagebau Inden staut es sich.

13:00 Uhr RWE kündigt, an Straftaten zur Anzeige zu bringen

Der Energiekonzern RWE kündigte an, Straftaten konsequent zur Anzeige zu bringen. Die Tagebaue seien ringsum durch Erdwälle, Schranken und Zäune umfriedet. Auch Warnschilder

kennzeichneten eindeutig, wo das Betriebsgelände beginne. „Selbstverständlich respektieren wir das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht darf nicht dazu missbraucht werden, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes Straftaten zu verüben“, sagte RWE-Vorstand Lars Kulik.

Derweil demonstrierten RWE-Beschäftigte in einer Mahnwache für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie befürchten, dass sie bei einem zu schnellen Kohleausstieg ihre Arbeitsplätze verlieren. Der Kohleausstieg soll nach Vorstellung der Kohlekommission ohne Entlassungen vollzogen werden. Das sagte Ronald Pofalla, einer der Vorsitzenden der Kommission, dem WDR-Magazin „Westpol“: Die Kommission habe entschieden, dass es wegen des Kohle-Aus keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll.

13:06 Uhr 7000 Menschen sollen vor Ort sein

Eine Gruppe von Aktivisten bewegt sich von Morschenich aus in Richtung Hambach. Die Polizei versucht an der Straße zwischen Morschenich und Düren abzusperren – schließlich teilt sich die Gruppe auf. Ein Teil bewegt sich in die Richtung der Hambacher Bahn, der andere weiter auf der Straße.

Eine Sprecherin von „Ende Gelände“ erklärt, dass 1500 Menschen zu einem Blockadepunkt aufgebrochen seien. Am Morgen sollen 5500 Menschen vom Camp aus aufgebrochen sein. Insgesamt seien 7000 Menschen vor Ort.

13:21 Uhr Aktivisten bewegen sich über die Hambach-Bahn in Richtung Tagebau

Mehrere Aktivisten befinden sich nun auf der Hambach-Bahn und laufen in die Richtung des Tagebaus.



Aktivisten laufen in Richtung Tagebau. Foto Wilfried Meisen

13.37 Uhr: Aktivisten setzten sich auf die Hambach-Bahn



Aktivisten setzen sich auf die Hambach-Bahn. Foto Wilfried Meisen

Immer mehr Aktivisten kommen und setzen sich auf die Hambach-Bahn.

13:44 Uhr 150 Aktivisten werden zur Gefangenessammelstelle gebracht

Am Tagebau Inden bringt die Polizei etwa 150 Aktivisten zur Gefangenessammelstelle in Brühl.



Etwa 150 Aktivisten werden von der Polizei nach Brühl gebracht. Foto Eric Lamparter

13:57 Uhr Rückstau bis nach Frechen

Die Autobahn A4 ist weiterhin gesperrt. Durch die Sperrung ist ein Rückstau bis Frechen und Weisweiler entstanden. Auch auf der A61 staut es sich zwischen Bergheim und Erftstadt. Zudem sind einige Ausweichstrecken, wie die L13 und L257 bei Düren, sowie die B264 zwischen Düren und Kerpen betroffen.

14:17 Uhr Polizei setzt Wasserwerfer auf A4 ein

Umweltaktivisten haben im Tagebau Hambach die Braunkohlebahn blockiert. Das Aktionsbündnis Ende Gelände sprach am Samstag von Tausenden, die im Rheinischen Revier auf den Gleisen saßen: Mit der „Hambach-Bahn“ wird die Kohle aus dem Tagebau zu den Kraftwerken und Fabriken transportiert. Die Polizei bestätigte die Blockade, machte aber keine Angaben zur Zahl.

Zuvor hatte die Polizei Wasserwerfer auf der A4 bei Kerpen eingesetzt, als Aktivisten über die gesperrte Autobahn Richtung Tagebau Hambach liefen. Weitere Polizeikräfte hielten nachfolgende Menschen an der Autobahnböschung davon ab und warnte auch über Lautsprecher.



Braunkohlegegner laufen über die Autobahn in Richtung Tagebau Hambach. Foto imago/Michael Trammer

14:24 Uhr Aktivist in Iden braucht einen Krankenwagen

Ein Aktivist in Iden benötigte einen Krankenwagen.



Ein Krankenwagen wurde in Iden benötigt
Foto: Eric Lamparter

14:30 Uhr Aktivisten laufen an der Abbruchkante entlang

Am Hambacher Forst sind viele Menschen von der Demonstration aus durch den Wald bis an den Rand des Tagebaus gegangen und laufen an der Abbruchkante entlang.



Aktivisten laufen an der Abbruchkante entlang. Foto Winfried Meisen

14:45 Uhr Aktivisten planen Übernachtung

Die Aktivisten planen die Nacht auf den Gleisen der Hambach-Bahn zu übernachten.

14:56 Uhr RWE baut Zäune auf

Rund um die Bagger und die Anlage hat RWE damit begonnen, Zäune aufzustellen – wohl aus Sorge davor, dass die Menschen in die Grube vordringen oder fallen. Bisher haben nur vereinzelte Menschen versucht in die Grube zu gelangen. Sie werden dort von der Polizei erwartet.

Auf dem Gelände ertönen Sirenen und Durchsagen, die daran erinnern, dass man sich unbefugt auf RWE-Gelände befindet. Das Unternehmen betont, dass es sich um einen Gefahrenbereich handelt und man sowohl Mitarbeiter als auch sich selbst gefährde. Zudem erinnert das Unternehmen daran, dass Straftaten zur Anzeige gebracht werden.

Auch Familien mit Kindern sollen sich an dem Tagebau aufhalten.

15:48 Uhr RWE hält Aktivisten mit Wasser auf Abstand

Weil immer mehr Aktivisten versuchen, in die Grube vorzudringen, versuchen RWE-Mitarbeiter, die Menschen mit Wasser aus Schläuchen davon abzuhalten. Ein Aktivist läuft nackt in die Richtung.



Einige Aktivisten versuchen, in die Grube zu gelangen. Foto Wilfried Meisen

16:25 Uhr Die A4 ist wieder frei

Nachdem die Autobahn A4 im Kreuz Kerpen stundenlang gesperrt war, hat die Polizei die Sperrung aufgehoben. Beide Richtungen sind für Autofahrer seit kurz vor 16 Uhr wieder befahrbar, wie die Polizei auf Twitter mitteilte.

17:34 Uhr Polizei gibt Aktivisten die Möglichkeit, Gleisblockade zu verlassen

Die Polizei Aachen gibt per Twitter bekannt, dass alle Menschen die Gleisblockade der Hambach-Bahn freiwillig ver-

lassen können. Die Aktivisten sollen sich ruhig in Richtung des Lautsprecherwagens entfernen.



Hinweis der [#Polizei #Aachen](#) an alle Personen in der Gleisblockade der Hambachbahn: Sie haben die Möglichkeit die Blockade freiwillig zu verlassen. Entfernen Sie sich ruhig in Richtung unseres Lautsprecherwagens. [#EndeGelaende](#)

18:33 Uhr Aktivisten bereiten sich auf die Nacht vor

Einige Aktivisten haben die Gleisblockade verlassen, andere wärmen sich mit Rettungsdecken und bereiten sich so auf die kalte Nacht vor. Laut „Ende Gelände“ verhindert die Polizei, dass Essensvorräte zu den Demonstranten geliefert werden. Die TAZ berichtet unter Berufung auf Polizeikreise, dass diese überlege, die Räumung mit Hilfe von Waggons durchzuführen. Die Besetzer könnten so eingeladen und abtransportiert werden.

18:40 Uhr Polizei warnt die Aktivisten - Gleisbesetzung wird kein Dauerzustand

Die Polizei spricht inzwischen von 2500 Personen auf den Gleisen. Mit Lautsprecherdurchsagen werden die Demonstranten aufgefordert, die Bahnanlage freiwillig zu verlassen. Sie bietet sogar an, die Demonstranten mit Bussen wegzufahren. Wer dem Angebot nicht folgt, laufe Gefahr eine Ordnungswidrigkeits-, unter Umständen sogar eine Strafanzeige zu bekommen. Fest steht für die Polizei, dass die Gleisbesetzung kein Dauerzustand sein wird.



Die Braunkohlegegner blockieren die Hambach-Bahn. Foto Dietmar Fratz

20:49 Uhr Noch immer tausende Aktivisten im Gleisbett

Noch immer sitzen tausende Demonstranten im Gleisbett. „Ende Gelände“ berichtet, die Polizei blockiere weiterhin Essens- und Wasserzufuhr für die Aktivisten. Stattdessen strahlten jetzt helle Scheinwerfer auf die Gleise.



Ende Gelände (@Ende_Gelaende)

Noch immer kein Essen und nicht einmal Wasser für die Gleisblockade, weil @Polizei_NRW_AC alles blockt. Dafür gibt es jetzt gleisendes Scheinwerferlicht, sodass niemand zur Ruhe kommt. Dann tanzen wir eben!

#endegelaende#Rechtaufwasser#WirWollenPommes

23:00 Uhr Proteste gehen weiter

Insgesamt 6.500 Menschen nahmen laut „Ende Gelände“ an den Demonstrationen am Samstag teil. Die Organisation kündigte bereits Proteste bis Montag an. Am Sonntag dürfte es weitere Polizeieinsätze rund um den Hambacher Forst geben.

Sonntag, 28. Oktober

09:00 Uhr 400 Anzeigen gegen Aktivisten erstattet

Bei Protesten gegen den Braunkohleabbau in Nordrhein-Westfalen hat die Polizei nach eigenen Angaben Strafanzeigen gegen insgesamt 400 Aktivisten erstattet. Die Staatsanwaltschaft Aachen habe Ermittlungen wegen Landfriedensbruch eingeleitet, erklärte die Polizei Aachen am Samstagabend. Zuvor hatten demnach etwa 250 Umweltaktivisten versucht, in den rheinischen Braunkohletagebau Inden vorzudringen.



Aktivisten blockieren seit Samstag die Gleise der Hambach-Bahn. Foto Wilfried Meisen

Auf dem Gelände des Tagebaus Hambach besetzen 18 Kohlegegner zwischenzeitlich einen Bagger. Nach Angaben des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ beteiligten sich rund 6500 Aktivisten an den Protesten. 4000 Menschen besetzten demnach die Gleise der Hambach-Bahn, welche die RWE-Kraftwerke in Niederaußem, Frimmersdorf und Neurath mit Braunkohle aus Hambach versorgt. Die Polizei berichtete von rund 2000 Aktivisten auf den Bahngleisen.

Aufgrund der Demonstration musste die Autobahn A4 zwischen Kerpen und Düren zeitweise gesperrt werden. Auch auf der Landstraße zwischen Kerpen-Buir und Morschenich kam es zu einer Sitzblockade. Mit seinen bis Montag geplanten Protestaktionen will das Bündnis „Ende Gelände“ zum wiederholten Mal im rheinischen Tagebauggebiet Front gegen die Kohle-

verstromung machen. Es fordert einen „sofortigen Kohleausstieg“ und will ein „Zeichen für Klimagerechtigkeit“ setzen. „RWE und die Regierung klammern sich an eine zerstörerische Technologie von gestern“, erklärte eine Sprecherin von „Ende Gelände“.

10:00 Uhr Rund 2.000 Aktivisten auf den Gleisen der Hambach-Bahn

Auch am Sonntag ist die Situation am Tagebau Hambach unverändert. Etwa 2000 Demonstranten haben der Polizei Aachen zufolge die Nacht auf den Gleisen der Hambach-Bahn verbracht. Neue Besetzungen sind bislang nicht bekannt. Die Staatsanwaltschaft bewertet das Blockieren der Gleise derzeit als Ordnungswidrigkeit. Die Polizei hat drei Wasserwerfer in Stellung gebracht.

10:25 Uhr Vier Busse in Rödingen ausgebrannt



In Rödingen sind in der Nacht vier Busse eines Unternehmers abgebrannt. Foto: Freiwillige Feuerwehr Gemeinde Titz

In Rödingen sind in der Nacht vier Busse eines Unternehmers ausgebrannt. Die Polizei soll Hinweise haben, dass die Tat im

Zusammenhang mit der Demonstration am vergangenen Mittwoch in Bergheim stehen könnte.

Dort hatte eine Großdemonstration der Bergleute stattgefunden. Der Busunternehmer brachte die Demonstranten von Bergheim zu einem Protestgelände nach Elsdorf.

Polizei Aachen prüft Zusammenhang mit Kohleprotesten

Hat der Brand von vier Bussen in Titz-Rödingen etwas mit den Kohleprotesten zu tun? Hier ermittelt jetzt die Polizei Aachen, die aber offiziell noch keinen Zusammenhang feststellen will. Die Busse des Unternehmens Tirtey standen auf einem offenen Gelände im Gemeindegebiet von Titz und waren am Samstagabend komplett ausgebrannt. Der Schaden beträgt rund 400.000 Euro, wie Tirtey-Geschäftsführer Sven Müllejanz sagte. „Es war zu 99,9 Prozent Brandstiftung.“

Unternehmen Tirtey hatte Bergleute zu einer Großdemonstration gebracht

Das Unternehmen Tirtey hatte am Mittwoch Bergleute zu einer Großdemonstration nach Bergheim gefahren. Es ging um den Erhalt von Arbeitsplätzen im Revier und gegen einen schnellen Kohleausstieg. Gab es nun möglicherweise einen Racheaktion radikaler Kohlegegner für die Beförderung der Bergleute? Das Busunternehmen selber sowie die Feuerwehr wollen dazu nichts sagen. Alles sei Spekulation.

Aber immerhin gab es auch Anschläge auf Firmen, die für die Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst Spezialfahrzeuge zur Verfügung gestellt hatten. Das Aktionsbündnis Ende Gelände stellte sofort klar: „Wir haben mit den Brandanschlägen auf die Busse nichts zu tun, wir blockieren nur Kohleinfrastruktur.“

11:15 Uhr Eine Demonstration an der Bahn löst sich auf



Aktivisten verlassen die Blockade an der Hambach-Bahn. Foto Eric Lamparter

Nach Polizeiangaben plant das Bündnis „Ende Gelände“ eine Spontandemonstration ausgehend von der blockierten Bahn zum verlassenen Tagebauort Morschenich und von dort zum zentralen Stützpunkt nach Düren. Ein Großteil Demonstranten versuchen deshalb derzeit, über die Gleise zu gehen. Die Polizei fordert sie mit Lautsprecherdurchsagen dazu auf, stattdessen die Böschung hochzulaufen. Etwa 200 bis 300 Menschen befinden sich weiterhin auf den Gleisen.

11.35 Uhr Festgenommene Aktivisten wieder frei

Die 400 Aktivisten, die gestern im Tagebau Inden festgenommen und mit Bussen zur Identitätsfeststellung nach Brühl gebracht wurden, sind inzwischen alle wieder frei. Das bestätigte die Polizei soeben auf Nachfrage.

11:51 Uhr Erste Verhaftungen an Hambach-Bahn

An der Hambach-Bahn hat die Polizei erste Demonstranten festgenommen.



Ein Aktivist wird von der Polizei abgeführt.
Foto Eric Lamparter

12:00 Uhr Polizei räumt Gleise

Die Polizei beginnt in diesen Minuten mit der Räumung der Gleise. Die verbliebenen Aktivisten wurden aufgefordert, die Gleise zu verlassen. Um Ankettungen zu verhindern, musste auch „unmittelbarer Zwang“ angewendet werden, so die Polizei Aachen auf Twitter.

Journalisten werden aufgefordert, die Maßnahmen nicht zu behindern. Das Besetzen der Gleise sei keine Straftat, teilt die Staatsanwaltschaft Aachen mit.

13:02 Uhr Aktuell keine Räumung

Aktuell ist die Räumung der Hambach-Bahn Gleise unterbrochen. Die Polizei plant weiterhin, die Aktivisten von den Gleisen zu schaffen. Einzelne Demonstranten haben sich offenbar

festgekettet. Die Räumung soll in Kürze fortgesetzt werden. Auch Einheiten der Reiterstaffel sind im Einsatz.

13:14 Uhr Zug zum Abtransport trifft ein

Ein Zugwagen zum Abtransport der Aktivisten ist soeben eingetroffen.



Aktivisten werden zum Abtransport in einen Waggon getragen. Foto Eric Lampart





Nora Börding (@noraboerding)

Ein Zug von RWE ist nun an der Blockade angekommen. Wahrscheinlich wird nun versucht die geräumten Aktivist*innen mit einem Zug abzutransportieren. #EndeGelaende #Hambacherforst @HambiBleibt @Ende__Gelaende

13:28 Uhr Aktivisten werden in Waggon getragen

Die Polizei beginnt mit der Räumung. Erste Aktivisten der Gleisblockade werden in einen Schienenbus von RWE getragen und sollen abtransportiert werden.



Die #Polizei #Aachen beginnt mit der Räumung der Gleisblockade. Die Personen werden mit einem Schienenbus der @RWE_AG transportiert. Aufgrund der Begebenheiten vor Ort ist dies die sicherste Möglichkeit mit geringstem Verletzungsrisiko für alle Beteiligten. #EndeGelaende

14:27 Uhr Keine Folgen für Kraftwerke

Die Blockade der Kohle-Transportbahn am rheinischen Tagebau Hambach hat laut RWE bisher keine Folgen für die Leistung der Kraftwerke.

Man habe mit den Protesten gerechnet und die Bunker an den Kraftwerken entsprechend mit Kohlebeständen gefüllt, sagte ein RWE-Sprecher am Sonntag auf Anfrage. Rund 2000 Aktivisten hatten auch die Nacht zuvor auf den Gleisen der Hambach-Bahn verbracht, über die die Kohle in die Kraftwerke

gebracht wird. Ein Großteil der jungen Leute zog aber am Sonntag nach einer Aufforderung der Polizei ab, die mit der Räumung begann.

Der RWE-Sprecher berichtete, es sei bislang nicht zu Produktionseinschränkungen infolge der Blockade gekommen. Es seien aber Straftaten verübt worden, die für das Unternehmen einen wirtschaftlichen Schaden in noch nicht zu beziffernder Höhe bedeuteten. Nach der Räumung müsse RWE zunächst aus Sicherheitsgründen Schienen und Gleisbett untersuchen, möglicherweise Ausbesserungen vornehmen.

14:54 Uhr Räumung mit Seilwinden

Die Räumung läuft weiter. Die Blockierer werden jetzt auch in Tragen den steilen Hang raufgezogen, die durch Seilwinden an Polizeijeeps eingeholt werden.



Mit Seilwinden und Tragen werden Aktivisten von den Gleisen den Hang hinaufgezogen. Foto Eric Lamparter

FeinFrisch @fein_frisch

Jede Räumung ein Baum. Ein Busch wird abgesägt.
Polizei zieht Aktivistis mit Seilwinde den Hang hoch, weil
Züge voll seien.

#EndeGelaende #Hambacherforst#hambibleibt #EndCoal



15:13 Uhr Polizei räumt besetztes Haus

Die Polizei hat in Morschenich wieder ein besetztes Haus gefunden und es umgehend geräumt.

15:22 Uhr Zug blockiert

Der Schienenbus, in dem die Blockierer abtransportiert werden, ist laut mehreren Twitter-Nachrichten gestoppt worden.

EAHambi @EAHambi

Der Zug mit den #endegelaende-Gefangenen wird gerade blockiert. An einer Brücke östlich vom Bahnhof #Buir hängen zwei Aktivist*innen vor dem Zug. Sie wünschen sich Presse und Beobachter*innen.

@Ende__Gelaende @anettselle @revomage



Aktivisten haben sich an einer Brücke über den Gleisen der Kohlebahn abgeseilt.
Foto dpa

16:25 Uhr Räumung abgeschlossen

Die Polizei hat die Gleise der Hambach-Bahn vollständig geräumt. Letzte Aktivisten wurden mittels des Schienenbusses von RWE abtransportiert.



Polizisten trennen Aktivisten des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ die auf den Gleise der Kohlebahn sitzen.
Foto dpa

17:21 Uhr Aktivisten sollen Rückfahrt antreten

In Düren soll heute Abend nach 20 Uhr der Sonderzug die Rückfahrt nach Prag antreten. Die Polizei schließt aber nicht aus, dass die verbliebenen Aktivisten noch Aktionen durchführen könnten.

17:44 Uhr 400 Strafanzeigen

Im Zuge der Proteste erstattete die Polizei 400 Strafanzeigen. Die Staatsanwaltschaft Aachen leitete Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs ein. Der parlamentarische Beobachter der Linken im Bundestag, Lorenz Gösta Beutin, stellte dagegen am Sonntag zum Ende der Proteste fest: „Die friedlichen Klimaproteste sind das Gegenteil von Landfriedensbruch.“

Die Formen des zivilen Ungehorsams wie das Besetzen von Kohlebaggern, Straßen und Gleisen seien völlig legitim und dürften nicht als Rechtsbruch kriminalisiert werden. „Die Klimaaktivisten sind keine Öko-Terroristen“, stellte er fest.

Verbände wie Robin Wood, Naturfreunde Deutschland und das Kampagnennetzwerk Campact hatten in Kerpen-Buir am Hambacher Forst zu einer Solidaritätskundgebung mit den Aktivisten aufgerufen. Es kamen mit bis zu 3000 Teilnehmern weniger als erwartet.

18:35 Uhr: Aufräumarbeiten laufen

Am Tagebau Hambach laufen die Aufräumarbeiten. RWE-Mitarbeiter räumen den Müll weg, den die Umweltaktivisten zurückgelassen haben.



An der Hambach-Bahn laufen die Aufräumarbeiten. Foto: RWE

Montag, 29. Oktober

09:00 Uhr Notbremsung verhinderte Unglück

Am Rande der Proteste im rheinischen Braunkohlrevier ist ein schwerer Unfall nur knapp verhindert worden. Ein Triebwagen hätte nahe dem Hambacher Forst beinahe zwei Demonstranten überrollt, die sich an Gleisen festgekettet hatten. Das berichtete eine Sprecherin der Polizei am Montagmorgen über den Vorfall vom späten Sonntagnachmittag.

Der Lokführer habe eine Notbremsung eingeleitet. Der Triebwagen sei 10 Meter vor den Angeketteten zum Stehen gekommen, die sich gegen Einbruch der Dunkelheit dort postiert hatten.

Der Lokführer erlitt einen Schock. Die Polizei transportierte in dem vom Tagebaubetreiber RWE gemieteten Fahrzeug rund 40 Menschen, die nach der Gleisbesetzung der Hambach-Bahn in Gewahrsam genommen worden waren. Sie blieben unverletzt. Wie viele Menschen bei den Protesten festgenommen oder in Gewahrsam genommen wurden, konnte die Polizei am Montagmorgen noch nicht sagen.



Mit einem Zug wurden Blockierer abtransportiert. Foto Eric Lamparter

14:46 Uhr Busse abgebrannt - Polizei prüft Zusammenhang mit Kohle-Protesten

Nachdem vier Busse eines Reiseunternehmens in Titz bei Düren abgebrannt sind, prüft die Polizei unter anderem, ob es einen Zusammenhang zu den Braunkohle-Protesten im Rheinischen Revier gibt. Der Staatsschutz sei involviert, sagte eine Polizeisprecherin am Montag. Nach Angaben des Unternehmens waren Samstagnacht vier Busse auf einem benachbarten Parkplatz in Flammen aufgegangen und brannten vollständig aus.

Das Unternehmen hatte nach eigenen Angaben vergangene Woche Teilnehmer zu einer Groß-Demonstration der Gewerkschaften gegen einen frühzeitigen Kohleausstieg und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gefahren. „Wir ermitteln in alle Richtungen“, sagte eine Polizeisprecherin. Die Brandursache sei noch nicht geklärt.

16:56 Uhr 187 Festnahmen am Wochenende

Bei den Anti-Kohle-Protesten am Wochenende im Rheinischen Revier hat die Polizei 187 Menschen festgenommen, vor allem

wegen Hausfriedensbruchs, Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen Polizeibeamte. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen habe wegen des großen Einsatzraums zwar nicht alle Straftaten, aber „schlimme Szenarien“ verhindern können, sagte Polizeipräsident Dirk Weinspach am Montag. 14 Polizisten seien außerdem verletzt worden.



Polizeibeamte schleppten die verbliebenen Kohlegegner von den Gleisen der Hambach-Bahn. Foto Eric Lamparter



Ein Polizist beobachtet Aktivisten des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“. Am Wochenende blockierten sie die Gleise der Kohlebahn. Fast 190 Personen wurden festgenommen. Foto dpa

18:30 Uhr Verstöße gegen Grundrechte? „Ende Gelände“ kritisiert Polizei

Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ kritisiert am Montag die Polizei in einer Pressemitteilung wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das Grundrecht. Laut dieser seien rund 1.000 Aktivisten bis zu zehn Stunden am Dürener Bahnhof festgehalten worden. Das sei „juristisch mehr als fragwürdig“, so Georg Kössler, parlamentarischer Beobachter der Grünen.

Zudem seien mehrere Aktivisten durch Polizisten verletzt worden. Einige hätten unter anderem wegen Gehirnerschütterungen oder Kehlkopfverletzungen im Krankenhaus behandelt werden müssen. Den Aktivisten in der Gefangenensammelstelle sei außerdem der Zugang zu Toilette und Telefon verwehrt worden, einige haben sich nackt ausziehen müssen.

Dienstag, 30. Oktober

11:00 Uhr Bürger haben die Nase voll – „Hambi-Camp“ will sich auflösen

Vielen Bürgern in der Region und in Mannheim-Alt reicht es: Sie haben die Initiative „Gemeinsam“ gegründet, die für diesen Dienstag, 30. Oktober, 18 Uhr, am Marktplatz in Mannheim-Alt zu einem Schweigemarsch einlädt.

Man habe „die Nase voll“ von Gesetzesübertretungen durch Kohlegegner, so die Einladung. „Verschiedene Camps, Hausbesetzungen und Vermummte, die durch das Dorf laufen, haben zu einer großen Verunsicherung geführt.“

In Mannheim-Alt ist noch mindestens ein Haus besetzt. Das „Hambi-Camp“ auf einer Obstwiese in Mannheim-Alt will sich jetzt auflösen. Wie es dort heißt, arbeite man aber schon an einem „Alternativprojekt“.



Aktivisten und RWE-Mitarbeiter räumten nach der Auflösung der Besetzung der Hambach-Bahn dort gemeinsam auf. Foto Eric Lamparter

21:05 Uhr Manheimer Schweigemarsch gegen „Öko-Terror“

„Manheim ist unsere Heimat - eure nicht. Ruhe und Frieden. Gegen Öko-Terror.“ – Auf Schildern machten die ehemaligen Anwohner des Umsiedlungsortes deutlich, was sie wollen: Keine Straftaten mehr im Namen des Umweltprotestes, keine besetzten Häuser mehr im verlassenen Ort und keine Vereinnahmung ihrer alten Heimat unter dem Twitter-Hashtag „#manheimlebt“.



Mit Transparenten zogen 800 bis 1000 Bürger am Dienstagabend durch das alte Dorf Manheim. Foto Marco Fuehrer

Mehrere hundert Leute versammelten sich am Dienstagabend auf dem Marktplatz im alten Dorf. Sie waren der Einladung der neugegründeten Initiative Gemeinsam gefolgt, um an einem Schweigemarsch teilzunehmen. Die Veranstalter sprachen von mehr als 1 000 Teilnehmern, die Polizei schätzte etwa 850.

Hausbesetzung als „Schlag ins Gesicht“ empfunden

„Wir wollen nicht diejenigen sein, auf deren Rücken der Konflikt ausgetragen wird“, sagt Dirk Scholz. Scholz ist Mitorganisator des Schweigemarsches, verantwortlich für die Initiative Gemeinsam und kommt ursprünglich aus Mannheim. „Wir wollen einfach nur in Ruhe und Frieden leben“. Ihre alten Häuser besetzt zu sehen, das sei für die Manheimer „ein Schlag ins Gesicht“, sagt Scholz.



Die Teilnehmer am Schweigemarsch verteidigten auf Schildern ihre Heimat. Foto Marco Fuehrer

Es sind nicht nur Manheimer gekommen. Bürger aus den Umsiedlungsorten Lich-Steinstraß bei Jülich und Neulohn bei Eschweiler, aus Buir und anderen Orten des Kreises

solidarisierten sich mit den Manheimern. Am Straßenrand des Ortes standen Autos mit Kennzeichen aus Köln und Jülich.

Auch viele Mitarbeiter von RWE beteiligten sich am Schweigemarsch, darunter der Frechener Udo Noth. „Wir sind heute hier, um uns solidarisch mit den Anwohnern zu zeigen“. Die Leute hätten viel mitgemacht, man müsse sie jetzt unterstützen.



Mit Botschaften auf Bannern und Schildern wandten sich die Manheimer an die Hausbesetzer. Foto Marco Fuehrer

Drohungen gegen Organisatoren

Ziel der Initiative ist es nicht, jeden Protest der Umweltschützer zu verurteilen. „Wir sind nicht gegen Umweltschutzdemonstrationen. Sie müssen aber friedlich sein“, sagt Dirk Scholz. Scholz sorgt sich um einige seiner Mitorganisatoren, die bedroht wurden und nun unter Polizeischutz stünden. Drohungen, etwa auf Facebook, die sich gegen die Gegenseite und dort tätige Personen richten – verurteilt Scholz allerdings auch.

Mittwoch, 31. Oktober

10:50 Uhr Polizei prüft anonyme Erklärung

Im Fall der vier ausgebrannten Busse in Titz bei Düren prüft die Polizei eine anonyme Erklärung im Internet mit Bezug zu den Braunkohleprotesten im Rheinischen Revier. „Das Schreiben fließt in die Ermittlungen mit ein“, sagte eine Sprecherin der Aachener Polizei am Mittwochmorgen.



Die Polizei nahm bis zu 200 Aktivisten nach den Protesten von „Ende Gelände“ fest. Foto picture alliance/dpa

In der Erklärung wird unter anderem die Geschäftsbeziehung des betroffenen Busunternehmens mit der Polizei angegriffen. „Sperrt ihr unsere Freunde*innen ein, tragt ihr die Konsequenzen.“ Die Polizei bestätigte, dass sie von der Firma Fahrzeuge für Einsätze am Tagebau miete, um größere Personengruppen zu transportieren. Von einem Bekennerschreiben wollten die Ermittler aber nicht sprechen.

Die Busse waren am vergangenen Samstag ausgebrannt. Es bestehe der Verdacht der Brandstiftung, sagte die Polizeisprecherin. „Wir ermitteln aber weiter in alle Richtungen.“ Der Staatsschutz ist involviert. Das Schreiben war auf einem linken Internetportal veröffentlicht worden.

18:00 Uhr Neue Baumhäuser entstehen, Aktivisten bereiten sich auf Winter vor

„Die Polizei zieht sich nicht zurück, ganz im Gegenteil!“, betont eine Sprecherin der Aachener Polizei. Noch am Mittwoch waren die Beamten in Manheim-Alt und im Hambacher Wald präsent. In dem Umsiedlungsort stehen immer noch besetzte Häuser an der Friedensstraße unter ständiger Beobachtung. Im Wald war Polizeipräsident Dirk Weinspach mit zahlreichen Mitarbeitern in rund 15 Kleinbussen unterwegs. Es sei darum gegangen, sich ein Bild von der Lage zu machen, heißt es dazu aus der Behörde.



Es entstehen wieder neue Baumhäuser im Hambacher Forst. Foto Wilfried Meisen

Denn im Wald entstehen an einigen Stellen wieder neue Baumhäuser, beispielsweise die Siedlung „Krähennest“. So massiv wie die alten Baumhäuser, die im Zuge der Räumung vor ein paar Wochen abgebaut wurden, sind die neuen nicht. Doch warum werden wieder Baumhäuser gebaut, obwohl die Rodung des Waldes bis auf Weiteres gestoppt ist? Eine junge Frau, die im Krähennest mitmacht, sieht es so: „Ich glaube, dass einige

Menschen vielleicht gerne im Wald leben. Das hat ja auch seine Reize.“

Dass die Baumhäuser auch zur Verteidigung des Waldes immer noch nötig seien, betonen dagegen andere. Sie sitzen in einer Siedlung, die „Winkel“ genannt wird, um einen Kochtopf. „Keiner weiß, wie lange der Rodungsstopp gilt“, sagt einer von ihnen. Man wolle vorbereitet sein und baue deshalb jetzt schon wieder an neuen „Strukturen“ im Wald. Das brauche ja auch seine Zeit. Sie sagen, sie wollten über den Winter bleiben. Einer ergänzt: „Wenn wir nicht hier sind, ist der Wald plötzlich weg.“

Freitag, 2. November

10:11 Uhr Aktivisten besetzen Bagger

Im Tagebau Hambach haben am Freitagmorgen mehrere Aktivisten einen Bagger besetzt. Eine Sprecherin der Polizei Aachen spricht von einer „Handvoll“ Personen. Gemeldet worden seien die Besetzer um 06.30 Uhr von RWE. Die Polizei appelliert an die Besetzer, vom Bagger herunterzusteigen, es bestehe Lebensgefahr. Würden die Personen den Anweisungen nicht Folge leisten, müsse die Polizei „Maßnahmen ergreifen“, so die Sprecherin.



Appell der [#Polizei](#) [#Aachen](#) an die Personen auf dem Bagger. Leisten sie den Anweisungen der Polizei Folge. Verlassen sie den Bagger. Sie befinden sich in Lebensgefahr. [#HambacherForst](#) [#EndeGelände](#)



Bagger im Tagebau Hambach. Foto picture alliance/dpa

15:00 Uhr Baggerbesetzung beendet

Die Baggerbesetzung ist nach Angaben der RWE-Pressestelle beendet. Kurz vor 15:00 Uhr seien zwei Aktivisten von Spezialkräften der Polizei per Hubsteiger aus 20 Metern Höhe zurück auf den Boden geholt worden. Vier weitere Aktivisten hatten den Bagger zuvor bereits freiwillig verlassen.

Mittwoch, 7. November

11.23 Uhr: Grüne fordern runden Tisch

Im Streit um den Braunkohletagebau am Hambacher Forst haben die nordrhein-westfälischen Grünen einen runden Tisch mit allen Beteiligten gefordert. „Unter der Moderation einer unabhängigen Person muss es dabei um eine friedliche Lösung für das rheinische Braunkohlerevier gehen, die die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt“, sagte die Grünen-Vorsitzende Mona Neubaur am Mittwoch in Düsseldorf. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) solle eine Schlichtung anstoßen und die Akteure zu Gesprächen einladen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) unterstützte die Forderung nach einem unabhängigen

Schlichter. „Die ständige Eskalationsspirale muss ein Ende haben“, sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. „Ansonsten gibt es nur Verlierer.“

14:40 Uhr: Fast 200 Strafverfahren nach Räumung

Anfang Oktober hat die Polizei noch von 134 Festnahmen seit Beginn der Räumung gesprochen. Nun gibt es neue Zahlen: Nach dem Widerstand gegen die Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst hat die Polizei insgesamt 193 Strafverfahren eingeleitet. In mehr als der Hälfte der Fälle (106) ging es um Widerstand gegen Polizeibeamte. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der SPD hervor, die am Mittwoch veröffentlicht wurde. 51 Polizisten seien während des Einsatzes zwischen dem 13. September und Anfang Oktober von den Besetzern mit Fäkalien beworfen worden.

Im Zusammenhang mit dem tödlichen Unfall eines Journalisten im Hambacher Forst relativierte Innenminister Herbert Reul (CDU) seine früheren Angaben zu pietätlosen Aussagen von Baumhausbewohnern. Reul hatte Ende September im Innenausschuss gesagt, Baumbewohner hätten sogar noch während der Reanimierung des von einer Hängebrücke gestürzten Bloggers gerufen: „Scheiß 'drauf, Räumung ist nur einmal im Jahr!“. Für diese Darstellung war Reul kritisiert worden.

Nun erklärte der Minister: „Meine Äußerung in der eine Woche später stattfindenden Ausschusssitzung, der in Rede stehende Gesang sei von Personen gesungen worden, die sich in einem Baumhaus unmittelbar über der Unglücksstelle befunden hätten, entsprach nicht exakt den örtlichen Begebenheiten.“ Er sei allerdings der Auffassung, dass die tatsächliche Distanz die Ungeheuerlichkeit des Gesangs nicht wesentlich schmälere. Dass die umstrittenen Sätze tatsächlich gefallen sind, hätten mehrere Polizeibeamte glaubhaft bestätigt. Im Kurznachrichtendienst

Twitter widersprachen allerdings viele Nutzer dieser Darstellung.

Donnerstag, 8. November

08:56 Uhr Erneute Räumungen am Donnerstag

Die Polizei will am Donnerstag erneut zwei von Aktivisten besetzte Häuser am Braunkohletagebau Hambach räumen. Die Besetzer seien am Morgen mit Lautsprecherdurchsagen aufgefordert worden, die Gebäude im Kerpener Ortsteil Manheim zu verlassen, sagte ein Polizeisprecher. Andernfalls werde die Polizei die Gebäude räumen. Eine Person sei aus Protest auf das Dach eines Hauses geklettert.

Das Dorf Manheim soll dem Tagebau weichen. Die besetzten Gebäude gehören dem Energiekonzern RWE, der Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs bei der Aachener Polizei gestellt hatte. Ende Oktober hatte die Polizei bereits 13 besetzte Häuser geräumt und 23 Besetzer herausgeholt. Seit Wochen gibt es Konflikte zwischen der Polizei und Braunkohlegegnern, die die Ausweitung des Tagebaus Hambach verhindern wollen.

09:46 Uhr Hundertschaften holen Aktivisten aus besetzten Häusern

Die Polizei hat am Donnerstag erneut Aktivisten aus zwei besetzten Häusern am Braunkohletagebau Hambach geholt. Die Besetzer hätten nicht auf die Aufforderung reagiert, die Gebäude im Kerpener Ortsteil Manheim freiwillig zu verlassen, sagte ein Polizeisprecher.

Deshalb hätten mehrere Hundertschaften begonnen, die Braunkohlegegner aus den Häusern zu holen. Wie viele Besetzer insgesamt noch in den beiden Gebäuden waren, blieb für die Einsatzkräfte zunächst unklar.



Bei einer früheren Räumung haben sich Besetzer auf dem Dach verschanzt. Auch am Donnerstag räumte die Polizei besetzte Häuser in Mannheim. Foto Polizei Aachen

Dienstag, 13.11.

19:23 Uhr Freigesprochen und entschädigt: Hambach-Aktivistinnen siegen vor Gericht

Als freie Menschen und um einige Euro reicher durften eine Aktivistin und zwei Aktivisten aus dem Hambacher Wald am Dienstag das Dürener Amtsgericht verlassen. Richterin Sabine Bleser sprach die Angeklagten und in Abwesenheit eine vierte Beschuldigte vom Vorwurf des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte frei. Zudem sprach sie ihnen einen Entschädigungsanspruch für ihre Untersuchungshaft zu.

Die Vorkommnisse hatten sich am 22. Januar ereignet, als Polizei und RWE-Mitarbeiter im Wald zwischen Buir und Morschenich Rettungswege von Barrikaden frei räumten. Dabei wurden auch die vier Angeklagten in Gewahrsam genommen.

Weil sie ihre Personalien nicht nennen wollten, ordnete die Justiz in Aachen Untersuchungshaft an. Nach zehn Tagen wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt.



Fünf bis sechs Menschen saßen auf diesem „Tripod“. Foto Wilfried Meisen

Ist es schon Widerstand gegen die Staatsgewalt, wenn sich in Gewahrsam genommene Demonstranten Polizisten verweigern, sie zu Fuß zum Gefangenenwagen zu begleiten, und sich stattdessen auf den Boden legen und wegtragen lassen? Eine als Zeugin geladene Polizistin sah das so und rechtfertigte damit auch den schmerzhaften Oberkieferkontrollgriff, mit dem eine gefesselte Aktivistinnen zum Aufstehen gezwungen wurde. Aber nicht nur die Verteidiger, sondern neben der Richterin auch der Staatsanwalt plädierte auf Freispruch.

Am Ende ohne Gegenwehr

In den beiden anderen Fällen stellte sich die Frage, ob das Anketten hoch oben auf Pfahlgerüsten und die Weigerung, freiwillig abzusteigen, als strafwürdig zu beurteilen ist. Die Täter hatten sich am Ende ohne erkennbare Gegenwehr freischneiden lassen. Auch hier verneinte die Richterin den Widerstandsvorwurf deutlich, zumal nicht ausreichend nachgewiesen werden konnte, dass die Angeklagten von den Beamten im geforderten Umfang über die Rechtslage aufgeklärt worden seien.

Überhaupt kamen einige Einsatzkräfte nicht gut weg. So hatte ein Beamter ausgesagt, sein Kollege von der Höhenrettung, der einen angeblich extrem widerspenstigen Aktivistens bergen wollte, habe wegen des enormen Kraftaufwandes beim Loslösen eine Gesichtsmimik „wie ein Gewichtheber“ gezeigt. Videoaufnahmen legten allerdings nahe, dass der Beamte das Gesicht des Kollegen von seinem Standort aus gar nicht hatte sehen können. Ohnehin fand die Richterin keinerlei Beweise für die Vorwürfe eines „massiven Widerstands“. Akten, Zeugenaussagen der Polizisten und das Bildmaterial seien sehr widersprüchlich. Auch habe es an Dokumenten gemangelt, wer was wann angeordnet und protokolliert habe. Alle vier Verteidiger deuteten an, dass dies keine Einzelfälle seien, sondern dass die neue Polizeitaktik anscheinend laute, Protestler mit übertriebenen Vorwürfen einzuschüchtern. Dass die Polizei damit den Eindruck vermittele, man könne schon wegen bloßen Hinlegens in U-Haft landen, sei ein bedenklicher Angriff auf das Demonstrationsrecht.

Rund 40 augenscheinlich aus der Hambach-Szene stammende Prozessbeobachter bedankten sich mit lautstarkem Applaus für die Freisprüche.

Mittwoch, 21. November

08:10 Uhr Merkel: "Es geht nicht darum, als erstes irgendwelche Ausstiegsdaten zu beschließen"

Die Kohlekommission hat einen neuen Fahrplan, es geht bis Januar in die Verlängerung. Hinter den Kulissen gibt es reichlich Zoff. Die Knackpunkte:

Die Kommission zur Vorbereitung des Kohleausstiegs in Deutschland soll nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Zukunft der Betroffenen in den Mittelpunkt stellen. Es gehe darum, "Klimawandel auf der einen Seite und

Zukunft für Menschen in einen Einklang zu bringen", sagte Merkel am Mittwoch während der Haushaltsdebatte im Bundestag. "Es geht nicht darum, als erstes irgendwelche Ausstiegsdaten zu beschließen, sondern es geht darum, Menschen Hoffnung zu geben, Zukunft zu geben, Strukturwandel wirklich vorzubereiten", sagte sie.



Es gehe darum, "Klimawandel auf der einen Seite und Zukunft für Menschen in einen Einklang zu bringen", so die Bundeskanzlerin im Bundestag. Bild ©Michael Kappeler/dpa

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) reagierte erfreut auf die Äußerung der Kanzlerin. Es sei immer die Position der ostdeutschen Braunkohleländer gewesen, dass es erst einen Strukturwandel und dann einen Kohleausstieg geben müsse, betonte Kretschmer.

Erst über Hilfen für Strukturwandel sprechen

Unterdessen wurde bekannt, dass die Kommission auf Druck vor allem der ostdeutschen Kohleländer länger tagen wird als bisher geplant. Nach Informationen der Deutschen Presse-

Agentur soll das Gremium zunächst konkreter über Hilfen für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen wie der Lausitz sprechen, bevor ein Plan für den Kohleausstieg festgezurrert wird. Die Bundesregierung will deswegen die Arbeit der Kommission bis Januar verlängern, wie es am Mittwoch aus Kommissionenkreisen hieß. Zuerst hatte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" darüber berichtet. Die beteiligten Umweltverbände protestieren heftig.

Die Kohleländer Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt hatten Nachbesserungen bei Strukturmaßnahmen gefordert. "Jedes vorzeitige Ausstiegsdatum muss an die Voraussetzung eines vorher stattgefundenen erfolgreichen Strukturwandels gebunden sein", hatten die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD), in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gefordert. Sie verlangten Festlegungen zu einem langfristig durch den Bund gespeisten Fonds, einem Maßnahmegesetz ähnlich dem Bonn-Berlin-Gesetz und ein Sofortprogramm für die Region.

Neuer Fahrplan im Kanzleramt entschieden

Die Kommission wollte eigentlich bereits am kommenden Mittwoch ihre Arbeit abschließen und ein Gesamtpaket mit Details zu Strukturwandel, Abschaltungen von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken bis 2022 und einen Ausstiegsplan inklusive Enddatums vorlegen. Erst vergangene Woche hatten die vier Vorsitzenden der Kommission mitgeteilt, man strebe ein Ergebnis schon bis 28. November und damit früher als geplant an. Laut Mandat hat die Kommission bis Ende des Jahres Zeit für ihren Abschlussbericht.

Der neue Fahrplan sei am Dienstagabend beim Treffen der Koalitionsspitzen im Kanzleramt entschieden worden, hieß es aus Koalitionskreisen. Der Co-Vorsitzende der Kommission, Bahn-Vorstand Ronald Pofalla, sei darüber unterrichtet worden. Auch die Unionsfraktion sei zu der Auffassung gelangt, dass es so nicht weitergehe, hieß es. Die Kommission müsse zunächst konkrete Strukturhilfen für die Kohleregionen beraten. Außerdem müsse sichergestellt werden, dass die Strompreise "nicht aus dem Ruder" gerieten.

Umweltverbände verlangen eine Aussprache

Scharfe Kritik kam von Umweltverbänden. "Wir möchten hiermit aufs Schärfste dagegen protestieren und Sie nachdrücklich darum bitten, beim ursprünglich vereinbarten Zeitplan zu bleiben", schrieben die Kommissionsmitglieder Martin Kaiser (Greenpeace), Kai Niebert (Deutscher Naturschutzring) und Hubert Weiger (BUND) an die Vorsitzenden. Der Eindruck, dass Bundes- und Landespolitiker versuchten, "nach Belieben die Arbeit einer zivilgesellschaftlichen Kommission und deren Empfehlungen zu beeinflussen", sei "völlig unbegreiflich". Für die nächste geplante Sitzung am kommenden Montag verlangten sie eine Aussprache.

"Wir erwarten von Ihnen als Vorsitzende klare Signale, dass der Klimaschutz jetzt auf der Agenda bleibt und es zu keiner Verschiebung des Abschlusses der Kommissionsarbeit kommt. Ansonsten riskieren Sie einen zivilgesellschaftlichen Konsens und damit auch die Chance einer Strukturentwicklung für die Braunkohleregionen", schrieben die drei Umweltverbände.

"Lange Zeitachsen machen es meistens nicht besser"

In der Kommission gab es aber auch gelassene Stimmen: "Lange Zeitachsen machen es meistens nicht besser, aber da der Strukturwandel im Fokus steht, sei es drum", sagte ein Kommissionsmitglied.

Donnerstag, 22. November

08:19 Uhr RWE lässt unter Polizeischutz Barrikaden im Hambacher Forst räumen

Mehrere Wochen nach dem gerichtlich verordneten Rodungsstopp sind Polizei und RWE-Mitarbeiter wieder zu einem größeren Einsatz im Hambacher Forst angerückt. Seit dem Morgen lässt RWE als Eigentümer des Waldes Barrikaden und Hindernisse auf den Wegen sowie Gegenstände, die nicht in den Wald gehören, entfernen. Dabei kommen große Räumfahrzeuge zum Einsatz, denn die Barrikaden auf den im Oktober eingerichteten Wegen im Wald bestehen aus zum Teil sehr mächtigen Baumstämmen.

Die zuständige Aachener Polizei sichert den Einsatz der Mitarbeiter des Unternehmens. Nach Auskunft eines Sprechers der Aachener Polizei verläuft der Einsatz friedlich. Die Braunkohlegegner leisten keine Gegenwehr. Einzelne Personen erhielten aber Platzverweise. Eine junge Frau, die sich in den Weg gesetzt hatte, wurde von Polizisten weggetragen.



Von Personen, die sich im Hambacher Forst auf Barrikaden aufgehalten haben, wurden Personalien festgestellt. Sie erhielten Platzverweise und wurden durch unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort entlassen. Polizei Aachen

Gleichzeitig will die Polizei mögliche Beweis- und Tatmittel sicherstellen, die zur Vorbereitung und zur Durchführung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten oder dem Bau von Barrikaden dienen, heißt es in einer Mitteilung. Die Polizei betont, dass keine Räumungen der Baumhäuser und des angrenzenden Wiesencamps geplant seien. Die zuständige Aachener Polizei wird nach Worten einer Sprecherin von Einsatzkräften aus anderen Städten unterstützt. Nähere Angaben zur Anzahl der Beamten machte sie nicht.



Die Polizei Aachen ist heute im Hambacher Forst im Einsatz. Die RWE AG beseitigt als Eigentümerin auch während des Rodungsstopps Barrikaden auf Wegen und Straßen, Unrat sowie Gegenstände, die nicht in den Wald gehören.

Nach dem Rodungsstopp am 5. Oktober haben Umweltaktivisten erneut Baumhäuser im Hambacher Forst errichtet und halten einen Teil des Waldes besetzt. Wie viele Menschen sich derzeit im Wald aufhalten, wollte die Polizei aus taktischen Gründen nicht mitteilen. Via Twitter appellierte die Polizei an die Aktivisten, die sich im Wald aufhalten: „Verhalten Sie sich ruhig und kooperativ“!

14.22 Uhr: Polizei findet Attrappe einer Sprengvorrichtung
Polizisten sind am Donnerstagvormittag bei Barrikadenräumungen auf augenscheinliche Sprengvorrichtungen, die sich bei näherer Untersuchung als Attrappe herausstellten, gestoßen.

Die Polizei NRW erklärte via Twitter: „Mit Kunst hat das nichts zu tun“. Kurz darauf vermeldeten die Beamten, dass es sich um eine Attrappe handelt.

Freitag, 23. November

07:08 Uhr Der Hambacher Forst ist wieder ein „gefährlicher Ort“

Bei dem Polizeieinsatz im Hambacher Forst sind am Donnerstag drei Aktivisten vorläufig festgenommen worden. Zwei Personen nahm die Polizei wegen versuchter Körperverletzung fest, weil sie Steine in Richtung von RWE-Mitarbeitern geworfen hatte – verletzt wurde dabei niemand. Eine weitere Person wurde festgenommen, weil sie Widerstand gegen Polizeibeamte leistete, als sie in Gewahrsam genommen werden sollte. Laut einer Mitteilung der zuständigen Aachener Polizei spuckte und trat sie. Zudem nahm die Polizei mehrere Aktivisten in Gewahrsam.

RWE hatte in dem von Aktivisten besetzten Waldstück am Donnerstag Barrikaden geräumt und Müll entfernt, wie es in der Mitteilung hieß. Die Polizei schützte die Arbeiten der Mitarbeiter des Unternehmens. Baumhäuser wurden nicht geräumt. Von den Zwischenfällen abgesehen, verlief der Einsatz friedlich. Dennoch erklärte die Aachener Polizei den Hambacher Forst erneut zu einem „gefährlichen Ort“.

Diesen Status hatte das Gebiet bereits ab Anfang September inne, also wenige Wochen vor der Räumung der Baumhäuser, die bis in den Oktober andauerte. Die Polizei kann dadurch Menschen ohne jeglichen Anlass kontrollieren, wenn sie sich in dem Gebiet aufhalten. Die Aachener Behörde begründete diesen Schritt damit, dass es in der Vergangenheit insbesondere bei vergleichbaren Einsätzen wie dem am Donnerstag zu erheblichen Straftaten gekommen sei.



RWE-Mitarbeiter räumten am Donnerstag Müll aus dem Hambacher Forst. Foto dpa

12:45 Uhr Hambacher Forst soll erhalten bleiben

Der Hambacher Forst soll erhalten bleiben. Das hat SPIEGEL ONLINE am Freitag berichtet. So hält demnach der Abschlussentwurf der Kohlekommission fest, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung im Westen des Landes beginnen soll. Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt fünf Gigawatt sollen stillgelegt werden. Im Rheinischen Revier betrifft das demnach sechs Braunkohleblöcke. Dies würde auch den Erhalt des Hambacher Forstes bedeuten. Bis 2030 soll der Großteil aller Kraftwerke in Deutschland vom Netz genommen sein.

Die Kommission wollte eigentlich bereits bis zum 28. November ihre Arbeit abschließen und ein Gesamtpaket mit Details zu Strukturwandel, Abschaltungen von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken bis 2022 und einen Ausstiegsplan inklusive Enddatums vorlegen. Auf Druck vor allem der ostdeutschen Kohleländer tagt die Regierungskommission zum Kohleausstieg nun bis Januar.



Das RWE-Braunkohlekraftwerk Neurath I und II in Grevenbroich-Neurath. Foto dpa

Die Kommission wollte eigentlich bereits bis zum 28. November ihre Arbeit abschließen und ein Gesamtpaket mit Details zu Strukturwandel, Abschaltungen von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken bis 2022 und einen Ausstiegsplan inklusive Enddatums vorlegen. Auf Druck vor allem der ostdeutschen Kohleländer tagt die Regierungskommission zum Kohleausstieg nun bis Januar.

13:15 Uhr Dementi der Kommission

Von der Kommission kam kurz nach Bekanntwerden der „Spiegel“-Meldung ein Dementi. In der Mitteilung, die das Bundeswirtschaftsministerium verbreitete, heißt es: „Zur Berichterstattung des Spiegels erklärt die Kommission: Die gesamte Meldung entbehrt jeder Grundlage.“

15:00 Uhr Kohlekommissionsmitglied Antje Grothus dementiert Spiegel-Bericht

„Da kann ich nur sagen: April, April und das mitten im November.“ Kohlekommissionsmitglied Antje Grothus von der kohlekritischen Bürgerinitiative Buirer für Buir weist Aussagen eines Spiegel-Berichtes zurück: „Wir haben in der Kommission

noch über keinerlei Gigawatt-Zahlen und Daten diskutiert. Wir haben auch noch über keinerlei Enddatum gesprochen. Es wäre schön, wenn wir schon soweit wären.“

Einen Entwurf für einen Abschlussbericht gebe es noch nicht. Natürlich würde sie sich freuen, wenn der Hambacher Wald erhalten bleiben könnte, doch auch diese Entscheidung sei noch nicht gefallen: „Leider nur Sagen und Mythen und ständiges Störfeuer durch die Länder.“

Sie nehme die Klimaschutzziele der Bundesregierung ernst, die etwa eine Reduzierung der Kraftwerksblöcke um die Hälfte zur Erreichung der 2020 Ziele zur Folge hätten, so Grothus: „Da haben wir aktuell aber noch eine Lücke von 8 Prozent CO₂, die wir noch zu viel produzieren. Deshalb müssen wir einen ambitionierten Einstieg in den Kohleausstieg haben, die Tagebaue Garzweiler und Hambach müssen dann an der Autobahn 61 und an der alten Autobahn 4 gestoppt und verkleinert werden, wenn wir die Pariser Klimaschutzziele umsetzen wollen.“ Gleichzeitig schaffe RWE aber im Revier immer schneller Fakten, indem die Häuser etwa in Mannheim-alt oder die Umsiedlungsdörfer am Rande des Tagebaus Garzweiler immer schneller abgerissen würden, so Grothus: „Deshalb brauchen wir ein Moratorium was den Abriss von Dörfern und Wald angeht.“ (rj)

Landrat Michael Kreuzberg sagte: „Die Verschiebung des Abschlussberichtes in den Januar ist ein Wunsch der Bundesregierung. Die Kommission hat darüber noch nicht beraten. Sie trifft sich gemäß ihrem Zeitplan am Montag.“

Samstag, 24. November

17:00 Uhr Gedenkstätte von verunglücktem Journalisten beseitigt

Die Beseitigung einer Gedenkstätte für einen tödlich verunglückten Journalisten im Hambacher Forst bei Räumarbeiten von RWE hat zu empörten Reaktionen geführt. Das Energieunternehmen bestätigte die Räumung über Twitter: „Bei den Arbeiten, bei denen illegal errichtete Barrikaden und Müll aus dem Forst verbracht werden mussten, ist versehentlich die Erinnerungsstätte beräumt worden. Das ist bedauerlich“, erklärte RWE am späten Freitagnachmittag.

Der RWE-Tweet hatte eine Welle der Empörung zur Folge. In Kommentaren war unter anderem von Pietätlosigkeit die Rede. Eine Twitter-Nutzerin warf RWE am Samstag vor, dass keine „wirkliche Anteilnahme“ vorhanden sei.

Während der wochenlangen Räumung illegaler Baumhäuser von Aktivisten im September in dem Wald am Braunkohletagebau Hambach war der 27-jährige Journalist aus großer Höhe von einer Hängebrücke gestürzt und gestorben. Aktivisten hatten danach eine Gedenkstätte in dem Wald errichtet.

Dienstag, 27. November

10:54 Uhr Greenpeace Energy macht RWE Angebot

Der Energielieferant Greenpeace Energy hat Interesse an den Braunkohle-Tagebauen und -Kraftwerken des RWE-Konzerns im Rheinischen Revier. Greenpeace Energy wolle die Anlagen von 2020 an stufenweise übernehmen und bis 2025 stilllegen, teilte die Genossenschaft in Hamburg und Berlin mit. Für das Gelingen seien eine Einigung mit RWE sowie eine staatliche Unterstützung des Strukturwandels wichtig, sagte Energy-Vorstand Sönke Tangermann.

RWE zeigte sich nicht überzeugt: „Das Angebot von Greenpeace kann man kaum ernst nehmen. Letztlich geht es um einen Vorschlag zu Lasten Dritter. Bund, Länder und RWE sollen

Ideen finanzieren, die die komplexen Zusammenhänge und genehmigungsrechtlichen Vorgaben des Braunkohlensystems völlig ausblenden“, sagte ein Sprecher. „Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier vor allem mediale Aufmerksamkeit für Greenpeace Energy erzeugt werden soll.“ Auf den stillgelegten Tagebauflächen sollen Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 8,2 Gigawatt entstehen. Vor drei Jahren hatten die Umweltschützer von Greenpeace Nordic Interesse an der Vattenfall-Braunkohlesparte in der Lausitz gezeigt. Sie ging unter mehreren Bietern letztlich 2016 an die tschechische EPH-Gruppe.

Der Aufbau des erneuerbaren Kraftwerksparks im Revier würde den Berechnungen von Greenpeace Energy zufolge rund sieben Milliarden Euro kosten. „Was wir vorschlagen, ist eine Riesenchance für das Rheinische Revier – und bringt uns beim Klimaschutz einen großen Schritt voran“, sagte Tangermann.

13:00 Uhr Demo in Köln und Berlin

Kurz vor dem Weltklimagipfel in Polen haben Umweltschützer für diesen Samstag (1. Dezember) zu einer Doppel-Demonstration gegen die Kohle in Köln und Berlin aufgerufen. Man erwarte Tausende Teilnehmer, sagte eine Sprecherin am Dienstag in Köln. Berlin sei ausgesucht worden, weil dort die Kohlekommission tagt, Köln wegen der Nähe zum Hambacher Forst. Außerdem sei NRW der Industriestandort in Deutschland schlechthin, sagte der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck. Hier müssten jetzt endlich die Kraftwerke im rheinischen Revier geschlossen werden. Diese stammten „aus der energietechnischen Steinzeit“, sagte Dirk Jansen vom BUND. Er warnte: „Wenn Nordrhein-Westfalen scheitert, scheitert Deutschland.“

Jansen kritisierte, dass die Kohlekommission ihr Konzept für den Kohleausstieg nun erst Anfang Februar vorlegen will.

„Diese gezielte Verzögerungsstrategie ist unseres Erachtens ein Skandal“, sagte Jansen. Armin Paasch von der Hilfsorganisation Misereor warnte, man steuere aktuell auf eine Klimaerwärmung von drei Grad zu, nicht etwa von zwei oder gar nur einhalb Grad.

Mittwoch, 28. November

11:40 Uhr Groß-Demonstration für Kohleausstieg in Köln



Anti-Kohle-Demonstration in Berlin im Juni. Foto dpa

Am kommenden Samstag, 1. Dezember, finden in Köln und Berlin zeitgleich ab 12 Uhr Demonstrationen statt mit dem Titel „Tempo machen beim Kohleausstieg“. In Köln startet der Demonstrationzug an der Deutzer Werft, in Berlin am Kanzleramt. Organisiert wird die Veranstaltung von verschiedenen Naturschutzorganisationen, kirchlichen Institutionen sowie einigen Parteien.

In Köln verläuft der Umzug nach dem Start an der Deutzer Werft durch die Innenstadt. Die genaue Route wird von den Organisatoren noch bekanntgegeben. Gegen 14.30 Uhr ist eine Abschlusskundgebung an der Deutzer Werft geplant. Nach

Angaben der Polizei ist mit 5000 bis 10.000 Teilnehmern zu rechnen.

16:00 Uhr Eltern durften Sohn erst Tage nach dessen Tod sehen

Die Eltern des im September bei einem Sturz aus einem Baum im Hambacher Forst ums Leben gekommenen Leverkusener Blogger erheben in einem Offenen Brief schwere Vorwürfe gegen die nordrhein-westfälische Landesregierung und die Behörden des Landes. In dem Brief, der von dem WDR-Journalisten Jürgen Döschner in einem Tweet öffentlich gemacht wurde, schreiben die Eltern unter anderem: „Aussagen von Landespolitikern und das Verhalten von Behörden (haben) unsere Trauer und unseren Schmerz verstärkt“.

Das Unglück habe sich an dem Tag gegen 16 Uhr ereignet, aber erst gegen Mitternacht seien Polizisten bei ihnen erschienen und hätten den Tod ihres Sohnes offiziell bestätigt, obwohl es über seine Identität anhand seiner Papiere keine Zweifel habe geben können. Schlimmer noch: Der junge Mann sei „gegen den Willen der Eltern“ obduziert worden, was dazu führte, dass sie ihren Sohn erst „mehrere Tage nach seinem Tod“ hätten sehen können.

Das aus der Sicht der Eltern eklatante Versagen der Behörden ist das eine, das andere ist die Instrumentalisierung des Unglücks durch Innenminister Herbert Reul (CDU). Dieser habe „den Tod Steffens benutzt, um gegen die Baumhausbewohner*innen zu hetzen“, so die Eltern, weil er Aktivisten hämische Bemerkungen über den verunglückten Journalisten unterstellt habe. Sie werfen Reul in diesem Zusammenhang vor, unwahre Behauptungen aufzustellen.

Donnerstag, 29. November

13:35 Uhr Verfahren gegen Aktivisten eingestellt

Das Amtsgericht Kerpen hat ein Verfahren gegen einen Aktivist im Zusammenhang mit den Baumhaus-Räumungen im Hambacher Forst gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Der 23-Jährige war wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Polizisten und wegen versuchter Körperverletzung angeklagt. Als Beamte ihn im September von einem Baum herunterholen wollten, soll er sich mit einem Fausthieb gegen den Helm eines Polizisten gewehrt haben. Als ein Beamter ihn am Fuß packen wollte, trat er laut Anklage nach dessen Hand.

Ein Video von dem Polizeieinsatz habe nicht ganz zur Klärung der Situation beigetragen, sagte der Direktor des Amtsgerichts Kerpen, Joachim Rau, am Donnerstag. Man habe darauf nicht erkennen können, was im Einzelnen passiert sei. „Aber das war alles wirklich nicht so dramatisch“, sagte Rau. Der 23-Jährige müsse 100 Euro für einen gemeinnützigen Zweck zahlen. Weil sich der Angeklagte zunächst geweigert hatte, seine Personalien anzugeben, hatte er 40 Tage in Untersuchungshaft gesessen.

Es ist das erste Verfahren in Kerpen im Zusammenhang mit den wochenlangen Räumungen im September. Ein Teil des Hambacher Waldes liegt aber auch in der Zuständigkeit des Amtsgerichts Düren. Dort konnte man zunächst nicht sagen, ob es schon entsprechende Verfahren gegeben hat.

Montag, 3. Dezember 2018

16:54 Uhr Gericht peilt erstes Quartal für Entscheidung an

Das Verwaltungsgericht Köln will im ersten Quartal nächsten Jahres über eine Klage gegen die geplanten Rodungen im Hambacher Forst entscheiden. Es gebe aber noch keinen konkreten Termin, sagte eine Gerichtssprecherin am Montag. Möglicherweise hat sich das Thema bis dahin bereits erledigt: Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission will bis Anfang Februar ein Konzept für den Kohleausstieg vorlegen.

Umweltverbände fordern, dass die Kommission das alte Waldgebiet am Tagebau Hambach erhält.



Protest gegen die Rodung des Hambacher Forsts. Foto picture alliance/dpa

Der Umweltverband BUND klagt am Kölner Verwaltungsgericht gegen den Hauptbetriebsplan für den Braunkohletagebau Hambach, der auch die Rodungen regelt. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster hatte während der laufenden Rodungsvorbereitungen von RWE in einem Eilverfahren einen vorläufigen Rodungsstopp verfügt. Sollte der BUND mit seiner Klage scheitern und Rechtsmittel einlegen, dann dürfte RWE die richterliche Entscheidung mindestens fünf Monate lang nicht vollziehen, wie eine OVG-Sprecherin erklärte.

Dienstag 04. Dezember

06:00 Uhr Kreis Düren droht mit Räumung von Kurt Claßens Wiesencamp

Die Tage des Wiesencamps unmittelbar am Hambacher Forst könnten gezählt sein. Wie der Grundstückseigentümer Kurt Claßen bestätigte, hat er eine Ordnungsverfügung des Kreises Düren erhalten. Danach sei er aufgefordert worden, bis 11. Dezember sämtliche auf dem Grundstück vorhandenen baulichen Anlagen zu beseitigen oder beseitigen zu lassen, sagte der 70-

Jährige. Es sei verboten, „danach neue bauliche Anlagen zu errichten oder errichten zu lassen“, heißt es in der Ordnungsverfügung weiter.



Die Zukunft des Camps auf der Wiese am Hambacher Forst ist ungewiss. Als Eigentümer prozessiert Kurt Claßen.
Foto Jansen

Räumung angedroht

Sollte der Buirer dieser Aufforderung „nicht fristgerecht oder nicht ausreichend nachkommen“ wird gedroht, dass die Räumung des Wiesencamps „durch einen anderen auf Ihre Kosten“ durchgeführt werde, berichtet Claßen weiter. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde ein Zwangsgeld von 500 Euro je baulicher Anlage angekündigt.

Das könnte sich für Claßen zu einem großen Kostenfaktor entwickeln: „Wenn man bedenkt, dass sich auf dem Gelände derzeit zwischen 40 und 50 Anlagen befinden, also Hütten, Wohnwagen und Zelte, dann kann sich das Zwangsgeld auf einen Betrag von 20 000 bis 25 000 Euro aufsummieren.“

Hat damit die letzte Stunde für das Wiesencamp geschlagen? Claßen hofft nicht. Außerdem will er rechtlich nicht so schnell klein begeben: „Ich werde kämpfen.“ Aber auf seine möglichen Erfolgsaussichten angesprochen räumt er ein: „Ich kann

das nicht einschätzen. Ich werde den Rechtsweg versuchen. Die Wiese sollte schon mal geräumt werden, und es ist nicht geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat einmal so geurteilt, dass das Versammlungsrecht nicht mit dem Baurecht ausgehebelt werden darf.“

Das sei eine „ziemlich starke Entscheidung“, auf die er sich berufen möchte, so Claßen: „Aber wenn die sagen, die räumen, dann kann ich nichts machen, und die Bewohner können auch nichts machen dagegen.“

Nachdem er im Sommer mitgeteilt hatte, er sei finanziell nicht mehr in der Lage, den teuren Rechtsstreit für das Wiesencamp weiterzuführen, habe er zahlreiche Spenden erhalten, so Claßen. Finanziell sei er wieder in der Lage, weiter zu streiten: „Ich habe bisher in Zusammenhang mit der Wiese etwa 45 000 Euro verausgabt und Rechnungen stehen noch aus. Doch durch Crowdfunding kann ich jetzt die Kosten bezahlen.“

Zunächst sei er in Vorleistung getreten, seit einem Aufruf träfen aber stetig Beträge ein, so Claßen: „Fast täglich kommt Geld auf dem Konto an. Heute Morgen waren es zwischen 15 und 20 Beträge zwischen zwei und 100 Euro. Es gab aber auch schon größere Überweisungen bis 1000 Euro.“ Ohne diese Unterstützung könnte er sich die Verfahren nicht leisten, so Steuerberater Claßen: „Ich bin privat finanziell am Limit.“

Dienstag, 11. Dezember

19:00 Uhr Grüne diskutieren über Gestaltung von Tagebau

Die Elsdorfer Grünen hatten den Dürener Bundestagsabgeordneten und Parteikollegen Oliver Krischer ans Forum Terra Nova eingeladen, um ihm ihre Sorgen vorzutragen und seine Standpunkte zum Tagebau Hambach zu hören. „Die verbliebene Abbaufäche der Tagebaue Hambach und Garzweiler ist

um zwei Drittel zu groß, selbst wenn der Ausstieg erst wie geplant 2040 kommen sollte, was ja kaum noch realistisch ist“, sagte Krischer. Er berief sich auf eine Studie, die die Grünen in Auftrag gegeben haben und „zu der es bis heute keinen Widerspruch gibt“. Zu der gutachterlichen Bewertung habe er die Meinung des Tagebaubetreibers RWE Power angefragt, „bislang aber noch keine Antwort bekommen“.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Michael Broich sagte, er habe „Angst, dass die Rücklagen für die Rekultivierung nicht fließen“, wenn der Tagebau nicht wie geplant durchgezogen werden könne, und dass dann möglicherweise eine Industriebrache zurückbliebe. Dennoch betonte er, dass Hambach nach Meinung der Ortsgrünen „schnell beendet und der Restwald erhalten bleiben soll“.

Man könne die Böschung auf der Abbauseite steiler gestalten, sodass es am Ende bei einem früheren Ausstieg gelingen könnte, ausreichend Kohle bis dahin zu gewinnen, sagte Krischer mit kritischem Blick in das Abraumfeld ein. „RWE hat auch in Garzweiler gesagt, dass eine Verkleinerung nicht geht, und jetzt geht sie doch“, argumentierte er. Technisch sei alles möglich, wenn man es nur wolle. Die finanziellen Rücklagen für die Rekultivierung sähe er lieber aus dem Unternehmen herausgelöst und in staatlicher Kontrolle.

„Es fällt keiner ins Bergfreie“

Für die derzeitige Sorge der RWE-Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze habe er Verständnis. Doch seien viele von ihnen „bis Mitte der 30er-Jahre in den Ruhestand gegangen“. Zudem gebe es die Möglichkeit, ähnlich wie bei der Steinkohle, das über staatliches Anpassungsgeld, also Vorruhestand, zu regeln. „Viele werden auch nachher noch gebraucht. Man kann das

Loch ja nicht sich selbst überlassen. Es fällt keiner ins Bergfreie“, schätzte er die Zukunft ein. Eine solche Garantie gebe es in keiner anderen Branche.



Oliver Krischer (2. v. l.) diskutierte am Tagebaurand mit den Elsdorfer Grünen Ulrich Granderath, Michael Broich (v. l.) und Hartmut Bergheim (r.) sowie mit dem interessierten Bürger Horst Broich über die Zukunft der Braunkohle. Foto: Dietmar Fratz

„Laschets Job ist es, nach dem Spruch der Kohlekommission im Februar eine Leitentscheidung zu formulieren, in der diese Fragen geklärt werden, auch im Sinne von Elsdorf“, forderte er den Düsseldorfer Ministerpräsidenten auf. Krischer sagte den Orts-Grünen zu, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen, die bald nach dem Ende der Kommission in Elsdorf stattfinden soll.

Mittwoch, 12. Dezember 2018

8:47 Uhr Polizeieinsatz im Hambacher Forst

Am Mittwochmorgen ist die Polizei erneut im Hambacher Forst im Einsatz. Wie sie auf Twitter mitteilt, schützt sie die Arbeiter von RWE, die Barrikaden auf Wegen und Straßen entfernen. Daneben will die Polizei bei dem Einsatz Gegenstände sichern, die zur Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten

geeignet sind – wie Zwillen, Molotow-Cocktails oder Spreng-Attrappen. Der letzte Polizeieinsatz dieser Art war vor rund drei Wochen. Dabei fanden Polizisten eine Spreng-Attrappe und Zwillen. Räumungen des Wiesencamps, der Baumhäuser oder von Wohnzelten seien nicht vorgesehen, betont die Polizei und appelliert an die Baumbesetzer, sich kooperativ zu verhalten.



Neue Baumhäuser im Hambacher Forst Foto Wilfried Meisen



Im Hambachern Forst werden sogenannte Bodenstrukturen geräumt. Foto Wilfried Meisen

Die Polizei Aachen ist heute im Hambacher Forst im Einsatz. Die RWE AG ist als Eigentümerin auch während des Rodungsstopps zur Verkehrssicherung im Wald verpflichtet. Daher entfernt RWE Barrikaden auf Wegen & Straßen sowie Gegenstände, die nicht in den Wald gehören.

15:30 Uhr Gericht will BUND-Klagen im März verhandeln

Das Verwaltungsgericht Köln will am 12. März über die Klage des Umweltverbands BUND gegen geplante Rodungen im Hambacher Forst verhandeln. Der BUND hatte gegen den Hauptbetriebsplan für den Tagebau Hambach geklagt, der auch die umstrittenen Rodungen regelt. Bei dem Termin im März soll nach Angaben des Verwaltungsgerichts Köln auch über zwei weitere Klagen im Zusammenhang mit dem Tagebau Hambach verhandelt werden. Der Umweltverband geht juristisch auch gegen die Enteignung eines Grundstücks von ihm für den fortschreitenden Tagebau vor. In dem dritten Verfahren wendet sich der BUND gegen eine mögliche Zwangsabtretung des Grundstücks, auch wenn die Klage gegen die Zwangsenteignung noch nicht entschieden ist. Der BUND will mit den Klagen den Tagebau Hambach stoppen. Ob das Gericht am Tag der Verhandlung schon entscheidet, sei nicht absehbar, teilte ein Gerichtssprecher am Mittwoch mit. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster hatte während der laufenden Rodungsvorbereitungen von RWE in einem vom BUND angestregten Eilverfahren einen vorläufigen Rodungsstopp verfügt. Sollte der BUND mit seiner Klage gegen die Rodung scheitern und Rechtsmittel einlegen, dann dürfte RWE die richterliche Entscheidung mindestens fünf Monate lang nicht vollziehen, hatte eine OVG-Sprecherin unlängst erklärt.

16:00 Uhr Greenpeace-Aktivisten fliegen im Heißluftballon über Niederaußem



Der Ballon über dem Kraftwerk in Niederaußem. Foto Greenpeace

Greenpeace-Aktivisten sind heute zwischen etwa 14:30 und 16:00 Uhr mit einem Heißluftballon über das Kraftwerk Niederaußem und den Tagebau Hambach gefahren, um auf die Klimabelastung durch die Braunkohleverstromung hinzuweisen und um für einen schnellen Kohleausstieg zu demonstrieren. Der Ballon ist als Erdkugel gestaltet und trug ein vier mal sieben Meter großes Banner mit der Aufschrift „Klimakrise Made in Germany“. Aufgrund der Wetterlage, bei der stellenweise Nebel herrschte, sei die Crew vor besondere Herausforderungen gestellt worden und der Ballon habe erst mit Verspätung starten könne, sagte eine Greenpeace-Sprecherin.

17:25 Uhr Polizeieinsatz im Hambacher Forst



Die Polizei ist erneut im Hambacher Forst. Foto Wilfried Meisen



RWE-Mitarbeiter räumen Barrikaden weg. Foto Wilfried Meisen

Der Energiekonzern RWE hat im Hambacher Forst erneut Barrikaden und Hindernissen geräumt. Die Polizei schützte die

RWE-Mitarbeiter am Mittwoch wie schon in der Vergangenheit bei den Arbeiten vor möglichen Übergriffen von Braunkohlegegnern. Es habe aber keine Störungen gegeben, teilten die Beamten mit. Bauten und Zelte am Boden, in denen offensichtlich Menschen leben, wurden demnach nicht geräumt. RWE fuhr nach eigenen Angaben etwa 120 Kubikmeter Material aus dem Wald, darunter Europaletten und Möbel.

Eine kleine Gruppe von Vermummten, die die Arbeiten beobachtete, kam den Platzverweisen der Polizei nach und ging weg. Die Rettungswege seien wieder frei, erklärten die Beamten am Nachmittag nach dem Ende des Einsatzes. Den letzten Polizeieinsatz dieser Art hatte es vor rund drei Wochen gegeben. Damals fanden Beamte eine Sprengattrappe und Zwillen.

Freitag, 14. Dezember 2018

15:00 Uhr Braunkohlegegner kritisieren Polizeieinsatz

Nach der jüngsten Räumung im Hambacher Forst haben Braunkohlegegner den Einsatz von Polizei und RWE kritisiert. Keineswegs seien nur Barrikaden und Hindernisse geräumt worden, sagte Kathrin Henneberger von der Organisation „Ende Gelände“ am Freitag. Die Mitarbeiter des Energiekonzerns RWE hätten am Mittwoch im Forst auch aufgebaute Strukturen wie Küchen und provisorische Wohnzimmer zerstört, die die in Baumhäusern und Zelten lebenden Demonstranten benötigten. „Das ist nicht ok bei diesen niedrigen Temperaturen“, sagte Henneberger.

Die Polizei hatte am Mittwoch mitgeteilt, es habe bei dem Einsatz keine Störungen gegeben. Bauten und Zelte am Boden, in denen offensichtlich Menschen lebten, seien nicht geräumt worden. Nach dem vorläufigen Rodungsstopp im Hambacher Forst ist der Wald am Braunkohletagebau Hambach nach RWE-Angaben kein Betriebsgelände mehr. Das RWE-

Eigentum sei somit automatisch öffentliches Gelände, das jedermann betreten dürfe.

Dienstag, 18. Dezember

06:00 Uhr SPD Elsdorf pocht auf einen geregelten Ausstieg

Sozialdemokraten fürchten, dass Elsdorf bei den zukünftigen Planungen zu kurz kommt.

"Elsdorf darf beim Strukturwandel nicht vergessen werden. Zum Teil sieht das so aus, obwohl wir die am stärksten betroffene Stadt sind", sagt Harald Könen. Gegen das Vergessen werden gründete die SPD einen Arbeitskreis Strukturwandel, dem zurzeit fünf (Ex-) RWE-Mitarbeiter angehören.

"Wir wollen einige Dinge auf den Weg bringen, eventuell auch mit anderen Volksparteien in der Stadt", sagt Könen. Gedacht ist an engen Kontakt zu Bürgern. Aufklärung über Chancen und Risiken und die Vertretung ihrer Meinung in Berlin durch die lokalen Bundestagsabgeordneten. "Da kommt uns in der Kohlekommission zu wenig", sagt Könen. Dieter Buschmann sorgt sich um die Laufzeit des Tagebaus: "Wenn der Hambacher Wald stehen bleibt, ist das für Elsdorf eine Katastrophe". Am hinteren Ende des Tagebaus Hambach fehle dann Fläche für Industrie und Landwirtschaft, da die Rekultivierung nicht planmäßig stattfinden könne. "Der Tagebau ist genau berechnet. Dann müsste alles neu geplant werden", sagt Peter Ruhnke. Der Widerspruch zwischen benötigter Nutzfläche und der Platzierung des Restsees müsse aufgelöst werden.

Es sei dringend Planungssicherheit auch für neu anzusiedelnde Unternehmen erforderlich. Eines könnte beispielsweise eine Elektrobusverbindung auf der alten Bahntrasse nach Bedburg herstellen, schlägt Harald Schmidt vor. "Die Bergleute wissen, dass die Kohle endlich ist, aber ein geregelter und sozialer

Ausstieg ist uns wichtig", so Andreas van der Linden. Der Arbeitskreis will über einen Fragebogen, der jetzt erarbeitet werden soll, mit der Bevölkerung ins Gespräch kommen. "Es muss beantwortet werden, was passiert, wenn der Tagebau früher schließen muss", sagt Könen. Und es müsse dafür gesorgt werden, dass Elsdorf gehört werde, "Alles andere wäre ein großer Fehler".

Mittwoch, 19. Dezember

13:30 Uhr Laschet will Westen bei Kohleausstieg bevorzugen

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat Bedingungen für den Kohleausstieg gestellt: „Die ersten Maßnahmen, die wirken, müssen im Westen sein“, sagte Laschet am Mittwoch in Düsseldorf. Wenn Kraftwerkabschaltungen im Rheinischen Revier schon in den nächsten Jahren erforderlich seien, dann müssten die Strukturmittel auch zuerst dorthin fließen. In Ostdeutschland werde das erst zu einem späteren Zeitpunkt der Fall sein.

Die Kommission „Wachstum Strukturwandel und Beschäftigung“ müsse laut Zeitplan in den nächsten vier Wochen konkrete Ergebnisse vorlegen, sagte Laschet. „Am 1. Februar ist Schluss.“ Im günstigsten Fall werde es dann einen Konsens darüber geben, dass Deutschland schneller als geplant aus der Braunkohle aussteige. „Wir brauchen dringend ein Ergebnis und einen gesellschaftlichen Konsens. Ich habe auch das Gefühl, dass das gelingen kann.“

Samstag, 22. Dezember

13:31 Uhr RWE-Mitarbeiter nach schwerem Angriff im Krankenhaus

Wochenlang war es am Tagebau Hambach verhältnismäßig ruhig. Kurz vor Weihnachten jedoch sollen etwa 70 Aktivisten

und Waldbesetzer die Container des RWE-Werkschutzes mit Steinen, Molotowcocktails und Zwillen angegriffen haben.

Drei Tage vor Weihnachten ist es im Hambacher Forst offenbar zu einem schweren Angriff auf RWE-Mitarbeiter gekommen, vier von ihnen wurden verletzt. Nach Informationen unserer Zeitung sollen bis zu 70 Menschen aus der Waldbesetzerszene am Freitagabend gegen 20.10 Uhr aus dem Hambacher Forst gekommen sein und die Container an der L276 angegriffen haben, in denen sich ein Teil der Werkschutzmitarbeiter aufhält. Diese Container stehen in der Nähe der alten A4-Trasse unmittelbar am Waldrand.

Die Aachener Polizei konnte den Zwischenfall am Samstagmittag weitgehend bestätigen. Container und Werkschützer seien mit Steinen beworfen und mit Zwillen beschossen worden. Nach Informationen unserer Zeitung flog überdies mindestens ein Molotowcocktail, also eine Benzinbombe. Ein RWE-Mitarbeiter sei von einem Zwillengeschoss an der Hand verletzt, ein anderer seitlich am Kopf getroffen worden, teilte RWE mit. Der Mann wurde mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Wie die Polizei am Samstagmittag mitteilte, liege der Mann weiterhin im Krankenhaus.

Durch den Angriff seien zudem Glasscheiben und Rolladen an den Containern beschädigt worden, ebenso Fahrzeuge, die in der Nähe der Container standen. Ein RWE-Sprecher berichtete am Samstag auf Anfrage unserer Zeitung von zerstochnen Reifen und zerbeulten Karosserien. Von den Sachbeschädigungen war der Aachener Polizei am Samstag noch nichts bekannt.

Nach dem Angriff stellte der Werkschutz in der Nähe der Container eine brennende Barrikade fest, die RWE-Werksfeuerwehr rückte an. Hinter der Barrikade seien die RWE-

Mitarbeiter bereits „von etwa 70 Aktivisten erwartet worden“, teilte RWE weiter mit. Erneut seien Steine geflogen, zwei Werkschützer getroffen und leicht verletzt worden.

Als die ersten Polizeibeamten eintrafen, seien auch sie angegriffen worden, erklärte Dana Zimmermann am Samstag, Sprecherin der Aachener Polizei. Nach den vorliegenden Meldungen sei derzeit allerdings nur von etwa 20 Vermummten auszugehen, die an den Angriffen beteiligt gewesen sind. Sie konnte allerdings nicht ausschließen, dass es auch mehr Menschen gewesen sein könnten. Den Erkenntnissen der Polizei zufolge seien im Moment jedoch deutlich weniger als 70 Menschen im Hambacher Forst. Ein Polizeihubschrauber, der am frühen Samstagmorgen über dem Hambacher Forst kreiste, hätte mehrere Male Gruppen von zehn bis 15 Personen im Restwald orten können, sagte Zimmermann. Bis tief in die Nacht seien Beamte vor Ort geblieben.

Nach der am 1. Oktober abgeschlossenen Baumhausräumung war es im Hambacher Forst ruhiger geworden. Was der Grund für einen solch schweren Angriff gewesen sein könnte, ist unklar, auch die Polizei hatte zunächst keine Erklärung. Zu Konfrontationen zwischen Waldbesetzern und RWE-Mitarbeitern sei es jüngst nicht gekommen.

Auch auf der Homepage der Waldbesetzer fand sich am Samstagmittag kein Beitrag, der direktem Bezug zu dem Angriff steht. In einem Artikel, an dessen Ende „ein zorniges Fest“ gewünscht wird, geht es um den Fleischverzehr an Heiligabend. Das „schreckliche Leben“ von Millionen Tieren „wird mit einem schrecklichen Tod beendet, damit sie am Scheinheiligabend auf Tischen stehen, an denen sich mehr gestritten wird als an jedem anderen Tag“, heißt es in dem Beitrag.

16:15 Uhr Erneuter Polizeieinsatz – Steinwürfe und brennende Barrikaden

Im Hambacher Forst ist es erneut zu Ausschreitungen gekommen. Am Freitagabend warfen verummte Unbekannte Steine und schossen mit Schleudern auf ein Sicherheitscamp des Energiekonzerns RWE, wie die Aachener Polizei am Samstag berichtete. Ein RWE-Mitarbeiter sei am Kopf verletzt worden. Die Unbekannten errichteten demnach eine Straßensperre an der Zufahrt zu dem RWE-Camp und zündeten diese an. Auch Böller seien gezündet worden. Herbeigerufene Polizeibeamte seien ebenfalls mit Steinen beworfen wurden.

Verletzte gab es dabei den Angaben zufolge nicht. Noch bis in die Morgenstunden hinein beobachtete die Polizei aus einem Hubschrauber weitere Steinwürfe auf das RWE-Camp. Der Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen wurde in den vergangenen Monaten zum Symbol für den Widerstand gegen Braunkohleverstromung. Der RWE-Konzern will einen Teil des Waldes roden, um den benachbarten Tagebau Hambach zu vergrößern. Das Oberverwaltungsgericht in Münster verhängte allerdings Anfang Oktober per Eilbeschluss einen Rodungsstopp.

Dienstag, 25. Dezember

09:00 Uhr Unbekannte werfen Molotowcocktails und Steine



Hambacher Forst- keine "stille heilige Nacht" im Hambacher Forst - wieder Polizeieinsatz nach mehrfachem Molotowcocktail- und Steinbewurf

Vermummte Personen haben in der Nacht zum 1. Weihnachtsfeiertag mit Molotowcocktails und Steinen das Sicherheitscamp von RWE beworfen. Wie die Polizei Aachen am Dienstag mitteilte, seien dabei zwei Fahrzeuge in Brand geraten, zwei weitere Fahrzeuge wurden durch Steine beschädigt. Die Polizei war mit zahlreichen Beamten und einem Hubschrauber im Einsatz. Informationen zu Verletzten lagen am Dienstag nicht vor.

Die brennenden Fahrzeuge wurden von der Feuerwehr gelöscht. Auf dem Weg zum Brandort wurden die Löschfahrzeuge der Feuerwehr nach Angaben der Polizei auf der ehemaligen Trasse der A4 ebenfalls mit Steinen beworfen. Zudem setzten die unbekannt Störer dort eine Barrikade in Brand, die später selbstständig erlosch. Anschließend flüchtete die Personengruppe unerkannt in den Wald. Die Kriminalpolizei hat wegen des Verdachts des besonders schweren Landfriedensbruchs, vorsätzlicher Brandstiftung und gefährlicher Körperverletzung Ermittlungen aufgenommen.

Mittwoch, 26. Dezember

17:00 Uhr NRW-Innenminister kritisiert Ausschreitungen an Weihnachten

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) hat die jüngsten Angriffe auf einen Gerätestützpunkt des Energiekonzerns RWE im Hambacher Forst kritisiert. Der Unionspolitiker sagte am Mittwoch, es sei „perfide“, dass einige gewaltbereite Täter selbst vor Aktionen an Heiligabend nicht zurückschreckten. Das trage nicht zur Deeskalation bei.

Donnerstag, 28. Dezember

16:50 Uhr Brandanschlag verhindert

Nur einen Tag nach den jüngsten Auseinandersetzungen zwischen RWE und Braunkohle-Gegnern am Hambacher Forst hat die Polizei nach eigenen Angaben einen Brandanschlag auf eine

Pumpstation des Energiekonzerns verhindert. Wie die Polizei Aachen mitteilte, hatten Unbekannte auf einem linksautonomen Internetforum einen Brandanschlag auf eine Grundwasser-Pumpstation von RWE am Wald angedroht. RWE-Mitarbeiter entdeckten daraufhin am Morgen des 26. Dezember in einer solchen Station nahe Manheim-Alt einen verdächtigen Gegenstand.

Unbekannte waren augenscheinlich in die umzäunte Station eingedrungen, hatten einen Stromsicherungskasten aufgebrochen und dort eine selbst gebauten Brandsatz deponiert. Ein Spezialist der Polizei entschärfte den nicht gezündeten Brandsatz. Zur Sicherung von Spuren wurde dieser sichergestellt. Mehrere teilweise verummte Personen beobachteten den Polizeieinsatz aus dem Dickicht des Waldes heraus. Um weitere gewalttätige Übergriffe zu verhindern, verstärkte die Polizei Ihre Präsenz vor Ort. Von einem Hubschrauber aus wurde die Gegend observiert. Jetzt ermittelt die Polizei wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung.

Freitag, 28. Dezember

10:50 Uhr Razzia am Hambacher Forst nach Zwischenfällen

Nach mehreren Zwischenfällen am Hambacher Forst hat die Polizei das sogenannte Wiesencamp der Braunkohle-Gegner durchsucht. Auch eine Werkstatt in Düren sei Ziel der Razzia, teilte die Polizei am Freitag mit. Gesucht werde nach Molotowcocktails oder Bolzenschneidern sowie nach Mitteln, mit denen Brandsätze zusammengebaut werden könnten, sagte eine Sprecherin der Polizei in Aachen.

„Es ist nicht geplant, das Wiesencamp oder die Baumhäuser im Wald zu räumen“, sagte sie. Auch würden keine Teile des Waldes gerodet. Die Polizei beruft sich auf einen Durchsuchungsbeschluss des Aachener Amtsgerichts.

Zuvor hatten Angriffe auf einen Gerätestützpunkt des Energiekonzerns RWE und ein gefundener Brandsatz an einer Pumpstation für Aufsehen gesorgt. Nach Polizeiangaben hatten mehrere Vermummte an Heiligabend und im Verlauf der Nacht zum 1. Weihnachtstag das Sicherheitscamp von RWE im Hambacher Forst mit Molotowcocktails und Steinen beworfen. Dabei gerieten zwei Fahrzeuge in Brand, zwei weitere Autos wurden durch Steinwürfe beschädigt.



Im Hambacher Forst hängt ein Aktivist an einem Seil. Foto David Young/dpa

Einen Tag später verhinderte die Polizei nach eigenen Angaben einen Brandanschlag auf eine Pumpstation. Es wird wegen versuchter vorsätzlicher Brandstiftung ermittelt.

Seit Jahren stehen sich Gegner und Befürworter der Braunkohle im Hambacher Forst unversöhnlich gegenüber. Nach der Beseitigung der Baumhäuser wollte RWE im Oktober eigentlich einen Großteil des Waldes für den Braunkohletagebau Hambach abholzen.

Das Oberverwaltungsgericht Münster verfügte aber einen vorläufigen Rodungsstopp. Seitdem ist der Wald nicht mehr

Betriebsgelände, sondern öffentlich zugänglich und unterliegt dem Forstgesetz.

17:08 Uhr Polizei stellt Zwille, Beil und Wurfmesser bei Razzia sicher

Hart zur Sache ging die Polizei am Freitag bei einer Durchsichtung des Wiesencamps von radikalen Braunkohlegegnern am Hambacher Forst: Zwei Männer wurden mit Hilfe von Pfefferspray aus ihrer Unterkunft, eine Art Erdloch geholt. Sie hätten diese auch nach mehrmaliger Aufforderung nicht freiwillig verlassen wollen, sagte ein Polizeisprecher hinterher. Aus dem Loch heraus seien Flaschen, eine möglicherweise mit Urin gefüllt, geworfen worden. Auch hätten die Männer gedroht, sich anzuzünden. „Wir haben dann Pfefferspray reingespritzt, damit sie rauskommen.“



Razzia im Hambacher Forst. Foto picture alliance/dpa

Die Durchsichtung des Wiesencamps war Teil einer großangelegten Polizeiaktion, mit der diese auf die Auseinandersetzungen im Forst über Weihnachten reagierte: Vermummte hatten laut Polizei an Heiligabend und am 1. Weihnachtstag ein Sicherheitscamp von RWE-Mitarbeitern mit Brandsätzen und

Steinen attackiert. Am 2. Weihnachtstag musste die Polizei einen Brandsatz in einer Pumpstation entschärfen.

Sie erwirkte daraufhin einen gerichtlichen Durchsuchungsbeschluss für das Wiesencamp am Wald und für ein Haus in Düren, das von den Kohlegegnern genutzt wird. Es werde nach Beweismitteln für die Straftaten der letzten Tage und nach Depots im Wald gesucht, in den sich Mittel für den Bau von Brandsätzen befinden, hieß es. Wie die Polizei nach Abschluss der Aktion mitteilte, seien Mobiltelefone, ein Beil, eine Zwille sowie Gefäße mit verdächtigen Flüssigkeiten im Camp als Beweismittel sichergestellt worden.



Polizisten haben das Wiesencamp durchsucht und Aktivisten weggetragen. Foto Wilfried Meisen

Auch eine Baumhaussiedlung im Wald wurde von der Polizei und RWE-Mitarbeitern aufgesucht. Dort wurde nach Angaben der Polizei mit Nägeln gespickte Bretter, sogenannte Krähenfüße, als Wurfmateriale zu nutzende Kugeln, Wurfmesser, ein mit Benzin gefüllter Kanister, ein Besenstiel mit Nägeln sowie Solarpanelen gefunden, die Diebesgut sein soll.

Dienstag, 1. Januar 2019

11.00 Uhr: Personen werfen Molotowcocktails auf Einsatzfahrzeuge

Bei einem Polizeieinsatz im Hambacher Forst sind nach Polizeiangaben 17 Feuerwerkskörper und 23 Molotowcocktails in Richtung von Einsatzfahrzeugen geworfen worden. Die Polizei hatte nach Brandstiftungen von Unbekannten an einem Kamera-Mast und einem Stromkasten an einer Pumpstation von RWE Kräfte an den Braunkohletagebau Hambach verlagert.

Auf einer stillgelegten Straße, die durch den Wald führt, warf demnach eine Personengruppe die Molotowcocktails in Richtung der Einsatzfahrzeuge. Die Brandsätze entzündeten sich auf der Straße, wie ein Sprecher erklärte. Menschen wurden nicht verletzt.

Die Polizei nahm einen Mann wegen schweren Landfriedensbruchs vorläufig fest. Ein weiterer Mann wurde in Gewahrsam genommen, weil er die Polizeimaßnahmen gestört haben soll. Beide Männer wurden nach Abschluss der Polizeimaßnahmen wieder entlassen.

Freitag, 4. Januar 2019

07:08 Uhr Polizei kontrolliert jetzt auch nachts im Hambacher Forst

Die Mahnwache der Hambach-Aktivisten an der Landesstraße 257 zwischen Buir und Morschenich nahe dem Hambacher Forst ist rund um die Uhr besetzt. Was am Wald geschieht, bekommt man so von dort ganz gut mit. Entsprechende Nachrichten werden gleich per SMS und auf Twitter verbreitet, soziale

Netzwerke, mit denen sich Journalisten gegenseitig – aber auch andere – informieren: „14 Wannen plus ein Gefangenen-transporter fahren auf die Securoad“, heißt es da etwa am Mittwochabend um 20 Uhr.

„Wannen“ sind Polizeibusse, die „Securoad“ ist die ehemalige Landstraße 276, die durch den Wald zum RWE-Stützpunkt führt. Um 20.30 Uhr dann die Meldung: „Einzelne Gruppen von Cops trauen sich bei Fuchur (Oaktown) in den Wald“. Um 23.30 Uhr heißt es: „Cops auf dem Wall nördlich des Waldes und in Gallien. Scheinen den Wald zu durchstreifen.“



„Sancho“ hisst an der Mahnwache gerade eine Fahne mit der Aufschrift „Pace“, italienisch für „Frieden“. Foto Wilfried Meisen

„Cops“, das ist eine Bezeichnung für Polizisten, und die, so ist den SMS- und Twitternetzwerken zu entnehmen, beschränken sich bei ihren Einsätzen im Hambacher Forst mittlerweile nicht nur auf die helle Tageszeit. Sie kontrollieren den Wald immer öfter bei Dunkelheit.

Baumaschinen gesichert

Petra Wienen, Pressesprecherin der Aachener Polizei, bestätigt dies. Es handele sich um „Präsenzmaßnahmen“, die aufgrund der gewaltsamen Übergriffe an den Weihnachtstagen und über Silvester erfolgten. Dabei gehe sie davon aus, dass die Polizei im Dunkeln im Wald nur auf befestigten Wegen, in geeigneter Stärke und mit Fahrzeugen unterwegs sei.

Auf der Mahnwache wird berichtet, dass nachts bewohnte Baumhäuser von unten von Polizeibeamten minutenlang mit Taschenlampen ausgeleuchtet würden. Auch seien die Braunkohlegegner, die auf einer Wiese am Waldrand lebten, in der Silvesternacht um den Schlaf gebracht worden: „Die Wiese meldet 30-40 Cops mit Taschenlampe, die die Wiese umzingeln. Ein Grund ist (wie so oft) bislang nicht ersichtlich“, lautete eine entsprechende SMS, die um 4.40 Uhr am 1. Januar verbreitet wurde.

Doch grundlos hat sich die Polizei an Silvester nicht die Nacht im Wald um die Ohren geschlagen: Nachdem ein Kameramast an einer Pumpstation und ein Stromkasten in Brand gesetzt worden waren, wurden die herbeieilenden Polizisten in ihren Fahrzeugen mit 23 Molotowcocktails beworfen. So steht es im Polizeibericht.

Angriffe mit Molotowcocktails? „Sancho“ von der Mahnwache weiß nicht, was er davon halten soll: „Du hast ja keinen Überblick, wir wissen da auch nur das, was die Polizei berichtet.“ Er

selbst habe von Brandsätzen nie etwas mitbekommen. Sancho glaubt: „Im Moment ist es ruhig im Wald und die Polizei versucht, Konflikte zu provozieren.“ Das würde der Landesregierung gut ins Konzept passen.

Verschwörungstheorien kursieren

Polizeisprecherin Petra Wienen merkt man ihren Ärger an, wenn sie auf die Zweifel an den Darstellungen der Polizei angesprochen wird. „Die Kollegen berichten uns, dass sie angegriffen werden. Was wir mitteilen, entspricht der Wahrheit“. Auch RWE-Sprecher Guido Steffen ist über solche Zweifel empört: „Wo leben wir denn?“ Mittlerweile gebe es schon „Verschwörungstheorien“, wonach RWE selbst Krawallmacher als „Agents Provocateurs“ im Wald einsetze. „Das ist eine Entwicklung, die mich fassungslos macht.“

Das Unternehmen selbst rüstet sich gegen weitere Angriffe: Wie das aussieht, zeigt sich in Manheim-alt: Mit Nato-Draht und doppelter Zaunanlage sind die Baumaschinen, mit denen der Umsiedlungsort gerade abgebrochen wird, gegen Brandanschläge abgesichert. Nachts wird das Areal beleuchtet. „Wir sind rund um die Uhr vor Ort“, sagt ein Wachmann.

Montag, 7. Januar 2019

13:00 Uhr Mahnwache vor Erkelenzer Pfarrkirche

„Die Gesprächsbereitschaft der katholischen Kirchenführung hält sich bisher in sehr engen Grenzen. Es ist kaum möglich, einen persönlichen Termin beim Aachener Bischof Dieser oder dem Kölner Erzbischof Woelki zu bekommen, um mit ihnen über die Zukunft der vom Abriss bedrohten Gotteshäuser zu sprechen“, klagt Antje Grothus von der Initiative „Buirer für

Buir“, „die evangelische Kirche bezieht im Kampf gegen das weitere Abbaggern unserer Heimat viel deutlicher Stellung.“



Die Mahnwache an der katholischen St. Lambertus-Kirche in Erkelenz. Foto Joachim Röhrig

Um wenn schon nicht die Spitze, so dann doch zumindest die katholische Basis zu erreichen, beteiligte sich Grothus, die auch der Kohlekommission der Bundesregierung angehört, am Sonntagmorgen an einer Mahnwache vor der Erkelener Pfarrkirche St. Lambertus. Rund 30 Klimaschutzaktivisten des Bündnisses „Alle Dörfer bleiben“, der Kampagne „Kirchen im Dorf lassen“ und weiterer Gruppen sammelten bei den zum Gottesdienst strömenden Kirchgängern Unterschriften für eine ihrer Hauptforderungen: Die Erkelener Pfarre und das Bistum Aachen sollen den Verkauf von Gotteshäusern in den vom Braunkohletagebau Garzweiler II betroffenen Dörfern Keyenberg, Kuckum und Berverath an RWE stoppen und sich gegebenenfalls nach Kräften gegen mögliche Enteignungsversuche

wehren. „Und wenn der Hambacher Forst stehenbleibt, dann könnten neben den Erkelenzer Kirchen und Kapellen natürlich auch die meines Wissens schon verkauften Kirchen in Mannheim und Morschenich gerettet werden“, ergänzt Antje Grothus.

Zu den bereits gesammelten 1600 Unterschriften kamen am Sonntag einige Dutzend weitere hinzu. Zu spät kommt das für eine besonders prächtige Kirche. Als Zeichen der Trauer legten die Kohlegegner einen Kranz in Gedenken an den vor genau einem Jahr abgerissenen Immerather Dom nieder.

Dienstag, 8. Januar 2019

11:15 Uhr Nächste Baumhaus-Räumung wird vorbereitet

Die Stadt Kerpen und der Kreis Düren bereiten die nächste Baumhaus-Räumung im Hambacher Forst vor. Das nordrhein-westfälische Bauministerium habe sie zu der Maßnahme am Braunkohletagebau Hambach angehalten, sagten Sprecher der Verwaltungen am Dienstag. „Wir sind aufgefordert worden vom Land wie im Herbst, gegen illegal errichtete Baumhäuser vorzugehen und die Baumhäuser zu räumen“, sagte der Sprecher der Stadt Kerpen, Erhard Nimtz. Als Grund würden wie schon bei der ersten Räumung Sicherheitsmängel angeführt.

Der Energiekonzern RWE will den Wald für den fortschreitenden Tagebau roden. In Vollzugshilfe für die Kommunen hatte die Polizei im Herbst 86 Baumhäuser in einem wochenlangen Einsatz geräumt. Es war einer der größten Polizeieinsätze Nordrhein-Westfalens. Der Wald gilt als Symbol im Kampf gegen die Braunkohle und für den Klimaschutz. Er liegt auf dem

Gebiet der Stadt Kerpen und des Kreises Düren. Nach vorsichtigen Schätzungen der Behörden könnten nach Ende der letzten Räumung Anfang Oktober bis zu 40 neue Baumhäuser entstanden sein.



Ein Polizist räumt ein Baumhaus im Hambacher Forst. Foto dpa

Mittwoch, 9. Januar 2019

11:34 Uhr Bestandsaufnahme im Wald

Vor der nächsten geplanten Baumhaus-Räumung im Hambacher Forst haben Behörden mit einer Bestandsaufnahme in dem Wald am Tagebau Hambach begonnen. Vertreter des Kreises Düren, der Stadt Kerpen und der Polizei sahen sich am Mittwoch die Situation vor Ort an, wie ein Polizeisprecher mitteilte. Registriert wurden neue Plattformen und Baumhäuser, die Braunkohlegegner nach der letzten großen Räumung im Herbst neu gebaut haben. Das nordrhein-westfälische Bauministerium hatte den Kreis Düren und die Stadt Kerpen angewiesen, die illegalen Bauten aus Sicherheitsgründen zu räumen. Die Bestandsaufnahme im Wald gehört zu den vorbereitenden Maßnahmen.

Die Polizei bereitet sich auf die Unterstützung der Kommunen vor. „Die Kommunen werden mit Sicherheit mit einem Vollzugshilfeersuchen auf uns zukommen. Dem werden wir nachkommen“, sagte Polizeisprecher Paul Kemen. Bei dem Termin im Wald verschaffe sich die Polizei einen Überblick um dann einschätzen zu können, wann und in welcher Form der Einsatz dann stattfinden werde.

13:05 Uhr Aktivisten kündigen Widerstand an

Aktivisten haben Widerstand gegen die geplante Baumhaus-Räumung im Hambacher Forst angekündigt. Bei der vorangegangenen wochenlangen Räumung in dem Wald am Tagebau Hambach seien viele Bäume gefällt worden und dem Wald großer Schaden zugefügt worden, erklärte die Sprecherin von Aktion Unterholz, Anna Schönberg, am Mittwoch in einer Mitteilung. „Wir planen daher erneut Aktionen des zivilen Ungehorsams, um das Vorhaben zu unterbinden“, kündigte sie an.



Baumhäuser im Hambacher Forst Foto: Wilfried Meisen

Die Landesregierung trete den Naturschutz mit Füßen, betonte sie. Mit der Anordnung zur Räumung missachte die

Landesregierung die juristische Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster, wonach bis zur abschließenden Klärung in dem juristischen Streit über die Rodung keine Fakten geschaffen werden dürften.

Das Düsseldorfer Bauministerium hatte die Stadt Kerpen und den Kreis Düren aus Sicherheitsgründen zur Räumung verpflichtet. Das Ministerium sieht die Rechtmäßigkeit gegeben und verwies dazu auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom September: Die Richter hatten einen Stopp der Baumhaus-Räumung abgelehnt. Neben den Gefahren für die Baumhaus-Bewohner stellten sie fest, die Baumhäuser böten Rückzugs- und Aufenthaltsort für gewaltbereite Waldbesetzer, die für die Polizei nur unter erheblicher Gefahr zugänglich seien. Schon deshalb überwiege das öffentliche Interesse an der Räumung.

14:42 Uhr Polizei zählt 49 Baumhäuser

Bei der anstehenden Baumhaus-Räumung im Braunkohleabbaugebiet am Hambacher Forst rechnet die Polizei mit einem kleineren Einsatz als im Herbst. Bei einer Begehung des Waldes seien am Mittwoch 49 neu gebaute Baumhäuser festgestellt worden, sagte Polizeisprecher Paul Kemen. Im Herbst waren 86 illegale Baumhäuser in einem der größten Polizeieinsätze Nordrhein-Westfalens geräumt worden. Trotzdem werde man die gleiche technische Ausstattung wie im Herbst brauchen, etwa Gerät für die Höhenrettung.

Donnerstag, 10. Januar 2019

15:04 Uhr Räumung für Montag geplant und abgesagt

Wie der Kölner Stadt-Anzeiger berichtet, soll eine geplante Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst für Montag abgesagt worden sein. Hintergrund ist offenbar das von Kanzlerin Angela Merkel für den 15. Januar anberaumte Spitzentreffen mit den Ministerpräsidenten, in deren Ländern Braunkohle gefördert wird, darunter auch der nordrhein-westfälische Regierungschef Armin Laschet (CDU).

Der Kreis Düren bestätigte laut Deutscher Presse-Agentur am Donnerstagnachmittag die Absage: „Der Kreis Düren ist angerufen worden vom Polizeipräsidium Aachen, und da ist mitgeteilt worden, dass der Einsatz nicht stattfinden wird – erst einmal“, sagte Behördensprecher Ingo Latotzki. Dem Kreis Düren fehle nun der Vollzugshelfer, damit finde die Räumung nicht statt. „Wir haben aber nichts Offizielles vom Bauministerium gehört“, sagte Latotzki.



Polizeiautos am Hambacher Forst. Foto picture alliance/dpa

18:30 Uhr Hambacher Forst wird nun doch nicht geräumt

Der Hambacher Forst wird vorerst doch nicht geräumt. Das hat die Stadt Kerpen auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ bestätigt. Eine überraschende Wende, hatte noch am Dienstag im Hambacher Forst eine erste Begehung durch die Behörden, Kommunen und den Energiekonzern RWE stattgefunden – eigentlich um den Einsatz vorzubereiten, der dem Vernehmen nach kommende Woche beginnen sollte.

Am Donnerstag teilte das NRW-Bauministerium dann aber mit, dass man die gewonnenen Erkenntnisse nun zunächst „einer genauen Auswertung und Prüfung in Bezug auf die Qualität der illegal errichteten baulichen Anlagen unterziehen“ wolle.

Merkel lädt zum Kohlegipfel

Bereits im Dezember vergangenen Jahres waren die verantwortlichen Kommunen, die Stadt Kerpen und die Gemeinde Düren, nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ aufgefordert worden, die Baumhäuser zu räumen. Die Aktivisten hatten für den Fall eines Polizeieinsatzes bereits massiven Widerstand angekündigt.

Spitzentreffen am 15. Januar

Beobachter vermuten, dass die NRW-Landesregierung nun die Räumung doch ausgesetzt hat, um das Klima für anstehende Gespräche über den Ausstieg aus der Braunkohle nicht zu belasten. Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass Kanzlerin Angela Merkel den Ausstieg aus dem Abbau des fossilen

Brennstoffs zur Chefsache erklärt hat. Für den 15. Januar hat sie die Ministerpräsidenten, in deren Ländern Braunkohle gefördert wird, zum Spitzentreffen geladen, darunter auch den NRW-Regierungschef Armin Laschet.

Ohnehin herrschte zuletzt Verwunderung darüber, dass die Landesregierung eine Räumung anordnet, obwohl die Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichts über eine mögliche Fortsetzung der Rodung des Hambacher Forsts durch RWE erst am 12. März fallen soll. Laschet und NRW-Innenminister Herbert Reul hatten dagegen immer wieder betont, dass Räumungen nichts mit RWE und der Rodung zu tun hätten – sondern allein mit den Verstößen der Baumhäuser gegen die Bauordnung.

Auch das Verhältnis zwischen Düsseldorf und den beiden für den Hambacher Forst verantwortlichen Kommunen soll gelitten haben. In einer gemeinsamen Erklärung hatten die Stadt Kerpen und der Kreis Düren schon im Herbst durchschimmern lassen, dass sie der Anordnung nur unter Protest nachgekommen seien.

Gegner sind erleichtert

Auch die Summen, die der Polizeieinsatz – einer der größten in der NRW-Geschichte – im vergangenen September gekostet hat, brachte Schwarz-Gelb immer wieder in Erklärungsnot. Genaue Angaben über die Kosten will das Bundesinnenministerium auf Anfrage nicht machen. „Preisgünstig war das sicher nicht“, heißt es aus Regierungskreisen. Experten gehen von einem niedrigen zweistelligen Millionenbetrag aus.

Die Braunkohlegegner haben mit Erleichterung auf die Aussetzung reagiert. „Das ist die einzig vernünftige Entscheidung“, sagte Antje Grothus, Vorsitzende des Vereins Buirer für Buir und Mitglied der Kohlekommission. „Es wäre fahrlässig, vor dem Hintergrund der jetzigen politischen Diskussion um den Ausstieg und der gesellschaftlichen Mehrheit, die sich klar gegen die Braunkohle positioniert, den Wald zu räumen.“ Die Strukturwandel-Kommission wird noch im Januar über einen Zeitplan zum Kohleausstieg tagen.



Polizisten im Hambacher Forst. Foto picture alliance/dpa

Freitag, 11. Januar 2019

14:51 Uhr Gewerkschaft begrüßt die Absage der Räumungen

Die Gewerkschaft der Polizei hat die vorläufige Absage der geplanten Räumung im Hambacher Forst mit Blick auf den Besuch von Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron in Aachen begrüßt. Es sei gut, dass die Polizei in dem Wald am Tagebau Hambach keine Vollzugshilfe für die Stadt Kerpen und den Kreis Düren leisten müsse, „weil wir unser Personal für diesen

Staatsbesuch brauchen“, sagte der Landesvorsitzende Michael Mertens am Freitag der Deutschen Presse-Agentur.



Polizisten bei der Begehung des Hambacher Forsts. Anfang Januar wurde eine neue Räumung angekündigt.
Foto picture alliance/dpa

Genau 56 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron am 22. Januar einen neuen Freundschaftspakt in Aachen besiegeln. Der Staatsakt mit der Bundeskanzlerin und dem französischen Staatschef werde viele Kräfte binden, sagte Mertens.

Stadt Kerpen und Kreis Düren waren auf Weisung NRW-Bauministeriums mitten in den Vorbereitungen für die Räumung, genauso wie die Polizei. Nach dpa-Informationen sollte der Einsatz nächsten Montag beginnen. Das NRW-Bauministerium teilte aber am Donnerstag mit, man werde nach der Wald-

Begehung am Vortag „die beteiligten Behörden zu einem Austausch laden“. Dann werde es eine „Prüfung in Bezug auf die Qualität der illegal errichteten baulichen Anlagen“ geben. Damit war die Räumung erst einmal vom Tisch.

Samstag, 12. Januar 2019

08:00 Uhr RWE fordert Geld für Nutzung der Streuobstwiese

Das Unternehmen RWE Power verlangt von einer Organisation, die das „Hambi-Camp Mannheim“ im September und Oktober ausrichtete, 3350 Euro für die Nutzung einer Streuobstwiese in Mannheim-Alt, die bald abgebaggert werden soll. „Da die Streuobstwiese im Besitz von RWE Power steht und während Ihres Camps nicht für eigene Nutzungen zur Verfügung stand, gehen wir (...) von einer Nutzungsentschädigung in Höhe von pauschal 2000 Euro aus“, schrieb RWE Power an die Organisatoren.

Nach Beendigung des Camps habe RWE Power den Zustand der hinterlassenen Flächen geprüft „und entsprechend dokumentiert“ sowie den entstandenen Schaden „unter anderem durch Bodenverdichtung“ abgeschätzt, heißt es in dem Brief an die Camp-Veranstalter. „In Orientierung an den Kosten einer möglichen Wiederherstellung ergeben sich dabei Kosten in Höhe von rund 1350 Euro.“

Camp-Organisation will nicht zahlen

Bisher habe die Camp-Organisation das Geld nicht bezahlt. Deshalb wurde sie jetzt aufgefordert, die Gesamtsumme von 3350 Euro zu überweisen. Doch die Camp-Organisatoren

erklärten in einem Schreiben an RWE Power, sie dächten gar nicht daran, die geforderte Summe zu bezahlen.



Von 18. September bis 31. Oktober fand in Manheim-Alt auf einer Obstwiese das Hambi-Camp statt. Foto Meisen

Ein Vertreter „einer der veranstaltenden Organisationen“, der ungenannt bleiben will, dessen Name der Redaktion aber bekannt ist, findet die Forderungen von RWE Power abwegig. „Es ist ziemlich absurd, dass sie Forderungen stellen. Was soll das – Schadensersatz für eine Wiese, die mehrere 100 Meter tief umgegraben werden soll? Wenn es nach RWE geht, soll die Wiese doch bald für ewig weg sein“, argumentiert er.

„Wir haben keinerlei Müll hinterlassen“

RWE sei außerdem überhaupt nicht ihr Vertragspartner gewesen, sondern die Aachener Polizei. Diese sei die zuständige Versammlungsbehörde gewesen. „Vielleicht wenden Sie sich lieber an diese Behörde mit Ihrem Vorschlag, für die Camp-Nutzung eine Entschädigung in Höhe von pauschal 2000 Euro zu zahlen“, heißt es dazu in dem Brief an RWE Power.

Die Versammlung sei ordnungsgemäß angemeldet und durchgeführt worden, sagte ein Vertreter der Camp-Anmelder auf Anfrage. Mit der Ordnungsbehörde der Stadt Kerpen habe man sehr harmonisch zusammengearbeitet, so der Sprecher. „Das Ordnungsamt war fast jeden Tag im Camp. Wir hatten ein gutes Verhältnis zu den Mitarbeitern. Wir haben auch keinerlei Müll hinterlassen, sondern alles aufgeräumt und fachgerecht entsorgt.“ Es habe keine Beschwerden gegeben.

Kohlegegner stellen Bedingung

RWE habe sich „die ganze Zeit nicht gemeldet“, so der Vertreter der Camp-Veranstalter weiter. Auch die Begründung der „entgangenen eigenen Nutzung der Obstwiese für diese Zeit“, ergebe für ihn keinen Sinn. Im Schreiben an RWE Power heißt es: „Auch der Versammlungsbehörde wird es vermutlich komisch vorkommen, dass Ihnen nicht vorher einfiel, dass Ihnen die Wiese, wie Sie schreiben »während des Camps nicht für eigene Nutzung zur Verfügung stand« und entsprechende Ansprüche anzumelden.“

RWE-Sprecher Guido Steffen sagt dazu: „Es ist so, als ob mir jemand eine Beule in mein altes Auto fährt und dann nicht zahlen will, weil es ja nur eine alte Karre ist. Das geht nicht.“ Sprecher der Camp-Anmelder benutzen ein ähnliches Bild: „Das ist so ähnlich wie jemanden bezahlen lassen zu wollen für einen kleinen Kratzer im Lack eines Autos, das man sowieso demnächst verschrotten will.“

Falls die Wiese jedoch eine Zukunft habe, sehe das anders aus, heißt es in dem Brief an RWE Power. „Würde die Firma öffentlich und rechtsverbindlich auf das Abbagern der betreffenden Wiese verzichten, wären wir sofort und gerne bereit (...) unserer Campwiese die sorgfältigste Pflege zukommen zu lassen.“ RWE Power kündigte an, man werde die geforderten 3350 Euro für Nutzung und Reparatur der Wiese der Manheimer „Dorfgemeinschaft mit ihren zahlreichen Vereinen“ zur Verfügung stellen. Das habe man dem Bürgerbeirat schon mitgeteilt.

Sonntag, 13. Januar 2019

07:30 Uhr Zülpicher Unternehmer als Referent bei Kohlekommission

Dass er kommt, steht fest. Doch wann und wie genau der Ausstieg aus dem Kohleabbau stattfinden wird, darüber wird derzeit zum Teil hitzig debattiert. Insgesamt 31 Vertreter der Umweltverbände, der Politik und der Wirtschaft sollen in der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, auch bekannt als Kohlekommission, eine möglichst annehmbare Lösung für all diejenigen finden, die von der Thematik „Raus aus der Kohle“ betroffen sind.

Im Oktober tagte der Ausschuss im Kreishaus in Bergheim (Rhein-Erft-Kreis), unweit des derzeit viel diskutierten Tagebaus Hambach. Um Hilfestellung für die Entscheidung zu geben, ob ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Braunkohle-Tagebau sinnvoll ist und wie dieser aussehen könnte, lud die Kommission verschiedene Gastreferenten ein, die das Für und Wider beleuchten sollten.



Die Tage der Bagger im Tagebau Garzweiler sind gezählt. Die Kohlekommission soll eine Strategie zum Ausstieg aus der Kohleverstromung ausarbeiten. Foto: dpa/Gambarini

Einer dieser Referenten war Sebastian Pönsgen, Vorstandsvorsitzender der Priogo AG in Zülpich. Es ist ein Unternehmen, das sich den erneuerbaren Energien verschrieben und sich in der Region inzwischen mit dem Einbau von Photovoltaik-Anlagen und Wärmepumpen einen Namen gemacht hat.

„Der Anruf kam unerwartet“

Eingeladen wurde Pönsgen vom Bundeswirtschaftsministerium. „Der Anruf kam etwas unerwartet“, erzählt der Manager mit einem verschmitzten Lächeln. Er hatte nämlich zu der Zeit einen Italien-Urlaub mit der Familie geplant und bereits angetreten. Die Entscheidung, die sonnige Toskana für einen Tag zu verlassen, um vor etwa 120 Zuhörern zu sprechen, sei ihm anfangs nicht leichtgefallen, gesteht er: „Aber ich hatte das Gefühl, dass sich mir dort möglicherweise die Chance bot, einen Beitrag für die Zukunft zu leisten.“

Der kommenden Generation den Weg zu ebnen, sei ihm wichtig, fügt der Vater von zwei Kindern hinzu. Also habe er sich mit Zustimmung seiner Familie um 3 Uhr nachts von Pisa auf den Weg nach Bergheim gemacht, um dort die Möglichkeiten der Sektorkopplung zu erläutern.



Schon seit seiner Kindheit ist der Manager Sebastian Pönsgen vom Potenzial erneuerbarer Energien fasziniert.
Foto Eva-Maria Boyer

Umweltpreis gewonnen

Mit einer Powerpoint-Präsentation veranschaulichte Pönsgen anschaulich den Begriff: Die drei maßgeblichen Bereiche, in denen viel Energie ver- und gebraucht wird, sind Haushaltsstrom, Heizung und Mobilität/ Verkehr. Für die Zukunft sei es unerlässlich, dass man diese Themen nicht mehr losgelöst voneinander betrachte, sondern eine umweltfreundliche Gesamtlösung anstrebe. Die heißt seiner Meinung nach „saubere Elektrizität“.

Als Beispiel hat die Priogo AG ein Haus in Bonn zu Testzwecken mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet, die den erzeugten Strom in leistungsstarke Batteriespeicher und die ebenfalls eingebaute Wärmepumpe leitet, die mittlerweile etwa 70 Prozent der benötigten Wärmeenergie abdeckt. Lichtstrom und Heizung sind also gekoppelt.

Aber es geht noch weiter: Ein Elektroauto, das ebenfalls nur noch den Sonnenstrom vom Dach tankt, rundet das Projekt ab, für das der Hausbesitzer sogar den Umweltpreis der Stadt Bonn gewann. Pönsgen: „Wir brauchen Erdöl für so viele Dinge in der Industrie, wie etwa Kunststoffe, oder auch in der Medizin, dass es gar keinen Sinn ergibt, diesen fossilen endlichen Rohstoff einfach zu verbrennen. Daher liegt die Zukunft im Elektroauto und schon bald im Antrieb mit Wasserstoff.“

Angeregt Diskussion nach Vortrag

Bei der Erzeugung von Haushaltsstrom habe sich in den vergangenen Jahren viel in Sachen erneuerbare Energien getan. Rund 38 Prozent der Energie würde inzwischen schon umweltfreundlich gewonnen. Bei Heizung und Mobilität jedoch bewege sich zurzeit nicht viel. Deshalb sei es wichtig, alles miteinander zu vernetzen.

Da Sebastian Pönsgen seit vielen Jahren auch politisch aktiv ist, bereitete ihm der Vortrag vor der Kommission wenig Kopfzerbrechen. Auch die Aussicht auf möglicherweise kritische Fragen schreckte ihn nicht. Zwar sei die Diskussion nach seinem Vortrag zunächst noch zäh angelaufen, aber dann immer

intensiver geworden. Das Gefühl, möglicherweise belächelt zu werden, habe er nicht gehabt.

Im Gegenteil: „Ich glaube, unter anderem dadurch, dass ich Mitglied der CDU bin, wurden meine Worte auch von der konservativen Seite ernst genommen. Ich hatte das Gefühl, dass man alles in allem sehr interessiert an dem war, was ich zu sagen hatte.“

Pönsgen machte auch Lösungsvorschläge

Für einige Hemmnisse in der Politik hatte Pönsgen Lösungsvorschläge im Gepäck. So müsste es seiner Meinung nach beispielsweise Veränderungen in der Gesetzeslage zur EEG-Umlage geben und ein System zum Stromhandel für regenerative Energien geschaffen werden. Auch der Ausbau der Industrie für den sogenannten grünen Strom und die Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde angesprochen.

Ein großes Thema seien nämlich die Arbeitsstellen, die wegfallen würden, wenn der Tagebau schließt. David Muggli, Chef von Priogo, sieht darin jedoch auch eine Chance: „Den Menschen, die jetzt in der Braunkohle-Industrie arbeiten, möchten wir die Möglichkeit geben, später in Bereichen der erneuerbaren Energien tätig zu werden.“ Denn dass die Gesellschaft auf umweltfreundliche Alternativen zurückgreifen müsse, sei längst keine Frage mehr, sondern ein Fakt.

In der Kohlefrage sollen die Mitglieder der Kommission bis Anfang Februar zu einem Ergebnis kommen. Inwiefern die Worte des engagierten Eifilers Sebastian Pönsgen, der schon in seiner Kindheit von Windrädern und Solarzellen fasziniert war,

ins Gewicht fallen, kann er nicht sagen. Aber er sei froh, seinen Teil beigetragen zu haben.

Montag, 14. Januar 2019

07:46 Uhr Kohlegegner hoffen auf Rettung der Orte Manheim und Morschenich

Kälte, Wind und strömender Regen hielten rund 300 Braunkohlegegner nicht davon ab, am Sonntagnachmittag erneut stundenlang durch den Hambacher Wald zu spazieren, ihre Forderungen zu bekräftigen und zudem einen weiteren kleinen Etappensieg zu feiern.

Lautstark bejubelt wurde die kurzfristige Absage eines eigentlich für diese Woche befürchteten polizeilichen Großeinsatzes, bei dem auf Anordnung der Landesregierung wieder zahlreiche Baumhäuser geräumt werden sollten. Um dagegen zu protestieren und zu mobilisieren, hatten Klimaschutzaktivisten aus dem Umfeld des Bündnisses „ausgeCO₂ hlt“ unmittelbar nach dem turnusgemäßen Spaziergang mit dem Aachener Naturführer Michael Zobel am Sonntag für gestern zu einem „Extra-Waldspaziergang“ eingeladen.

Kohlegegner zuversichtlich

Am Donnerstag teilten die Behörden dann mit, dass zumindest vorerst nicht geräumt werde. Der Spaziergang fand trotzdem statt. „Über die Gründe für die Räumungsabsage kann man nur spekulieren. Vielleicht hat ja bloß irgendein Experte gesagt, dass wegen des vom Regen aufgeweichten Bodens derzeit kein schweres Gerät eingesetzt werden sollte. Vielleicht hat man

aber auch eingesehen, dass so ein Großeinsatz so kurz vor Bekanntgabe der Ergebnisse der Kohlekommission einfach keinen Sinn macht“, meinte Todde Kemmerich in seiner Begrüßungsrede. Kemmerich vertrat gestern den in Portugal Urlaubenden Michael Zobel als Waldführer.



Rund 300 Klimaschützer, an der Spitze Todde Kemmerich, spazierten bei strömenden Regen durch den Hambacher Wald. Foto Joachim Röhrig

Viele Spaziergänger zeigten sich zuversichtlich, dass die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung in ihren für Ende des Monats erwarteten Empfehlungen eine Verkleinerung des Tagebaus Hambach und damit den Erhalt des Hambacher Restwaldes vorschlagen wird. Inzwischen denken die Kohlegegner schon einen Schritt weiter. „Wenn der Hambacher Wald stehenbleibt, wären automatisch auch die angrenzenden Dörfer Mannheim und Morschenich gerettet“, stellt Kemmerich fest.

Umso lauter protestierte man gestern dagegen, dass RWE den Abriss der Häuser in Mannheim trotz der unklaren Lage aktuell massiv forcieren. Es würden Tatsachen geschaffen, obwohl sich

möglicherweise schon in wenigen Tagen herausstellen könnte, dass das alte Mannheim den Baggern gar nicht weichen muss. „Dort leben immer noch Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen“, gab Kemmerich zu bedenken, „wie müssen diese Menschen sich fühlen, wenn um sie herum jetzt ein Haus nach dem anderen mit großem Getöse abgerissen wird?“

Mittwoch 16. Januar 2019

19:30 Uhr „Hätte mir ein bisschen mehr Ergebnis gewünscht“

In Berlin haben sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit Braunkohlrevieren am Dienstagabend mit Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffen, um über den Kohleausstieg und die Hilfen zu diskutieren, die die Regionen brauche, um den Strukturwandel zu bewältigen. Politiker aus dem Rhein-Erft-Kreis begrüßen zwar die Aussicht auf langfristige finanzielle Unterstützung, vermissen aber konkrete Zahlen.

„Ich hätte mir schon ein bisschen mehr Ergebnis gewünscht“, sagt Landrat Michael Kreuzberg, der Mitglied der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ist. „Wenn uns die Teilnehmer des Spitzengespräches im Kanzleramt ein paar Aufgaben hätten abnehmen können, ich hätte es ganz uneitel akzeptiert.“ Gut sei, dass die Einsicht signalisiert worden sei, dass der Strukturwandel im Revier langfristig finanziert werden müsse. Leider seien keine konkreten Zahlen genannt worden.

Auch Antje Grothus, die als Vertreterin der Initiative Buirer für Buir ebenfalls Mitglied der Kohlekommission ist, sieht die

finanziellen Aussichten nach dem Gespräch deutlich verbessert. Sie ist allerdings dagegen, den RWE-Konzern mit Steuermitteln zu entschädigen, ohne zu prüfen, ob er rechtlich einen Anspruch darauf hat. Sie fürchtet, dass NRW-Ministerpräsident Armin Laschet in diese Richtung agieren könnte. Sie ist auch skeptisch bezüglich der Absicht, die hinter einem solchen Spitzengespräch steht: „Will Bundeskanzlerin Angela Merkel der Kohlekommission den Boden bereiten? Dann ist es okay. Will sie die Arbeit der Kohlekommission als nachrangig abwerten? Dann ist es nicht okay.“ Sie hoffe, dass Merkel ihren Einfluss geltend mache, die Arbeit der Kommission zu unterstützen und den Umsetzungsprozess zu beschleunigen. Antje Grothus geht davon aus, dass die Kohlekommission bis zum 1. Februar ein tragfähiges Ergebnis vorlegen kann.



Der Ausstieg aus der Braunkohle und der damit verbundene Strukturwandel stellen die Politik vor Herausforderungen. Foto: Fratz

„Wir brauchen gute Konzepte und das Geld sie umzusetzen“

CDU-Kreisparteivorsitzender Frank Rock war dabei, als NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart am Mittwoch den Landtagsabgeordneten in Düsseldorf vom Gespräch im Kanzleramt berichtet hat. Die Stichworte seien langfristige Finanzierung, Sonderfördergebiet und beschleunigte Verfahren gewesen. Konkreteres habe er nicht erfahren. Er vertraue auf die Kohlekommission. Die dürfe aber für den Ausstieg aus der Kohle kein Datum festlegen, sondern einen flexiblen Zeitraum. „Wir müssen in regelmäßigen Abständen überprüfen können, wo wir bezüglich der Versorgungssicherheit und der Bezahlbarkeit von Strom stehen. Im Fokus bleiben müssten natürlich auch die Arbeitsplätze – vor allem der Zulieferer.“

„Wir brauchen gute Konzepte und das Geld sie umzusetzen“, sagt der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Dierk Timm. „Mehr Geld soll es ja geben, aber sonst sind die Ergebnisse eher mager.“ Die Kohlekommission habe „keine geringere Aufgabe als die Quadratur des Kreises“. Timm ist gespannt, ob ein von allen Interessenvertretern akzeptiertes, umsetzbares Ergebnis vorgelegt werden kann.

„Wenn mehr Geld zur Verfügung gestellt wird und es in die richtigen Kanäle fließt, hat das Revier eine gute Zukunft“, ist der Kreischef der Grünen, Dieter Koenemann überzeugt. Gute Ideen gebe es zur Genüge.

Ralph Bombis (FDP) fordert über die „wichtige Arbeit der Kohlekommission“ hinaus eine europäische Lösung in Sachen Klimaschutz. Zudem sei der gleichzeitige Ausstieg aus Braunkohle

und Kernkraft problematisch. Um den Strukturwandel schnell zu schaffen, sei viel Geld erforderlich.

Die Vorsitzenden der CDU-Stadtverbände Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Frechen und Kerpen haben bereits im Vorfeld des Gespräches am Dienstag die Bedeutung der Braunkohle betont und konkrete Mittelzusagen gefordert. Die Bundeshilfen seien durch einen Staatsvertrag abzusichern, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

19:06 Uhr Bund sagt Kohleländern Milliarden für Strukturwandel zu

NRW und die ostdeutschen Kohleländer können langfristig mit einer milliardenschweren Unterstützung des Strukturwandels in den Braunkohlerevieren durch die Bundesregierung rechnen. Teilnehmern des Spitzentreffens im Bundeskanzleramt zum Kohleausstieg zufolge hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) den Kohleländern langfristige Strukturhilfen über die bis 2021 bereits zugesagten 1,5 Milliarden hinaus zugesichert.

Ein Sprecher des Finanzministers sagte lediglich, der Strukturwandel in den vom geplanten Kohleausstieg betroffenen Regionen werde finanziell begleitet werden müssen. Vor einer Festlegung auf konkrete Maßnahmen müsse aber zunächst der Bericht der Kohlekommission abgewartet werden. Im Vorfeld des Treffens hatte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) „mindestens zehn Milliarden Euro“ für den Strukturwandel im bevölkerungsreichsten Bundesland gefordert.

Die entscheidende Sitzung der Kohlekommission ist für den 25. Januar geplant. Anfang Februar will sie schließlich einen Vorschlag für den Kohleausstieg vorlegen.



Kohlebagger im Tagebau Garzweiler. Foto dpa

„Wir wollen, dass die Regionen am Ende der Transformation eine höhere Wirtschaftskraft haben als zuvor“, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Es müssten Tausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Laschet: „Positives Signal für Nordrhein-Westfalen“

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) wertete das Treffen als „positives Signal für Nordrhein-Westfalen“. „Nur mit langfristigen finanziellen Hilfen können wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die einschneidenden Maßnahmen gewinnen“, sagte Laschet dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. NRW sei gut dafür gerüstet, die Bundesmittel für konkrete Projekte einzusetzen. „Wir wollen mit unseren Projekten Strukturwandel und Energiewende verbinden und sie so in einem

Industrieland zum Erfolg führen.“ Dabei würden nicht nur neue Jobs für Hochqualifizierte geschaffen. „Wir wollen an einem der bisherigen Kraftwerksstandorte ein hochmodernes Flüssigsalz-Wärmespeicherkraftwerk bauen, das bis zu ein Gigawatt Wärme speichern kann“, sagte Laschet. Dort könnten auch Arbeiter beschäftigt werden, die heute noch bei RWE tätig sind. „Wir entwickeln zudem derzeit mit den Handwerkskammern ein Konzept, das dabei helfen soll, RWE-Beschäftigte in Handwerksberufe zu vermitteln“, so Laschet. Ziel müsse es sein, Frühverrentungen so weit wie möglich zu vermeiden und den Beschäftigten eine Perspektive zu vermitteln. „Darüber hinaus sind wir mit dem Bund weiterhin auch über die Ansiedlung von Behörden im Gespräch.“

Keine Äußerung zum Hambacher Forst

Rhein-Erft-Landrat Michael Kreuzberg (CDU), Mitglied der Kohlekommission, bewertete die Zusagen des Bundes im Gespräch mit dieser Zeitung positiv, hatte jedoch auf konkrete Zahlen gehofft: „Ich hätte mir schon ein bisschen mehr Ergebnis gewünscht“.

Zur Zukunft des Hambacher Forstes äußerte sich Ministerpräsident Laschet indes nicht. „Ich gehe davon aus, dass die Umweltverbände das Thema in die Verhandlungen einbringen werden, wenn es abschließend darum geht, ein Enddatum für die Kohleförderung festzusetzen“, sagte der NRW-Regierungschef.

Dienstag, 23. Januar 2019

06:00 Uhr So könnte der Tagebau Hambach nach der Braunkohle aussehen.



So könnte das Tagebauinnere in Zukunft nach den Plänen der Stadt Kerpen einmal aussehen.

Foto: Grafik Stadt Kerpen

„Wenn man vor 125 Jahren erklärt hätte, man plane hier ein elf Kilometer langes, vier Kilometer breites und 400 Meter tiefes Loch, um darin mit Riesenbaggern herumzufahren und einige Kilometer weiter Kraftwerke mit der Braunkohle zu befeuern, dann hätten die Leute auch gesagt »Du hast sie nicht mehr alle«, sagt der Kerpener Beigeordnete Joachim Schwister.

So gehe es ihm mitunter auch, wenn er von den Ideen der Kerpener Stadtverwaltung berichte, die mit Stichworten wie Speicher-Stadt-Kerpen, Flex-Kraft-Werk Hambach und Mobilitäts-Hafen-Kerpen überschrieben sind. Doch wenn die Kohle-kommission bald ihre Empfehlungen abgebe, dann müsse die Koldingstadt gerüstet sein für die Projekte der Zukunft.



Joachim Schwister Foto Ralph Jansen

Wenn es nach Schwister geht, dann soll Kerpen in den kommenden Jahren zu einer hochmodernen Stadt ausgebaut werden. Nur eines soll bleiben, wie es ist: „Wir werden eine Energiestadt bleiben. Selbstverständlich liegt die Lösung für den Strukturwandel in der Energiewirtschaft und im Rheinischen Revier, wo sonst, da dies unsere Stärke seit rund 125 Jahren ist.“

An Ideen mangelt es nicht

Schwister ist mit Toyota, Shell, Innogy, dem Kreis, der Landesregierung und vielen anderen über neue Projekte im Gespräch, damit diese Pläne bald umgesetzt werden können. An Ideen mangelt es den Kerpenern nicht.

Schwister sieht in den jetzigen Tagebauen Hambach, Inden und Garzweiler riesige Potenziale. Aus ihnen könne man Erneuerbare-Energie-Kraftwerke machen. Windkraftträder und Photovoltaikanlagen sollen dort installiert werden. Darunter könne auch weiterhin Landwirtschaft stattfinden. Kombiniert mit Ringwasserspeichern könnten die Tagebaue auch nachts und bei Windstille Energie liefern.



Vision für Kerpen Foto: Grafik Stadt Kerpen

Jeder heutige Kohletagebau könne zu einem solchen flexiblen Kraftwerk umgebaut werden, ist Schwister sicher: „Eine Windenergieanlage benötigt rund zehn Hektar Fläche, der Tagebau Hambach hat etwa 7000 Hektar Fläche, sodass etwa 700 Windkraftanlagen gebaut werden können.“ Plus Photovoltaikanlagen könne auf der Fläche ähnlich viel Strom erzeugt werden wie ein Kohlekraftwerk heute liefere, glaubt der Ingenieur.

Doch das ist nur ein Baustein für eine neue Struktur von Kerpen. Dazu gehören auch CO₂-freie Gewerbegebiete oder Logistikgebäude, die sich über die Autobahn spannen und so nicht

nur Platz sparen und Lärm schlucken, sondern auch als komplett vernetzte Ladestationen fungieren und Schwerlastverkehr als Dienstleistung für Köln, Bonn und Düsseldorf Fracht mit Wasserstoff betriebenen Fahrzeugen in die dieselfreien Innenstädte bringen. Dazu Solarpaneele, die sich als Lärmschutz über die Autobahn wölben und zur Energieversorgung beitragen. Selbst das städtische Gasnetz könne mit 15 Prozent Überdruck fahren, so Schwister: „Das kann man dann als Speicher für Methangas nutzen, das man mit regenerativen Energien erzeugt.“

Wasserstoff spielt eine zentrale Rolle bei den Plänen der Kerpen. Durch Wind und Sonne erzeugt, soll der Brennstoff der Zukunft am Autobahnkreuz erforscht werden. Kerpen soll Modellkommune für Wasserstoffmobilität werden. Auch Platz für ein Institut der RWTH Aachen gebe es, so Schwister: „Die Boelcke-Kaserne am Autobahnkreuz wird bald aufgegeben. Dort kann dann auch die Brücke über die A4 von Sindorf auf den Campus entstehen.“

24. Januar 2018

14:51 Uhr Früherer Kohleausstieg wird für Stromkunden doppelt teuer

Zu einer finanziellen Doppelbelastung der Stromkunden wird es kommen, wenn bislang publik gewordene Inhalte aus dem Abschlussbericht der sogenannten Kohle-Kommission umgesetzt werden. Das kritisiert Prof. Dominik Möst vom Bereich Energiewirtschaft an der Technischen Universität Dresden. Im Gespräch mit dem MDR-Magazin "Umschau" sagte er: "Einerseits wird beim vorzeitigen Ausstieg eine große Entschädigung für die Betreiber fällig, wohl finanziert aus Steuergeldern. Andererseits werden auch die Strompreise steigen, ebenfalls

bezahlt durch die Menschen." Im bislang bekannten Entwurf des Abschlussberichtes heißt es: "Es ist ein Ausgleich zu schaffen, der Unternehmen und private Haushalte vom Strompreisanstieg entlastet, der durch die politisch beschleunigte Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung entsteht." Prof. Möst erklärt: "Insbesondere den Ausgleich halte ich für sehr fragwürdig".

Der immer wieder diskutierte Aspekt der Versorgungssicherheit kommt nach Meinung von Energiewirtschaftler Prof. Möst in der Debatte noch zu kurz. Im Berichtsentwurf der Kohle-Kommission ist von einer Kompensation entstehender Engpässe bei der Stromversorgung etwa durch Gaskraftwerke die Rede. Dazu der Energieökonom: "Mir ist noch nicht klar, woher diese Gaskraftwerke mit der entsprechenden Kapazität kommen sollen. Ich sehe die Gefahr, dass auch dann in ein paar Jahren wieder politischer Einfluss auf den Markt nötig sein wird, was auch wieder teuer werden dürfte." Zudem könnten nach seiner Einschätzung zwei verschiedene Konstellationen ungünstig aufeinandertreffen, wenn ein vorgezogener Kohle-Ausstieg auf Verzögerungen beim Ausbau der Stromnetze träge. Solche Verzögerungen beim Leitungsausbau seien schon jetzt der Fall. Und bereits der Ausstieg aus der Kernenergie würde die Netzentwicklungspläne vor große Herausforderungen stellen.

Grundsätzlich kritisch sieht Prof. Möst den vorzeitigen Kohle-Ausstieg in Deutschland im europäischen Kontext und vor dem Hintergrund des länderübergreifenden CO₂-Emissionshandels: "Offen bleibt die Frage, wieviel wird dadurch durch einen möglichen 'Wasserbetteffekt' in Europa kompensiert, wenn zum Beispiel die dafür vorzuhaltenden CO₂-Zertifikate nicht in gleichem Maße aus dem System genommen werden."

Donnerstag, 24. Januar 2019

20.50 Uhr Hambacher Forst soll bleiben

Ein beschleunigter Ausstieg aus der Braunkohle könnte dazu führen, dass der Hambacher Forst und sieben Ortschaften in den Tagebauen Hambach und Garzweiler erhalten bleiben. Das geht aus dem Entwurf des 133-seitigen Abschlussberichts der Kohlekommission hervor.

Die Kommission könnte sich am Freitag in Berlin auf ein Konzept für das Ende der Stromgewinnung aus Braun- und Steinkohle in Deutschland einigen. Denkbar ist aber auch eine Vertagung aufkommende Woche. Die Details sind ausgehandelt, zentrale Fragen aber immer noch offen. Tempo und Abschluss des Ausstiegs sind nicht im Papier enthalten. Auch über das Abschalten von Kohlekraftwerken sowie ein konkretes Ausstiegsdatum gibt es noch Streit.

Die beteiligten Umweltverbände haben am Donnerstag den Druck erhöht und mehr Tempo beim Klimaschutz zur Bedingung für ihre Zustimmung gemacht. „Aus unserer Sicht hängt das Ergebnis nach wie vor am seidenen Faden“, sagte der Präsident des Naturschutzrings DNR, Kai Niebert. Der Kohleausstieg, wie er jetzt geplant sei, koste etwa 52 Milliarden Euro. Das sei den Steuerzahlern nur vermittelbar, wenn er auch einen echten Beitrag zum Klimaschutz leiste. Konkrete rote Linien zogen die Verbände aber nicht. Die Kommission müsse Klarheit schaffen, was in jedem Jahr passieren soll, sagte Martin Kaiser von Greenpeace.

Freitag, 25. Januar 2019

06:58 Uhr Kommission entscheidet über Zukunft des Rheinischen Reviers

Vor der möglicherweise entscheidenden Sitzung der Kohlekommission am heutigen Freitag in Berlin liegt zwar ein 133 Seiten starker Entwurf des möglichen Abschlussberichts vor, der viele Details des Ausstiegs aus der Braunkohle regelt. An den entscheidenden Punkten enthält er aber vor allem Leerstellen. Die 28 Mitglieder der Kommission bereiten sich daher auf eine lange Verhandlung vor. Für eine Verabschiedung des Berichtes ist eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. Sollte es zu keiner Einigung kommen, ist ein weiterer Sitzungstermin am 1. Februar denkbar. Zuvor würde es am 31. Januar ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin geben.

Gibt es ein konkretes Datum, wann das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz geht?

Nein. Im Entwurf ist das endgültige Ausstiegsdatum noch offen und eine der strittigsten Fragen. Das gilt auch für den Fahrplan, der festlegen soll, welche Kraftwerke in welchen Revieren in den Jahren 2023 bis 2030 vom Netz genommen werden. Die Kommission schlägt als eine Möglichkeit vor, Kraftwerke auch nach dem Abschalten des letzten Meilers in Reserve zu halten, um bei Energiekrisen reagieren zu können. Das hatte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) angeregt. Die genauen Daten werden am Freitag verhandelt und sollen in die Endfassung einfließen. Ohne Ausstiegsdatum wird es keine Abstimmung geben.

Beschäftigte im Kohlebergbau

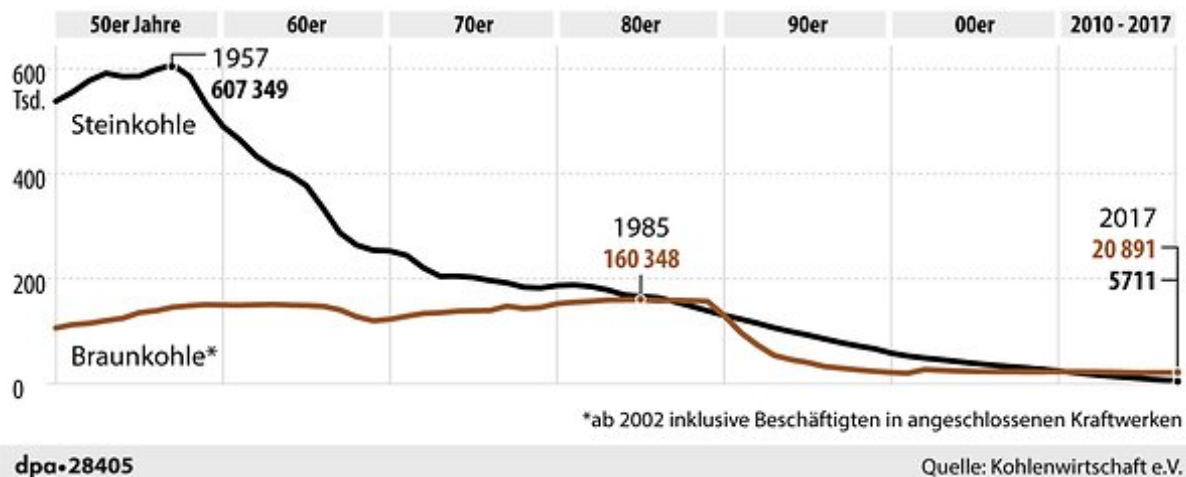


Foto: dpa-Grafik

Was ist unstrittig?

In den Jahren 2023, 2026 und 2029 soll – darin sind sich alle einig – bewertet werden, welche Folgen die Abschaltungen auf die Versorgungssicherheit, die Strompreise, den Klimaschutz, die Arbeitsplätze, den Strukturwandel und die regionale Wertschöpfung haben.

Wer bewertet das?

Fachleute aus den Bereichen Strukturentwicklung und Regionalpolitik, Beschäftigung, Energiewirtschaft, Industrie und Klimaschutz. Auch das Expertenwissen der Kohlekommission soll weiter genutzt werden.

Wie soll der Ausstieg geregelt werden?

Im Einvernehmen mit den Kraftwerksbetreibern soll der schrittweise Ausstieg vereinbart werden. Gelingt es bis Mitte 2020 nicht, eine Einigung über Entschädigungen herbeizuführen, empfiehlt die Kommission staatlichen Zwang. Dann

würde die Abschaltung der Kraftwerke angeordnet.

Wie sieht das Entschädigungspaket für die Kraftwerksbetreiber aus?

Der Entwurf sieht vor, Entschädigungen auch über das Jahr 2022 hinaus zu zahlen, wenn die erste Ausstiegsphase endet. Wörtlich heißt es: „Die Kommission geht davon aus, dass in den Verhandlungen mit den Betreibern von Braunkohlekraftwerken die gesamte Planung bis 2030 einvernehmlich geregelt wird.“ Dies gelte auch für noch nicht fertiggestellte Kraftwerke.

Wie hoch könnten die Entschädigungen ausfallen und wer zahlt sie?

Der Bund wird an Kraftwerksbetreiber zahlen, die ihre Anlagen früher als geplant vom Netz nehmen. Die Summen sollen noch ausgehandelt werden. Der Richtwert könnte 600 Millionen Euro pro Gigawatt Leistung sein. Diese Summe wurde vor ein paar Jahren für Kraftwerke bezahlt, die eine Zeit lang als Reserve zur Verfügung standen. Insgesamt sind noch Kohlekraftwerke mit etwa 43 Gigawatt am Netz.

Was ist mit den Strompreisen?

Damit sie nicht zu stark ansteigen, empfiehlt die Kommission, dass die Netzentgelte für die Übertragung durch öffentliche Gelder „in angemessener Höhe“ verringert werden. „Es ist ein Ausgleich zu schaffen, der Unternehmen und private Haushalte vom Strompreisanstieg entlastet“, heißt es in dem Papier. Energieintensive Industrien sollen weiterhin subventionierten Strom

beziehen, die Finanzhilfen sogar erweitert werden. Das ist für NRW besonders wichtig.

Was passiert im rheinischen Braunkohle-Revier?

Die Kommission hat für die Zeit nach der Braunkohle ambitionierte Ziele erarbeitet. Die Region soll zum Fortschrittmotor werden und zum Leuchtturmprojekt in Sachen Energiewende und Digitalisierung: Flächendeckender Ausbau des High-Speed-Mobilfunkstandards 5G, ein „Innovation Valley Rheinland“ nach kalifornischem Vorbild mit „wegweisender Gründungskultur“, die Hochschulen, wissenschaftliche Einrichtungen, aber auch Startups anziehen soll. 119 Projekte sollen den Strukturwandel in einem Sofortprogramm voranbringen, weitere 34 sind in einem „Projektspeicher“ aufgelistet. Zudem soll der Bund in allen Revieren 5000 neue Jobs in Behörden des Bundes und der Länder schaffen.

Was wird aus dem Hambacher Forst?

Wenn das Ausstiegsszenario steht, könnten der Hambacher Forst sowie sieben Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach, die derzeit vom Abbruch bedroht sind, erhalten bleiben. Das ist aber noch strittig. Deshalb ist die entsprechende Passage auf Seite 82 des Entwurfs auch noch gelb unterlegt. Dort heißt es, die vorgeschlagenen Maßnahmen führten dazu, dass weitere Zerstörung „noch bewohnter Ortschaften und des Hambacher Waldes im Zuge des Tagebaubetriebs vermieden werden“. Auch um diese Formulierung dürfte gerungen werden. Braunkohlegegnerin und Kommissionsmitglied Antje Grothus aus Buir sagt: „Der gesellschaftliche Kompromiss zur

Beendigung der Kohleverstromung muss auch das Ende von Zwangsenteignung und Zerstörung ganzer Ortschaften und des Hambacher Waldes enthalten.“



Dampf und Rauch steigen aus dem RWE-Braunkohlekraftwerk Niederaußem. Foto dpa

Welche Ortschaften könnten gerettet werden?

Am Tagebau Garzweiler sind das Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich und Berverath, die alle zu Erkelenz gehören. Am Tagebau Hambach die Orte Kerpen-Manheim und Merzenich-Morschenich. Das Problem: Große Teile dieser Dörfer sind bereits umgesiedelt.

Was wird aus den Jobs?

Allein im rheinischen Revier hängen direkt und indirekt etwa 27 000 Arbeitsplätze an der Kohleverstromung. In diesem Punkt hat die Bergbau-Gewerkschaft IG BCE ihre Forderungen in den Entwurf gebracht. Je nach persönlicher Situation des betroffenen Beschäftigten sollen demnach verbindliche Regelungen greifen: Vermittlung neuer Jobs, Aus- und Weiterbildung,

finanzieller Ausgleich sowohl bei Lohneinbußen als auch bei früherem Eintritt in den Ruhestand.

Wie teuer wird der Ausstieg?

Auf 52 Milliarden Euro beziffert Kommissionsmitglied Kai Niebert, Präsident des Naturschutzbündnis, das Gesamtpaket an Entschädigungen, Subventionen und Entlastungen. Allerdings könnten die Folgen des Klimawandels um ein Vielfaches teurer werden. Die staatlichen Ausgaben seien nur zu rechtfertigen, wenn im Gegenzug der Klimaschutz vorangebracht werde.

17:18 Uhr Kohlekommission steht vor Nachtschicht

Die Kohlekommission steht bei ihren Verhandlungen für ein Konzept zum Kohleausstieg vor einer Marathonsitzung. Teilnehmer rechneten am Freitag mit schwierigen Beratungen bis in die Nacht hinein, auch eine Vertagung galt als möglich. Die Kohlekommission war am Morgen zu ihrer vielleicht entscheidenden Sitzung zusammengekommen.

In Teilnehmerkreisen hieß es am späten Freitagnachmittag, es seien unterschiedliche Gruppen gebildet worden. Am Abend stünden die entscheidenden Themen an. Während die Kohlekommission über den Ausstieg aus dem fossilen Energieträger debattiert, sagen vor dem Bundeswirtschaftsministerium und dann am Kanzleramt Tausende Schüler aus ganz Deutschland der Politik ihre Meinung.

Das Bündnis und die Grüne Jugend, die Nachwuchsorganisation der Grünen, haben zu der Demonstration aufgerufen. Junge

Leute aus ganz Deutschland reisen an und lassen dafür ihren Unterricht ausfallen. „Wir sind hier richtig viele“, freut sich Luisa Neubauer für die Bewegung „Fridays for Future“. Während die Organisatoren von 10.000 Demonstranten berichten, nennt die Polizei eine Teilnehmerzahl im mittleren vierstelligen Bereich. Mittags sprach Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Ministerium mit den Schülern. Sie hätten ihr Engagement „nachdrücklich“ gezeigt, sagte er mit Blick auf laute Buh-Rufe. Zu ihm kämen aber auch Menschen, die Angst um ihre Jobs hätten. Er nehme die Proteste ernst, sagte der Minister, und forderte die jungen Menschen auf, sich in Parteien zu engagieren. Am Morgen hatten bereits IG BCE-Mitglieder am Wirtschaftsministerium demonstriert.



Auch Mitglieder der Gewerkschaft IG BCE demonstrierten am Freitag. Foto picture alliance/dpa

Samstag, 26. Januar 2019

7:30 Uhr Kohleausstieg soll bis 2038 vollzogen sein

Die von der Regierung eingesetzte Kohlekommission hat sich auf einen Kohleausstieg bis spätestens Ende 2038 geeinigt. Damit sei unter anderem auch der Hambacher Forst gerettet, hieß es am frühen Samstagmorgen von den Umweltverbänden. Die Kohlekommission war im Sommer von der Regierung eingesetzt worden, um einen sozial verträglichen Kohleausstieg zu organisieren und hatte seit Freitagmorgen in einer Marathonsitzung getagt.

07:49 Uhr Kohlekommission einigt sich auf Kohleausstieg bis 2038

Deutschland soll nach dem Willen der von der Regierung eingesetzten Kohlekommission bis spätestens Ende 2038 die Stromgewinnung aus Kohle beenden. Darauf einigte sich das 28-köpfige Gremium am frühen Samstagmorgen bei nur einer Gegenstimme, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen erfuhr. Im Jahr 2032 soll überprüft werden, ob das Ausstiegsdatum angesichts der Lage und im Einvernehmen mit den Betreibern auf frühestens 2035 vorgezogen werden kann. Die Kohleländer sollen über 20 Jahre 40 Milliarden Euro vom Bund bekommen. Darüber hinaus heißt es im Abschlussbericht, ein Erhalt des umkämpften Hambacher Forsts sei „wünschenswert“.

Ein Drittel des Stroms kommt aus Kohlekraftwerken

Bei den Verhandlungen war insbesondere umstritten, bis wann und in welchen Schritten die Stromgewinnung aus Kohle in

Deutschland enden soll. Bis 2022 sollen nun insgesamt 12,5 Gigawatt Leistung aus dem Netz genommen werden, davon drei Gigawatt Braunkohle mehr als bisher ohnehin vorgesehen. 2030 sollen noch höchstens 9 Gigawatt Braunkohle und 8 Gigawatt Steinkohle am Netz sein - Einzelschritte, die Umweltverbände gefordert hatten, stehen nicht im Konzept. Zusammen haben die Kohlekraftwerke derzeit eine Leistung von rund 45 Gigawatt. Rund ein Drittel des Stroms kommt heute aus Kohlekraftwerken.

Privathaushalte und die Wirtschaft sollen von steigenden Strompreisen entlastet werden. Die Kommission hält dafür unter anderem einen Zuschuss von mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr für erforderlich, wie es nun im Abschlussbericht heißt, etwa um die Netzentgelte zu senken. Eine zusätzliche Abgabe oder Umlage für Stromkunden soll es nicht geben.

Die Hilfen des Bundes für den Strukturwandel in den Kohleländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sollen in einem sogenannten Maßnahmengesetz festgezurrt werden. Die Kommission empfiehlt, dass der Bund dafür 1,3 Milliarden Euro pro Jahr über 20 Jahre bereitstellt. Es soll einen Staatsvertrag geben, der auch für künftige Bundesregierungen bindend ist. Darüber hinaus soll der Bund den Ländern 0,7 Milliarden Euro pro Jahr zur Absicherung über 20 Jahre zur Verfügung zu stellen, unabhängig von konkreten Projekten.

Eckpunkte sollen bis Ende April vorgelegt werden

Die von der Regierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ kann nur Vorschläge machen, die Umsetzung ist Sache der Politik. Sinn der Kommission war, einen breiten Konsens herzustellen, ähnlich wie beim Atomausstieg. In dem 28-köpfigen Gremium sind Vertreter von Industrie, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Wissenschaft vertreten. Nach dpa-Informationen stimmten alle Mitglieder dem Kompromiss zu - bis auf Hannelore Wodtke, die sich für den Ort Welzow am Tagebaurand in der Lausitz einsetzt. Die Kommission fordert die Bundesregierung auf, schon bis Ende April Eckpunkte für dieses Maßnahmengesetz vorzulegen und sich dafür mit den Ländern abzustimmen.

Der Vorsitzende des Umweltverbandes BUND, Hubert Weiger, sagte der dpa: „Es ist ein Signal des Aufbruchs, dass wir endlich ernst machen mit einem engagierten Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle.“ Für den BUND sei es auch ein starkes Signal, dass der Hambacher Forst erhalten werden solle. Der Verband sei aber unzufrieden mit dem späten endgültigen Ausstiegsdatum. Weiger verwies aber auf die geplante Revisionsklausel 2035. Der BUND werde dafür kämpfen, dass der Ausstieg wesentlich früher erreicht werde.

Der Streit zwischen dem Energiekonzern RWE und Aktivisten um dem Hambacher Forst hatte Schlagzeilen gemacht. Ein Gericht hat die von RWE für den Braunkohle-Tagebau geplante und von Behörden genehmigte Rodung vorerst gestoppt. Auch Orte in den Kohleregionen wie dem Rheinischen Revier und der Lausitz sollen für den Tagebau weichen.

Bergbaugewerkschaft zeigt sich zufrieden

Der Chef der Bergbaugewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, sprach von einem „ordentlichen Ergebnis“. Die Klimaziele würden erreicht, es gebe „ordentliche Strukturhilfen“ für die Regionen. „Keiner der Beschäftigten fällt auf die Knie.“ Es gebe eine Zeitperspektive, die keine „hektische Umsetzung“ des Kohleausstiegs notwendig mache.

Die Atomkraftwerke gehen in Deutschland bis 2022 vom Netz. Auch der Anteil des Kohlestroms nimmt schon ab. Allerdings muss der Umstieg auf Ökostrom beschleunigt werden, weil Deutschland sonst nationale und internationale Klimaziele verpasst. Bis 2050 soll der Ausstoß an Kohlendioxid (CO₂), dem wichtigsten Treibhausgas, um 80 bis 95 Prozent unter dem Wert von 1990 liegen. Da auch in anderen Sektoren dafür auf Strom statt auf Kohle, Öl und Gas gesetzt werden muss, gewinnt die Stromerzeugung zusätzlich an Bedeutung.

Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser bedauerte, dass für die Zeit zwischen 2022 und 2030 Zwischenschritte für den Kohleausstieg fehlen. Auch das Enddatum sei „nicht so klar beschrieben“ - die Umweltverbände sehen 2035 als Ausstiegsdatum an, nicht 2038. „Trotzdem wird die Klimabewegung und wird der Markt das regeln, dass wir sehr viel schneller aussteigen“, zeigte er sich überzeugt.

11:41 Uhr Austritt, Milliardensummen und Hambach Das sind die Beschlüsse der Kohlekommission

Auf 126 Seiten plus 210 Seiten Anhang Seiten erklärt die Kohlekommission, wie sie sich den schrittweisen Ausstieg aus dem Kohlestrom und den Umstieg auf erneuerbare Energien vorstellt. Das war ihr Auftrag - jetzt ist die Politik dran. Was die Kommission dem Bund an Hausaufgaben aufgegeben hat:

Kohle-Aus

„Als Abschlussdatum empfiehlt die Kommission Ende des Jahres 2038“, steht im Bericht. Dazu kommt eine „Öffnungsklausel“, auf die die Umweltverbände setzen: Wenn Strommarkt, Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Lage es hergeben, kann das Ausstiegsdatum im Einvernehmen mit den Betreibern auf 2035 vorgezogen werden.

2032 soll das überprüft werden. Auch 2023, 2026 und 2029 soll der Ausstiegsplan auf den Prüfstand mit Blick auf Versorgungssicherheit, Strompreise, Jobs und Klimaziele.

Abschalten

Ende 2017 waren Kohlekraftwerke mit einer Netto-Leistung von 42,6 Gigawatt (GW) am Markt, dazu kommt eine Reserve. Nach und nach gehen sie ohnehin vom Netz. Jetzt soll es schneller gehen: Bis 2030 sollen noch höchstens 17 GW am Markt sein, 2038 ist spätestens Schluss. Bis 2022 sollen insgesamt 12,5 GW vom Netz gehen.

Besonderen Wert legen Klimaschützer darauf, dass darunter 3,1 GW Braunkohle zusätzlich sind - Braunkohle-Kraftwerke

stoßen besonders viele Treibhausgase aus und werden von den CO₂-Preisen in der EU nicht so schnell aus dem Markt gedrängt. Welche Kraftwerke abgeschaltet werden, gibt die Kommission nicht vor. Das soll die Politik nun mit den Betreibern aushandeln.



Ronald Pofalla, Vorsitzender der Kohlekommission, stellt im Rahmen einer Pressekonferenz die Einigung der Kommission vor. Foto dpa

Ausgleich für steigende Strompreise

Ab 2023 sieht die Kommission vor, dass der Bund Privatleute und Unternehmen von steigenden Strompreisen entlastet. Sie schlägt einen Zuschuss zu den Netzentgelten vor, die Teil der Stromrechnung sind - und rechnet mit Kosten von zwei Milliarden Euro pro Jahr. Neue Umlagen oder Abgaben soll es nicht geben.

Zusätzlich soll der Bund energieintensive Unternehmen entlasten, die davon nichts haben, weil sie von Netzentgelten schon jetzt befreit werden. Die sogenannte Strompreiskompensation,

eine weitere Subvention für energieintensive Unternehmen, soll bis 2030 fortbestehen.

Milliarden für die Kohleländer

Um die Wirtschaft umzubauen, soll der Bund in die Infrastruktur investieren, Behörden und Forschung ansiedeln und Unternehmen fördern. Die Maßnahmen sollen gesetzlich festgeschrieben werden - schon Ende April soll es dafür Eckpunkte geben.

Ein Staatsvertrag soll die künftigen Bundesregierungen daran binden. Kosten aus Sicht der Kommission: 1,3 Milliarden Euro pro Jahr über 20 Jahre. Dazu sollen den Ländern 0,7 Milliarden pro Jahr bereitgestellt werden, die nicht an Projekte gebunden sind. Obendrauf kommt zur Verbesserung des Verkehrs ein „Sonderfinanzierungsprogramm“ und ein Sofortprogramm bis 2021 im Umfang von 1,5 Milliarden Euro, die bereits im Bundeshaushalt bis 2021 eingeplant sind.

Entschädigungen

Die Kommission empfiehlt, zu Stilllegungen für Braunkohlekraftwerke mit den Betreibern eine „eilvernehmliche Vereinbarung“ zu erzielen. Diese solle sowohl Entschädigungen für die Betreiber als auch Regelungen über die sozialverträgliche Gestaltung enthalten.

Auch ein Ausschreibungsmodell ist denkbar. „Die Kommission geht davon aus, dass in den Verhandlungen mit den Betreibern

von Braunkohlekraftwerken die gesamte Planung bis 2030 einvernehmlich geregelt wird.“ Falls das bis 30. Juni 2020 nicht klappt, empfiehlt die Kommission eine ordnungsrechtliche Lösung mit Entschädigungszahlungen „im Rahmen der rechtlichen Erfordernisse“.

Anpassungsgeld

Für Kohle-Beschäftigte ab 58 Jahre, die die Zeit bis zum Renteneintritt überbrücken müssen, soll es ein Anpassungsgeld geben - sowie einen Ausgleich von Renten-Einbußen. Geschätzte Kosten: bis zu fünf Milliarden Euro, die Arbeitgeber und Staat gemeinsam schultern könnten. Betriebsbedingte Kündigungen sollen ausgeschlossen werden. Für jüngere Arbeitnehmer soll es Aus- und Weiterbildung geben, Vermittlung in andere Jobs und Hilfe bei Lohneinbußen.

Hambacher Forst und Dörfer

Ein Waldstück am Tagebau Hambach ist zum Symbol der Anti-Kohle-Bewegung geworden. Im Bericht steht, die Kommission halte es für „wünschenswert“, dass der Hambacher Forst bleibt - RWE will ihn für den Braunkohleabbau roden lassen, ein Gericht hatte das gestoppt. Darüber hinaus sind an den Tagebauen in West und Ost Dörfer vom Kohlebagger bedroht. Die Kommission bittet die Landesregierungen um einen „Dialog“ mit den Betroffenen zu den Umsiedlungen, „um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden“.

19:17 Uhr RWE kritisiert Ausstiegsdatum 2038 als „deutlich zu früh“

Im Konflikt um die Zukunft der Kohleverstromung hat die zuständige Kommission zwar am frühen Samstagmorgen einen Konsens erzielt. Aber der Vorstandschef des Energiekonzerns RWE ist damit nicht zufrieden. In einer Stellungnahme des Unternehmens vom Samstag teilt Rolf Martin Schmitz mit, dass er das von der Kommission empfohlene Abschlussdatum für die Kohleverstromung 2038 hält das Unternehmen für "deutlich zu früh" hält.

Er begrüßt aber den Vorschlag der Kommission, dieses Datum im Jahr 2032 noch einmal zu überprüfen und wirbt dafür, den endgültigen Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland weiter in die Zukunft zu verlagern.

RWE will Stilllegungen nicht alleine tragen

Auch zu einem anderen Punkt hält Schmitz mahnende Worte bereit. Der Kommissionsvorschlag sieht vor, dass zunächst bis 2022 Braun- und Steinkohlekraftwerke schrittweise stillgelegt werden. Die in dem Bericht genannten Stilllegungen von Braunkohlekapazitäten könnten aus Sicht von RWE „nicht ausschließlich im Rheinischen Revier“ erbracht werden.

Schmitz betont, die Vorschläge der Kommission hätten „gravierende Konsequenzen für das Braunkohlengeschäft von RWE. Er forderte „Lösungen, bei denen weder den Beschäftigten noch dem Unternehmen Nachteile entstehen.“

Im Rahmen der 2015 vereinbarten Sicherheitsbereitschaft lege RWE bis 2023 ohnehin Braunkohlekapazitäten im Umfang von 1,5 Gigawatt still, teilte das Unternehmen mit. 1,2 Gigawatt davon seien bereits vom Netz gegangen. Bis 2030 sollen weitere Kohlekraftwerke vom Netz. RWE geht davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt der Tagebau Inden und das Kraftwerk Weisweiler mit 1,8 Gigawatt installierter Kraftwerksleistung stillgelegt würden.

RWE betont, der Bericht werde „keine Auswirkungen auf die derzeit laufenden Umsiedlungen im rheinischen Revier“ haben.

Den Wunsch der Kommission, den Hambacher Forst zu erhalten, sieht das Unternehmen kritisch. Dies hätte massive Auswirkungen auf die Tagebauplanung, ihre technische Umsetzung und die Kosten, heißt es in einer Pressemitteilung. Das Unternehmen „geht davon aus, dass die Politik das Gespräch zu diesem Thema suchen wird“.

Montag, 28. Januar 2019

06:00 Uhr Revier reagiert gemischt auf die Empfehlungen der Kohlekommission

Vernehmbares Aufatmen hier, leichte Zweifel dort – so könnte man die Reaktionen auf die Empfehlungen der Kohlekommission im Revier beschreiben. Während der Chef der Bergbaugewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, von einem „ordentlichen Ergebnis“ spricht, beschleicht manchen Klimaaktivisten am Hambacher Forst ein wenig die Angst. Am Waldrand sagt ein 30-jähriger Kölner: „Der Erhalt des Hambacher Waldes ist

nicht nur »wünschenswert«, wie es in der Kommissionsempfehlung heißt, der muss festgeschrieben werden.“



Am Niederaußemer RWE-Kraftwerk herrschte allgemein eine gewisse Erleichterung. Foto: Jansen

Vor dem Werkstor des Niederaußemer Kraftwerks sieht man hingegen viele entspannte Gesichter. Zwar wollen die meisten anonym bleiben, doch der Optimismus überwiegt.

Rüdiger Boosen, 47-jähriger Schichtleiter aus Bedburg, sagt es ganz offen: „Ich hätte nicht damit gerechnet, dass man so beachtet mit dem Thema umgeht und die Versorgungssicherheit berücksichtigt. Das ist gut. Atomenergie und Kohle gleichzeitig abzuschaffen, das geht nicht.“

Erleichterung bei den Kraftwerk-Mitarbeitern

Ein 49 Jahre alter Kollege glaubt nun daran, dass er sich keinen neuen Job mehr suchen muss: „Ich glaube, dass der Übergang finanziell gut abgedeckt wird, das war ja bei der Steinkohle

auch so. Dass wir die Kraftwerke schließen, ist ja klar, aber klar ist auch, dass man uns noch ein paar Jahre brauchen wird.“

„Hauptsache kein abrupter Stopp. Ich bin ein bisschen beruhigt“, ergänzt ein 53 Jahre alter Quadrath Ichendorfer. Ein Aachener Elektrotechnik-Ingenieur sieht aber noch Handlungsbedarf: „So schnell ist der Umstieg aber nicht umsetzbar. Die Erneuerbaren schaffen das noch nicht, da muss der Staat noch mehr investieren.“

Darin stimmt der RWE-Mitarbeiter am Werkstor durchaus mit einigen Aktivisten am Hambacher Forst überein. „Die regenerative Energie muss jetzt schneller ausgebaut werden“, sagt einer an der Mahnwache bei Buir. Der 30-jährige Kölner meint aber auch: „Man muss sich jetzt mehr um den Hambacher Forst kümmern. Der Wald liegt auf einer Tonschicht und muss abgedichtet werden, wenn die Tagebaukante immer näherkommt, sonst trocknet er aus und stirbt.“ Auf jeden Fall gehe der Protest weiter, sagt ein anderer Waldbewohner: „Ein Erfolg ist es ja, dass es jetzt überhaupt einmal einen Ausstiegstermin gibt und dass der Hambacher Wald überhaupt erwähnt wird, aber es gibt noch viele Fragezeichen.“ Der Protest müsse und werde weitergehen: „Immerhin ist der Schulterschluss mit der breiten Bevölkerung da.“

Manheim und Kartbahn bleiben auch

Andreas Büttgen von der Initiative Buirer für Buir, ist allerdings sicher, dass der Hambacher Wald gerettet wird:

„Aufgrund der Vorverhandlungen mit Bund und Land bin ich mir ziemlich sicher, dass der Wald gerettet wird. Ich bin froh, dass wir nun einen ganz klaren Einstieg in den Kohleausstieg haben.“ Büttgen glaubt, dass das Rheinische Revier früher aus der Kohle aussteigen wird als die Reviere im Osten Deutschlands. Er glaubt auch, dass sowohl Manheim-Alt als auch die Manheimer Kartbahn erhalten bleiben können: „RWE hat immer betont, dass es keine spitzen Winkel beim Abbaggern geben kann. Wenn der Hambi bleibt, dann bleiben auch Manheim und die Kartbahn.“



Empfehlungen der Kohlekommission. Foto Jansen

Jutta Schnütgen-Weber vom Kerpener BUND sieht das ähnlich: „Der Hambacher Wald hat jetzt gute Chancen, das ist auch ein großer Schritt für Manheim-Alt.“ Sie habe erfahren, dass die Stadt nun doch die befürchteten Rodungen auf öffentlichen

Flächen in Mannheim-Alt aussetzen werde: „Es wäre jetzt sinnvoll, die Bürger von Kerpen einzubeziehen in diese Neuplanungen.“



In Mannheim-Alt geht das Sterben weiter. Nur wenige Häuser sind noch bewohnt, der Ort ist so gut wie leer.
Foto Jansen

In einer ersten Reaktion äußerte auch Manfred Maresch, Bezirksleiter der IG BCE Alsdorf, Freude über den Kompromiss: „Es ist sicherlich eine gute Nachricht, dass man sich geeinigt hat. Es wurden zwar eine ganze Menge Sachen vereinbart, die uns nicht glücklich machen, andere werden aber helfen, die Folgen für unsere Kollegen abzufedern.“ Eine gute Nachricht sei es auch, dass der erwartete Braunkohleausstieg für die energieintensiven Betriebe abgefedert werde.

„Vorhersehbar war, dass das rheinische Revier den ersten Schritt machen muss, um die von der Bundesregierung gewollten Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten“, heißt es in einer Stellungnahme der CDU Rhein-Erft: „In unserer Energieregion stehen die leistungsstärksten, aber auch ältesten Kraftwerksblöcke.“ Das Revier stehe vor nie dagewesenen Herausforderungen. Für die CDU stehe die soziale Absicherung der Beschäftigten ganz oben auf der Agenda.

„Der Osten hat geschickter verhandelt“, meint der SPD-Partei-vorsitzende und Landtagsabgeordnete Guido van den Berg. Das rheinische Revier müsse die Hauptlasten tragen. Dennoch sieht er die Chance, mit dem Kommissionsergebnis nun Planungssicherheit in den Strukturwandel zu bringen.

Startpunkt für Strukturwandel

„Mehr geht immer“, meinen die Grünen im Rhein-Erft-Kreis. Doch mit dem Fahrplan der Kommission habe man endlich einen Startpunkt für den Strukturwandel. Dass der Erhalt des Hambacher Forstes zumindest als wünschenswert deklariert worden sei und notwendige finanzielle Zuschüsse in die Region fließen, sehen die Grünen als „wichtige Etappenziele“.

„Endlich wird der Ausstieg aus der Braunkohle konkret angefasst“, meinen die Linken im Rhein-Erft-Kreis. Zwar bleibe der Kompromiss hinter den Erwartungen vieler Klimaaktivisten zurück, doch wichtige Teilziele würden erreicht. Kritisch sehen die Linken die „zu erwartenden Milliardenentschädigungen für

RWE“, wie es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Kreistags- und Regionalratsfraktion heißt: „Es darf nicht sein, dass RWE am Ende am Ausstieg noch verdient.“



Am Niederaußener RWE-Kraftwerk herrschte allgemein eine gewisse Erleichterung. Vor allem ältere Arbeitnehmer hoffen, dass sie ihren Ruhestand ohne oder nur mit wenig Einbußen erreichen werden.
Foto Ralph Jansen

09:55 Uhr „RWE nicht vertrauen“ Antje Grothus: Aktivisten sollen im Hambacher Forst bleiben.

Nach dem Vorschlag der Kohlekommission zum Erhalt des Hambacher Forsts zeigt sich der Energiekonzern RWE gesprächsbereit. „Wir werden prüfen, was sinnvoll machbar ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse der weiteren Nutzung des Tagebaus und der Rekultivierung“, sagte RWE-Chef Rolf Martin Schmitz der Rheinischen Post (Montag). Er gehe davon aus, „dass man das Gespräch dazu mit uns suchen wird“.



Der Hambacher Forst von oben. Foto: picture alliance/dpa

In dem am Samstag vorgelegten Konzept der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ heißtes: „Die Kommission hält es für wünschenswert, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt.“ Der Konflikt um den Wald hatte sich im vergangenen Jahr zugespitzt und auch in Gewalt entladen.

Kommissionsmitglied Antje Grothus rief die Aktivisten dazu auf, trotz des Kohlekompromisses im Wald zu bleiben. „Weil man RWE hier einfach auch nicht vertrauen kann“, sagte Grothus am Montag dem Hörfunksender WDR5. Der Hambacher Forst sei weiter hart umkämpft. „Und man muss darauf achten, dass er geschützt wird.“ Grothus vertritt die Interessen von Tagebaubetroffenen und ist prominentes Gesicht der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ im Ringen um den Erhalt des Waldes.

Am Samstag hatte Grothus gesagt, sie erwarte nach der Einigung der Kohlekommission eine Entschärfung des Konflikts

um den Wald. Das sei ein Grund gewesen, der „schwachen Formulierung“ in dem Konzept der Kommission zuzustimmen. „Letzten Endes haben wir das gemacht, um die Situation vor Ort zu befrieden, was man eigentlich von der Politik hätte erwarten müssen.“

Dienstag, 29. Januar 2019

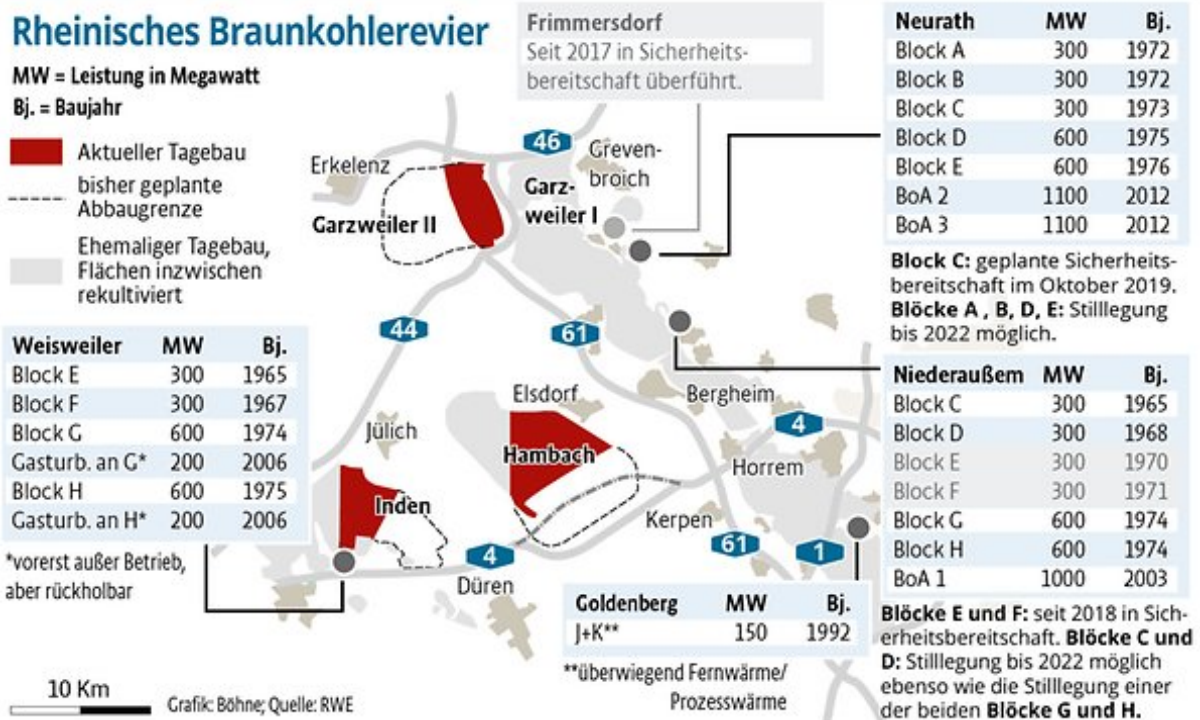
08:55 Uhr Manheim-Alt ist nach dem Kohlekompromiss nicht mehr zu retten

Geht es nach den Empfehlungen der Kohlekommission, müssten bis 2022 fast alle alten Kraftwerksblöcke in den Kraftwerken Neurath und Niederaußem abgeschaltet werden. Das meint zumindest Dirk Jansen, NRW-Geschäftsführer des BUND, während sich das Unternehmen RWE mit konkreten Aussagen darüber, welche Blöcke wann abgeschaltet werden, noch zurückhält.

RWE-Sprecher Lothar Lambertz wies lediglich darauf hin, dass die von der Kohlekommission geforderte Stilllegung von Braunkohlekapazitäten bis 2022 „nicht ausschließlich von RWE im Rheinischen Revier erbracht werden“ könne.

Nach den Empfehlungen der Kohlekommission sollen bis 2022 rund 3,1 Gigawatt an Kraftwerksleistungen im Braunkohlenbereich zusätzlich zu den schon geplanten Sicherheitsbereitschaften stillgelegt werden. Dabei soll im Rheinischen Revier angefangen werden.

Laut Jansen müsste das Kraftwerk Weisweiler davon ausgenommen werden, weil es ohnehin bis 2030 geschlossen werden soll und eine vorzeitige Stilllegung nichts für den Erhalt des Hambacher Forsts und der von Umsiedlung betroffenen Dörfer bringe. Das Kraftwerk Frimmersdorf ist seit 2017 komplett in die Sicherheitsbereitschaft überführt.



Das rheinische Braunkohlerevier und die Braunkohlkraftwerke westlich von Köln. Foto: Thomas Böhne

Betroffen sind Neurath und Niederaußem

Bleiben also Neurath und Niederaußem. Dort müssten alle alten Blöcke – bis auf einen – geschlossen werden, um auf 3,1 Gigawatt zu kommen. Nur einer der beiden alten 600 MW-Blöcke in Niederaußem würde dann neben den BoA-Blöcken in Niederaußem und Neurath bleiben.

Eine flächenmäßige Ausdehnung des Tagebaus Hambach ist nach Meinung Jansens nun nicht mehr nötig. Durch die

verringerten Kraftwerksleistungen werde in Zukunft weniger Kohle benötigt. Diese könne durch eine veränderte Abbauweise gewonnen werden, ohne den Tagebau ganz stillzulegen. Die Ortschaften Manheim-Alt und Morschenich würden dann nicht abgebaggert.



Die Umsiedlungsdörfer sollen erhalten werden, fordern die Bündnisse, auch für Manheim-Alt soll es ein Moratorium geben. Foto: Ralph Jansen

Manheim-Alt sei aber dennoch nicht mehr zu retten, meinen zumindest die Stadt Kerpen und auch Wilhelm Lambertz, Vorsitzender des Manheimer Bürgerbeirates. „Der Ort ist doch schon zu 90 Prozent umgesiedelt“, sagt Bürgermeister Dieter Spürck.

Lambertz hält den weiteren Abbruch schon aus technischen Gründen für erforderlich. So sei das Dorf wegen des nahen Tagebaus schon abgesackt, das Kanalsystem marode. Auf der Fläche des Dorfes könnten, so meint die Stadt, in Zukunft etwa Flächen für regenerative Energien geschaffen werden.

Donnerstag, 31. Januar 2019

10:03 Uhr Polizeipräsident appelliert an Menschen im Hambacher Forst

Nach der Empfehlung der Kohlekommission, den umkämpften Hambacher Forst zu erhalten, rechnet der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach mit einer weiteren Baumhaus-Räumung. Grund seien die Rechtsverstöße in dem Wald. In einer Phase, wo der Wald nicht akut gefährdet sei, würden bei einer Räumung Bäume „in größerer Zahl“ gefällt werden müssen. Er appellierte an Umweltschützer, es nicht so weit kommen zu lassen.

„Es ist ein dringender Appell, dass wir jetzt alles Mögliche tun müssen, die Situation im Wald zu befrieden und Ordnungsbehörden und Polizei nicht in Einsätze zwingen, die dazu führen, dass Bäume gefällt werden“, sagte Weinspach im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. Neben den illegalen Baumhäusern spielten auch immer neue Aktionen menschenverachtender Gewalt eine Rolle.

Der Polizeichef forderte die große Gruppe der friedlichen Akteure unter den Waldschützern auf, sich klar gegen die kleine Gruppe von Gewalttätern zu positionieren. „Die Zeit, wo eine verbale Distanzierung von Gewalt und Gewaltausbrüchen reichte, die ist vorbei. Jetzt müssten Taten folgen“, sagte Weinspach. Gewalttäter müssten ausgegrenzt und aus dem Wald verdrängt werden.

15:40 Uhr Kerpener Stadtverwaltung: „NRW-Ministerium wollte sich Überblick verschaffen“

Den Verantwortlichen der Stadt Kerpen ist zum jetzigen Zeitpunkt von einer erneuten Räumung nichts bekannt. „Unser letzter Stand ist, dass sich das NRW-Bauministerium einen neuen Überblick zur Lage verschaffen wollte“, so Stadtsprecher Erhard Nimtze auf Anfrage. Seither habe man aus Düsseldorf nichts gehört.

Anfang Januar dieses Jahres hatte das Bauministerium die Stadt Kerpen als untere Bauaufsichtsbehörde aufgefordert, die Baumhäuser im umkämpften Wald zu räumen. Als Grund waren wie schon bei der Räumung im vergangenen Herbst Sicherheitsmängel angegeben worden. Die neuerliche Räumung wurde damals aber kurzfristig abgesagt. Wie es hieß, soll das seinerzeit kurz bevorstehende Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten der Kohle-Länder der Grund für die Absage gewesen sein.

Freitag, 01. Februar 2019

16:00 Uhr RWE-Betriebsversammlung zum Kohle-Ausstieg – Vorstand will weiterhin junge Leute einstellen – Laschet in Hambach

RWE will nach Worten von Vorstandschef Rolf Martin Schmitz trotz des anstehenden Stellenabbaus weiterhin neue jüngere Mitarbeiter einstellen. „Die Perspektive ist bis 2038 aufgezeigt worden. Wir werden weiterhin jüngere Mitarbeiter einstellen, wir werden sie übernehmen, werden die Azubis übernehmen wie bisher auch, denn wir brauchen auch da gute neue Mitarbeiter“, sagte Schmitz am Freitag nach der RWE-Betriebsversammlung in Niederzier. Ungeachtet dessen werde

der Personalabbau „relativ zügig beginnen“, da die Kohlekommission bis 2022 gewisse Ziele gesetzt habe.



NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sprach bei einer Betriebsversammlung von RWE-Mitarbeitern am Braunkohle Tagebau Hambach. Foto dpa

Die Kommission schlägt in ihrem Bericht vor, für den schnellen Kohleausstieg bis 2022 insgesamt sieben Gigawatt Kohlekapazität zusätzlich vom Netz zu nehmen, davon drei Gigawatt Braunkohle. Spätestens 2038 soll in Deutschland Schluss sein mit der Kohleverstromung.

Der Bund will nach Aussage von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) den Ländern die von der Kohlekommission vorgeschlagenen Hilfen für den Strukturwandel zukommen lassen. Er habe den RWE-Tagebaubeschäftigten bei einer Betriebsversammlung berichten können, „dass es jetzt die verbindliche Zusage des Bundes gab, die es bis gestern nicht gab,

dass der Kommissionsbericht in allen seinen Teilen umgesetzt wird“, sagte Laschet am Freitag im Tagebau Hambach.

„Das heißt: 40 Milliarden Euro Strukturhilfe für die betroffenen Reviere“, sagte er. Nach Nordrhein-Westfalen fließen davon 15 Milliarden Euro. Am Donnerstagabend hatten Laschet und die Ministerpräsidenten der anderen Kohleländer sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) getroffen.

Samstag, 02. Februar 2019

17:22 Uhr „Jahrhundertchance“ fürs Revier

Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht gute Chancen, dass sich der Arbeitsplatzverlust durch den Ausstieg aus der Braunkohle ausgleichen lässt. „Unser Ziel ist es, dass im Rheinischen Revier in den kommenden 20 Jahren jährlich bis zu 1000 neue hochwertige Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Gewerbe sowie in neuen Zukunftsbereichen entstehen“, sagte Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart am Samstag in Bergheim. So könnten die Verluste bei Arbeitsplätzen und Wertschöpfung mindestens kompensiert werden. „Nun müssen alle Akteure die Ärmel hochkrempeln“, sagte Pinkwart laut Mitteilung.

Es komme darauf an, die Kernkompetenzen der Region auf den Feldern Energieversorgung und Ressourcensicherheit auszubauen. Der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Michael Kreuzberg, sprach von einer „Jahrhundertchance für das Rheinische Revier“.

Pinkwart traf sich in Bergheim mit Abgeordneten aus dem Europaparlament, dem Bundes- und dem Landtag sowie Kommunalpolitikern, um sie über die Empfehlungen der Kohlekommission zu unterrichten.

Nach Angaben der NRW-Landesregierung sollen von den 40 Milliarden Euro, die der Bund nach dem Konzept der Kohlekommission den betroffenen Ländern als Strukturhilfen zahlen soll, 15 Milliarden nach Nordrhein-Westfalen fließen.

Montag, 4. Februar 2019

06:00 Uhr Minister will bis zu 1000 Arbeitsplätze jährlich schaffen



Ein Bagger fährt vor der Kulisse des RWE-Kraftwerkes Niederaußem durch den Tagebau Garzweiler.
Foto picture alliance/dpa

Samstag, 17 Uhr – das ist ein eher ungewöhnlicher Termin für politische Tagungen im Kreishaus. Im großen Sitzungssaal blieb vorgestern dennoch kein Platz frei. Kein Geringerer als NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) hatte sich angekündigt, um gemeinsam mit Landrat Michael Kreuzberg

(CDU) den Abschlussbericht der Kohlekommission zu erläutern.

Die Chance, aus berufenem Munde Genaueres über den unmittelbar bevorstehenden Einstieg in dem Kohleausstieg und den damit verbundenen Strukturwandel zu erfahren, wollten sich rund 100 Landräte, Bürgermeister und teils hochrangige regionale Mandatsträger bis hinauf zu Bundestagsabgeordneten und EU-Parlamentariern aus dem gesamten Rheinischen Braunkohle- und Steinkohle-Revier nicht entgehen lassen.

1000 neue Arbeitsplätze



Im Kreishaus in Bergheim informierten sich Regionalpolitiker über die Kohleausstiegspläne. Foto Röhrig

Die gut zweistündige Tagung selbst fand hinter verschlossenen Türen statt, doch schon beim Vorab-Pressegespräch wurde deutlich, was Pinkwart und Kreuzberg antrieb: Sie wollten Mut

machen, Zuversicht wecken, Bedenken zerstreuen und vor Ort um tatkräftige Unterstützung für die Mammutaufgabe „Kohleausstieg und Strukturwandel“ einwerben.

So sprach der Landrat von einer „Jahrhundert-Chance für das Rheinische Revier“, und der Minister gab das Ziel aus, mit Strukturfördermitteln in Höhe von 15 Milliarden Euro allein für die betroffenen Regionen in NRW in den kommenden 20 Jahren jährlich bis zu 1000 neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen.

Zusage der Bundesregierung

Wie das konkret gelingen soll, blieb eher vage. Man verwies auf die Zusage der Bundesregierung, bis zum Sommer verbindliche Planungen vorzulegen. Darauf drängt auch der Bedburger CDU-Bundestagsabgeordnete Georg Kippels: „Damit das Unterfangen gelingen kann, müssen die im Kommissionsbericht angesprochenen konkrete Schritte, etwa beim Netzausbau, nun wirklich sehr schnell auf den Weg gebracht werden.“

Mittendrin statt nur dabei waren mit dem Elsdorfer Bürgermeister Andreas Heller (CDU) und seinem Amtskollegen Sascha Solbach (SPD) aus dem benachbarten Bedburg die Repräsentanten zweier unmittelbarer Tagebaurand-Kommunen, die vom Kohleausstieg nach eigener Einschätzung besonders hart getroffen werden könnten – und die sich bei der Verteilung des Fördergeldes folglich auch nicht hinten anstellen wollen.



NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (l.) und Landrat Michael Kreuzberg (M.) erläuterten den Bericht der Kohlekommission. Foto: Röhrig

Das Geld dürfe nicht nach dem Gießkannen-Prinzip verteilt werden und auch nicht bei denjenigen landen, die am lautesten danach schreien. Eine Kommune wie Elsdorf, die ein Drittel ihres Stadtgebietes an den Tagebau verliere, werde doch mit ganz anderen Problemen konfrontiert als eine Kommune am Rand des Reviers.

Eine Sorge, die Heller umtreibt: Sollte der Tagebau Hambach im Süden vor Buir eher zum Stillstand kommen als bisher geplant, fehle am nördlichen Ende vielleicht der Erdaushub, um bereits ausgekohlte Flächen am Elsdorfer Stadtrand wie ursprünglich geplant zu verfüllen. „Da geht uns dann womöglich Fläche verloren, die wir dringend bräuchten, um Neuansiedlungen überhaupt erst möglich zu machen.“

Solbach wies derweil darauf hin, dass es bei der Arbeitsplatzfrage nicht nur um die RWE-Mitarbeiter gehe: „Von den vielen mittelständischen Firmen, die derzeit zum Teil 50 Prozent oder mehr ihrer Aufträge von RWE bekommen, ist mir bislang noch zu wenig die Rede.“

Unisono hoben Heller und Solbach hervor, dass die Planungsämter und Wirtschaftsförderungsabteilungen in den Rathäusern personell bislang kaum für die große Aufgabe Strukturwandel gewappnet seien. Es dürfe nicht passieren, dass auf übergeordneter Ebene ambitionierte Projekte geschmiedet und die Kommunen bei der planungsrechtlich im Detail oft sehr schwierigen Umsetzung allein gelassen würden.

13:45 Uhr „Illegale Besetzungen sind nicht akzeptabel“, sagt Armin Laschet

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat die Besetzer des Hambacher Forsts aufgefordert, das Gebiet zu räumen. „Illegale Besetzungen sind nicht akzeptabel“, sagte Laschet am Montag in Düsseldorf. Es werde dieses Jahr wegen der laufenden Gerichtsverfahren keine Rodungen im Hambacher Wald geben. Es bestehe also „keine unmittelbare Gefahr für den Wald“. „Es wäre wünschenswert, dass alle den Wald verlassen.“ Direkte Gespräche mit den Waldbesetzern schloss Laschet aus. „Es ist nicht Praxis der Landesregierung, mit Rechtsbrechern zu sprechen“, sagte er.

Am 20. Februar will Laschet im Landtag eine Regierungserklärung zum Ausstieg aus der Kohleverstromung abgeben. Das

Land stehe vor „historischen Weichenstellungen“, sagte Laschet. Die Empfehlungen der Kohlekommission betreffen wichtige Entscheidungen der nächsten zehn bis 20 Jahre. Die Kommission hatte den Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2038 empfohlen.

Nach Angaben der NRW-Landesregierung sollen von den 40 Milliarden Euro, die der Bund nach dem Konzept der Kohlekommission den betroffenen Ländern als Strukturhilfen zahlen soll, 15 Milliarden nach NRW fließen. Laschet betonte, dass dieses Geld auch nur den vier vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen zugutekommen dürfe. Für Entschädigungen der Kraftwerksbetreiber sei der Bund verantwortlich, wenn Rechtsansprüche bestünden, sagte Laschet.

Mittwoch, 06. Februar 2019

07:30 Uhr Frau mit unklarer Identität sitzt seit September in Haft

Richter Peter Königsfeld musste sich erstmal Respekt verschaffen, als es in einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Kerpen um eine Waldbesetzerin aus dem Hambacher Forst ging. Zahlreiche Unterstützer der jungen Frau waren angereist und nahmen nach Personenkontrollen als Zuhörer an der Gerichtsverhandlung teil.

Da es aus dem Zuschauerraum mehrfach zu Störungen kam, wurde schließlich ein junger Mann aus dem Saal gebeten. Er weigerte sich, zu gehen, und wurde so von Justizbeamten rausgeschleppt.

Angeklagte war bei Räumungsaktion im vergangenen Herbst dabei

Danach kehrte in die Verhandlung mehr Ruhe ein. Sie konnte aber dennoch nicht abgeschlossen werden, weil ein als wichtiger Zeuge geladener Polizist aus Krankheitsgründen nicht erschienen war. Nun soll die Sitzung am Montag, 18. Februar, 13 Uhr, fortgeführt werden.

Der Angeklagten, die in Handschellen vorgeführt wurde, wird Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung vorgeworfen. Sie war bei der großen Räumungsaktion im vergangenen Herbst am 25. September von einem Baumhaus geholt worden und soll sich dann im Gegensatz zu anderen Aktivisten heftig gewehrt haben, als sie abgeführt und zur Inhaftierung nach Aachen gebracht wurde. So soll sie, obwohl gefesselt, nach Polizeibeamten getreten und diese auch bespuckt haben.

Angeklagte schweigt konsequent

Da die junge Frau die Angaben ihrer Personalien verweigert, musste ihr Alter geschätzt werden. Gegen sie wurde so nach Jugendstrafrecht öffentlich vor einem Schöffengericht verhandelt, sie dürfte um die 20 Jahre alt sein. Seit der Festnahme im September sitzt sie in Untersuchungshaft, wo sie als „unbekannte Person“ geführt wird.

Auch vor Gericht sagte die Frau nichts. Ihr Verteidiger wies darauf hin, dass sich Zeugenaussagen und auch direkt nach der

Festnahme aufgenommene Aussagen von Polizeibeamten widersprechen würden. Zudem bezweifelte er die Rechtmäßigkeit der „Diensthandlung“ der Polizeibeamten an.

Freiheitsliebe und Systemwiderstand

Die Frau müsse auf freien Fuß gesetzt werden. Schließlich sei sie nun schon fast ein halbes Jahr inhaftiert. Eine Aufhebung des Haftbefehls, selbst nur bis zur nächsten Gerichtsverhandlung, lehnten Staatsanwaltschaft und Gericht aber ab. Königsfeld las aus Briefen vor, die die Angeklagte aus dem Gefängnis an Unterstützer geschrieben hatte.

Darin hatte sie ihre Freiheitsliebe betont („Ich drehe durch hier drinnen“), ansonsten aber als „Punk“ weiter Widerstand gegen das „System“ angekündigt. Laut Königsfeld sei zu befürchten, dass sie bei einer Freilassung ohne festgestellte Identität zum nächsten Gerichtstermin nicht mehr erscheine: „Es wäre hier aber ganz unproblematisch, wenn ihre Mandantin sich dazu durchringen könnte, ihren Namen zu nennen“, sagt er zum Verteidiger. Vergebens.

12:00 Uhr Polizei verhaftet 18 Baggerbesetzer

Die „Ende Gelände“-Aktivisten waren in den vergangenen Tagen in der Lausitz aktiv, nun sitzen einige von ihnen im Gefängnis. Das sind sie aus dem Rheinischen Revier nicht gewohnt.

Das Amtsgericht Cottbus hat Haftbefehle gegen 18 „Ende Gelände“-Aktivisten erlassen, die in den vergangenen Tagen

Braunkohlebagger in der Lausitz besetzt hatten. Die Cottbusser Polizei bestätigte am Mittwoch auf Anfrage unserer Zeitung, dass fünf der insgesamt 23 Baggerbesetzer freigelassen wurden, sie hatten freiwillig ihre Personalien abgegeben. Die übrigen 18 hätten sich geweigert, ihre Identitäten preiszugeben. Sie sitzen nun wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft, der Vorwurf lautet nach Angaben der Polizei in allen Fällen Hausfriedensbruch.



„Ende Gelände“-Aktivisten besetzten im Tagebau „Vereinigtes Schleenhain“ einen Braunkohlebagger. Sie forderten einen sofortigen Kohleausstieg und den Erhalt von Dörfern in Tagebaunähe - nun sitzen 18 von ihnen in Untersuchungshaft. Foto dpa

Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ protestiert regelmäßig auch im Rheinischen Revier gegen die Braunkohleverstromung, zuletzt Ende Oktober, als mehrere Tausend Aktivisten unter anderem die A4 zwischen Merzenich und Kerpen gestürmt, Bagger besetzt und Gleise der Hambach-Bahn fast 24 Stunden lang blockiert hatten. Im Jahr zuvor, im Herbst 2017, waren 1500 „Ende Gelände“-Aktivisten in den Tagebau Hambach gelaufen. Bis auf einen einzigen hatte sich damals keiner der Aktivisten identifizieren lassen. Allerdings zog es die

zuständige Aachener Staatsanwaltschaft damals gar nicht erst in Erwägung, auch nur einen einzigen Haftbefehl wegen Hausfriedensbruchs zu beantragen.

Jost Schützeberg, Sprecher der Aachener Staatsanwaltschaft, zeigte sich auf Anfrage unserer Zeitung von der Entscheidung des Amtsgerichts Cottbus „überrascht“. Hausfriedensbruch sei „ein Bagatelldelikt“, das zudem „nur auf Antrag verfolgt“ werde. In solchen Fällen würde die Aachener Staatsanwaltschaft nicht einmal versuchen, einen Haftbefehl bei einem Gericht zu erwirken. Die brandenburgische Justiz zieht offenbar andere Schlüsse aus den wiederkehrenden „Ende Gelände“-Aktionen als die nordrhein-westfälische. Das Amtsgericht Cottbus war bis Mittwochmittag allerdings nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

„Ermittlungsdruck muss höher werden“

Der Landtagsabgeordnete Guido van den Berg (SPD) hatte unserer Zeitung nach einer hitzigen Debatte im NRW-Landtag Ende 2017 gesagt, dass es die Aachener Staatsanwaltschaft in Bezug auf die politischen Extremisten im Hambacher Forst und bei „Ende Gelände“ bislang „am nötigen Strafverfolgungswillen“ fehlen lasse, ganz im Gegensatz zu den Kollegen in Brandenburg. „Der Ermittlungsdruck muss bei uns einfach höher werden“, hatte van den Berg damals gesagt.

Und in der Tat hatte auch die Aachener Staatsanwaltschaft in der Folge mehrere Male Haftbefehle gegen Mitglieder der Waldbesetzer- oder Aktivistenszene erwirkt, das Amtsgericht Kerpen verhängte in wenigen Fällen sogar Haftstrafen. Doch nur in solchen Fällen, in denen den Beschuldigten auch schwerere Delikte wie gefährliche Körperverletzung oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen worden waren. Nur

wegen Hausfriedensbruchs ist im Rheinischen Revier noch kein Aktivist inhaftiert worden.

Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ wird nach Einschätzung der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden von der linksradikalen „Interventionistischen Linken“ beeinflusst, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. „Ende Gelände“ teilte gestern mit, dass die Baggerbesetzungen in der Lausitz als Protest „gegen das Abschlussergebnis der Kohlekommission“ zu verstehen seien. „Die Aktivist*innen werden nun wie Schwerverbrecher*innen behandelt, obwohl sie diejenigen sind, die Verantwortung übernehmen. Wir fordern die Freilassung der 18 Gefangenen“, teilte eine Sprecherin des Aktionsbündnisses mit. Sie kündigte an, mit anderen Klimaaktivisten und Sympathisanten am Mittwoch vor der Landesvertretung Brandenburgs in Berlin-Mitte demonstrieren zu wollen.

Freitag, 08. Februar 2019

18:04 Uhr Grüne fordern Stopp der Abrissarbeiten in Braunkohledörfern

Die Grünen im Düsseldorfer Landtag verlangen einen sofortigen Stopp der Abrissarbeiten in den Umsiedlungsdörfern im Rheinischen Braunkohlerevier. Das geht aus einem Antrag für die nächste Plenarsitzung hervor, der dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vorliegt. „Ein Erhalt der umzusiedelnden Ortschaften im Rheinischen Revier erscheint mit dem Kommissionsergebnis möglich“, heißt es in der Abstimmungsvorlage. „Der Ministerpräsident muss dafür sorgen, dass die Abrissverfügungen in den betroffenen Orten ausgesetzt werden, um damit zu verhindern, dass RWE weiterhin Fakten schafft, indem Häuser abgerissen oder Bäume gefällt werden“, sagte Wibke Brems, Energieexpertin der Grünen.

Mit den durch die Kohlekommission vorgelegten Kraftwerksabschaltungen stehe bereits fest, dass der Bedarf an Braunkohle massiv sinken werde. „Deshalb brauchen alle Beteiligten schnellstmöglich Klarheit und Planungssicherheit durch einen neuen politischen Grundsatzbeschluss“, so Brems.

Ziel müsse es sein, den Menschen soweit wie möglich Wahlfreiheit zu lassen, ob sie weiterhin umsiedeln möchten oder nicht. Betroffen sind die Ortschaften Mannheim, Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich, und Berverath.

Garantie gefordert

Die Grünen erwarten auch ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Erhalt des Hambacher Forstes. Der Kompromiss der Kohlekommission sieht kurzfristige Abschaltungen von Braunkohlekraftwerken bis 2022 und weitere Abschaltungen bis 2030 vor, so dass im Ergebnis 2030 nur noch die drei jüngsten Braunkohlenblöcke am Netz sein werden. „Damit reduziert sich die noch abzubauen Menge Braunkohle in erheblichem Maße. Die Landesregierung ist in der Pflicht, den breit getragenen Kompromiss nun in die Tat umzusetzen und den Wald zu schützen“, so die Grüne.

Die neue Leitentscheidung zum Kohlerevier soll die Landesregierung nach den Vorstellungen der Grünen noch vor der Sommerpause vorlegen. Auf die Ankündigung eines massiven Stellenabbaus müsse Schwarz-Gelb reagieren und die Verantwortung des Energiekonzerns für die Region einfordern. Die im Kommissionsbericht formulierten Anforderungen an die Sozialverträglichkeit müssten „vollumfänglich eingehalten“ werden.



Wibke Brems. Foto picture alliance/dpa

Reul droht mit Räumung

Romina Plonsker, CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Rhein-Erft-Kreis, erklärte, ein Erhalt von nahezu vollständig verlassenen Ortschaften wie Manheim sei kein Wert an sich. „Wo schon mehr als die Hälfte der Bewohner ein neues Zuhause in neuen Ortschaften gefunden haben, macht ein Stopp der Umsiedlung allein aus städtebaulicher Sicht keinen Sinn. Sinnvoller ist es vielmehr, die Gebiete nach aktuellen städtebaulichen Kriterien neu zu planen“, sagte Plonsker.

NRW-Innenminister Herbert Reul rief die Kohle-Gegner, die im Hambacher Forst Baumhäuser gebaut haben, erneut dazu auf, die Behausungen zu räumen. Da die Rodungsperiode Ende des Monats ablaufe, sei bis zum Spätherbst nicht mehr mit

Baumfällungen zu rechnen. Eine Räumung der Baumhäuser schloss der CDU-Politiker ausdrücklich nicht aus. Reul sagte „Nach der Entscheidung der Kohlekommission gibt es nun wirklich keinen Grund mehr für die Besetzung des Waldes. Deshalb will ich die Hoffnung nicht aufgeben, dass dies jetzt beendet wird. Ich wäre jedenfalls heilfroh, wenn der Polizei ein weiterer Räumungseinsatz erspart bliebe.“



Die Dörfer Kuckum und Keyenberg sollen dem Tagebau weichen. Foto dpa

Samstag, 09. Februar 2019

11:45 Uhr Aktivisten besetzen kurzzeitig Bagger

Sieben Aktivisten haben am Tagebau Garzweiler zeitweise einen Bagger besetzt. Sie seien nach Eintreffen der Beamten freiwillig wieder herabgeklettert und mit zur Wache gekommen, teilte die Polizei Heinsberg am Samstag mit. Nun müsse die Identität geklärt werden.

Wie eine RWE-Sprecherin sagte, hatten Mitarbeiter die Besetzer in den frühen Morgenstunden auf dem Bagger entdeckt und die Polizei gerufen. Am Tagebau gebe es zudem eine kleine

Demonstration mit rund zehn Teilnehmern mit Transparenten. Alles laufe sehr friedlich ab.

Dienstag, 12. Februar 2019

11:30 Uhr Anti-Kohle-Aktivisten sehen sich als Opfer des verschärften Polizeigesetz in NRW

Gegen Anti-Kohle-Aktivisten soll nun erstmals das im Dezember verschärfte NRW-Polizeigesetz angewendet worden sein. Dies teilt das kohlekritische Bündnis Ende Gelände mit, das in diesem Zusammenhang auch von einer „Lex Hambi“ spricht: Demnach würden mehrere Aktivisten, die am Wochenende einen Bagger im Tagebau Garzweiler blockiert hatten, noch auf der Polizeiwache in Mönchengladbach in Polizeigewahrsam gehalten, weil sie ihre Identität nicht mitteilen wollten. Dies habe eine Richterin beim Amtsgericht in Erkelenz unter ausdrücklichem Hinweis auf das neue Polizeigesetz angeordnet. Die Aktivisten sollen dort „vorerst“ bis Donnerstag bleiben müssen, falls sie nicht ihre Namen nennen.



Polizisten bei der Begehung des Hambacher Forsts. Foto picture alliance/dpa

Bislang, so Ende Gelände, sei eine Ingewahrsamnahme – die von einer Untersuchungshaft zu unterscheiden ist – ohne Strafvorwurf zur Identitätsfeststellung nur bis zu zwölf Stunden erlaubt gewesen. Durch das neue Polizeigesetz könne dies aber auf bis zu sieben Tagen verlängert werden. Laut Ende Gelände richte sich das neue Polizeigesetz gegen soziale Bewegungen und eine kritische Zivilgesellschaft. Es gebe Sachverständige, die die neuen Gesetze für verfassungswidrig hielten. Die Baggerbesetzer waren am Wochenende wegen Hausfriedensbruchs festgenommen worden. Ende Gelände weist daraufhin, dass es bei ähnlichen Vorgängen in der Vergangenheit immer zu Freisprüchen gekommen sei. „Aktivisten für einen unhaltbaren Vorwurf fünf Tage wegzusperren, ist vollkommen unverhältnismäßig und kann nur als Abschreckungsmaßnahme bezeichnet werden.“

Mittwoch, 13. Februar 2019

14:15 Uhr Neue Tagebauplanung von RWE erwartet

Die NRW-Landesregierung hat nach dem Kohlekompromiss eine Anpassung der Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 für das Rheinische Revier angekündigt. Zunächst müsse der Energiekonzern RWE nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Bund Entwürfe für eine neue Tagebauplanung vorlegen, stellte die Landesregierung in ihrem Bericht für den Wirtschaftsausschuss am Mittwoch fest.

Die Entwürfe müssten auch die Kommissionsempfehlungen zum Erhalt des Hambacher Forsts und zur Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Härten für die von Umsiedlung

betroffenen Menschen berücksichtigen. Erst dann könne es belastbare Antworten auf noch offene Fragen geben. In der laufenden Umsiedlung von sieben Dörfern am Tagebau Hambach und an Garzweiler II fordern Betroffene einen Umsiedlungsstopp und den Erhalt ihrer Dörfer.

15:00 Uhr Streit zwischen RWE und BUND im Landtag

Im Streit um die Umsiedlungen im Rheinischen Revier haben der Umweltverband BUND und der Energiekonzern RWE im Wirtschaftsausschuss des Landtags ihre unvereinbaren Linien vertreten. RWE warnte davor, die laufenden Umsiedlungen am Braunkohletagebau Garzweiler II infrage zu stellen. Das sei gefährlich und unverantwortlich, hieß es in einem Bericht für eine Sachverständigenanhörung im Wirtschaftsausschuss am Mittwoch.

Mit rund 57 Prozent der betroffenen Eigentümer habe sich RWE über den Kauf der Anwesen geeinigt. Am neuen Umsiedlungsstandort gebe es rund 170 Neubauten, Bauprojekte oder Planungen. Ein Stopp mitten in der laufenden Umsiedlung wäre weder für den alten noch für den neuen Ort zuträglich, stellte RWE in dem Bericht fest.

Der BUND forderte dagegen in seiner Stellungnahme einen sofortigen Stopp der „Zwangsumsiedlungen“ in sieben Dörfern an den Tagebauen Hambach und Garzweiler II. Aus der geplanten Abschaltung von 3,1 Gigawatt Kraftwerksleistung ergebe sich, dass die Dörfer und der Hambacher Forst beim Kohleabbau ausgespart werden könnten. Der Umweltschutzverband

forderte ein Moratorium. Es müsse verhindert werden, dass unwiderruflich Fakten geschaffen würden – etwa durch Abriss von Gebäuden oder die Rodung von Bäumen in den Ortschaften.



Der Tagebau Hambach bei Elsdorf. Foto dpa

Donnerstag, 14. Februar 2019

14:03 Uhr 1700 Straftaten erfasst

Im Zusammenhang mit dem Hambacher Forst hat die Polizei von Anfang 2015 bis Ende 2018 knapp 1700 Strafverfahren wegen politisch motivierter Taten erfasst. Das geht aus einem Bericht des NRW-Innenministeriums an den Innenausschuss am Donnerstag hervor. Mit einbezogen wurden auch Strafanzeigen bei Veranstaltungen wie etwa beim sogenannten Klimacamp im Rheinland 2017 und 2018. Wie viele Täter dann später tatsächlich verurteilt wurden, ist unklar. Die zuständigen Staatsanwaltschaften Aachen und Köln listen 19 Verurteilungen auf - betonen aber, dass es sich dabei nicht um eine lückenlose amtliche Statistik handele.

Allein von Oktober 2018 bis Ende Januar 2019 gab es dem Bericht zufolge 1500 Polizeieinsätze im Hambacher Forst und den angrenzenden Ortschaften. Über Weihnachten habe es Zwillen-Beschuss auf RWE-Mitarbeiter in dem Wald gegeben, brennende Barrikaden, Brandsätze auf RWE- und Polizeifahrzeuge.

Spätestens seit den Aktionen des Bündnisses Ende Gelände im November 2017 habe sich die Besetzerszene verändert: Sie setze sich aus Autonomen aus dem ganzen Bundesgebiet und dem europäischen Ausland zusammen und zeichne sich durch eine erhöhte Konfrontationsbereitschaft und Militanz aus, berichtet das Innenministerium.

„Der massive Bewurf von Polizisten mit Fäkalien stellte zudem eine neue und bisher nicht gekannte Form des menschenverachtenden und herabwürdigenden Vorgehens gegen Polizeikräfte dar“, heißt es in dem Bericht für den Innenausschuss. Waldbesetzer hatten Polizisten vor allem bei der Räumung der Baumhäuser im Herbst immer wieder mit Fäkalien beworfen.

Montag, 18. Februar 2019

06:15 Uhr Hambacher Forst ist kein „Disneyland für Anarchisten“

Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach will den Konflikt um den Hambacher Forst dauerhaft befrieden. Voraussetzung dafür sei, dass sich die friedlichen Umweltschützer von den Gewalttätern distanzieren. Letztere müssten den Wald verlassen, im Gegenzug könne man den Waldschützern dauerhafte

Mahnwachen ermöglichen. Sie könnten eine Art Kontrollfunktion für den Forst übernehmen, sagt Weinspach im Interview.

Herr Weinspach, seit der Räumung von 80 Baumhäusern im September sollen Aktivisten im Hambacher Forst bis heute knapp 50 neue Bauten errichtet haben. Steht bald eine erneute Räumung des Waldes an?

Eine Räumung müsste die Bauordnungsbehörde anordnen und uns um Vollzugshilfe bitten. Das ist bislang nicht geschehen, kann aber jederzeit passieren. Die Frage ist: Kann man im Hambacher Forst einen Raum akzeptieren, in dem das, was nach Bauordnungsrecht und Forstrecht gilt, einfach nicht akzeptiert wird? Und einfach sagen: Ja, dann ist das ebenso. In den politischen Diskussionen wird so etwas als rechtsfreier Raum bezeichnet. Und der ist nicht hinnehmbar. Es kann nicht sein, dass eine kleine Gruppe eigene Regeln festlegt, die sich nicht mit dem decken, was geschriebenes Recht ist.

Hat der Gerichtsentscheid des OVG Münster im Oktober, eine Rodung vorläufig auszusetzen, die Situation im Wald entschärft?

Im Moment noch nicht. Was wir seit Weihnachten und auch in diesem Jahr dort erleben, ist das Gegenteil von Deeskalation. An Weihnachten gab es massive Angriffe auf das RWE-Camp am Brückenbauwerk 106. Polizistinnen und Polizisten sind an Silvester und Neujahr attackiert worden, einmal mit 24

Molotow-Cocktails, 18-mal mit Pyrotechnik. Zuletzt wurde sogar eine Aktivistin an einer Mahnwache bedroht und angegriffen.

Was wissen Sie über die Täter? Wie viele sind das?

Wir wissen nicht hundertprozentig, wie sich diese Gruppe zusammensetzt. Das wechselt auch immer. Wir gehen davon aus, dass es eine Grundzahl von Besetzern im mittleren bis niedrigen zweistelligen Bereich gibt, die anlassbezogen anschwillt bis zu dreistelligen Zahlen. Von diesen Besetzern ist nur eine relativ kleine Zahl gewalttätig – im unteren zweistelligen Bereich. Und wir erleben eine Restszene, die sich von Gewalt nur verbal distanziert, aber keinen klaren Trennungsstrich zieht.

Straffreie Blockade

Im Jahr 2012 gab es die erste Blockade eines Kohlezuges. Vergangene Woche hat das Amtsgericht Kerpen laut Klimabewegungsnetzwerk das Verfahren eingestellt. Damals hatten sich fünf Aktivisten mit Unterstützung weiterer, unbekannt gebliebener Personen auf der Hambach-Bahn festgekettet und so für mehrere Stunden den Transport der Braunkohle vom Tagebau in das Kraftwerk Niederaußem lahmgelegt.

Wie könnte so ein Trennungsstrich aussehen?

Das fängt damit an, dass diejenigen, die selbst keine massiven Straftaten begehen, bislang nicht bereit sind, gewalttätige Straftäter anzuzeigen und der Polizei Hinweise zu geben. Stattdessen lassen sie die gewähren, weil sie keine Spaltung wollen und

man sich im Kampf für den Klimaschutz miteinander solidarisiert.

Das klingt so, als würde Sie das irritieren?

Das passt nicht zu dem Grundanliegen derer, die sich für den Klimaschutz engagieren wollen: Man schützt einen Wald vor dem Hintergrund, die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu sichern, man schützt die Tiere im Wald, zum Beispiel die Bechstein-Fledermaus, ist aber gleichzeitig bereit, die Gesundheit und das Leben der Kolleginnen und Kollegen aufs Spiel zu setzen. Das ist für mich schizophren. Das passt überhaupt nicht zusammen. Und es ist ja nicht nur das. Wenn man durch den Wald geht, kann man sehen, welch gebrochenes Verhältnis man zu den Dingen hat.

Was meinen Sie?

Einerseits kritisiert man die zugeklebten Höhlen der Fledermaus, andererseits verschließt man die Augen vor Gewalt und menschenverachtendem Umgang. Da gibt es zum Beispiel ausgehobene Gräber mit Kreuzen, ganz sicher weiß ich es von einem. Darauf steht in der Waagerechten: „Rest in Peace“. Und in der Senkrechten: „Dirk“. Mit Dirk bin ich gemeint. Der beleidigende Spruch „All Cops are Bastards“ ist hier im Wald längst umfunktioniert worden in „All Cops are Dirks“. Und die Beleidigung des Polizisten ist nicht mehr „der Bulle“, sondern „der Dirk“.

Was macht so etwas mit Ihnen persönlich?

Das nicht ernst zu nehmen wäre fahrlässig. Aber mir ist ja bisher nicht viel passiert. Die Kolleginnen und Kollegen dagegen sind tagtäglich gewalttätigen Angriffen im Wald ausgesetzt. Aber: Die Auseinandersetzung wird hier in einer Weise personalisiert, wie ich sie eigentlich nur im Rechtsextremismus erlebt habe. Letztendlich tragen in Grenzen auch ein Herr Zobel (ein Naturführer, der Touren durch den Hambacher Forst anbietet, d. Red.) und Waldspaziergänger die Verantwortung dafür, wenn sie an solchen Gräbern vorbeilaufen und die Augen davor verschließen. Das macht es momentan einfach schwierig – selbst im Dialog mit an sich nicht gewaltbereiten Teilen der Besetzerzene.

Welche Rolle nimmt die Polizei in diesem Dialog ein?

Wir benennen ganz klar, was im Wald an Gewaltkriminalität passiert und sind manchmal frustriert, wie wenig das zur Kenntnis genommen wird. Und dass uns unterstellt wird, wir wollten damit den Widerstand kriminalisieren. Das ist nicht unser Ansatz. Wir differenzieren genau zwischen Gewalttätern und friedlichem Protest von Bürgerinnen und Bürgern.

ZUR PERSON

Dirk Weinspach (59) ist seit 2014 Polizeipräsident in Aachen. Seine Behörde ist zuständig für den Einsatz im Hambacher Forst. Der gebürtige Pforzheimer hat Jura studiert. Nach Stationen bei der Bezirksregierung Köln und im NRW-Innenministerium, wo er für die Aus- und Fortbildung bei der Polizei zuständig war, leitete Weinspach einige

Jahre das Referat für die Bekämpfung des Rechtsextremismus beim Verfassungsschutz.

Der Polizei als Versammlungsbehörde wurde unter anderem vorgeworfen, sie habe voriges Jahr die Großdemonstration am 6. Oktober verhindern wollen. Was sagen Sie dazu?

Das war nie unser Anliegen. Das Gegenteil war der Fall: Wir haben von Anfang an immer nach einem Gelände gesucht, das unter Sicherheitsaspekten für eine solche Großkundgebung geeignet ist. Letztlich ist es uns – auch durch meine persönlichen Gespräche mit RWE – gelungen, dass das Unternehmen ein geeignetes Gelände zur Verfügung gestellt hat.

Kürzlich hat die Kohlekommission den Erhalt des Hambacher Forsts als „wünschenswert“ bezeichnet. Kann das helfen, den Konflikt zu befrieden?

In der Kohlekommission sind ganz unterschiedliche politische Akteure zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen. Eigentlich eine sehr bewundernswerte Sache, die zeigt, dass bei uns demokratische Prozesse funktionieren. Aus meiner Sicht ist es wünschenswert, dass wir im Wald das Gleiche erreichen. Ich fand es ausgesprochen kontraproduktiv, dass Antje Grothus (Umweltschützerin und Mitglied der Kohlekommission) erklärt hat, sie traue RWE nicht und der Wald müsse schon deshalb besetzt bleiben. Ich erhoffe mir, dass es im Dialog gelingt, die Besetzerstrukturen im Wald so weit zurückzufahren, dass Polizei oder Ordnungskräfte nicht mehr eingreifen müssen.

Wie kann das gelingen?

Es geht darum, die Konfrontation rauszunehmen. Wir hatten eine Kultur des Misstrauens, die diesen Konflikt immer beherrscht hat. Es ist in der Kohlekommission gelungen, diese Kultur des Misstrauens zu überwinden. Was für mich immer schwerer nachvollziehbar ist: Politisch spricht alles dafür, dass man auf dem Weg zu einer Lösung ist. Klar ist: Bis zum Abschluss aller Rechtsinstanzen wird die Polizei keine Rodung absichern. Und ich gehe davon aus, dass in den nächsten zwei oder drei Jahren nicht mit einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung zu rechnen ist. Das heißt: Auf absehbare Zeit steht eine Rodung nicht an. Eine reale Gefahr für den Wald besteht derzeit nicht.

Es ist aber kaum damit zu rechnen, dass die Aktivisten sich freiwillig dauerhaft aus dem Wald zurückziehen werden. Wie wollen Sie nach einer möglichen Räumung verhindern, dass sie zurückkehren und neue Baumhäuser errichten?

Wir sprechen über 210 Hektar Wald. Natürlich wäre es denkbar, einen Bauzaun drum herum zu ziehen. Das macht aber nur Sinn, wenn man den auch Tag und Nacht bewacht. Mit vertretbarem Aufwand ist der Wald eigentlich nicht abzusichern.

Was dann?

Ich habe auch keine Patentlösung. Aber ich meine: Wir müssen die Straftäter aus dem Wald holen und gegen sie ermitteln – und

den friedlichen Teil überzeugen, dass die Ziele erreicht sind. Die Besetzung des Waldes muss sich auf symbolische Reste beschränken, die nicht im Widerspruch zum Bauordnungsrecht oder zum Forstrecht stehen. Ein Wald ist kein Disneyland für Anarchisten, auch kein wilder Campingplatz, auch kein Campingplatz in 25 Metern Höhe.

13:28 Uhr Umweltschützer fordern Eingreifen von Angela Merkel

Die in der Kohlekommission vertretenen Umweltverbände werfen dem Energiekonzern RWE Preistreiberei beim Kohleausstieg vor und verlangen ein Eingreifen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). „Was wir fordern, ist eine Intervention der Bundeskanzlerin, und zwar noch vor Mittwoch“, sagte Greenpeace-Geschäftsführer Martin Kaiser am Montag in Berlin. Für diesen Mittwoch hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) eine Regierungserklärung zum Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Kohle angekündigt.



Ein Protestplakat gegen die Braunkohle. Foto dpa

Der Chef des Deutschen Naturschutzbundes, Kai Niebert, sagte, es sei „klare Position“ in der Kommission gewesen, dass bis 2022 zusätzlich drei Gigawatt Braunkohle-Kapazität „im Westen“ vom Netz solle. Allerdings müssen im Rheinischen Revier nach Ansicht von NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) bis 2022 nur 2,4 Gigawatt zusätzlich abgeschaltet werden. Die Differenz entspricht einem mittelgroßen Kraftwerksblock von 600 Megawatt.

RWE hat zudem Kosten von rund 1,2 Milliarden Euro pro Gigawatt abgeschalteter Kraftwerksleistung genannt. „Wir werten es als Versuch, den Preis hochzutreiben für die dreckigsten Kohlekraftwerke, die in Europa noch zu finden sind“, sagte Kaiser.



Ein Bagger im Tagebau Hambach Foto: dpa

BUND-Chef Hubert Weiger forderte einen Stopp für Umsiedlungen und das Abbaggern von Dörfern in der Nähe der Tagebaue. Im Rheinland könnten die Orte ebenso wie der Hambacher Forst erhalten bleiben, wenn die Stilllegungen wie in der Kohlekommission vereinbart bis 2022 kämen. Parallel zum geplanten Gesetz zu den Strukturhilfen für die Kohle-Länder, für das die Bundesregierung im Mai Eckpunkte vorlegen will, müsse es auch vor der Sommerpause bereits Eckpunkte eines Kohleausstiegs-Gesetz geben.

Die Kohlekommission hatte ein Konzept für einen Kohleausstieg bis spätestens 2038 vorgelegt. Die Umsetzung liegt aber bei der Politik.

19:20 Uhr RWE verklagt Kohlegegner auf Schadenersatz in Millionenhöhe



Das Kraftwerk Weisweiler im Hintergrund. Foto picture alliance / dpa

RWE hat gegen sechs Kohlegegner Klage vor dem Landgericht Aachen eingereicht. Das bestätigte am Montagabend RWE-

Pressesprecher Guido Steffen. Es geht um einen Vorfall von November 2017, als mehrere Aktivisten ins Kraftwerk Weisweiler bei Aachen eingedrungen waren. Sie hätten die Kohlezufuhr unterbrochen, erklärt Steffen, dadurch musste die Produktion des Kraftwerks gedrosselt werden. Es sei ein „Schaden in Millionenhöhe“ entstanden.

Dienstag, 19. Februar 2019

08:24 Uhr „Eule“ verschweigt Identität – Besetzerin aus dem Hambacher Forst muss ins Gefängnis

Viele hatten erwartet, dass die Angeklagte gegen Anrechnung ihrer Untersuchungshaft auf freiem Fuß gesetzt wurde. Doch es kam anders: Richter Peter Königfeld und seine beiden Schöffen vom Amtsgericht Kerpen verurteilten eine junge Waldbesetzerin aus dem Hambacher Forst jetzt wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung zu neun Monaten Jugendhaft. Die Strafe, die ausdrücklich nicht auf Bewährung ausgesetzt wurde, führte zu Unruhe im Gerichtssaal.

Viele Unterstützer aus der Waldbesetzerszene hatten die Verhandlung verfolgt, weshalb die Polizei wieder mit einem Großaufgebot am Amtsgericht erschienen war. Zwei Zuschauer wurden bei der Urteilsverkündung, die unter lautstarken Protesten erfolgten, als Störer von Justizbeamten aus dem Gerichtssaal gezerrt.

Die Identität der Angeklagten steht nicht fest: Sie nennt ihren Namen nicht und wird innerhalb der Aktivistenszene „Eule“ genannt. Bei der Räumungsaktion des Waldes am 25. September im vergangenen Herbst hatte sie sich in einer Art Hängematte

in der Nähe eines Baumhauses aufgehalten. Da sie trotz Aufforderung der Polizei nicht herunterkam, wurde sie von Spezialbeamten mit Hilfe eines Hubwagens heruntergeholt und dann in eine Gefangenessammelstelle nach Aachen gebracht. Wie am Einsatz beteiligte Polizisten als Zeugen vor Gericht aussagten, hatte sie sich dabei heftig gewehrt. Ein Polizist wurde getreten, eine andere Beamtin leicht an der Hand verletzt. Ein Fußtritt der Angeklagten verfehlte zudem nur knapp das Gesicht einer weiteren Beamtin.

Verteidiger Christian Mertens plädierte auf Freispruch, allenfalls komme eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung für die Angeklagte in Frage. Mertens wies darauf hin, dass sich die Aussagen der beteiligten Polizisten teilweise widersprüchen. Keiner könne wissen, was wirklich geschehen sei. Zudem stelle sich die Frage, ob die Vorgehensweise der Polizei überhaupt eine „rechtmäßige Diensthandlung“ gewesen sei. So habe es nur eine bauordnungsrechtlich begründete und verkündete Räumungsverfügung für die Baumhäuser gegeben. Die Angeklagte habe aber „in der freien Luft“ in einer Hängematte gelegen. Diese hätte, argumentierte der Verteidiger, erst gar nicht geräumt werden dürfen.

Das Gericht folgte dem aber nicht: Die Diensthandlungen der Polizei seien rechtmäßig gewesen. Auch bestehe – trotz teilweiser unterschiedlicher Zeugenaussagen – kein Zweifel daran, dass sich die Angeklagte gegenüber der Polizei heftig gewehrt habe. Auch die Fürsprache einer Jugendgerichtshelferin führte nicht zu einem milderem Urteil: Wie diese ausführte, sei die

schätzungsweise 18 bis 22 Jahre alte Angeklagte „keine ausgereifte, erwachsene Persönlichkeit“. Sie habe ein „jugendtypisches Verhalten“ an den Tag gelegt und den Aufenthalt im Hambacher Forst als eine Art „Abenteuer“ gesehen.



Vor der Tür des Amtsgerichtes trafen Polizisten und Aktivisten aufeinander. Es gab strenge Einlasskontrollen.
Foto Meisen

In der JVA Iserlohn verletzte „Eule“ einen Beamten

Auch Königsfeld hatte „keinen Zweifel“ daran, dass es der Angeklagten noch an Reife fehle. Ohne die erzieherische Wirkung einer Haftstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt wird, bestehe aber die Gefahr, dass sie neue Straftaten begehe. Dies zeige besonders das „Nachtat-Verhalten“ der Angeklagten: So hatte diese in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Iserlohn einen Beamten verletzt. Außerdem hatte sie Briefe aus dem Gefängnis geschrieben, die im Internet veröffentlicht wurden: Darin habe sie sich, so Königsfeld, ihrer Taten „gerühmt“, Beamte beschimpft und weiter Widerstand gegen die Staatsgewalt angekündigt. Leider sei die Angeklagte von Sympathisanten in ihrem Verhalten bestärkt worden. „Keiner hat den

Versuch unternommen, sie von ihrem Weg abzubringen.“ Dabei gehe es in dem Urteil auch darum, ein „deutliches Signal“ zu senden, dass der Rechtsstaat die Radikalisierung im Hambacher Forst nicht dulde.

13:21 Uhr Aktivisten legen Widerspruch ein

Nachdem RWE beim Landgericht Aachen eine Schadensersatzklage in Millionenhöhe gegen sechs Aktivisten eingereicht hat, haben Braunkohlegegner auf die Klage reagiert. Der Konzern versuche offenbar, mit hohen Schadenersatzforderungen „die Anti-Kohle-Bewegung abzuschrecken“, teilte die Anti-Braunkohle-Initiative „WeShutDown“ mit. Der Energiekonzern fordere zum ersten Mal Schadensersatz im großen Stil von Aktivisten. Die sechs Beklagten, unter denen auch ein Fotojournalist sei, hätten Widerspruch gegen die Klage eingereicht.



Das Kraftwerk Weisweiler. Foto dpa

Die Umweltschützer hatten im November 2017 die Förderbänder und Bagger im Kraftwerk Weisweiler blockiert. Auf ähnliche Aktionen wollen die Aktivisten trotz der Klage von RWE

nicht verzichten. „Das kann unsere Bewegung nicht aufhalten. Der Klimawandel wartet nicht. Kohlekraftwerke müssen sofort stillgelegt werden. Solange das nicht erreicht ist, wird es Blockaden und andere Aktionen geben“, hieß es in einer Mitteilung. Für den kommenden Montag (25. Februar) kündigte die Initiative eine Kundgebung am Kraftwerk Weisweiler in Eschweiler an.

Mittwoch, 20. Februar 2019

11:35 Uhr Moratorium für Hambacher Forst

Der Energiekonzern RWE hat zugesichert, dass der Hambacher Forst unabhängig vom Ausgang der Gerichtsverfahren bis zum Herbst 2020 nicht gerodet wird. RWE habe einem entsprechenden Moratorium zugestimmt, erklärte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) bei einer Regierungserklärung zum Ausstieg aus der Braunkohle am Mittwoch im Landtag. „Das heißt, dass in jedem Fall bis zum Herbst 2020 nicht gerodet wird“, sagte Laschet.

Der Ministerpräsident forderte die Besetzer des Hambacher Forsts auf, „diesen jetzt zu verlassen. Lassen Sie in dem Ort, den Sie schützen wollen, nun endlich Frieden einkehren, auch, damit der Baumbestand nicht weiter beschädigt wird.“ Alle Seiten seien aufgefordert, Zeichen der Verständigung zu setzen.

Der Ministerpräsident schloss sich der Forderung der Kohlekommission an, dass es wünschenswert sei, den Forst auf Dauer zu erhalten. Das müsse Bestandteil der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Unternehmen sein.

Auch der südwestlich des Hambacher Forstes gelegene Merzenicher Erbwald müsse erhalten bleiben. „Er ist doppelt so groß wie der Hambacher Forst und beherbergt ein großflächiges Vorkommen des heute bedrohten Eichen-Hainbuchenwaldes“, so Laschet. Schützenswert sei überdies auch die Steinheide.

Die Landesregierung fordert RWE auf, alle Planungen für neue Braunkohlekraftwerke „endgültig zu den Akten zu legen“. Es gehöre zum Kohlekompromiss, dass es das moderne BoA Plus-Kraftwerk im Rheinischen Revier nicht geben wird.

Donnerstag, 21. Februar 2019

05:42 Uhr „RIP Dirk“ Symbolisches Grab im Hambacher Forst als Drohung gegen Polizeipräsidenten

Eine Grube mitten im Hambacher Forst, davor ein Kreuz mit der Inschrift „R.I.P. Dirk“: Durch dieses symbolische Grab fühlte sich der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach persönlich angegriffen. Auch die Staatsanwaltschaft sah den Anfangsverdacht der Bedrohung - hat das Verfahren jetzt aber eingestellt.

Die Aachener Polizei hatte das symbolische Grab nach Angaben eines Sprechers im Januar während eines Aufklärungseinsatzes entdeckt und fotografiert. Polizeipräsident Weinspach hatte danach gesagt: „Hier wird die Auseinandersetzung in einer Schärfe personalisiert, wie ich sie sonst nur im Rechtsextremismus erlebt habe.“ Seine Behörde leitete den Fall zur Prüfung an die Staatsanwaltschaft Aachen weiter.

„Die Ermittlungen bestätigten einen Anfangsverdacht der Bedrohung gegen den Polizeipräsidenten“, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Jost Schützeberg, der Deutschen Presse-Agentur. Inzwischen sei das Verfahren (Az. 4 UJs 6/19) aber eingestellt worden, da kein Täter habe ermittelt werden können. Grab und Kreuz seien nach Erkenntnissen der Polizei inzwischen wieder verschwunden, sagte Schützeberg.



Das symbolische Grab im Hambacher Forst. Foto dpa

Aus Kreisen der Waldbesetzer hieß es, das Loch sei nicht als symbolisches Grab angelegt worden. Vielmehr habe man darin Sachen lagern wollen. Das Kreuz habe dann jemand „aus Spaß“ davorgestellt. Das Loch sei wieder zugeschüttet worden, nachdem es nicht mehr gebraucht worden sei.

Mittwoch, 27. Februar 2019

06:00 Uhr Im Ekelener Stadtgebiet geht die Umsiedlung unvermindert voran

Während Umweltverbände und Bürgerinitiativen aufgrund eines voraussichtlich vorgezogenen Kohleausstiegs darauf

drängen, die Umsiedlungen am Tagebau Garzweiler zu stoppen, feiert RWE mit einigen der Bewohner ein Umsiedlungsfest am neuen Standort für Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich und Berverath.

„An den Gründen der Umsiedlung hat sich nichts geändert. Die Kohle unter den Umsiedlungsorten wird ab 2023 abgebaut. Die Umsiedlung im Stadtgebiet um Erkelenz geht daher wie geplant weiter“, betonte Erik Schöddert, Leiter des Bereichs Umsiedlung bei RWE Power, bei dieser Gelegenheit.



Noch macht der Ort Keyenberg einen intakten Eindruck. Er soll allerdings bis 2023 komplett umgesiedelt sein.
Foto Manfred Funken

Rund 300 Umsiedler folgten in der vergangenen Woche der Einladung des Unternehmens. Die meisten von ihnen hätten sich, so RWE in einer Pressemitteilung, bereits früh für eine gemeinsame Umsiedlung entschieden.

An Lageplänen im Festzelt und an den regen Bautätigkeiten in Sichtweite konnten sie sich davon überzeugen, dass der neue

Standort bereits Formen annimmt. Erschließungsstraßen geben dem Baugebiet eine klare Struktur, 70 Rohbauten und einige bereits fertiggestellte Häuser zeugen von Bewegung im neuen Ort.

Nur noch wenige Neubauparzellen frei

30 Familien sind bereits in ihre neuen Häuser eingezogen. Auf den Reservierungsplänen sind nur noch wenige Parzellen frei, die meisten sind vorgemerkt oder verkauft.

70 bis 80 Prozent der Leute hätten eine Vereinbarung mit RWE getroffen, sagt der Erkelenzer Bürgermeister Peter Jansen. Viele der rund 500 Häuser in Keyenberg-neu seien bereits im Bau. „Deshalb kommen die heutigen Überlegungen viel zu spät. Selbst wenn es eine Chance gäbe, die fünf Ortschaften zu erhalten, wären es nicht mehr dieselben Dorfgemeinschaften. Die Strukturen sind zerstört.“

Von den Familien, die bereits ihren Rohbau entstehen sähen, oder auch nur einen Vertrag mit RWE hätten, sei keiner bereit zur Rückabwicklung, weiß Jansen aus vielen Gesprächen. „Die Leute sagen: »Das Dorf bilden die Menschen, nicht die Häuser.«“

Die Zukunft liege in der gemeinsamen Umsiedlung. „Nur 20 bis 30 Leute nutzen die mediale Aufmerksamkeit und sagen jetzt, sie bleiben bis zum Schluss in ihren Häusern. „Der Kampf

ist ehrenwert, wir als Stadt haben auch immer gegen den Tagebau gekämpft, aber es ist jetzt zu spät.“



Haus Keyenberg wurde als befestigter Herrenhof urkundlich erstmals 893 erwähnt. Foto:Manfred Funken

Widerspruch aus dem Ort

Das sieht Ingo Bajerke anders. Ja, es seien nur 20 bis 30 Leute, die offen sagten, dass sie um jeden Preis bleiben wollten. Viele andere dächten ebenso, trauten sich aber nicht, den Mund aufzumachen. Außerdem sei die geschlossene Umsiedlung „ein frommes Märchen“. Einige seien schon weggezogen aus der Region oder in die Nachbarstädte abgewandert.

Bajerke will zumindest darum kämpfen, dass aus dem alten Ort mehr gerettet wird als bisher mit RWE vereinbart. Die Kirche in Keyenburg weise eine 1300-jährige Geschichte auf. Sie

berge Kunstschätze, die in der kleinen Kapelle in Keyenberg-Neu nicht unterzubringen seien.

Es hänge von Verhandlungen der katholischen Kirche ab, ob der alte Ort erhaltenswert bleibe. „Wenn das Gotteshaus zerstört wird, gehe ich auch“, sagt Bajerke.



Die alte Kirche in Keyenberg birgt wertvolle Schätze. Foto Manfred Funken

2023 soll der Ort menschenleer und die Kirche abgebrochen sein. „Wenn wir nicht wenigstens ein paar Schätze aus der Kirche retten können, wird Keyenberg-Neu ein seelenloses Dorf

sein“, prophezeit Bajerke. „Das verschweigt RWE bei den Bauherrenfesten.“

Bajerke ist Mitorganisator von Treffen in Keyenberg nach dem Vorbild der Waldspaziergänge im Hambacher Forst. Im Stillen hofft er, dass die Dörfer noch zu retten sind. Auch wenn er weiß, dass viele der alten Häuser dann an Fremde verkauft werden müssten.

Mittwoch, 06. März 2019

07:30 Uhr Firma Tip Top aus Elsdorf stellt Förderbänder für RWE-Tagebau her

Jeder, der schon mal einen Plattfuß am Fahrrad hatte, wird das rot-schwarze Firmenlogo kennen, denn das Flickzeug im grünen Kästchen in der Satteltasche stammt meist von Tip Top. Die Stahlhändler-Gebrüder Gruber haben den Flicker samt Gummikleber 1937 erfunden und fanden es tip top, womit der Firmenname gefunden war. Gummi ist das Hauptgeschäft des Unternehmens geblieben. Im Revier ist das Unternehmen für Reparatur und Wartung von Förderbändern im Tagebau zuständig.

Allein in Hambach laufen 100 Kilometer Förderbänder über die Sohlen, transportieren Kohle und Abraum und ersetzen damit unzählige Lkw-Fahrten. „Flicker ist Kaltkleben. Wir kleben die Bahnen unter Hitze zusammen, das nennt man Vulkanisieren“, erläutert Tip-Top-Disponent Ali Yildirim (44), der die Arbeiten im Tagebau Hambach koordiniert.



Förderbänder führen von der Baggerschaufel durch den Beiwagen zum Bandknotenpunkt und von dort zum Absetzer auf der Kippenseite. Foto Dietmar Fratz

Ein Band ist meist 2,65 Meter breit, 32 Millimeter dick und das Gummi umhüllt 167 knapp zehn Millimeter dicke Stahlseile. Und da jedes Band nur etwa 300 Meter lang ist, weil mehr als 40 Tonnen nicht transportabel sind, müssen die Stücke an Ort und Stelle zusammengefügt werden. Dazu werden die Stahlseile in achtstündiger Handarbeit auf über einem Meter freigelegt.

In einer Presse, die mit 140 Grad Hitze und zehn Bar Wasserdruck um die Verbindungsstelle gelegt wird, werden die Enden nahezu nahtlos in eine Gummimatte eingeschweißt. Weil der Bagger in der Zeit stillstehen muss, müssen Reparatur und Austausch nach Verschleiß – kurze Bänder halten oft nur drei Monate, lange bis zu vier Jahre – schnell gehen.

Daher arbeiten die gelernten Vulkaniseure von Tip Top in drei Schichten und an sieben Tagen rund um die Uhr. Das Auswechseln eines Gurtabschnitts gelingt so innerhalb von vier

Schichten an gut einem Tag. Tip Top, das nach eigenen Angaben Sitze in vielen Teilen der Welt unterhält, ist das einzige Unternehmen, das von RWE in Hambach, Garzweiler und Inden für die Förderbänder tätig ist. Am 1960 eingerichteten Standort Elsdorf-Desdorf, wo die abgewetzten Bänder regeneriert (aufbereitet) werden, arbeiten 147 Mitarbeiter.



167 Stahlseile tragen ein durchschnittlich 2,65 Meter breites und 32 Millimeter dickes Förderband, wie Ali Yildirim (links) erklärt. Foto Dietmar Fratz

Yildirim zieht die Stirn in Falten, wenn er an die Zukunft denkt. „Was kommt in drei, vier Jahren?“, fragt er sich. Die jüngsten Mitarbeiter sind gerade mal 24 Jahre alt, wie er sagt. Er sieht den Standort gefährdet, wenn der Tagebau nicht weitergeführt würde. Sein Chef, Prokurist Manfred Kiel, bleibt gelassen.

Es werde „Beeinträchtigungen“ geben, wenn auch erst später, denn auch nach dem Ende der Auskohlung müssten große

Erdmassen bewegt werden. Die Verkleinerung des Standorts könne weitgehend über Altersregelungen funktionieren. „Für junge Mitarbeiter wird es schon schwierig“, räumt er aber ein. Wegen zahlreicher anderer Standbeine sei von einer Schließung Desdorfs jedoch nicht auszugehen.



„Ohne RWE geht es für uns nicht weiter“

Ähnlich sieht es Klaus Jacobs, Mitinhaber in dritter Generation des gleichnamigen Straßenbauunternehmens in Bergheim-Zievorich. Sein Betrieb mit 50 Mitarbeitern arbeitet zu zehn Prozent direkt für RWE. Die indirekten Aufträge sind weit höher, „etwa durch Wohn- und Industriegebiete, bei denen RWE zu den Initiatoren gehört“. Er werde Entlassungen zu verhindern versuchen, indem er die Akquise verstärke und weiter entfernt liegende Aufträge annehme. „Der Wettbewerb wird dann enger“, fürchtet er.

Peter Mödder transportiert Geräte und Schüttgut für die RWE-Tochter BoWa. „Ohne RWE geht es für uns nicht weiter“, ist er sicher. Er schöpft 40 Prozent Auftragsvolumen aus dem Tagebau und die gleiche Menge aus indirekten Aufträgen, die er mit 35 Mitarbeitern und 30 Lastwagen von Elsdorf aus erledigt. Ausweichmöglichkeiten sieht er, auch wegen der Konkurrenz osteuropäischer Spediteure, kaum.



In drei Schichten meist an sieben Tagen in der Woche werden im Tagebau Hambach Förderbänder repariert oder ausgetauscht. Foto: Dietmar Fratz

Thorsten Zimmermann, Leiter der Bergheimer IHK-Geschäftsstelle, rät den auf RWE-Aufträge gestützten Unternehmen sich schon jetzt breiter aufzustellen, da „die Wertschöpfungskette rund um die Braunkohle nicht von heute auf morgen ersetzt werden kann“. Tip Top wird noch einige Jahre Förderbänder im Tagebau warten, und hat neben anderen Arbeitsfeldern auch immer noch den guten alten Fahrrad flicken im Portfolio.

Sonntag, 10. März 2019

08:00 Uhr Auch wenn Hambacher Forst bleibt – RWE muss Giftmülldeponie in Manheimer Wald sanieren

Seit Monaten wird darüber diskutiert, was mit der Giftmülldeponie auf dem ehemaligen Edelhoff-Gelände im Manheimer Bürgerwald geschieht, wenn der Hambacher Forst erhalten bleibt. Jetzt hat die Landesregierung klargestellt, dass sie davon ausgeht, dass RWE als Grundstückseigentümerin für die Beseitigung der Altlast Sorge zu tragen hat.

Der Bedburger SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg hatte sich Anfang Februar mit einer kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt. Jetzt hat ihm Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart geantwortet. Demnach ist im Mai vergangenen Jahres damit begonnen worden, die Altlast im Zuge der Rodungsvorbereitungen zu beseitigen. Im September seien die Arbeiten unterbrochen und bisher witterungsbedingt nicht wieder aufgenommen worden.

RWE: „Werden unseren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen.“

Pinkwart stellt in der Antwort klar, dass auch bei einem Erhalt des Hambacher Forstes, auf dessen Gebiet die Altlast liegt, RWE als Grundstückseigentümer verpflichtet sei, „den Boden und Altlasten sowie durch schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten verursachte Verunreinigungen von Gewässern so zu sanieren, dass dauerhaft keine Gefahren, erheblichen Nachteile oder erheblichen Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen“. „Dann werden wir das machen“, sagt

Guido Steffen von der RWE-Power-Pressestelle. „Natürlich werden wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen.“



Auf einer Fläche von fünf Hektar und bis zu 25 Meter tief ist die ehemalige Deponie verunreinigt.
Foto: Wilfried Meisen

Im Hambacher Forst liegt die ehemalige Müllkippe der Firma Edelhoff, die dort Altöle und Emulsionen aufbereitet hatte. Das Erdreich ist auf einer Fläche von fünf Hektar und bis zu 25 Meter tief mit Polychlorierten Biphenylen (PCB), Polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) sowie leicht flüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) verunreinigt. 6000 Tonnen Erde müssen abgefahren werden. Laut Landesregierung sind etwa 50 Prozent der Arbeiten erledigt.

Montag, 11. März 2019

12:45 Uhr Klimaaktivisten kündigen Massenblockade von Tagebauen an

Klimaaktivisten wollen im Juni mit Massenblockaden von Tagebauen im Rheinischen Revier ihre Forderung nach einem sofortigen Kohleausstieg untermauern. Der von der Kohlekommission empfohlene Ausstieg bis zum Jahr 2038 komme zu

spät, sagte die Sprecherin des Aktionsbündnisses Ende Gelände, Kathrin Henneberger, am Montag. „Mit dem Ergebnis der Kohlekommission rasen wir weiter ungebremst auf eine Welt vier bis sechs Grad heißer zu.“

Zu der groß angelegten Aktion vom 19. bis 24. Juni würden Tausende Klimaaktivisten aus ganz Europa erwartet. Als größte Kohlendioxid-Quelle Europas bedrohe das rheinische Braunkohlerevier ganze Inselstaaten und Küstenregionen im globalen Süden, kritisierte das Bündnis.



Maschinen im Tagebau Hambach. Foto Getty Images

Bei den letzten Aktionen für einen sofortigen Kohleausstieg im Oktober hatte Ende Gelände mit Tausenden Aktivisten über einen Tag lang den Kohlenachschub aus dem Tagebau Hambach für die Kraftwerke abgeschnitten. Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet waren im Einsatz.

Dienstag, 12. März 2019

14:30 Uhr RWE lehnt Vergleich im Hambacher-Forst-Verfahren ab

In einem Gerichtsverfahren um die Zukunft des Hambacher Forsts hat der Energiekonzern RWE einen Vergleich abgelehnt. Deshalb werde das Verwaltungsgericht Köln jetzt in der Sache entscheiden, kündigte der Vorsitzende Richter Holger Maurer am Dienstag in einer Verhandlung an. Das Gericht hatte unter anderem vorgeschlagen, RWE solle sich bereiterklären, bis Ende 2020 keine Rodungen zum Braunkohleabbau mehr im Hambacher Forst auszuführen.

Da RWE bereits öffentlich zugesagt habe, bis Ende September 2020 nicht zu roden, blieben nur noch die drei Monate Oktober bis Dezember 2020, sagte Maurer. Über die Zeit ab 2021 geht es in dem laufenden Verfahren nicht mehr. Im Gegenzug sollte der Umweltschutzverband BUND seine Klagen zurückziehen.

Mittwoch, 13. März 2019

17:55 Uhr POL-AC: Polizei verschafft sich Überblick über den Zustand im Hambacher Forst; vorläufige Festnahme einer Person



Auch wenn derzeit keine Rodungs- oder Räumungsmaßnahmen im Hambacher Forst anstehen, überprüft die Aachener Polizei auch weiterhin den dortigen Zustand. Aus diesem Grund fand heute Vormittag in der Zeit von ca. 9 Uhr bis 13.45 Uhr eine erneute Waldbegehung statt. Dabei stellten die Beamten einige Gegenstände im Wald fest, die nachweislich aus RWE-Eigentum stammen (Feuerlöscher/Pumpenschieber). Als eine Störer

Gruppe versuchte, wieder in den Besitz dieser Gegenstände zu kommen, musste eine Person vorläufig festgenommen werden.

Im Rahmen der Waldbegehung wurde festgestellt, dass auch weiterhin Bauten in den Bäumen und im Wald errichtet werden. An diesen Holzkonstruktionen wurden an diversen Stellen offensichtlich mit frischen Schnittkanten versehene Holzstämme verbaut. Im Wald stellten die Behördenvertreter an verschiedenen Stellen insgesamt etwa 50 Baumstümpfe frisch geschlagener Bäume fest. Eine Überprüfung ergab, dass es sich nicht um das Ergebnis von Fällarbeiten durch oder im Auftrag der RWE Power AG handelt. Die RWE Power AG wird Strafanzeige stellen.

Donnerstag, 14. März 2019

14:30 Uhr Aktivisten bauen neue Baumhäuser – mit Stämmen aus dem Wald

Ein Foto der Aachener Polizei, das frische Baumstümpfe im Hambacher Forst zeigt, sorgte am Donnerstag für Aufregung. Aachener Polizeibeamte hatten das Foto bei einer Begehung am Mittwoch geschossen und zugleich festgestellt, dass Braunkohlegegner im Forst wieder neue Baumhäuser bauen – mit frisch geschlagenen Baumstämmen. Den Verdacht, dass die Naturschützer für ihre Baumbesetzungen in dem symbolträchtigen Wald genau die Bäume fällen, die sie selbst vorgeben zu schützen, weisen diese aber von sich.

„Wir fällen keine gesunden Bäume und legen großen Wert darauf, dass keine Bäume von uns beschädigt werden“, sagt ein Aktivist, der sich „Mulei“ nennt, dieser Zeitung. So würden die Baumhäuser lediglich mit Seilen an den sie tragenden Bäume

befestigt. Bei den Stämmen, die sie benutzen, handele es sich um Holz abgestorbener Bäume oder Bruchholz, das in einem der Stürme der vergangenen Tage umgestürzt sei.



Das Foto der Polizei zeigt gefällte Baumstämme im Hambacher Forst. Trotz des derzeitigen Rodungsstopps sind im Hambacher Forst in jüngster Zeit einige Bäume gefällt worden - nach Angaben der Aachener Polizei jedoch nicht von RWE. Foto Polizei Aachen/dpa

RWE bestehe trotzdem auf die Strafanzeige, betonte Sprecher Guido Steffen. „Diese Leute haben im Wald nichts zu suchen und es sind unsere Bäume“, sagte er. Zudem sei das Fällen gefährlich und sollte nur von Fachleuten vorgenommen werden.

Freitag, 15. März 2019

06:00 Uhr Kommentar zur Situation im Hambacher Forst „Raus aus dem Wald!“

Verstörend wirken die Bilder neu gebauter Baumhäuser im Hambacher Forst schon. Allein aus vom Wind gefällten Bäumen und herangeschafftem Material wollen die Besetzer diese gebaut haben. Ob das die Wahrheit ist, dafür gibt es bislang wohl keine Beweise.

Vielleicht haben die Aktivisten ihre Aktivitäten mit umgefallenen Bäumen ja per Videos und Fotos dokumentiert, damit keine Zweifel bleiben. Alles andere wäre natürlich ein absolutes Fiasco für die Besetzerszene und ihre Sympathisanten.

Aufflammender Streit ist überflüssig

Wer Bäume fällen würde, für deren Erhalt man eigentlich mit legalen und illegalen Mitteln und auch mit harten Bandagen kämpft, der hätte jede Glaubwürdigkeit nachhaltig verloren.

Der nun aufflammende Streit über neue Baumhäuser und Materialbeschaffung, über Begehungen der Behörden und drohenden Räumungen ist eigentlich völlig überflüssig – wenn die Baumbesetzer dem Wald endlich seine Ruhe gönnen würden.

Hambacher Forst ist ein Symbol des Widerstandes



Baumhaus mit gefällten Bäumen aus dem Hambacher Forst. Foto: Wilfried Meisen

Zehntausende Klimaschützer haben mit ihren Protestaktionen gegen die Braunkohleverstromung dafür gesorgt, dass der Hambacher Forst ein Symbol des Widerstandes geworden ist. Die Kohlekommission wünscht, dass der Wald stehen bleibt, die Landesregierung ebenso, und RWE scheint auf diesen Wink mit dem Zaunpfahl einzuschwenken.

Also raus aus dem Wald! Die Fledermäuse haben das Geschrei und Geholze, von wem auch immer, bestimmt längst satt.

Donnerstag, 21. März 2019

06:00 Uhr Kosten für Hambacher Forst gehen laut RWE in die Milliarden

Nach Einschätzung des Energiekonzerns RWE würde der Erhalt des umkämpften Hambacher Forsts im Rheinischen Revier Milliarden kosten. Sollte der Wald erhalten bleiben, müssten komplexe Fragen zu Standsicherung der Böschungen, Abraum, Wasserwirtschaft und der Nutzung nach Ende des Tagebaus neu geklärt werden, sagte RWE-Vorstand Lars Kulik am Mittwoch in Erkelenz.

So könne beispielsweise der geplante Restsee nicht an der geplanten Stelle liegen. „Ich geh mal davon aus, dass wir in die Milliarden reinkommen“, sagte Kulik auf die Frage, was der Erhalt des Waldes kosten würde. Der Konzern prüfe weiterhin, ob der Erhalt des Waldes bergtechnisch überhaupt möglich sei. Umweltverbände bejahen dies.

RWE wollte den Wald roden, um die darunter liegende Braunkohle zu fördern. RWE spricht von 200 Hektar, Umweltverbände von 500 Hektar verbliebenem Wald. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hatte es als wünschenswert bezeichnet, den Hambacher Forst zu erhalten. Der Wald am Tagebau Hambach ist zum Symbol des Widerstands von Umweltschützern gegen die Braunkohleverstromung geworden.

Wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen, müsse man entscheiden, sagte Kulik: „Am Ende kommt die Frage, was kostet das denn mehr, und dann muss man die Entscheidung fällen: Ist es denn überhaupt richtig, den Hambacher Forst stehen zu lassen.“

Ganz unabhängig vom Hambacher Forst würden die laufenden Umsiedlungen am Tagebau Garzweiler planmäßig und vollständig durchgeführt, sagte Kulik. Der Tagebau Garzweiler werde wie geplant bis zum Ende ausgekohlt. Menschen in den betroffenen Dörfern hatten gehofft, dass mit der Empfehlung der Kohlekommission zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 die laufenden Umsiedlungen gestoppt werden könnten.

12:10 Uhr Sternmarsch nach Keyenberg

Anwohner in dem Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ rufen für Samstag zu dem Sternmarsch gegen die anstehende Zerstörung der fünf Dörfer am Tagebau Garzweiler auf. Nach Polizeiangaben werden knapp 4000 Teilnehmer erwartet. Initiativen-Mitglied Barbara Ziemann-Oberherr aus dem betroffenen

Keyenberg stellte fest: „Es kann nicht sein, dass trotz des Klimawandels immer noch Orte für die Kohle abgebaggert werden (...) Wir rufen die Menschen auf, sich mit uns schützend vor die Häuser zu stellen.“ RWE hat nach eigenen Angaben bereits 60 Prozent der Anwesen in den fünf Orten gekauft über weitere 15 Prozent werde verhandelt.



Das Dörfchen Keyenberg soll umgesiedelt werden. Foto: Martina Goyert

Umweltorganisationen wie der BUND, Greenpeace und Klima-Allianz forderten von der Bundesregierung, schnell für die Abschaltung von drei Gigawatt Braunkohlekapazitäten in Neurath und Niederaußem zu sorgen. Die NRW-Landesregierung müsse im zweiten Schritt die Tagebauplanung so ändern, dass die Dörfer Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich und Berverath am Tagebau Garzweiler erhalten werden.

Samstag. 23. März 2019

10:26 Uhr Ein Riss spaltet die Dorfgemeinschaft in Keyenberg

In der Stube in der ersten Etage hat Barbara Oberherr ihr Demo-Büro eingerichtet. Auf einer Holztafel liegen Plakate, Flyer,

Ordner-Bändchen und Dutzende gelbe Schilder mit den Namen der Orte, die nach den Plänen von RWE in spätestens sieben Jahren im großen Loch verschwinden sollen: Keyenberg, Ober- und Unterwestrich, Berverath und Kuckum – Dörfer mit einst 1500 Einwohnern. Oberherr, eine quirlige Frau, 55 Jahre, weinrotes Hemd, will nicht weichen. „Viele Menschen hier wollen nicht weg. Und dafür gehen wir auf die Straße.“



Bewohner in Keyenberg haben aus Protest gegen den Verlust ihrer Heimat Schilder aufgestellt.
Foto picture-alliance / dpa

Mit 14 anderen Betroffenen hat die 58-Jährige den Sternmarsch organisiert, der am Samstagnachmittag durch die von der Umsiedlung betroffenen Dörfer um den Tagebau Garzweiler II laufen soll. Seit dem vergangenen Oktober haben sie sich regelmäßig im Hause Oberherr getroffen, zuletzt einmal die Woche, haben mit Edding Routen gemalt und ein Programm gestaltet. Am Ende wird es Musik und eine Kundgebung in Keyenberg geben. Die Bühne soll zwischen Ortsgrenze und Grabungskante stehen.

Polizei erwartet 4000 Teilnehmer

Die Botschaft an den Energiekonzern: Bis hierhin und nicht weiter. Etwa 4000 Teilnehmer erwartet die Polizei. Insgeheim aber hoffen die Organisatoren der Initiative „Alle Dörfer sollen bleiben“ auf den „Hambi-Effekt“. Dass ihr Anliegen weit über die Grenzen des Rheinischen Reviers getragen wird. Auch sie wollen, dass ihre Dörfer zum Symbol werden. Für den Klimaschutz, aber auch dafür, dass man sich nicht aus seiner Heimat vertreiben lässt für einen fossilen Brennstoff, der von „vorgestern“ ist, wie Oberherr sagt.

Der Glaube an einen Verbleib der Dörfer, deren Schicksal RWE schon vor Jahren besiegelte, hat durch den Kohlekompromiss noch einmal Kraft gewonnen. Obwohl es einen Grund zur Hoffnung eigentlich nicht gibt. Der Erhalt des Hambachers Forsts sei „wünschenswert“ steht im Papier der Kommission. Den Dörfern widmete das Gremium eine weitaus nüchternere Formulierung. Die Landesregierung wird gebeten, „mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog um die Umsiedlungen zu treten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden“.

Ein breiter Spalt in der Dorfgemeinschaft

Die psychische Belastung durch die seit Jahrzehnten drohende Umsiedlung, aber auch die Ungewissheit durch die aufkeimende Hoffnung hat einen breiten Spalt durch die Dorfgemeinschaften gerissen. Es herrscht Unfriede zwischen denen, die bleiben und denen, die an RWE verkaufen wollen oder bereits verkauft haben und das Kapitel endlich schließen möchten.



Die Kirche von Keyenberg Foto: picture alliance/dpa

Am Donnerstag vor einer Woche hatte die Landesplanungsbehörde zur Diskussion in die Mehrzweckhalle eingeladen. Die Presse war ausgeschlossen, aber Teilnehmer beider Seiten berichten, dass „ordentlich die Fetzen flogen“. Seitdem sei klar: Es gibt keinen Konsens zum Erhalt und keine klare Verteilung von Gut und Böse.

„Keyenberg ist wie ein Leichnam“

Bernd Pieper, 56 Jahre, ist in Keyenberg geboren und aufgewachsen, hat mit eigenen Händen sein Haus gebaut, seine beiden Kinder hier großgezogen. Der Monteur für Rollläden ist Mitglied im Karnevalsverein, bei der freiwilligen Feuerwehr, in der Schützenbruderschaft St. Sebastianus, gegründet 1449. Das diesjährige Schützenfest wird nach 570 Jahren das letzte sein. Danach muss in Keyenberg-neu die Tradition erst wieder

wachsen. Ein wenig fürchtet er sich davor. „Es wird tränenreich, das weiß ich jetzt schon“, sagt Pieper, der im Juni in den neuen Ort ziehen wird, den RWE für die Menschen am Reißbrett entworfen hat.



Haus Keyenberg wurde als befestigter Herrenhof urkundlich erstmals 893 erwähnt. Foto Manfred Funken

Und doch will Pieper, dass die Geschichte Keyenbergs jetzt endet. Nichts mehr an diesem Ort sei lebenswert: Baulärm, Schmutz, leerstehende Häuser. Vor zehn Jahren noch hätte er sich dem Widerstand angeschlossen, jetzt sei es zu spät. „Keyenberg ist wie ein Leichnam. Die Hülle gibt es noch, aber die Seele ist längst weg.“

„Sie wollen uns zermürben, uns die Lebensqualität nehmen“

Die Umsiedlungsgegner sind davon überzeugt, dass RWE den Riss bewusst befördert. Nachdem sich die Kohlekommission 2018 konstituierte, hätte der Konzern seine Grabungsstrategie geändert, sagt Norbert Winzen, Eigentümer eines Vierkanthofs, in dem drei Generationen leben. Bis dahin hätten sich die Bagger auf das weitestgehend geräumte Immerath zubewegt. Dann aber hätten die Schaufeln ihre Richtung geändert, seitdem nagen sie sich gen Keyenberg.

Pumpstationen würden neben Gärten errichtet, um dem Boden für die Kohleförderung das Grundwasser zu entziehen. Auch samstags würden sie nicht stoppen. Strahler machten die Nacht zum Tage. „Sie wollen uns zermürben, uns die Lebensqualität nehmen. Das gehört zur Strategie“, sagt Winzen, der sich im Widerstand engagiert.

RWE weist Vorwürfe von Anwohnern zurück

Einige sagen, wer nicht verkaufen wolle, würde von den RWE-Beratern unter Druck gesetzt. Patzig würden sie den Widerwilligen begegnen. Auch wirtschaftlich habe RWE die Daumenschrauben angezogen. Die Entschädigungen für die Häuser seien in manchen Fällen deutlich gesunken, berichten Betroffene, die Baukosten in den neuen Dörfern dagegen hätten angezogen.

Auf Anfrage weist RWE die Vorwürfe entschieden zurück. Die Entschädigungspraxis habe sich nicht geändert, die Grundfaktoren seien vertraglich festgelegt, sagt Konzernsprecher Guido

Steffen. Tatsächlich habe sich die Nachfrage nach Verkaufsgesprächen erhöht, das Beraterteam sei deshalb aufgestockt worden.

60 Prozent der Anwesen verkauft

Am Donnerstag erst lieferte RWE eine neue Zwischenbilanz. Demnach hat der Konzern fast 60 Prozent der Anwesen in den Orten gekauft, weitere 15 Prozent würden derzeit verhandelt. Nicht RWE, sondern die Gegner würden die Unruhe bringen. Die Realität sei weiter fortgeschritten, als die Bürgerinitiative das wahrhaben wolle. „Wer jetzt die Hoffnung nährt, die Dörfer könnten erhalten bleiben, der macht das auf Kosten jener, die umsiedeln wollen“, sagt Steffen. „Auf diese Weise wird der soziale Friede aufs Spiel gesetzt. Das ist verantwortungslos.“

Barbara Oberherr hofft, dass die Forderungen der Klimaschützer bei den Friday-for-Future-Demonstrationen genug Dynamik entwickeln, um auch die Regierung von einer radikalen Wende in der Energiepolitik überzeugen, bevor das Loch die Dörfer verschluckt.

Der Glaube an die Restchance

Armin Laschet lässt sich alle Türen offen. Wie von der Kommission empfohlen, werde er den Dialog mit den Anwohnern intensivieren und versuchen, einen größeren Abstand zwischen Tagebau und Dörfern zu erwirken, sagte er im Februar im Landtag. Hoffnung auf den Erhalt der Orte will er indes nicht wecken. Es herrsche Einigkeit darüber, dass das Angebot der

„gemeinsamen Umsiedlungen“ als wesentlicher Teil des Konzeptes der Sozialverträglichkeit „unverändert aufrechterhalten werden muss und wird“, schreibt die Staatskanzlei auf Anfrage. Und doch glaubt Oberherr an eine Restchance. „Wir alle haben die Studien gelesen und sind überzeugt, dass RWE die Braunkohle, die unter uns liegt, nicht zwingend braucht.“ Bernd Pieper wird am Samstag ebenfalls demonstrieren – inoffiziell. Er hat Plakate gemalt, die er an seine Hauswand hängen will. Darauf steht: „Nein zum Umsiedlungsstopp. Ja zur Dorfgemeinschaft.“ Er will, dass sein Haus unwiederbringlich im Loch verschwindet. „Alles andere könnte ich nicht ertragen.“

Montag, 25. März 2019

09:45 Uhr RWE räumt Müll aus Hambacher Forst



Hambacher Forst. Foto dpa

Mit Unterstützung der Polizei hat der Energiekonzern RWE am Montagmorgen mit einer Aufräumaktion im Hambacher Forst begonnen. Abfälle und Materialien sollten aus dem Wald

geschafft werden, sagte eine Polizeisprecherin. Die Beamten seien im Einsatz, um die RWE-Mitarbeiter zu schützen.

Baumhäuser der Aktivisten, die den Wald besetzt halten, würden nicht geräumt, hieß es. Die Arbeiten sollten bis zum Mittag abgeschlossen sein, sagte ein Konzernsprecher.

Zudem kontrollierten Polizisten eine Mahnwache am Hambacher Forst. Es werde geprüft, ob die Auflagen wie das Vermummungsverbot eingehalten werden, sagte die Polizeisprecherin.

12:35 Uhr Tausende protestieren gegen Umsiedlung – Viele Bewohner wollen aber umziehen

Keyenberg hat keine Chance an diesem Samstagnachmittag. Zu Fuß und auf Fahrrädern strömen die Kämpferinnen und Kämpfer für den Klima- und Heimatschutz zu Tausenden aus allen Himmelsrichtungen mit bunten Fahnen und Transparenten herbei, um das Dorf, das in spätestens vier Jahren endgültig dem RWE-Braunkohlentagebau Garzweiler weichen soll, nach einem geschickt ausgeklügelten Marschplan in Beschlag zu nehmen. Widerstand ist zwecklos; die Zahl der Auswärtigen übersteigt die der rund 700 verbliebenen Einwohner bei weitem.

Aber keine Angst, die Marschierer kommen in friedlicher und subjektiv guter Mission: Im letzten Moment wollen sie die von Osten herannahenden Schaufelradbagger, die am Horizont schon zu sehen sind, noch stoppen, um das mehr als 1000 Jahre alte Keyenberg und vier bedrohte Nachbardörfer zu retten.



2000 bis 3000 Demonstranten nahmen an der Kundgebung in Keyenberg teil. Foto: Joachim Röhrig

Mehrheit der Bewohner von Keyenberg hat sich mit RWE geeinigt

Dass die Mehrheit der Bewohner sich mit RWE schon auf eine Umsiedlung ins neue Gemeinschaftsdorf Erkelenz-Nord geeinigt hat und anscheinend eigentlich gar nicht mehr gerettet werden will, spielt am Aktionstag nur eine untergeordnete Rolle. „Aus Rücksichtnahme auf die Bevölkerung“ hat man die Hauptkundgebung aber auf eine Straßenkreuzung vor dem Ortsrand verlegt und bittet mit Lautsprecherdurchsagen mehrfach darum, die Leute im Dorf nicht aufdringlich zu behelligen.

„Wer das Angebot von RWE annehmen möchte und gehen will, der soll auch gehen dürfen. Wir wollen da niemandem irgendwelche Vorschriften oder Vorwürfe machen“, betont Sabine Hollax vom Aktionsbündnis „Alle Dörfer bleiben“. Aber es gebe eben nach wie vor auch noch viele, die ihre Heimat nicht verlassen möchten. Für und mit diesen Menschen kämpfe man,

und natürlich für einen schnellen Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle.

Gelbes X ist Zeichen der Widerstandsbewegung in Keyenberg



Mit gelben Kreuzen, Grabsteinen und trotzigen Parolen unterstrichen die Teilnehmer ihren Protest.

Foto Joachim Röhrig

Dass Keyenberg in dieser Schicksalsfrage gespalten ist, spürt man an diesem Tag deutlich. Manche Einwohner haben die Rollläden heruntergelassen und lassen sich nicht blicken. Einige betrachten das Treiben auf der Dorfstraße kopfschüttelnd und sichtlich schlecht gelaunt aus dem Fenstern. Ein Mann übt vom Logenplatz im Obergeschoss seines Hauses in der Borschemicher Straße aus permanent das Vogel-Zeigen und die Scheibenwischer-Geste, als der Demonstrationzug vorbeigeht. „Man soll uns doch endlich in Ruhe lassen. Vor zehn oder 20

Jahren hätte das alles vielleicht was gebracht“, knurrt ein älterer Herr, „jetzt ist es zu spät. Die meisten hier haben sich damit längst abgefunden und machen neue Pläne.“

Aber eben nicht alle: Nicht wenige Häuser sind mit dem gelben X, dem Zeichen der Widerstandsbewegung, geschmückt. Bäcker Laumanns hat in einer Sonderschicht süße Leckereien für die Marschierer gebacken. Der Ponyhof am Ortseingang ist zur Verpflegungsstation geworden; in der Reithalle dokumentiert eine Ausstellung die Geschichte der Vertreibungen, und ein paar Meter weiter hat ein Einwohner seinen Garten in einen mahnenden „Friedhof der zerstörten Dörfer“ verwandelt. Dutzende Kreuze sind zu sehen, zudem einige optisch trotzig hervorgehobene Ortsschilder: „Keyenberg bleibt! Berverath bleibt! Kuckum bleibt!“

Protest vom Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ geplant

Begonnen hatte der vom Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ geplante und von zahlreichen lokalen und überregionalen Initiativen unterstützte Sternmarsch schon am Vormittag. Von Hochneukirch, Wanlo, Erkelenz-Mitte, Holzweiler, Kerpen-Horrem und vier weiteren Startpunkten aus machten sich stattliche Gruppen mit meist jeweils mehreren Hundert Teilnehmern auf den Weg nach Keyenberg. Dort fanden sich nach Veranstalterangaben in der Spitzenzeit rund 3000, nach Polizeischätzungen knapp 2000 Demonstranten ein.



Mit gelben Kreuzen, Grabsteinen und trotzigen Parolen unterstrichen die Teilnehmer ihren Protest.

Foto Joachim Röhrig

Der Auftakt-Hotspot, der den Schulterchluss mit den Initiativen zur Rettung des Hambacher Waldes verdeutlichen sollte, war das bereits größtenteils abgerissene Dorf Immerath, wo Antje Grothus von den „Buirer für Buir“, Dirk Jansen vom BUND, Naturführer Michael Zobel, Bastian Neuwirth von Greenpeace und weitere Rednerinnen und Redner heftige Kritik an RWE und der NRW-Landesregierung übten. Der Hambacher Forst und die Dörfer könnten entgegen der RWE-Argumentation gleichzeitig erhalten bleiben. Ein Team des „Ende Gelände“-Bündnisses kündigte für den 19. bis 24. Juni „Massenaktionen des zivilen Ungehorsams mit Stilllegungen der RWE-Infrastruktur“ an.

20:00 Uhr RWE-Mitarbeiter bei Aufräumaktion von Aktivisten attackiert

Polizeieinsatz am Hambacher Forst – Polizei führte an der Mahnwache eine Kontrolle durch – Polizei schützte RWE Mitarbeiter bei der Beseitigung von waldfremden Gegenständen im Wald.

Heute Morgen überprüfte die Aachener Polizei als zuständige Versammlungsbehörde die Mahnwache an der L 257 (Höhe Hambacher Forst). Vor Ort stellten die Beamten geringfügige Verstöße gegen die Versammlungsauflagen fest. Ein Teilnehmer der Mahnwache führte Betäubungsmittel mit sich. Der Mann wurde daraufhin vom Veranstalter der Versammlung von dieser ausgeschlossen. Den 20-Jährigen erwartet nun ein Strafverfahren wegen unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln, das Marihuana stellte die Polizei sicher. Des Weiteren übernachteten Versammlungsteilnehmer in der Mahnwache, auch dies stellt einen Verstoß dar.



Mit Unterstützung der Polizei hat der Energiekonzern RWE am Montagmorgen mit einer Aufräumaktion im Hambacher Forst begonnen. Foto: Ralph Jansen

Im Hambacher Forst beseitigte die RWE Power AG im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht und aufgrund der bestandskräftigen Beseitigungsverfügungen des Landesbetriebes Wald und Holz sowie des Rhein- Erft- Kreises erneut waldfremde Materialien, Abfall und Barrikaden am Waldboden. Im Rahmen der Arbeiten wurde unter anderem ein am Boden liegender, in massiver Bauweise gefertigter Monopod (mehrere Meter langer Baumstamm mit Metallkorb) komplett zerlegt und entfernt. Es wurden 80 Kubikmeter Unrat und 40 Kubikmeter Holz entsorgt. Die Polizei schützte die Mitarbeiter der RWE Power AG bei diesen Arbeiten.

An einer weiteren Monopod- Konstruktion mit zusätzlichem Sicherungsnetz hatte sich eine Person bereits angekettet. Da es hier zu keiner Gefahrenlage kam, wurde die Situation so belassen.

Für weitere Aufräumarbeiten an bodennahen Strukturen führten die Mitarbeiter von RWE einen Hubwagen durch den Wald an die Örtlichkeit heran. Nach Einholung einer Genehmigung dieser Arbeiten durch die untere Naturschutzbehörde des Rhein- Erft- Kreises fällten die Mitarbeiter sieben Bäume (Stammdurchmesser ca. 20 cm). Hierbei handelt es sich um die einzigen im Rahmen der Maßnahmen gefällten Bäume.

Unbekannte beschädigten ein Fahrzeug der RWE Power AG, als dieses heute Morgen auf der Trasse der ehemaligen Autobahn A4 entlangfuhr. Durch den Steinwurf zersplitterte die komplette Scheibe, verletzt wurde niemand. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen Sachbeschädigung aufgenommen.

Eine während der Aufräumarbeiten zufällig aufgefundene Weltkriegsgranate konnte vom einem Kampfmittelbeseitigungsteam der RWE Power AG entfernt werden. Der Bereich

um den Fundort wurde von Polizeibeamten während der Maßnahme abgesperrt.

Eine unbekannte männliche Person störte im Bereich der ehemaligen L 276 die Maßnahmen der Polizei; trotz mehrfach erteiltem Platzverweis kam sie diesem nicht nach. Aufgrund dessen nahmen die Beamten die Person für den Zeitraum des Einsatzes in Gewahrsam und brachten ihn zum Polizeipräsidium Aachen.



Fotos: Polizei Aachen

Ein weiterer unbekannter Tatverdächtiger warf aus dem Bereich der Baumhäuser im sogenannten "Krähennest" Fäkalien und einen Brandsatz. Die Fäkalien trafen einen Mitarbeiter von RWE. Der Brandsatz, ein sogenannter Bengalo, brannte am Boden ohne weitere Gefährdung kontrolliert ab. Die EK Hambach

hat die Ermittlungen aufgenommen. Aufgrund der zugrundeliegenden Straftat, der versuchten gefährlichen Körperverletzung, beantragte die Staatsanwaltschaft Aachen nach Sachvortrag durch die Aachener Polizei einen Beschluss beim Amtsgericht Aachen zur Durchsuchung des betreffenden Baumhauses mit dem Ziel der Ergreifung des Tatverdächtigen. Die Polizei forderte den Tatverdächtigen mehrfach auf, das Baumhaus freiwillig zu verlassen. Zuvor war es zudem ermöglicht worden, dass Unterstützer der Besetzerszene in gleicher Absicht das Gespräch mit dem Tatverdächtigen führten. Trotz dieser Bemühungen war er jedoch nicht zum Hinunterkommen zu bewegen. Alle anderen Maßnahmen wurden mittlerweile eingestellt. Die Aachener Polizei ist nun ausschließlich noch zur Identitätsfeststellung des Fäkalienwerfers im Hambacher Forst.

Die Polizei versucht die Maßnahmen und Folgen für den Wald und Unbeteiligte so gering wie möglich zu halten. Das weitere Vorgehen wird nun geprüft.

Dienstag, 26. März 2019

10:30 Uhr Polizei will Fäkalienwerfer von Baum holen

Die Polizei will einen mutmaßlichen Fäkalienwerfer von einem Baumhaus im Hambacher Forst holen. Der Bereich, in dem sich mehrere Baumhäuser befinden, wurde abgesperrt, wie eine Polizeisprecherin am Dienstag sagte. Die Person stehe im Verdacht, eine Straftat begangen zu haben. „Wir geben ihr noch mal die Möglichkeit, freiwillig herunterzukommen“, sagte die Sprecherin. Andernfalls werde die Polizei in das Baumhaus gehen und die Person von dort herunterholen, um die Personalien festzustellen.

Die Polizei ist seit Montag im Hambacher Forst im Einsatz. Zunächst ging es darum, Mitarbeiter des Energiekonzerns RWE bei Aufräumarbeiten in dem Wald am Braunkohletagebau zu schützen. Dabei kam es zu mehreren Zwischenfällen. Ein RWE-Mitarbeiter sei von einem vermummten Baumhaus-Bewohner mit Fäkalien beworfen worden, berichtete die Polizei.



Polizisten stehen vor Baumhäusern im Hambacher Forst. Foto dpa

Wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung erwirkte die Staatsanwaltschaft Aachen einen Durchsuchungsbeschluss für das betreffende Baumhaus. „Die Polizei forderte den Tatverdächtigen mehrfach auf, das Baumhaus freiwillig zu verlassen“, hieß es. Bis zum Dienstagmorgen habe die Person dies nicht getan. Die Polizei bewachte den Bereich die ganze Nacht über.

13:25 Polizeieinsatz am Hambacher Forst – Polizei führte die Maßnahmen zur konsequenten Strafverfolgung weiter, Person hat das Baumhaus freiwillig verlassen.



Heute Morgen hat die Aachener Polizei die Maßnahmen fortgesetzt, nachdem am gestrigen Montag ein Unbekannter Fäkalien und einen Brandsatz aus dem Bereich der Baumhäuser im sogenannten "Krähennest" auf RWE-Mitarbeiter geworfen hatte. Nachdem das Amtsgericht Aachen den Durchsuchungsbeschluss zur Ergreifung des Tatverdächtigen erlassen hatte, wurde der Mann heute Vormittag festgenommen. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit wurden ihm zuvor mehrere Gesprächsangebote gemacht, um das freiwillige Verlassen des Baumhauses zu ermöglichen. Zuletzt hatte die Polizei Aachen mittels drei Lautsprecherdurchsagen mitgeteilt, dass erhebliche Eingriffe in den Wald nötig werden und den Tatverdächtigen erneut aufgefordert sich der Polizei zu stellen. Der Tatverdächtige zeigte auf alle gemachten Angebote keine Reaktion. Die Personen in den Baumhäusern im Bereich des "Krähennests" wurden durch die Beamten darüber informiert, dass für das Heranführen eines sogenannten Hubsteigers an die Baumhäuser Baumfällarbeiten notwendig werden. Nach den Lautsprecherdurchsagen begannen die Ertüchtigungsarbeiten auf dem Zuweg zu den Baumhäusern. Dafür musste ein Baum gefällt werden. Daraufhin seilte sich der Tatverdächtige freiwillig aus dem Baumhaus ab. Er konnte vor Ort vorläufig festgenommen werden. Die Fällarbeiten wurden unmittelbar danach eingestellt. Durch das schrittweise, besonnene aber konsequente Vorgehen der Aachener Polizei konnte das polizeiliche Ziel mit geringstmöglicher Einwirkung auf den Wald erreicht werden.

Der Einsatz vor Ort ist beendet. Die Ermittlungen wurden aufgenommen.

Donnerstag, 28. März 2019

09:30 Uhr Haftbefehl gegen Fäkalienwerfer außer Kraft

Der Haftbefehl gegen den mutmaßlichen Fäkalienwerfer aus dem Hambacher Forst wegen gefährlicher Körperverletzung ist gegen Auflagen außer Kraft gesetzt worden. Der Mann war am Mittwochabend dem Haftrichter vorgeführt worden, wie eine Sprecherin der Polizei in Aachen am Donnerstag mitteilte. Der 36-Jährige sei zweifelsfrei identifiziert worden. Da keine Fluchtgefahr bestehe, müsse er zunächst nicht in Haft. Die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung dauerten aber weiter an.



Ein Vermummter geht mit Polizisten zur Überprüfung der Personalien zu einem Einsatzfahrzeug. Foto dpa

Der Mann soll am Montag bei Aufräumarbeiten im Hambacher Forst einen Mitarbeiter des Energiekonzerns RWE mit Fäkalien beworfen haben.

Freitag, 29. Mär. 2019

09:15 Uhr Verstorbene von Friedhof in Manheim-Alt werden umgebettet

Die Umsiedlung von Manheim-Alt nach Manheim-Neu schreitet voran: Ende September soll der Friedhof an der alten B477 geschlossen werden. Das hat der Ausschuss für Stadtplanung und Verkehr einstimmig beschlossen. Viel übrig ist vom ehemaligen Gräberfeld nicht. Auf dem Friedhof gibt es nur noch 55 Grabstätten. Ende April sollen diese auf den Friedhof am Manheimer Ring im neuen Ort umgebettet werden.



Der Friedhof in Manheim-alt ist fast leer. Nur noch 55 Gräber gibt es dort. Foto Marco Fuehrer

Wahrscheinlich sei das die letzte Umbettung, sagt Stadtsprecher Erhard Nimtz. Die Trauerhalle wird nach der letzten Aktion an das Unternehmen RWE Power übergeben, dass auch die Kosten für die Umbettung der Verstorbenen trägt. Am 30. September wird der Friedhof Manheim dann endgültig geschlossen und entwidmet.

Der größte Teil der Gräber aus Manheim-Alt ist schon umgebettet worden. Seit 2014 können Bürger ihre Angehörigen auf dem Friedhof in Manheim-Neu bestatten, ab Mitte 2015 konnte die dortige Trauerhalle benutzt werden. Im alten Ort gab es

seitdem nur noch drei Urnenbestattungen. Zurzeit prüft die Stadtverwaltung in einigen Fällen noch, wer die Grabrechtsinhaber der restlichen Grabstellen sind.

Donnerstag, 04. April 2019

14:35 Uhr „Verheerende Auswirkungen“ Rhein-Erft-Landrat befürchtet Aus für Kohlekompromiss

Ende Januar hatte die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, kurz Kohlekommission, ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Kompromiss für einen frühzeitigen Ausstieg aus Förderung und Verstromung der Braunkohle bis 2038 wurde gelobt – jetzt droht offenbar ein Aufweichen, sogar ein Scheitern wird in Berlin diskutiert.



„Ich lasse mich nicht gerne als Feigenblatt missbrauchen“, sagt Landrat Michael Kreuzberg.
Foto Beißel

In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie an mehrere Minister pochen Kommissionsmitglieder darauf, den Kompromiss ohne Abstriche umzusetzen. Im Gespräch mit dem Mitglied der Kohlekommission, Landrat Michael Kreuzberg (CDU).

Herr Kreuzberg, die Kohlekommission hat nach langem Ringen im Januar einen Beschluss vorgelegt. Jetzt heißt es plötzlich, der Kompromiss könnte aufgeweicht werden. Was ist da los in Berlin?

Wenn stimmt, was ich aus Teilen der Regierungsfractionen und dem Finanzministerium höre, ist der Begriff Aufweichen noch beschönigend. Falls bereits zugesagte Strukturmittel des Bundes für Sofortmaßnahmen um über 80 Prozent reduziert würden, käme das einer Aufkündigung des Kompromisses gleich. Dies hätte dann in der Tat verheerende Auswirkungen. Die Bundesregierung hat die Kommission eingesetzt, um den Kohleausstieg mit Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung einzuleiten. An diesen Auftrag haben wir uns gehalten, und man kann nun nicht Teilbereiche zur Disposition stellen.

Das klingt frustriert. Muss denn nicht der Bundestag statt einer Kommission das letzte Wort haben?

Natürlich kann und soll eine Kommission nicht den Bundestag ersetzen. Dennoch steht hier die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung auf dem Spiel. Zur Klärung eines sehr konfliktbehafteten Themas, das bis zu unserem Beschluss extrem polarisiert

hat, hat die Bundesregierung ein Expertengremium einberufen. Kritiker hielten unseren Auftrag sowohl inhaltlich als auch angesichts der Kürze der Zeit für unmöglich zu erfüllen.



Bis 2038 soll Deutschland aus der Kohleförderung und -verstromung aussteigen, das ist ein Ergebnis der Kohlekommission. Foto Fratz

Wenn man nun das Ergebnis betrachtet, ist uns das Unmögliche aber gelungen. Wir haben einen breiten gesellschaftlichen Konsens erreicht, ohne dass die Reviere hinten runterkippen. Wenn dieselbe Bundesregierung, die sogar eine Verlängerung der Arbeit wollte, um den Strukturteil des Berichts zu konkretisieren, genau diesen Teil nun zur Disposition stellt, dann muss die Frage erlaubt sein, wer sich künftig noch auf ihre Zusagen verlassen soll. Ich lasse mich jedenfalls nicht gerne als Feigenblatt missbrauchen.

Geht es nur ums Geld?

Nein, das ist nur ein Aspekt. Vor allem Planungssicherheit für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen ist ein Wert an

sich. Nur eine gesetzlich verbindliche und nicht revidierbare Festlegung bietet den Revieren die Perspektive, den politisch gewollten und technisch machbaren Ausstieg sozial abzufedern. Ein entsprechendes Maßnahmengesetz wird aber mindestens vom finanziellen Umfang her infrage gestellt.

Die sozialen Folgen für Zehntausende sind den Haushältern der Regierung offenbar nicht bewusst oder nachrangig. In den Revieren wissen wir jedoch, dass der Strukturwandel noch mehrere Generationen dauern wird. Sollte das Gesamtpaket nun wieder aufgeschnürt werden, wäre das Viereck aus Wirtschaftlichkeit, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit ad absurdum geführt.

Um welche Zahlenspiele geht es denn jetzt?

Sie finden im Bericht die konkrete Zusage des Bundes über 1,5 Milliarden Euro für ein Sofortprogramm bis 2021. Davon will das Bundesfinanzministerium aber nichts mehr wissen und spricht nur noch von 240 Millionen, also nur 90 Millionen für NRW. Das gleiche Ministerium hat sich übrigens bereits in der Endphase der Kommissionsarbeit ahnungslos gegeben, was die Abstimmung mit den anderen Ministerien und den Finanzbedarf der Reviere betrifft. Scheinbar haben weitere vier Monate nicht gereicht, um auf ball Höhe zu kommen.

Im Kern geht es um 40 Milliarden Euro, also 15 Milliarden für das Rheinische Revier, als langfristige Unterstützung in den nächsten 20 Jahren, also zwei Milliarden im Jahr. Auch diese

Summen werden in Frage gestellt, in Berlin ist wohl höchstens von der Hälfte die Rede.

Der Bund muss sich seiner besonderen Verantwortung bewusst sein, die Regionen dauerhaft bei dem anstehenden Strukturwandel zu unterstützen. Es scheint nun so, als wolle man in Berlin am falschen Ende sparen. Wir haben für den Strukturwandel aber nur einen Versuch, und der muss sitzen.

In der Öffentlichkeit ist die Rede von ein bis vier Milliarden Euro Entschädigung für RWE, wenn der Hambacher Forst stehen bleibt. Muss das noch oben drauf gepackt werden?

Die Höhe der Entschädigung wird die Verhandlung zwischen der Bundesregierung und RWE ergeben. Klar ist, nach dem Kommissionsbericht ist das ein Extra-Etat.

Briefe an Bundeskanzlerin Angela Merkel

Die Beschlüsse der Kohlekommission sollten ohne Abstriche umgesetzt werden, darauf pochen Kommissionsmitglieder und die Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, Brandenburg, Reiner Haseloff, Sachsen-Anhalt und Michael Kretschmer, Sachsen, in „Brandbriefen“ an die Bundeskanzlerin. In Gesprächen mit Vertretern des Bundes entstehe zunehmend der Eindruck, dass die politischen Verabredungen auf unterer Ebene relativiert werden sollten. „Dies erfüllt uns mit großer Sorge.“

In einem Schreiben von Kommissionsmitgliedern an Angela Merkel heißt es, es dürfe keine Mittelkürzungen für das Sofortprogramm oder für langfristige Strukturhilfen geben. Alles andere würde den Strukturwandel als Generationenaufgabe

gefährden. Verlässliche Perspektiven für die Reviere würden soziale Verwerfungen abwenden. Ein Scheitern der Energiewende hätte neben ökonomisch-ökologischen Aspekten eine abschreckende Wirkung auf andere Nationen.

Über die Milliarden für den Strukturwandel wird also heftig gerungen. Aber muss man den Klimaschutz nicht an Nummer eins setzen?

Alle Kommissionsmitglieder sind sich bewusst, dass es eine beschleunigte Beendigung der Kohleverstromung geben muss. Aber es kann sie nicht ohne einen erfolgreichen Strukturwandel geben. Beide Aspekte sind im Abschlussbericht der Kommission ausgewogen berücksichtigt. Trotz weiterhin großer Unterschiede bei den Interessen und Zielen der einzelnen Kommissionsmitglieder hat sich im Laufe der Verhandlungen ein „gemeinsamer Geist“ entwickelt.

Ich meine damit, dass sich jeder seiner außerordentlichen Verantwortung immer stärker bewusst geworden ist. Das hat den Weg zu einem Kompromiss möglich gemacht, obwohl das Ringen um die Empfehlungen der Kommission extrem hart war. Allen Seiten wurden hierfür große Zugeständnisse abverlangt. Am Ende gab es eine überwältigende Mehrheit von 27 zu 1. Das alleine zeigt doch, dass der Beschluss ein gesamtgesellschaftlicher Kompromiss ist.

Der Ausstieg aus der Kohle wird Tausende Arbeitsplätze im Revier kosten. Welche Konsequenzen hätte eine Reduzierung der Fördersummen?

Es werden durch den auf Jahre angelegten Kohleausstieg zwangsläufig Arbeitsplätze wegfallen, diese werden aber nach dem Willen der Kommission sozialverträglich abgebaut. Das heißt konkret, es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben, zudem wird es umfangreiche Um- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Auszubildende geben.

Als konkretes Projekt für das Rheinische Revier wird es eine Kooperation der Bundesagentur für Arbeit, der Handwerkskammer und der Kreise geben, um Fachleute in mittelständische Unternehmen zu vermitteln. Das oberste Ziel muss es aber weiterhin sein, Firmenansiedlungen und Neugründungen zu ermöglichen.

Wenn der Kommissionsbericht in Berlin nun gekippt werden sollte, was passiert dann?

Das Ergebnis darf nicht gekippt werden. Die Kommission hat geliefert, was verlangt war. Und das war nicht gerade wenig. 28 Mitglieder aus ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen haben sich verständigt, wie 200 Jahre Energiewirtschaft in Deutschland auslaufen sollen und dabei weder der Industriestandort Deutschland im Großen noch die Reviere als regionale Wirtschaftszentren Schaden nehmen. Ich halte den Beschluss als unauflösliche Einheit weiterhin für ein herausragendes Ergebnis.

Samstag, 06. April 2019

08:00 Uhr Bürgermeister im Kreis beklagen niedrige Summe im Sofortprogramm

90 Millionen Euro aus dem Sofortprogramm für die Braunkohlenreviere fließen nach Nordrhein-Westfalen. Damit könne man nun „nachhaltig“ zu einem „gelungenen Strukturwandel“ beitragen, gab sich Ministerpräsident Armin Laschet erfreut. Doch da, wo man den Braunkohlenstaub von der Wäscheleine wischen muss, bevor man seine Hemden raushängt, ist von Euphorie nichts zu spüren. Das zeigte eine Umfrage unter den Bürgermeistern von Bedburg, Bergheim, Elsdorf und Kerpen.

Statt der avisierten 1,5 Milliarden Euro, die für den Strukturwandel in den deutschen Revieren bis 2022 fließen sollen, gibt es wohl nur 240 Millionen vom Bund, 90 davon für NRW – zumindest erst einmal.



Das Braunkohle-Kraftwerk Niederaußem. Foto: dpa

Landrat: „Ich hätte mir mehr erhofft“

Jetzt nach der Entscheidung sagte er: „Ehrlich gesagt hätte ich mir mehr erhofft. Aber die 90 Millionen Euro Bundesmittel, die nun sehr kurzfristig in das Rheinische Revier fließen, sind ein wichtiger erster Schritt, um schnelle Impulse für Wertschöpfung und Arbeitsplätze setzen zu können. Ich sehe das als erste Anzahlung im Rahmen der vom Bund versprochenen 1,5 Milliarden Euro.“

Erfreulich finde er, dass auch das Land Geld zur Verfügung stelle. Damit könnten Projekte angestoßen werden, für die beim Bund erst „passende Förderzugänge“ geschaffen werden müssen: „Damit ist auch der Startschuss für den Campus Rhein-Erft der TH Köln in Erftstadt in greifbare Nähe gerückt.“ Er erwarte noch 2019 eine Einigung über langfristige Strukturhilfen.

Nicht jeder betroffen

Kerpens Bürgermeister Dieter Spürck warnt: „Ich habe große Sorge, dass man hier am falschen Ende spart und die geweckten Erwartungen nicht erfüllt.“ Das gefährde das Gelingen des Strukturwandels: „Und das auf dem Rücken zigtausender Beschäftigter, deren Arbeitsplätze bedroht sind.“

Er wünsche sich eine „angemessene Begleitung“ von Bund und Land, betonte Spürck: „Die Menschen müssen mehr miteingebunden werden. Das Schlimmste, was passieren kann, ist, wenn diese Menschen sich hintergangen fühlen.“

Elsdorfs Bürgermeister Andreas Heller findet: „Wichtig ist,

dass das Geld bei denen ankommt, die am meisten vom Strukturwandel betroffen sind. Mit einem Drittel der Stadtfläche im Tagebau ist Elsdorf sehr stark betroffen, so dass ich erwarte, dass auch ein Teil des Förderbetrages in Elsdorf landet. Nicht jeder Akteur, der derzeit Betroffenheit durch den Strukturwandel vermeldet, ist auch hiervon betroffen.“

Bergheims erster Bürger, Volker Mießeler, gibt sich fast trotzig optimistisch: „Das ist noch eine kleine Lösung, weitere Schritte müssen folgen.“ Bergheim sei durch sein Stadtentwicklungskonzept gut aufgestellt, aber auch er habe sich „einige Male die Augen reiben müssen“, sagte Mießeler: „Aber ich bin nach wie vor zuversichtlich, auch wenn die ersten Nachrichten ernüchternd sind.“

An der Kapazitätsgrenze

Kohlekommissionsmitglied Antje Grothus von der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ wägt ab: „Die 1,5 Milliarden waren zugesagt bis Ende der Legislaturperiode. Vielleicht ist es ja vernünftig, dass es erst kleinere Tranchen gibt, denn im Gegenzug muss etwas für den Klimaschutz geschehen.“

Da spiele die Landesregierung keine gute Rolle, sagte Grothus: „Es ist festgelegt, dass wir 3,1 Gigawatt abschalten bis 2022, das war immer klar in der Kommission. Jetzt weicht die Landesregierung diesen Kompromiss auf und redet davon, nur 2,4 Gigawatt Leistung abzuschalten.“

Ihr fehle die „breite gesellschaftliche Beteiligung“, von der in der Kommission die Rede gewesen sei: „Auch von der Stadt Kerpen und dem Kreis kommt da zu wenig.“

Bedburg sieht Eile geboten

Bedburgs Bürgermeister Sascha Solbach hat die Braunköhler im Blick. 1000 der knapp 25.000 Bedburger arbeiteten bei RWE. Inklusive der Mitarbeiter von Zulieferunternehmen seien es 2700. Natürlich freue man sich „über jeden Euro“, aber das sei nicht die Summe, die avisiert worden sei. „Wir sind die Kommune mit der höchsten RWE-Mitarbeiter-Quote. Und wir haben jetzt die Aufgabe, 50 Prozent der Kapazitäten vom Netz zu nehmen. Wenn wir Arbeitsplätze ersetzen wollen, müssen wir schnell handeln.“

Aber jeder wisse doch, wie lange Planung und Genehmigung von Gewerbe und Industrie dauerten, klagte Sascha Solbach. Die Planungsabteilungen in den Rathäusern seien an der Kapazitätsgrenze. Da hätte er sich mehr Unterstützung gewünscht: „Aber es ist wohl im Föderalismus schwierig, Förderung vom Bund direkt an die Gemeinden zu reichen.“

Sonntag, 14. April 2019

07:00 Uhr Elsdorfer Bürgermeister schreibt Brandbrief an Laschet

In einem Brandbrief an Ministerpräsident Armin Laschet hat Bürgermeister Andreas Heller (beide CDU) auf die besondere Situation der Stadt Elsdorf am Tagebau hingewiesen und um Unterstützung des Landes gebeten.

In seinem 20-seitigen Schreiben, das Heller vor einem Monat nach Düsseldorf geschickt hat, stellt er eindringlich dar, dass Elsdorf nicht, wie im Bericht der Kohlekommission dargestellt, eine Tagebaurandkommune sei, sondern „aktuell noch gut ein Drittel des Stadtgebiets im Loch liegt“ und daher der Begriff „Tagebaukommune“ angemessener sei.

Einbußen in Millionenhöhe

Deutlich macht der Bürgermeister, welche Einbußen die Stadt Elsdorf, die er wegen der nach Westen abgeschnittenen Infrastruktur als „Sackgasse“ bezeichnet, seit dem Aufschluss des Tagebaues Hambach habe hinnehmen müsse. Die neue Entwicklung „blockiert dauerhaft“ städtebauliche Entwicklungen nach Südwesten, zudem gehe er davon aus, dass die Stadt nicht wie damals versprochen das Ackerland zurückbekomme, wenn die Verfüllung durch den möglichen Stillstand des Tagebaus ins Stocken gerate. Heller nennt dreistellige Millionenbeträge, die die Stadt einbüße durch wegfallende Arbeitsplätze, Reduktion der Kaufkraft, Gewerbe- und Einkommensteuerverluste sowie fehlende Flächen für Landwirtschaft und Stadtentwicklung durch den dauerhaften Wegfall von mehr als 21 Quadratkilometern an Stadtfläche.

Elsdorf benötige über die zu erwartenden Förderaufrufe hinaus „separate strukturelle Hilfen“ für die „besonders stark betroffenen Kommunen“. Zudem sei eine schnellere und großzügigere Freigabe von Gewerbeflächen und Siedlungsräumen im Regionalplan ebenso erforderlich wie die Refinanzierung des

zusätzlichen Personals, das für die Planungen in den Rathäusern benötigt werde. Heller fordert „einen konkreten Vertrag zwischen Land NRW und Stadt Elsdorf“, in dem „die dargestellten Auswirkungen geregelt werden“.



Andreas Heller, Bürgermeister von Elsdorf. Foto Dietmar Fratz

In der jüngsten Sitzung des Stadtrats fand Heller viel Lob für seinen Vorstoß. Vertreter von Grünen und Stimme für Elsdorf bemängelten, dass sie erst nach dem Versand Kenntnis von dem Schreiben erhalten hätten. Größere Strahlkraft hätte erreicht werden könne, wenn der Rat als Absender genannt worden wäre. Hartmut Bergheim (Grüne) kritisierte zudem „einige Halbwahrheiten“, unter anderem bei den Berechnungen der Einkommen der Tagebaumitarbeiter. Dennoch trat der Rat bei Enthaltung der Grünen dem Schreiben solidarisch bei.

Andreas Heller teilte mit, dass er bereits einen Anruf aus der Staatskanzlei erhalten habe, in dem ihm die Kontaktaufnahme durch einen dortigen Abteilungsleiter zugesichert worden sei.

Dienstag, 16. März 2019

08:40 Uhr „Abriss wegen Tagebau Hambach“ So ergeht es den verbleibenden Bewohnern von Manheim-Alt

„Warum wird hier alles abgerissen? Solange ich hier wohne, habe ich ein Anrecht auf Ruhe“, meint die Frau, die lieber ungenannt bleiben will. Sie wohnt noch in Manheim-Alt, dem Dorf, das wegen des Tagebau Hambach umgesiedelt wird.



Noch bewohnte, verrammelte und schon abgerissene Häuser liegen in dieser Straße gleich nebeneinander.

Foto Meisen

Eigentlich endet die offizielle Umsiedlungsphase erst im Jahr 2022. Bis dahin darf in Manheim-alt noch gewohnt werden: Doch die Bagger und anderes schweres Gerät machen das Dorf gerade in den vergangenen Monaten im Eiltempo dem Erdbo-den gleich. Um Hausbesetzungen durch Anti-Kohle-Aktivisten zu vermeiden, war das Abrisstempo des Dorfes im Herbst ver-gangenen Jahres auf Wunsch des Manheimer Bürgerbeirates und der Stadt Kerpen erheblich beschleunigt worden.

„Zuletzt habe ich hier um mein Haus herum zwölf Bagger gezählt“, sagt die Frau. Der Krach und die Erschütterungen seien nicht mehr auszuhalten. Sie will deshalb so schnell wie möglich weg. Aber leider habe sich der Umzug in ein neues Haus in Mannheim-neu aus baulichen und privaten Gründen verzögert. Sie hoffe, dass es im Herbst soweit ist.

Neben den Abrissarbeiten gebe es in Mannheim-alt auch andere Probleme: etwa Metaldiebe, die ihr schon den Wetterhahn aus Kupfer vom Dach gestohlen haben. Oder illegale Autorennen in der Nacht, die vor ihrer Tür stattfänden. Auch sei zuletzt die Straßenbeleuchtung ausgefallen, so dass der Ort nachts im Dunkeln lag. „Vier Wochen lang war hier in der Straße keine Laterne mehr an, fünf Tage lang in ganz Mannheim.“

Ein Dutzend Manheimer harren noch aus

Der beschleunigte Abriss sei ein Fehler gewesen, meint die Frau. Dagegen seien die Hausbesetzungen das kleinere Übel gewesen. „Das war in einer ganz anderen Ecke des Dorfes. Da waren ja auch ganz nette Leute dabei und nachts war mehr Security auf den Straßen.“

Bei RWE und bei der Stadt Kerpen hat man Verständnis für die Klagen: Es sei klar, dass auch bei einem beschleunigten Abriss etwa die Straßenbeleuchtung intakt gehalten werden müsse, heißt es bei der Stadt Kerpen. Und RWE betont, die „schwierige Lage“ der letzten verbliebenen Bewohner in Mannheim-alt nachvollziehen zu können. Allerdings sei man mit dem be-

schleunigten Abriss nur dem Wunsch des Bürgerbeirates und der Stadt nachgekommen.

Willi Lambertz, Vorsitzender des Bürgerbeirates, hält den beschleunigten Abriss auch heute noch für richtig: „90 Prozent der Manheimer sind dafür gewesen“, schätzt er. Natürlich müsse auch dabei weiter Rücksicht auf die noch verbliebenen Bewohner, rund ein Dutzend, genommen werden. „Das ist so mit RWE vereinbart: Rechts und Links von jedem bewohnten Haus muss mindestens noch ein Haus stehen bleiben.“ Zudem müsse auch etwas gegen Staubentwicklung und den Dreck getan werden.

Mittwoch, 17. April 2019

14:23 Uhr Polizeieinsatz im Hambacher Forst – Diebstahl von Metallrohren – Strafanzeige wurde erstattet



Heute Morgen wurde bei der Polizei eine Strafanzeige wegen des Diebstahls von vier Metallrohren und einer Kabeltrommel erstattet. Diese wurden von einer Baustelle in der Nähe der Forsthausstraße gestohlen. Die Rohre, etwa zehn Meter lang und 150 kg schwer, konnten bei einer Absuche des Geländes durch die Polizei in unmittelbarer Nähe zur Baumhaussiedlung "Krähennest" gefunden und anschließend dem rechtmäßigen Eigentümer wieder übergeben werden.



Polizisten im Hambacher Forst Foto picture alliance/dpa

Bei der Tatortaufnahme wurden die Polizisten und Mitarbeiter des RWE Werkschutzes von verummten Personen mit Pyrotechnik beworfen, mehrere Beamte auch mit Steinen. Verletzt wurde jedoch niemand. Strafanzeigen wurden aufgenommen.

Donnerstag, 18. April 2019

14:33 Uhr Pumpstation und Trafohäuser am Hambacher Forts durch Unbekannte stark beschädigt – Tatverdächtige flüchtig



Im Laufe des gestrigen Abends beschädigten unbekannte Täter ein Trafohaus an der Forsthausstraße erheblich. Eine Scheibe und dahinterliegende Kabel wurden herausgerissen und versucht anzuzünden. Weiterhin beschmierten Unbekannte das Haus mit Graffiti, stahlen einen Absperrzaun und versuchten mit einem Brandsatz, welcher nicht zündete, das Gebäude von außen in Brand zu setzen.

Heute Morgen kurz vor 5 Uhr setzten unbekannte Täter dann in der Forsthausstraße ein weiteres Trafohaus an einer Pumpstation in Brand. Das Feuer musste von der Feuerwehr gelöscht werden. Die Technik der Pumpstation wurde ebenfalls beschädigt. Die Trafos sowie die Pumpstation befinden sich in unmittelbarer Nähe zur Baumhaussiedlung "Krähennest" und damit zum gestrigen Tatort. Tatverdächtige konnten vor Ort nicht mehr angetroffen werden, eine Fahndung verlief ergebnislos. Die EK Hambach hat die Ermittlungen wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Sachbeschädigung aufgenommen; Strafanzeigen wurden gefertigt.

17:45 Uhr Waldschützer: RWE-Bagger gräbt Bäumen das Wasser ab.

Umweltschützer befürchten, dass der Energiekonzern RWE dem Hambacher Forst das Wasser abgräbt. Auf einer Luftaufnahme in einem Tweet ist zu sehen, wie ein Bagger in großer Nähe in Richtung des Waldes gräbt. „Jetzt hat RWE wohl einen Weg gefunden, den Hambacher Forst endgültig zu vernichten“, stellte Waldführer Michael Zobel fest, der sich seit Jahren für den Erhalt des Waldes am Tagebau Hambach engagiert.

Das Schaufelrad des Baggers sei nur noch 150 Meter von den Bäumen entfernt. „So wird das Überleben des Waldes immer schwieriger. Das wenige Wasser wird dem Boden entzogen“, stellte er fest. RWE bestätigte, dass das Foto die Abbausituation im Tagebau Hambach zeigt, widersprach aber am Donnerstag der Darstellung.

Wegen der Grundwasserabsenkung lebten die Bäume von Niederschlagswasser, teilte ein RWE-Sprecher mit. Im Boden gebe

es eine Stauschicht aus Ton oder Lehm, aus der sich die Wurzeln der Bäume und Pflanzen mit Wasser versorgten. Der Wald sei nicht vom Grundwasser oder einem nahen Tagebau beeinflusst.



Maschinen im Tagebau Hambach. Foto Getty Images

Der Bagger werde sich noch weiter auf den Wald zubewegen und „im angemessenen Abstand Halt machen“, sagte RWE-Sprecher Guido Steffen. Die Oberkante des Abbaus liege jetzt und bis auf Weiteres im genehmigten und vom Rodungsstopp des Oberverwaltungsgerichts nicht betroffenen Bereich.

„Die Trockenheit hat dem Wald stark zugesetzt“, sagte der Sprecher des Umweltverbands BUND NRW, Dirk Jansen. Je näher der Bagger an den Wald komme, desto größer sei das Risiko, die Stauschicht anzuschneiden und dass dann das Wasser ablaufe. RWE solle jeglichen Anschein vermeiden, „den Wald weiter gefährden zu wollen“.

Dienstag, 23. April 2019

14:30 Uhr Polizeieinsatz in Morschenich

Rund ein Dutzend Aktivisten halten seit Ostermontag mehrere Häuser im Merzenicher Ortsteil Morschenich besetzt. Die zuständige Polizei Aachen hat die Besetzer bisher vergeblich aufgefordert, die Häuser in der Oberstraße wieder zu verlassen. Demnach haben die Aktivisten sich dort verbarrikadiert. Die Polizei hat am frühen Nachmittag damit begonnen, die Häuser zu räumen. Der Einsatz verläuft laut einem Sprecher bisher friedlich. Der Umsiedlungsort Morschenisch befindet sich nur wenige hundert Meter vom Hambacher Forst entfernt.

Mittwoch, 24. April 2019

12:47 Uhr Weitere Einsätze in Morschenich – Feuerwehr muss sechs Besetzer in der Nacht vom Dach helfen – Polizei räumt weiteres Dach am Morgen – alle Personen in Gewahrsam genommen.



In der letzten Nacht musste die Feuerwehr Düren in die Oberstraße 3 ausrücken; vier Männer und zwei Frauen mussten vom Dach eines am Abend zuvor besetzten Daches gerettet werden. In das Gebäude selber waren sie nicht gelangt. Die Personen hatten um Hilfe ersucht, weil ihnen bei der Dunkelheit und Kälte ein gefahrloses Verlassen des Daches nicht möglich erschien. Es wird nun geprüft, ob den Besetzern die Kosten dieses Rettungseinsatzes von Polizei und Feuerwehr auferlegt werden können. Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruchs wurden gefertigt.



Nicht alle Besetzer kamen freiwillig von den Häusern. Foto Eric Lamparter

Heute Morgen setzte die Polizei ihren Einsatz in der Oberstraße 13 / 13 a fort und räumte mit Hilfe eines Hubsteigers erneut das Dach des bereits gestern geräumten Gebäudes. Ein Mann und eine Frau hatten sich zunächst auf einem Baum im Garten aufgehalten und waren dann weiter aufs Dach geklettert. Trotz Ansprache der Polizei hatten sie freiwillig die Örtlichkeit nicht verlassen. In die gesicherten Räumlichkeiten waren keine Besetzer mehr gelangt. Beide Personen konnten ohne Widerstand vom Dach hinuntergebracht und in Gewahrsam genommen werden; zur Erschwerung ihrer Identitätsfeststellung hatten sich beide noch auf dem Dach die Fingerkuppen verklebt. Polizeibeamte brachten eine weitere weibliche Person in einem Baum bzw. in einer dort befestigten Hängematte zu Boden und nahmen sie ebenfalls anschließend in Gewahrsam. Gegen alle Beteiligten wird nun wegen Hausfriedensbruchs ermittelt.

Mittwoch, 01. Mai 2019

14:42 Uhr Polizei findet frisch gefällte Bäume im Hambacher Forst



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Obwohl derzeit keine Rodungsmaßnahmen im Hambacher Forst stattfinden, hat die Aachener Polizei heute Mittag frisch gefällte Bäume am Rande des Waldes entdeckt. Die Bäume wurden offensichtlich ohne Fachkenntnis und entsprechendes Werkzeug bearbeitet. Im direkten Umfeld der geschlagenen Baumstämme fanden die Polizeibeamten eine Spaltaxt, eine Säge, einen Hammer und ein Kletterseil. Das Seil hing zuvor an einem Baum der augenscheinlich ebenfalls gefällt werden sollte und bereits frische Schlagmarken aufwies.

Eine Überprüfung ergab, dass es sich nicht um das Ergebnis von Fällarbeiten durch oder im Auftrag der RWE Power AG handelte. Die RWE Power AG wird Strafanzeige stellen.





Fotos Polizei Aachen

Freitag, 03. Mai 2018

20:52 Uhr Polizist bei PKW-Kontrolle am Wiesencamp durch Steinerwerfer verletzt



Gegen 17.00 Uhr kontrollierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nahe des so genannten "Wiesencamps" einen Pkw, der mit vier Personen besetzt war. Der 35-jährige Fahrer sowie die beiden 26- und 27-jährigen Beifahrerinnen gaben ihre Personalien an. Eine dritte Beifahrerin verweigerte ihre Identität. Während der Fahrzeugkontrolle erschienen aus dem "Wiesencamp" ca. 20-30 Vermummte. Auch aus dem Wald kamen etwa 60-70 vermummte Personen zum Kontrollort. Sie blockierten die Einsatzfahrzeuge der Polizei, während die unbekannte weibliche Person, in Begleitung der Polizeibeamten den kontrollierten Pkw verließ, um in ein Polizeifahrzeug zu steigen.

Etwa 80 Störer setzten sich vor die Einsatzfahrzeuge und errichteten zeitgleich eine Barrikade aus Autoreifen und bewarfen diese mit Sand und Steinen. Die Polizei forderte sie mittels Lautsprecher auf, den Weg frei zu machen und drohte den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock an. Daraufhin löste sich

eine Gruppe aus der Sitzblockade und eine unbekannte, vermummte Person warf einen Stein in Richtung der Polizeibeamten. Dabei wurde ein Polizist durch einen Stein im Gesicht leicht verletzt. Die unbekannte Person zog sich nach dem Steinwurf direkt in den Schutz der Gruppe zurück und wechselte die Oberbekleidung.

Um die Abfahrt der Polizeifahrzeuge zu ermöglichen, kam es zum vorher angekündigten Einsatz von Pfefferspray und Schlagstock. Die unbekannte Frau wurde unterdessen mit einem Einsatzfahrzeug zum Polizeipräsidium Aachen gebracht, um dort die Identität zu ermitteln. Ein vermummter Störer, der das Fahrzeug mit der unbekanntenen Frau an der Abfahrt hindern wollte, wurde durch Pfefferspray verletzt.

Gegen die Personen werden Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Widerstands, tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte, Nötigung, Sachbeschädigung.

Mittwoch, 08. Mai 2019

18:35 Uhr Aktivisten dringen in unberührte Bereiche des Waldes ein

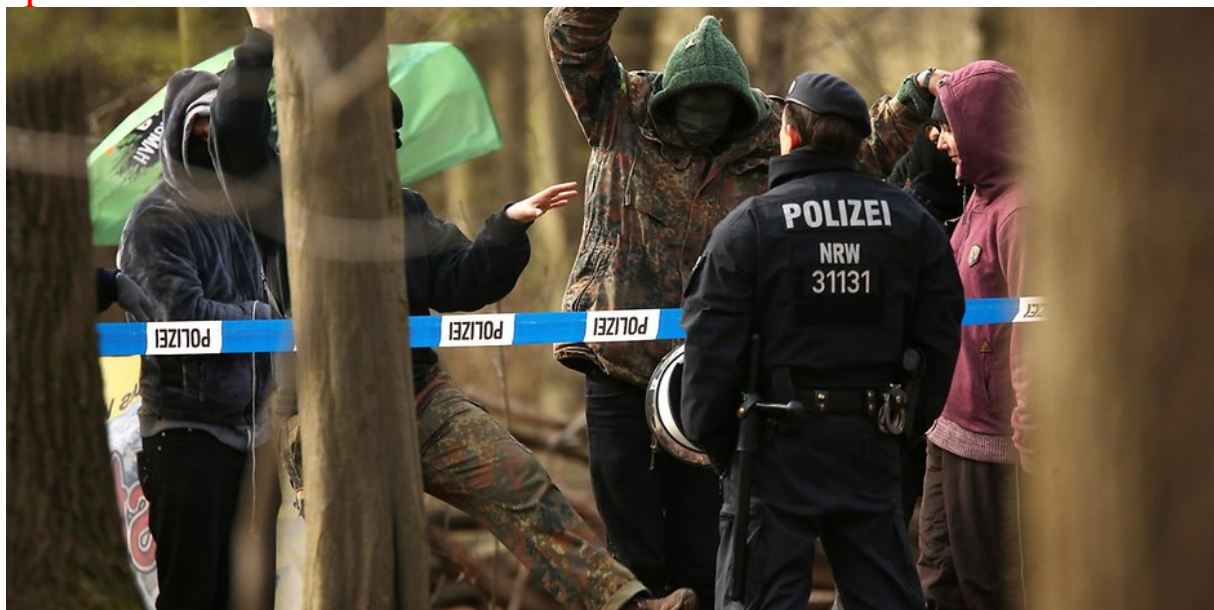
BUND spricht von „Campingplatz-Atmosphäre“ im Hambacher Forst

Die Zunahme der Baumhäuser von Waldbesetzern im Hambacher Forst besorgt auch den Umwelt-und Naturschutzverband BUND. Mittlerweile soll die Zahl der Baumhäuser dort auf rund 50 angewachsen sein. Es herrsche teilweise eine „richtige Campingplatz-Atmosphäre“, so Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des BUND.

Jansen stellt klar, dass aus seiner Sicht, eine begrenzte Präsenz von Widerständlern im Wald weiterhin nötig sei. Denn immer noch habe RWE oder auch das Land kein klares Bekenntnis abgegeben, dass der Hambacher Forst erhalten bleibe. Die größte Gefahr für den Wald gehe also weiterhin von RWE und vom Land aus. „Hier darf Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden.“ Es sei aber nicht gut, wenn Aktivisten nun auch in Waldbereiche vordringen würden, die bislang unberührt geblieben seien.

Donnerstag, 09. Mai 2019

09:05 Uhr NRW-Ministerium: Gruppen im Hambacher Forst spalten sich auf



Polizeieinsatz im Hambacher Forst. Foto picture alliance/dpa

Laut NRW-Heimatministerium hat sich die Besetzerszene im Hambacher Forst seit Beginn des Jahres zunehmend in zwei Gruppierungen aufgespalten.

„Hinsichtlich der Gruppenstruktur ist eine zunehmende Spaltung der Szene in zwei Lager festzustellen. Die Spaltung ist im Wesentlichen auf divergierende Vorstellungen über Ziele und Mittel zur Zielerreichung zurückzuführen“, schreibt das Ministerium in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der fraktionslosen Landtagsmitglieder Alexander Langguth, Frank Neppe und Marcus Pretzell.

Demnach verfolge eine Gruppe „zumindest auch“ Klimaschutzinteressen und sei „bereit, zur Zielerreichung auch Gewalt einzusetzen“. Die andere Gruppe hingegen sei „allenfalls peripher an Klimaschutzaspekten interessiert und verfolgt vornehmlich das Ziel des Aufbaus einer anarchistischen Gesellschaftsstruktur“.

70 bis 100 Personen im Wald

Nach Angaben des Ministeriums befinden sich derzeit rund 70 bis 100 Personen im umstrittenen Wald. Während eines polizeilichen Aufklärungseinsatzes Mitte März sind demnach 80 Personen im Wald sowie im angrenzenden Wiesencamp festgestellt worden. Sämtliche im Hambacher Forst errichteten Baumhäuser stünden im Widerspruch zu Vorschriften der Landesbauordnung NRW 2018, schreibt das Ministerium weiter. Man werde „weiterhin in Abstimmung mit den ebenfalls betroffenen Ressorts auf die Herstellung rechtmäßiger Zustände hinwirken und die erforderlichen auf sichtlichen Maßnahmen ergreifen“.

Am Mittwoch bereits hatte sich Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des Umwelt-und Naturschutzverbands BUND, besorgt über die Entwicklungen im Hambacher Forst geäußert. Dort herrsche teilweise eine „richtige Campingplatz-Atmosphäre“, so Jansen. Besetzer würden zudem immer tiefer in bislang unberührte Bereiche vordringen, was nicht gut sei. Jansen betonte allerdings, dass man in diesem Zusammenhang Ursache und Wirkung nicht verwechseln dürfe. Aus seiner Sicht sei, ein begrenzter Präsenz von Widerständlern im Wald weiterhin nötig. Immer noch hätten RWE und das Land NRW kein klares Bekenntnis abgegeben, dass der Hambacher Forst erhalten bleibe. Die größte Gefahr für den Wald gehe also weiterhin von RWE und vom Land aus.

Sonntag 12. Mai 2019

07:05 Uhr Bagger stehen 100 Meter vor Waldrand

Rund 1.200 Klimaaktivisten haben am Sonntag beim sogenannten Waldspaziergang am Hambacher Forst einen Stopp der Braunkohlebagger gefordert. Die Polizei bestätigte die Teilnehmerzahl. Die Bagger hätten sich inzwischen auf 100 Meter dem Wald genähert, sagte Waldschützer Michael Zobel am Sonntag. „So nah am Hambacher Forst bewirken die Bagger eine Zerstörung des Waldes, auch ohne, dass er gerodet wird. Dem Waldboden wird das Wasser entzogen.“ Der Waldspaziergang fand im fünften Jahr statt. Insgesamt hätten nach Angaben der Veranstalter in dem Zeitraum rund 55.000 Menschen daran teilgenommen.

Zugleich hatten Umweltschützer am Sonntag auf einem Wall, der die Grenze zum Betriebsgelände des Energiekonzerns RWE darstellt, eine „Rote Linie“ gebildet, indem sie rote Kleidung trugen und rote Spruchbänder zeigten. Laut Polizei verlief die Aktion ohne Störungen. Vereinzelt hätten sich Demonstranten gefährlich der Kante zum Abbaugelände genähert. Sie seien aber abgezogen, sagte ein Sprecher.

Freitag, 17. Mai 2019
08:15 Uhr Kirche wird entweicht



Immer näher rückten die Bagger an die Kirche. Foto Ralph Jansen

Im Rheinischen Revier wird am Samstag (17.15 Uhr) die nächste Kirche für einen Tagebau entweiht. In der katholischen Kirche St. Albanus und Leonhardus in Kerpen-Manheim soll bei der letzten Heiligen Messe nach Kirchenangaben ein Schreiben vom Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki verlesen werden, mit dem die Kirche außer Dienst gestellt und dann nicht mehr für kirchliche Zwecke genutzt wird. Der Kirchenbau und das Dorf Manheim, in dem bis Ende 2011 noch 1700 Menschen lebten, soll nach Ende der Umsiedlung in wenigen Jahren für den Tagebau Hambach abgerissen werden. Nach der Empfehlung der Kohlekommission, bis 2038 aus der Kohleverstromung auszusteigen, gibt es Forderungen, Kirchen und Dörfer zu erhalten.

Teilnehmer der Umweltdemonstrationen „Fridays for Future“ aus Köln wollen am Samstag in einem Demonstrationszug für den Erhalt von insgesamt noch fünf Tagebaudörfern im Rheinischen Revier und für den Erhalt des Hambacher Forsts demonstrieren. Vor gut einem Jahr war der „Immerather Dom“ für den Tagebau Garzweiler von Protesten begleitet abgerissen worden.

Samstag, 18. Mai 2019

21:00 Uhr Polizeieinsatz zum Schutz der kirchlichen Veranstaltung zur Entweihung der Kirche in Manheim Alt verlief erfolgreich



Die Polizei war heute in Manheim-Alt im Einsatz, um die Durchführung der kirchlichen Veranstaltung zur Entweihung der Kirche St. Albanus und Leonhardus zu gewährleisten und

angemeldete Demonstrationen in diesem Zusammenhang zu schützen. Im Vorfeld wurden zwei Versammlungen im Bereich der Kirche angemeldet und unter der Erteilung von Auflagen bestätigt. Zum einen wurde durch eine Privatperson eine Mahnwache mit circa 100 Personen vor der Kirche von 15-20 Uhr angemeldet. Zum anderen wurde bestätigt ein Aufzug vom Bahnhof Buir zum Manheimer Marktplatz mit etwa 200 Personen von 14 bis 17 Uhr, angemeldet durch einen Vertreter der Initiative "Fridays for future". Der zweiten Versammlung schlossen sich augenscheinlich auch Personen aus der Waldbesetzerszene im Hambacher Forst an. Kurz vor Beginn der kirchlichen Messe fanden sich ca. 200 Personen vor dem Zugangsbereich zur Kirche ein. Bis auf 50 Personen verließen diese den Bereich jedoch nach Ansprache der Polizei. Erst nach mehrmaliger Aufforderung über Megaphon und Androhung polizeilicher Zwangsmaßnahmen folgten auch die 50 Personen dem Platzverweis und gingen in den ihnen zugewiesenen Bereich. Die kirchliche Zeremonie mit Messe und anschließender Prozession konnte wie geplant stattfinden. Während der Zeremonie wurde zeitweise lautstarker Protest geübt. Gegen 19.40 Uhr waren die Veranstaltung und die Versammlungen beendet.

Dienstag, 21. Mai 2019

08:00 Uhr „Eule“ schweigt weiter vor Gericht

Vor dem Landgericht Köln hat am Dienstag der Prozess gegen eine 19 Jahre alte Aktivistin aus dem Hambacher Forst begonnen. Die junge Frau wehrt sich in zweiter Instanz gegen eine vom Amtsgericht Kerpen im Februar 2019 verhängte neunmonatige Gefängnisstrafe wegen Widerstands gegen Polizeibeamte und versuchter gefährlicher Körperverletzung. Die Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt.

Erst im März war die Frau nach knapp sechs Monaten aus der Untersuchungshaft in Freiheit gekommen.



Die Braunkohlegegnerin, die bisher unter dem Pseudonym „Eule“ bekannt war, am Dienstag vor dem Landgericht Köln. Foto Bernhard Krebs

Wie bereits in erster Instanz weigerte sich die Frau auch vor dem Landgericht, Angaben zu ihrer Person zu machen. Laut dem Vorsitzenden Richter sind dem Gericht die Personalien der Frau aber mittlerweile bekannt. In der Szene der Anti-Braunkohleaktivisten wurde die Frau „Eule“ genannt, die Polizei führte sie unter der Bezeichnung „UP 8 aus Aachen“, wobei „UP“ für unbekannte Person steht. Die Angeklagte war am 26. September 2018 die letzte Aktivistin, die bei der Räumung des Hambacher Forstes von Polizeikräften aus den Bäumen geholt wurde.

Polizeibeamte sagten in der Verhandlung aus, dass die Frau sich während der Bergung aus einer Hängematte, die zwischen Bäumen aufgespannt war, beim Abtransport erheblich gesträubt und um sich getreten habe. Eine 24 Jahre alte Beamtin sei von

der Angeklagten mit einem Tritt beinahe ins Gesicht getroffen worden. „Wenn sie getroffen hätte, wäre auf jeden Fall etwas kaputt gegangen“, sagte die Beamtin.

Polizei findet Identität von „Eule“ heraus

Eine 19 Jahre alte Aktivistin aus dem Hambacher Forst steht am Dienstag (9.30 Uhr) in einem Berufungsprozess vor dem Landgericht Köln. Die junge Frau wehrt sich gegen eine vom Amtsgericht Kerpen im Februar 2019 verhängte neunmonatige Freiheitsstrafe wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Widerstands gegen Polizeibeamte. Die Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt. Erst im März kam die Frau nach knapp sechs Monaten Untersuchungshaft auf freien Fuß.

Die 19-Jährige hatte sich in erster Instanz geweigert, ihre Personalien preiszugeben. In der Szene der Waldbesetzer wurde sie deshalb „Eule“ genannt, die Polizei führte sie unter der Bezeichnung „UP 8 aus Aachen“. „UP“ steht für Unbekannte Person. Sie war bei der Räumung des zwischen Köln und Aachen gelegenen Hambacher Forsts am 26. September 2018 die letzte Aktivistin, die von Einsatzkräften der Polizei aus besetzten Bäumen geholt wurde. Ein Gerichtssprecher bestätigte, dass die Identität der Frau der Justiz mittlerweile bekannt ist.

Erst in der vergangenen Woche war eine australische Aktivistin in zweiter Instanz vor dem Landgericht Köln freigesprochen worden. Auch sie hatte ihre Personalien in erster Instanz vor dem Kerpener Amtsgericht nicht genannt. Sie war wegen

Widerstands und Landfriedensbruchs zunächst ebenfalls zu neun Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden.

Dienstag, 28. Mai 2019

15:30 Uhr Landgericht Köln verurteilt „Eule“ zu drei Wochen Arrest und Sozialstunden

Das Landgericht Köln hat am Dienstag eine 19 Jahre alte Aktivistin aus dem Hambacher Forst zu drei Wochen Dauerarrest verurteilt. Der Schuldspruch erging wegen tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte, versuchter gefährlicher Körperverletzung sowie Widerstands. Mit der Entscheidung milderte die Berufungsinstanz das Urteil des Amtsgerichts Kerpen vom Februar 2019 deutlich ab. Dort war die Frau zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wegen der erlittenen sechsmonatigen Untersuchungshaft gilt der Dauerarrest als vollstreckt. Das Gericht urteilte nach Jugendstrafrecht.

Auch vor dem Landgericht weigerte sich die Frau wie schon in erster Instanz, Angaben zu ihrer Person zu machen. Durch eine Melderegisterabfrage waren dem Gericht die Identität der Frau vor Prozessbeginn bekannt geworden.

In der Szene der Anti-Braunkohleaktivisten wurde die Frau „Eule“ genannt, die Polizei führte sie unter der Bezeichnung „UP 8 aus Aachen“, wobei „UP“ für unbekannte Person steht.

Neben dem bereits vollstreckten Dauerarrest verhängte das Gericht zudem 20 Stunden soziale Arbeit gegen die Angeklagte. Bei Nichterfüllung drohte das Gericht einen einwöchigen

Dauerarrest an. Eine Haftentschädigung für die sechsmonatige Untersuchungshaft bekommt die Frau nicht, erklärte das Gericht. Sie haben durch das Verschweigen ihrer Personalien erheblich zur Länge der Untersuchungshaft beigetragen, so die Richter.

Donnerstag, 13. Juni 2019

12:16 Uhr Gut vorbereitet; Polizei stellt ihr Einsatzkonzept für kommende Woche vor.



Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach und der polizeiliche Einsatzleiter für die anstehenden Sondereinsätze "Ende Gelände" und "Fridays for Future", Thomas Dammers, stellten heute im Rahmen einer Pressekonferenz die Einsatzkonzeption vor.

Im Zeitraum vom 19. Juni bis 24. Juni 2019 haben sowohl "Ende Gelände" als auch Fridays for Future Versammlungen und Aktionen angekündigt.

Weinspach und Dammers stellten die Besonderheiten des etwa 600 Quadratkilometer umfassenden Einsatzraumes mit drei Tagebaubetrieben und zusammen etwa 90 Kilometer Abbruchkante dar. Dabei wiesen sie noch einmal eindringlich auf die besonderen Gefahren in diesem Einsatzraum mit Abbruchkanten, Gleisanlagen und Starkstromanlagen hin.

Beide machten auch deutlich, dass in diesem großen Einsatzraum nicht "alles geschützt werden kann". "Bei dieser

Größenordnung ist es nicht möglich, z. B. ein Eindringen in den Tagebau vollständig zu verhindern. Deshalb werden wir Schwerpunkte setzen müssen, um den Schaden so gering wie möglich zu halten und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung aufrechterhalten zu können.

| | | | | | |
|--|--|--|---|---|---|
|  <p>Protestaktion</p> <p>Eine häufige Form des Protests ist das Einnehmen von Sitzblockaden. Zwar sind diese Aktionsformen Ausdruck der Meinungsbildung grundsätzlich jedoch verboten. Blockaden können zutreffend sein, wenn sie angemessen, nur symbolisch wirken sollen oder die von ihnen ausgehenden Behinderungen in Ausmaß und Beeinträchtigung nur sehr kurzzeitig sind.</p> |  <p>Massendynamik</p> <p>Die Polizei begrüßt es, wenn Massensammlungen friedlich und geordnet verlaufen. Die Aktionen des Bündnisses „Ende Gelände“ sind häufig von willkürlicher Zusammenziehung unterschiedlicher Charaktere und deren Absicht geprägt. Allerdings bergen derartige gruppendynamische Prozesse häufig auch die Gefahr, sich innen im Unbewusstsein der Tageläger und der Folgen des eigenen Handelns anzuschließen.</p> |  <p>Waffen & Vermummung</p> <p>Das Gesetz verbietet es, bei Versammlungen Angriffs- und/oder Schutzwaffen mitzuführen. Hier von sind auch vermeintlich „harmlose“ Abgabegeräte erlaubt wie Helme, Schutzbrillen oder Schutzposten. Folglich ist es Versammlungsteilnehmern auch nicht gestattet, sich zu verkleiden. Entgegenüber dürfen dazu geeignete Gegenstände, wie etwa Sturmhauben, ebenfalls nicht mitgeführt werden. Eine Vermummung ist dann gegeben, wenn durch das Verdecken von Gesichtszügen (Augen, Nase, Mund, Ohren) die Identität einer Person nicht mehr ohne Weiteres festgestellt werden kann.</p> |  <p>Einschließung</p> <p>Die Protestaktionen bei „Ende Gelände“ werden überwiegend von größeren Personengruppen durchgeführt. Nach dem Grundgesetz schützt die Polizei auch solche Aktionsformen. Allerdings wurden in der Vergangenheit von und aus solchen Menschengruppen heraus Straftaten begangen. Dies bedeutet, dass sich nicht nur aktiv agierende Straftäterinnen und Straftäter in der Gruppe, sondern auch diejenigen, die solche Taten unterstützen oder ermöglichen wegen Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) strafbar machen können. Solche Gruppen können von der Polizei eingeschlossen werden, um anschließend individuell weitergehende Maßnahmen, beispielsweise zur Identifizierung von Straftätern, treffen zu können. Auch können Personen in Gewaltsam genommen werden, um deren Personalkarten bestücken oder die Befragung weiterer Straftäter verhindern zu können. Hier von können auch Kinder und Jugendliche betroffen sein.</p> | | |
| <p>Ein häufiges Problem ist die Identifizierung der Beteiligten vor schwierigen Abwägungsprozessen. Werden Identifizierungen für Dritte durch die eingesetzten Blockaden unverhältnismäßig hoch, muss die Polizei diese zur Wahrung von Rechtsansprüchen aufheben und unterstützen. Häufig werden die Polizei hierzu körperliche Gewalt in Form unmittelbaren Zwangs, auch unter Hinzunahme von Hilfsmitteln an.</p> <p>Die Beteiligten müssen in solchen Fällen mit der Einleitung von Strafverfahren, z.B. wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (§ 20) oder das Straßenverkehrsgesetz (§ 240 Nötigung) rechnen.</p> | <p>Wer sich solchen Aktionen anschließt, setzt sich vielleicht unbewusst der Gefahr aus, in Auseinandersetzungen mit der Polizei hineingezogen und Adressat polizeilicher Maßnahmen zu werden.</p> | <p>§ 27 des Versammlungsgesetzes sieht bei Verstößen gegen das Versammlungsgesetz für den Zeitraum von bis zu einem Jahr oder Geldstrafe vor.</p> <p>Die Maßnahmen von Gegenständen, die dazu geeignet sind, die Identität mittels Vermummung zu „verschleiern“, stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld von bis zu 500 Euro geahndet werden.</p> |  <p>Polizei-Einsatz „Ende Gelände 2019“ Die Polizei Aachen informiert</p> | | |
| <p>Zu „Ende Gelände“</p> <p>„Ende Gelände“ ist ein Aktionsbündnis, welches sich seit 2014 insbesondere in Deutschland und dem benachbarten Ausland mit Massendemonstrationen für Klimagerechtigkeit engagiert. Eine der zentralen Forderungen ist die sofortige Kohleausbebaue sowie Tagebau sowie ein flächendeckendes Braunkohleverbot als auch in der Lausitz regelmäßig Austragungsereignisse von Protesten sind.</p> <p>Die wiederkehrend organisierten Aktionstage erfreuen sich einer großen Teilnehmerzahl mit nicht selten mehreren tausend Demonstrantinnen und Demonstranten.</p> <p>Die in diesem Rahmen durchgeführten Protestaktionen werden in aller Regel durch größere Personengruppen durchgeführt. Massensammlungen beinhalten immer die Gefahr, dass sich auch für den Veranstalter unvorhergesehen und oftmals unkontrollierbare Risiken entwickeln. Ziel des Aktionsbündnisses ist es in aller Regel die vorbereitende Schließung von Tagebaubetrieben und deren Verkehrsströmen durch diverse Blockademaßnahmen.</p> | <p>Rückblick I</p>  <p>Eine Aktionsform ist auch das massenhafte, illegale Eindringen in den Tagebau mit der Zerschlagung dort befindlicher Schaufelradbagger zu besetzen und stillzulegen. Hierzu werden unfriedliche Gelände, trotz zahlreicher Sicherheits- und Warnhinweise, sowie urbefestigte Betriebsabstichungen überwunden. Im vergangenen Jahr fanden so hunderte Demonstrationen und Demonstrationen direkten Zugang zur Tagebauarbeit. Nicht zuletzt aufgrund der vorausgegangenen Netztage waren Tragfähigkeit und Abstützungen der bis zu 40 Meter hohen Betriebsabstichungen des Tagebaus nicht abschätzbar. Die vom Tagebaubetrieber vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen wurden trotz Lautsprecherdurchsagen auch für den Veranstalter unkontrollierbar und eskaliert unterschritten. Teilnehmern der Autobahn mussten bei „Ende Gelände 2018“ durch die Polizei geportet werden, weil hunderte Aktivistinnen und Aktivisten drohten, diese zu stürzen, um so an politischen Sperrstellen vorbei - Zugang zu den Werksanlagen zu erhalten.</p> | <p>Rückblick II</p> <p>Die Veranstalter von „Ende Gelände“ erhalten bei ihren Demonstrationen zahlreichen Zuspruch und Unterstützung aus der Bevölkerung. Auch andere Aktionsbündnisse schließen sich mit ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei großen Protestausübungen häufig den Aktionen von „Ende Gelände“ an.</p> <p>Die Polizei beobachtet in diesem Zusammenhang aber auch durchaus bedenkliche Solidarisierung- und Bekundungsbewegungen aus deutlich radikaleren Gruppen.</p> <p>So kam es im vergangenen Jahr zu einem Brandanschlag gegen ein ortsbekanntes Busunternehmen, welches von der Polizei angeordnet worden war, um „Ende Gelände“ Demonstrationen zu transportieren. Im Nachgang zu dieser Abgabe bekamen sich Unbekannte auf der Internetplattform „Indymedia“ zu dem Anschlag. Als Zeichen der Solidarität mit „Ende Gelände“ kündigte man auf der Plattform weitere Vergeltungen gegen den Bausenfernen an.</p> | <p>Zu „Friday for Future“</p>  <p>Die Bewegung „Friday for Future“ („Freitage für die Zukunft“; kurz FFF) häufig auch als Klimastreik oder Schulstreik für den Klima bezeichnet) kommt gegenwärtig ein besonderes mediales Interesse zu. Sie ist eine globale Schüler- und Studentinnenbewegung, die sich für Klimaschutz einsetzt. Dabei gehen SchülerInnen und Schüler Freitage während der regulären Unterrichtszeit auf die Straßen und protestieren. Der Protest findet weltweit statt und wird von den Schülern und Studentinnen selbst organisiert. Nach der Eigenstellung von FFF wendet sich der Schulstreik gegen das Versagen politischer Verantwortlicher im Umgang mit menschengemachtem Klimawandel und den daraus resultierenden Treibhausgasemissionen. Dieser Streikform als Beitrag zur Klimagerechtigkeit mit FFF mehr Wert als dem alltäglichen Schulbesuch zu. In ähnlicher Vorgehensweise hat es bereits mehrere Solidaritätsausäufe und gemeinsame bekundungen beider Aktionsbündnisse gegeben.</p> | <p>Was wir wollen I</p> <p>Die Polizei möchte, dass die Aktionen des Bündnisses „Ende Gelände“ gemäßigt und friedlich verlaufen. Gewaltloser Protest wird von der Polizei begrüßt und geschützt. Bei Straftaten oder Zwischenhandlungen gegen polizeiliche Anordnungen werden wir konsequent gegen erkannte Straftäter vorgehen.</p> <p>Wir erwarten an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich sowohl von strafbaren Handlungen als auch von risikoreichen Aktionen, deren Gefahrenpotential Sie nicht einschätzen können, zu distanzieren. Bringen Sie vor allem sich und Andere nicht unnötig in Gefahr!</p> <p>Lassen Sie sich unter dem Vorwand notwendiger „Jahren Ungehorsams“ zur Klimagerechtigkeit nicht zu unüberlegten und illegalen Mitschuldungen hinreißen! Lassen Sie aufgrund falsch verstandener Gruppenzugehörigkeit und Sympathie nicht blind hinterher!</p> <p>Ihr Protest wird von der Öffentlichkeit auch an ungeliebten Orten wahrgenommen werden!</p> | <p>Was wir wollen II</p>  <p>Im Rahmen der Massendemonstration von „Ende Gelände 2019“ (23.06.-24.06.2019) findet zugleich auch eine Großveranstaltung von „Friday for Future“ (23.06.2019) statt. Wir wollen, dass diese Veranstaltungen zu einem Beispiel für friedlichen Protest werden.</p> <p>Die Polizei schließt nicht aus, dass es zu einem solidarischen Zusammenschluss beider Bündnisse kommt. Wir appellieren an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich nicht zu Straftaten beider Aktionsbündnisse und Aktivisten anzuschließen. Lassen Sie sich trotz ihres gemeinsamen Protestziels nicht instrumentalisieren und zu Straftaten aus der Gruppendynamik heraus verleiten. Straftäter nutzen Massendemonstrationen häufig für ihre Zwecke und begehen Straftaten aus größeren Gruppen heraus, um in ihrem Schutz unerkannt agieren zu können.</p> <p>Beachten Sie, dass in solchen Fällen die Polizei gegebenenfalls auch Maßnahmen gegen Kinder und Jugendliche treffen muss.</p> |

"Wer Gefahren - auch für sich selbst - verursacht oder Straftaten begeht, muss mit einer konsequenten polizeilichen Reaktion rechnen", so der Leitende Polizeidirektor Thomas Dammers.

Weinspach appellierte noch einmal an alle Teilnehmer und mahnte um einen friedlichen Protest. "Der Rechtsstaat bietet genügend wirksame Mittel und Möglichkeiten, auf legalen Wege einen politischen und gesellschaftlichen Richtungswechsel im Klimaschutz durchzusetzen", so der Polizeipräsident. "Es ist falsch zu behaupten, dass man politische Veränderungen nur durch zivilen Ungehorsam und Straftaten herbeiführen kann. Es gibt in der Historie genügend Beispiele die zeigen, dass alleine der friedliche Protest der Schlüssel war", so Weinspach weiter.

Die Aachener Polizei kann diesen Großeinsatz nicht alleine stemmen. Die Behörde wird unterstützt von Polizeikräften aus ganz NRW und anderen Bundesländern.

Polizeiondereinsätze Ende Gelände 2019 / Fridays for Future Die Polizei Aachen informiert

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Geschäftstreibende,
sehr geehrte Unternehmer,

am Freitag, den 21. Juni 2019, findet eine Großveranstaltung von „Fridays for Future“ mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt; an unterschiedlichen Orten in Aachen wird es verschiedene Demonstrations- und Protestaktionen geben.

Viele überwiegend junge Leute, Schüler, Studierende und Heranwachsende aus ganz Deutschland und Europa reisen dafür extra nach Aachen, ein Großteil von ihnen wird auch über Nacht in der Stadt verweilen.

In den letzten Wochen und Monaten haben sich auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger diesen Freitags-Demonstrationen angeschlossen. Die Aachener Polizei rechnet mit einer Vielzahl an Menschen, die sich an den geplanten Aktionen beteiligen werden.

Als Polizei Aachen bereiten wir uns intensiv auf diese Großdemonstration vor. Unser gesetzlicher Auftrag ist es, die Menschen bei der Ausübung ihres Grundrechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und einen friedlichen Protest zu gewährleisten. Unser größtes Anliegen ist es dabei, alle Personen und ihr Eigentum vor Schaden zu bewahren.

Beeinträchtigungen für Bürgerinnen und Bürger sollen so gering wie möglich ausfallen. Dennoch ist es aufgrund der zu erwartenden hohen Teilnehmeranzahl nicht auszuschließen, dass es zu temporären Einschränkungen und Störungen des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs im Stadtgebiet kommen wird. Insbesondere an der Krefelder Straße im Bereich des Tivolis rechnet die Aachener Polizei mit größeren Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs. Wir bitten Sie, dies bei Ihren Planungen zu berücksichtigen.

Weiterhin ist anzunehmen, dass im gesamten Innenstadtgebiet Geschäfte und Betriebe in erhöhtem Maße von Demonstrationsteilnehmern zum Zwecke der Selbstversorgung aufgesucht werden. Auch dies bitten wir Sie für den entsprechenden Zeitraum zu beachten.

Für Fragen hat die Polizei Aachen ab Donnerstag, den 20. Juni 2019, ein Bürgertelefon unter der Rufnummer 0241/9577- 21013 geschaltet. In dringenden Notfällen wählen Sie selbstverständlich wie gewohnt die Notrufnummer 110. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf unseren Social-Media-Kanälen und unserer Homepage <https://aachen.polizei.nrw/>.

Ihre Polizei Aachen


Thomas Dammers
Polizeilicher Einsatzleiter

Samstag, 15. Juni 2019

20:32 Ihr Polizeieinsatz zum Schutz der kirchlichen Veranstaltung zur Entweihung der Kirche in Morschenich verlief erfolgreich.



Am heutigen Samstag war die Polizei in Morschenich im Einsatz. Anlass dieses Einsatzes war, die Entweihung der Kirche St. Lambertus zu schützen. Eine ca. 15-Köpfige Personengruppe meldete eine Spontanversammlung am Ortseingang Morschenich an. Im Rahmen dieser Versammlung hat die Polizei drei Personen bei der Begehung von Straftaten (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) festgestellt. Die Identität der beiden männlichen Personen wurde zweifelsfrei festgestellt. Einer der beiden war erst 15 Jahre alt. Seine Erziehungsberechtigten wurden informiert. Im Anschluss an die Maßnahmen erfolgte die Entlassung beider Personen. Die dritte weibliche Person verweigerte die Angabe ihrer Personalien und wurde zur Identifizierung ins Polizeigewahrsam nach Aachen transportiert.

Die Polizei fertigt Strafanzeigen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Die Zeremonie wurde in der Kirche von einer geladenen Person gestört, so dass diese vom Sicherheitspersonal vor Ende der Messe nach draußen begleitet werden

musste. Nach erfolgter Feststellung der Personalien wurde diese entlassen. Es wird eine Strafanzeige wegen des Verdachtes der Störung der Religionsausübung gefertigt.

Die Zeremonie endete gegen 19:45 Uhr.

Die Polizei konnte einen störungsfreien Verlauf der Veranstaltung gewährleisten.

21:14 Uhr Versammlung „Ende Gelände“ vom 19. Bis 24. Juni; Polizei Aachen legt Beschwerde gegen Gerichtsentcheid ein.



Das Verwaltungsgericht Aachen hat heute dem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz des Versammlungsmelders von "Ende Gelände" stattgegeben. In dem Beschluss weist es die Polizei Aachen als zuständige Versammlungsbehörde an, "Ende Gelände" das Grundstück Am Hohen Busch (Festivalgelände Eier mit Speck) im Norden Viersens als Versammlungsort zuzuweisen. Gegen diesen Beschluss wird die Aachener Polizei Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einlegen. Aus mehreren Gründen. Dabei steht vor allem die Sorge um eine gefahrlose Durchführung dieses Protestcamps im Vordergrund. Es geht der Polizei nicht darum, die Versammlung zu erschweren oder gar zu verhindern.

Die Aachener Polizei ist eine versammlungsfreundliche Behörde. Sie war und ist stets bestrebt, Versammlungsteilnehmern und Kundgebungsteilnehmern die besten Voraussetzungen zu schaffen, ihrem hohen Grundrecht nachzukommen. Die Polizei steht hier im engen Schulter-schluss mit der Stadt Viersen. Die Versammlungsbe-hörde und die Stadt Viersen haben bisher alles getan, da-mit dem Bündnis "Ende Gelände" eine für diese Größen-ordnung geeignete Fläche zur Verfügung gestellt wird. Dies geschah mit der Zuweisung und Herrichtung des Ge-ländes Viersen-Mackenstein. Für Mackenstein sprechen nach Auffassung der Behörden alle Punkte, die für eine solch großes Camp über mehrere Tage wichtig und im Sinne eines reibungslosen Ablaufs zwingend erforderlich sind.

Dagegen bereitet der Polizei und der Stadt das von "Ende Gelände" beanspruchte Gelände hinsichtlich seiner Ge-eignetheit große Sorge. Beispielsweise sind keinerlei Parkplätze für Reisebusse vorhanden, ferner besteht Ge-fahr durch eine unmittelbar am Gelände vorbeiführende Bahnlinie.

Die Aachener Polizei als Versammlungsbehörde ist ver-pflichtet, alle Belange von Beteiligten in einen verhältnis-mäßigen Ausgleich zu bringen. Auch die Sicherheit für Versammlungsteilnehmer ist ein hohes Gut. Auch diesem Aspekt muss entsprechend Rechnung getragen werden.

Dienstag, 18. Juni 2018

12:46 Uhr Hambacher Forst-Angriff mit Steinen auf RWE Mit-arbeiter



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Am vergangenen Sonntag hat eine etwa 15-köpfige Gruppe Vermummter gegen 22.00 Uhr den RWE Stützpunkt an der L276 angegriffen und die Mitarbeiter des Sicherheitspersonals mit Steinen beworfen. Eine Zufahrtsschranke zum Gelände wurde durch die Gruppe zerstört. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Die Tatverdächtigen konnten sich nach der Tat zunächst unerkannt in den Hambacher Forst zurückziehen. Kurze Zeit später setzte die Gruppe eine Barrikade auf der L276 in Brand und erschwerte dadurch den alarmierten Polizisten die Anfahrt. An einer weiteren Barrikade wurden mehrere Behälter mit unbekanntem Flüssigkeiten entdeckt; einer der Behälter war verkabelt. Ein vor Ort eingesetzter Sprengstoffentschärfer kam bei der Begutachtung jedoch zu dem Ergebnis, dass es sich um Attrappen handelt.

Die Polizei sicherte die Spuren an den Tatorten und leitete mehrere Strafverfahren ein. Vier auf der L276 errichtete Barrikaden wurden noch am selben Abend beseitigt.

Mittwoch, 19. Juni 2019

12:00 Uhr Klimaschützer fordern schnellen Kohleausstieg vor Großprotesten

Kurz vor den angekündigten Antikohleprotesten im rheinischen Tagebaurevier haben die Organisatoren ihre Forderung nach einem schnellen Kohleausstieg bekräftigt. „Die Klimakrise ist grausame Realität, wir rasen ungebremst auf eine vier bis sechs

Grad heißere Welt zu“, erklärte die Sprecherin des Aktionsbündnisses Ende Gelände, Kathrin Henneberger, am Mittwoch in Erkelenz am Braunkohletagebau Garzweiler, wo am Samstag eine Großdemonstration stattfinden soll.

„Wir müssen sofort raus aus der Kohle, nicht erst in 20 Jahren“, fügte Henneberger hinzu. Carla Reemtsma von der Schülerbewegung Fridays for Future verwies darauf, dass das rheinische Braunkohlerevier „die größte CO₂-Quelle Europas“ sei und „der Ort, an dem unser aller Zukunft zerstört wird“. „Wir brauchen einen schnellen Kohleausstieg und das Ende aller Subventionen in fossile Energieträger“, forderte Reemtsma. Niklas Schinerl von Greenpeace mahnte, nur mit einem „schnellen Start des Kohleausstiegs“ könnten der Hambacher Wald am rheinischen Braunkohletagebau Hambach und die vom Kohleabbau betroffenen Dörfer gerettet werden. Doch der Tagebaubetreiber RWE stemme sich „mit aller Macht dagegen und befeuert damit die Klimakrise und gefährdet den sozialen Frieden in der Region“.

16:56 Uhr RWE weist Demonstranten auf Risiken in Betrieben hin – Rechtsbrüche werden angezeigt.

„Bitte bringen Sie sich nicht in Gefahr!“

RWE Power weist die Teilnehmer der angekündigten Aktionen auf die Gefahren hin, die von allen betrieblichen Einrichtungen und Arbeitsabläufe ausgehen und die man als Ortsunkundige nicht einschätzen kann. Betriebsfremden ist aus diesem Grund das Betreten der Einrichtungen generell verboten. Wer das Verbot ignoriert, riskiert eine Strafanzeige.



Foto: RWE Power AG

RWE appelliert an die Teilnehmer, sich nicht an gesetzeswidrigen Aktionen zu beteiligen und im Protest besonnen zu bleiben. „Bitte bringen Sie sich nicht in Gefahr! Was als „ziviler Ungehorsam“ ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit gefährlicher Leichtsinn und eindeutig rechtswidrig“, stellt RWE Power-Vorstandsmitglied Lars Kulik klar. Wer zum Beispiel in betriebliche Anlage eindringt oder Arbeitsabläufe blockiert, begeht Straftaten, die RWE konsequent zur Anzeige bringt.

Die Tagebaue beispielsweise sind ringsum durch Erdwälle, Schranken und Zäune umfriedet. Warnschilder stehen dicht an dicht und kennzeichnen eindeutig, wo das Betriebsgelände beginnt. Die Organisatoren der Proteste werden vorsorglich auf die Risiken hingewiesen. Videoclips des Unternehmens informieren über die einzelnen Gefahrenquellen und werden auch über Social Media und auf Englisch verbreitet.

„Selbstverständlich respektieren wir das Demonstrationsrecht“, betont RWE Power-Vorstand Dr. Lars Kulik. Mehr als Massenproteste brauche konkreter Klimaschutz allerdings politisches Handeln. Die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung habe Anfang Februar einen annehmbaren Vorschlag gemacht, der RWE einiges abverlange. Diesen Konsens hätten auch die Umweltverbände unterschrieben. Dieser

Vorschlag sollte jetzt durch die Politik 1:1 umgesetzt werden, so Kulik.

Das Umweltbundesamt hat vor einigen Tagen mitgeteilt, dass die deutsche Energiewirtschaft das für 2020 angepeilte Ziel einer 40-prozentigen Minderung gegenüber 1990 erreicht. Andere Sektoren der Volkswirtschaft, wie Verkehr und Gebäudewirtschaft, hätten noch viel nachzuholen. RWE hat ihren CO₂-Ausstoß seit 2012 um 60 Millionen Tonnen – das sind 34 Prozent – reduziert. Diesen Weg setzt RWE konsequent fort. Nach Abschluss der Transaktion mit E.ON wird RWE weltweit auf einen Schlag zum zweitgrößten Offshore-Windbetreiber und in Europa zur Nummer 3 bei den Erneuerbaren Energien insgesamt. 60 Prozent der RWE-Anlagen liefern künftig Strom mit nur geringen oder gar keinen CO₂-Emissionen.

16:56 Uhr Greenpeace muss zu seiner gesellschaftlichen Verantwortung stehen

Vorstand Frank Weigand sprach mit Demonstranten – RWE fordert Greenpeace auf, Aktion friedlich zu beenden.



Foto: RWE Power AG

RWE ist Gesprächsbereit und dialogorientiert. Wer den friedlichen Dialog sucht, findet in RWE immer einen fairen Diskussionspartner. Trotzdem belagert Greenpeace seit Dienstag, 18. Juni, die Essener Zentrale der Power AG.

Dr. Frank Weigand, Vorstandsvorsitzender der RWE Power ging auf die Demonstranten zu: „Greenpeace war Mitglied der Kommission, Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und hat deren Ergebnis zum Kohleausstieg mit erarbeitet und unterzeichnet. Diesen Kompromiss, der RWE und ihren Beschäftigten viel abverlangt, unterstützen wir und tragen ihn 1:1 mit. Das erwarten wir nun auch von Greenpeace. Alle müssen nun Verantwortung übernehmen, damit der Kompromiss umgesetzt wird.“

Kompromisse sind das Wesen einer Demokratie und Ergebnis eines Ausgleichs von Interessen. Daher fordert RWE Greenpeace auf, zum eigenen Kompromiss zu stehen und nicht im Nachhinein zusätzliche Verschärfungen zu fordern.

Das Unternehmen hat die Gruppe nach den Gesprächen mit Vorstand, Betriebsräten und Mitarbeitern aufgefordert, die Aktion auf dem RWE-Gelände friedlich zu beenden.

RWE steht ohne Wenn und Aber zu den nationalen und internationalen Klimaschutzziele und unterstützt zudem im Rahmen einer Eurelectric-Initiative das Ziel einer CO₂-Neutralität „well before 2050“. Das Unternehmen handelt: RWE hat von 2012 bis 2018 den Treibhausgasausstoß um 60 Mio. Tonnen CO₂ reduziert, das sind 34 Prozent, und investiert in Erneuerbare Energien: Noch in diesem Jahr wird RWE voraussichtlich die Transaktion mit E.ON abschließen und demzufolge zu den weltweit fünf größten Erzeugern von Erneuerbaren Energien gehören. Jedes Jahr wird RWE dann 1,5 Mrd. Euro netto in zusätzliche Erneuerbaren-Projekte investieren.

Donnerstag, 20. Juni 2019

05:00 Uhr Klimaschützer wollen Tagebau besetzen

Aktivisten um „Ende Gelände“ werden von Mitgliedern der „Fridays for Future“-Bewegung unterstützt.

Sprecher von sechs Klimaschutzinitiativen machten in Erkelenz-Keyenberg deutlich, dass sie ein gemeinsames Ziel verfolgen: Raus aus der Kohle.

Wie, wann und wo genau die Schleusen geöffnet werden sollen, verrät Kathrin Henneberger „aus aktionstaktischen Gründen“ noch nicht. „Aber eines ist klar: Wir werden die Tagebaue von RWE fluten – und zwar mit Tausenden von Menschen.“

Während die Sprecherin des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ gemeinsam mit Klimaschutzaktivisten fünf weiterer Gruppen am Mittwochvormittag bei einer Pressekonferenz in dem von Abbaggerung bedrohten Erkelenzer Dorf Keyenberg ein „buntes, kreatives und widerständiges Protestwochenende“ ankündigte, wurden 20 Kilometer weiter nördlich im Klimaschutz-Camp auf dem Viersener Festivalgelände die weißen Schutzanzüge bereitgelegt. Die Overalls, die die Aktivisten bei ihren „Aktionen des zivilen Ungehorsams“ tragen werden, sind zum Markenzeichen von „Ende Gelände“ geworden.

Einige Hundert teils von weither angereiste Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich nach Veranstalterangaben bis Mittwochmittag im Viersener Camp einquartiert, und stündlich wurden es mehr. Die Einrichtung von bis zu 3000 Schlafplätzen ist behördlich genehmigt. Bis Montag wollen die Aktivisten der Forderung nach einem schnellen Kohleausstieg mit vielen Aktionen Nachdruck verleihen, darunter Tagebau- und Baggerbesetzungen.

Symbolkraft

„Von uns wird dabei keine Gewalt ausgehen; wir wollen nicht, dass Menschen zu Schaden kommen“, betont Kathrin Henneberger. Dass die „Ende Gelände“-Sprecherin am Mittwoch mit Leuten von Fridays for Future, der lokalen Initiative „Alle Dörfer bleiben“, der Naturfreunde Deutschlands, von Greenpeace und einer Aktivistin aus Uganda an einem Tisch saß, hatte Symbolkraft. Gemeinsam wolle man deutlich machen, dass sich die immer stärker werdende Klimaschutzbewegung nicht in politisch korrekte Fraktionen auf der einen und in angeblich mit unlauteren, gefährlichen Mitteln agierende Gruppen auf der anderen Seite aufspalten lasse, erklärten alle Redner unisono.



Sprecher von sechs Klimaschutzinitiativen machten in Erkelenz-Keyenberg deutlich, dass sie ein gemeinsames Ziel verfolgen: Raus der Kohle. Foto: Joachim Röhrig

Einig zeigten sich alle Gruppen in der Einschätzung, dass die Politik und die Energiekonzerne beim Ausstieg aus der Kohleverstromung ein viel zu langsames Tempo fahren würden. Carla Reemtsma von „Fridays for Future“ forderte die sofortige Stilllegung von 25 Prozent der Kraftwerkskapazität und einen Ausstieg bis 2030. Derweil warf Niklas Schinerl von Greenpeace

RWE vor, sich „immer näher an den Hambacher Wald und die bedrohten Dörfer heran zu baggern, obwohl offensichtlich sei, dass große Teile der Bevölkerung einen konsequenten und schnellen Klimaschutz wollen.“

RWE Power appellierte derweil an die Demonstranten, sich nicht in Gefahr zu bringen. Rechtsbrüche würden angezeigt. „Was als »ziviler Ungehorsam« ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit gefährlicher Leichtsinn und eindeutig rechtswidrig“, sagte Lars Kulik vom Vorstand.

DIE AKTIONEN

Mit bis zu 20 000 Teilnehmern aus mehr als 16 Ländern rechnet die Klimaschutz-Bewegung „Fridays for Future“ bei ihrem Streiktag am Freitag, 21. Juni, in Aachen. Von fünf Startpunkten in der Innenstadt aus zieht man ab 12 Uhr zum Tivoli-Stadion, wo um 14.30 Uhr eine Großkundgebung beginnt. „Fridays for Future“ sowie der BUND, Greenpeace, „Alle Dörfer bleiben“, die Naturfreunde Deutschlands und weitere Gruppen gehören zu den Unterstützern einer weiteren großen Klimaschutzaktion am Samstag, 22. Juni. In Jüchen-Hochneukirch am Tagebau Garzweiler setzt sich am „Rheinland-Aktionstag“ um 11 Uhr ein Protestzug nach Erkelenz-Keyenberg in Bewegung. Zeitgleich startet im Erkelenzer Stadtzentrum eine Fahrrad-demo. Zur zentralen Kundgebung am Keyenberger Ortsrand werden gegen 13 Uhr etwa 3000 Klimaschützer erwartet.

Parallel dazu hat das Bündnis „Ende Gelände“, das bis Montag, 24. Juni, ein Klima-Camp auf dem Viersener Festivalgelände am Hohen Busch ausrichtet, Aktionen des zivilen Ungehorsams angekündigt.

12:30 Uhr Protestcamp in Viersen füllt sich



So sieht es am Donnerstag im Protestcamp Viersen aus. Foto: Ralph Jansen

Das Camp in Viersen, in dem in den kommenden Tagen bis zu 3000 Demonstranten übernachten werden, füllt sich allmählich. Es wurden Zirkuszelte und Mannschaftszelte für die Demo-Teilnehmer aufgebaut, mobile Sanitäreinrichtungen und Küchen vervollständigen das Angebot auf der riesigen Wiese. Die Stimmung ist friedlich. Tagsüber können hier bis zu 6000 Menschen Platz finden.

Derzeit üben die bereits Angereisten, wie man sich am besten zu Sitzblockaden zusammenschließt und welche Position man beim Wegtragen einnimmt. Die Aktionen am Tagebau sind dann für Freitag und Samstag geplant.

Bis einschließlich Sonntag sind im rheinischen Braunkohlerevier zwischen Aachen, Mönchengladbach und Köln eine ganze Reihe Protestaktionen geplant.

15:20 Uhr Die Aachener Polizei überprüft gemeinsam mit dem Ordnungsamt und der Feuerwehr der Stadt Viersen die Auflagen im Camp von „Ende Gelände“



Im Zusammenhang mit der Dauerversammlung "Rheinisches Revier Kohlefrei" hat die Polizei Aachen als zuständige Versammlungsbehörde den Verantwortlichen von Ende Gelände das Grundstück des "Eier-mit-Speck-Festivals", Stadion Am Hohen Busch, im Viersener Norden zugewiesen.

Um die Sicherheit der Gäste zu gewährleisten, kontrolliert die Polizei Aachen gemeinsam mit dem Ordnungsamt und der Feuerwehr der Stadt Viersen, ob im Camp die Auflagen eingehalten werden. Unter anderem dürfen im Camp nicht mehr als 3.000 Personen übernachten.

Die Polizei Aachen geht davon aus, dass das Versammlungsgebiet Am Hohen Busch als Ausgangspunkt für das Aktionsbündnis "Ende Gelände" genutzt wird. In den kommenden Tagen ist damit zu rechnen, dass das Gelände regelmäßig von mehreren tausend Personen aufgesucht wird. Ein Teil der Besucher wird dort auch schlafen.

Freitag, 21. Juni 2019

12:19 Uhr Kohlegegner brechen nach Garzweiler aus – Polizei sperrt Bahnhof Viersen

„Deutsche Greta“ Luisa Neubauer bei Demonstration in Aachen.

Bei der Großdemonstration in Aachen ist auch Luisa Neubauer aus Berlin in erster Reihe dabei. Von vielen wird sie als

deutsche Greta Thunberg bezeichnet. „Wir appellieren an die Regierungen dieser Welt, die Klimapolitik zu ändern. Wir werden nicht aufhören, bis gehandelt wird“, sagt die junge Aktivistin am Rande der Demonstration.



Aktivistin Luisa Neubauer. Foto: Christian Parth

Demo am Kraftwerk Niederaußem angekündigt – Polizei sperrt Bahnhof in Viersen

Die Kohlegegner vom Bündnis „Ende Gelände“ haben für Freitag um 13 Uhr eine lautstarke Demonstration am Kraftwerk Niederaußem angekündigt. Unter dem Motto „RWE wegbasen“, wollen die Aktivistinnen und Aktivisten protestieren.

Die Polizei Aachen hat unterdes den Bahnhof in Viersen gesperrt. Züge fahren aktuell nur durch den Bahnhof durch. „Dies ist erforderlich, um das Eindringen von Unbefugten in den

Tagebau zu verhindern“, schrieb die Polizei in einer Mitteilung auf Twitter.

Der Bhf. [#Viersen](#) ist bis auf Weiteres gesperrt [@DB Info](#) Züge fahren durch. Dies ist erforderlich, um das Eindringen von Unbefugten in den Tagebau zu verhindern.



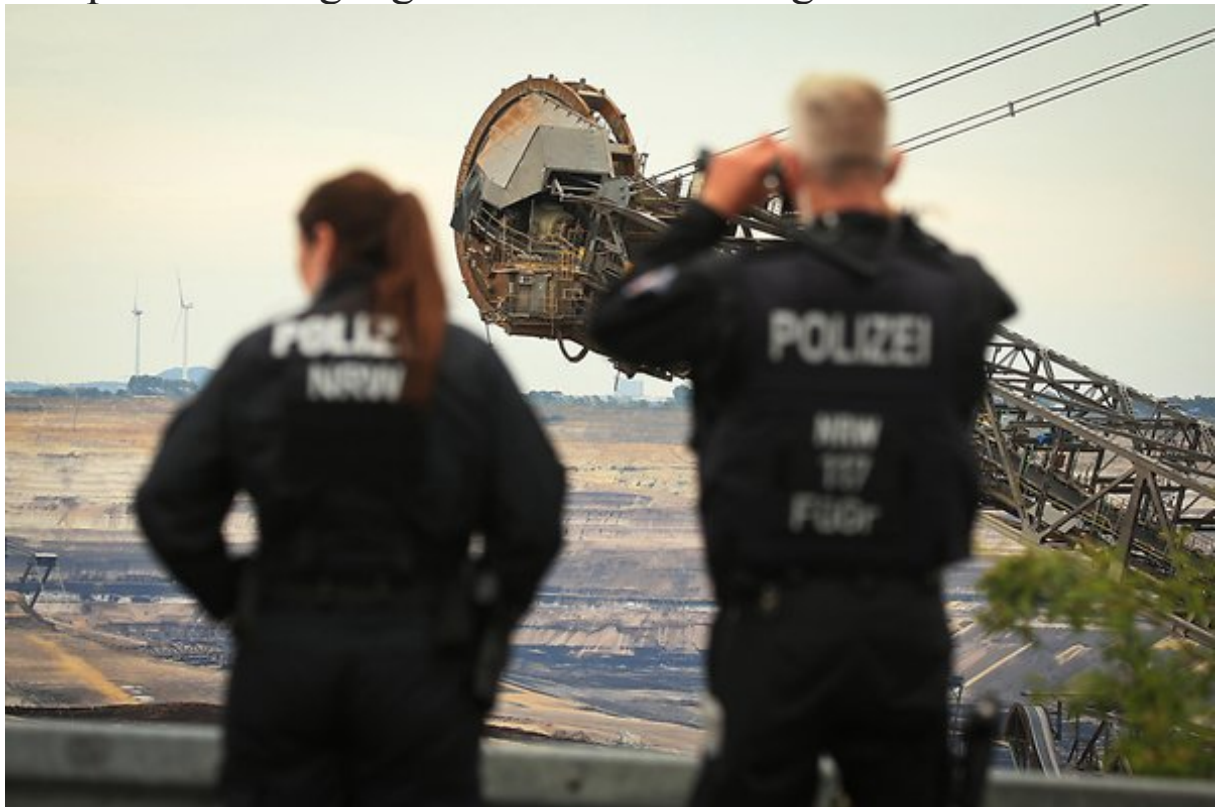
In Viersen ist das Camp der Aktivisten angesiedelt. „Wer das Camp erreichen will, muss eine Bahnstation früher oder später aussteigen“, sagte eine Sprecherin der Polizei auf Anfrage.

Die Aktivisten reagierten verärgert: „Die Polizei nimmt Menschen das Grundrecht für ihre Zukunft zu protestieren. Tausende sind auf dem Weg zu angemeldeten Versammlungen. Die Polizei verhindert das durch Sperrung des Bahnhof Viersen.

Diese Schikanen müssen sofort aufhören", sagte „Ende Gelände“-Pressesprecherin Kathrin Henneberger.

Polizei rechnet auch am Freitag mit Aktionen am Tagebau Garzweiler

Die Polizei zeigte vor den Klima-Protesten im rheinischen Braunkohlerevier bereits früh am Freitag an den Tagebaupunkten deutliche Präsenz. „Wir rechnen jetzt jederzeit mit einzelnen Aktionen“, sagte Sprecher Andreas Müller am Tagebau in Jüchen. Im Brennpunkt steht bei den Aktionstagen der Umweltprotestbewegungen vor allem der Tagebau Garzweiler.



Polizeibeamte stehen an einem Aussichtspunkt am Tagebau Garzweiler. Foto: dpa

Gegen 10.30 Uhr haben die ersten beiden Finger, so nennen die Aktivisten ihre Gruppen, das Camp in Viersen verlassen und sind in Richtung Tagebau Garzweiler aufgebrochen. Dies

bestätigte eine Sprecherin der Aachener Polizei auf Anfrage. „Der Weg ist kompliziert, aber wir sind unterwegs“, sagt Kathrin Henneberger von „Ende Gelände“. Von Viersen aus sind es etwa 20 Kilometer bis zum Tagebau.

Die Bewegung „Fridays vor Future“ erwartet am Freitag in Aachen bis zu 20.000 Teilnehmer zu einer Demonstration. Die deutsche Sprecherin der Bewegung, Luisa Neubauer, kündigte im „SWR“ zudem an, dass man auch eine „Demonstration direkt an der Tagebaukante“ angemeldet habe. Die Protestbewegung „Ende Gelände“ hat Aktionen am oder im Tagebau Garzweiler angekündigt. Polizei und RWE hatten vor lebensgefährlichen Risiken auf dem Betriebsgelände des Energieversorgers gewarnt.

4000 Aktivisten wollen heute ins Braunkohlerevier – Kölner Ortsgruppe in Aachen

Die „Fridays-for-Future“-Ortsgruppe aus Köln ist im RE 9 auf dem Weg nach Aachen. 1000 Leute wollten die Kölner mitbringen. Danach sieht es im Moment aber nicht aus: „Bislang sind es deutlich weniger als wir erwartet haben“, sagt eine Teilnehmerin. Mit dabei auch eine 10-köpfige Gruppe aus Berlin.

Die 18-jährige Luzie aus Rodenkirchen ist seit den Osterferien dabei. Der heutige internationale Protest soll ein Zeichen setzen: „Der Kampf gegen die Klimakrise ist ein Kampf aller Länder. Ich protestiere nicht nur gegen die Politik der deutschen Regierung, sondern gegen die Regierungen auf der ganzen Welt.“

Das Bündnis „Ende Gelände“ teilte am Freitagmorgen mit, dass sich im Laufe des Tages rund 4000 Aktivist*innen aus dem Protestcamp in Viersen in das Braunkohlerevier aufmachen wollen. In einer Mitteilung heißt es: „Sie werden in zwei Wellen aufbrechen. Den ganzen Tag über werden noch Aktivist*innen auf dem Camp ankommen.“



Kölner Demonstrantin Luzie aus Rodenkirchen. Foto: Christian Parth

Bereits hunderte Demonstranten in Aachen angekommen

In Aachen sind am Freitagmorgen bereits mehrere Hundert Schüler zu einer zentralen internationalen „Fridays For Future“-Demonstration eingetroffen. Sie hielten Transparente hoch mit Aufschriften wie „Warum lernen, wenn wir keine Zukunft haben!“ und „Wenn die Erde eine Bank wäre, hättet ihr sie schon

lange gerettet.“ Zu der Demo werden am Freitag bis zu 20 000 Teilnehmer aus 16 Ländern erwartet.

Nach einem Sternmarsch soll es eine Kundgebung vor dem Aachener Fußballstadion Tivoli geben. Die Polizei war mit großem Aufgebot vor Ort. So wurde ein Sonderzug aus Basel, der fast ausschließlich mit Schülern gefüllt war, von zahlreichen Polizisten schon auf dem Bahnsteig empfangen.



Abfahrt vom Dom: Wie diese Gruppe, werden viele Demonstranten aus Köln in Aachen erwartet.

Foto: Christian Parth

Auch aus Köln strömen die Demonstranten zu der Demo nach Aachen. Gruppen haben sich bereits am frühen Freitagmorgen am Dom versammelt, um in den Westen zu reisen. Die Abschlusskundgebung wird um 14.30 Uhr am Tivoli Aachen stattfinden. Laut Polizei ist es im Braunkohlerevier noch ruhig, die große Protestaktion ist für Samstag angekündigt.

15:13 Uhr Aktivisten klagen gegen Polizei – Rezo bei Aachener Demo

Youtuber Rezo bei Großdemonstration in Aachen

Bei der Fridays-for-Future-Demo in Aachen, zu der nach Veranstalter-Angaben am Freitag Zehntausende Teilnehmer gekommen sind, war nach eigenen Angaben auch der Youtuber Rezo dabei.

Der Aachener (26), der mit dem YouTube-Video „Die Zerstörung der CDU“ Millionen von Menschen erreichte, verbreitete beim Internetdienst Instagram am Freitag mehrere Videosequenzen von der Groß Demo. In einer Szene filmte er einen Demonstranten mit einem Plakat, das einen gemalten Rezo zeigte. Kommentar des Youtubers: „Alter, wie cool - ich bin sogar auf Plakaten drauf.“ Rezo hatte in seinem berühmt gewordenen YouTube-Video unter anderem über den Klimawandel gesprochen und dabei vor allem die CDU kritisiert.

„Ende Gelände“-Aktivisten stellen Eilantrag gegen Polizeisperrung in Viersen

Per Eilantrag beim Verwaltungsgericht Aachen wollen Demonstranten erreichen, dass die Polizei die Sperrung des Bahnhofs Viersen aufhebt. Die beiden Antragsteller befänden sich nach Aussage ihres Prozessbevollmächtigten an dem Bahnhof und wollten von dort nach Aachen zur Großdemonstration Fridays for Future reisen. Das Verwaltungsgericht Aachen will nach Auskunft eines Sprechers kurzfristig am Freitag über diesen Eilantrag entscheiden.



Vorerst Endstation für „Ende Gelände“: Die Polizei hat den Bahnhof Viersen gesperrt. Die Aktivisten können somit nicht mit der Bahn zum Tagebau Garzweiler kommen und müssen auf Alternativen warten. Foto: AFP



Polizei und Aktivisten stehen sich am Bahnhof Viersen gegenüber. Die Polizei hat den Bahnhof gesperrt, damit die Aktivisten nicht zum Tagebau Garzweiler kommen. Foto: dpa

Die Polizei hatte den Bahnhof Viersen gesperrt, nachdem am Freitagvormittag rund 1000 Aktivisten auf dem Weg dorthin waren. Die Menschen kamen nach Polizeiangaben aus dem Camp des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“, das Blockaden

im Rheinischen Braunkohlerevier angekündigt habe. Straftaten seien zu erwarten und auch gefährliche Aktionen, begründete eine Polizeisprecherin am Freitag die Sperrung. Züge würden an den Bahnhof bis auf weiteres nur noch durchfahren ohne zu halten. Das Ein- und Ausstiegen ist damit nicht möglich.

Die rund 1000 Demonstranten seien auf dem Weg zu Mahnwachen und Versammlungen gewesen, sagte die Sprecherin des Aktionsbündnisses, Kathrin Henneberger. „Die Polizei nimmt jungen Menschen das Grundrecht, für ihre Zukunft zu protestieren“, unterstrich sie. Tausende seien auf dem Weg zu angemeldeten Versammlungen.

Zehntausende protestieren friedlich in Aachen

In Aachen haben sich mehrere tausend Schüler zu einer Fridays-for-Future-Demonstration für Klimaschutz versammelt. Nicht alle von ihnen schwänzten die Schule, denn viele Schulen hatten den Freitag als Brückentag zwischen Fronleichnam und dem Wochenende freigegeben.

„Ich habe frei“, sagte etwa die 17 Jahre alte Romy aus Köln. Sie hielt ein Schild hoch mit der Aufschrift „Das Klima ist aussichtsloser als unser Mathe-Abi“. Viele Schüler hatten selbst Plakate gebastelt, so mit den Aufschriften „Die Dinos dachten auch, sie hätten Zeit“ oder „Grandma, what's a Snowman?“ (Oma, was ist ein Schneemann?).

Über einem Feuerwehrauto hing ein Transparent mit dem

Spruch „Our House is on fire“ (Unser Haus steht in Brand). Der 21 Jahre alte Nikolai Maas aus Karlsruhe hatte ein Schild dabei mit der Aufschrift: „Mach's wie der BER: boykottier Flüge“ - eine Anspielung auf den nicht fertig werdenden Berliner Flughafen.



Lautstark und mit Spruchbändern und Plakaten demonstrieren nicht nur Schüler bei den Protesten in Aachen.
Foto: AFP

Einer der ältesten Teilnehmer war der 88 Jahre alte Erasmus aus Köln. „Wir unterstützen die Schüler, wir wollen zeigen, dass wir Alten dieselben Ideen haben und dieselben Ziele“, sagte er.

Die Polizei war mit großem Aufgebot vor Ort. Ein Sprecher sagte jedoch, es gebe bisher keinerlei Vorkommnisse.

Kinder seilen sich von Brücke ab

Bei der Klima-Demonstration in Aachen haben sich in einer waghalsigen Aktion zwei Kinder von einer Brücke abgeseilt. Die Polizei beendete nach eigenen Angaben am Freitag die Aktion.

Bilder eines Fotografen der Deutschen Presse-Agentur zeigen die beiden Minderjährigen in Kletterzeug, wie sie in einem Abstand von drei bis vier Metern an Seilen hängen. Zwischen den Seilen spannten die Kinder ein Spruchbanner mit der Aufschrift „Eure Gier kostet unsere Zukunft“. Der Protestzug mehrerer Tausend Menschen, darunter viele Schüler, zur Demo der Protestbewegung Fridays for Future musste wegen der Aktion kurzfristig gestoppt werden.



Kinder hängen in Aachen im Klettergeschirr. Foto: Getty Images

Das Jugendamt der Stadt Aachen teilte auf Anfrage mit, dass die Kinder in Begleitung eines Erziehungsberechtigten gewesen seien. Der sei „wohl etwas zu mutig“ gewesen, hieß es. Zum Alter der Kinder machten weder das Jugendamt noch die Polizei Angaben. Auch war zunächst nicht bekannt, welche Folgen

die Aktion für die Kinder oder den Erziehungsberechtigten hätte.

15:50 Uhr Deutsche Bahn: Züge halten wieder in Viersen

Die polizeiliche Sperrung des Bahnhofs Viersen ist laut Deutscher Bahn NRW nach rund fünfeinhalb Stunden wieder aufgehoben worden. „Wir halten jetzt wieder in Viersen“, sagte eine Sprecherin des Unternehmens der Deutschen Presse-Agentur am Freitagnachmittag. Die behördliche Anordnung sei gegen 10 Uhr ergangen. Die Sperrung sei dann gegen 15.30 Uhr beendet worden. Züge hätten den Bahnhof Viersen in dieser Zeit durchfahren ohne dort zu halten.

16:00 Uhr Klima-Aktivisten sammeln sich am südlichen Tagebau-Rand

Erste Klima-Aktivisten haben sich am Freitagnachmittag in Bebburg im südlichen Bereich des rheinischen Braunkohlereviere versammelt. Die ersten Busse mit Demonstranten trafen auf einem Parkplatz in einem Gewerbegebiet ab etwa 15.30 Uhr ein. Viele der Aktivisten hatten weiße Staubanzüge, die Handwerker unter anderem tragen, mit der Aufschrift „Ende Gelände“ an.

Die Polizei, die während der Aktionstage der Klima-Aktivisten massiv Präsenz zeigt, beobachtete die Entwicklungen.

Die Protestbewegung „Ende Gelände“ hatte Aktionen am oder im Tageabbaugebiet angekündigt. Der Energiekonzern RWE warnte die Aktivisten vor lebensgefährlichen Risiken auf seinen

Betriebsanlagen. In Aachen veranstaltete die Bewegung „Fridays for Future“ zeitgleich eine Klima-Demonstration.

18:41 Uhr 400-köpfige Gruppe am Bahnhof Hochneukirch



Foto: Joachim Röhrig

Eine etwa 400-köpfige Gruppe ist am Bahnhof Hochneukirch eingetroffen und hat sich auf der Straße niedergelassen, weil die Polizei die Bahnstraße blockiert, so dass die Demonstrantinnen und Demonstranten momentan nicht Richtung nördliche Tagebaukante weiterziehen können. Die Stimmung ist gut, alles verläuft friedlich.

19:57 Uhr Bisherige Bilanz zu den Großeinsätzen Die Aachener Polizei zieht positive Bilanz zum bisherigen Verlauf der

beiden Großveranstaltungen am heutigen Tag in Aachen und Viersen.



Die Versammlung "Fridays for Future" im Aachener Stadtgebiet mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist am Freitag, 21.06.2019, weitgehend störungsfrei verlaufen. Die Polizei gewährleistete die störungsfreie Durchführung des Aufzuges und der anschließenden Kundgebung am Tivoli. Insgesamt fünf Gruppen gingen auf unterschiedlichen Wegen zum Kundgebungsort.

Kurz nach 12:00 Uhr gab es Kletterer an zwei Brücken auf dem Versammlungsweg. Dies führte zu einem Stopp des Demonstrationzuges. An einer Brücke handelte es sich um zwei Kinder, die nach Verlassen der Brücke an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes übergeben wurden. Die Veranstaltungsteilnehmer setzten anschließend ihren Aufzug fort und fanden sich am Tivoli ein.

Das Aktionsbündnis "Ende Gelände" hat für den Zeitraum des Fronleichnam-Wochenendes zahlreiche Veranstaltungen rund um den Tagebau Garzweiler angemeldet. In diesem Zusammenhang riefen die Aktivisten zur Teilnahme am zivilen Ungehorsam auf. Es wurden Proteste und Blockaden angekündigt. Es gab Hinweise auf den Beginn von Aktionen ab Freitag, 21.06.2019, 09:00 Uhr.

Pünktlich um kurz nach 09:00 Uhr setzte sich eine erste Gruppe aus dem Camp Viersen in Bewegung. Eine weitere Gruppe verließ kurze Zeit später die Örtlichkeit in Richtung Tagebau

Garzweiler. Um das Eindringen in den Tagebau zu verhindern, untersagte die Polizei ab dem Vormittag den Halt aller Züge im Bahnhof Viersen bis circa 16:00 Uhr. Zwischenzeitlich trafen mehrere Tausend Aktivisten aus dem Camp am Bahnhof Viersen ein und organisierten eigenständig Busse für ihre Weiterfahrt. Nach derzeitigem Stand hat sich der überwiegende Teil der Veranstaltungsteilnehmer zur Mahnwache Bedburg begeben.

Die Polizei lobt das friedliche Verhalten der Aktivisten während der Wartezeit am Bahnhof Viersen.

20:30 Uhr Aktivisten blockieren Kohlebahn – Polizei fordert Räumung



Blockade bei Neurath. Foto: Joachim Röhrig

Seit wenigen Minuten ist die Nord-Süd Kohlebahn von etwa 250 Aktivistinnen und Aktivisten von „Ende Gelände“ blockiert. Etwa 150 Beamte beobachten das Geschehen, haben aber noch nicht eingegriffen. Um 20:17 Uhr erfolgte per Megaphon die zweite Aufforderung zur Räumung. Keine Reaktion. Mit der Kohlebahn werden die Kraftwerke Neurath und

Niederaußem – die zwei größten Kraftwerke Deutschlands – mit Kohle versorgt. Weitere tausende Aktivist*innen sind auf dem Weg zu Blockadeorten. Für Samstag ist eine zweite große Blockadewelle erwartet. Tausende Teilnehmer werden zu Protesten und Aktionen am Tagebau Garzweiler erwartet.

Der Energiekonzern RWE warnte vor lebensgefährlichen Risiken auf seinem Betriebsgelände. Zu einer Fahrraddemo des Umweltverbandes BUND werden bis zu 3000 Teilnehmer erwartet. Die Bürgerinitiative „Alle Dörfer bleiben“ möchte sich an dem Aktionstag symbolisch zwischen Keyenberg und den Tagebau Garzweiler stellen.

21:00 Uhr Blockierer bereiten sich auf die Nacht vor



Die Aktivisten tanzen zu Samba-Rhythmen im Gleisbett. Foto: Joachim Röhring

Viele Bahnblockierer haben Schlafsäcke, Decken und Matten dabei und scheinen für eine Nacht im Gleisbett gerüstet. Aber noch wird zum Rhythmus von Sambatrommeln getanzt. Die Polizei sieht zu.

Die Aktivisten, die in Bedburg von der Polizei beobachtet wurden, bewegen sich jetzt in mehreren Gruppen in die Stadt.

21:15 Uhr Ende Gelände öffnet Suppenküche auf den Gleisen



Foto: Joachim Röhrig

Laut Bürgermeister Sascha Solbach waren die Busse voller Aktivisten nicht angemeldet. Carolina Drzewo von Ende Gelände und die Polizei sagen hingegen, dass eine Demonstration von 50 Personen angemeldet wurde. Ende Gelände teilt mit, die weiteren Aktivisten hätten sich zur Unterstützung der

Mahnwache nach Bedburg begeben. Zudem steht seit Minuten ein Polizeihubschrauber über dem Real.

Die Polizei hat bereits einige Kräfte abgezogen und ist noch mit etwa 70 Leuten vor Ort. Ende Gelände öffnet gerade eine Suppenküche auf den Gleisen.

22:30 Uhr Unter Polizeiaufsicht ist gleich Nachtruhe

Auf den Gleisen passiert heute nichts mehr. Man wird hier unter Polizeiaufsicht nächtigen.



Die Aktivisten bereiten sich auf die Nacht auf den Gleisen vor. Foto: Joachim Röhrig

Samstag, 22. Juni 2019

02:12 Uhr Aachener Polizei weiter im Einsatz – Zwischenbilanz



Nach den Großveranstaltungen am Freitag ist die Aachener Polizei weiter im Einsatz.

Am Rande der Versammlung "Fridays for Future" erhielt am Freitagnachmittag die Polizei Kenntnis darüber, dass die Bastei an der Krefelder Straße durch eine unbestimmte Personengruppe seit den Nachmittagsstunden besetzt wird. Da das Gebäude unter anderem einsturzgefährdet ist und sich die Personen gegen den Willen des Besitzers dort aufhielten, wurden die Hausbesetzer durch Lautsprecherdurchsagen aufgefordert das Gebäude zu verlassen und sich kooperativ zu verhalten. Da die Betroffenen dieser Aufforderung nicht nachkamen, räumten Polizeibeamte gegen 19:00 Uhr die Örtlichkeit. Insgesamt nahmen die Beamten 14 Personen kurzfristig in Gewahrsam und stellten ihre Personalien fest, fünf Tatverdächtige nahmen die Polizisten fest.

Gegen 18:30 Uhr blockierten 800 Personen im Bereich Rommerskirchen die Gleise zwischen dem Kraftwerk Niederaußem und Neurath. 500 dieser Personen hatten zuvor eine Polizeikette durchbrochen und führten zum Teil Schutzbewaffnung mit sich. Die Polizei stufte vor Ort die Zusammenkunft auf den Gleisen als Versammlung ein. Das Geschehen dauert derzeit weiter an.

Auch in Viersen, Bedburg und Hochneukirch stoppte die Polizei zunächst die Aktivisten, um ihr Vordringen in den Tagebau zu verhindern. In Viersen harrten zunächst ca. 700 Personen für mehrere Stunden in Bussen am Bahnhof aus, obwohl man ihnen

angeboten hatte, sich in alle andere Richtungen zu entfernen. Erst am Abend setzten sie sich dann mit den Bussen in Bewegung. In Gut Asperschlag lagern nun ca. 240 Personen aus dieser Gruppe. Aktuell befinden sich noch 150 Personen aus der Viersener Gruppe an einer Kreuzung im Stadtbereich Viersen.

In Bedburg wurden rund 550 Personen aus gleichem Grund vorübergehend angehalten. In der Folge wurde rund 500 Personen die Weiterfahrt mit dem Zug in Richtung Horrem ermöglicht. 50 Personen kehrten mit dem Bus zum Camp Standort zurück.

In Hochneukirch wurde einer Personengruppe von 1600 nach diversen Kooperationsgesprächen ein Aufzug von Hochneukirch nach Keyenberg ermöglicht. Dort haben sie sich niedergelassen und verbringen dort die Nacht.

10:45 Uhr Tweet von Polizei Aachen sorgt für Verwirrung

Ein Tweet der Polizei Aachen sorgte am Samstag für Verwirrung. Wie „netzpolitik.org“ berichtet, war ein offizieller Polizei-Tweet zunächst von Account @mrandmrs_ix und nur eine Minute später über den offiziellen Account der Polizei veröffentlicht wurde. Kurz darauf wurde der Tweet von @mrandmrs_ix wieder gelöscht. Einem Twitter-User war dies aufgefallen, er hegte den Verdacht, dass die Polizei Aachen einen pseudonymen Account für Kommunikation und Beobachtung bei den Klimaprotesten von Ende Gelände handelte.

Inzwischen hat die Polizei Aachen darauf reagiert. In einem weiteren Tweet erklärt sie, dass es sich bei @mrandmrs_ix um den persönlichen Account eines Mitarbeiters handle. Dieser

habe die offizielle Meldung dort aus Versehen veröffentlicht. Es handle sich nicht um einen Account der Behörde.



[@watch_union](#) [@netzpolitik_org](#) 1/2 Der Tweet der Polizei Aachen wurde zunächst irrtümlicherweise mit dem persönlichen Account eines Mitarbeiters veröffentlicht. Als der Fehler bemerkt wurde, haben wir den Tweet unmittelbar unter dem offiziellen Polizei-Account veröffentlicht.

Die Polizei entschuldigt sich für das Versehen.



[@watch_union](#) [@netzpolitik_org](#) 2/2 Wir entschuldigen uns für dieses Versehen und möchten klarstellen, dass es sich bei dem zunächst irrtümlich genutzten Kanal um keinen Behördenaccount handelt!

10:00 Uhr Erste „Fridays for Future“ Demonstranten am Tagebau angekommen

Nicht nur Freitag ist Demo-Tag: Die ersten Teilnehmer einer neuen „Fridays-For-Future“-Kundgebung am Rheinischen Tagebau Garzweiler sind am Samstag in Hochneukirch angekommen. Die jungen Leute wollen bei einem Protestmarsch am Tagebau zum Dorf Keyenberg laufen und dabei für mehr Klimaschutz demonstrieren. „Auf geht's, auf geht's - Ende Gelände“ skandierten sie bei ihrer Ankunft am Samstagmorgen. Die jungen Leute kamen aus Aachen, wo sie am ersten internationalen Streiktag der Protestbewegung teilgenommen hatten. Zu der Demonstration sind laut Polizei 2500 Teilnehmer angemeldet.

Auch die Aktivisten des Bündnisses „Ende Gelände“ machten sich am Samstagmorgen aus verschiedenen Richtungen auf den Weg ins Rheinische Revier. Für 13 Uhr ist unter dem Titel „Alle Dörfer bleiben! Aktionstag Kohle stoppen“ eine Kundgebung zwischen dem Tagebau Garzweiler und dem Umsiedlungsdorf Keyenberg angekündigt. Angemeldet sind laut Polizei 3000 Teilnehmer. Hier wollen auch die „Fridays For Future“-Demonstranten noch dazu stoßen.

„Ende Gelände“ hat unterdessen weitere Blockaden angekündigt. Seit Freitagabend blockieren rund 800 Aktivisten des Bündnisses „Ende Gelände“ bereits eine Bahnstrecke, über die eigentlich Kohle zum RWE-Kraftwerk Neurath gebracht wird. Die Polizei war am Samstag mit einem Großaufgebot im Rheinischen Revier im Einsatz. Auch Räumpanzer und ein Wasserwerfer wurden vorsorglich am Rande des Tagebaus Garzweiler in Stellung gebracht.

09:30 Uhr Demo-Züge sind unterwegs – Bahnhof Viersen teilweise gesperrt

Die Demonstranten sind am Samstagmorgen bereits wieder unterwegs auch die Besetzung der Gleise bei Neurath dauert an. Nach Angaben der Polizeisprecherin Aachen ist der Bahnhof Viersen. Die Züge in Richtung Mönchengladbach, also in Richtung des Tagebaus Garzweiler, sind gesperrt. Stattdessen stehen Busse bereit. Diese dürfen die Teilnehmer nur betreten, wenn sie ihre „Schutzbewaffnung“ ablegten. Darunter versteht die Polizei zum Beispiel Schutzbrillen oder Helme, die vermuten ließen, dass die Betroffenen nicht an einer friedlichen Versammlung teilnehmen wollten, so die Sprecherin. Die Busse

bringen die Demonstranten dann zum Protestmarsch in Hochneukirch.

11:45 Uhr Fahrraddemo in Erkelenz gestartet



Die Fahrraddemo stellt sich am Bahnhof Erkelenz zur Abfahrt auf. Foto: Wilfried Meisen

Rund 350 Teilnehmer haben sich mit dem Fahrrad vom Bahnhof in Erkelenz auf den Weg nach Keyenberg gemacht. Die Demonstration wurde vom Bund organisiert und soll auch Leuten die Teilnahme an den Kohleprotesten ermöglichen, die friedliche demonstrieren nicht in den Tagebau eindringen wollen.

Nach Angaben der Polizei blockieren Demonstranten von Ende Gelände die Landstraße bei Keyenberg. Dort wollte auch die Fahrrad-Demo entlangfahren. Nun wird eine Ausweichroute gesucht.



Rund 1000 Aktivisten von Ende Gelände blockieren eine Landstraße bei Keyenberg. Foto: Wilfried Meisen

12:30 Uhr Aktivisten marschieren weiter

Die Gruppe von Ende Gelände, die die Landstraße bei Keyenberg blockiert hat, marschiert wieder. Noch ist unklar wohin.



Foto: Wilfried Meisen

12:45 Uhr Mehr Teilnehmer als erwartet – Hochneukirchener Gruppe verspätet in Richtung Keyenberg aufgebrochen

Weil offenbar mehr Teilnehmer als erwartet angereist sind ist die Hochneukirchener Gruppe mit Verspätung Richtung Keyenberg aufgebrochen. Es dürften wohl ca. 4000 auf den Beinen sein, die sich nun langsam dem Tagebaurand nähern. Eine große Gruppe von Fridays for Future ist bei der Demonstration dabei.

13:00 Uhr Erster Zwischenfall: Polizei setzt Pfefferspray ein

Auch an einer anderen Stelle ist es den Aktivisten gelungen eine Polizeikette zu durchbrechen. Daraufhin setzten die Beamten Pfefferspray ein. „Aus dem Aufzug, der vom Gut Asperschlag in Richtung Kraftwerk Niederaußem unterwegs ist, hat sich eine Personengruppe gelöst und eine Polizeikette durchbrochen. Es kam zum Einsatz von Pfefferspray“, twitterte die Polizei Aachen.

„Ende Gelände“ schrieb dazu ebenfalls bei Twitter: „Pfefferspray kann extrem gefährlich und sogar tödlich sein - warum wird es gegen Menschen eingesetzt, die für das Überleben der Menschheit kämpfen?“ In einem weiteren Tweet schrieb das Bündnis, man setze nun das um, „was wir in unseren Aktionstrainings geübt haben: besonnen und entschlossen die Polizei durchfließen, wenn sie sich uns in den Weg stellt“.

13:10 Uhr Gruppe durchbricht Polizeikette und marschiert übers Feld – erste Festnahmen

Die Gruppe von Ende Gelände, die die Landstraße bei Keyenberg blockiert hatte, hat die Polizeikette durchbrochen und marschiert nun in Richtung Tagebau.



Aktivisten der Gruppe Ende Gelände haben eine Polizeikette durchbrochen. Foto: Wilfried Meisen

Die Polizei hat alle Zufahrtsstraßen zur Grube gesperrt, weshalb die Aktivisten über ein Getreidefeld laufen. Versuche der berittenen Polizei die Aktivisten aufzuhalten, scheitern. Die Beamten scheinen völlig machtlos zu sein. Mehr als tausend Menschen von Ende Gelände strömen nun auf die Tagebaukante zu.



Foto: Wilfried Meisen

Einige der Aktivisten wurden bei der Aktion von der Polizei festgehalten und in Gewahrsam genommen.



Foto: Wilfried Meisen

Schon kurz vorher hatte die Gruppe versucht zum Grubenrand durchzubrechen. Es kam zu Rangeleien mit der Polizei.



Foto: Wilfried Meisen

13:25 Uhr Hunderte Aktivisten dringen in Tagebau ein

Hunderte Aktivisten der Gruppe Roter Finger von Ende Gelände sind bei Luetzerath in den Tagebau eingedrungen. Die Polizei versuchte die Aktivisten zu Pferd abzuhalten, wurde von den Aktivisten aber überrannt.



Hunderte Aktivisten sind in den Tagebau Garzweiler eingedrungen. Foto: Wilfried Meisen



Foto: Wilfried Meisen

Nun versuchen die Beamten die Aktivisten von der Tagebaukante wegzudrängen. Es sei lebensgefährlich sich dort aufzuhalten.

Die Demonstranten in Keyenberg beklatschten das Durchdringen der Aktivisten in den Tagebau. Die geplante Abschlusskundgebung aller Demonstranten im Ort wird sich wahrscheinlich um rund eine Stunde nach hinten verschieben.

Inzwischen ist die Fahrraddemo in Keyenberg eingetroffen. Mit rhythmischem Klingeln führen sie im Ort ein.

Der Zug aus Hochneukirch hat den Aussichtspunkt am TB Garzweiler passiert. Mehr als 4000 Menschen sind dabei. Den von einem Dutzend IGBCE- und RWE-Leuten aufgebauten Info- und Grillstand lässt man links liegen.



Foto: Wilfried Meisen

13:45 Uhr Hambach-Bahn blockiert – Gruppe von Ende Gelände sitzt in Hückelhoven fest

Eine weitere Gruppe von Ende Gelände, der silberne Finger, blockiert nun die Hambach-Bahn zwischen Buir und Merzenich.

Eine angemeldete Mahnwache des bunten Fingers am Skywalk des Tagebaus Garzweiler darf nicht stattfinden. Der pinke Finger, der gestern am Bahnhof Viersen festsaß, sitzt jetzt in Rheidt-Hüchelhoven fest.

14:00 Uhr Mehrere leicht Verletzte

100 Aktivisten sind von der Polizei am Tagebau bei Lützerath eingekesselt, es gibt mehrere leicht verletzte Personen. Die Beamten halten die Aktivisten in der Grube mit Sperrriegeln von einem Bagger fern.

Der Goldene Finger bei Hochneukirch ist mittlerweile noch größer geworden und dringt ungehindert tiefer in die Grube ein.



Polizisten halten die Aktivisten von einem Bagger fern. Foto: Wilfried Meisen



Aktivisten in Hochneukirchen ziehen durch den Tagebau. Foto: Joachim Röhrig

14:10 Uhr Weiterhin Ruhe am Kraftwerk Niederaußem

Am Kraftwerk Niederaußem ist es noch ruhig. Die Polizei versperrt dem pinken Finger in Rheidt den Weg. Keiner kommt durch. Auch die Presse nicht.

14:30 Uhr Polizei blockiert Goldenen Finger

In Hochneukirchen ist die Polizei in der Grube nun stark vertreten und hat eine Kette gebildet, um ein weiteres Vordringen des Goldenen Fingers zu verhindern. Ende Gelände hat es scheinbar auf den auf halber Höhe stehenden RWE-Bagger 288 abgesehen.

15:00 Uhr Hubert Weiger spricht zu Demonstranten

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland, spricht in Keyenberg zu vielen tausend Demonstranten, die dort gerade ankommen. Diese Bewegung sei längst überfällig, es müsse mit friedlichen Mitteln gekämpft werden. „Hier und heute muss gehandelt werden“, so Weiger.



Hubert Weiger. Foto: Ralph Jansen



Foto: Ralph Jansen

Die tausenden Demonstranten ziehen jetzt symbolisch eine gelbe Linie zwischen Ort und Tagebau. Da diese einige hundert Meter länger wird als gedacht, reicht die vorbereitete gelbe Plane nicht für alle aus.



Foto: Ralph Jansen (oben) Wilfried Meisen (unten)



Am Skywalk sind nun auch ein paar Dutzend Aktivisten in den Tagebau Garzweiler eingedrungen. Die, die es nicht geschafft haben, sitzen unter Polizeiaufsicht am Grubenrand. Einige diskutieren am Skywalk mit Mitarbeitern von RWE.

15:30 Uhr Polizei meldet verletzte Beamte

Die Polizei spricht jetzt erstmals von verletzten Beamten. Bei Twitter schrieb die Aachener Polizei, die Aktivisten würden sich weiter in Richtung Tagebau bewegen. „Hier wurden unsere Kollegen/innen massiv angegangen & teilweise verletzt.“

Über die Zahl der Verletzten oder die Schwere der Verletzungen konnte die Pressestelle der Aachener Polizei zunächst keine Angaben machen. Nach Informationen der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die unter anderem mit ihrem Landesvorsitzenden Michael Mertens im Rheinischen Revier vor Ort ist, wurden bis zum frühen Nachmittag mindestens zwei Beamte verletzt. Vermutlich seien sie gestürzt während des Ansturms auf den Tagebau.



Aktivisten laufen in Richtung Tagebau Garzweiler. Foto: dpa



Ein Polizist versucht, eine Aktivistin am Betreten des Tagebau Garzweiler zu hindern. Foto: dpa

17:10 Uhr Versammlungen im Tagebau laut Polizei beendet

Statement Polizei Aachen aktuell: Die Polizei Aachen hat in einem Statement erklärt, dass die Versammlungen am Tagebau Garzweiler beendet seien. Die Blockade der Kohlebahn- gleise in Neurath dauert an, wird zurzeit allerdings nicht ge- räumt. Die Blockade der Hambach-Bahn nahe der Brücke Morschenich dauert ebenfalls noch an.

Zudem spricht die Polizei momentan mit Personen von „Ende Gelände“, die an verschiedenen Stellen in den Tagebau einge- drungen sein sollen.

17:15 Uhr Zwangsräumung der Grube

Die Beamten haben den Aktivisten eine freiwillige Räumung der Grube angeboten, andernfalls geschehe diese unter Zwang.

Da die Besetzer sich weigerten, kommt es nun zur Zwangsräumung durch die Beamten.



Foto: Wilfried Meisen

18:25 Uhr Unbekannte legen Feuer an Schaltmodul von RWE

Unbekannte haben am Samstag in Mönchengladbach-Wanlo am Rand des Tagebaugebiets Garzweiler den Schaltschrank einer Pumpstation des Betreibers RWE in Brand gesetzt. Die Polizei gehe von vorsätzlicher Brandstiftung aus, sagte eine Sprecherin. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass das Feuer im Zusammenhang mit der Klimademonstration gelegt worden sei, hieß es. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Feuerwehr löschte den Schaltkasten.

Bereits am Freitagabend hatte den Angaben zufolge eine Pumpstation im nur wenige Kilometer entfernten Lützerath gebrannt. Auch hier vermutet die Polizei eine Brandlegung.

18:27 Uhr Versuchte Gefangenbefreiung in Jackerath

Im Tagebau Jackerath ist es zu versuchten Gefangenenbefreiungen gekommen. Die Polizei Aachen appellierte via Twitter an die Demonstranten, sich „besonnen und kooperativ“ zu verhalten und „Befreiungsversuche und Angriffe auf Beamte“ zu unterlassen. Die Polizei Aachen teilte auf dpa-Anfrage mit, dass es mehrere Ingewahrsamnahmen gegeben habe. Genaue Zahlen, um wie viele Personen es sich handele, konnte die Polizei zunächst nicht machen. Ferner berichtete die Behörde via Twitter, dass Demonstranten versuchten, die Abbruchkante des Tagebaus hochzuklettern und warnte vor „Lebensgefahr“. Die Abbruchkante könne „abrutschen“.

Die von der Polizei in Gewahrsam genommenen Demonstranten werden laut Polizei bei derartigen Demonstrationen in einer „bestimmten Örtlichkeit“ festgehalten. Bei der Feststellung der Personalien sei es den Angaben zufolge zu den versuchten Gefangenenbefreiungen gekommen. Dies sei eine Straftat, das Eindringen in den Tagebau Hausfriedensbruch, dazu komme Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

19:00 Uhr Vollständige Räumung womöglich erst morgen

Polizeisprecher Müller macht noch keine Angaben über Verletzte. Den Tagebesetzern wird angeboten, das Gelände freiwillig zu verlassen. Es sei jedoch zu erwarten, dass sich die meisten weggetragen lassen. Beim Abtransport greift die Polizei auf geländegängige Busse von RWE zurück. Falls es nicht gelinge, alle vor Einbruch der Dunkelheit rauszuholen, werde man aus Sicherheitsgründen unterbrechen und morgen weitermachen. Dann nehme man auch die Gleisbesetzungen in Angriff. Die Leute aus dem Tagebau werden am Skywalk erkennungsdienst-

lich behandelt. RWE habe angekündigt, Anzeigen wegen Hausfriedensbruch einzureichen. Es hat einige Pfeffersprayeinsätze gegeben, wenn versucht wurde, Polizeiketten am Tagebau zu durchbrechen. Dass man das Eindringen nicht vollständig würde verhindern können, sei von vornherein zu erwarten gewesen.

20:27 Uhr Aachener Polizei weiter im Einsatz - erste Zwischenbilanz von Samstag Nach den Demonstrationen am Samstag ist die Aachener Polizei weiter im Einsatz



In den Morgenstunden sammelten sich die Teilnehmer am Samstag (22. Juni) in ihren Camps, um zu den verschiedenen Versammlungsorten zu gelangen. Mehrere Hundertschaften der Polizei begleiteten die Aufzüge. Im Tagesverlauf zählte die Polizei mehrere tausend Personen im rheinischen Braunkohlerevier. Weiterhin war die Polizei damit konfrontiert, dass etwa 800 Besetzer die Nord-Süd-Bahn seit dem Vorabend in Rommerskirchen besetzt hielten.

Die unter dem Namen "Fridays for Future" angemeldete Demonstration bestand aus zwei verschiedenen Gruppierungen. Während im vorderen Teil Anhänger von Fridays for Future mitgingen, hielten sich im hinteren Bereich des Aufzuges Personen aus dem Spektrum von Ende Gelände auf. Die Fahrraddemo des BUND sowie die Demonstration von Jackerath nach Keyenberg verliefen weitgehend störungsfrei und anmeldekonform. Bei der Kundgebung in Keyenberg und an den Mahnwachen gab es keine besonderen Vorkommnisse.

Am Bahnhof Viersen stellte die Bahn AG den Bahnverkehr in Richtung Mönchengladbach auch heute auf Anordnung der Polizei Aachen zwischen 07:40 Uhr und 09:30 Uhr wegen erneuter Begründung einer Gefahrenlage bzw. der Ankündigungen von Straftaten ein. Die Versammlungsteilnehmer selbst organisierten einen Personenersatzverkehr. Die Abfahrt der Busse erfolgte nach Ablegen von Schutzbewaffnungen, also Gegenständen, die zum Schutz bei gewaltsamen Zusammenstößen im Rahmen von Versammlungen benutzt werden sollten (Brillen, Schilder und Strohsäcke). Dieser Aufforderung kamen die Versammlungsteilnehmer nach.

Um 13:15 Uhr erhielt die Polizei Kenntnis darüber, dass eine unbestimmte Anzahl von Demonstranten in Merzenich die Hambach-Bahn blockiert. Etwa zeitgleich drangen mehrere hundert Versammlungsteilnehmer am Tagebau in Garzweiler in Höhe eines Aussichtspunktes auf die erste Sole ein. Das Eindringen in der Tagebau erfolgte unter Gewalteinwirkung zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamten und unter Begehung von Sachbeschädigungen zum Nachteil von Landwirten, unter anderem durch das Betreten von Feldern. In den frühen Abendstunden begannen Polizisten mit der Räumung im Tagebau Garzweiler.

Ersten Erkenntnissen zufolge wurden insgesamt acht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verletzt. Der Einsatz dauert an.

Sonntag, 23. Juni 2019

05:03 Uhr Unterschiedliche Angaben über Versorgung mit Nahrungsmitteln

Die Polizei hat in der Nacht nach eigenen Angaben die Aktivisten im Tagebau mit Getränken und Lebensmitteln versorgt. Ein Berliner Grünen-Politiker, der vor Ort gewesen sei, dementierte diese Darstellung. Essen und Wasser sei von Ende Gelände gekommen und „stundenlang nicht durchgelassen“ worden. Ein

anderer Politischer Beobachter twitterte, dass zweimal Getränke gereicht worden seien. Auf Essen hätten die Menschen jedoch „über 13 Stunden warten“ müssen. Ähnlich lautende Kritik der Aktivisten wies die Polizei auf dpa-Anfrage zurück.

Bei Tagesanbruch begannen die Beamten, die Aktivisten aus dem Tagebau zu tragen. Ende Gelände spricht von 250 Menschen, die noch im Tagebau sind. Die Blockade der Nord-Süd-Bahn dauert demnach weiter an.

10:00 Uhr Tagebau Garzweiler vollständig geräumt

Die Polizei hat am Sonntagmorgen nach eigenen Angaben die Räumung des Braunkohletagebaus Garzweiler beendet. Alle Demonstranten, die das Gelände am Samstag gestürmt hatten, seien mittlerweile herausgetragen worden oder freiwillig gegangen, sagte eine Sprecherin der Polizei Aachen. Eine Sprecherin von Ende Gelände sagte dagegen, an schwer zugänglichen Stellen im Tagebaugelände hielten sich noch Demonstranten auf, ihre Zahl liege im „niedrigen zweistelligen Bereich“.

12:00 Uhr Geordneter Rückzug

In Neurath läuft der geordnete und friedliche Abzug. In langen Reihen durchlaufen die Besetzer ein Polizeispalier und eine Videoschranke und werden dann auf die Landstraße Richtung Bahnhof Rommerskirchen entlassen. Wegen einer Anzeige von RWE wegen Nötigung gegen einige Aktivisten, sei es nötig, diese erkenntungsdienstlich zu behandeln, so die Begründung für die Videoschranke. Der Bahnhof liegt rund sieben Kilometer entfernt.



Die Polizisten lassen die Protestierenden auf den Neurathgleisen weiter gewähren. Foto: Röhrig

18:22 Uhr Zahlreiche Flurschäden – Ende Gelände reagiert

Die Polizei meldet, dass es am Wochenende zu zahlreichen Flurschäden gekommen sei. Landwirte sollen Strafanzeige erstatten, um Ansprüche auf Schadensersatz zu wahren. Ende Gelände hat über Twitter darauf reagiert.

21:39 Uhr Zwischenbilanz zu den Protestaktionen im Zusammenhang mit dem rheinischen Braunkohlerevier am Sonntag



Die Polizei musste bei Protestaktionen mit zahlreichen Polizeibeamten einschreiten. Rückreise vieler "Fridays for Future"-

Demonstranten in Aachen; erste Abreisen von Ende Gelände-Aktivisten.

Am Samstagabend, gegen 22:00 Uhr, gaben etwa 100 Aktivisten die Blockade der Hambach-Bahngleise am Tagebau Hambach freiwillig auf. Sie durften selbständig in ihr Camp nach Viersen zurückkehren.

In den frühen Sonntagmorgenstunden transportierte die Polizei Aachen die letzten Aktivisten aus dem Tagebau Garzweiler. Sie waren am Samstag in einer teils gewaltsamen Durchbruchaktion in den Tagebau gelangt und hatten sich trotz vielfacher Aufforderung von dort aus eigener Initiative nicht entfernt (wie berichtet). Dabei begaben sich die Aktivisten nicht nur selbst in Leib-und Lebensgefahr, sondern nahmen diese Gefahr auch für alle anderen Beteiligten, wie insbesondere die Einsatzkräfte, in Kauf.

Parallel dazu kündigte die Besetzergruppe der Nord-Süd-Bahn in Rommerskirchen an, die Gleisblockade gegen 09:00 Uhr aufzugeben und sich freiwillig zu entfernen. Entgegen dieser Ankündigung verblieb die Gruppe jedoch vor Ort.

Etwa zeitgleich wurden der Polizei neue Informationen bekannt, die einen Anfangsverdacht der Nötigung im Zusammenhang mit dieser Gleisblockade vom vergangenen Freitag (21.6) begründeten. Die RWE Power AG stellte Strafantrag. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Mönchengladbach videografierte die Polizei deshalb alle noch auf den Gleisen anwesenden Personen zur Sicherung des Strafverfahrens.

Anschließend mussten die Teilnehmer den Bereich der Bahnschienen verlassen. Eine kleinere Gruppe von circa 40 Personen kam auch dieser Aufforderung zunächst nicht nach. Ein

Großteil von ihnen leistete passiven Widerstand und musste von Polizeibeamten weggetragen werden. Zwei Personen keteten sich zunächst unbemerkt an die Gleise. Diese wurden nach Entfernen des so genannten Lock-On in Gewahrsam genommen.

Darüber hinaus erhielt die Polizei im Tagesverlauf Kenntnis über eine rechtswidrige Besetzung eines leerstehenden Hauses in Morschenich, das sich im Besitz der RWE Power AG befindet. Das Unternehmen stellte Strafantrag. Die sechs Personen weigerten sich, freiwillig hinaus zu kommen. Nach mehrmaliger Aufforderung das Haus zu verlassen, verschafften sich Polizeibeamte Zugang zum Gebäude. Die angetroffenen Aktivist*innen leisteten passiven Widerstand, wurden durch die Polizei hinausgetragen und in Gewahrsam genommen.

Montag, 24. Juni 2019

15:07 Uhr Polizeieinsatz im Tagebau Hambach – sieben Frauen nach Baggerbesetzung vorläufig festgenommen



Heute Morgen gegen 05.00 Uhr informierten Verantwortliche von RWE die Polizei Aachen über die Besetzung eines Baggers im Tagebau Hambach in der Nähe der Ortslage Manheim. Sieben Personen war es im Schutze der Dunkelheit gelungen, auf einen Bagger zu klettern. Laut RWE war der Bagger zu diesem Zeitpunkt in Betrieb und wurde nach Entdeckung der Personen abgeschaltet. Die Besetzerinnen saßen in ca. 80 Metern Höhe und reagierten nicht auf mehrfache polizeiliche Ansprache, den Bagger freiwillig zu verlassen. Beamte einer Spezialeinheit für Höhenrettung konnten alle Personen widerstandslos vom

Bagger hinunterbringen. Laut RWE wurden zudem die Videoanlage des Baggers beschädigt, es entstand ein Sachschaden im fünfstelligen Bereich. Die tatverdächtigen Frauen hatten teils ihre Fingerkuppen verklebt und ihre Gesichter bemalt; sie verweigerten jegliche Angaben zu ihrer Identität und wurden vorläufig festgenommen. Alle erwartet nun ein Strafverfahren wegen Störung öffentlicher Betriebe, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch; RWE hat Strafantrag gestellt.



Aktivisten auf dem Braunkohlebagger. Foto: Eric Lamparter

Mittwoch, 26. Juni 2019

14:50 Uhr Bilanz der Polizei zu den Veranstaltungen von „Fridays for Future“ in Aachen und „Ende Gelände“ im Rheinischen Braunkohlerevier.



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Am Freitag (21.06.19) demonstrierten auf den Aachener Straßen und Plätzen tausende von junge Menschen der "Fridays for Future"- Bewegung. Alle Demonstrationzüge und Veranstaltungen verliefen friedlich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland und aus dem Ausland setzten damit ein eindrucksvolles Zeichen für den Klimaschutz. Weitere Veranstaltungen von "Fridays for Future" am darauffolgenden Samstag in der Nähe des Tagebaus Garzweiler verliefen ebenfalls störungsfrei. Allerdings kam es am Wochenende bei den Veranstaltungen von "Ende Gelände" trotz des im Vorfeld angekündigten gewaltfreien Aktionskonsenses doch zu gewalttätigen Übergriffen.

Die Polizeibeamtinnen und Beamten, die ein Eindringen von Personen über die lebensgefährliche Abbruchkante in den Tagebau verhindern wollten, wurden teils massiv angegangen und überrannt. Tatverdächtige leisteten bei ihren Festnahmen Widerstand und im Rahmen von Identitätsfeststellungen kam es zu versuchten Gefangenenerbefreiungen. Im Einsatz bzw. infolge der örtlichen Gegebenheiten wurden insgesamt 16 Beamte/-innen verletzt, vier konnten ihren Dienst nicht weiter fortsetzen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Verletzungen handelte es sich um Verletzungen der Gliedmaßen nach Stürzen oder Widerstandshandlungen. In dem gesamten mehrtägigen Einsatz wurden nach ersten statistischen Auswertungen bei 913 Personen Maßnahmen zur Identitätsfeststellung durchgeführt. Elf Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen.

Mehr als 500 Personen transportierte die Polizei mit Bussen zur Verhinderung von Straftaten wieder zurück nach Viersen. 15 Personen wurden ins Polizeigewahrsam gebracht, drei verblieben im polizeilichen Dauergewahrsam. Bislang liegen dem PP Aachen 75 Strafanzeigen u.a. wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und

Nötigung vor, eine abschließende Zahl kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden.

In der Gesamtheit betrachtet zieht die Polizei Aachen eine positive Bilanz; der Polizeipräsident, Dirk Weinspach, erklärt: "Das Einsatzkonzept ist aufgegangen. Die Polizei schütze eine Vielzahl von friedlichen Versammlungen und Klimaschutzprotesten. Gesetzeswidrige Aktionen von "Ende Gelände" wurden professionell abgearbeitet und Strafverfahren eingeleitet."

Die Aachener Polizei wurde von Beamtinnen und Beamten aus ganz NRW und dem Bundesgebiet sowie von der Bundespolizei unterstützt. Der Einsatzleiter, Herr Thomas Dammers, dankte allen eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren engagierten und professionellen Einsatz.

Zusatz (Stand 14:45 Uhr): Alle erwähnten Personen sind zwischenzeitlich entlassen worden.

Donnerstag, 27. Juni 2019

19:23 Uhr Vermummte greifen erneut einen RWE Stützpunkt am Hambacher Forst an – Tatverdächtige fliehen unerkannt. Einsatz der Polizei in Morschenich – besetztes Gebäude wird geräumt.



Gestern Abend (26.06.19) gegen 23.15 Uhr griff eine Personengruppe einen RWE Stützpunkt an der ehemaligen L 276 an. Mit Steinen und Molotowcocktails bewarfen ca. zehn Vermummte die dortigen Mitarbeiter. Unmittelbar nach dem Angriff zogen sich die Tatverdächtigen in den Wald zurück. Ein Stein traf

einen Helm tragenden Mitarbeiter am Kopf, dieser blieb unverletzt. Drei brennende Molotowcocktails konnten nach dem Aufschlagen auf den Boden gelöscht werden. Personen wurden durch den Angriff nicht verletzt, es entstand kein Sachschaden. Die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen und ermittelt wegen Landfriedensbruch und versuchter gefährlicher Körperverletzung. Tatverdächtige konnten bis dato nicht ermittelt werden.

Aachen/ Morschenich- Gestern Nachmittag (26.06.2019) besetzten mehrere Personen widerrechtlich ein leerstehendes Haus in der Oberstraße in Morschenich. Die RWE Power AG hat heute als Eigentümerin des Gebäudes Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt. Mehrfachen Aufforderungen der Polizei das Haus freiwillig zu verlassen, kamen die Besetzer nicht nach. Ab heute Nachmittag erfolgte dann die Räumung des betroffenen Objekts.

Das Innere des Hauses war von den Besetzern verbarrikadiert worden. Im Gebäude trafen die Beamten auf mehrere Besetzer; zwei von ihnen steckten mit ihren Armen in massive Lockons und werden zurzeit befreit. Die Maßnahmen hierzu dauern an. Mit Hilfe eines Hubwagens brachte die Beamten sieben Tatverdächtige vom Dach hinunter. Bisher wurden 10 Personen festgenommen und ins Gewahrsam gebracht; zwei Personen gaben ihre Personalien an und verließen nach Platzverweis die Örtlichkeit. Die EK Hambach hat die Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Widerstands aufgenommen.

Freitag, 28. Juni 2019

14:17 Uhr Nachtrag: Einsatz besetztes Haus in Morschenich



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Bei der gestrigen Räumung eines widerrechtlich besetzten Hauses in der Oberstraße dauerten die Maßnahmen der Polizei in Morschenich bis in die späten Abendstunden an. Der Einsatz wurde um kurz nach 23.00 Uhr beendet.

Insgesamt wurden 15 Personen in dem Haus angetroffen. Bei drei Tatverdächtigen konnten die Personalien noch vor Ort zweifelsfrei festgestellt werden, sie wurden anschließend mit einem Platzverweis entlassen.

Die zwölf übrigen Personen wurden zur Feststellung ihrer Identität in Gewahrsam genommen und zur Wache gebracht. Nach Durchführung der erkennungsdienstlichen Maßnahmen wurden alle Personen entlassen. Entsprechende Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Widerstand wurden eingeleitet (siehe unsere Meldung vom 27.06.2019).

17:00 Uhr Behörde hält Bäume im Forst nicht für gefährdet

Die für den Bergbau zuständige Bezirksregierung Arnberg sieht keinen Grund für den von Naturschützern geforderten sofortigen Stopp der Braunkohlebagger am Hambacher Forst. Der Wald sei nicht in Gefahr. „Wir sind sicher, dass nichts passiert“, sagte ein Sprecher am Freitag. Der Energiekonzern RWE habe die Auflage, dass die oberste Sohle des Tagebaus nicht näher als rund 50 Meter an den Wald heranrücken dürfe.

Mittlerweile habe der Bagger an einer Stelle diesen Sicherheitsabstand erreicht. Ganz überwiegend sei er aber noch 100 bis

200 Meter vom Wald entfernt, sagte der Sprecher. Weil die Tagebaukante nicht parallel zum Wald verlaufe, gebe es unterschiedliche Abstände.

Auch die Befürchtung des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass die wasserspeichernden Erdschichten angeschnitten und die Bäume des Hambacher Forsts dadurch vertrocknen könnten, sei unbegründet. Niederschlagswasser werde ausreichend im Boden gespeichert, sagte der Sprecher. Das habe der Geologische Dienst des Landes geprüft.

Sonntag, 30. Juni 2019

15:32 Uhr Einsätze am Tagebau Hambach am Wochenende; Bewurf mit Molotowcocktails, versuchte Baggerbesetzung; nicht angemeldete Versammlung am Tagebau mit einer Ingehrsammassnahme.



An diesem Wochenende war die Aachener Polizei erneut am Braunkohletagebau im Einsatz. In der Nacht zum Samstag (29.6.) kam es gegen 01:30 Uhr in der Nähe des ehemaligen Zubringers der alten BAB A4 in Kerpen zu einem Bewurf mit Molotowcocktails in Richtung geparkter Dienst-Kfz und eines Mitarbeiters der RWE Power AG. Weder Fahrzeuge noch Personen wurden getroffen. Die Ermittlungskommission Hambach hat die Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung aufgenommen.

In der Nacht zum Sonntag (30.6.) gegen 02:20 Uhr versuchten sechs Personen einen Bagger im Tagebau Hambach zu

besetzen. Vier Personen wurden noch am Fuße des Baggers durch Sicherheitskräfte von RWE aufgehalten. Zwei Personen drangen auf eine Plattform des Baggers vor und wurden durch die Sicherheitskräfte vom Bagger gebracht. Dabei haben sie nach bisherigen Erkenntnissen keinen Widerstand geleistet. Die Straftäter wurden der Polizei übergeben, die weitere Maßnahmen zur Identitätsfeststellung einleitete. Gegen sie wird nun wegen Hausfriedensbruchs ermittelt.

Für den heutigen Sonntagmittag hatte eine Privatperson bereits am Freitag (28.Juni) öffentlich zu einer nicht angemeldeten Versammlung "Rote Linie" an der Tagebaukante aufgerufen. Weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass es im Zusammenhang mit der Versammlung zu der Begehung von Straftaten (Bsp. Hausfriedensbruch) kommen könnte, war die Polizei mit einem angemessenen Kräfteansatz im Einsatz. Vor Ort erklärte sich eine Person aus der Gruppe als Versammlungsleiter. Gegen die Privatperson, die öffentlich zu der nicht genehmigten Versammlung aufgerufen hatte wird ein Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet.

Die Veranstaltung mit in der Spitze etwa 200 Teilnehmern heute verlief insgesamt friedlich. Eine männliche Person, die sich während der Versammlung immer wieder verummte und Polizisten mehrfach beleidigend den Mittelfinger zeigte, wurde im Anschluss an die Versammlung in Gewahrsam genommen. Er führte keine Ausweisdokumente mit und wollte seine Identität nicht preisgeben. Damit gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet werden kann, werden nun seine Personalien festgestellt.

Mittwoch, 03. Juli 2019

**11:55 Uhr Unbekannte manipulieren Oberleitung der Ham-
bach-Bahn**



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Unbekannte Täter haben in der vergangenen Nacht eine Oberleitung der sog. "Hambach-Bahn" manipuliert und dadurch einen Kurzschluss verursacht. Die Leitungen wurden dabei beschädigt. Ein Transportzug der RWE Power AG kam aufgrund der Störung gegen 03.30 Uhr zum Stillstand. Verletzt wurde niemand.

Am Tatort konnten Beweismittel sichergestellt werden. Die EK Hambach hat die Ermittlungen u.a. wegen gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr und Sachbeschädigung aufgenommen.

Donnerstag, 04. Juli 2019

14:42 Uhr Tatverdächtige beschädigen zwei Trafostationen am Tagebau – erneuter Angriff auf RWE-Mitarbeiter



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Gestern Abend (03.07.2019) gegen 18.25 Uhr stellten Mitarbeiter von RWE zwei Personen dabei fest, wie diese eine Trafostation im Bereich der Forsthausstraße beschädigten. Als man versuchte die Tatverdächtigen festzuhalten, erschien eine etwa 10 – 15-köpfige, verummte Personengruppe aus dem Wald und warf Steine in Richtung der RWE-Mitarbeiter, verletzt wurde niemand. Anschließend flohen die Steinewerfer unerkannt wieder zurück in den Hambacher Forst. Eine Fahndung verlief ohne Ergebnis. Die EK Hambach ermittelt nun wegen

versuchter gefährlicher Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs.

Die beiden festgehaltenen Tatverdächtigen der Sachbeschädigung wurden der Polizei übergeben. In unmittelbarer Nähe stellten die Beamten eine weitere beschädigte Trafostation fest. Die EK Hambach ermittelt nun wegen Sachbeschädigung. Nach Feststellung der Identität der männlichen und der weiblichen Person wurden beide entlassen.

Freitag, 12. Juli 2019

12:00 Uhr Luft-Aufnahmen vom Ansturm der Demonstranten

Ein knapp fünfeinhalbminütiger Film zeigt Szenen von den Vorkommnissen am Samstag, 22. Juni, am Hambacher Forst. An dem Tag hatten hunderte Aktivisten den Tagebau gestürmt. Die Aufnahmen wurden laut Innenministerium aus Hubschraubern der Landesfliegerstaffel und Bundespolizei heraus gemacht.

In dem Video ist unter anderem zu sehen, wie eine Polizistin von Aktivisten beim Ansturm auf die Tagebaukante förmlich überrannt wird. Nach Angaben der Polizei Aachen vom Freitag sind bei dem viertägigen Einsatz 16 Beamte verletzt worden, vier hätten ihren Dienst nicht fortsetzen können.

„Bei der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Verletzungen der Gliedmaßen nach Stürzen oder Widerstandshandlungen“, so eine Polizeisprecherin. Etwa die Hälfte der Verletzungen sei aus der „direkten Konfrontation zwischen Aktivisten und Polizeibeamten“ entstanden.

Das Video zeigt auch, wie hunderte Aktivisten in einer Art Schlange durch ein Feld bei Rommerskirchen marschieren. „Ende Gelände“ hatte nach den Protesten im Rheinischen Revier Bauern angeboten, ihre Schäden zu melden, um dafür aufzukommen. „Die Gespräche laufen, sie sind sehr freundlich und verständnisvoll“, sagte eine Sprecherin von „Ende Gelände“ am Freitag. Das Video ist nicht öffentlich einsehbar.

Dienstag, 16. Juli 2019

10:00 Uhr Camp for Future muss an den Ortsrand

Das von der BUND-Jugend NRW vom 2. bis 11. August geplante Camp for the Future soll auf einem Acker am Blatzheimer Weg am Ortsrand von Buir stattfinden. Dies berichtete die Aachener Polizei auf Anfrage. Das Gelände sei von der Stadt Kerpen als Alternativ-Standort vorgeschlagen und von der Bund-Jugend akzeptiert worden. Ursprünglich wollte diese ihr Camp am Park an der Buirer Grundschule, also mitten im Ort, veranstalten. Die Veranstaltung, so hieß es bei der Polizei, könne aufgrund des Versammlungsrechtes nicht einfach untersagt werden.

Dies wünschen sich aber eigentlich Mitglieder der Bürgerinitiative „Gemeinsam“, die, so berichtet es deren Sprecher Dirk Scholz, hauptsächlich aus Mannheim und Buir stammen. Unter dem Motto „Gemeinsam für Ruhe in Buir, Mannheim und unsere Region“ haben sie für nächsten Donnerstag, 17 Uhr, zu einer Demonstration in Kerpen aufgerufen, zu der rund 400 Teilnehmer erwartet werden. Ziel dabei ist, Druck auszuüben, um neue Camps von Kohlegegnern im Zuge der Auseinandersetzungen

um den Tagebau Hambach zu verhindern. „Wir wünschen uns einfach, dass bei uns mehr Ruhe einkehrt“, erläuterte Scholz.

„Selbst für friedliche Proteste“ keine Akzeptanz mehr

Man wolle nicht das Versammlungsrecht einschränken, fordere aber mehr Rücksichtnahme auf Anwohner. Nach den Auseinandersetzungen der letzten Monate und des vergangenen Jahres sei in der Bevölkerung „selbst für friedliche Proteste“ keine Akzeptanz mehr vorhanden. Es sei nun zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung, dass es der Stadt und der Polizei gelungen sei, die Veranstaltung an den Ortsrand abzudrängen.

Das Camp sei vor allem für junge Menschen, die sich in der Klimabewegung engagieren wollen, gedacht, betont die BUND-Jugend. Geplant seien Workshops, ein buntes Abendprogramm und „friedliche Aktionen“.

Donnerstag, 18. Juli 2019

16:00 Uhr Feuerwehr löscht brennende Wiese am Hambacher Forst

Die Feuerwehr hat einen Brand auf einer Wiese am Hambacher Forst unter Kontrolle gebracht. Die Wiese habe auf einer Fläche von 1500 Quadratmetern gebrannt, sagte ein Feuerwehrsprecher am Mittwoch. Das Areal liege auf dem Betriebsgelände von RWE zwischen Wald und Abbruchkante des Tagebaus Hambach. Zur möglichen Brandursache machte die Feuerwehr keine Angaben. Waldbesetzer teilten per Twitter mit, dass starker Qualm durch den Wald ziehe.



1435 Zwischen Anarsch und Tagebau brennt das Feld. Feuerwehr ist gerade angekommen und beginnt zu löschen. #hambibleibt

Montag, 22. Juli 2018

Mehrere Vermummte an der Abbruchkante



Am Freitagabend gegen 21 Uhr wurden der Polizei mehrere vermummte Personen an der Abbruchkante des Tagebaus im Hambacher Forst gemeldet. Im Bereich des Bauwerks 106 hatten die Personen zuvor die Verwallung zum Tagebau überschritten. Der Werkschutz von RWE konnte daraufhin sieben Personen aus dem Gefahrenbereich führen und der Polizei übergeben. Die vier Männer und drei Frauen machten keinerlei Angaben zu ihren Personalien. Sie kamen zur erkennungsdienst-

lichen Behandlung nach Aachen. Hier wird wegen Hausfriedensbruch ermittelt.

Im Zuge dieses Einsatzes erstattete ein Mitarbeiter des RWE-Werksschutzes Strafanzeige wegen Sachbeschädigung. Unbekannte hatten offenbar durch einen Steinwurf die Heckscheibe eines geparkten Firmenfahrzeuges beschädigt. Vermutete seien kurz danach sofort weggelaufen, so der Mitarbeiter des Werkschutzes.

In beiden Fällen ermittelt die Ermittlungskommission Hambach. Auch in dem Fall aus der vorigen Woche. Hier hatte es am Mittwochmorgen, gegen 9.45 Uhr, in Höhe des Parkplatzes Manheimer Bürge einen Steinwurf auf ein fahrendes RWE-Fahrzeug gegeben. Dabei wurde eine hintere Seitenscheibe des Autos zerstört. Der Fahrer erlitt ein Knalltrauma.

Donnerstag, 01. August 2019

11:00 Uhr Schäden an technischen Anlagen



Klima-Aktivisten rutschen über Hänge in den Tagebau Garzweiler hinein. Foto: dpa

Bei den Protesten von Klimaschützern im Rheinischen Revier im Juni ist dem Energiekonzern RWE nach eigenen Angaben

ein Sachschaden in sechsstelliger Höhe entstanden. Die Schäden unter anderem an technischen Anlagen, Wegen, Schildern und Zäunen beliefen sich auf 250.000 Euro, teilte RWE mit. So seien Aktivisten über Steilböschungen rutschend in den Tagebau Garzweiler eingedrungen. Dabei seien Wegkanten weggebrochen und Böschungsmaterial auf Trassen gerutscht, die für den Transport von Personen und Gerät im Tagebau gebraucht würden. Diese hätten wiederhergestellt werden müssen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hatte unlängst mitgeteilt, dass an Blockaden des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ im Tagebau Garzweiler und auf Kohle-Transportbahnen knapp 3000 Aktivisten beteiligt waren. 9600 Kräfte der Polizei waren demnach bei den mehrtägigen Protesten mit insgesamt rund 145.000 Dienststunden im Einsatz.

Jetzt bahnen sich die nächsten Proteste im Rheinischen Revier an, wenn auch eine deutliche Nummer kleiner: Die Jugendorganisation des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) startet am Freitag am Tagebau Hambach ihr „Camp for Future“ (2.-11. August). Dazu werden im Umsiedlungsort Kerpen-Manheim bis zu 250 Teilnehmer erwartet. „Wir gehen von einer ganz normalen Veranstaltung aus“, sagte eine Polizeisprecherin in Aachen. Vom 15. bis 17. August folgt dann das Klimacamp am Tagebau Garzweiler.

Freitag, 02. August 2019

14:00 Uhr Wieder Hochsitze am Rande des Hambacher Forstes beschädigt – unbekannte Tatverdächtige mit Auto flüchtig – Polizei findet Fahrzeug und beschlagnahmt es.



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Gestern Nachmittag bekam die Polizei Kenntnis über die erneute Beschädigung mehrerer Hochsitze in Bereich des Hambacher Forstes. Zeugen hatten im Laufe des gestrigen Tages eine kleinere Gruppe von Personen bei der Tatausübung beobachtet und den zuständigen Jagdausübungsberechtigten informiert. Die herbeigerufene Polizei konnte vor Ort keine Verdächtigen mehr antreffen, allerdings hatten die Zeugen ein Fahrzeug vom Tatort wegfahren sehen. Im Rahmen der Fahndung fand die Polizei den Pkw heute im Bereich der L 257, in Höhe des dortigen Kieswerks, verlassen vor. Das Fahrzeug wurde sichergestellt; die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Donnerstag, 08. August 2019

10:00 Uhr Jägerhochsitz niedergebrannt – Tatverdächtige unbekannt



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Gestern Abend (07.08.19) erhielt die Polizei Kenntnis davon, dass ein Hochsitz im Bereich der Felder an der Oberstraße durch Feuer komplett zerstört wurde. Die hinzugerufenen Beamten konnten vor Ort auf dem Boden nur noch eine verkohlte Brandfläche und stark beschädigte Teile eines Hochsitzes erkennen. Laut dem Mitteiler war der Hochsitz am Dienstagabend noch intakt. Der Sachschaden wird auf mehrere hundert Euro geschätzt. Tatverdächtige sind nicht bekannt. Zeugen, die

sachdienliche Hinweise geben können, werden gebeten, sich bei der Polizei zu melden. Die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Samstag, 10. August 2019

16:30 Uhr Greta Thunberg besucht Kölner Dom und Hambacher Forst

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hat am Samstag den Braunkohletagebau Hambach im Rheinischen Revier besucht. Danach schilderte die 16-Jährige, wie schwer ihr der Anblick gefallen sei: „Es war so gewaltig, so verheerend und es macht mich irgendwie traurig.“



Greta Thunberg am Tagebau Hambach. Foto: Ruben Neugebauer

Die Braunkohle trage mit zur ökologischen Krise bei. Um die Klimaziele zu erreichen, dürfe Deutschland keine weitere Kohle verbrennen, sagte sie unter Hinweis auf Wissenschaftler. Sie fühle auch mit den Menschen, die wegen des Tagebaus wegziehen müssten.

Am Samstagmittag war Thunberg mit dem Zug am Kölner Hauptbahnhof angekommen und dort von Kathrin Henneberger, Sprecherin von „Ende Gelände“, in Empfang genommen worden.



Greta Thunberg bei ihrer Ankunft im Kölner Hauptbahnhof. Foto: Ruben Neugebauer

Das Aktionsbündnis hatte Henneberger zufolge die schwedische Aktivistin vor rund zwei Wochen zu einem Besuch in den Hambacher Forst eingeladen – sofern es sich mit den aktuellen Reiseplänen der Schwedin vereinbaren ließe. Thunberg sagte zu.

Mit dem Zug nach Köln gereist

Nach einem kurzen Besuch des Kölner Doms mit einigen Informationen zur Stadtgeschichte fuhren Greta Thunberg, Kathrin

Henneberger gemeinsam mit Luisa Neubauer von „Fridays for Future Deutschland“ zum Tagebau Hambach.



Die schwedische Aktivistin Greta Thunberg (links) mit Luisa Neubauer von „Fridays for Future Deutschland“ vor dem Kölner Dom. Foto: Ruben Neugebauer

„Für uns Aktivistinnen war es ein wichtiger und besonderer Moment, rund ein Jahr nach dem Beginn der Proteste am Hambacher Forst am Tagebau zusammenzukommen“, sagte Henneberger am Telefon.

Thunberg rief im Anschluss an das Treffen mit „Ende Gelände“ die Menschen dazu auf, am 20. und 27. September an dem geplanten globalen Klimastreik teilzunehmen. „Die Zeit läuft uns davon und die Regierenden enttäuschen uns weiterhin“, sagte Thunberg.

Mit dem Schiff zum UN-Klimagipfel in New York

Die Aktivistin will voraussichtlich am kommenden Mittwoch von einem Hafen in Süden Englands aus mit einer Jacht zum UN-Klimagipfel nach New York aufbrechen. Sie allein werde die Klimasituation nicht verändern können, sagte die 16-Jährige, aber sie könne dort durch ihre Teilnahme zu einem Bewusstsein für die Krise beitragen. „Und wenn genügend Menschen Druck machen, dann können wir versuchen, eine Änderung herbeizuführen.“



Greta Thunberg im Hambacher Forst. Foto: Ruben Neugebauer

Das Rheinische Revier gilt mit drei laufenden Braunkohletagebauen als eine der großen Quellen für das klimaschädliche CO₂ in Europa. Der Kampf um den Hambacher Forst, der für den fortschreitenden Tagebau gerodet werden soll, steht symbolisch für die Forderung nach einem schnellen Kohleausstieg in Deutschland.

Das Aktionsbündnis Ende Gelände hat in den vergangenen Jahren immer wieder mit Blockaden von Tagebauen, Baggern und Transportbahnen für einen sofortigen Kohleausstieg demon-

striert. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnet die Kampagne als linksextremistisch beeinflusst.

Sonntag, 11. August 2019

19:52 Uhr RWE und Bürgerinitiative reagieren auf Greta-Besuch

Sowohl Tagebau-Betreiber RWE als auch die Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ haben sich zum Besuch der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg im Hambacher Forst geäußert. Man habe den Besuch von Greta Thunberg verfolgt, wolle diesen aber nicht eigens kommentieren, erklärte RWE Power auf Anfrage. „Der Forst ist öffentlich zugänglich, Greta Thunberg und auch andere dürfen dort gerne spazieren gehen“, so eine Unternehmenssprecherin. An den Fakten werde dies jedoch nichts ändern. „Es liegt ein Fahrplan zum Ausstieg aus der Kohle auf dem Tisch, der wird durch den Besuch von Greta Thunberg ja nicht berührt“, sagte die Sprecherin weiter. Der Kohle-Kompromiss müsse zügig umgesetzt werden, dafür werde sich der Konzern einsetzen.

Eine der wenigen, die vorab über den Besuch von Greta Thunberg informiert wurden, war Antje Grothus von der Bürgerinitiative „Buirer für Buir“. „Ich hätte Greta auch unheimlich gerne getroffen, bin im Laufe des Tages allerdings erst aus dem Urlaub zurückgekommen“, erzählte Grothus im Gespräch mit dieser Zeitung. Sie finde es bedauerlich und bedenklich, dass eine 16-jährige Jugendliche bereits solch eine Geheimhaltung benötige, um geschützt zu werden. Auf der anderen Seite sei dieses Vorgehen vermutlich auch ganz gut gewesen, so hätten sich nicht Tausende auf den Weg in den Wald gemacht – selbst

wenn viele insbesondere Jugendliche Greta natürlich gerne einmal live erlebt hätten. „Aber der Wald muss zur Ruhe kommen.“ Der Forst-Bewohner Clumsy habe sie dann am Abend ausführlich über die Zusammenkunft informiert, berichtet Grothus. „Greta hat sich von Clumsy dessen Baumhaus zeigen lassen und war beeindruckt vom Einsatz derjenigen, die sich für den Erhalt des Waldes einsetzen.“

Für die vom Tagebau betroffenen Menschen sei der Besuch jedenfalls ein tolles Zeichen, so Grothus. „Es ist schon schön zu sehen, dass eine junge Frau, die so viel in Sachen Klimaschutz bewegt, sich vor Ort ein Bild darüber macht, was der Tagebau für die Natur und die Menschen hier bedeutet.“ Nun seien Bundes- und Landesregierung an der Reihe, unter anderem schnell für die Umsetzung des Kohle-Kompromisses zu sorgen. Vielleicht trage Greta Thunbergs Besuch, der den Hambacher Forst jetzt noch mal bundesweit in die Öffentlichkeit gerückt habe, ja dazu bei.

Dienstag, 13. August 2019

19:52 Uhr Studie: Hambacher Forst braucht Hilfe

Der Hambacher Forst leidet einer Studie im Auftrag von Greenpeace zufolge schwer unter den Folgen von Hitze und Trockenheit. Der benachbarte Braunkohle-Tagebau verschlechtere die Situation des umkämpften Waldes „eklatant“, schreiben Experten von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Die Analyse liegt dem WDR und der Deutschen Presse-Agentur vor. „An den Waldrändern zeigt sich das vermehrte Absterben von Bäumen, die besonderem Hitze- und Trockenstress

ausgesetzt sind“, heißt es darin. Es gebe vor allem an dem Waldrand, der dem Tagebau zugewandt ist, erhebliche Windschäden.

Der Hambacher Forst hatte sich vor allem im vergangenen Jahr zum Symbol der Proteste für einen raschen Ausstieg aus dem Kohlestrom und der deutschen Klimaschutz-Bewegung entwickelt. Kritiker sind dagegen, dass RWE auf der Fläche des Waldgebiets Braunkohle abbaggern darf.

Die Tagebaue und vor allem der Tagebau Hambach seien im Sommer „die Hitzepole der Region“, heißt es in der Studie weiter. Wenn der Hambacher Forst erhalten werden solle, müsse dringend etwas für die Kühlung der umgebenden Landschaft getan werden. „Hierzu gehören der sofortige Stopp, des weiteren Abbaggens des Tagebaus Hambach, die Rekultivierung und Wiederbewaldung von (ehemaligen) Straßen und auch des Kiestagebaus sowie an den Wald angrenzender Agrarflächen“, schreiben die drei Autoren.

Konkret empfehlen sie eine 500 Meter breite „thermische Pufferzone“, in der die Oberflächentemperatur durch Aufforstung um mehrere Grad gesenkt werden solle, möglichst mit einheimischen, schnell wachsenden Baumarten. In der Wachstumszeit sollten Hitze und Trockenheit abgefedert werden, indem die Bäume bewässert werden. Zudem empfehlen die Autoren, den Forst über Hecken und mindestens 100 Meter breite Gehölzkorridore mit den anderen Waldflächen der Region zu verbinden.

Donnerstag, 15. August 2019

12:45 Uhr Klimacamp am Tagebau Garzweiler gestartet - Auch Blockaden geplant

Im Rheinischen Tagebaurevier hat am Donnerstag das sogenannte Klimacamp Rheinland begonnen. Eine Sprecherin des Camps ging in der Spitze von Hunderten Teilnehmern aus der Klimaschutzbewegung aus, nach Polizeiangaben ist das Camp in Erkelenz am Tagebau Garzweiler mit bis zu 2000 Teilnehmern angemeldet.

Das Camp soll bis zum 27. August dauern. Neben Vorträgen und Workshops sollen unterschiedliche Aktionsformen des Protestes umgesetzt werden, wie Feste, Foto-Aktionen, aber auch Blockaden. So hat die Aktionsgruppe „Kohle ersetzen!“ in der Zeit vom 22. bis 25. August zu einer Sitzblockade aufgerufen. Daran würden auch Schüler und Bewohner aus Umsiedlungsdörfern teilnehmen, hieß es.

Die Polizei erwartet nach Angaben eines Sprechers weniger massive Störaktionen als bei vergangenen Protesten. Einsatzkräfte würden vor Ort sein und je nach Lage reagieren, sagte Sprecher Paul Kemen.

Das Klimacamp, das auch als Protestcamp gegen die Braunkohleverstromung verstanden wird, findet zum 10. Mal im Rheinischen Revier statt. Vom bisher größten Camp vor zwei Jahren waren Störaktionen Tausender, überwiegend junger Menschen ausgegangen.

Samstag, 17. August 2019

00:00 Uhr Idealismus trifft Kapitalismus

Hier streiten Grünen-Chefin Annalena Baerbock und RWE-Boss Rolf Martin Schmitz um den richtigen Weg in das Zeitalter der regenerativen Energien

Was ist das für eine Zeit? Die Falken aus dem Energiesektor opfern lächelnd eine schmutzige Technologie nach der anderen. Erst der Atomstrom, jetzt der Kohlestrom, alles kein Problem für die alten Industriekapitäne der Deutschland AG.

Was ist das für eine Zeit? Die Weltverbesserer von den Grünen geben alte Feindbilder auf. Sie sind Wirtschaftsverstehler geworden, regieren das Autoland Baden-Württemberg und werden Spitzenlobbyisten für die Energiebranche, wie das Beispiel Kerstin Andreae zeigt. Alles kein Problem für die neuen Grünen.

Was ist das für Zeit? Fragen wir Annalena Baerbock, 38, die Chefin der Grünen, und Rolf Martin Schmitz, 62, den Vorstandsvorsitzenden des Energieriesen RWE.

Herr Schmitz, sind Sie als Chef des Energiekonzerns RWE eigentlich sauer auf Frau Baerbock und die Grünen?

Schmitz: Nein.

Wirklich? Sie müssen auf Kohle und Kernkraft verzichten, ein riesiges Anlagevermögen abschreiben und große Teile Ihres Geschäfts aufgeben, was sich auch negativ im Konzernergebnis niederschlägt.

Schmitz: Die Grünen haben gesellschaftliche Entwicklungen mitgeprägt, die zu politischen Entscheidungen geführt haben.

Wir steigen wegen des Gefahrenpotenzials aus der Kernkraft aus und wollen aus Gründen des Klimaschutzes auch auf die Kohle verzichten. Das müssen wir als Unternehmen in einer demokratischen Gesellschaft akzeptieren.

Frau Baerbock, wenn Sie und die Grünen demnächst an die Regierung kommen sollten – werden Sie den Beschluss zum Kohleausstieg bis 2038 so übernehmen, oder muss es dann schneller gehen?

Baerbock: Der Kohlekompromiss war ein hartes Ringen ganz unterschiedlicher Akteure, und ich tue derzeit alles dafür, damit der Kohleausstieg unverzüglich in einem Gesetz festgeschrieben wird. Die Kohleblöcke schalten sich ja nicht von allein ab.

Die Aktivisten von Greenpeace und „Fridays for Future“ fordern „Ausstieg sofort“.

Baerbock: Ich kenne bei denen niemanden, der wirklich gleich morgen früh alle 150 Kohleblöcke abschalten will. Natürlich muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein. Deshalb müssen wir uns dem Kohleausstieg schrittweise nähern. Klimapolitisch ist 2038 aber zu spät; und ich gehe davon aus, dass der Ausstieg eh schneller gehen wird, wenn man einmal anfängt. Denn wenn die Energie-Unternehmen wie RWE zum Ausgleich für die Kohle auf die erneuerbaren Energien setzen, dann wollen sie mit diesem Geschäftsfeld auch zügig Gewinne machen. Dann ist die Kohle als Geschäftsmodell schnell passé.

Schmitz: Entscheidend ist, was bis 2030 passiert und wie groß die bis dahin wegfallende Menge Kohlestrom ist, die wir ersetzen müssen. Offen ist ja auch, wie wirtschaftlich die Kohleverstromung dann noch ist. Auf jeden Fall sind bis 2030 von den

heute 42 Gigawatt Leistung nur noch 17 übrig, das ist ein gewaltiger Abbau.

Wie weit ist die Bundesregierung eigentlich mit der Umsetzung des Kohlekompromisses? Wir hören nichts. Wissen Sie da mehr?

Schmitz: Wir sind in vertraulichen Gesprächen, aber es könnte deutlich schneller gehen. Schließlich hat die Kommission einen klaren Fahrplan vorgegeben. Was uns betrifft, hätte man die Sachfragen in sechs Wochen klären können.

Baerbock: Es ist unglaublich, dass die Bundesregierung seit einem halben Jahr nichts unternimmt. Dabei geht es hier um jeden Monat. Jeder abgeschaltete Kraftwerksblock senkt Emissionen, jeder, der am Netz bleibt, produziert weiter CO₂, das sich in der Atmosphäre ansammelt. Am 23. September findet in New York der große Klimagipfel der Uno statt. Es wäre auch außenpolitisch wirklich ein Desaster, wenn die Bundeskanzlerin da erneut mit leeren Händen anreisen müsste.

Im Braunkohletagebau arbeiten in Deutschland noch rund 20 000 Menschen ...

Baerbock: ... und die Beschäftigten hängen zwischen Baum und Borke, sie wollen wissen, wohin die Reise geht. Gerade bei mir in Brandenburg, in der Lausitz, fehlt die Planungssicherheit. Die aber Braucht es, damit der dortige Kohlekonzern umgebaut wird und die Mitarbeiter in der Region bleiben können.

Die Kostenschätzungen für den Kohleausstieg reichen von 40 bis 80 Milliarden Euro. Damit könnte man jeden Kohlekumpel zum Millionär machen.

Schmitz: Bei den Energie-Unternehmen kommt davon nichts an. Diese Rechnung gab es schon bei der Steinkohle, und sie war auch da schon falsch. Also die Kommission sagt: 40 Milliarden Euro werden für den Strukturwandel und für neue Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen gebraucht. Außerdem soll die Industrie über 20 Jahre lang mit jeweils zwei Milliarden Euro bei den Stromkosten entlastet werden. Das sind die zweiten 40 Milliarden Euro. Plus die Kosten für die Entschädigung der Unternehmen?

Schmitz: Wenn wir genehmigte Anlagen aus politischen Gründen deutlich früher schließen müssen als geplant, haben die Unternehmen und ihre Eigentümer, die Aktionäre, ein Recht auf Entschädigung.

Baerbock: Na ja, Kohlekraftwerke aus der Zeit von Konrad Adenauer sind längst abgeschrieben. Die brauchen auch keine Entschädigung. Es geht hier schließlich um das Geld von Steuerzahlern.

Schmitz: Das stimmt so nicht, aber es gibt noch ein größeres Problem, und das betrifft die Tagebaue. Wenn wir den Tagebau Hambach vorzeitig schließen, bleiben da 1,1 Milliarden Tonnen Kohle in der Erde. Das ist die Hälfte unserer gesamten Kohlevorräte, mit denen wir gerechnet haben. Vor allem aber brauchen wir ein komplett neues Rekultivierungskonzept, wenn der Hambacher Forst als Halbinsel stehen bleiben soll, um die Böschungen des Tagebaus standsicher zu machen. Das alles kostet sehr viel Geld und muss neu genehmigt werden.

Der Streit um den Hambacher Forst ist zum Symbol geworden. Geht es im Kampf gegen den Klimawandel nicht ohne Symbole, Frau Baerbock?

Baerbock: Erstens reden wir von einem jahrhundertealten Wald, einem der letzten großen Mischwälder in Mitteleuropa mit einem einzigartigen Ökosystem, und nicht bloß von einem „Forst“. Zweitens ist es doch absurd, wenn die Bundesregierung einerseits für Hunderte von Millionen Euro neue Bäume pflanzen will, und andererseits alte abgeholzt werden, die große Mengen an CO₂ speichern, um noch mehr CO₂ in die Luft blasen zu können. Und drittens, ja, auch Symbole machen deutlich, worum es geht.

Schmitz: Aber bitte nicht mit Gewalt und verummten Demonstranten, die in Tagebaue eindringen und damit sich und andere in Lebensgefahr bringen. Was ich bei den Protesten und Besetzungen im rheinischen Revier erlebt habe, war teilweise kriminell.

Heiligt der Zweck die Mittel, wenn es um eine gute Sache wie den Klimaschutz geht, Frau Baerbock?

Baerbock: Nein. Ich trenne hier klar: Gewalt lehne ich ab. Aber in Deutschland, in unserem demokratischen Rechtsstaat, haben wir die Tradition von verschiedenen Formen des zivilen Ungehorsams. Sie sind Teil unserer demokratischen Kultur.

Schmitz: Das sehen aber Grünen-nahe Umweltaktivisten anders. Mir macht das große Sorgen. Wenn ich mit Umweltverbänden am Tisch sitze, und wir reden über den Hambacher Forst, und ich sage hinterher, wir kommen jetzt im Moment noch nicht klar, aber lasst uns bitte gemeinschaftlich einen Aufruf gegen Gewalt machen, und die sagen mir dann: Nee, können wir nicht machen mit Ihnen. Da hört es bei mir auf.

Baerbock: Wie gesagt, bei Gewalt ziehen wir eine klare Grenze. Klar ist aber auch: Ohne die Umweltbewegung und die großen Klimaproteste wären wir heute nicht da, wo wir sind.

Schmitz: Aber es waren nicht die Umweltverbände, der Treiber war die Politik.

Baerbock: Das stimmt nicht. Jahrzehntlang haben die Umweltverbände Klimaschutz vorangetrieben. Und bis vor Kurzem wurden sie – wie auch wir – noch ausgelacht für den Kohleausstieg. Nehmen Sie die Kohlekommission. Es war nicht leicht für Greenpeace, da überhaupt mit reinzugehen. Aber der Schritt hat bewiesen, wie sinnvoll es ist, unterschiedliche Akteure an einen Tisch zu bekommen.

Schmitz: Wie viel Greenpeace in der Gesellschaft bewegt hat, weiß ich nicht so genau. Aber selbst, wenn, sollten sie sich jetzt auch an den Kompromiss halten, den sie unterschrieben haben.

Hilft es dem Klima, wenn wir neue, moderne Kraftwerke wie Datteln noch vor Inbetriebnahme schließen und dafür Kohlestrom aus weniger sauberen Kraftwerken in Polen oder Tschechien beziehen?

Schmitz: Wenn das Kraftwerk Datteln ans Netz geht, ist das eine Entscheidung für mindestens 20 weitere Jahre ...

Baerbock: ... genau das ist das Problem. In 20 Jahren müssen wir raus sein aus der Kohle.

Schmitz: ... man könnte natürlich ältere Blöcke schließen. Wichtig ist mir etwas anderes: Wenn wir es richtig machen, das heißt, wenn wir die erneuerbaren Energien und die Netze schnell ausbauen, wird Kohlestrom automatisch aus dem Netz

gedrängt. Das Problem ist aber, dass das Bundeswirtschaftsministerium dann gleichzeitig über Ausschreibungen für neue Gaskraftwerke nachdenken muss wegen der Versorgungssicherheit.

Ohne Kohle geht es offenbar nicht. Wir sind ja in letzter Zeit mehrfach nur knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt.

Schmitz: Es gab zuletzt kritische Situationen bei der Netzstabilität, aber das hatte nichts mit der Kohle zu tun. Natürlich brauchen wir genug Ausweichkapazitäten, wenn der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. Aber das muss nicht unbedingt Kohle sein, sondern kann auch mit Gaskraftwerken geregelt werden. Aber wenn wir nur die Kohlekraftwerke schließen, dann geht es schief.

Baerbock: Und deswegen hilft es auch nicht, wenn die Bundesregierung zwar von Klimaschutz redet, aber gleichzeitig den Ausbau der erneuerbaren Energien abwürgt. So schaffen wir die Klimaziele nie – und Tausende von Arbeitsplätzen in einer Zukunftsbranche gehen verloren. Außerdem können wir nicht nur den Stromsektor betrachten, es geht um den Energiemarkt in Gänze, vor allem mit Blick auf die Elektrifizierung der Autos und die Wärmeversorgung.

Die Energiewende hat bislang Hunderte Milliarden Euro verschlungen, wir haben mit die höchsten Strompreise in Europa – trotzdem verfehlt Deutschland alle nationalen Klimaziele. Was läuft hier bloß schief?

Schmitz: Die EEG-Umlage kostet pro Jahr 28 Milliarden Euro. Das ist viel Geld, aber die Energiewirtschaft hat ihre Klimaziele erreicht. Allein RWE hat seit 2012 schon über 60 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Der Verkehrsbereich und der

Wärmesektor, also im Wesentlichen die Gebäudeheizungen, haben ihre Ziele dagegen nicht erreicht. Das muss man ganz klar sagen. Deshalb müssen jetzt dort Anreize gesetzt werden.

Baerbock: Wenn sich die Energiewirtschaft dem Wandel nicht so lange widersetzt hätte, lieber Herr Schmitz, dann wären wir schon sehr viel weiter.

Die Energiewende droht zu scheitern, weil sich Bürger und Umweltgruppen gegen Windräder und Stromtrassen sperren. Es fehlen Tausende Kilometer Leitungen. Warum machen sich die Grünen für eine Ausweitung der Verbandsklagerechte stark, das die Verfahren noch mehr verlängern würde?

Baerbock: Sorry, aber da sind Sie nicht ganz auf der Höhe der Debatte. Umweltverbände können schon heute klagen....

...es geht um die Ausweitung...

Wenn die Bürgerbeteiligung früher ansetzen würde und nicht erst nach Jahren amtlicher Planung, wenn sich die politischen Akteure voll hinter den Netzausbau stellen würden, statt sich zu verstecken, dann hätten wir heute schon sehr viel mehr Leitungen. Doch der Bundeswirtschaftsminister schläft hier seit Jahren.

Wenn wir so dringend CO2 einsparen müssen, haben wir dann vielleicht die Kernkraftwerke zu leichtfertig abgeschaltet?

Schmitz: Die Diskussion um die Kernkraft ist durch; gesellschaftlich-politisch und ökonomisch. Neue Kernkraftwerke sind heute ohnehin nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben.

Baerbock: Da stimme ich voll zu.

Viele fordern eine Kohlendioxidsteuer, auch Frau Baerbock zählt zu den Befürwortern. Wie sehen Sie das, Herr Schmitz?

Schmitz: Wenn Sie mit Preisen Signale setzen, wirken die immer, wenn sie adäquat gesetzt sind. Also wenn etwas teurer wird, dann nehmen Sie weniger davon. Wenn der Liter Sprit fünf Euro kostet, dann überlegen die Leute sehr genau, wie viel sie mit dem Auto noch fahren. Das ist jetzt ein Extrembeispiel, aber natürlich hat ein Preis eine Lenkungswirkung. Wenn Sie den Menschen Steuervorteile dafür geben, dass sie eine moderne Heizung einbauen, dann nehmen die das mit. Gerade die Deutschen sind ja wirklich Liebhaber von Steuervorteilen. Und insofern müssen Sie einen Mix von Ordnungsrecht, von Anreizsystemen und von Eingriffen in die Preisbildung machen, wie auch immer. Aber es einfach so weiterlaufen zu lassen wie jetzt – das funktioniert jedenfalls nicht.

Herr Schmitz möchte aus dem Energieriesen RWE einen modernen Öko-Anbieter machen. Kann das klappen, Frau Baerbock?

Baerbock: Ich wünsche es ihm, uns und dem Klima. Aber bei allem Respekt vor den ehrenhaften Motiven: RWE ist und bleibt ein Wirtschaftsunternehmen. Da geht's ums Geldverdienen. Es hindert ja niemand RWE daran, Kraftwerke abzuschalten, aber freiwillig macht Herr Schmitz das offensichtlich auch nicht. Deshalb braucht es die Politik. Sie muss die gesellschaftlich notwendige Verantwortung übernehmen, der Wirtschaft einen klaren gesetzlichen Rahmen vorgeben und so für die Einhaltung der Klimaziele sorgen.

Schmitz: Moment, wir wollen kein grüner Konzern werden, sondern saubere und sichere Energie zu bezahlbaren Preisen liefern. Wir haben heute noch 40 Gigawatt konventionelle und

zehn Gigawatt erneuerbare Stromerzeugung, aber wir sind auf einem klaren Pfad. Wir bauen mit Investitionen von 1,5 Milliarden Euro netto jedes Jahr zwei bis drei Gigawatt Erneuerbare aus. Und in spätestens 20 Jahren sind wir raus aus der Kohle.

Herr Schmitz, Ihr Vertrag bei RWE läuft noch knapp zwei Jahre. Hätten Sie Lust, danach in die Politik zu gehen?

Schmitz: Also ich stehe gern Menschen zur Verfügung, die möglicherweise einen Rat suchen oder einen Sparringspartner für Diskussionen schätzen. Aber mich in das politische Geschäft selber einzubringen, das ist nicht der Wunschtraum für den nächsten Lebensabschnitt.

Angenommen, man würde Sie überreden und Sie wären Energieminister: Was wäre Ihre erste Amtshandlung?

Schmitz: Ich würde das Strommarktdesign reformieren, also das ökonomische und technische Zusammenspiel von erneuerbaren Energien und konventioneller Stromerzeugung. Wir müssen dringend umdenken, denn die grünen Energien sind Schwankungen unterworfen, die wir auffangen müssen. Die große Aufgabe bei der Energiewende ist es, die Netze stabil und die Versorgung sicher zu machen.

Frau Baerbock, wäre Herr Schmitz ein guter Energieminister?

Baerbock: (Lacht) Jedenfalls sind die Forderungen, die Herr Schmitz hier im Interview an die Politik stellt, näher dran an unseren Vorstellungen als das Handeln des derzeitigen Energie- und Wirtschaftsministers, der doch eigentlich für den Kohleausstieg verantwortlich ist.

Schmitz: Das ist sehr diplomatisch.

Montag, 19. August 2019

12:00 Uhr Erfolg für BUND: Berufung gegen Urteile des Verwaltungsgerichts Köln zugelassen

In seinem juristischen Streit zur Rettung des Hambacher Forsts und zum Stopp des Tagebaus Hambach macht der Umweltverband BUND den nächsten Schritt. Der nordrhein-westfälische Landesverband hat Antrag auf die Zulassung der Berufung gegen drei Urteile des Verwaltungsgerichts Köln gestellt, wie er am Montag mitteilte. Darüber entscheidet das Obergerverwaltungsgericht Münster.

Die Verwaltungsrichter in Köln hatten drei Klagen des Umweltverbands abgewiesen. Mit den Klagen war der Verband gegen den Hauptbetriebsplan für den Tagebau bis zum Jahr 2020 vorgegangen, der auch die Rodung des Waldes regelt. Außerdem richteten sich die Klagen des BUND gegen die Enteignung seiner Ackerfläche für den Tagebau.

Auf Bitten der nordrhein-westfälischen Landesregierung hatte RWE zuletzt einen Rodungsstopp bis 2020 zugesagt. Die Kohlekommission der Bundesregierung hatte den Wunsch geäußert, dass der Wald erhalten bleibt.

Freitag, 23. August 2019

15:00 Uhr Rechtsstreit: Protestcamp auf Wiese am Hambacher Forst muss geräumt werden

Das Protestcamp von Besetzern im Hambacher Forst auf einer privaten Wiese neben dem Wald muss nach einer Gerichtsentscheidung geräumt werden. Die Räumungsverfügung des Kreises Düren vom November 2018 sei rechtmäßig, entschieden die

Richter am Freitag nach Angaben des Verwaltungsgerichts. Der Eigentümer habe dafür zu sorgen, dass Wohnwagen, Lehmhütten oder auch Küchenbauten entfernt werden.

Der Privatmann, der seine Wiese seit Jahren zur Verfügung stellt, könne sich nicht auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit berufen. Geschützt sei nur die friedliche Versammlung ohne Waffen, stellten die Richter fest. Davon könne angesichts regelmäßiger gewalttätiger Aktionen und Straftaten im Bereich des Hambacher Forsts nicht die Rede sein, stellten die Richter fest und verwiesen auf den NRW-Verfassungsschutzbericht.

Die Polizei habe zwischen 2015 und 2018 knapp 1700 politisch motivierte Straftaten in dem Bereich erfasst. Dem Protest sei der friedliche Charakter abzusprechen. Gegen den Beschluss kann Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Münster eingelegt werden.

Der Eigentümer wehrt sich den Angaben nach seit Jahren gegen die Räumung der nach Einschätzung der Behörden widerrechtlich errichteten Bauten. Gegen eine entsprechende Verfügung aus dem Jahr 2013 ist er durch die Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht gezogen.

Das Wiesencamp ist eine Art Stützpunkt für die Protestbewegung mit Duschen, Solaranlage oder Werkstatt, wie der Seite der Waldbesetzer „Hambi bleibt“ zu entnehmen ist.

Samstag, 24. August 2019

14:30 Uhr Aktivisten versperren mehrere Straßen am Tagebau Garzweiler

Am RWE-Tagebau Garzweiler II haben etwa 150 Aktivisten mindestens drei Zufahrten auf das Gelände des Energiekonzerns blockiert. Wie RWE mitteilte, gebe es aber noch freie Zugänge. Der Betrieb läuft demnach relativ normal weiter.



Blockade am Skywalk: Insgesamt versperren rund 150 Aktivisten an verschiedenen Stellen Straßen.
Foto: Meisen

Die Aktion findet im Rahmen des 10. Klimacamps im Rheinischen Revier statt. Die Protestler kündigten an, so lange sitzen bleiben zu wollen, bis die Polizei die Blockade räume.

Der Schichtwechsel am Samstagmittag gestaltete sich wegen der Blockade schwierig. Fahrzeuge konnten die Stellen, an denen sich die Aktivisten aufhalten, nicht passieren. Ein

Durchkommen ist dort nach wie vor nur zu Fuß möglich. Polizei und RWE-Mitarbeiter beobachten die Situation. Ob die Polizei plant, die Blockade aufzulösen, ist unklar.

21:43 Uhr Polizeieinsatz Klimacamp – friedliche aber rechtswidrige Blockaden – Strafanzeigen wegen Nötigung und Hausfriedensbruch – 20 Ingewahrmaßnahmen zur Identitätsfeststellung



Für den heutigen Tag (24.08.19) waren im Zusammenhang mit dem Protestcamp "Klimacamp" mehrere Versammlungen und Mahnwachen angekündigt. Ein Demonstrationzug vom Klimacamp durch einige Dörfer in Richtung Aussichtspunkt Tagebau Garzweiler-Nord fand von etwa 10 bis 15 Uhr mit ungefähr 60 Teilnehmern wie angemeldet statt. Ein anderer Anmelder hatte im Vorfeld elf Mahnwachen rund um die Tagebaue und Kraftwerke des Rheinischen Braunkohlreviers angemeldet. Diese sollten heute gegen 8.30 Uhr beginnen und mit einer Besetzung von jeweils zwei bis 50 Personen bis zum 27.08.19 andauern. Für ein Kooperationsgespräch mit der Polizei war der Anmelder nicht zu erreichen. Heute Morgen verlegte dieser die Mahnwachen zunächst auf etwa 11:30 Uhr, um kurz vor dieser Zeit offiziell sieben der Mahnwachen abzumelden. An lediglich drei Stellen fanden Mahnwachen tatsächlich statt. In den Mittagsstunden blockierten Gruppierungen von durchschnittlich 30 Personen insgesamt fünf Zufahrten zum Werksgelände des Tagebaugeländes Garzweiler in Form von Sitzblockaden. Es handelte sich um die Zufahrten Provinzstraße, Reisdorfer Weg, Langer Weg und Am Pösenberg sowie die Zufahrt Jackerath.

Durch die Blockade der letztgenannten Zufahrt stauten sich dort mehrere LKW, welche Kalk in das Tagebaugebiet anliefern wollten. Die zuständige Staatsanwaltschaft Mönchengladbach bewertete die Blockadehandlungen als Straftat der Nötigung. Auch in Bezug auf die übrigen Blockaden wurde der Verdacht der Straftat einer Nötigung festgestellt. Da es sich bei den beiden Zufahrten Jackerath und Reisdorfer Weg um Betriebsgelände von RWE handelt, stellte das Unternehmen zudem noch Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs.



Polizisten legen bei einem Aktivisten Hand an. Foto: Meisen

Aufforderungen der Polizei, die Blockaden freiwillig zu räumen und zum Zwecke der konsequenten und beweissicheren Strafverfolgung die Personalien feststellen zu lassen, kamen die Tatverdächtigen nicht nach. So mussten die Beamten die Teilnehmer der Blockaden zwangsweise räumen, indem sie weggetragen wurden. Die Polizei führte die erforderlichen Maßnahmen zur Identitätsfeststellung in Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft Mönchengladbach durch. Anschließend erhielten sie einen Platzverweis für den Bereich und entfernten sich. Ein Teil der Personen meldeten einen spontanen Demonstrationzug an und gingen vom Reisdorfer Weg in Richtung Klimacamp zurück.

Die 20 Verdächtigen der vollendeten Nötigung in Jackerath, deren Identität vor Ort nicht festzustellen war, wurden ins Gewahrsam der Polizei gebracht, um dort weitere Maßnahmen zur Identifizierung durchzuführen. Bei fünf stellten die Beamten verklebte Fingerkuppen fest. Unter den Personen befanden sich 15 weibliche und fünf männliche. Eine Minderjährige wurde nach den Maßnahmen dem Jugendamt übergeben.

Die Polizei musste zwar sämtliche Blockaden zwangsweise räumen, indem die Personen weggetragen wurden, es kam aber zu keinen Gewalttätigkeiten oder Widerständen. Insgesamt verhielten sich alle Blockierer friedlich.

Mittwoch, 28. August 2019

14:26 Uhr Polizei bilanziert den Einsatz Klimacamp 2019



Das Klimacamp 2019 verlief, überwiegend friedlich und gewaltfrei. Die Polizei bilanziert im Zeitraum der Blockadeaktionen um das Kraftwerk Frimmersdorf und den Tagebau Garzweiler bislang folgende Maßnahmen. Eine minderjährige Person wurde an die Jugendanlaufstelle übergeben. Es wurden 19 Personen zur Identitätsfeststellung dem Polizeigewahrsam zugeführt. Nach Abschluss der Identitätsfeststellung handelte es sich bei den festgehaltenen Personen um 13 weibliche und sechs männliche. Bei fünf Personen war die Feststellung der Identität aufgrund zugeklebter Fingerkuppen nicht möglich. Eine konnte einen Ausweis vorlegen. Alle weiteren Personen wurden ermittlungsdienstlich behandelt. Nach Beendigung der Maßnahmen erfolgt die Entlassung aller. Die Polizei fertigte Strafanzeigen u.a. wegen Sachbeschädigung, Nötigung, Haus-

friedensbruch und Unterschlagung. Nach derzeitigem Sachstand wurden keine Personen verletzt. Polizeiführer im Einsatz Wilhelm Sauer: "Wir waren gut aufgestellt und haben zeitgerecht, konsequent und angemessen agiert. Ich kann es nur begrüßen, dass man einem Protest öffentlich Ausdruck verleiht, ohne dass sich dabei Provokationen, Aggressionen oder Gewalt gegen meine Kolleginnen und Kollegen richten." Bereits zu Beginn des Klimacamps, welches im Zeitraum vom 15.08.2019 bis zum 27.08.2019 angemeldet war, kam es zu diversen Straftaten. Am 20.08.2019 bemerkte der RWE-Sicherheitsdienst eine Beschädigung des Zauns am Kraftwerk Neurath und das Fehlen von Stromverteilerdosen. Hinweise zu tatverdächtigen Personen lagen nicht vor. Ein Strafverfahren wegen Einbruchdiebstahl wurde eingeleitet. Am 21.08.2019 meldeten Mitarbeiter des RWE-Sicherheitsdienstes mehrere Sachbeschädigungen im Bereich der Lützerather Straße. Bislang Unbekannte Täter beschmierten Pumpkästen, Trafohäuser, Absperrbarken und Zaunelemente mit Farbe und Fäkalien. Weiterhin setzten unbekannte Täter am 24.08.2019 gegen 16.40 Uhr eine Pumpstation an der L277 Jackerath / L19 Immerath in Brand. Das Feuer konnte von der Feuerwehr gelöscht werden. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet. Am 24.08.2019 gegen 18.15 Uhr meldeten Aktivisten eine Spontanversammlung vor dem Polizeipräsidium Aachen (Auf Krummerück) an. 35 Personen nahmen an dieser solidarischen Aktion, die für die zur Identitätsfeststellung festgehaltenen Personen aus der Sitzblockade am Skywalk in Garzweiler, teil.

Freitag, 30 August 2019

06:00 Uhr Grüne: NRW-Landesregierung wollte RWE Weg zur Rodung freimachen

Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag wollen klären, ob die Landesregierung dem Energiekonzern RWE die

Räumung des Hambacher Forsts im vergangenen Herbst womöglich zugesagt hat. Ihre bisherige Vermutung, dass die Landesregierung einen Rechtsgrund zur Räumung des Waldes gesucht hat, um RWE die Rodung zu ermöglichen, sehen die Grünen durch zwei zuletzt veröffentlichte Rechtsgutachten der Landesregierung untermauert.



Hambacher Forst. Foto: dpa

„Aus Sicht des Rechtsstaats ist es ungeheuerlich, wie die Landesregierung eine Lösung gesucht hat, um einem großen Unternehmen den Weg freizumachen“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Verena Schäffer.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) stellte dagegen fest, man müsse sich an alle Gesetze halten - auch an das Baugesetz. „Ich finde, wir dürfen in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume mehr zulassen, auch nicht im Hambacher Forst. Um dieses Ziel zu erreichen, muss man die Wege gehen, die rechtlich möglich sind.“ Der Weg über das Baurecht sei

möglich gewesen. Das hätten die Gerichte in zwei Instanzen bestätigt.

„Die lange geheim gehaltenen Gutachten belegen schwarz auf weiß, dass die Landesregierung bei der Begründung der Hambiräumung lügt. Der Brandschutz war herbei konstruiert und vorgeschoben“, sagte Daniel Hofinger vom Aktionsbündnis „Ende Gelände“. Hofinger hatte auf Einsicht in die Gutachten geklagt. Noch vor einer Gerichtsentscheidung hatte die Landesregierung die Gutachten kürzlich online gestellt.

Nachdem Polizei und zuständige Kommunen im Sommer vergangenen Jahres eine Räumung des besetzten Waldes auf Antrag des Energiekonzerns RWE abgelehnt hatten, hatte die Landesregierung die rechtlichen Möglichkeiten für ein Einschreiten prüfen lassen. Die beauftragte Rechtskanzlei sah den Angaben nach im Baurecht eine Ermächtigungsgrundlage für die Räumung. Auf dieser Grundlage kam es dann zu der wochenlangen Räumung mit einem massiven Polizeiaufgebot.

09:23 Uhr Unbekannte beschmieren Halle am Hambacher Forst und beschimpfen Polizei

Unbekannte haben nach Polizeiangaben auf dem Hangar eines Fliegerclubs am Hambacher Forst großflächig Parolen aufgebracht. Diese Parolen hätten einen Bezug zum benachbarten Hambacher Forst, teilte die Polizei am Freitag mit.

Auf zwei Seiten der Halle im Umsiedlungsort Morschenich seien die Schriftzüge auf einer Größe von etwa zwei mal sechs Metern aufgebracht worden. Darunter befanden sich auch

Abkürzungen für Beschimpfungen der Polizei. Die Beamten ermitteln wegen Sachbeschädigung.

Montag, 2. September 2019

10:00 Uhr Etwa 100 Aktivisten leben im Forst

Fast ein Jahr nach Beginn der großen Räumung im Hambacher Forst gibt es nach Polizeiangaben bis zu 60 neue Bauten in den Bäumen. Das seien Baumhäuser aber auch andere „Strukturen“, sagte eine Polizeisprecherin in Aachen der Deutschen Presse-Agentur. Daneben gebe es bis zu 30 Konstruktionen am Boden. In dem Wald lebten rund 100 Personen.



Seit der Räumungsaktion der Polizei im Hambacher Forst sind dort etwa 60 neue Baumhäuser entstanden.

Foto: Polizei Aachen /dpa

Mit der Besetzung des Waldes am Braunkohletagebau Hambach seit 2012 wollen die Aktivisten erklärtermaßen die Rodung des Waldes für den Tagebau verhindern. Bei der Räumung im vergangenen Herbst hatte die Polizei mit einem großen Aufgebot 86 Baumhütten von Braunkohlegegnern in einer der größten Polizeiaktionen der jüngeren NRW-Landesgeschichte geräumt und zerstört. Die Polizisten hatten die

Weisung vom Düsseldorfer Bauministerium bekommen, die Baumhütten wegen mangelnden Brandschutzes zu räumen. Nach der Räumung hatte NRW-Innenminister Herbert Reul gesagt, dass er keine neuen Baumhäuser in dem Wald tolerieren werde.

Dienstag, 03. September 2019

18:49 Uhr RWE will um planen – Zukunft des Hambacher Forsts auf dem Prüfstand – Erhaltung möglich?

RWE Power arbeitet zurzeit an der Umplanung des Tagebaus Hambach. Ziel ist es, den Hambacher Forst zu erhalten. RWE-Chef Rolf Martin Schmitz bekräftigt bei einer Veranstaltung in Herzogenrath am Montag, was er zuvor bereits einige Male öffentlich erklärte: Das Unternehmen wolle nach Möglichkeit den von der Kohlekommission erarbeiteten Maßnahmenkatalog eins zu eins umsetzen.

RWE arbeitet demnach an einer neuen Braunkohlenplanung, mit der der Hambacher Forst möglicherweise erhalten werden kann. Voraussetzung sei, so die Pressestelle des Konzerns, dass das technisch machbar ist. Die Sicherheit, etwa die Standfestigkeit der Böschungen, müsse gewährleistet sein.

Aufwendiges Verfahren

Bei der Neuplanung handele es sich um ein aufwendiges Verfahren sowohl für das Unternehmen als auch für die Bergbaubehörde. Ähnlich wie nach der Leitentscheidung 2016 für den

Tagebau Garzweiler II müsse für den Tagebau Hambach ein Braunkohlenplan-Änderungsverfahren eingeleitet werden.



Der Tagebau Hambach aus der Luft. Foto: picture alliance/Federico Gambarini/dpa

Das Schicksal der Kartbahn sei bei der Planung nachrangig, so die Pressestelle. Es gelte, die Grundzüge der Umplanung festzulegen, Details folgten später.

Schmitz fordert neue Gaskraftwerke

Schmitz wiederholte auch die Aussage, dass bei Wegfall der Kohlekraftwerke für die Spitzenlast neue Gaskraftwerke gebaut werden müssten. Konkrete Planungen gibt es aber hier noch nicht. Standortfragen seien noch nicht erörtert.

Schmitz betonte in Herzogenrath, dass das Unternehmen eine Entschädigung für die Mehrkosten fordern werde, die dem Konzern durch den früheren Ausstieg aus der Braunkohleförderung und –Verstromung entstehen. Die Gesellschaft

verändere die Rahmenbedingungen und müsse daher auch die Rechnung übernehmen.

Mittwoch, 04. September 2019

12:56 Uhr Reul räumt Gespräche mit RWE ein

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hat Gespräche mit dem Energiekonzern RWE im Vorfeld der Räumung des Hambacher Forsts eingeräumt. Er korrigierte damit seine eigene Aussage in einem WDR-Interview in der vergangenen Woche, wonach er solche Gespräche nicht geführt habe. Ein Blick in seinen Kalender habe ihm inzwischen gezeigt, dass diese Aussage nicht richtig gewesen sei, sagte Reul am Dienstagabend in Düsseldorf.



NRW-Innenminister Herbert Reul. Foto: picture alliance/dpa

Er habe am 16. Juli und am 15. August 2018 persönlich an solchen Gesprächen mit der Unternehmensleitung teilgenommen. Diese hätten im Innenministerium stattgefunden. „Die Äußerung in dem Interview war also nicht richtig und tut mir leid“,

so der Minister. Er habe die zeitlichen Abläufe zu diesem Zeitpunkt anders in Erinnerung gehabt.

15:18 Uhr Unbekannte setzten Trafostation in Brand – es entstand hoher Sachschaden



Letzten Freitag (30.08.19) gegen 22 Uhr meldeten Zeugen eine brennende RWE- Trafostation an der Forsthausstraße in der Nähe des Hambacher Forstes. Trotz Löschmaßnahmen der alarmierten Feuerwehr brannte die Station komplett ab. Es entstand Sachschaden im hohen fünfstelligen Bereich. Tatverdächtige konnten vor Ort nicht angetroffen werden; die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Mittwoch, 11. September 2019

16:39 Uhr Reul und Scharrenbach gewähren Landtagsabgeordneten Akteneinsicht

Rund ein Jahr nach der umstrittenen Räumungsaktion des Hambacher Forstes gewährt die Landesregierung auf Druck der Opposition Einsicht in die Akten. NRW-Innenminister Herbert Reul und Bauministerin Ina Scharrenbach (beide CDU) luden die Landtagsabgeordneten ein, am Freitagnachmittag im Bauministerium Einsicht in die Akten aller mit der Räumung befassten Ressorts zu nehmen. Journalisten der Landespressekonferenz dürfen bereits am Donnerstagnachmittag die Akten einsehen.

„Wir möchten Ihnen persönlich die Gelegenheit geben, sich ein umfassendes Bild von der Vorbereitung und späteren Durchführung der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst im Herbst des vergangenen Jahres“ sowie den im Nachgang dazu erfolgten Maßnahmen zu machen, hieß es in den Einladungen an Landtag und die Landespressekonferenz, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegen.



Herbert Reul (CDU), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, und Ina Scharrenbach (CDU), Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung in Nordrhein-Westfalen. Foto: Roland Weihrauch/dpa

Zu den Dokumenten gehörten auch Mail- und Briefverkehr sowie Gutachten, hieß es in Regierungskreisen. Beide Minister wollten damit schnelle und größtmögliche Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit schaffen.

Reul war nach Bekanntwerden von Gesprächen mit der RWE-Spitze vor der Räumung in die Kritik geraten. Die Opposition hatte daraufhin Einsicht in alle Akten gefordert. Reul hatte einräumen müssen, dass er - anders als zuvor in einem WDR-

Interview behauptet - vor der Räumung des Hambacher Forstes zwei Treffen mit der RWE-Geschäftsleitung hatte.

Der Hambacher Forst war im vergangenen Herbst in einer der größten Polizeiaktionen der jüngeren NRW-Landesgeschichte geräumt worden. Als Grund wurden mangelnder Brandschutz und Gefahr für Leib und Leben der Waldbesetzer angegeben.

16:50 Uhr RWE muss Kraftwerke nicht zurückbauen

RWE Power ist nicht verpflichtet, nach dem Ende der Kohleverstromung seine Kraftwerke zurückzubauen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Stefan Kämmerling hatte mit einer Kleinen Anfrage herausfinden wollen, welche gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen die Betreiber von Braunkohlekraftwerken haben.

In der Antwort der Landesregierung heißt es, das Bundesimmissionsschutzgesetz „sieht keinen verpflichtenden Rückbau von Anlagen nach der Betriebseinstellung vor“.

„Zur Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands gehören daher in der Regel weder der Rückbau ordnungsgemäßer Betriebsanlagen noch Rekultivierungsmaßnahmen zur Herstellung des ursprünglichen Zustands des Betriebsgeländes“, schreibt die Landesregierung.

Landesregierung will Flächenstrategie

Bezüglich der Zukunftspläne heißt es: „Im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier sollte durch die Region mit

Unterstützung der Landesregierung eine Flächenstrategie entwickelt werden, die Nachnutzungen zu systematisieren.“ Dazu sei ein zwischen der Bundesregierung und RWE zu vereinbarenden Zeitplan für die Kraftwerksstilllegungen abzuwarten.



Kraftwerk von RWE. Foto: Udo Beissel

Hinsichtlich der Kosten eines Kraftwerksrückbaus und der Frage, wer diese trägt, hat die Landesregierung „keine belastbaren Angaben“. Für Kämmerling ist das keine zufriedenstellende Situation: „Die alten Kraftwerke dürfen keine Museen werden. Die großen Flächen müssen nach dem Ausstieg aus der Braunkohle für eine neue industrielle Nutzung vorbereitet werden.“ Die SPD verlange von der Landesregierung, dass sie mit RWE über die künftige Verwendbarkeit der Industrieflächen verhandele. Von RWE erwarte sie, dass der Konzern sich weiterhin als Partner der Region aufstelle und mit den Kommunen die Kraftwerksstandorte für eine künftige innovative Nutzung entwickle.

RWE betont Interesse

RWE betont, selbst an einer Weiterentwicklung und Vermarktung der Standorte interessiert zu sein. Allerdings bedürfe dies in Abstimmung mit den Kommunen jeweils einer Einzelprüfung, welche Art der Nutzung infrage komme und welche Kosten anfielen. Auch eine Anschlussnutzung durch RWE sei denkbar – etwa für alternative Energiegewinnung, teilte die Pressestelle des Unternehmens mit.

Doch selbst für die Entwicklung des Standortes Frimmersdorf, der am 30. September 2021 stillgelegt wird, gibt es bisher kaum mehr als einen Namen: Fritz – Frimmersdorf Industrie- und Technologie-Zentrum. Man arbeite mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR), dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Grevenbroich an Konzepten.

Donnerstag, 12. September 2019

12:09 Uhr Braunkohle-Gegner fordern Untersuchungsausschuss – „Reul ist nicht mehr tragbar“

Zum Jahrestag der Räumung des Hambacher Forsts haben Umweltgruppen schwere Vorwürfe gegen die schwarz-gelbe Landesregierung erhoben. „Die Landesregierung hat versucht, ihre Kontakte mit dem Kohlekonzern zu verheimlichen“, sagte Kathrin Henneberger vom Aktionsbündnis „Ende Gelände“ am Donnerstag in Düsseldorf. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte zuletzt Gespräche mit der Spitze des Energiekonzerns RWE vor der Räumung eingeräumt und damit frühere Angaben korrigiert. Ein Untersuchungsausschuss sei überfällig und Reul „schon lange nicht mehr tragbar“, so Henneberger.

Der Minister habe schon im Vorfeld verantwortungslose Stimmungsmache betrieben und einen gesellschaftlichen Großkonflikt provoziert, sagte Antje Grothus („Buirer für Buir“). Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) habe den Eskalationskurs seines Innenministers unterstützt, anstatt das Urteil des Oberverwaltungsgerichts und die Beratungen der Kohlekommission abzuwarten.

Der Hambacher Forst sei trotz Gerichtsurteil und Kohle-Kompromiss gefährdet, sagte Bastian Neuwirth von Greenpeace. Er werde durch die heranrückenden Tagebaue von RWE ausgetrocknet, dies zeige eine von Greenpeace in Auftrag gegebene neue Studie. Ministerpräsident Laschet sehe dabei tatenlos zu, anstatt den zerstörerischen Kurs von RWE zu stoppen.

„Wir werden die Räumung unserer Häuser scheitern lassen“, kündigte David Dresen („Alle Dörfer bleiben“) an. Der Versuch der Landesregierung, Bewohner der gefährdeten Dörfer und Waldschützer zu spalten, sei durchsichtig. Anstatt Maßnahmen gegen das Kollabieren der Öko-Systeme zu treffen, habe die Landesregierung tausende Polizisten in den Wald geschickt, sagte Waldbesetzerin „Indigo“. „Die Politik verpasst alle selbst gesetzten Klima-Ziele. Viele Menschen werden ihre Lebensgrundlage verlieren“, sagte Tara Ciccetti von „Fridays for Future“. Die Gruppen kündigten weitere Aktionen in der Lausitz, am Hambacher Forst und zur Automobilmesse IAA in Frankfurt an.

Freitag, 13. September 2019

10:00 Uhr SPD-Fraktion kritisiert lückenhafte Einsicht in Akten

Nach der Einsicht in Regierungsakten zur Räumung des Hambacher Forstes hat die Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag die Unvollständigkeit der Unterlagen kritisiert. „Das ist keine Transparenz, Herr Reul“, äußerte sich der SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty am Donnerstag auf Twitter in Richtung des CDU-Innenministers. Die SPD-Fraktion kritisierte im gleichen Tweet, es gebe viele Schwärzungen, Akten seien teilweise unvollständig und manche Ressorts hätten ihre Unterlagen gar nicht bereitgestellt.

Im Innen- und Bauministerium konnten Journalisten und Abgeordnete am Donnerstagabend Einsicht in die Akten der Ressorts nehmen, die mit der Vorbereitung des Einsatzes im Hambacher Forst befasst waren. Aus dem Mail- und Briefverkehr von Ministerien, Bauaufsichtsämtern und Polizei geht hervor, dass es im Vorfeld eine strittige Diskussion um die rechtlichen Grundlagen einer möglichen Räumung des Waldes gab. Offiziell hatte die Landesregierung erklärt, die Räumung habe nichts mit der geplanten Rodung des Waldes durch den Energiekonzern RWE zu tun.

Montag, 16. September 2019

10:41 Uhr Polizeieinsatz im Hambacher Forst – RWE entfernt Barrikaden – Polizei schützt Arbeiter



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Heute Morgen war die Polizei im Einsatz im Hambacher Forst auf der alten Trasse der A 4, um die Mitarbeiter/- innen der RWE Power AG bei der Beseitigung von Barrikaden zu schützen. Der Einsatz verlief ohne Vorkommnisse.

Montag, 16. September 2019

17:45 Uhr RWE klagt auf Schadenersatz – Aktivisten nach Blockade von Kraftwerk vor Gericht



Einsatzfahrzeuge der Polizei fahren im November 2017 zum Gelände des Braunkohlekraftwerkes Weisweiler bei Aachen, um die dortige Blockade aufzulösen. Foto: picture alliance/Ralf Roeger/dpa

Knapp zwei Jahre, nachdem Klimaaktivisten ein Braunkohlekraftwerk im Rheinischen Revier blockiert hatten, stehen nun fünf Beschuldigte vor Gericht. Angeklagt sind sie unter anderem wegen der Störung öffentlicher Betriebe und Hausfriedensbruch. Das sagte der Direktor des Amtsgerichts Eschweiler, Rainer Harnacke. Die Verhandlung gegen die 22 bis 37 Jahre alten Angeklagten beginne am 30. Oktober.

Und sie könnten auch Einfluss auf ein angehängtes Verfahren haben, wie das Landgericht Aachen angab. Wegen der Blockade des Kraftwerks Weisweiler im November 2017 verlangt der Energiekonzern RWE von insgesamt sechs Aktivisten Schadensersatz in Höhe von rund zwei Millionen Euro.

Mittwoch, 18. September 2019

20:30 Uhr Tagebauanrainer beraten Positionspapier – und verlangen mehr Mitspracherecht

Die Kommunen des Rheinischen Reviers wollen mehr Mitspracherecht beim anstehenden Strukturwandel. 19 Tagebauanrainer und Kraftwerksstandorte, die sich in der Anrainerkonferenz zusammengeschlossen haben, wollen ein Positionspapier auf den Weg bringen, das derzeit in allen Stadträten zur Verabschiedung vorgelegt wird. „Wir wollen für die Kommunen das Maximale herausholen und gewährleisten, dass wir bei Entscheidungen immer mit am Tisch sitzen“, sagte Bedburgs Bürgermeister Sascha Solbach am Dienstagabend im Bedburger Stadtrat, der das Papier einstimmig billigte.

So ist in dem Papier die Forderung fixiert, „dass die Anrainer zukünftig auch unmittelbar in der federführenden Gesellschaft für den Strukturwandel – der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) – als Gesellschafter vertreten sind“. Da keine Fördergelder direkt in kommunale Haushalte gezahlt werden dürfen, wird die ZRR als Mittlerstelle fungieren und über förderfähige Projekte entscheiden.

Die Anrainer, zu denen neben Bedburg und Bergheim auch Elsdorf, Kerpen, Frechen und Hürth gehören, wollen auf diesem Weg ihre Position kurz vor Einbringung des „Strukturstärkungsgesetzes“ Ende September in den Bundestag stärken.

Donnerstag, 26. September 2019

11:35 Uhr Vier Vermummte an der Abbruchkante des Tagebaus Hambach – Identitäten festgestellt – Strafverfahren eingeleitet



Gestern Abend (25.09.2019) gegen 18 Uhr erhielt die Polizei Kenntnis darüber, dass sich vier verummte Personen im Bereich des Bauwerks 106 (RWE Stützpunkt) in direkter Nähe zum Gefahrenbereich der Abbruchkante aufhalten würden. Die Vermummten waren von RWE- Mitarbeitern beobachtet worden, wie diese aus dem Hambacher Forst herausgekommen und verbotswidrig über die Verwallung in Richtung Tagebau gegangen waren. Als die Mitarbeiter die Tatverdächtigen ansprachen, kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung, bei der eine Mitarbeiterin leicht verletzt wurde.

Zwei männliche und eine weibliche Tatverdächtige verweigerten zunächst alle Angaben. Zur Feststellung ihrer Identitäten nahm die Polizei die Drei in Gewahrsam. Bei einem Tatverdächtigen standen die Personalien fest, er konnte vor Ort bereits wieder entlassen werden. Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung wurden eingeleitet.

Montag, 30. September 2019

11:00 Uhr RWE will bis 2040 klimaneutral werden

Der Energiekonzern RWE will bis zum Jahr 2040 klimaneutral werden. Deutschlands größter Braunkohleverstromer wird von diesem Montag an zum Produzenten von Ökostrom. Zur strategischen Neuausrichtung gehört auch, den CO₂-Ausstoß in den nächsten Jahren drastisch zu senken. Der dreistufige CO₂-Minierungsplan sieht bis 2030 eine Verringerung um 70 Prozent vor.



RWE will in Zukunft vermehrt auf erneuerbare Energien setzen. Foto: dpa

RWE übernimmt zum 30. September die erneuerbaren Energien des bisherigen Konkurrenten Eon. Demnächst kommen auch die regenerativen Energien der früheren RWE-Tochter Innogy hinzu. Dadurch wird RWE zu einem der führenden Unternehmen bei grünem Strom - bei Strom aus Windkraftanlagen auf See rangiert RWE nach eigenen Angaben sogar weltweit auf Platz zwei.

Künftig soll die konventionelle Stromerzeugung nur noch 20 Prozent des operativen Ergebnisses (Ebitda) ausmachen. Der

Anteil der erneuerbaren Energien soll auf 60 Prozent steigen. Wie RWE bereits angekündigt hatte, will das Management künftig jährlich 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren. Am Montag hieß es, mit Projektpartnerschaften könnten die Investitionen auf bis zu 3 Milliarden Euro steigen.

Der Wandel zum Ökostrom-Anbieter ist Folge eines weit reichenden Tauschgeschäfts mit Eon. Die beiden Energieriesen haben Innogy unter sich aufgeteilt. Eon übernimmt das Netz- und das Endkundengeschäft und reicht die eigenen Erneuerbaren und die von Innogy an RWE weiter. Die Wettbewerbshüter der EU hatten den Deal mit einem Gesamtwert von mehr als 40 Milliarden Euro vor kurzem genehmigt.

Mittwoch, 02. Oktober 2019

14:32 Uhr Brandstiftung am Tagebauaggregaten



Unbekannte haben in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch in Kerpen-Manheim, am Feldweg als Verlängerung der Forsthausstraße, zwei Container aufgebrochen und die darin befindlichen Aggregate in Brand gesetzt.

Dabei handelt es sich um Grundwasserpumpen. Sie waren nicht mehr betriebsbereit. Nach Angaben des Tagebauunternehmens liegt der Sachschaden bei ca. 50.000 Euro.

Hinweise auf Tatverdächtige gibt es bislang nicht. Die Ermittlungskommission Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Donnerstag, 10. Oktober 2019

09:00 Uhr RWE-Chef will Hambacher Forst erhalten

Der Energiekonzern RWE hat sich zuversichtlich gezeigt, dass der Hambacher Forst im Rheinischen Revier erhalten bleibt. "Der Erhalt ist politisch und gesellschaftlich gewünscht, und auch wir wollen ihn machbar machen", sagte Unternehmenschef Rolf Martin Schmitz der "WAZ". Er sei optimistisch, denn bei dem von der Kohlekommission empfohlenen Ausstieg benötige RWE weniger Braunkohle für die Kraftwerke.

Der Hambacher Forst am Rande des Tagebaus ist zum Symbol des Widerstands von Umweltschützern gegen die Braunkohle-verstromung geworden. RWE hat die Rodung des Waldgebietes im vergangenen Herbst nach einem Gerichtsurteil ausgesetzt. Die Kohlekommission der Bundesregierung hat den Wunsch geäußert, dass der Wald erhalten bleibt.

Montag, 14. Oktober 2019

14:44 Uhr Erneut Hochsitz am Hambacher Forst in Brand gesteckt



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Letzte Nacht gegen 02.45 Uhr erhielt die Polizei Kenntnis darüber, dass unbekannte Täter einen Hochsitz an der Berrendorfer Straße in der Nähe des Hambacher Forstes in Brand gesetzt hatten. Die Feuerwehr konnte das Feuer löschen; der Hochsitz wurde beschädigt. Hinweise auf Tatverdächtige liegen nicht vor; die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Mittwoch, 16. Oktober 2019

16:00 Uhr Weitere Kiesgruben sind geplant

Zwei Städte am Braunkohletagebau Hambach kritisieren, dass auf ihrem Gebiet jetzt auch noch ein großer Kiesabbau geplant ist. Nachdem für den Tagebau Hambach schon rund ein Drittel des Stadtgebiets von Elsdorf abgegraben wurde, würde die Stadt durch die Kiesgrube weiter in ihrer Entwicklung eingeschränkt, sagte der Elsdorfer Bürgermeister Andreas Heller (CDU) am Mittwoch. Die vom Kohleausstieg besonders betroffene Tagebaukommunen dürften nicht durch weitere Abbauvorhaben belastet werden. Auch aus dem benachbarten Bergheim kam Protest.

„Ansonsten müssen wir nicht mehr über das Thema Strukturwandel reden, über Arbeitsplätze, Wertschöpfungsketten und neue Siedlungsräume für das Kölner Umland“, sagte Heller. An eine Kiesgrube werde niemand ziehen wollen. Elsdorf habe für den Tagebau schon genügend Opfer gebracht. Wegen des Tagebaus konnte sich die Stadt nach Westen nicht weiter ausbreiten.

Der Bergheimer Bürgermeister Volker Mießeler (CDU) sagte, der Eingriff in die Landschaft und die Belastung für die Bürger

sei nach dem jahrzehntelangen Braunkohleabbau jetzt das falsche Signal. „Weil wir mit dem Strukturwandel jetzt schon eine Mammutaufgabe haben, Flächen so zu nutzen, dass wir Gewerbeansiedlungen ermöglichen und arbeitsplatzintensive Gewerbe zulassen, können wir die Flächen an der Stelle nicht hergeben“, sagte der Bürgermeister. Die Stadt prüfe, ob es Alternativstandorte gibt.

Montag, 21. Oktober 2019

13:26 Uhr Vermummte werfen Steine auf RWE-Fahrzeug

Nach einer Attacke auf ein Fahrzeug von RWE-Mitarbeitern im Hambacher Forst hat die Polizei die Ermittlungen aufgenommen. Mehrere Vermummte sollen Freitagnacht ein Fahrzeug des Sicherheitsdienstes auf einem Waldweg mit Steinen beworfen haben, wie die Polizei am Montag mitteilte. Das Fahrzeug wurde den Angaben nach beschädigt, die Insassen aber nicht verletzt. Nach den Steinwürfen sollen die Vermummten im Wald verschwunden sein. Die Polizei ermittelt wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Montag, 28. Oktober 2019

14:15 Uhr Fahrender PKW auf der L 257 von Geschoss getroffen – Brennende Barrikade am Hambacher Forst – keine Verletzten – geringer Sachschaden



Letzten Samstag gegen 01.30 Uhr erhielt die Polizei Kenntnis davon, dass ein auf der L 257 zwischen Alt Manheim und Morschenich fahrender Pkw von einem unbekanntem Geschoss getroffen wurde. Die Insassen hatten kurz vorher eine verummte Gestalt am Fahrbahnrand stehen sehen. Nach dem Vorfall hatte man die Polizei zu Hilfe gerufen; verletzt wurde niemand. Die Beamten konnten auf der Karosserie des Fahrzeugs eine kleinere Beschädigung feststellen. Die verummte Person konnte nicht mehr angetroffen werden. Die Polizei ermittelt nun wegen gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr und versuchter gefährlicher Körperverletzung. Am Abend gegen 22.30 Uhr kam es zu einem weiteren Polizeieinsatz. Unbekannte hatten mehrere Paletten und Äste auf der ehemaligen L 276 am Hambacher Forst zu einer Barrikade aufgestapelt und angezündet. Die Feuerwehr konnte den Brand löschen; es entstand kein Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt. Eine Fahndung nach den Tätern verlief erfolglos. Die EK Hambach hat die Ermittlungen wegen Landfriedensbruchs aufgenommen.

Dienstag, 29. Oktober 2019

16:40 Uhr Tagebaumitarbeiter mit Steinschleuder beschoss und mit Steinen beworfen



Mehrere verummte Personen haben Dienstagmittag an der Verwaltung des Etzweiler Weges am Tagebau Hambach Mitarbeiter von RWE mit Steinschleudern beschossen und mit Steinen beworfen. Dies teilten die Mitarbeiter des Konzerns der alarmierten Polizei mit.

Sie seien jedoch weder getroffen noch verletzt worden. Anschließend seien die unbekannt Personen in das naheliegende Waldgebiet geflüchtet.

Fahndungsmaßnahmen mit Unterstützung eines Polizeihubschraubers führten nicht zum Erfolg. Die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Mittwoch, 30. Oktober 2019

06:00 Uhr Kohleausstieg: Bürger sollen Zukunft mitgestalten



Elsdorf liegt direkt an der Tagebaukante. Wie sich die Stadt nach der Kohle entwickelt, soll mit den Einwohnern erarbeitet werden. Foto: Fratz

Am Modell sollen die Elsdorfer ihre Vorstellungen zur Stadtentwicklung nach der Kohle im Miniaturformat umsetzen. Das interaktive Stadtmodell ist eines der Arbeitsfelder im Planungsprozess für den Strukturwandel, den die Stadtverwaltung jetzt nach entsprechendem politischen Beschluss unter dem Titel „Elsdorf 2038“ in Gang bringt.

Erwünscht ist die Mitarbeit der Bewohner auf mehreren Aktionsfeldern, die von Fachplanungsbüros professionell begleitet werden. Städtebauliche Masterplanung für das Tagebauumfeld

steht ganz vorne. „Wir wollen, dass es hier wieder schön wird, so schön wie vor dem Tagebau“, sagte Heller bei der Vorstellung des Arbeitspakets. Nach seinen Vorstellungen soll sich die Stadt in Richtung der Autobahnen eher Gewerbe entstehen, zum jetzigen Tagebau hin schwebt ihm dagegen Wohnbebauung vor.

„Wir haben aber kein fertiges Konzept“, betont er. Auch für das sperrige Wort „Planungswerkstatt“ sei man noch auf der Suche nach Alternativen. Weiterhin ist ein Freiraum- und Touristikkonzept und ein Mobilitätskonzept vorgesehen. Alle Einzelbausteine sollen schließlich in ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept fließen.

Bürger zur Mitarbeit aufgerufen

Zur Mitarbeit daran sind die Bürger in drei Werkstattphasen aufgerufen, die für Januar, April und Juni nächsten Jahres eingeplant sind. Dort soll es um Analyse des Bestandes und erste Ideen, Perspektive und Planung sowie um konkrete Projekte und Maßnahmen gehen. „Wir haben eine junge und engagierte Mannschaft in der Stadtplanungsabteilung“, sagte Heller.

Baufachbereichsleiterin Susanne Dettlaff stellte zusammen mit den Mitarbeitern Alexander Sobotta, Dennis Meußen und Jan Hanisch aus Stadtplanung und Wirtschaftsförderung weitere Details vor. So soll es für Heppendorf und Elsdorf, wo Heller besondere Entwicklungspotenziale sieht, Stadtteilwerkstätten geben. Im Heppendorfer Forum wünscht er sich die Ansiedlung

der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR). „In der am stärksten vom Strukturwandel betroffenen Stadt ist die ZRR gut aufgehoben“, hat er sein Ansinnen gegenüber der Agentur deutlich gemacht.

Gesamtkonzept soll im Sommer fertig sein

Weitere Bausteine sind eine Projekthomepage und ein begleitender Arbeitskreis mit Politikern und den Hauptakteuren. Teilkonzepte sollen im Frühjahr vorliegen, das Gesamtkonzept schon im Sommer, so erläuterte Dettlaff den ambitionierten Fahrplan. „Der Rahmen ist durch die Kohlekommission gesetzt. Wir wollen jetzt keine Wolkenkuckucksheime bauen, sondern Projekte erarbeiten, die zu Elsdorf passen“, sagt Heller, der die Planungen als einen „nie dagewesenen Beteiligungsprozess“ einordnet. Die besondere Lage am Tagebaurand will er auch als „Chance“ für die Elsdorfer sehen, „das Schicksal der Stadt selbst in die Hand zu nehmen.

Donnerstag, 31. Oktober 2019

15:38 Uhr RWE-Fahrzeuge erneut mit Steinen beworfen – Insassen blieben unverletzt



Gestern (30.10.19) erhielt die Polizei Kenntnis von einem weiteren Vorfall am Hambacher Forst; eine Gruppe verummter Personen hatte am Morgen mehrere RWE Fahrzeuge, die sich

auf dem Tagebauvorfeld befanden, mit Steinen beworfen. Nach dem Angriff flüchteten die Tatverdächtigen unerkant zurück in den Wald. An den Fahrzeugen entstand ein Sachschaden von ca. 1000 EUR; die Insassen wurden nicht verletzt. Die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Montag, 4. November 2019

15:36 Uhr Weitere Polizeieinsätze am Hambacher Forst – brennende Barrikade und verummte Steinewerfer – Absperrzäune beschädigt – Nötigung eines Jägers



Letzten Donnerstag und Freitag kam es erneut zu Polizeieinsätzen am Hambacher Forst. Donnerstagabend (31.10.19) gegen 22 Uhr bauten Vermummte auf der ehemaligen L 276 eine Barrikade auf und zündeten diese an. Auf der Anfahrt der Polizei bewarfen Unbekannte die Streifenwagen mit Steinen und beschädigten diese; verletzt wurde niemand. Die Tatverdächtigen flohen unerkant im Schutz der Dunkelheit zurück in den Wald. Die brennende Barrikade konnte gelöscht, die Überreste mithilfe eines Radladers beseitigt und die Straße wieder befahrbar gemacht werden. Die Beamten am Boden wurden von einem Polizeihubschrauber unterstützt. Wohl zur selben Zeit beschädigten unbekannte Tatverdächtige mehrere Meter Absperrzaun einer alten Deponieanlage in direkter Nähe. Am darauffolgenden Freitag (01.11.19) kurz vor Mitternacht meldete ein Jagdausübungsberechtigter auf einem Feldweg im Bereich der Mahnwache an der L 257 mehrere verummte Personen, die ihn an seiner Weiterfahrt hindern wollten. Sie schlugen mit den Händen gegen sein Fahrzeug, während eine Person mit einer

Stahlstange in der Hand ihm den Weg versperrte. Kurze Zeit später ließen sie den Pkw dann passieren, zu Beschädigungen kam es nicht. Im Nachhinein konnten zwar von dem Betroffenen Personen in Tatortnähe ausfindig gemacht werden, eine Täterschaft konnte durch die herbeigerufenen Polizeibeamten jedoch nicht erkannt werden. Die EK Hambach hat in allen Fällen die Ermittlungen aufgenommen.

Montag, 04. November 2019

16:40 Uhr Unbekannte bewerfen Streifenwagen am Hambacher Forst mit Steinen

Am Hambacher Forst haben Unbekannte eine Straßen-Barrikade errichtet und Steine auf Streifenwagen der Polizei geworfen. Nach Angaben der Polizei hatten die verummten Täter in der vergangenen Woche eine Barrikade auf einer Landstraße nahe des Waldgebiets gebaut und diese angezündet. Als die Einsatzkräfte am Ort des Geschehens ankamen, attackierten die unbekanntes Täter die Streifenwagen mit Steinen, wie aus einer Mitteilung von Montag hervorgeht. Verletzt wurde dabei niemand. Die Täter konnten unerkannt in den Wald entkommen. Eine Ermittlungskommission versucht, die Schuldigen ausfindig zu machen.

Donnerstag, 07. November 2019

14:24 Uhr Polizeilicher Aufklärungseinsatz im Hambacher Forst



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

In der Vergangenheit verübten Unbekannte immer wieder zum Teil schwerwiegende Straftaten, unter anderem gefährliche Körperverletzung, Landfriedensbruch, Brandstiftungen im Bereich des Hambacher Forstes. Deshalb führte die Polizei Aachen heute dort einen Aufklärungseinsatz durch. Die Beamtinnen und Beamten der Polizei Aachen machten sich im Rahmen der Aufklärung ein Bild über den aktuellen Zustand im Wald. Der Einsatz sollte zudem Erkenntnisse zu den baulichen Strukturen und Rückzugsorten für Störer liefern. Der Einsatz verlief störungsfrei und ohne besondere Vorkommnisse.

Sonntag, 10. November 2019

12:45 Uhr Aktivistin Rackete am Tagebau: Klimawandel ist Fluchtursache



Carole Rackete, Kapitänin der deutschen Hilfsorganisation Sea-Watch, ergreift das Wort beim Dorfspaziergang.
Foto: dpa

Die ehemalige Seenotretterin und jetzige Klimaaktivistin Carola Rackete hat am Braunkohletagebau Garzweiler für den Erhalt von Tagebaudörfern und gegen Braunkohle demonstriert. Sie kam am Sonntag zu einem Dorfspaziergang der Bürgerinitiative „Alle Dörfer bleiben“ durch den Umsiedlungsort

Keyenberg. Das Dorf soll für den Tagebau abgebaggert werden, die Bewohner sollen wegziehen.



Carole Rackete (2.v.l.) demonstriert mit Menschen in bedrohten Orten des Braunkohlereviere gegen das geplante Abbaggern der Dörfer. Foto: dpa

Die Braunkohleverstromung trage zum Klimawandel bei und damit zu Fluchtursachen wie Dürre, Überschwemmungen und Wirbelstürmen, sagte Rackete kurz vor dem Spaziergang. Auswirkungen des Klimawandels vernichteten schon jetzt die Lebensgrundlage vieler Menschen. Allein im Oktober seien in Afrika Hunderttausende nach Überschwemmungen auf der Flucht gewesen.

„Wir müssen mit der Verfeuerung von Braunkohle sofort aufhören“, forderte Rackete nach Mitteilung des Aktionsbündnisses Ende Gelände. Es sei falsch, fossile Brennstoffe weiter zu nutzen und Bewohner aus ihren Häusern zu vertreiben. Das Engagement der Menschen im Rheinland gegen den Energie-

konzern RWE nannte die Klimaaktivistin „mutig und bewundernswert“. Sie stehe solidarisch an der Seite der Menschen, die von Zwangsumsiedlung betroffen seien.

Rackete ist als Kapitänin des Rettungsschiffs „Sea-Watch 3“ bekannt geworden. Die Niedersächsin war im Juni mit Dutzenden Migranten an Bord ohne Erlaubnis der Regierung in Rom in italienische Gewässer und in den Hafen von Lampedusa gefahren. Sie wurde vorübergehend festgenommen. Unlängst stellte sie ihr Buch „Handeln statt hoffen - Aufruf an die letzte Generation“ vor. Darin ruft Rackete zu zivilem Ungehorsam und Protesten für die Umwelt auf.

Mittwoch, 13. November 2019

13:08 Uhr RWE Fahrzeug mit Steinen beworfen: Insassin bleibt unverletzt



Heute Morgen erhielt die Aachener Polizei Kenntnis von einem Vorfall am Hambacher Forst. Eine verummte Person hat gegen 08.15 Uhr ein RWE Fahrzeug, welches sich zum Tatzeitpunkt an der alten Zufahrt der BAB 4 befand, mit Steinen beworfen. Nach dem Angriff flüchtete der Tatverdächtige unerkannt zurück in den Wald. An dem Fahrzeug entstand ein Sachschaden. Die Insassin wurde nicht verletzt. Sofort eingeleitete Fahndungsmaßnahmen verliefen ohne Erfolg. Die EK Hambach hat die Ermittlungen in der Sache aufgenommen.

Montag, 25. November 2019

15:36 Uhr Erneut bewerfen Vermummte das RWE-Camp (L276) am Hambacher Forst mit Steinen



Gestern Abend (24.11.2019) kurz vor 23 Uhr kam es zu einem weiteren Zwischenfall an der ehemaligen L 276; RWE- Mitarbeiter meldeten der Polizei einen erneuten Angriff auf das dortige RWE- Camp. Mit faustgroßen Steinen hatten zwei Vermummte das Camp beworfen, jedoch ohne Schaden anzurichten. Als Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes die Beiden stellen wollten, flohen sie zurück in den Wald. Während einer Person die Flucht gelang, stürzte die andere und verletzte sich leicht. Hierbei handelt es sich um eine 19- jährige Frau, die dann von den Mitarbeitern an die eingesetzten Polizisten übergeben wurde. Nach Feststellung ihrer Personalien wurde sie vor Ort wieder entlassen; die 19- Jährige erwartet nun ein Strafverfahren wegen versuchter Sachbeschädigung. Eine ärztliche Versorgung lehnte die junge Frau ab.

Donnerstag, 28. November 2019

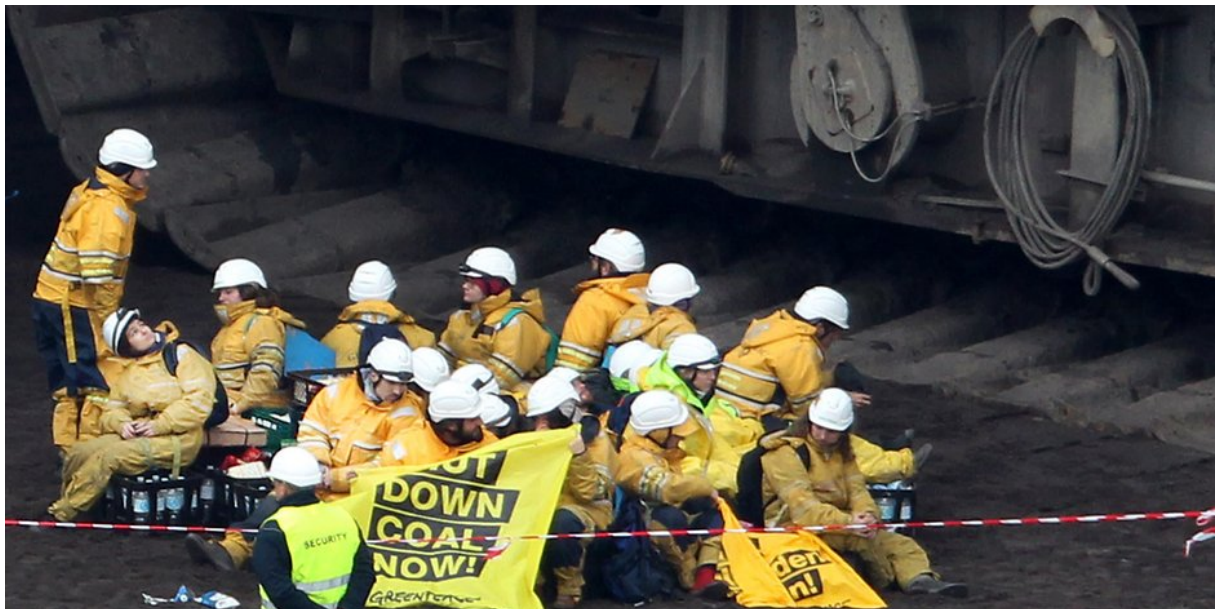
11:41 Uhr Greenpeace-Aktivisten besetzen Bagger in Garzweiler

Greenpeace-Aktivisten haben am Donnerstagmorgen einen Braunkohle-Bagger im Tagebaugelände Garzweiler besetzt. Der RWE-Werksschutz und die Polizei waren nach Angaben der Behörde vor Ort. Der Einsatz habe um 8 Uhr begonnen. Nach Angaben von Greenpeace wurden zwei große Banner entrollt,

auf denen ein schnellerer Stopp des Kohleabbaus gefordert wird.

Vorwurf: Verschleppung des Kohleausstiegs

Laut RWE waren 30 bis 35 Personen an der Aktion beteiligt. Einige hätten sich vor die Raupen des Baggers gestellt, andere die Banner entrollt.



Greenpeace-Aktivisten haben am Donnerstagmorgen einen Braunkohle-Bagger im Tagebaugelände Garzweiler besetzt. Foto: dpa

Der Bagger sei aus Sicherheitsgründen sofort gestoppt worden. Ein RWE-Sprecher nannte die Aktion „leichtsinnig“. Die Teilnehmer bräuchten sich in erhebliche Gefahr. Greenpeace wirft RWE und der Politik laut Mitteilung eine „Verschleppung des Kohleausstiegs“ vor.

Greenpeace habe an den Gesprächen der Kohlekommission teilgenommen und den Abschluss für einen Kohleausstieg bis

spätestens 2038 mitgetragen, sagte dagegen der RWE-Sprecher. Die Umsetzung sei kompliziert und benötige einfach Zeit.



Nach Angaben von Greenpeace wurden zwei große Banner entrollt, auf denen ein schnellerer Stopp des Kohleabbaus gefordert wird. Foto: dpa

Beispielsweise müssten für die Braunkohlebeschäftigten Rentenregelungen gefunden werden. Bei der Abschaltung von Kraftwerken müsse weiter die Versorgungssicherheit im Blick behalten werden. „Das ist ein dickes Paket, das kann man nicht erzwingen - auch nicht mit einer Baggerbesetzung.“

18:36 Uhr Polizeieinsatz im Tagebau Garzweiler. 37 Personen nach Personalien Feststellung entlassen



Heute Morgen gegen 08.00 Uhr informierten Verantwortliche

der RWE Power AG die Polizei über die Besetzung eines Baggers im Tagebau Garzweiler. 37 Personen drangen in den frühen Morgenstunden in den Tagebau ein. Davon gelang es 17 Personen, auf einen Schaufelradbagger zu klettern. Laut RWE war der Bagger zu diesem Zeitpunkt in Betrieb und wurde nach Entdeckung der Personen abgeschaltet. Die Besetzer hielten sich zum Teil ohne jegliche Sicherung auf einem Auslegerarm auf und weigerten sich, den Bagger freiwillig zu verlassen. Mit Hilfe von zwei Hubwagen konnten Polizeibeamte bis auf drei Besetzer(innen) alle Personen widerstandslos vom Bagger und aus dem Tagebau entfernen. Nach Feststellung der Personalien wurden die Tagebau- und Baggerbesetzer unweit des Tagebaus entlassen. Sie erwartet nun ein Strafverfahren. Die RWE Power AG stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruch.

Zuletzt befanden sich noch drei Personen auf der Oberkante des Auslegers. Sie hatten sich mittels Lock-on an den Händen miteinander verbunden. Die Vorrichtung war mit Beton ausgefüllt und musste mit Spezialwerkzeug durch die Beamten gelöst werden. Die beiden Frauen und der Mann wurden nach Feststellung ihrer Identität ebenfalls vor Ort entlassen.

Donnerstag, 05. Dezember 2019

10:35 Uhr Vermummte an der Abbruchkante am Tagebau Hambach – RWE-Mitarbeiter wird durch Steinwurf verletzt – Polizei nimmt eine tatverdächtige Person in Haft.



Gestern Nachmittag (04.12.2019) gegen 13.30 Uhr stellten Mitarbeiter des RWE- Sicherheitsdienstes zwei vermummte

Personen an der Abbruchkante des Tagebaus fest, die sich dort verbotswidrig aufhielten. Auf Ansprache flohen beide zurück in den Wald. Während der einen Person die Flucht gelang und sie von weiteren Vermummten am Waldrand in Empfang genommen wurde, stolperte die andere und kam zu Fall. Beim Herannahen der Sicherheitsleute bewarf die gestürzte Person diese mit Steinen und verletzte dabei einen Mitarbeiter leicht. Trotz der Gegenwehr konnte die Person gestellt und der Polizei übergeben werden; da sie die Angaben von Personalien verweigerte, wurde sie vorläufig festgenommen. Die EK Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Dienstag, 17. Dezember 2019

15:06 Uhr Transformator einer Pumpstation durch Unbekannte in Brand gesteckt



Die Polizei erhielt Kenntnis über einen Brandanschlag auf RWE eigene technische Gerätschaften im Bereich der Blumenstraße in unmittelbarer Nähe zum Hambacher Forst. Unbekannte Tatverdächtige setzten einen mobilen Transformator an der dortigen Pumpstation in Brand und beschädigten diesen erheblich; es entstand ein Sachschaden von mehr als 30.000 Euro. Laut RWE gab es letzten Freitag gegen 01.30 Uhr eine Störmeldung am Gerät; bei einer gestrigen Nachschau wurde der Schaden festgestellt und die Polizei informiert. Die Ermittlungskommission Hambach hat die Ermittlungen wegen Sachbeschädigung durch Feuer und Störung öffentlicher Betriebe aufgenommen; Tatverdächtige sind bislang unbekannt.

Freitag, 20. Dezember 2019

06:00 Uhr Ostdeutsche Regierungschefs wollen Kraftwerke nicht früher abschalten

Länderstreit verzögert Kohle-Ausstieg

Ein heftiger Streit zwischen Nordrhein-Westfalen und den ostdeutschen Kohleländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg gefährdet den Zeitplan zum Kohleausstieg. Das Gesetz sollte ursprünglich noch vor Weihnachten auf den Weg gebracht werden. Jetzt ist vom ersten Quartal 2020 die Rede.

Nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ haben sich die Bundesregierung und der Energiekonzern RWE über die Höhe der Entschädigungen für das vorzeitige Abschalten von Kraftwerken geeinigt. RWE geht davon aus, dass das Rheinische Revier die ersten drei Gigawatt, die bis 2022 vom Netz gehen, allein stemmen muss. Das werde bis zu 3000 Jobs kosten.

Die geplanten Zahlungen des Bundes an RWE sind offenbar so hoch, dass der Bund kein Geld mehr hat, um die Inbetriebnahme des neuen Steinkohlekraftwerks Datteln 4 im Ruhrgebiet zu stoppen. Bis 2023 sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes eine Milliarde Euro für Ausstiegskosten vorgesehen.

Datteln 4 soll neu ans Netz

Das 2007 errichtete Kraftwerk gehört Uniper und damit mehrheitlich dem finnischen Staatskonzern Fortum. Der will ohne Entschädigungen nicht auf Datteln 4 verzichten, er hat laut „Spiegel“ bereits langfristige Stromlieferverträge mit der Bahn und RWE abgeschlossen, die das Kraftwerk über Jahre auslasten würden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) strebt daher einen Kompromiss an. Wenn Datteln 4 ans Netz

geht, müsse Uniper das Braunkohlekraftwerk Schkopau bei Leipzig statt 2038 bereits 2026 abschalten.

NRW will Planungssicherheit

Dagegen wehrt sich Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) und droht, den Kohlekompromiss zu kippen. Datteln 4, betrieben mit Import-Steinkohle, brächte zusätzliche 1,1 Gigawatt in den Markt, die anderswo eingespart werden müssen, so Haseloff. Das bringe den Kohlekompromiss ins Wanken, erst Steinkohle- und dann Braunkohlekraftwerke und die ältesten Einrichtungen zuerst abzuschalten.

Schon jetzt sehen es Insider als wenig realistisch an, dass das Kohleausstiegsgesetz im ersten Quartal 2020 verabschiedet werden kann. Für NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) wäre das ein Unding. „Unser Ziel ist es, dass auch die erneuerbaren Energien im Rheinischen Revier kräftig ausgebaut werden.“

NRW müsse wissen, wie der Rückzug aus der Braunkohle aussehe und welche Mittel dafür bereitgestellt würden. Es sei schließlich das Ziel der Bundesregierung und der Umweltverbände, dass NRW beim vorzeitigen Rückzug aus der Braunkohle-Verstromung den Vorreiter spielt. „Der Bund ist am Zug. Er muss jetzt liefern.“

Montag, 30. Dezember 2019

07:45 Uhr Vermummte errichten aus einem kompletten Hochsitz eine Barrikade auf der ehemaligen L 276 – ein Anzünden der Barrikade misslingt.



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Heute Morgen errichteten mehrere verummte Personen aus einem komplett intakten Hochsitz eine Barrikade auf der ehemaligen L 276 und versuchten diesen mit brennbarer Flüssigkeit anzuzünden. Mitarbeitern des RWE- Sicherheitsdienstes erappten die Vermummten, diese flohen daraufhin zurück in den Wald. Ein vollständiges in Brand setzen des Hochsitzes war den Tatverdächtigen nicht gelungen; es entstand geringer Sachschaden. Eine Fahndung verlief erfolglos. Die Ermittlungskommission Hambach ermittelt nun wegen Sachbeschädigung.

Donnerstag, 08.10.2020

14:25 Uhr Polizeieinsatz am Hambacher Forst – unbekannte Täter werfen Brandsätze auf RWE Parkplatz – Barrikaden angezündet



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Aachen

Letzten Samstag (03.10.2020) gegen 2 Uhr erhielt die Polizei Kenntnis davon, dass verummte Täter mehrere Brandsätze auf ein RWE- Werksgelände an der Forsthausstraße warfen und die Tätergruppe anschließend unerkant in den Wald floh. Die Beamten konnten mehr als ein Dutzend selbstgebaute Brandsätzen auf dem Parkplatz feststellen, gut die Hälfte davon waren in Brand geraten. Ein Molotowcocktail war zudem direkt neben einem besetzten Fahrzeug des Werkschutzes am Boden aufgeschlagen. Es entstand kein Schaden, verletzt wurde niemand.

Der eingezäunte Parkplatz dient RWE als Abstellfläche für Baumaschinen und sonstige Gerätschaften; diese wurden durch den Bewurf nicht beschädigt.

Im Rahmen der Fahndung nach den Tätern stellten die Beamten im weiteren Verlauf der Forsthausstraße eine brennende Barrikade am Waldrand fest. Diese ließ man gefahrlos hinunterbrennen. Tatverdächtige konnten in beiden Fällen nicht mehr festgestellt werden. Die Ermittlungskommission Hambach hat die Ermittlungen aufgenommen.

Freitag, 23. Oktober 2020

Ungetüm sackt in sich zusammen

Nach einem lauten Knall brach am Freitag der Bagger 259 knirschend und ächzend in sich zusammen. RWE Power hatte das Ungetüm mit kontrollierten Schnittprennungen in die Knie gezwungen.



Am Freitagnachmittag hat RWE Power den Großbagger 259 nach Ausschachtung im Tagebau Hambach gesprengt. Foto: RWE Power

Mit dem Kohleausstieg wurde der Bagger überflüssig. Bis Ende vergangenen Jahres arbeitete er auf der obersten Sohle bei Merzenich-Morschenich. Da sich der Tagebau dort nicht weiter nach Süden ausbreiten wird, haben die Tagebauer das Großgerät nach der Empfehlung der Kohlekommission, den Hambacher Forst zu erhalten, abgestellt. Später wurde die energie-

politische Weichenstellung endgültig. Seitdem wurde er ausgeschlachtet und Ersatzteile für baugleiche Geräte eingelagert. Schließlich war er erst vor vier Jahren für 17 Millionen Euro runderneuert worden.



Eine riesige Wolke aus Qualm und Staub stieg auf Foto: Dietmar Fratz

Skelett aus Stahl

Übrig blieb das stählerne Skelett, in das die Fachleute um Sprengmeister Michael Schneider 44,5 Kilogramm Sprengstoff an 264 statisch entscheidenden Stellen deponierten und verka-belten. Kurz vor 15 Uhr am Freitag ertönte, wie RWE-Sprecher Guido Steffen berichtet, ein erstes Warnsignal. Danach informierte die Polizei die Besetzer im nahen Wald per Megafon über die Sprengung. Punkt 15 Uhr gab es eine leichte Vergrämungssprengung, um die letzten Vögel vom Bagger aufzu-scheuchen. Zehn Sekunden später zündeten die Schneidladun-gen. Der Bagger sackte sofort in sich zusammen.

Beobachter, auch Berichterstatter der Medien, waren nicht in-formiert und vor Ort zugelassen. „Das haben wir zur Sicherheit wegen Corona nicht publik gemacht. Wir wollten Menschen-ansammlungen ausschließen“, begründet Steffen die bis Frei-tagabend zurückgehaltene Information. Es handele sich nicht

um den Bagger, der per Internet zum Verkauf angeboten worden ist, betonte er auf Nachfrage.



Mit lautem Krachen zerlegte sich das Ungetüm in seine Einzelteile Foto: Dietmar Fratz

Zerkleinerung

„Der Entschluss zur Aufgabe des Baggers war kein einfacher Schritt, denn unsere Kollegen haben viel Arbeitszeit mit und auf dem Gerät verbracht. Dieser Bagger war uns auch ein Stück weit ans Herz gewachsen. Wir stehen aber zu den getroffenen Kompromissen und hoffen, dass alle anderen dies auch tun“, sagt Thomas Körber, Leiter des Tagebaus Hambach.

„Jetzt geht es an die Fleißarbeit des Zerkleinerns und Abtransportierens“, erläuterte Projektleiter Lars Krone nach der erfolgreichen Sprengung. 7000 Tonnen Stahl müssen mit Hydraulikschere und Schneidbrenner zerkleinert und anschließend gewinnbringend verschrottet werden.

Bagger 260 wird derweil auf der Kerpen-Manheimer Seite vor Elsdorf-Berrendorf die oberste Sohle außerhalb des Waldes weiter gen Süden vorantreiben.

ELEFANTENTREFFEN

Bekanntheit erlangte Bagger 259, der 100 000 Tonnen Erdreich und Braunkohle pro Tag verarbeiten kann, vor 19 Jahren. Begleitet von Publikum fuhr er vom Tagebau Bergheim auf dem Landweg über Autobahn, Erft und Bahn zum Tagebau Hambach. An der Autobahn 61 bei Niederembt gab es ein Elefantentreffen mit dem großen Bruder 288, der mit 240 000 Tonnen Tagesumsatz mit drei gleichen als größter Bagger der Welt gilt. Er zog nach Garzweiler um.

BAGGER 259 IN ZAHLEN

Gebaut wurde Bagger 259 vor 60 Jahren. Drei bis vier Großgeräteführer waren pro Schicht nötig, um ihn zu fahren. Er war 70 Meter hoch, 210 Meter lang, 31 Meter breit und wog 7800 Tonnen. Ein 12 886 PS starker Motor trieb zwölf Raupenketten an. Das Schaufelrad mit zehn Schaufeln von je 2,6 Kubikmetern Fassungsvermögen, angetrieben von zwei eigenen, je 1020 PS (750 kW) starken Motoren, hatte einen Durchmesser von 17,30 Metern und wog rund 100 Tonnen.

Mittwoch, 28. Oktober 2020 **Sorge um Hambacher Wald**

Weil sich der nahe gelegene Tagebau so stark aufheizt, wird laut BUND dem Restbestand die Feuchtigkeit entzogen

Große Sorgen um den Hambacher Wald macht sich Professor Dr. Pierre Ibisch, Direktor des Centre for Econics and Ecosystem Management der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde.

Dadurch, dass sich der nahe gelegene Tagebau Hambach so stark aufheize, werde dem Rest des Bürgerwaldes – nur 650 von

4200 Hektar stehen noch – seine Feuchtigkeit entzogen. Dirk Jansen vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland kritisiert: „Ministerpräsident Armin Laschet ist nicht der Retter des Hambacher Waldes, das haben wir durch unsere Klagen erreicht und die vielen Aktivisten und Protestierenden.“



Über die Trasse der ehemaligen Autobahn 4 soll ein Radwanderweg verlaufen, schlagen Umweltschützer vor.
(Eric Lamparter)

Jansen kritisierte, dass der Tagebau nur 50 Meter vom Wald entfernt ende. Ibsch forderte als ersten Schritt eine Distanz von 500 Metern. Außerdem drohe dem Hambacher Forst eine Insel-lage, weil ringsum Kiesgruben genehmigt würden und die Orts-lage Mannheim weggebaggert werden solle, um Erdmassen für die Befestigung der Kippen zu bekommen, so Jansen.

Radweg von Köln nach Aachen

Statt zu baggern, müssten die Wälder der Region zu einem Grünen Band vernetzt werden. Von Ost nach West sind das Parrig, Dickbusch, Steinheide, Hambacher Wald und Merzenicher Erbwald. Derzeit gibt es große Lücken, die durch Kiesgruben

und Abgrabungen in Manheim-alt noch verschlimmert würden, so Jansen.

Antje Grothus schlug für die Buirer für Buir vor, zwischen Köln und Aachen einen 77 Kilometer langen Radwanderweg anzulegen. Herzstück solle der „Arnoldustrail“ am Hambacher Wald werden, in Erinnerung daran, dass der Wald einmal den Bürgern gehört habe. Auch das Dorf der Zukunft in Merzenich solle angeschlossen werden.

„Die alte Kirche von Manheim ist eine Perle auf diesem Radweg. Dort könnte man ein Museum für Siedlungsgeschichte einrichten, wie die Kerpener Heimatfreunde vorgeschlagen haben. Eine alte Kiesgrube könnte ein Naturschwimmbad werden“, so Grothus. Das helfe dem Tourismus in der Region. Die S-Bahnhöfe Buir und Merzenich seien gute Zubringer für Reisende. Highlight soll die Trasse der ehemaligen A4 werden. Dort solle der Radweg über 14 Kilometer verlaufen, so Grothus. Auf der ehemaligen Autobahn könnten Gemüsegärten entstehen, eine „Grünroute der Transformation“. Einig waren sich Grothus, Jansen und Ibisch, dass das Grüne Band schnell entstehen muss, um auf den Klimawandel zu reagieren. Sonst heizten sich besonders das Gelände und die Umgebung des Tagebaus zu sehr auf. Vorgeschlagen wurde, den Hambacher Forst in eine Stiftung zu überführen.

RWE-Sprecher Guido Steffen: „Wem der Wald gehört, ist sekundär, vorrangig ist, dass er jetzt mal in Ruhe gelassen wird.“ Der Abstand zum Waldrand sei aus RWE-Sicht ausreichend. Die Radwegepläne kämen zu früh.